



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

35. Jahrgang 2023



Nomos

Redaktion: Birgit Bublies-Godau, Ewald Grothe, Wolther von Kieseritzky,
Jochen Merkle, Alexander Olenik, Svenja Schnepel

Manuskripte werden mittels Peer Review durch die Redaktion sowie von
mindestens zwei Mitgliedern aus dem Herausbergergremium begutachtet.
Vorschläge für Beiträge werden gern entgegengenommen.

Anschrift der Redaktion:
Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
c/o Archiv des Liberalismus
Theodor-Heuss-Str. 26
D-51645 Gummersbach

ewald.grothe@freiheit.org



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

35. Jahrgang 2023

im Auftrag
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
herausgegeben von
Eckart Conze, Dominik Geppert, Ewald Grothe,
Wolther von Kieseritzky, Anne C. Nagel,
Joachim Scholtyseck und Elke Seefried



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2023

© Die Autor:innen

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-1331-9

ISBN (ePDF): 978-3-7489-1858-5

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748918585>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung
4.0 International Lizenz.

Inhaltsverzeichnis

Themenschwerpunkt: „Walther Rathenau. Grenzgänger zwischen Kaiserreich und Republik“

Jörn Leonhard

Bürgertum, Liberalismus, Moderne: Walther Rathenau im Zeitalter der Extreme

9

Wolfgang Michalka

Nation, Europa und Weltpolitik. Der Erste Weltkrieg und Rathenaus Friedens- und Kriegsziele

33

Christiane Scheidemann

Wegbereiter der Entspannungspolitik? Rathenau, die Reparationsfrage und die deutsche Außenpolitik

55

Heike Knortz

Krieg und Wiederaufbau – Rathenau als Krisenmanager und Wirtschaftssachverständiger

75

Joachim Scholtyseck

Walther Rathenau – ein erfolgreicher Unternehmer?

95

Andrea Rehling

„Die Wirtschaft ist das Schicksal“ – Walther Rathenaus liberaler Sozialismus in transnationaler Perspektive

121

Rüdiger Graf

Idealismus, Voluntarismus und Utopie. Walther Rathenau in der Geschichte des Zukunftsdenkens

145

Ewald Grothe

Vernunftrepublikaner oder Überzeugungsdemokrat? Walther Rathenau, der organisierte Liberalismus und die parlamentarische Demokratie

163

<i>Carola Dietze</i>	
Emotion, Gewalt und Extremismus. Das Attentat auf Walther Rathenau als Wendepunkt in der Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland. Eine Analyse mit Definitionsvorschlag	181
<i>Ulrich Sieg</i>	
Rathenaus Haltung zum Problem jüdischer Identität	211
<i>Gangolf Hübinger</i>	
Libérale Varianten der Kulturkritik in den Neuordnungsdiskursen 1917–1920. Walther Rathenau im Vergleich	227
<i>Martin Sabrow</i>	
Walther Rathenau und die Nachwirkungen: Erinnerungsort, schillernde Ikone, Epochengestalt	249
<i>Theo Jung</i>	
Antiliberalismus als Antiverbalismus: der Kampf zwischen Wort und Tat am Beispiel der Boulangismuskrise (1885–1889)	261
<i>Christoph Jahr</i>	
„Die Einheit und die Freiheit Deutschlands erfüllten seine Seele“. Überlegungen zu Aporien des deutschen Liberalismus aus Anlass des 200. Geburtstags von Ludwig Bamberger	285
<i>Marc Bartuschka/Christian Faludi</i>	
„Das Zünglein an der Waage"? Arnold Paulssen und die Deutsche Demokratische Partei in Thüringen 1918 bis 1933	307
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	331

Themenschwerpunkt:
„Walther Rathenau. Grenzgänger zwischen Kaiserreich
und Republik“

Bürgertum, Liberalismus, Moderne: Walther Rathenau im Zeitalter der Extreme

1. Einleitung: Die Person als Epochenchiffre

Wer war Walther Rathenau? In seinem ab 1930 erschienenen Roman „Der Mann ohne Eigenschaften“ zeichnete Robert Musil mit der Figur Paul Arnheims ein Charakterbild Walther Rathenaus, den Musil vor dem Ersten Weltkrieg persönlich kennengelernt hatte. Als weltläufiger Wirtschaftsführer und geistvoller Schriftsteller schien Arnheim als die brillante Persönlichkeit im Mittelpunkt der sogenannten „Parallelaktion“, als Preuße und glänzender Gesellschafter. Für Musils Zentralfigur Ulrich avancierte er zum intellektuellen Antipoden, der doch weit über die Romanhandlung hinauswies. In der Vielfalt seiner Begabungen verkörperte Arnheim die Fortschrittsverheißungen und Aufbrüche des Zeitalters vor 1914:

„Ein unerhörtes Phänomen zeigte sich jetzt: Es gab einen Mann, der imstande war, zu jedem in seiner Sprache zu sprechen, und dieser Mann war Arnheim. [...] Das ist kein Geist mehr, sagt Ulrich, das ist ein Phänomen, ein Regenbogen, den man an den Füßen fassen und mit dem Finger berühren konnte. Er spricht von Liebe und Finanzen, von Chemie und Kajak-Reisen, er ist ein Gelehrter, ein großer Grundbesitzer und ein Spekulant; mit einem Wort, das, was wir alle gesondert sind, ist er in einer Person, und das ist es, was uns verblüfft. [...] Ich bin überzeugt, daß es die undurchdringliche Wolke des sogenannten Fortschritts ist, die ihn von unseren Gewölben heruntersteigen lassen hat.“¹

Nicht erst in der Rückschau war Walther Rathenau für viele Zeitgenossen eine Chiffre für Tiefenströmungen der Zeit um 1914. In ihnen verbanden sich bürgerliche Errungenschaften und damit auch das Erbe des Liberalismus, aber vor allem die Kennzeichen einer unübersichtlichen Lebenswelt, ihre Dynamik und Leistungskraft, die Ambivalenzen der Massengesellschaft, der neuen Ideale von Bürokratisierung, Rationalisierung und Sachlichkeit, in denen das Individuum anonymisiert zu werden drohte.

1 Robert Musil: Der Mann ohne Eigenschaften. Hrsg. von Adolf Frisé. Bd. 1: Erstes und Zweites Buch. Hamburg 1978, S. 188–190.

Als Harry Graf Kessler kurz nach Beginn des Weltkrieges, noch im August 1914, seine ersten Eindrücke von der Front in Belgien in seinem Tagebuch aufzeichnete, reflektierte er die neue Qualität des anonymisierten Tötens und Getötetwerdens. Die Bedienung der schweren Geschütze war von den Wirkungsorten so weit entfernt, dass der Krieg durch diese Distanz und die notwendige Funkkommunikation eigenartig abstrahiert und wie ein bürokratischer Prozess erschien, jedenfalls eine eigene rational-sachliche Dimension annahm. Beim Blick auf den Einsatz neuer Krupp-Mörser notierte er am 22. August 1914:

„Der eine rasierte den Beobachtungsturm, ein anderer warf einen grossen Betonblock herauf, man sah die Zerstörung fortschreiten. Die Feuerleitung, ein Hauptmann u. ein Oberleutnant, sassen neben uns in Deckung wie in einem Bureau, gaben durch Telephon dem zwei Kilometer entfernten Geschütz Befehle und Zahlen an, genau wie ein Bankier Orders für Kaufen und Verkauf an die Börse telephoniert, eine ganz methodische Bureautätigkeit, eine methodische Geschäftstätigkeit, deren börsenartiger Eindruck dadurch erhöht wurde, dass der Hauptmann auf das Haar Walther Rathenau glich. Eine Order konnte hundert Leichen erbringen, zwischen den Schüssen wurde geplaudert und gefrühstückt, man empfand es nur, wenn man sich zwang daran zu denken, dass der kühle Rechner mit seinen Orders tötete.“²

Das Urteil über Rathenau blieb auch nach 1918 widersprüchlich. Gustav Stresemann erkannte in dem 1922 ermordeten Außenminister die fortwährende Verpflichtung zur Verteidigung der demokratischen Republik – trotz Rathenaus Außenseiterrolle und seiner immer wieder umstrittenen Positionen. Erst seine Ermordung schien ihn in den Augen vieler Zeitgenossen zu einem integrativen Symbol der Republik zu machen, das er zu Lebzeiten so sicher nicht gewesen war.³ Aber selbst nach seiner Ermordung blieb er umstritten. So nahm Friedrich Hayek Rathenaus Wirkung als „deutscher Rohstoffdiktator“ seit Beginn des Weltkriegs zum Anlass, in ihm sogar einen geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus zu erkennen.⁴

2 22. August 1914. Harry Graf Kessler: Das Tagebuch. Bd. 5: 1914–1916. Hrsg. von Günter Riederer/Ulrich Ott. Stuttgart 2008, S. 93; Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs. 6. Aufl. München 2015, S. 152.

3 Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933. Bearb. von Eberhard Kolb/Ludwig Richter. Bd. 1. Düsseldorf 1999, S. 445, 449; Jürgen Frölich: Der organisierte Liberalismus und Walther Rathenau. Neun Jahrzehnte einer schwierigen Beziehung. In: Karl-Heinz Hense/Martin Sabrow (Hrsg.): Leitbild oder Erinnerungsort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau. Berlin 2003, S. 15–30, hier S. 21 f.; Gangolf Hübinger: Rathenau – Das Opfer. Zum posthumen Wandel des Rathenau-Bildes. In: Ebd., S. 123–132.

4 Friedrich A. Hayek: Der Weg zur Knechtschaft. München 1991 (engl. 1944), S. 218; Frölich: Liberalismus (wie Anm. 3), S. 15 f.

Wie also lässt sich Walther Rathenau in das Zeitalter der Extreme, in die Trias von Bürgertum, Liberalismus und Moderne einordnen?⁵ Die folgenden Überlegungen zielen auf eine Analyse von besonderen Erfahrungsmomenten, aber nicht als konventionelle Nachzeichnung biographischer Stationen, sondern mit dem Ziel, strukturelle Veränderungen der deutschen Gesellschaft seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts offenzulegen. In diesem Sinne lässt sich Rathenaus Biographie in eine Problemgeschichte des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland einordnen. Sie eignet sich in besonderer Weise dazu, weil sie sich durch eine paradoxe Konstellation auszeichnete. Rathenau fand sich häufig als Außenseiter und distanzierter Beobachter wieder, aber er wirkte zugleich oder gerade deshalb als ein „außenstehender“ Repräsentant und Zeitzeuge, der besonders sensibel Übergänge und Erosionen wahrnahm. Er repräsentierte und reflektierte die aus dem 19. Jahrhundert übernommene Stärke und das Selbstbewusstsein des Bürgertums in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, aber nahm ebenso den Verlust der politischen und kulturellen Einheit des Bürgertums und die nach 1918 um sich greifende Angst wahr, zum bloßen Anhängsel der Sozialdemokraten oder Rechtskonservativen zu werden.⁶

2. *Großbürgertum und politische Visionen: Walther Rathenau im Kaiserreich*

Jeder einmal ausgebrochene Krieg unterscheidet sich vom zuvor prophezeiten, prognostizierten und geplanten Krieg. Diese Prämisse kennzeichnete auch den Auftakt des Ersten Weltkrieges. Nur wenige Wochen nach seinem Ausbruch widersprach die exorbitante Dynamik der Gewalt und des Materialverbrauchs der Erwartung eines kurzen Krieges. Dahinter wurde ein existenzielles Problem der deutschen Kriegführung erkennbar, das Walther Rathenau früh und klarsichtig formulierte:

„Blicken Sie um sich: Was uns umgibt, Gerät und Bauwerk, Mittel der Bekleidung und Ernährung, der Rüstung und des Verkehrs, alle enthalten fremdländische Beimengung. Denn die Wirtschaft der Völker ist unauflöslich verquickt; auf eisernen

5 Christian Schölzel: Walther Rathenau (1867–1922): ein Suchender! – ein Liberaler? In: Angelika Schaser/Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.): Liberalismus und Emanzipation. In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Stuttgart 2010, S. 143–155; Walter Delabar (Hrsg.): Walther Rathenau. Der Phänotyp der Moderne, Bielefeld 2009; Shulamit Volkov: Walther Rathenau. Weimar's Fallen Statesman. New Haven 2012.

6 Lothar Gall: Walther Rathenau. Portrait einer Epoche. München 2009, S. 255.

und auf wässernen Straßen strömt der Reichtum aller Zonen zusammen und vereinigt sich zum Dienst des Lebens. So bekommt der Begriff der Rohstoffversorgung seine Farbe, und diese Farbe tritt um so ernster hervor, wenn es sich um das Problem der Rüstung und der Verteidigung handelt.“⁷

Rathenau gelangte durch den Ausbruch des Krieges fast abrupt in eine der neuen Schaltstellen der deutschen Kriegswirtschaft. Auf diese Aufgabe war er durch Herkunft und Erfahrungen in besonderer Weise prädestiniert. Seine Biographie spiegelte das Nebeneinander ökonomischer Leistungen, kultureller Hoffnungen und politischer Skepsis wider, das zum Erbe des Bürgertums im frühen 20. Jahrhundert gehörte.

1867 als Sohn des deutsch-jüdischen Industriellen Emil Rathenau geboren, war er früh mit der Dynamik der deutschen Industrielandschaft des späten 19. Jahrhunderts vertraut geworden. In dieser Phase zeigte sich, wie stark das Deutsche Reich von der zweiten Industrialisierung, gerade im Bereich der Elektroindustrie, und der globalen wirtschaftlichen Verflechtung profitierte. Rathenaus Vater hatte 1883 die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft (AEG) gegründet. Walther Rathenau studierte trotz seiner literarischen und künstlerischen Interessen auf Wunsch des Vaters Chemie, Physik und Maschinenbau und begann seine Karriere in der Wirtschaft. Doch sein Leben lang unternahm Rathenau auch Versuche, aus dem Schatten des erfolgreichen Vaters zu treten. Viele seiner Interessen und Engagements verdankten sich diesen Emanzipationsprozessen.⁸ Während der Rezessionsphase der deutschen Elektroindustrie drängte er früh auf neue wirtschaftliche Organisationsformen, um den Konkurrenzdruck zu mindern. So wurde er mit der Bildung von Syndikaten, Kartellen und Unternehmensfusionen vertraut. Damit repräsentierte er eine neue Generation von Wirtschaftsmanagern, die in der Mischung aus technologisch-wissenschaftlichem Fortschritt, effizienter Organisation, der Konzentration von Wirtschaftskraft und der weltweiten Verflechtung von Rohstoffen, Arbeitskraft, Wissen und Finanzen ganz neue Möglichkeiten erkannten.⁹ Aus diesem Primat des Ökonomischen heraus lehnte er den Krieg ab, was an die Argumentation rationaler Pazifisten wie Ivan Bloch und Norman Angell erinnert. Entscheidend seien nicht Probleme der Macht und imperialen Expansion, sondern „Fragen der Wirtschaft. Verschmilzt die Wirtschaft

7 Walther Rathenau: Deutschlands Rohstoffversorgung. Vortrag, gehalten in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ am 20. Dezember 1915. In: Ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 5: Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Berlin 1925, S. 24–58, hier S. 26; Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 2), S. 217.

8 Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 250.

9 Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 2), S. 217–220.

Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik.“ Davon sei nicht der Weltfriede zu erwarten, aber doch „Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation.“¹⁰

Obwohl angesichts seiner großbürgerlichen Herkunft und der jüdischen Konfession eine Nähe zum Liberalismus als historischer Vorkämpfer und Garant der bürgerlichen Gleichberechtigung nahelag, blickte Rathenau schon früh skeptisch auf den organisierten Liberalismus im Kaiserreich.¹¹ Zu seinen Erfahrungen als Student gehörten der aggressive Antiliberalismus und die Hinwendung zu völkischen Tendenzen gerade unter Studenten: „Ich habe in meiner Jugend, als Student, die tiefe Diskreditierung erlebt, in die der Liberalismus durch seine Fehler und durch seinen überlegenen Gegner gerade bei der jungen Generation geraten war.“¹² Zudem erfuhr Rathenau die Spannung zwischen äußerem Erfolg und Außenseitertum: Für den Intellektuellen, den man als Juden nach seiner Militärdienstzeit 1890/91 nicht zum Offizierexamen zugelassen hatte, erwies sich die kritische Sicht auf die politischen Strukturen und die Kultur des wilhelminischen Deutschland als bestimmend. Doch blieb er nicht bei der Kritik an der von ihm diagnostizierten Feigheit des Liberalismus stehen. 1907, unter dem Eindruck einer Reformulierung des liberalen Paradigmas, durch die Idee eines sozialen Liberalismus und im Zeichen von Friedrich Naumanns Idee einer Allianz „von Bebel bis Bassermann“, entwickelte Rathenau seine eigene Vision eines liberalen Aufbruchs:

„Über lang oder kurz müssen die neuen Kraftkomponenten zusammenwirken: die Liberalisierung Europas, das wiedererwachende Interesse an konstitutionellen Fragen, die äußere politische Spannung und das Zurückweichen überlebter Phänomene. Und es wäre wohl denkbar, daß die resultierende Kraft eine bürgerliche nationale Bewegung auslöste, an Stärke etwa der agrarischen Bewegung vergleichbar.“¹³

Hier wurde die Hoffnung erkennbar, doch noch eine bürgerlich-liberale Sammlung zu erreichen, um die politische Einheit des Bürgertums zu bewahren.

10 Zitiert nach: Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 177; Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 2), S. 218.

11 Hans F. Loeffler: Walther Rathenau – ein Europäer im Kaiserreich. Berlin 1997, S. 78–110.

12 Walther Rathenau: Briefe. Bd. 1. 2. Aufl. Dresden 1926, S. 57; Frölich: Liberalismus (wie Anm. 3), S. 16.

13 Zitiert nach: Harry Graf Kessler: Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk. Berlin 1928, S. 136 f.; Frölich: Liberalismus (wie Anm. 3), S. 17.

3. „Kein Anfang, sondern ein Ende“: Der Erste Weltkrieg

Was bedeutete vor diesem Hintergrund der Weltkrieg, dieser tiefgreifende Umbruch, der viele Sicherheiten entwertete, für den bürgerlichen Liberalismus und seine Zukunftsvorstellungen?¹⁴ Liberale hatten im Verlauf des langen 19. Jahrhunderts wichtige Kernziele durchsetzen können: geschriebene Verfassungen, eine parlamentarische Regierungsweise, bürgerliche Rechtsgleichheit und die schrittweise Ausweitung politischer Partizipation. Allerdings blieb die Frage des sozialen Ausgleichs davon zunächst ausgeklammert. Zugleich ergaben sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der nationalen Frage und der imperialen Expansion sowie mit der Aufgabe, die Industriearbeiter in den Nationalstaat zu integrieren, neue Herausforderungen. Auch daraus konnten spannungsreiche Politikentwürfe entstehen. So verband vor 1914 die Suche nach einem Kompromiss zwischen bürgerlichem Liberalismus und gemäßigten Sozialisten den Anspruch auf innere Reformpolitik und soziale Integration mit einem aggressiven Weltmachtanspruch. Friedrich Naumann in Deutschland und die New Imperialists in Großbritannien standen für diese Kombination politischer Agenden.¹⁵

Bereits vor 1914 waren Liberale mit veränderten Bedingungen der öffentlichen Verhandlung und Kommunikation von Politik konfrontiert. So entstanden politische Massenmärkte mit professionell organisierten Parteien und Interessengruppen. Das überkommene Ideal vieler Liberaler, das für die Politik lebende Individuum, das keiner Partei mit Funktionären bedurfte, geriet unter Druck. Hier setzte auch Rathenaus Idealisierung des 18. Jahrhunderts als Zeitalter Goethes und Voltaires an. In ihnen erkannte er prägende Persönlichkeiten, die viele unterschiedliche Tätigkeitsbereiche abgedeckt hatten und damit im Gegensatz zur Praxis der politischen Professionalisierung standen, die er in seiner eigenen Gegenwart erkannte. Rathenau verkörperte einen bürgerlichen Liberalismus, der nicht in einer Partei aufgehen, sondern eine Gesinnung und eine über dem Parteienspektrum stehende Bewegung repräsentieren sollte.¹⁶

Weil die liberalen Parteien nie die relative Kohärenz von Milieuparteien wie der SPD oder des katholischen Zentrums erreichten, reagierten sie

14 Jörn Leonhard: Das Dilemma von Erwartungen und Erfahrungen. Liberale im Ersten Weltkrieg. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 26 (2014), S. 193–215.

15 Jörn Leonhard: Progressive Politics and the Dilemma of Reform: German and American Liberalism in Comparison, 1880–1920. In: Maurizio Vaudagna (Hrsg.): The Place of Europe in American History: Twentieth Century Perspectives. Turin 2007, S. 115–132.

16 Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 255–257.

besonders sensibel auf die Wahlrechtsdiskussionen vor 1914. Ein Grundproblem des Liberalismus nach 1918 deutete sich hier an, nämlich die Spannung zwischen individueller Freiheit und Gleichheit, in welcher der französische Historiker Alexis de Tocqueville bereits in den 1850er Jahren die bestimmende Tendenz eines demokratischen Zeitalters der Massen erkannt hatte. In ihm war, so Tocqueville, die Freiheit des Einzelnen durch die modernen Instrumente der Demokratie bedroht, wie die bonapartistische Koppelung von Plebiszit und Populismus zu beweisen schien.¹⁷ Viele dieser Entwicklungen wurden durch den Ersten Weltkrieg beschleunigt und zugespitzt, andere dagegen in Frage gestellt oder einem Umbruch ausgesetzt. Fünf wichtige Komplexe erscheinen dabei von großer Bedeutung, weil sie weit über 1918 hinaus die Handlungsbedingungen und Denkmuster von Liberalen prägen sollten und auch für Rathenaus Kriegserfahrungen wichtig wurden.¹⁸

Erstens ging der Krieg mit einer neuartigen Verstaatung einher, einer Expansion des Staates, der in bislang noch relativ autonome Lebens- und Handlungsbereiche vordrang. Daraus entstanden neue Formen der Kooperation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Eingeebte parlamentarische Abläufe wurden nach dem Sommer 1914 im Zeichen von „Burgfrieden“, „Union sacrée“ oder „truce“ suspendiert, die Exekutiven gestärkt. So nahm die Bedeutung charismatischer Kriegspolitiker wie Georges Clemenceau und David Lloyd George oder Militärpolitiker wie Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff zu. Diese Entwicklungen hatten langfristig mindestens zwei wichtige Konsequenzen. Sie beförderten Prozesse der Homogenisierung und Nivellierung von Kriegsgesellschaften, zumal im Zeichen neuer Konzepte wie dem der „Volksgemeinschaft“. Diese Homogenisierung war etwas anderes als das liberale Paradigma evolutionärer Reformen auf der Basis eines im Vernunftdenken wurzelnden Fortschritts. Sie resultierte nicht aus der Überzeugungskraft von Ideen oder der Umsetzung natürlicher Rechte, sondern aus dem millionenfachen Opfer, der demokratischen Egalität der Toten, Witwen und Waisen, dem imaginären Plebiszit durch Schützengräben und Rüstungsfabriken. Gleichzeitig gebärte dieser neue Zusammenhang zwischen Staat und Kriegsgemeinschaft ein neues Ideal der Planung, Expertise und Sachlogik. Der „Fachmann“ und Gewaltexperte

17 Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923. 2. Aufl. München 2019, S. 1239.

18 Jörn Leonhard: Krieg und Krise – Der Liberalismus 1914–1918 im internationalen Vergleich. In: Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 69–94; ders.: Der überforderte Frieden (wie Anm. 17), S. 1237–1253.

verdrängte den klassischen Kriegshelden. Das Vertrauen in planbare Optimierungen, in die Steuerbarkeit von Politik, Wirtschaft und Demographie sollte ein entscheidendes Erbe des Krieges werden.

Ein permanenter Mobilisierungsdruck kennzeichnete, *zweitens*, die Kriegsgesellschaften. Die von allen Akteuren zitierte Verteidigung der eigenen Nation und des eigenen Landes rechtfertigte die Suspendierung individueller Rechte. So entstanden vielfältige Zwangsregime, etwa in der Praxis der militärischen Rekrutierungen, der Besatzungsregime oder im Umgang mit vermeintlichen „Feindausländern“, aber mit immer längerer Dauer auch in der Herrschaft des Verdachts gegen angebliche Spekulanten und Profiteure, Drückeberger und Verräter. Damit ging eine aggressive Ethnisierung der Politik einher. Vor diesem Hintergrund erfuhren gerade Liberale die Konsequenzen von Inklusion und Exklusion im Namen von Zugehörigkeit und Loyalität, der kriegsstaatlichen Kontrolle, der Überwachung und des Zwangs. Der Krieg erwies, wie gefährdet plurale Gesellschaftsvorstellungen angesichts einer permanenten Mobilisierung von Menschen, Produktion und Kapital plötzlich waren, und wie fragil auch die Privatsphäre des Individuums werden konnte. Gerade Rathenau erfuhr während des Krieges die antisemitische Hetze. Immer wieder wurde ihm vorgeworfen, von der von ihm mitverantworteten Kriegswirtschaft persönlich zu profitieren. Dahinter stand zugleich das Stigma des mangelnden Patriotismus und einer fragwürdigen Loyalität.

Spätestens ab 1917 und mindestens bis 1923 erfuhren Liberale, *drittens*, die Möglichkeit der politischen sozialen Revolution im Namen neuer sozialistischer Utopien. In der neuartigen Verknüpfung von Krieg und Revolution geriet die monarchische Regierungsform auf dem europäischen Kontinent unter Druck und wurde dem radikalen Effizienztest des Krieges unterworfen. Das erwies sich zunächst in Russland und anschließend in unterschiedlichen Revolutionsvarianten seit dem Herbst 1918 in der Habsburgermonarchie, im Deutschen Reich und schließlich im Übergang vom Osmanischen Reich zur türkischen Republik.

Viertens brachte der Krieg soziale Auf- und Abstiegsbewegungen hervor. Während sich viele Experten aus dem liberalen Bürgertum rekrutierten, kam es gleichzeitig zu einem relativen Bedeutungsverlust des Bürgertums gegenüber den Industriearbeitern. Diese Entwicklung beförderte die kritische Auseinandersetzung vieler Liberaler mit Phänomenen der Massengesellschaft und Massenkultur und ging weit über den Blick auf die Folgen des am Ende des Krieges in den meisten Gesellschaften eingeführten allgemeinen Wahlrechts hinaus. Es grundierte die Angst vor dem Aufstieg

der Massen als Topos der liberalen Kritik, etwa in Friedrich Naumanns Beschäftigung mit dem „Massenleben“ oder in der berühmten Skizze des Unbehagens, die José Ortega y Gasset 1929 entwerfen sollte.¹⁹ Diese Entwicklungen korrespondierten mit Rathenaus Angst vor einem politischen Bedeutungsverlust des deutschen Bürgertums.

Der Krieg stellte, *fünftens*, überkommene politische Ordnungskonzepte wie besonders die konstitutionelle Monarchie infrage und wirkte zugleich als Katalysator beim Durchbruch der Massendemokratie. Aber was an die Stelle der hergebrachten Konzepte treten sollte, war nach 1918 zunächst weniger eindeutig, als es sich aus dem Rückblick ergeben sollte. Zur Unübersichtlichkeit nach dem Krieg gehörte eine spannungs- und konfliktreiche Konkurrenz neuer Utopien, wie sich vor allem seit 1917 offenbarte. Darin lag die Bedeutung dieses Jahres und der entfernten Verwandtschaft zwischen dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und dem Führer der Bolschewiki Wladimir Iljitsch Lenin mit ihren Bekenntnissen zu Selbstbestimmung und Selbstregierung. Beide lagen zunächst außerhalb klassischer europäischer Liberalismus-Diskurse. Verstärkt wurde diese Utopienkonkurrenz durch einen neuen globalen Wirkungszusammenhang, den die Medien der Kriegspropaganda hergestellt hatten, aber immer weniger kontrollieren konnten.²⁰

Der Kriegsausbruch von 1914 forderte die Liberalen in allen kriegführenden Ländern also in besonderer Weise heraus. Zunächst schien der Konflikt vielen Zeitgenossen auch den Gegensatz zwischen den von Frankreich und seiner revolutionären Tradition bestimmten „Ideen von 1789“ und den deutschen „Ideen von 1914“ widerzuspiegeln. Dahinter stand der Gegensatz zwischen einer westeuropäischen Politiktradition, in die im weiteren Sinne auch der englische Parlamentarismus und das republikanische Freiheitspostulat der amerikanischen Revolution von 1776 gehörten, und einem spezifisch deutschen Verständnis von „Kultur“ und „Gemeinschaft“, auf das sich viele deutsche Intellektuelle beriefen, um sich von eben dieser Tradition zu distanzieren.²¹ Das liberale Erbe des 19. Jahrhunderts geriet

19 José Ortega y Gasset: Der Aufstand der Massen. Übersetzt von Helene Weyl. Stuttgart 2002 (span. 1929), S. 6; Jan-Werner Müller: Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert. Berlin 2013 (engl. 2011), S. 38.

20 Adam Tooze: Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931. München 2015 (engl. 2014), S. 27–43; Mark Mazower: Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert. Berlin 2000 (engl. 1998), S. 17–67; Tim B. Müller: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien. Hamburg 2014; ders./Adam Tooze (Hrsg.): Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg. Hamburg 2015.

21 Jörn Leonhard: „Ihr seid besiegt noch vor der Niederlage“. Der Erste Weltkrieg als Konflikt intellektueller Selbst- und Fremdbestimmungen. In: *lendemains* 39 (2014), S. 153–174.

aber bald in eine Krise, weil die entwickelten Formen politischer Teilhabe durch Wahlen und in Parlamenten, verfassungsmäßig garantierte Rechte und viele andere konstitutionelle Errungenschaften auf die Realität der Kriegsstaaten trafen. In ihnen wurden zwischen 1914 und 1918 nicht allein in Deutschland die zivilen Instanzen der Politik, die Bedeutung von Verfassungen, die Gestaltungsmacht von Parlamenten und politischen Parteien herausgefordert. Die bereits seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in vielen Gesellschaften dominierenden Auseinandersetzungen um die Grenzen der politischen Teilhabe, konkret sichtbar in den Konflikten um die Ausgestaltung des Wahlrechts, wurden durch den Krieg vertieft und zugespitzt.

Rathenaus Hoffnung auf eine Erneuerung des Bürgertums in Politik, Wirtschaft und Kultur sollte durch den weiteren Verlauf des Krieges zerstört werden. Doch zugleich schuf der Krieg auch ganz neue Handlungsmöglichkeiten, und niemand erkannte das auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft so schnell und konsequent wie er.²² Dabei gingen seine Überlegungen zu Kriegsbeginn von der geostrategischen Problematik der Mittelmächte aus:

„Ja, wir grenzen freilich an drei Meere, wir mit unsern Verbündeten; aber was sind sie? Binnenseen. Die Ostsee, durch eine Meerenge nur geöffnet; die Nordsee abgesperrt durch den Kanal, durch die Orkney- und Shetland-Inseln; das Mittelmeer verriegelt durch die beiden Stützpunkte im Osten und im Westen. Und hinter diesen Binnenseen dehnt sich aus im Norden ein bedürftiges Land mit geringer Versorgung unentbehrlicher Stoffe; im Süden hinter dem Mittelmeerkessel ein Wüstenrand, durch den keine Bahnen und Verkehrsstraßen nach den Produktionszentren der Welt führen.“²³

Rathenaus rasche Karriere bestätigte zunächst die durch den Krieg erweiterten Handlungsspielräume. Nur wenige Tage nach Kriegsausbruch konnte er den preußischen Kriegsminister Erich von Falkenhayn von der Notwendigkeit überzeugen, der durch die Blockade bevorstehenden Krise der deutschen Rohstoffversorgung durch eine neue Organisation vorzubeugen. Schon am 13. August nahm die neu gegründete Kriegsrohstoffabteilung ihre Arbeit auf, und Rathenau wurde ihr energischer Abteilungsleiter im

22 Wolfgang Michalka: Rathenaus blockierter Weg in die Politik. In: Sven Brömsel/Patrick Küppers/Clemens Reichhold (Hrsg.): Walther Rathenau im Netzwerk der Moderne. Berlin 2014, S. 199–223.

23 Rathenau: Deutschlands Rohstoffversorgung (wie Anm. 7), S. 26 f.; Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 2), S. 217.

Range eines Generals.²⁴ Als er Ende März 1915 die Leitung der Kriegsrohstoffabteilung abgab, hatte er sich den Ruf eines „wirtschaftlichen Generalstabschefs hinter der Front“ erworben. Doch der Wechsel hatte auch mit seiner Enttäuschung darüber zu tun, dass nicht er, sondern Karl Helfferich zum neuen Staatssekretär des Reichsschatzamtes berufen wurde. Helfferich wurde in dieser zentralen Funktion verantwortlich für die Finanzierung des Krieges durch große Anleihen. Rathenaus Rückzug war auch eine Reaktion auf die zunehmenden Anfeindungen gegen ihn als Zivilisten und Juden, dem man vorwarf, von den Direktiven der Behörde in seinem eigenen Industrieunternehmen zu profitieren.²⁵

Rathenaus Wahrnehmung des Krieges blieb widersprüchlich. Einerseits hielt er zunächst daran fest, wie „innerlich notwendig“ dieser Krieg sei, weil er von ihm noch immer den Durchbruch eines neuen Bürgertums erwartete: „Wie löst sich das Alte, Unerträgliche in neuer Hoffnung.“ Doch andererseits sah er den Krieg im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit des deutschen Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums als Verhängnis an, und sein Pessimismus über den Ausgang steigerte sich von Jahr zu Jahr. Hierin habe er sich „von der Denkweise meines Volkes [...] schmerzlich getrennt [...] soweit es den Krieg als ein erlösendes Ereignis wertet“. So sei „dieser Krieg“ nicht „ein Anfang, sondern ein Ende; was er hinterlässt, sind Trümmer“.²⁶

Auch in anderer Hinsicht erwiesen sich Rathenaus Positionen während des Krieges als ambivalent. Dass er zu Beginn des Krieges „nicht an unser Recht zur endgültigen Weltbestimmung“ glaubte, bewahrte ihn später nicht davor, eine mitteleuropäische Zollunion mit Österreich-Ungarn zu favorisieren, und 1915 sogar den Plan zu verfolgen, durch umfassende Eroberungen Russland in ein antibritisches Bündnis zu zwingen.²⁷ Auch sonst blieben Widersprüche offensichtlich. So setzte er sich für die rücksichtslose Mobilisierung der Heimatfront ein, auch unter Einsatz belgischer Zwangsarbeiter, um sich 1917 im Streit mit Ludendorff gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg zu wenden, bevor er gegen Ende des Krieges für

24 Otto Goebel: *Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg einschließlich des Hindenburg-Programms*. Stuttgart 1930, S. 9–18; Gerald D. Feldman: *Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918*. Princeton 1966, S. 45–52; Wolfgang Michalka: *Kriegsrohstoffbewirtschaftung, Walther Rathenau und die „kommende Wirtschaft“*. In: Ders. (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*. München 1994, S. 485–505.

25 Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 184, 186 f.; dort auch das Zitat.

26 Zitiert nach: Ebd., S. 176, 178; Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 2), S. 218 f.

27 Wolfgang Michalka: *Walther Rathenau. Begründer einer liberalen Außenpolitik?*. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 22 (2010), S. 9–36.

einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und eine konsequente Parlamentarisierung Deutschlands eintrat. Die Ambivalenz dieser Positionen, die man ebenso bei Max Weber finden konnte, gehörte zu den bürgerlichen Reaktionen auf den Verlauf des Krieges.²⁸

4. Ordnungsvisionen und Aporien: Die Moderne im Krieg

In der Praxis der Kriegsgesellschaften bildete sich keine staatssozialistische „Gemeinwirtschaft“ aus, die Rathenau 1916 in seinem Buch „Von kommenden Dingen“ als zukunftsweisendes Modell beschrieb. Eher ließ sich beobachten, wie die Unternehmer ihre Interessen durch einen effizienten Lobbyismus durchsetzen konnten, während das Reichsschatzministerium unter Helfferich auf weitgehende Zurückhaltung setzte. Doch Rathenau spielte eine wichtige Rolle in der Suche nach neuen Modellen, um die soziale Kohäsion und Integration der Kriegsgesellschaft zu sichern und bereits über den Krieg hinauszudenken.²⁹ Als Rathenau und sein Nachfolger Wichard von Moellendorff die Bezeichnungen „Neue Wirtschaft“ und „Gemeinwirtschaft“ prägten, unterstrichen sie damit, dass der industrielle Massenkrieg zu einem sozialkorporativen Interessenausgleich führen und damit die überkommene Definition von Klassenloyalitäten überwinden sollte.³⁰ Rathenau leitete von diesen Erfahrungen eine Wendung gegen das wirtschaftsliberale „freie Spiel der Kräfte“ ab und führte im Januar 1918 aus:

„[S]olange die ungezügelte Wirtschaftsform herrscht und solange der Begriff der unbeschränkten Konkurrenz auf unbeschränkte Bereicherung hinweist, wird die sittliche Einkehr kaum zu erzwingen sein. [...] Die schrankenlose Wirtschaft hat den Krieg herbeigeführt und mit ihm ihr virtuelles Ende gefunden.“³¹

28 Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 175–178; Martin Sabrow: Walther Rathenau. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. 2. Aufl. Paderborn 2004, S. 786 f.; Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 2), S. 318 f.

29 Hans Dieter Heilige: Dauerhaftes Wirtschaften contra Wirtschaftsliberalismus: Die Entstehung von Rathenaus Wirtschaftsethik. In: Hense/Sabrow (Hrsg.): Leitbild (wie Anm. 3), S. 85–106.

30 Dieter Krüger: Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland. Göttingen 1983, S. 127; Gunther Mai: Der Erste Weltkrieg. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Scheidewege der deutschen Geschichte. Von der Reformation bis zur Wende 1517–1989. München 1995, S. 159–171, hier S. 165; Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 2), S. 373, 381 f.

31 Brief Walther Rathenaus vom 9. Januar 1918. In: Margarethe von Eynern (Hrsg.): Walther Rathenau in Bild und Brief. Berlin 1967, S. 247; Frölich: Liberalismus (wie Anm. 3), S. 18.

Mit einer solchen Position nahm Rathenau auch innerhalb der Unternehmereliten eine Außenseiterposition ein.

Dass „Gemeinwirtschaft“ und „Kriegssozialismus“ von vielen zustimmend oder ablehnend, aber jedenfalls zunehmend synonym verwendet wurden, belegte den Zusammenhang zwischen nationaler Integration und sozialer Partizipation. Konservative Nationalökonominnen gingen so weit, aus der im Krieg praktizierten Gemeinwirtschaft eine „Volksgenossenschaft eines nationalen Arbeitsstaats aus der nationalen Kriegswirtschaft“ abzuleiten. Auch der Begriff „Volksgemeinschaft“ stand in diesem Zusammenhang. Seine Verwendung seit 1914 verwies auf die klassen- und konfessionsübergreifende Mobilisierung aller gesellschaftlichen und industriellen Kräfte in der Verteidigung des Nationalstaates von 1871. Die idealisierte klassenlose Volksnation versprach eine gleichberechtigte Integration aller. Das erklärte, warum „Volksgemeinschaft“ gerade von der Sozialdemokratie, dem katholischen Zentrum und den Juden aufgenommen und gegen den exklusiven Nationsbegriff der Konservativen eingesetzt wurde. Nation und Sozialismus schienen sich hier einander anzunähern.³² Doch war dies nur denkbar durch einen starken Kriegsstaat, dem als neutrale Institution oberhalb von Parteien und Interessengruppen die Aufgabe zukam, Güter gerecht zu verteilen und damit die Erfahrung als einige Nation im Krieg zu stärken. So richtete sich Rathenaus Augenmerk am Ende des Krieges vor allem auf eine starke Exekutive oberhalb der Parteien.

Aber nicht nur Sozialphilosophen und Wirtschaftsexperten formulierten neue Konzepte. Ausgehend von seiner Kritik an der Strategie der SPD, wie bereits vor dem Krieg, so auch seit August 1914 in erster Linie auf sozialpolitische Fortschritte zu setzen und die Frage der politischen Teilhabe zu vernachlässigen, prägte der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding 1915 den Begriff des „organisierten Kapitalismus“. Damit wollte er darauf hinweisen, wie sich durch den Krieg eine neuartige Wirtschaftsverfassung herausbildete. Auf eine hochentwickelte Industriegesellschaft wie die Deutschlands passte danach die Vorstellung eines revolutionären Zusammenbruchs des Kapitalismus nicht mehr. Denn das Proletariat habe sich, so Hilferding,

32 Gunther Mai: „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“. Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges 1900–1925. In: Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg (wie Anm. 24), S. 583–602; Max Scheler: Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg. Leipzig 1915, S. 119 f.; Fritz Gschnitzer/Reinhart Koselleck/Bernd Schönemann/Karl Ferdinand Werner: Volk, Nation, Nationalismus, Masse. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 7. Stuttgart 1992, S. 141–432, hier S. 391 f.; Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 2), S. 381 f.

sehr flexibel in diesem Kapitalismus eingerichtet, in dem sich die Lebensbedingungen für die Industriearbeiter durch die Politik der SPD und der Gewerkschaften stetig verbessert hätten. Gerade das seit den 1890er Jahren immer stärker dominierende Finanzkapital stehe für eine „Umwandlung der anarchisch-kapitalistischen in eine organisiert-kapitalistische Wirtschaftsordnung“, die mit den Vorstellungen der Massenverelendung nicht mehr übereinstimme.³³

Rathenau blieb nicht in der abstrakten Konzeption der „Gemeinwirtschaft“ stehen, sondern blickte immer wieder auf die konkreten Probleme der deutschen Kriegswirtschaft, hinter der er Grundprobleme der Entscheidungsprozesse in modernen Gesellschaften erkannte, nicht zuletzt die Spannung zwischen dem Universalismus und dem „Fachmenschentum“ der Experten. Vor allem fürchtete er eine unkontrollierte Dynamik bürokratischer Organisation. In einem Gespräch mit Ludendorff analysierte er im Februar 1917 die Probleme bei der Umsetzung des Hindenburg-Programms seit Ende 1916: So habe man „nicht berücksichtigt, daß ein Land, das bis zum Rande der Lieferungsarbeit gesättigt ist, nicht unvorbereitet in ein riesenhaftes Bauprogramm getrieben werden dürfe“. Fabrikanten seien „in den Bau neuer Fabriken in größter Zahl gehetzt“ worden, die nun „halbfertig“ dastünden, weil es an Baustoffen mangle. Die Verkehrsinfrastrukturen seien durch die „Ausdehnung der Umlaufmengen und die Verstärkung der Leistung“ überfordert. Rathenau wies gegenüber Ludendorff auf ein Grundproblem hin, das auch bei der Umsetzung des Hilfsdienstgesetzes unübersehbar geworden sei:

„Eine der Ursachen der Desorganisation liegt in dem Überorganisieren, in dem beständig wachsenden Kommissions- und Beiratswesen, in dauernden Rücksichten auf Abgeordnete, Interessen und Parlamente, sodaß es heute dazu gekommen ist, daß vor Kommissionssitzungen, Beratungen, Organisationsarbeiten Richtungen und Grundsätze überhaupt nicht mehr eingehalten werden können.“³⁴

Wie groß in dieser Situation Rathenaus Vertrauen auf Ludendorff als militärischen und politischen Architekten des Krieges in der Obersten Heeresleitung war, zeigte sich im Sommer 1917. Nicht die Kanzlerkrise und

33 Heinrich August Winkler: Einleitende Bemerkungen zu Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus. In: Ders. (Hrsg.): *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*. Göttingen 1974, S. 9–18; Rudolf Hilferding: *Arbeitsgemeinschaft der Klassen?* (1915). In: Cora Stephan (Hrsg.): *Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940*. Berlin 1982, S. 63–76; Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 2), S. 382 f., dort auch das Zitat S. 382.

34 Walther Rathenau: *Tagebuch 1907–1922*. Hrsg. u. kommentiert von Hartmut Pogge von Strandmann. Düsseldorf 1967, S. 209 f.; Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 2), S. 517.

die Aporien der ausgebliebenen Parlamentarisierung der deutschen Monarchie, sondern die „unglaublich verworrene Schaltung unserer Machtverhältnisse“ notierte er in seinem Tagebuch am 12. Juli 1917:

„Der Kanzler kann nichts machen, wenn er nicht die Bestätigung des Hauptquartiers hat. Im Hauptquartier sei Ludendorff gehemmt durch Hindenburg. Dieser wiederum schwenke ein, sobald ihm der Kaiser auf die Schulter klopfe. Der Kaiser selbst fühlt sich konstitutionell, und somit ist der Zirkel geschlossen. Hier handelt es sich aber nicht um die Kleiderordnung, sondern um Weltgeschichte.“

Doch war sich Rathenau sicher, dass es nicht nur die „Hindenburg-Legende“ gebe, sondern dass die „Realität der Bilanz und des Wirkens Ludendorffs, zwar nicht ins Volk, aber in die ganze Masse der Gebildeten gedrungen“ sei. Ludendorff könne „jetzt sich auf sich selbst stützen und bedürfe nicht der vorgesetzten Protektionierung; damit sei seine Unabhängigkeit der Verantwortung gesichert“.³⁵

1917 war auch das Jahr, in dem die dramatischen Ereignisse in Osteuropa ganz neue Vorstellungen von Expansion und Raumkontrolle entstehen ließen, und auch hier spielte Rathenau eine wichtige Rolle. Bereits 1915 hatte er auf den „Ostraum“ und vor allem auf Russland als Rohstofflieferanten und Markt für Deutschland hingewiesen und sich darin von traditionellen Mitteleuropa-Konzeptionen distanziert. Nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk ließ sich in Umrissen eine Mittelasien-Konzeption erkennen.³⁶ Angesichts des Zusammenbruchs Russlands könne hier, so dessen Vertreter, eine von Deutschland dominierte Einflusszone entstehen, um die imperiale Wirkungsrichtung Großbritanniens in Asien einzudämmen. Dahinter stand seit Ende 1917 zunächst die wirtschaftliche Logik eines von Rohstoffimporten abhängigen Landes. Denn wichtige Rohstoffe wie Eisen und Mangan, auf die Deutschland zur Fortsetzung des Krieges dringend angewiesen war, konnten aus der Ukraine und aus dem Kaukasus eingeführt werden. Hinzu kamen Öl aus Baku, Getreide aus der Ukraine, Baumwolle aus Persien und von jenseits des Kaspischen Meeres. Damit eröffnete der Friedensschluss zum ersten Mal die Perspektive, die alliierte Seeblockade Deutschlands zu umgehen.³⁷

35 Rathenau: Tagebuch 1907–1922 (wie Anm. 34), S. 223 f.; Leonhard: BÜchse der Pandora (wie Anm. 2), S. 744.

36 Jennifer L. Jenkins: Germany's Eurasian Strategy in 1918. In: Helmut Bley/Anorthe Kremers (Hrsg.): *The World during the First World War*. Essen 2014, S. 291–302; Jörn Leonhard: Der Primat des Krieges? Deutschland und die Russische Revolution 1917/18. In: Joachim Tauber/Alexander Tschubarjan (Hrsg.): *Zeitenwende. Deutsche und russische Erfahrungen 1917–1919*. Berlin 2022, S. 41–50.

37 Leonhard: *Der überforderte Frieden* (wie Anm. 17), S. 125.

5. *Ende und Aufbruch: Der unpolitische Politiker*

Das lange Kriegsende zwischen Sommer und Spätherbst 1918 brachte den scheinbaren Triumph der westeuropäischen und amerikanischen Kriegstaaten, beglaubigt durch die Behauptung der parlamentarischen Regime, durch das Scheitern der Monarchien in Deutschland und der Habsburgermonarchie mit ihren politisch nicht kontrollierten Militärs, durch die Auflösung der Empires auf dem europäischen Kontinent, durch revolutionäre Akte, neue Nationalstaaten und den Durchbruch des allgemeinen Wahlrechts. Doch gerade die neuen Nationalstaaten erwiesen sich sehr bald als „Nationalitätenstaaten“ mit großen ethnischen Minderheiten, die zum doppelten Testfall für Selbstbestimmung und Selbstregierung wurden. Das schloss die Gewalt im Namen der Homogenisierung nicht aus. Aber die Revolutionsanläufe stellten auch die politische Handlungs- und Deutungsposition des Bürgertums in Frage. Neue politische Akteure betraten die politischen Bühnen, nicht nur die eher kurzlebigen Arbeiter- und Soldatenräte, sondern auch die neuen Bauernparteien in vielen ostmittel- und osteuropäischen Staaten.

Eine Grunderfahrung der Liberalen war, dass sich die Revolutionen 1918 und in den darauffolgenden Varianten fundamental von den Ereignissen 1830 oder 1848 unterschieden. Das Ergebnis war paradox: Die Umwälzungen waren Revolutionen ohne Liberale, aber sie verhalfen im Ergebnis liberalen Errungenschaften zum Durchbruch. In der Krisenphase zwischen 1917 und 1923 wurde in den europäischen Gesellschaften nicht die Vision der Arbeiter- und Soldatenräte nach bolschewikischem Vorbild verwirklicht, sondern der parlamentarische Verfassungs- und Rechtsstaat, der auf dieser Basis die Erweiterung der politischen zur sozialen Demokratie in Angriff nahm. In der Ausarbeitung dieser Projekte fanden viele Liberale als Experten und politische Akteure ihre Bestimmung. Doch was auf den ersten Blick für eine Fortschrittskontinuität in der Tradition des 19. Jahrhunderts sprach, verwies in den Augen vieler Zeitgenossen in Deutschland vor allem auf die Massendemokratie als Konsequenz der Niederlage und der Kriegsoffer. Der Verlauf der unterschiedlichen Revolutionen war jedenfalls nicht von Liberalen bestimmt, die sie wie Ernst Troeltsch und Max Weber eher fasziniert oder skeptisch kommentierten, sondern von der Spannung zwischen gemäßigten Sozialdemokraten und radikalen Linken, zwischen repräsentativer Demokratie und bolschewikischem Rätssystem.³⁸

38 Ebd., S. 1241 f.

Rathenaus Reaktion auf diese Entwicklungen reflektierte erneut eine widersprüchliche Haltung. Einerseits bemühte er sich um eine realistische Einschätzung der Lage, aber andererseits wandte er sich im Moment des absehbaren Kriegsendes gegen einen vorschnellen Weg zu Waffenstillstandsverhandlungen und forderte Anfang Oktober 1918 in der Vossischen Zeitung sogar ausdrücklich eine Diskussion um die Möglichkeiten eines Volks- und Guerillakrieges, einer „levée en masse“ nach französischem Vorbild. Einer stabilen, verteidigungsbereiten deutschen Front würden, so seine Hoffnung, andere Waffenstillstandsbedingungen angeboten als einer durch die frühe Ankündigung der Konzessionen in Auflösung begriffenen Militärmacht. Der Schritt der neuen Reichsregierung sei daher übereilt:

„Wir, die wenigen, haben gemahnt und gewarnt, als keine Regierung daran dachte, der Wahrheit ins Auge zu blicken.“ Man lasse sich hinreißen „im unreifen Augenblick, im unreifen Entschluss. Nicht im Weichen muss man Verhandlungen beginnen, sondern zuerst die Fronten befestigen. [...] Hat man das übersehen? Wer die Nerven verloren hat, muss ersetzt werden. [...] Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung.“³⁹

Für einen solchen Volkskrieg gab es jedoch weder in der militärischen noch in der politischen Führung Unterstützung. Der Krieg wurde in letzter Konsequenz politisch beendet und nicht durch einen militärischen Endkampf im eigenen Land. Genau das aber wurde zum Ausgangspunkt für die Dolchstoßlegende. Vielen Deutschen erschien Rathenau, durchsetzt mit antisemitischen Tönen, jetzt abermals als egoistischer Unternehmer und Kriegsorganisator, der im Augenblick des Kriegsendes allein um seine Anlagen und Geschäfte fürchtete. Damit war er zunächst isoliert: von den politischen Kräften der Mitte und der Linken und scheinbar im Bund mit den Anhängern eines deutschen Siegfriedens und der Vaterlandspartei. Dieses negative Bild sollte ab 1920 mit dem des „Erfüllungspolitikers“ im Dienst der Alliierten verknüpft werden.⁴⁰

Vielen Liberalen in Deutschland erschien die neue Republik als Bedrohung und Verheißung zugleich. Diese Ambivalenz erklärte sich aus der besonderen Überlagerung von Kriegsende und Revolution, Niederlage und Waffenstillstand. Die Ergebnisse des Krieges und des Friedens, erfahren als moralische Demütigung und nationale Schmach, wurde von vielen

39 Zitiert nach: Rudolf Thiel: *Die Generation ohne Männer*. Berlin 1932, S. 260; Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 2), S. 880; ders.: *Der überforderte Frieden* (wie Anm. 17), S. 238.

40 Michael Geyer: *Insurrectionary Warfare. The German Debate about a Levée en Masse in October 1918*. In: *Journal of Modern History* 73 (2001), S. 459–527, hier S. 474 f.

Liberalen der neuen Republik angelastet. Darin mischte sich die Trauer über das Verlorene mit der Skepsis gegenüber dem Neuen. Gerade Liberale beteiligten sich aktiv an der nach dem Sommer 1919 entstehenden Revisionsbewegung, die sich nach außen gegen den Versailler Vertrag wandte und nach innen auf eine Überwindung der sozialen und ideologischen Polarisierungen zielte. Doch entstand so eben auch ein Instrument für künftige Republikfeinde. Der Kampf gegen Versailles ließ sich auch in einen Kampf gegen Weimar konvertieren, und in diesem Prozess spielten Liberale eine aktive Rolle.

Die deutschen Reaktionen auf diese Konstellation fielen sehr unterschiedlich aus. Repräsentanten einer dezidiert unpolitisch apostrophierten Bürgerlichkeit beriefen sich nach 1918 auf den nationalen Gesinnungsbegriff der „Liberalität“, um sich so von demokratisch-partizipatorischen Konnotationen des Liberalismus abzugrenzen. Stellvertretend für viele hob Thomas Mann in seinen während der letzten beiden Kriegsjahre verfassten „Betrachtungen eines Unpolitischen“ ein bürgerlich-unpolitisches Verständnis von „Liberalität“ hervor, das er vom ideologischen Gehalt des Liberalismus zu unterscheiden suchte. Sei er „liberal“, so nur „im Sinne der Liberalität und nicht des Liberalismus. Denn ich bin unpolitisch, national, aber unpolitisch gesinnt, wie der Deutsche der bürgerlichen Kultur und wie der der Romantik, die keine andere politische Forderung kannte, als die hoch-nationale nach Kaiser und Reich.“⁴¹

Max Weber sollte 1919 in seinem Vortrag über „Politik als Beruf“ die traditionellen Vorstellungen legitimer Herrschaft, die auf Monarchien, Dynastien und Imperien beruhten, historisieren. Stattdessen hob er gerade gegenüber den Liberalen die Massen und die Demokratie als neue Bedingungsfaktoren der Politik hervor. Doch insgesamt mussten bürgerliche Liberale in Deutschland erleben, wie ihr tradiertes Deutungsmonopol für die Grundbegriffe „Nation“ und „Bürgertum“ durch den Krieg fundamental erschüttert worden war.⁴²

Rathenaus politischer Plan eines „freien Bundes der Gesinnung“, als bürgerliche Partei neuen Typus mit dem Namen „Demokratischer Volksbund“, passte Mitte November 1918 in diese kritische Übergangsphase.⁴³ Damit verfolgte er das Ziel, die Grundlage für eine gemeinsame bürgerliche

41 Thomas Mann: *Betrachtungen eines Unpolitischen*. In: Ders.: *Große Kommentierte Frankfurter Ausgabe*. Bd. 12/1. Hrsg. von Hermann Kurzke. Frankfurt/M. 2009, S. 108; Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 2), S. 765.

42 Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 2), S. 765 f.

43 Jörg Hentzschel-Fröhlings: *Walther Rathenau als Politiker der Weimarer Republik*. Husum 2007, S. 46–83.

Partei zu schaffen. Wenige Tage später nach Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) gab er diesen Plan auf, aber die Enttäuschung blieb bestehen. In der DDP erkannte er die bloße Fortsetzung der alten Fortschrittspartei und warf ihr vor, zusammen mit dem Zentrum die eigentliche konservative Partei zu bilden. Unübersehbar schien sich für ihn die vertiefte Polarisierung als Konsequenz von Niederlage, Revolution und Republikgründung fortzusetzen. In seiner Berliner Rede im Juni 1920 zur „Demokratischen Entwicklung“ drückte sich das Krisengefühl in einer fast reduktionistischen Sicht auf den Liberalismus aus, die Rathenau eher noch vergrößerte Distanz zum organisierten Liberalismus unterstrich:

„Imperialismus ist nichts weiter als liberaler Individualismus, übertragen auf das Gebiet des Wettbewerbs der Staaten; individueller Liberalismus ist die Übertragung der internationalen Rivalität auf den Einzelwettbewerb der Individuen. [...] Entstanden sind wir aus dem Liberalismus; er fällt mehr und mehr von uns ab.“⁴⁴

Diese Haltung erklärt schließlich auch das fast schon programmatische Bekenntnis Rathenau beim Amtsantritt als Minister für Wiederaufbau im Juni 1921, als er betonte, „dass mein neues Arbeitsgebiet kein politisches ist. Nicht als Mitglied einer Partei bin ich berufen worden. Ich entnehme dieser Tatsache das Recht, meinen Arbeitskreis so unpolitisch zu behandeln wie möglich, vielmehr privatwirtschaftlich und industriell.“⁴⁵

Seit 1918 dominierten bei Rathenau zugleich immer stärker Resignation und Pessimismus, die sich 1921/22 und in den Wochen und Monaten vor seiner Ermordung zu einer fast schon fatalistischen Haltung steigerten. Wiederum war es seine von ihm selbst genau wahrgenommene Stellung als Außenseiter, die ihn seit der Schlussphase des Krieges beschäftigte. Schon im Juli 1918 bekannte er in seiner Rede „An Deutschlands Jugend“:

„Den Genossen meines Alters habe ich nicht mehr viel zu sagen. Mein Herz habe ich vor ihnen ausgeschüttet. [...] Viele haben meine Schriften gelesen, die Gelehrten, um sie zu belächeln, die Praktiker, um sie zu verspotten, die Interessenten, um sich zu entrüsten und sich ihrer eigenen Güte und Treue zu erfreuen.“⁴⁶

44 Walther Rathenau: Gesammelte Reden. Berlin 1924, S. 61; Frölich: Liberalismus (wie Anm. 3), S. 20.

45 Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 44), S. 199; Frölich: Liberalismus (wie Anm. 3), S. 15.

46 Walther Rathenau: An Deutschlands Jugend. Berlin 1918, S. 6 f.; Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 255.

6. Zusammenfassung und Ausblick: Walther Rathenau als Figur des Übergangs

Wer war Walther Rathenau? Die Polyvalenz seiner Persönlichkeit und die Vielfalt seiner Aktionsfelder entzieht sich eindeutigen Zuordnungen und Etiketten. Er war immer wieder vieles gleichzeitig und scheint in kein Raster zu passen: als Politiker und Ökonom, als Philosoph und Tatmensch, mit der Bereitschaft, immer wieder konkrete Verantwortung zu übernehmen, in der Leitung eines der modernsten und zukunftsorientiertesten Unternehmen in Deutschland, als Organisator der deutschen Kriegswirtschaft, als Minister für Wiederaufbau und als Chef des Auswärtigen Amtes, zugleich ausgestattet mit einer außergewöhnlichen, dabei niemals widerspruchsfreien Reflexionskraft, gespeist aus philosophischen Interessen und literarischem Ehrgeiz. Mit der Figur des Arnheim karikierte Robert Musil die angeblich inhaltsleere Pose und das hohle Pathos Rathenaus, doch unterstellte er ihm damit wohl mehr Macht und Ehrgeiz, als Rathenau zeit seines Lebens besaß. Er war weniger als zielstrebigem Akteur unterwegs, sondern als Außenseiter, distanzierter Beobachter und Grenzgänger zwischen Wirtschaft, Politik und Kultur, was ihm zugleich den Vorwurf des Dilettantismus und der Geltungssucht einbrachte.⁴⁷

Rathenau war ein Produkt der bürgerlichen Aufbrüche des 19. Jahrhunderts, aber er entzog sich einer einfachen Parteinahme für den organisierten Liberalismus. Dazu gehörte seine kritische Auseinandersetzung mit den Konsequenzen eines unkontrollierten Wirtschaftsliberalismus und sein Fokus auf die politisch-soziale Verantwortung, die er zwischen Unternehmen und Staat geteilt sehen wollte. Sein Verhältnis zum Liberalismus blieb spannungsreich, im kritischen Blick auf dessen Leistungen und Zukunftsaussichten, in der situativen Distanzierung von politischen oder ökonomischen Überzeugungen, in der immer wieder betonten Autonomie der individuellen Persönlichkeit jenseits von Partei und Parlament. Von hier aus erklärt sich sein besonderer Fokus auf das „Deutschtum“ als kulturelle Rahmung für die Nation. Damit sprach er sich zugleich gegen überbordende Rationalisierung und Mechanisierung aus, wie er sie in der Karriere Berlins zwischen „Spreeathen“ und „Parvenupolis“ erkannte. Sein in der Schrift

47 Barbara Czarniawaska/Bernward Joerges: The Man With All the Qualities. Musil's Arnheim/Rathenau, or: Can Business, Science and Arts Go Hand in Hand?. In: Barbara Czarniawaska-Joerges/Pierre Guillet de Monthoux (Hrsg.): Good Novels, Better Management. Reading Organizational Realities in Fiction. London 1994, S. 234-266.

„Höre, Israel“ von 1897 enthaltenes Bekenntnis zur Assimilation gehörte in diesen Zusammenhang.⁴⁸

In all dem verkörperte Rathenau einen besonderen Übergangszustand, in dem sich widersprüchliche Kennzeichen miteinander verknüpften. Als Musil in seinem Roman „Der Mann ohne Eigenschaften“ das Europa um 1900 charakterisierte, entwarf er ein Panorama der Unruhe und Widersprüchlichkeit:

„Es wurde der Übermensch geliebt, und es wurde der Untermensch geliebt; es wurden die Gesundheit und die Sonne angebetet, und es wurde die Zärtlichkeit brustkranker Mädchen angebetet; man begeisterte sich für das Heldenglaubensbekenntnis und für das soziale Allemannsglaubensbekenntnis; man war gläubig und skeptisch, naturalistisch und preziös, robust und morbid; man träumte von alten Schloßalleen, herbstlichen Gärten, gläsernen Weihern, Edelsteinen, Haschisch, Krankheit, Dämonien, aber auch von Prärien, gewaltigen Horizonten, von Schmiede- und Walzwerken, nackten Kämpfern, Aufständen der Arbeitssklaven, menschlichen Urpaaren und Zertrümmerung der Gesellschaft.“⁴⁹

Walther Rathenaus Moderne verband das Bekenntnis zu den Leistungen des Bürgertums mit der Skepsis angesichts drohender Machterosion und absehbaren Zerfalls. So bewegte er sich immer wieder zwischen Aufbruchsstimmung und Zukunftspessimismus.⁵⁰

Vier Aspekte, die auch Leitmotive der Biographie Rathenaus waren, erscheinen für diese Übergangssituation besonders wichtig.⁵¹ Zu der von Musil diagnostizierten Spannung gehörte, *erstens*, das Nebeneinander von Rationalität und Subjektivierung. Politische Theoretiker und Sozialphilosophen diagnostizierten um 1900 angesichts der starken Tendenzen zur Rationalisierung in der Wirtschaft, der Verwaltung, der Politik in modernen Gesellschaften einen Mangel an Instinkt, Intuition, Subjektivität und damit auch jener irrationalen Elemente, ohne die sich der Einzelne verloren und isoliert vorkommen müsse. Zumal Max Webers Beschäftigung mit Ekstase und Charisma dokumentierte die wahrgenommenen Grenzen, allein mit

48 Walther Rathenau: Höre, Israel! (zuerst: 6. März 1897). In: Ders.: Impressionen. 2. Aufl. Leipzig 1902, S. 2–20; Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 255 f.

49 Musil: Mann ohne Eigenschaften (wie Anm. 1), Bd. 1, S. 54 f.; Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 2), S. 26.

50 Pascale Gruson: Die Krise der Moderne in europäischer Perspektive. Walther Rathenau, Ernst Troeltsch und die Weimarer Republik. In: Kurt Nowak/Gérard Raulet (Hrsg.): Protestantismus und Antisemitismus in der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1994, S. 43–83.

51 Jörn Leonhard: Bürgerliche Moderne im Zeitalter der Extreme: Der europäische Liberalismus nach 1918. In: Elke Seefried/Ernst Wolfgang Becker/Frank Bajohr/Johannes Hürter (Hrsg.): Liberalismus und Nationalsozialismus. Eine Beziehungsgeschichte. Stuttgart 2020, S. 91–113.

Hilfe rationaler, bürokratischer und legaler Prozesse politisches und soziales Handeln zu strukturieren. Aus der Erfahrung, was die Rationalisierung der Welt bedeutete, gerade auch der Wirtschaft, wandte sich Rathenau entschieden gegen ein übertriebenes „Fachmenschentum“ und beharrte auf Literatur, Theater und Kunst als Schutzzräumen der individuellen Persönlichkeit.

Zweitens war die Phase nach 1918 wahrscheinlich die wichtigste Zeitspanne in der Geschichte des Liberalismus im 20. Jahrhundert, vielleicht sogar eine zweite „Sattelzeit“.⁵² Die „Krise“ des Liberalismus, die von Eric Hobsbawm sogar zum „Untergang des Liberalismus“ übersteigert wurde, ließ den Liberalismus seit 1930 fast unsichtbar werden. Aber diese Sichtweise bezieht ihre Suggestionskraft aus der Polarisierung der ideologischen Deutungsangebote von Liberalismus, Kommunismus und Faschismus, aus der Zuspitzung der politisch-ideologischen Sprache. Diese sich gegenseitig ausschließenden Alternativen schienen sich zu manichäischen Oppositionen zu entwickeln, die keine Unentschiedenheit duldeten, wie es Carl Schmitts Freund-Feind-Paradigma als Basis des Politischen exemplarisch zum Ausdruck brachte. Der Blick auf die Erbschaften des Krieges und die Umbrüche des Nachkrieges zeigt jedoch, dass und wie sich vermeintlich festgefügte Passungen aufzulösen begannen und scheinbar hermetische ideologische Gehäuse durchlässig wurden. Das galt angesichts der neuen Utopienkonkurrenz, der bolschewikischen Bedrohungsszenarien und der kritischen Wahrnehmung von Massendemokratie und Massenkultur für die gängigen Kopplungen zwischen Liberalismus und Bürgertum, zwischen Liberalismus und Parlamentarismus, aber auch für das Verhältnis von Politik und Ökonomie und die Rolle des Staates – alles Themen, die Rathenau in theoretischer Reflexion und politischer Praxis intensiv beschäftigt hatten.

Langfristig geriet durch den Krieg, *drittens*, nicht nur das liberale Politikmodell unter Druck, sondern auch das plurale Gesellschaftsbild. Gegen die konstitutionell-parlamentarische Praxis konnte man argumentieren, dass moderne Staaten im Krieg allein durch bürokratisch-militärischen Sachverstand, durch Experten und Fachleute, überleben konnten. Die Rekonfiguration vormoderner Gemeinschaftsideale, die man nach 1918 gegen den Liberalismus wandte, verband sich mit dem Rückgriff auf moderne Techniken: Die plurale Gesellschaft erschien jetzt als atomistisch. Sozialin-

52 Jörn Leonhard: Liberale und Liberalismus nach 1918 – Herausforderungen und Forschungsperspektiven. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016), S. 327–335; Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard: Liberalismus im 20. Jahrhundert – Aufriss einer historischen Phänomenologie. In: Dies. (Hrsg.): Liberalismus (wie Anm. 18), S. 13–32.

genieure, die den Krieg als Möglichkeitsraum erfahren hatten, etwa in der pronatalistischen Praxis vieler Regierungen, sollten ein zunehmendes Gewicht bekommen.⁵³

Die Normen liberalen Handelns büßten also nach dem Ersten Weltkrieg an Bedeutung ein. Sie verloren die für das 19. Jahrhundert charakteristische Kopplung von Liberalismus und Fortschritt und damit letztlich auch an Überzeugungskraft für die entscheidende Deutungskategorie der Zukunft. Der optimistische Glaube an den „Fortschritt mit humanem Maß“ als ein universelles Versprechen war durch den Krieg zerstört worden.⁵⁴ Ein handlungsleitendes Programm für Staat und Gesellschaft konnte davon offenbar nicht mehr ausgehen. Obwohl die 1920er und 1930er Jahre eine Zeit atemberaubender technischer Entwicklungen waren, blieb dies ohne stabilen Bezug zum früheren Glauben an einen Fortschritt zum Wohle der Menschheit. Der Universalismus der Technik mochte den Glauben an bestimmte Machbarkeiten und Planbarkeiten verstärken, aber über die Ausrichtung der politischen und sozialen Ordnung oder den Stellenwert der Gewalt sagte das nichts aus.

Zeitgenossen wie Rathenau erlebten stattdessen eine Kulturrevolution antiliberalen Denkens, die in Deutschland und Österreich besonders stark ausgeprägt war, aber auch in Frankreich und Großbritannien deutliche Auswirkungen hatte. Sie äußerte sich in der Ablehnung eines in die Geschichte eingebetteten Denkens, wonach eine Gesellschaft einzig durch das Bewusstsein ihres „Gewordenseins“ befähigt sei, auch ihre Zukunft zu gestalten. Die Erfahrung des Weltkriegs stand quer dazu und verriegelte gleichsam den Glauben an die Gestaltungskraft des liberalen Fortschritts.

Viertens verhinderte Rathenaus Ermordung, dass er die weiteren Entwicklungen der 1920er und 1930er Jahre hätte mitgestalten oder reflektieren können. Aber er hätte sich für die elementare Herausforderung, in den von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit geprägten Krisen Jahren das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft neu zu bestimmen, sicher sehr interessiert. Auf die Fragen, wo der einzelne Mensch seinen Ort finden sollte, in der Öffentlichkeit, im Wirtschaftsleben, im Bereich der politischen Mitbestimmung, gaben der amerikanische New Deal, der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus, am En-

53 Thomas Etzemüller (Hrsg.): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009.

54 Dieter Langewiesche: Liberalismus und Bürgertum in Europa. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Bd. 3. München 1988, S. 360–394, hier S. 387.

de des Zweiten Weltkriegs auch das britische Versprechen zur Errichtung eines egalitären Wohlfahrtsstaats, denkbar unterschiedliche Antworten. Aber die Ausgangsfragen, die ihr Handeln und ihre Programmatik kennzeichneten, waren doch ähnlich.⁵⁵ Sie wiesen auf Problemlagen zurück, die auch für die Biographie Walther Rathenaus entscheidende Leit motive bildeten.

55 Wolfgang Schivelbusch: *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933–1939*. München 2005; Howard Brick: *Transcending Capitalism. Visions of a New Society in Modern American Thought*. Ithaca 2006; José Harris: *Einige Aspekte der britischen Sozialpolitik während des Zweiten Weltkriegs*. In: Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Mock (Hrsg.): *Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien 1850–1950*. Stuttgart 1982, S. 255–270.

Nation, Europa und Weltpolitik. Der Erste Weltkrieg und Rathenaus Friedens- und Kriegsziele

„Ich bin ein Deutscher jüdischen Stammes. Mein Volk ist das deutsche Volk, meine Heimat ist das deutsche Land, mein Glaube der deutsche Glaube, der über den Bekenntnissen steht.“¹

Am 29. September 1867 in Berlin geboren, war Walther Rathenau Preuße und ab 1870/71 Deutscher, was er höchst selbstbewusst zum Ausdruck brachte:

„Ich habe und kenne kein anderes Blut als deutsches, keinen anderen Stamm, kein anderes Volk als deutsches. Vertreibt man mich von meinem deutschen Boden, so bleibe ich deutsch und es ändert nichts [...]. Meine Vorfahren und ich selbst haben sich von deutschem Boden und deutschem Geist genährt und unserem, dem deutschen Volk erstattet, was in unseren Kräften stand. Mein Vater und ich haben keinen Gedanken gehabt, der nicht für Deutschland und deutsch war [...]“²

So war es Rathenau selbst, der zeitlebens nach einer „vorbehaltlosen Integration erst als Preuße und dann als Deutscher gestrebt hatte“.³

Er war ein überzeugter Preuße; sein Vertrauen wurzelte in den preußischen Reformen der Jahre 1806 bis 1813. „Das Herrlichste jener großen Zeit“, schrieb er 1913 zum hundertjährigen Jubiläum der Freiheitskriege, „war nicht das Opfer und nicht der Sieg, sondern die Einkehr, die beiden voranschritt [...]. Der Hörige wurde frei, der Bürger verantwortlich, die Söldnertruppe zum Volksheer. Die Regierung gewann Selbständigkeit, das Land selbstverwaltetes Leben.“⁴

1 Walther Rathenau: *An Deutschlands Jugend* (Juli 1918). In: Ders.: *Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918*. Hrsg. von Alexander Jaser/Wolfgang Michalka. Düsseldorf 2017 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. III), S. 404–481, hier S. 407.

2 *An Wilm Schwaner*, 23.1.1916. In: Walther Rathenau: *Briefe 1914–1922*. Hrsg. von Alexander Jaser/Clemens Picht/Ernst Schulz. Düsseldorf 2006 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. V.2), S. 1502–1505, hier S. 1503.

3 Vgl. Martin Sabrow: *Walther Rathenau: Preuße – Deutscher – Europäer?* In: Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte (Hrsg.): *Dem Ideal der Freiheit dienen, ihrer Vorkämpfer gedenken*. Rastatt 2003, S. 179–186, hier S. 186.

4 Walther Rathenau: *Das Eumenidenopfer*, 23.3.1913. In: Ders.: *Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914*. Hrsg. von Alexander Jaser. Düsseldorf 2015 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. I), S. 1038–1047, hier S. 1042.

„Dieses Preußentum liebe und bewundere ich als Preuße und als Mensch; das kann mich aber nicht hindern, es mit offenen Augen anzuschauen und rückhaltlos die Stimme zu erheben, wenn es mir zu irren oder zu fehlen scheint.“⁵

Rathenau wurde zu einem scharfsinnigen Beobachter, engagierten Kommentator und erbarmungslosen Kritiker seiner Zeit und vor allem der deutschen Politik. Bereits seit 1907 hatte er vor einem internationalen Konflikt gewarnt, der sich zu einem europäischen Krieg ausweiten könnte. Seine Hauptkritik zielte zum einen auf den Mangel an professionellen Politikern in Deutschland und zum anderen – regelrecht als Folge davon – auf fehlende politische Konzepte:

„Daß Deutschland bei seinem gegenwärtigen inneren und äußeren Aufbau nicht instande ist, eine folgerichtige und langatmige auswärtige Politik zu führen, habe ich [...] vor Beginn des Krieges dargelegt. Es fehlen uns die Menschen und Einrichtungen, vor allem die Einheitlichkeit des Willens.“

Und zur Begründung seiner Kritik schrieb Rathenau:

„Die Fehler kurzatmiger und unsteter Politik treten darin zutage, daß man sich in alles einmischt, für die Galerie arbeitet, alle anderen stört und nichts für sich erreicht [...]. Wir haben Frankreich gestört in Marokko, England in Transvaal, Russland in Konstantinopel, Japan in Shimonoseki. Wir haben Gelegenheiten zu Verständigungen versäumt mit England, Russland, Japan und, innerhalb gewisser Grenzen, mit Frankreich.“⁶

Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland vor 1914 sei – mangels eines verbindlichen außenpolitischen Konzepts – mehr auf die Wirkung nach außen angelegt und weniger darauf ausgerichtet gewesen, langfristig und beharrlich die eigene Position im internationalen Konzert zu bewahren oder sie sogar zu verbessern. Die sich mit theatralischer „Gebärde“ – Rathenau zog in diesem Zusammenhang den Vergleich zur Musik Richard Wagners⁷ – in jeden Konflikt einmischende deutsche Politik habe wenig nennenswerte Erfolge aufzuweisen, dafür aber Misstrauen bei den europäischen Großmächten erregt und Deutschland politisch immer mehr isoliert. Sein Urteil über die deutsche Politik seit Bismarcks Abgang fiel dann auch vernichtend aus: „Von der Hegemonie sind wir herabgestiegen und Angriffsziel geworden [...]“⁸

5 Walther Rathenau: Staat und Judentum (1911). In: Ebd., S. 798–833, hier S. 815. Vgl. auch Hans F. Löffler: Walther Rathenau – ein Europäer im Kaiserreich. Berlin 1997, S. 82.

6 Rathenau: An Deutschlands Jugend (wie Anm. 1), S. 407.

7 Ebd., S. 453.

8 Rathenau: Das Eumenidenopfer (wie Anm. 4), S. 1040.

Im Folgenden wird in einem ersten Schritt Rathenaus Kritik an der deutschen (Außen-)Politik analysiert, um daran anschließend seine Perspektiven einer neuen, zukunftsweisenden Außenpolitik aufzuzeigen. Diese wurden in den Kriegstagen der sich ändernden Lage angepasst und differenziert. Schließlich werden Rathenaus Empfehlungen, wie der Krieg zu beenden wäre, sowie seine Vorstellungen zukünftiger internationaler Zusammenarbeit herausgearbeitet.

1. Führungsauslese

Rathenau vermisste in der deutschen Politik eine – was er vor allem an England bewunderte – kreative Führungsauslese. Besonders in Preußen, so sein Vorwurf, würden Offizierskorps und Diplomatie nahezu ausschließlich aus Aristokraten und Großagrariern rekrutiert werden. Die Zeit dieser traditionellen Eliten sei allerdings vorbei, weil neue Anforderungen andere Qualifikationen erforderten: „Preußen erzeugt fortwährend vorzügliche Verwaltungsbeamte; dagegen hat es in hundert Jahren nur einen einzigen bedeutenden Staatsmann der auswärtigen Politik hervorgebracht.“⁹ Seine Bewunderung für Otto von Bismarck ließ Rathenau aber nicht übersehen, dass die Ursachen der ausgebliebenen oder gar abgeblockten Führungsauslese differenziert und vielschichtig zu analysieren seien. An Botschaftsrat Hellmuth Lucius von Stöedten schrieb er 1912:

„Die aristokratische Besetzung der Staatsämter ist nicht das, was mich in erster Linie besorgt macht, sondern der Mangel einer selbsttätigen Auslese. Aus welchen Gesellschaftsschichten sich tüchtige Leute rekrutieren, ist mir vollkommen gleichgültig. Nötig aber ist, dass eine Garantie dafür besteht, daß nur die Geeignetsten – und diese in möglichst großer Zahl – die Verantwortung tragen.“¹⁰

Zum einen würde der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik immer dominierender, zum anderen stünden „im wirtschaftliche[n] Weltkampf [...] die Deutschen im Erfolge an dritter, intellektuell an erster Stelle“. Infolgedessen war es Rathenaus Überzeugung nach dringend erforderlich, wirtschaftliche Eliten und bürgerliche Intelligenz verstärkt mit politischen Führungsaufgaben verantwortlich zu betrauen.

9 Walther Rathenau: England und wir. Eine Philippika (1912). In: Ders.: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914 (wie Anm. 4), S. 937–943, hier S. 940.

10 1.6.1912. In: Walther Rathenau: Briefe. Teilband 1: 1871–1913. Hrsg. von Alexander Jaser/Clemens Picht/Ernst Schulin. Düsseldorf 2006 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. V.1), S. 1103.

So folgerte er: „Ein Volk von fünfundsechzig Millionen Menschen kann verlangen, daß die führenden Stellen im Staatswesen von allerersten Talenten, die verantwortlichen Stellen von befähigten Spezialisten besetzt werden.“¹¹

Die offensichtlich in der deutschen Wirtschaft vorhandenen Führungstalente seien in der Politik und im Militär nicht anzutreffen. Der hierfür entscheidende Grund lag für Rathenau in der fehlenden Elitenrekrutierung:

„In Preußen-Deutschland sind selbst die Anfänge einer selbsttätigen Auslese unbekannt [...]. Die aristokratische Einseitigkeit der Auswahl verkleinert nicht nur den Kreis der Verfügbarkeit [...]. Hierin liegt ein Rückschritt gegen die Zeit vor hundert Jahren [...]. Heute ist das Bürgertum Träger einer ungeheuren geschäftlichen Intelligenz, der Adel überflügelt [...]“¹²

Nach Ansicht Rathenaus wurden die politischen Funktionen für Führungskräfte aus Industrie und Wirtschaft infolge der einseitigen Führungsauslese immer weniger attraktiv. „Es kommt hinzu, dass in Deutschland seit fünfundzwanzig Jahren die Geschäfte gut gehen. Kein Mensch will beim Geldverdienen gestört sein“,¹³ lautete sein Fazit.

Den eigentlichen Grund für die „aristokratische Einseitigkeit“¹⁴, ja falsche Führungsauslese sah Rathenau jedoch in der Judenpolitik Preußens. In der für sein politisches Denken zentralen Schrift *Staat und Judentum* aus dem Jahre 1911 setzte er sich damit rigoros auseinander. Ganz im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, wo Juden eine den christlichen Mitbürgern gleichberechtigte Stellung einnahmen, würden in Preußen die Bürger jüdischen Glaubens nach wie vor nicht für verantwortungsvolle, „hoheitliche“ Funktionen zugelassen: „Verdankt nicht England seine Imperialpolitik einem Juden, dessen Standbild vor der Westminsterkirche steht? Haben nicht Frankreich, Italien, Russland, Österreich und sogar Preußen ein paar ganz tüchtige Minister jüdischen Blutes gehabt?“¹⁵

In Deutschland dagegen trügen Juden einen „sozialen Makel“¹⁶ – eine Erfahrung, die Rathenau sein Leben lang zu schaffen machte. Er, der das preußische Militär zeitlebens bewunderte und verehrte, wollte über die Position des Reserveoffiziers Eingang in den diplomatischen Dienst und

11 Rathenau: *Staat und Judentum* (wie Anm. 5), S. 820.

12 Walther Rathenau: *Politische Auslese* (1912). In: Ders.: *Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914* (wie Anm. 4), S. 944–951, hier S. 946.

13 Ebd., S. 950.

14 Ebd., S. 946.

15 Rathenau: *Staat und Judentum* (wie Anm. 5), S. 817.

16 Ebd., S. 808.

generell in die Politik finden. Als frisch promovierter Physiker wählte er für seinen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger das dem Hofe nahestehende renommierte Garde-Kürassier-Regiment. Trotz glänzender Beurteilungen wurde er – wie alle seine Glaubensgenossen – nicht zum Offiziersexamen zugelassen.¹⁷ Im Nachhinein hat er diese Deklassierung und gesellschaftliche Stigmatisierung mit folgenden Worten umrissen:

„In den Jugendjahren eines jeden deutschen Juden gibt es einen schmerzlichen Augenblick, an den er sich zeitlebens erinnert: wenn ihm zum ersten Male voll bewußt wird, daß er als Bürger zweiter Klasse in die Welt getreten ist, und daß keine Tüchtigkeit und kein Verdienst ihn aus dieser Lage befreien kann.“¹⁸

Diese Zurücksetzung bedeutete für ihn nicht nur „Unrecht“, sondern wirkte sich auch negativ auf die deutsche Politik aus: „Die deutschen Juden tragen einen erheblichen Teil unsres Wirtschaftslebens, einen unverhältnismäßigen Teil der Staatslasten und der freiwilligen Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsaufwendungen auf ihren Schultern.“ Infolgedessen lautete Rathenaus Forderung an die preußisch-deutsche Politik:

„Ein Industriestaat von der Bedeutung unsres Reiches bedarf aller seiner Kräfte, der geistigen und materiellen; er kann auf einen Faktor wie den des deutschen Judentums nicht verzichten. Noch ehe ein Jahrzehnt vergeht, wird der letzte Schritt zur Emanzipation der Juden geschehen sein.“¹⁹

Diese Hoffnung schien sich für Rathenau und generell für alle Juden in Deutschland mit dem Kriegsbeginn 1914 zu erfüllen. Der von Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 proklamierte Burgfrieden schuf eine „emotional aufgeladene Volksgemeinschaft“²⁰ und bedeutete für die meisten deutschen Juden die Erfüllung der lang ersehnten politischen und sozialen Gleichstellung. Sie konnten am patriotischen Aufbruch teilnehmen und meldeten sich wie schon hundert Jahre zuvor während der Befreiungskriege in Scha-

17 Laut einer kaiserlichen Verordnung vom März 1890 sollten Reserveoffiziere nur Träger „christliche[r] Gesinnung“ werden, so dass Juden gar nicht zum Examen für den Reserveoffizier zugelassen wurden. Somit traf dies – trotz guter Leistungen – auch Rathenau. Vgl. Wolfgang Michalka: Zwischen Patriotismus und Judenanzahl: Juden und Militär während des Ersten Weltkrieges. In: Ders./Martin Vogt (Hrsg.): Judenemanzipation und Antisemitismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Eggingen 2003, S. 106 f. Vgl. generell Gerhard Hecker: Walther Rathenau und sein Verhältnis zu Militär und Krieg. Boppard a. Rh. 1983.

18 Rathenau: Staat und Judentum (wie Anm. 5), S. 809.

19 Ebd., S. 810.

20 Vgl. Peter Gay: Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter. München 1996.

ren freiwillig zu den Waffen. Dies galt für liberale, orthodoxe und zionistische Juden gleichermaßen.²¹

Schließlich gab es durchaus berechtigte Gründe für Optimismus, wurde den Juden der bislang versperrte Zugang zu hohen Stellen in Verwaltung und Militär doch zumindest in den ersten Kriegswochen ermöglicht. Die nun dringend benötigten Soldaten und Offiziere mussten zunehmend auch aus der jüdischen Bevölkerung rekrutiert werden.

2. Eine neue Politik

Empfahl nun Rathenau eine andere, neue Politik? Bot er ein alternatives, „besseres“ Konzept an? Schon früh hat er sich mit wirtschaftlichen Problemen und dabei insbesondere mit der ökonomischen Situation Deutschlands auseinandergesetzt. Die Notwendigkeit, Rohstoffe einzuführen und Produkte billig zu verkaufen, „bietet der Zukunft Deutschlands schwerere Gefahren als irgendeine Waffendrohung“;²² argumentierte er 1913 in einem Beitrag über *Deutsche Gefahren und neue Ziele*. Neben der politischen Einkreisung ziehe sich, so Rathenau, als Folge der „nationalistischen Importhetze“ das „Netz der wirtschaftlichen Einkreisung“ immer enger um das bedrohte Deutsche Reich.

Den einzigen Ausweg aus dieser die deutsche Wirtschaft und Politik gefährdenden Situation sah Rathenau nicht im generellen Abbau der Schutz-zölle – denn diese Hoffnung sei illusionär –, sondern in der Errichtung eines vom Deutschen Reich geeinten Mitteleuropa: „Es bleibt eine letzte Möglichkeit: die Erstrebung eines mitteleuropäischen Zollvereins, dem sich wohl oder übel, über lang oder kurz die westlichen Staaten anschließen würden.“²³

Um dem britischen, aber auf Dauer vor allem dem amerikanischen Konkurrenzdruck wirtschaftlich widerstehen zu können, forderte Rathenau eine europäische Zollunion unter deutscher Suprematie:

„[Dieses] Ziel würde eine wirtschaftliche Einheit schaffen, die der amerikanischen ebenbürtig, vielleicht überlegen wäre, und innerhalb des Bandes würde es zurück-

21 Vgl. Clemens Picht: Zwischen Vaterland und Volk. Das deutsche Judentum im Ersten Weltkrieg. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. München 1994, S. 736–755, hier S. 736.

22 Walther Rathenau: Deutsche Gefahren und neue Ziele (1913). In: Ders.: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914 (wie Anm. 4), S. 1072–1080, hier S. 1077.

23 Ebd., S. 1078.

gebliebene, stockende und unproduktive Landesteile nicht mehr geben. Gleichzeitig aber wäre dem nationalistischen Hass der Nationen der schärfste Stachel genommen. [...] Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik. Das ist nicht der Weltfriede, nicht die Abrüstung und nicht die Erschlaffung, aber es ist Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation.“²⁴

Rathenau sah in der Gründung einer mitteleuropäischen Wirtschaftsunion das einzig erfolgversprechende Mittel, der Verknappung notwendiger Rohstoffe und der schwindenden Absatzmärkte, kurz der wirtschaftlichen Stagnation zu entgehen. Ausschlaggebend für die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit war für ihn der begrenzte europäische Rohstoffmarkt:

„Die Zeit naht eilend heran, in der die natürlichen Stoffe nicht mehr wie heute willige Marktprodukte, sondern heiß umstrittene Vorzugsgüter bedeuten; Erzlager werden eines Tages mehr gelten als Panzerkreuzer, die aus ihren Gängen geschmiedet werden.“²⁵

Er propagierte eine „Vergesellschaftung“ europäischer Staaten im Gefolge von „Zollvereinigungen“ und das Verschwinden der deutschen Zollgrenzen „nach mehreren Seiten hin“, wobei er allerdings die Annexion europäischer Territorien verwarf; denn es dürfe keiner „Kulturnation“ zugemutet werden, sich „fremder Obrigkeit [...] zu fügen“.²⁶ Ausschlaggebend für die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit waren für ihn vor allem die Begrenzung und letztlich die Endlichkeit der Rohstoffe, so dass er – seiner Zeit weit voraus – schon damals ein nachhaltiges und energiesparendes Wirtschaften forderte.

Mit seinem Mitteleuropa-Konzept stand Rathenau keinesfalls allein, war dieses doch ein zentrales Thema der politischen und nationalökonomischen Diskussion im wilhelminischen Deutschland vor 1914. Bei ihm sind zwar vergleichbare Ziele zu erkennen, jedoch andere Methoden, sie zu erreichen. Kaiser Wilhelm II. selbst vertrat beispielsweise noch 1912 vor dem Hintergrund der deutsch-britischen Sondierungsgespräche anlässlich der so genannten Haldane-Mission gegenüber Rathenau eine pro-britische Position: „Sein Plan sei: Vereinigte Staaten von Europa gegen Amerika.

24 Ebd., S. 1079.

25 Ebd., S. 1074.

26 Ebd.

Dies sei den Engländern nicht unsympathisch. Fünf Staaten (inkl. Frankreich) könnten etwas ausrichten.“²⁷

Rathenau selbst sah die beabsichtigte Miteinbeziehung Großbritanniens in einen europäischen Wirtschaftsbund skeptischer, weil er die britische Bereitschaft zu einem Interessenausgleich mit dem Deutschen Reich als relativ gering einschätzte. Seine Warnungen vor illusionären Erwartungen hinsichtlich der britischen Europa- bzw. Deutschlandpolitik bildeten eine Konstante, die schon vor 1914 festzustellen war und besonders auch seine Kriegsdenkschriften prägte. Wenige Monate nach seinem Gespräch mit dem Kaiser und angesichts der gescheiterten Abrüstungsverhandlungen zwischen Berlin und London trug Rathenau während eines Besuches auf dem Gut Hohenfinow von Theobald von Bethmann Hollweg im Sommer 1912 dem Reichskanzler sein konkretes Europaprogramm vor:

„1. Wirtschaft[liche] Zollunion mit Österreich, Schweiz, Italien, Belg[ien], Nieder[lande] etc. gleichzeitig mit engerer Assoziation. 2. Äußere Pol[itik]. Ihr Schlüssel: der Konflikt Deutschld. – Frankreich, der alle Nationen bereichert. Schlüssel: England. Heute Abrüstung unmöglich. Situation zunächst weiter spannen – obgleich gefährlich – ferner Englands Position im Mittelmeer verderben. Dann Bündnis. Ziel: Mittelafrika, Kleinasien.“²⁸

Angesichts der internationalen Situation 1912, die von Wettrüsten und zunehmender Konfrontation der machtpolitischen Blöcke gekennzeichnet war, empfahl Rathenau eine wirtschaftliche Vereinigung der Mittelmächte mit den nicht zur Entente gehörenden westeuropäischen Staaten, aus der sich dann die politische Kooperation ergeben sollte. Dabei fällt auf, dass er den Beziehungen des Deutschen Reiches zu Großbritannien eine zentrale Rolle für das internationale System beimaß; denn nicht im spannungsgeladenen Verhältnis zu Frankreich, sondern primär im Flottenwettrüsten mit Großbritannien erblickte er die eigentliche Konflikt- und Kriegsgefahr.

Im Zuge der deutschen Hochrüstung und anlässlich des ergebnislos verlaufenen Haldane-Besuches in Berlin analysierte Rathenau die auf einem Tiefpunkt angelangten deutsch-britischen Beziehungen: „England fühlt sich bedroht, weil wir rüsten; England rüstet, weil es sich bedroht fühlt; wir rüsten nicht, weil England rüstet, aber wir hören nicht auf, zu rüsten, solange England rüstet: ein Zirkelschluß.“²⁹ Die Fragen, „Kann der Vernünf-

27 Walther Rathenau: Tagebuch, 13.2.1912. In: Ders.: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914 (wie Anm. 4), S. 847–872, hier S. 850.

28 Ebd., S. 859 (25.7.1912).

29 Rathenau: England und wir (wie Anm. 9), S. 941.

tige nachgeben? Können wir den Kreisprozeß anhalten?“³⁰, beantwortete er damit, dass internationale politische Konflikte dadurch zu entschärfen seien, dass die dahinterstehenden wirtschaftlichen Spannungen durch ökonomische Vereinbarungen abgebaut werden sollten. Offensichtlich glaubte Rathenau, dass eine wirtschaftliche Einigung, der eine politische folgen werde – mit Italien und vielleicht auch mit Frankreich – Großbritanniens bislang unangefochtene, den Mittelmeerraum kontrollierende Position infrage stellen würde. Das könne schließlich zu einem Interessenausgleich zwischen Deutschland und England führen. Erst dann, auf der Basis eines deutsch-britischen Bündnisses, wären auch eine Neuverteilung afrikanischer Kolonien mit dem Ziel eines vom Deutschen Reich beherrschten „Mittelafrika“ sowie auch territoriale Regelungen in Vorderasien denkbar.

Nach Rathenaus Mitteleuropa-Konzept, das er vor dem Ersten Weltkrieg parallel zu seinen privatwirtschaftlichen Entwürfen entwickelte, sollte die AEG und generell die deutsche Elektrizitätswirtschaft in Europa marktbeherrschend ausgeweitet werden. Das Konzept hatte eine wirtschaftliche Union kontinentaleuropäischer Staaten unter deutscher Führung zum Ziel. Erst aus der Position der hegemonialen Stärke heraus wäre es dem Deutschen Reich dann möglich, sich mit Großbritannien zu einigen. Eingedenk der zu schmalen Rohstoffbasis und des im Vergleich zu den etablierten Kolonialmächten Großbritannien, Frankreich und Portugal geringen Kolonialbesitzes propagierte Rathenau eine der jeweiligen Volkszahl der europäischen Staaten entsprechende Aufteilung kolonialer Territorien Afrikas und Vorderasiens. Um zu vermeiden, dass das Deutsche Reich trotz seines Bevölkerungswachstums und seiner industriellen Stärke den Status einer Großmacht verlieren und an der Weltpolitik nicht mehr teilnehmen könne, forderte Rathenau in seiner programmatischen Schrift von 1913 *Deutsche Gefahren und neue Ziele* mit Nachdruck: „Wir brauchen Land dieser Erde.“ Er verwarf allerdings Annexionen in Europa:

„Wir wollen keinem Kulturstaat das seine nehmen, aber von künftigen Aufteilungen muss uns so lange das nötige zufallen, bis wir annähernd so wie unsere Nachbarn gesättigt sind, die weit weniger Hände und unendlich mehr natürliche Güter haben.“³¹

Vor 1914 setzte sich Rathenau für eine aktive deutsche Außenpolitik ein, die vor allem durch das Schwungrad der Wirtschaft kriegsgerische Konflikte vermeiden sollte. Um die zunehmende Kriegsgefahr zu mildern, müsse das

30 Ebd.

31 Rathenau: *Deutsche Gefahren und neue Ziele* (wie Anm. 22), S. 1075.

kostspielige Aufrüsten auf ein vertretbares Maß reduziert werden, denn dieses schade beiden Kontrahenten, Deutschland und Großbritannien, gleichermaßen. Nutznießer eines deutsch-britischen Konfliktes würden einzig und allein die Vereinigten Staaten sein. Dagegen propagierte Rathenau eine gemeinsame europäische Front gegen die amerikanische Monroe-Doktrin in der Hoffnung, den wirtschaftlichen und politischen Einfluss der USA eindämmen und letztlich auch machtpolitische Gegensätze in Europa abzubauen zu können.

Den Krieg selbst, den Rathenau kommen sah, konnte er niemals gutheißen oder gar begrüßen. Im Gegensatz zu den meisten seiner bürgerlich-intellektuellen Zeitgenossen verstand er den Krieg nicht als Erlösung, die euphorisch zu begrüßen sei, sondern vielmehr als Verhängnis. Zum Kriegsbeginn notierte er in seinem Tagebuch: „Alle Gedanken gehören dem Krieg. Tiefe Bedrückung über das Willkürliche der Ursachen [...]“³² „Und dabei bin ich gegen zwei Dinge: gegen den Krieg und gegen diesen Krieg.“³³ „Dieser Krieg ist nicht ein Anfang, sondern ein Ende; was er hinterläßt, sind Trümmer“, schrieb er in seinem 1917 erschienenen Buch *Von kommenden Dingen*. Und gegen die Kriegszieldiskussion gerichtet, hielt er fest: „Ich glaube nicht an unser Recht zur endgültigen Weltbestimmung.“ Sein Fazit lautete schließlich: „[...] wir sterben als ein Geschlecht des Übergangs.“³⁴ Später fragte er: „Wissen Sie, weshalb wir diesen Krieg führen? Ich weiß es nicht.“³⁵

Der unnötige, weil vermeidbare Krieg, vor dem er immer wieder gewarnt und auf dessen Beginn er mit tiefer Depression reagiert hatte, sollte aus seiner Sicht dann allerdings professionell und „ergebnisorientiert“ geführt werden. Er initiierte die zentrale Erfassung und Verteilung der kriegsnotwendigen Rohstoffe. Bis März 1915 leitete er die Kriegsrohstoffabteilung und organisierte dort einen „Feldzug der Rohstoffe“³⁶.

32 Walther Rathenau: [Tagebuch] 1914. In: Ders.: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 978–982, hier S. 979.

33 Alfred Kerr (1914). In: Walther Rathenau. Erinnerungen eines Freundes (Amsterdam 1935), S. 164–169, hier zitiert nach: Walther Rathenau: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin. München/Heidelberg 1977 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II), S. 707–709, hier S. 709.

34 Walther Rathenau: Von kommenden Dingen. In: Ders.: Hauptwerke und Gespräche (wie Anm. 33), S. 297–497, hier S. 424.

35 An Conrad Haußmann, 29.11.1914. In: Rathenau: Hauptwerke und Gespräche (wie Anm. 33), S. 711. Die negativen Äußerungen dem Krieg gegenüber lassen sich beliebig fortsetzen.

36 An Stefan Zweig, 14.10.1914. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1390 f.

Unmittelbar nach Kriegsbeginn unternahm Rathenau zwei bemerkenswerte Vorstöße. In seinem Tagebuch lesen wir:

„Bald nach Kriegsbeginn tat ich zwei Schritte: 1) ich bot dem Kanzler meine Dienste an und arbeitete ihm ein Projekt einer Zollunion für Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Frankreich aus, 2) ich ging zu Oberst Scheüch ins Kriegsministerium und entwickelte ihm den Gedanken der Rohstofforganisation.“³⁷

In den ersten Kriegswochen erweiterte er zudem sein Mitteleuropa-Konzept.³⁸ Als Antwort auf die britische Seeblockade und zur Sicherung des europäischen Binnenmarktes sowie als Ersatz für die verlorene Position auf dem Weltmarkt schlug Rathenau gleich zu Beginn des Krieges eine Zollunion mit Österreich-Ungarn vor, die zur Grundlage für eine europäische Wirtschaftsvereinigung werden sollte. Dabei griff er auf Vorstellungen aus der Vorkriegszeit zurück und passte diese der veränderten Lage an:

„Ich halte es nicht für verwegen, sondern für rechtzeitig, schon jetzt den künftigen Friedensschluß mit Frankreich vorzudenken, wenn auch die Besiegelung erst nach schwerer Arbeit mit England folgen wird. [...] Ew. Exzellenz bitte ich, es nicht als Unbescheidenheit zu deuten, wenn ich nochmals auf den mitteleuropäischen Zollverein hinweise, als auf die größte zivilisatorische Errungenschaft, die der Krieg unserer Geschichte bescheren kann.

Als ein weiteres Element der Befestigung erscheint mir die Ordnung der finanziellen Weltwirtschaft.

1. Frankreich und Belgien sollten ipso jure allen künftigen deutschen Anleihen abgabefrei ihre Märkte öffnen, die uns bisher verschlossen waren.

2. Neue russische Werte sollten nur unter gemeinsamer Zustimmung von Deutschland und Frankreich in beiden Ländern cotiert werden dürfen.

[...] Da Amerika auf lange Zeit internationaler Geldgeber nicht sein kann, England mit seinen Mitteln haushalten muß, würde die finanzielle Kontrolle des Rüstungswesens uns zufallen.“³⁹

Und wenig später folgerte Rathenau:

„Das Endziel wäre der Zustand, der allein ein künftiges Gleichgewicht Europas bringen kann: Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung, gegen England und Amerika einerseits, gegen Rußland andererseits politisch und wirtschaftlich gefes-

37 Rathenau: [Tagebuch] 1914 (wie Anm. 32), S. 978.

38 Vgl. Wolfgang Michalka: „Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung.“ Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Friedens- und Kriegsziel. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867–1922. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute. New York/Berlin [1994], S. 179–188.

39 An Theobald von Bethmann Hollweg, 28.8.1914. In: Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 898–900, hier S. 899 f.

tigt. Das Opfer, das wir zu bringen hätten, bestände im Verzicht auf französischen Landerwerb und in Ermäßigung der Kontributionen.“⁴⁰

An den österreichischen Schriftsteller Franz Blei schrieb Rathenau am 30. Juni 1915: „Sehr vertraulich kann ich Ihnen sagen, daß ich gleich zu Beginn des Krieges auf eine Zoll-Union, die ich seit Jahren vertreten habe, hinwirkte [...]“.⁴¹

Im Anschluss an die von ihm angeregte deutsch-österreichische Zollunion erklärte er, dass es an der Zeit wäre, nach vorn zu schauen und an die „Ordnung der finanziellen Weltwirtschaft“ zu denken. Vor allem Frankreich und Belgien sollten den Mittelmächten ihre Märkte öffnen.

Russland, das für ihn bislang eine untergeordnete Position einnahm, rückte von 1915 an in das Zentrum seiner Überlegungen. „Wir müssen endlich anfangen, uns der Politik unserer nationalen Interessen zuzuwenden“, nachdem wir „30 Jahre lang [...] Gefühlspolitik betrieben [haben], das heißt eine Politik empfindungsvoller Schlagworte“. Mit Russland gebe es keine Interessengegensätze, die ein längeres Verhältnis unmöglich machen würden, wohl aber sei die Sicherung im Osten „eine Kernfrage unserer Machtstellung“.⁴²

Er glaubte, eine Spaltung der Entente lasse sich dadurch erreichen, dass sich Russland – nach einem erfolgreichen deutschen Durchbruch an der Westfront – zu einem Separatfrieden bereit erklären würde: „Der Friede mit Frankreich [...] zieht den Frieden mit Rußland nach sich.“⁴³ Er deklarierte Russland zum „künftigen Absatzgebiet“ des Deutschen Reiches und gab zu erwägen, größere russische Gebiete für längere Zeit zu besetzen und diese wirtschaftlich „zu erschließen“. Dieser Gedanke wurde für Rathenau bestimmend für die zweite Kriegshälfte und erfuhr nach dem Krieg eine Fortsetzung – allerdings unter veränderten internationalen Bedingungen und anderen Methoden und Zielrichtungen.

Die zunehmende Gewissheit eines langen Krieges gegen England veranlasste Rathenau, zu einem Projekt mit „osteuropäischer Orientierung“ überzugehen. Schon 1915 hatte er gestanden: „Als Liberaler neige ich zu westlichen Kulturformen, jedoch nicht zu westlichen Bündnissen.“⁴⁴ Dabei

40 [„Dritte Denkschrift“], 7.9.1914. In: Ebd., S. 908–914, hier S. 911.

41 Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1438 f. Aus der 1911 beginnenden Korrespondenz mit Blei (1871–1942) entwickelten sich Begegnungen u.a. auch beim Verleger Samuel Fischer.

42 An Max Breslauer, 30.12.1915. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1489.

43 An Ludendorff, 6.11.1915. In: Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 1401.

44 An Breslauer, 30.12.1915 (wie Anm. 42), S. 1489.

schloss er nunmehr territoriale Annexionen im Osten nicht mehr aus. In seinem Schreiben an Bethmann Hollweg vom 30. August 1915 forderte Rathenau eine grundsätzliche Neuorientierung der deutschen Politik und warnte vor einer einseitigen Fixierung auf Österreich-Ungarn; denn Konflikte mit diesem traditionellen Bundesgenossen seien auf Dauer unvermeidlich. Sein Interesse richtete sich nunmehr auf Russland, das für sein außenpolitisches Denken eine Art Schlüsselfunktion erhielt: Deutschlands östlicher Nachbar müsse für ein Bündnis „reif“ gemacht werden. Dabei – und das war ein neuer Ton bei Rathenau – müsse mit brutalen Mitteln vorgegangen werden, das hieß: St. Petersburg und Moskau sollten erobert und eine lange deutsche Besatzungszeit einkalkuliert werden.⁴⁵

Offensichtlich gab Rathenau seine bis dahin gemäßigte Haltung in der Kriegszieldiskussion auf und wollte mit schärferen Forderungen den weitläufigen Kriegszielplanungen der sechs großen Wirtschaftsverbände nicht nachstehen, die sich im Mai 1915 mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt hatten. Das Russische Reich erschien in dieser Perspektive schon beinahe als Objekt halbkolonialer Aspirationen.⁴⁶

Bereits Andreas Hillgruber bezeichnete „die in der deutschen Führung allgemein vertretene Auffassung, dass es durchaus möglich sei, das russische Riesenreich in dauernder Abhängigkeit von Deutschland zu halten“, „als das wohl bedeutsamste, weil am längsten nachwirkende Novum im machtpolitischen Denken, das der deutschen Ostpolitik 1918 als Axiom zugrunde lag“.⁴⁷

Schließlich – und das spielte bei Rathenau eine nicht unerhebliche Rolle – war ihm als AEG-Präsident der russische Markt ausgesprochen wichtig, verlor die AEG durch den Krieg doch über zwanzig Prozent Umsatz des Geschäftsjahres 1913/1914 und damit die bis 1914 in Osteuropa und in Russland noch marktbeherrschende Rolle. Die Wiederaufnahme der Elektrifizierung des besiegten und von Deutschland kontrollierten Russlands würde der AEG eine lukrative Gewinnperspektive ermöglichen und verlorene Auslandsmärkte kompensieren können.⁴⁸

45 An Theobald von Bethmann Hollweg, 30.8.1915. In: Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 1394–1397, hier S. 1394.

46 So Gerd Koenen/Lew Kopelew (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution, 1917–1924. München 1998, S. 255.

47 Andreas Hillgruber: Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871–1945. Düsseldorf 1980, S. 55.

48 Die AEG hatte mit Russland enge Geschäftsbeziehungen, zumal 1901 in St. Petersburg eine Tochtergesellschaft, die russische AEG (RAEG), gegründet worden war. Diese „elektrifizierte“ Russland, baute Straßenbahnlinien und rüstete russische Kriegsschiffe mit Elektrizität aus. Die engen Beziehungen zwischen AEG und RAEG rissen im Krieg ab. Vgl. Boris Grekow:

Von wegweisender Bedeutung für Rathenau wurde also die Frage, ob Deutschland eine Einigung entweder mit England oder mit Russland anstreben sollte. Diese beantwortete er klar: Großbritannien werde stets Gegner eines starken Deutschlands sein, weil die britischen, vor allem die wirtschaftlichen Interessen, unvereinbar mit denen des Deutschen Reiches seien. Demgegenüber wäre eine Verbindung mit Russland wesentlich realistischer: „Rußland braucht eine Finanzmacht, die Frankreich nicht mehr ist, England nicht werden darf; es braucht einen Schutz gegen England. Wir können Rußland finanzieren [...]. Rußland ist unser künftiges Absatzgebiet [...]“.⁴⁹ Rathenau spielte mit dieser Argumentation auf die vor allem wirtschaftlich schädigenden Auswirkungen der britischen Seeblockade an. Deutschland benötige einen großen autarken Binnenmarkt, der in erster Linie im Osten Europas zu errichten sei. Anstelle des ursprünglich angestrebten, unter deutscher Führung organisierten kontinentalen Binnenmarktes könne Russland nun zu einem deutschen „Ostimperium“ werden, das wirtschaftliche Autarkie und geostrategische Vorteile garantiere; dadurch würde den Seemächten Großbritannien und Amerika wirkungsvoll Paroli geboten.

Dieser Gedanke wurde für Rathenau in der zweiten Kriegshälfte bestimmend: „Von allen Kriegszielen interessiert mich nur das eine, dass der Vierverband gesprengt werden muß, und daß [...] wir uns mit Rußland verbünden.“⁵⁰ Um allerdings kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Rathenau wollte dieses Bündnis regelrecht erzwingen, indem „deutsche Soldaten“ neben St. Petersburg und Moskau „einen größeren Teil des wirklichen Rußland längere Zeit besetzt halten“⁵¹ sollten.

Nach dem Krieg gewann das inzwischen bolschewistische Russland für Rathenau abermals an Bedeutung. Schon am 3. Mai 1919 bot er, seit 1915 Präsident der AEG, dem Auswärtigen Amt seine Mittlerdienste zwischen Deutschland und der Sowjetregierung an.⁵² Wie er versprochen sich auch Kreise der Wirtschaft von der baldigen Aufnahme der Handelsbeziehungen mit dem östlichen Nachbarn Erleichterungen.

„Russland ist unser künftiges Absatzgebiet.“ Walther Rathenau und Russland zwischen 1914 und 1922. In: Wilderott: *Extreme* (wie Anm. 38), S. 203–209.

49 An Bethmann Hollweg, 30.8.1915 (wie Anm. 45), S. 1396. Vgl. Wolfgang Michalka: Rathenaus blockierter Weg in die Politik. In: Sven Brömsel/Patrik Küppers/Clemens Reichhold (Hrsg.): *Walther Rathenau im Netzwerk der Moderne*. Berlin/Boston 2014, S. 199–223, hier S. 213.

50 An Bethmann Hollweg, 30.8.1915 (wie Anm. 45), S. 1396.

51 Ebd.

52 Vgl. *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, A 1. Göttingen 1982, Nr. 247, S. 469 f.

Und am 17. Februar 1920 reichte Rathenau gemeinsam mit Felix Deutsch, der der AEG als Generaldirektor vorstand, und Erich Alexander, dem Direktor der Orientbank, eine Denkschrift bei der Regierung Bauer ein. Gefordert wurde die Wiederaufnahme offizieller Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, um die vielversprechenden Geschäfte in dem großen Land unter Bedingungen von Rechtssicherheit fortzuführen und zu intensivieren. Einige Monate später wurde schließlich die Entsendung einer Studienkommission in Angriff genommen.

Gerade am Beispiel des deutschen Verhältnisses zu Russland beim Übergang vom Ersten Weltkrieg zur Republik kann mit Peter Grupp konstatiert werden, dass in Deutschland sowohl die diplomatischen als auch die Wirtschaftseliten ihre Beziehungen zum bolschewistischen Russland nie ideologischen Überlegungen untergeordnet haben. Trotz der grundlegenden prinzipiellen Ablehnung des Bolschewismus versuchten sie, die Außenpolitik im unideologischen pragmatischen Raum zu halten, damit einen scharfen Trennungsschnitt zwischen Innen- und Außenpolitik ziehend.⁵³

3. *Friedenswege*

Rathenau zählte niemals zu denen, die von einem kurzen Krieg ausgingen. Diese Annahme verwarf er als illusionär und falsch. Selbst beim möglichen Ausscheiden Frankreichs und später auch Russlands vertrat er die Überzeugung, dass es mit England zu einem langjährigen Wirtschaftskrieg kommen werde, der letztlich von Deutschland nicht zu gewinnen sei. Seine skeptische, einen langen Wirtschaftskrieg einkalkulierende Analyse entsprach seinem bereits vor 1914 entwickelten und in verschiedenen Schriften dargelegten Bild vom Krieg, das neben machtpolitisch-militärischen vor allem wirtschaftliche Elemente aufwies. Seine konträr zu den meisten Vorstellungen seiner Zeitgenossen liegende, von den langfristigen Ursachen, den sich gewandelten Methoden und den daraus resultierenden Kriegszielen geprägte Sichtweise ließ Rathenau bereits in den ersten Kriegstagen die Gründung der Kriegsrohstoffabteilung anregen, mit deren Leitung er bis März 1915 beauftragt wurde. Darüber hinaus war er bemüht, in zahlreichen Schriften auf den sich wandelnden Charakter des Krieges aufmerksam zu machen und vor illusionären Erwartungen zu warnen. Neben der zentralen

53 Vgl. Peter Grupp: *Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918–1919. Zur Politik des Auswärtigen Amtes vom Ende des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrages*. Paderborn 1988, S. 86.

Kriegswirtschaftsorganisation vertrat Rathenau in der sicheren Annahme eines langen Krieges eine Position, die repräsentativ für sein bereits vor 1914 entwickeltes Bild vom Krieg war.⁵⁴

Angesichts des im Stellungskrieg festgefahrenen und „stationär“ gewordenen Krieges im Westen und immer weniger an einen deutschen Sieg glaubend, empfahl er eine gütlich-einvernehmliche Lösung, um den Krieg zu beenden. Nicht Politiker oder Militärs, sondern „Privatleute von internationaler Erfahrung und internationalem Ansehen“ sollten „ohne Auftrag“ das jeweilige Wirtschaftspotential begutachten und auf dieser Grundlage den Krieg geschäftlich „liquidieren“.⁵⁵ In seiner Schrift *Friedenswege* aus dem Jahre 1916 argumentierte er, dass wohl keine der gegnerischen Mächte aus dem Krieg ausscheiden werde, „wenn sie nicht unvorhergesehene und unverantwortliche Fehler macht, vor der Zeit zusammenbrechen, weder aus Mangel an Mannschaft, noch an Geld, noch an mechanischen und materiellen Hilfsmitteln“. Und sollte es zu einem Frieden kommen, dann würde dieser nach Rathenaus Einschätzung ein „kurzer Waffenstillstand sein, und die Zahl der kommenden Kriege unabsehbar, die besten Nationen werden hinsinken, und die Welt wird verelenden“. Um dies zu verhindern, müsse der kommende Frieden wirtschaftlich begründet werden. In diesem Sinne hatte er sich dem Journalisten Alfred Kerr gegenüber geäußert: „Ich bin gewiß: die letzte Entscheidung in dieser ganzen Sinnlosigkeit wird nicht durch einen ‚Sieg‘ herbeigeführt, sondern durch einen ökonomischen Vergleich zwischen den Partnern; darauf kommt es hinaus.“⁵⁶

Daraus folgerte Rathenau, dass festzustellen wäre, ob die Ansprüche der Kontrahenten „wirklich so unüberbrückbare Gegensätze darstellen, um die Vernichtung und Schädigung von jährlich fünf Millionen Menschenleben und die Ausgabe von jährlich mehr als hundert Milliarden europäischen Vermögens auf unbestimmte Zeit zu rechtfertigen“.⁵⁷ Er empfahl deshalb eine einvernehmliche und vor allem dauerhafte Lösung des militärischen Konflikts. Weiterhin regte er neben der generellen Abrüstung die Gründung eines Völkerbunds sowie die Einsetzung von Schiedsgerichten an:

54 Vgl. Wolfgang Michalka: „Wir müssen unsere Wiedergeburt in uns selbst finden.“ Rathenau über Krieg und Katastrophe, Einkehr und Wiedergeburt. In: Christof Dipper/Andreas Gestrich/Lutz Raphael (Hrsg.): *Krieg, Frieden und Demokratie*. Frankfurt am Main u.a. 2001, S. 119–136.

55 Walther Rathenau: *Friedenswege* (1916). In: Ders.: *Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918* (wie Anm. 1), S. 140–146, hier S. 143, folgende Zitate S. 141 f.

56 Rathenau: Alfred Kerr (wie Anm. 33), S. 709.

57 Rathenau: *Friedenswege* (wie Anm. 55), S. 143 f.

„[...] doch alles bleibt wirkungslos, sofern nicht als erstes ein Wirtschaftsband, eine Gemeinwirtschaft der Erde geschaffen wird. Darunter verstehe ich weder die Abschaffung der nationalen Wirtschaft, noch Freihandel, noch Zollbünde: sondern die Aufteilung und gemeinsame Verwaltung der internationalen Rohstoffe, die Aufteilung des internationalen Absatzes und der internationalen Finanzierung. Ohne diese Verständigungen führen Völkerbund und Schiedsgerichte zur gesetzmäßigen Abschächtung der Schwächeren auf dem korrekten Wege der Konkurrenz; ohne diese Verständigungen führt die bestehende Anarchie zum Gewaltkampf aller gegen alle.“⁵⁸

Rathenau konkretisierte seine Vorstellungen hierzu, wobei seine Kompetenz als international anerkannter Unternehmer, aber auch seine Erfahrungen als Organisator der Kriegswirtschaft deutlich wurden:

„Der Wirtschaftsband aber ist so zu verstehen: Über die Rohstoffe des internationalen Handelns verfügt ein zwischenstaatliches Syndikat. Sie werden allen Nationen zu gleichen Ursprungsbedingungen zur Verfügung gestellt. [...] Die gleiche zwischenstaatliche Behörde regelt die Ausfuhr nach entsprechendem Schlüssel. Jeder Staat kann verlangen, dass die ihm zustehende Ausfuhrquote ihm abgenommen werde.“⁵⁹

Diese grundsätzlichen Bestimmungen, die vereinbart werden müssten, seien aus seiner Sicht Garantie dafür, dass „nicht der stille Wirtschaftskrieg in seiner alten Form [...] ausbrechen soll, der entweder zur Verarmung der nicht selbstversorgenden Staatsgruppen, oder zu unaufhörlichen Kriegsgewittern führt.“⁶⁰

Rathenau war sich dessen bewusst, dass

„Jahrzehnte [...] vergehen [werden], bis dieses System der internationalen Gemeinwirtschaft voll ausgebaut ist; weiterer Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte bedarf es, um die zwischenstaatliche Anarchie durch eine freiwillig anerkannte oberste Behörde zu ersetzen, die nicht ein Schiedsgericht, sondern eine Wohlfahrtsbehörde sein muß, der als mächtigste aller Exekutiven die Handhabung der Wirtschaftsordnung zur Verfügung steht.“⁶¹

Rathenau war von dieser „kommenden“ internationalen Wirtschaftsordnung, die machtpolitische Konflikte wenn nicht generell vermeiden, so doch weitgehend schlichten und entschärfen sollte, überzeugt. Nach dem Kriege, als Gutachter bei den Reparationskonferenzen und dann als Wiederaufbauminister, war er bestrebt, die schwierige Reparationsproblematik

58 Rathenau: An Deutschlands Jugend (wie Anm. 1), S. 455 f.

59 Ebd., S. 456.

60 Ebd.

61 Ebd.

dadurch zu lösen, dass er sie aus dem Bereich der unversöhnlichen Politik in den der sachorientierten Wirtschaft zu verlagern suchte.

Es erstaunt allerdings, dass Rathenau, der immer wieder für einen Verständigungsfrieden eintrat und diesen nachdrücklich empfahl, am Ende des Krieges das von der Dritten Obersten Heeresleitung geforderte Waffenstillstandsgesuch vom 4. Oktober 1918 als verfrüht, ja als falsch verwarf. Da er ohnehin mit einer längeren Kriegsdauer rechnete, fehlte ihm für das seiner Ansicht nach überstürzte Waffenstillstandsangebot jedes Verständnis. Hatte er doch noch am 2. Oktober in seinem Artikel *Festigkeit* erklärt: „Wir haben unser unberührtes Land, unser Heer, unsere Versorgung und unsere Rüstung. Das übrige hängt vom Willen ab. Ist das ein Grund zur Besorgnis?“⁶² Die Antwort gab er am 7. Oktober in dem Artikel *Ein dunkler Tag*: „Nicht im Weichen mußte man Verhandlungen beginnen, sondern zuerst die Front befestigen. [...] Hat man das übersehen? Wer die Nerven verloren hat, muß ersetzt werden. [...] Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung.“⁶³ Alternativ dazu forderte er eine „levée en masse“ – nicht um den Krieg zu verlängern, was ihm sofort vorgeworfen wurde, sondern um bessere Bedingungen für einen Waffenstillstand zu schaffen, aber vor allem auch, um einen Bürgerkrieg verhindern und die vermeintliche Gefahr der „Bolschewisierung“ Deutschlands abwehren zu können.⁶⁴ In dieser Absicht rief er zur nationalen Verteidigung, zur „Erhebung des Volkes“ auf. Ein aus Bürgern und Soldaten bestehendes Verteidigungsamt sollte eingerichtet werden mit der primären Aufgabe, möglichst umgehend nicht nur die sich in der Etappe befindlichen Soldaten, sondern zusätzlich alle Wehrfähigen zu erfassen und diese ebenfalls an die Westfront zu schicken. Denn nur eine „erneuerte“ Front könne andere Bedingungen als eine „ermüdete“ erwarten.

Bereits am 9. Oktober 1918 verdeutlichte Rathenau dem gerade zum Kriegsminister ernannten General Scheüch seine Motive. Der vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson als Bedingung für die von Deutschland erbetenen Waffenstillstandsverhandlungen geforderte Rückzug der Truppen würde „die Besiegelung des Endes unserer Verteidigungsfähigkeit, somit Ergebung auf Gnade und Ungnade“⁶⁵ zur Konsequenz

62 Berliner Tageblatt, 2.10.1918. In: Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 484–488, hier S. 485.

63 Vossische Zeitung, 7.10.1918. In: Ebd., S. 494–500, hier S. 496–498.

64 „Die Gefahr des Bolschewismus ist gegenwärtig die drohendste.“ An Matthias Erzberger, 26.10.1918. In: Ebd., S. 1811–1815, hier S. 1811.

65 An Heinrich Scheüch, 9.10.1918. In: Ebd., S. 1795–1797, hier S. 1795; ebenso an Albert Ballin, 15.10.1918. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1999 f.

haben. Um dies zu vermeiden, musste seiner Ansicht nach die Front sechs bis neun weitere Monate gehalten werden, um Aufschub für einen geordneten Rückzug gewinnen zu können. Denn für einen von ihm geforderten Volkskrieg müsse „die Organisation der Kriegführung“ geändert werden. Außerdem habe eine eigens geschaffene Demobilisierungsstelle bürgerkriegsähnliche Zustände zu vermeiden.⁶⁶

Rathenau, der bereits vor 1914 auf die akute Gefahr und die fatalen Folgen eines Krieges aufmerksam gemacht und während des Krieges immer wieder auf die Sinnlosigkeit dieses machtpolitischen Konfliktes hingewiesen hatte, rief exakt zum Zeitpunkt, an dem der Krieg beendet werden sollte, zu einem Volkskrieg auf. Wie ist diese eklatante Gesinnungsänderung zu erklären? Mit seinem „Levée en masse“-Aufruf knüpfte Rathenau an Gedanken an, die er bereits während des Krieges entwickelt und verschiedenen Entscheidungsträgern vorgetragen hatte.

So begrüßte er in einem Schreiben vom 6. November 1916 an General Ludendorff die Einrichtung eines Kriegsammtes, das unterschiedliche kriegswirtschaftliche Bereiche institutionell zu organisieren und abzustimmen hatte. Er selbst betonte, dass er „den Gedanken der bürgerlichen Mobilmachung [...] für durchführbar und wertvoll“ halte und dass er in diesem Sinne eine „systematische Ausschöpfung aller mobilen Bestände hinter der Front, in Etappen und Garnisonen“ befürworten würde. Denn „[d]ie Zahl der Kriegsverwendungsfähigen, die heute für Überwachung, Transporte, Fabrikkontrollen, vor allem aber für Büro- und Schreibarbeiten verwendet werden, ist enorm. [...] Ich glaube, daß eine Mindestzahl von einer Million Menschen auf diesem Wege verfügbar gemacht werden kann.“⁶⁷ Rathenau war der Meinung, dass vermehrt Frauen besonders für Büro- und Schreibarbeiten einzusetzen seien, um die an der Front dringend benötigten Männer zu ersetzen.

In ähnlicher Weise argumentierte er Generalmajor Hans von Seeckt gegenüber, indem er zu erwägen gab, dass es die wichtigste Aufgabe des Kriegsammtes sei, eine „bürgerliche Mobilmachung“ anzustreben „in dem Sinne, daß zwischen 16 und 60 Jahren alle verwertbaren Kräfte des Landes zur Kriegsarbeit herangezogen werden“ sollten.⁶⁸ Und gegenüber Hauptmann Ruprecht entwickelte er am 10. November 1916 den „Grundgedanken“, dass es einer anderen Organisation als bisher bedürfe, „um die

66 Vgl. an Hermann Scheüch, 15.10.1918. In: Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 1799–1802, hier S. 1800.

67 An Erich Ludendorff, 6.11.1916. In: Ebd., S. 1588 f.

68 An Hans von Seeckt, 7.11.1916. In: Ebd., S. 1590–1593, hier S. 1590.

wirtschaftlichen Arbeitskräfte des Landes den Kriegsaufgaben so restlos wie möglich verfügbar zu machen“. Generell stünden viel zu viele militärische Kräfte in zivilen Diensten in der Heimat. Dabei dürften jedoch nicht die für die Industrie unverzichtbaren Fachkräfte an die Front geschickt werden.⁶⁹ „Wir können uns nur retten, wenn wir Zeit gewinnen. Ob wir wollen oder nicht: wir werden gezwungen werden, den Krieg noch fortzusetzen. Wenn dies aber sein muß – es hängt nicht von uns ab –, dann vorbereitet.“⁷⁰

Rathenau handelte „zugleich als aufgewühlter Patriot, als entsetzter Geschäftsmann und als rücksichtsloser Kriegsorganisator“.⁷¹ Er kritisierte, dass, wie er später formulierte, „Konkurs statt Liquidation angemeldet worden sei; er sah einen von den Siegermächten aufgezwungenen Diktatfrieden voraus und befürchtete Revolution und Bürgerkrieg im Innern; hiergegen setzte er, was er schon zwei Jahre vorher für Ludendorff geplant hatte: weitere systematische Ausschöpfung aller mobilen Bestände.“⁷²

Mit seinem „Levée en masse“-Artikel, in dem er gleichsam als „deutscher Gambetta“ über eine grundlegende „Mobilisierung“ auch der zivilen Bevölkerung zu einem „Volkskrieg“ aufrief, empfahl Rathenau eine Kriegsform, die in den zwanziger und dreißiger Jahren in Reichswehrkreisen intensiv diskutiert und als der „Krieg der Zukunft“⁷³ angesehen wurde. Als Konsequenz aus der Kriegsniederlage und der vom Versailler Vertrag geforderten Reduzierung der Streitkräfte auf ein 100.000-Mann-Berufsheer bei Verbot von Angriffswaffen erschien eine Militarisierung und Mobilisierung der Gesellschaft mit dem Ziel einer „totalen“ Kriegführung als zwingend. Die Aufhebung der Grenze zwischen kämpfender Truppe und ziviler Bevölkerung, der gezielt vorbereitete „Guerilla-Krieg“ und generell die Radikalisierung des Krieges galt es aus Sicht der Heeresleitung, systematisch und langfristig zu planen. Nur so könne das geschlagene Deutsche Reich aus seiner tiefsten Niederlage eine Perspektive für seinen Wiederaufstieg gewinnen.

69 An Hauptmann Ruprecht, 10.11.1916. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1579 f.

70 An Harden, 8.10.1918. In: Walther Rathenau – Maximilian Harden: Briefwechsel 1897–1920. Hrsg. von Hans Dieter Hellige. München/Heidelberg 1983 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. VI), S. 750 f.; ebenso an Hugo Preuß, 7.10.1918. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1985; auch an Eduard Heimann, 8.10.1918. In: Ebd., S. 1986 f.

71 Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. 2. verb. Aufl. Göttingen 1992, S. 93.

72 Ebd., S. 94.

73 Wilhelm Deist: Die Reichswehr und der Krieg der Zukunft. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 45 (1989), S. 81–92.

Rathenau hatte allerdings andere Zielvorstellungen. Indem er den „Volkskrieg“ forderte, beschwor er den „Geist der Befreiungskriege von 1813“, als es darum ging, sich nicht nur von der Zwangsherrschaft Napoleons zu befreien, sondern vor allem aus der erlittenen Niederlage von Jena und Auerstedt den Willen zur Reform und zur geistigen Wiedergeburt abzuleiten.

Dieser Artikel hatte eine den Verfasser schädigende Wirkung.⁷⁴ Rathenaus Aufruf entfachte eine heftige Diskussion, sowohl in politischen als auch militärischen Kreisen ebenso wie in der Tagespresse und in der Öffentlichkeit: „Die Agitation wegen meines Aufsatzes in der ‚Voß‘ ist nicht sachlich; denn *es ist* die vier Wochen weitergekämpft worden, die unter allen Umständen nötig waren –, nur sind diese 4 Wochen für den Friedensschluß verloren. Das bedeutet den Verlust eines Menschenalters deutscher Wirtschaft.“⁷⁵

Rathenau galt nun als Kriegsverlängerer und Kriegshetzer. Dieser Makel sollte ihm noch lange anhaften und ihn politisch ausgrenzen. Sein Artikel hatte „eine sehr zwiespältige, teils empörende, teils geradezu nervenzerreißende Wirkung gehabt“.⁷⁶ Er konnte nicht ahnen, „dass er mit seinem Artikel bereits der kommenden ‚Dolchstoßlegende‘ die Umrisse vorzeichnen würde“.⁷⁷

Erst nach dem Kapp-Putsch 1920 war Rathenau wieder gefragt. Reichskanzler Joseph Wirth berief ihn als Wiederaufbauminister und 1922 als Außenminister in sein Kabinett. Und wie schon während des Krieges war er bestrebt, die emotionsgeladene Politik in den Bereich sachlicher Argumente überzuführen. Seinen neuen Aufgabenbereich verstand er nicht politisch, sondern „vielmehr privatwirtschaftlich und industriell“. Er betonte, dass er sein Amt „nach rein sachlichen Grundsätzen führen“ werde, „nicht beeinflusst von wirtschaftlichen Voreingenommenheiten“ oder einem politischen Mandat.⁷⁸

Damit hatte Rathenau mit wenigen Worten sein Verständnis von Politik und von seiner künftigen Aufgabe umrissen. Nicht von den Massen gewählte Parteipolitiker, die von den politischen Stimmungslagen abhängig waren, sondern neutrale Sachverständige, das heißt, kompetente und erfahrene Fachleute seien primär in der Lage, das komplizierte Geflecht der Politik

74 So Ernst Schulin: Der Lehrer. Zur Wirkung der Schriften und Briefe Rathenaus. In: Karl-Heinz Hense/Martin Sabrow (Hrsg.): Leitbild oder Erinnerungsort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau. Berlin 2003, S. 49–65, hier S. 51 f.

75 An Arthur Holitscher, 21.11.1918. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 2026.

76 Schulin: Repräsentant (wie Anm. 71), S. 93.

77 Hecker: Militär und Krieg (wie Anm. 17), S. 437.

78 Walther Rathenau: Gesammelte Reden. Berlin 1924, S. 197–204, hier S. 199 ff.

unabhängig und rational zu kontrollieren, zu lenken und am Laufen zu halten. Hier klingt deutlich Rathenaus häufig schon vor dem Kriege geäußerte Kritik am in Deutschland unzureichenden Führungsnachwuchs und vor allem an den fehlenden politischen Konzepten an. Er betonte vielmehr eindeutig den Primat der Wirtschaft; denn er war davon überzeugt, dass „schon in wenigen Jahren die Welt erkennen [werde], dass die Politik nicht das Letzte entscheidet“, weil nämlich „die Wirtschaft das Schicksal“ sei.⁷⁹

79 Rede am 28. September 1921. In: Ebd., S. 241–263, hier S. 264.

Wegbereiter der Entspannungspolitik? Rathenau, die Reparationsfrage und die deutsche Außenpolitik

1. Walther Rathenau als Gewährsmann einer flexiblen Erfüllungs- und Entspannungspolitik

Gottfried Niedhardt beschreibt in seinem Werk „Die Außenpolitik der Weimarer Republik“ Walther Rathenau als „Gewährsmann für eine dem nationalen Interesse entsprechende flexible Erfüllungs- und Entspannungspolitik“.¹ Diese Charakterisierung umreißt zugleich sowohl das Dilemma der deutschen Außenpolitik der 1920er Jahre als auch das persönliche Dilemma und die zwiespältige Beurteilung, denen Rathenau bereits zu Lebzeiten, aber auch bis heute ausgesetzt ist. In den wenigen Monaten, in denen er in verantwortlicher Position als Wiederaufbau- und Außenminister fungierte, prägte er die deutsche Außenpolitik unter dem Aspekt des Einvernehmens mit den Alliierten und der internationalen Kooperation im Rahmen einer dezidierten Wirtschaftsaußenpolitik. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg äußerte er im Rahmen seines politischen Engagements in zahlreichen Denkschriften außen- und wirtschaftspolitische Konzepte, die auf der Verschmelzung der Wirtschaft Europas zu einer Gemeinschaft basierten und die für ihn die Basis der „Milderung von Konflikten, ökonomischer Kräfteersparnis und solidarischer Zivilisation“ bedeuteten.² Dabei setzte er durchaus auf eine hegemoniale deutsche Vormacht. Als international agierender Unternehmer setzte er jedoch zugleich nachhaltig auf internationale wirtschaftliche Außenkontakte und eine übernationale Perspektive im Rahmen eines mittel- bzw. kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraums.

Es liegt daher nahe, diese politische Anschauung der Vorkriegszeit auch in der Beurteilung seiner Politik nach Kriegsende, als Berater, Verhandlungspartner und späterem Außenminister zu berücksichtigen und diesen Aspekt der von ihm avisierten kooperativen Außen- und Wirtschaftspolitik

1 Gottfried Niedhardt: Die Außenpolitik der Weimarer Republik. 2. Aufl. München 2006, S. 16.

2 Walther Rathenau: Deutsche Gefahren und neue Ziele. In: Rathenau: Gesammelte Schriften in fünf Bänden, Bd. 1, Berlin 1918, S. 277.

als Element der Erfüllungs- und Entspannungspolitik der frühen Weimarer Republik unter seiner politischen Verantwortung mit einzubeziehen.

Als außenpolitische Strategie wurde die Politik der Umsetzung der durch den Versailler Vertrag eingeforderten Reparationszahlungen im Nachgang des Londoner Ultimatums von 1921 von deutschnationalen und rechten Vertretern als „Erfüllungspolitik“ diffamiert – ungeachtet der Tatsache, dass diese Form der flexibel zu gestaltenden Verständigungs- und Entspannungspolitik von ihren Gestaltern als Mittel einer bewussten Revision des Versailler Vertrages kalkuliert und eingesetzt wurde. Verständigung hieß in erster Linie die (Wieder-)Aufnahme von wirtschaftlichen und politischen Kontakten bzw. diplomatischen Beziehungen, die Demonstration des ‚guten Willens‘ und des Aufbietens aller verfügbaren ökonomischen Kräfte, selbst unter der Gefahr der Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens. Dies war zugleich gekoppelt an die Strategie, den Siegermächten die Unerfüllbarkeit der Reparationsforderungen vor Augen zu führen und damit eine Voraussetzung für einen neuen Verhandlungsrahmen zu schaffen.

Die nachhaltige fatale negative Konnotation dieser politischen Linie mit der Demonstration von politischer Schwäche, die letztlich mit dazu beitrug, den rechten völkisch-nationalen Extremismus in der deutschen Gesellschaft und damit auch das Scheitern der jungen Demokratie zu fördern, wurde dabei unterschätzt wie ebenso die letztlich intransigente Haltung der Siegermächte, allen voran Frankreichs. Die im Rahmen der Verfolgung der Erfüllungspolitik auftretenden Probleme und die mangelnde Akzeptanz dieser Politik als verständigungs- und revisionspolitische Strategie trugen nicht nur zu einer Verschärfung der ohnehin labilen innenpolitischen Lage bei, sondern boten auch den Anlass für die „Organisation Consul“, den amtierenden, dazu noch jüdischen Außenminister als Protagonisten dieser Politik durch ein Attentat zu töten.

Die Verständigungspolitik und der Ausgleich mit dem Westen werden meist erst mit der Übernahme der Leitung des Auswärtigen Amts durch Gustav Stresemann und damit verbunden mit einer durch ihn eingeleiteten neuen Phase der deutschen Außenpolitik zwischen 1924 und 1929 – einer so genannten „Ära Stresemann“ – verknüpft. Stresemanns Wille zur Versöhnung äußerte sich während seiner um Jahre längeren Amtszeit in konkreten Vertragsabschlüssen wie den Locarno-Verträgen 1925 und dem Völkerbundeintritt Deutschlands 1926 – und damit auch mit dem Ende der außenpolitischen Isolation Deutschlands. Diese wären aber ohne die offizielle und inoffizielle wirtschaftliche und politische Fühlungnahme, die

Verständigungsbereitschaft und die politische Vision Rathenaus nicht denkbar gewesen.

2. Deutsche Friedenspolitik in der Nachkriegszeit

Die deutsche Friedenspolitik in der Zeit nach 1918 ist durch den Zwiespalt und den Konflikt charakterisiert, den die Versailler Vertragsregelung, insbesondere infolge der offen gehaltenen Höhe der Reparationsforderungen, mit sich brachte. Die Rückwirkungen, die sich allein aus dem „Kriegsschuldparagraphen“ (§ 231), den eben daraus resultierenden Reparationsforderungen, den militärischen Bestimmungen, den territorialen und dadurch bedingten wirtschaftlichen Verlusten ergaben, wirkten verheerend auf die durch Revolution, politische Systemänderung und Dolchstoßlegende verunsicherte Bevölkerung. Aktuelle politische Ereignisse und innenpolitischer Druck in Deutschland wie auch bei den ehemaligen Kriegsgegnern, insbesondere in Frankreich, erschwerten zusätzlich die Konzeption einer klaren und konsequenten Außen- und Friedenspolitik der jungen Republik. Hinzu kam die Tatsache, dass Deutschland als Paria beim Umgang mit den ehemaligen Kriegsgegnern nicht nahtlos auf die ‚diplomatische Praxis‘ und Verständigung der Vorkriegszeit zurückgreifen konnte.

Darüber hinaus musste Verständigungspolitik von vornherein auch „Erfüllungspolitik“ sein, um – abgesehen von den drohenden Konsequenzen im Falle der Nichterfüllung – überhaupt als Entspannungspolitik zu wirken.

Getragen wurde diese Politik insbesondere von Außenseitern bzw. Quereinsteigern und wirtschaftlichen Fachleuten, die in verantwortlichen Positionen sowohl in der Zentrale in Berlin als auch an den Auslandsmissionen tätig wurden. Sowohl Rathenau als auch Stresemann gehörten als Außenminister zu diesem Typus. Es waren nun nicht mehr ausschließlich die dem ehemaligen kaiserlichen diplomatischen Dienst entstammenden Experten, bei denen die Deutungshoheit für die Konzeptionierung der deutschen Außen- und Friedenspolitik lag. Ressort- und fachfremde Außenseiter übernahmen bereits in der deutschen Friedensdelegation eine wichtige Rolle und kamen im Rahmen der so genannten, bereits vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs angedachten „Schülerschen Reform“ und der damit verbundenen gesellschaftlichen Öffnung des diplomatischen Dienstes und

seines Beamtenapparates verstärkt zum Einsatz.³ Sie brachten ökonomische Fachkenntnisse, Verhandlungs- und Auslandserfahrung sowie die für eine künftige Verständigung in Friedenszeiten nützlichen guten Kontakte zu internationalen Wirtschaftskreisen mit. Dies war für die künftige Diplomatie der jungen Republik angesichts der neuen politischen Konstellation und Deutschlands Stellung als Paria eine völlig neue Voraussetzung, so dass unter den neuen Gegebenheiten des internationalen Systems und dem sich bereits vor dem Kriegsausbruch abzeichnenden Bedeutungsverlust von Diplomatie im klassischen Sinne bzw. den sich verändernden Bedingungen auch verstärkt auf die Ausnutzung „alternativer“, außeramtlicher Verhandlungs- und Kommunikationsstrategien und deren Vertretern gebaut werden musste. Dass die Hinzuziehung von nicht dem Diplomatischen Dienst entstammenden Fachexperten in die einzelnen Ressorts wie ebenso die von Edmund Schüler (seit August 1919 Leiter der Abteilung IB – Personal und Verwaltung des Auswärtigen Amts, seit 1920 Abt. I) ausgehende Umstrukturierung in einer solch prekären politischen Situation auch aufgrund einer nicht unkritischen Haltung seitens der weitgehend personell intakt gebliebenen ehemaligen kaiserlichen Funktionselite nicht ohne Folgen blieb, steht außer Frage. Arbeitsprozesse des diplomatischen Tagesgeschäfts und der Verhandlungsführung waren nicht zuletzt auch durch eine noch fehlende politische Linie ungeklärt und ließen somit zugleich Freiraum für flexible Vorgehensweisen – wie sie etwa auch im Vorfeld des Vertrags von Rapallo festzustellen waren.

So waren es gerade auch Wirtschaftsfachleute wie Moritz Julius Bonn, Carl Melchior, Walter Simons und Otto Wiedfeldt, die in ihrer Funktion als Sachverständige im Rahmen der Friedensverhandlungen in Versailles oder bei den Reparationskonferenzen zugleich immer auch Außenpolitik betrieben. Auch Rathenaus Name stand bereits im Vorfeld der Beratungen der deutschen Gegenvorschläge im Mai 1919 zumindest zeitweise zur Disposition.⁴

3 Kurt Doß: Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform. Düsseldorf 1977. Klaus Schwabe (Hrsg.): Das Diplomatische Korps. 1871–1945. Boppard/Rh. 1985. Einen knappen Überblick dazu in: Eckart Conze: Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. München 2013.

4 Schreiben Rathenaus an Johann Heinrich von Bernstorff, Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, Berlin, 26.5.1919, und an Felix Deutsch, 26.5.1919. Beides in: Walther Rathenau. Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914. Teilband 2: Briefe 1914–1922. Hrsg. v. Ernst Schulin/Alexander Jaser/Clemens Picht (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe. Bd. V.2). Düsseldorf 2006, S. 2192 f.

Nicht minder bemerkenswert ist die Tatsache, dass das Auswärtige Amt in der Weimarer Republik – von wenigen Ausnahmen abgesehen – von Personen geleitet wurde, die eng mit der Wirtschaft verbunden waren: Walter Simons war geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie (RDI)⁵ und Mitglied des Aufsichts- und Verwaltungsrates der I.G. Farben, Walther Rathenau war Vorstandsvorsitzender der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft (AEG), Gustav Stresemann ehemaliger Präsident des Bundes der Industriellen und Julius Curtius Industrieanwalt. Otto Wiedfeldt, der ehemalige Vorstand des Krupp-Konzerns und spätere Botschafter in den USA, ist dafür ebenso ein Beispiel wie die Staatssekretäre Edgar Haniel von Haimhausen und Carl von Schubert, die aus großen Industriellenfamilien stammten.

Mit Walther Rathenau kam nicht nur ein Wirtschaftsfachmann an die Spitze der außenpolitischen Führung, sondern ein Vordenker, der in komplexen Strukturen dachte und allumfassend „Perspektiven für eine nahe Zukunft“⁶ entwickelte, die sich nicht nur in ökonomischen und gesellschaftlichen Umstrukturierungsgedanken widerspiegeln, sondern sich auch auf eine am „Neue[n] Staat“, der jungen Republik, ausgerichtete Außenpolitik bezogen.

Seit der Konstituierung der ersten Regierung der Weimarer Republik im Februar 1919 war es keinem seiner Vorgänger gelungen, länger als etwa ein Jahr im Amt des Außenministers zu bleiben. Das außenpolitisch in einer ohnehin äußerst instabilen Situation agierende Deutschland gewann erst mit Rathenau einen – wenn nicht gar den – durch eine klare Konzeption und in der Verfolgung des Ziels der Reintegration Deutschlands in die Weltpolitik bis dahin aussichtsreichsten Außenminister. Als Theoretiker und Visionär versuchte er nach der Phase einer von deutscher Seite aktiv betriebenen Eskalationspolitik und fehlender konstruktiver diplomatischer Beziehungen der deutschen Außen- und Friedenspolitik mit seinen Impulsen eine neue Ausrichtung zu geben.

Grundlegend war für Rathenau dabei die Erkenntnis, dass der Versailler Vertrag keine Aussicht auf einen dauerhaften Frieden bot; er war bereits früh davon überzeugt, dass eine „langfristige Kriegsabrechnung mit dem

5 Simons war 1920/21 beratender Fachmann bei den Entwaffnungs- und Reparationsverhandlungen.

6 Dazu Rathenaus Schrift: „Der Neue Staat“ vom März 1919, in der er im Rahmen seiner Konzeption eines neuen Staatsaufbaus die traditionelle Außenpolitik an ihr Ende gekommen sah. Walther Rathenau: Der neue Staat. Berlin 1919.

Ausland“⁷ zu erwarten sei und das Vertragswerk keine Grundlage für eine moderne, den neuen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten angepasste internationale Außen- und Friedenspolitik schuf.

Es galt für ihn:

„in unserer verzweifelten Lage [...], den beweglichsten Punkt zu finden, von dem aus die ganze Situation [Wiederaufbauproblematik in Belgien und Frankreich und damit im Grunde implizit auch die gesamte Reparationsproblematik C.S.] aufgerollt werden kann. [...]

Von hier aus können wir

1. Das Verhältnis zu Frankreich regeln,
2. Den Friedensvertrag korrigieren,
3. Die Entschädigung umgestalten und mildern,
4. Auf die inneren Verhältnisse Deutschlands zurückwirken,
5. Deutschlands moralische Stellung wiedergewinnen.

Erfordernis ist, dass wir den Wiederaufbau nicht als eine Verlegenheitsverpflichtung durchführen, sondern zu einem gewaltigen Zentralproblem erheben, zu einer Leistung von solcher Vollendung, daß sie, dem Krieg gegenübergestellt, noch in Jahrhunderten als die größte positive Schöpfung Deutschlands gilt. Keine kleinliche Konkurrenzerwägung darf uns hemmen“⁸,

äußerte er in seinem Brief an Reichsfinanzminister Matthias Erzberger am 16. Juli 1919. Er legte hierin zugleich eine erste kurze Programmatik dar, die jenseits der ökonomischen Belange auch auf die deutsche Gesellschaft einwirken wollte und auf eine entsprechende Umstrukturierung zu einer straffen zentralisierten Organisation statt der bisherigen bürokratischen Zersplitterung hinauslief.

Rathenau übernahm die Leitung der auswärtigen Politik etwa zweieinhalb Jahre nach dieser Aussage in einer überaus schwierigen außenpolitischen Situation – eine Aufgabe, die er zugleich als persönliche Belastung, aber auch als Herausforderung und Notwendigkeit der Zeit betrachtete. Sein Denken, das charakteristische Züge des rational handelnden Ökonomen und Unternehmers trug, richtete sich dabei auf eine global wirkende Veränderung. Er konzipierte dementsprechend einen umfassenden strukturellen Wandel der Außenpolitik, der Auswirkungen auf alle Bereiche des moralischen, des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens implizierte.

7 Schreiben Rathenaus an Otto Neurath, 17.6.1919. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 4), S. 2207.

8 Schreiben Rathenaus an Reichsfinanzminister Matthias Erzberger. In: Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP) 1918–1945. Serie A: 1918–1925, Bd. 2: Mai bis Dezember 1919. Göttingen 1984, Nr. 102, S. 178 f.

Entsprechende Ideen für die politische Entwicklung einer solchen neuen Zeit mit neuen Strukturen und Verantwortungsträgern hatte er bereits im Jahre 1917 in seiner Schrift „Von kommenden Dingen“ formuliert:

„War Tradition die Grundlage der alten Regierungskunst, so ist die treibende Kraft neuerer Politik jene Fähigkeit, die den Organisator, den Unternehmer und Eroberer schafft. Ihr Kennzeichen ist die Vorstellungsfähigkeit für das noch nicht Bestehende, die Veranlagung, die organische Welt unbewußt im Innern nachzubilden und zu erleben, gefühlsmäßig inkommensurable Wirkungen zu werten und abzuschätzen, die Zukunft im eigenen Geist entstehen zu lassen.“⁹

Es zeigte sich hier eine fast sentimentale, irrationale Seite seiner politischen Auffassungen, wodurch er sich zugleich von zahlreichen zeitgenössischen Politikern unterschied, deren Denkweise primär der Staatsraison oder kurzfristigen tagespolitischen Gesichtspunkten unterlag. Unter diesem Aspekt ist letztendlich auch Rathenaus Engagement in der deutschen Kriegswirtschaft zu betrachten. Seine dafür entwickelten Pläne einer wirtschaftlichen Austausch- und Produktionsgemeinschaft im Sinne eines (kontinental- bzw. mittel-) europäischen Zollvereins sollten nicht nur als natürliches Gegengewicht zur anglo-amerikanischen Wirtschaftsmacht fungieren, sondern gleichzeitig ein Mittel zum Interessenausgleich darstellen sowie zu einer effektiveren, da gemeinschaftlichen Nutzung von nationalen wirtschaftlichen Kapazitäten führen.

3. Rathenau als Politiker in der Weimarer Republik

Erste Anzeichen für eine Präsenz auf der öffentlichen politischen Bühne der Nachkriegszeit hatten sich bereits durch Rathenaus Berufung zum Sachverständigen für die von den Gewerkschaften im Nachgang des Kapp-Putsches geforderte zweite Sozialisierungskommission ergeben. Erneut in das Licht der Öffentlichkeit getreten, war es nur eine Frage der Zeit, bis man sich von Regierungsseite angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Kompetenz des ausgewiesenen Finanz- und Wirtschaftsfachmannes Rathenau bediente. Und so war es schließlich die persönliche Initiative des damaligen Finanzministers Joseph Wirth (Zentrum), Rathenau als Sachverständigen an der Konferenz von Spa teilnehmen zu lassen.

9 Walther Rathenau: Von kommenden Dingen. Der Weg des Willens. In: Ders.: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin. (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II) München 1977, S. 486 ff.

Die erste Begegnung und Verständigung Deutschlands mit den alliierten Regierungen anlässlich der Konferenz im Juli 1920 bedeutete für Rathenau eine erste Chance, sich öffentlich auf dem internationalen Parkett zu profilieren. Seine Sachkompetenz und sein diplomatisches Auftreten wurden von den französischen und britischen Verhandlungspartnern geschätzt, so dass er damit der deutschen Regierung und ihrem Ansehen im Ausland einen nicht zu unterschätzenden Dienst erwies.

Mit der durch das Kabinett Wirth bewiesenen Kompromissbereitschaft zur Annahme der alliierten Forderungen wurde schließlich der Weg zur so genannten „Erfüllungspolitik“ gewiesen.

Stand im Fokus der Rathenauschen Außenpolitik, die sich mit der des Reichskanzlers Wirth deckte, die Bestrebung, mit der „Erfüllungspolitik“ bei den Alliierten einen Vertrauensbonus für Deutschland zu erwerben, so stieß diese Haltung in der deutschen Öffentlichkeit und den Parteien teils auf Unverständnis, teils auch auf offen geäußerten politischen Widerstand.

Rathenaus Konzeption der Flexibilität war darauf ausgerichtet, die Verhandlungen nicht zu einem Stillstand, sondern unter Berücksichtigung der schwierigen, durch Emotionen und nationale Vorbehalte gekennzeichneten multilateralen Beziehungen voranzutreiben. Nur die offen gezeigte Bereitschaft zur Reparationslieferung, die zwangsläufig gleichzeitig die praktische Unerfüllbarkeit der Forderungen enthüllen musste, konnte den Weg für weitere Verhandlungen und damit für notwendige, vor allem realistisch zu erfüllende Modifikationen der Reparationsforderungen ebnen. Das privatwirtschaftliche, kaufmännische Prinzip des vertrauenswürdigen Schuldners wollte Rathenau auch auf die internationale Politik angewandt sehen, wenn er – wie er anlässlich seiner Rede im Reichstag im Juni 1921 äußerte – bezüglich der von Deutschland auferlegten und übernommenen alliierten Forderungen als Ökonom und Industrieller argumentierte:

„Industrie heißt kaufmännische Anwendung der Technik. Industrie ist entstanden aus dem Handwerks- und Kaufmannsstande. Der Kaufmannsstand aber in der ganzen Welt und in allen Jahrhunderten beruht auf Vertrauen, und dieses Vertrauen hat als Symbol das geschriebene Wort, die Unterschrift. Wenn ein Papier die Unterschriften meines Hauses oder meines Namens oder gar meines Volkes trägt, dann betrachte ich diese Unterschrift als meine Ehre und die Ehre meines Landes.“¹⁰

10 Antrittsrede Rathenaus als Reichsminister für Wiederaufbau vor dem Reichstag, 110. Sitzung, 2.6.1921. Zitiert nach: Walther Rathenau: Gesammelte Reden. Berlin 1924, S. 203. Siehe auch: Verhandlungen des Reichstags. Bd. 349. 110. Sitzung, 2. Juni 1921, S. 3742–3745.

Die Reparationen waren für ihn „nicht lediglich als eine materielle, sondern auch als eine sittliche Aufgabe im Sinne der Völkerversöhnung zu verstehen“¹¹. Gleichzeitig lag ihm daran, durch eine intensive Verhandlungstätigkeit nicht nur zu einem Konsens zu kommen, sondern auch einen Zeitgewinn herauszuarbeiten, der es ermöglichen sollte, die verheerenden politischen, wirtschaftlichen aber auch emotional aufgeladenen Staatenbeziehungen aus der Distanz heraus beurteilen und damit objektivieren zu können¹². Verfolgt man die sich seit der Konferenz in Spa nunmehr entwickelnde politische, insgesamt 13 Monate währende amtliche Karriere Rathenaus, so ist diese gerade durch eine derartige Erkenntnis, Weitsicht und das dafür notwendige Abstraktionsvermögen gekennzeichnet.

Das Reparationsproblem verlangte seiner Ansicht nach eine großräumige Lösung im Rahmen eines internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus, der zugleich die Voraussetzung für Deutschlands Wiedererstarken schaffen sollte. Nur durch eine Verknüpfung der Reparationen mit den durch die Kriegskredite der USA ebenfalls wirtschaftlich geschädigten Interessen der Schuldnerstaaten Frankreich und Großbritannien konnte eine internationale Lösung erwartet werden. Ganz im Sinne einer „Business Diplomacy“¹³ sah er die Notwendigkeit, dieses globale Problem aus dem Wirkungsbereich nationaler politischer Eigeninteressen herauszunehmen und es primär unter ökonomischen Gesichtspunkten zu behandeln:

„Das Problem des Wiederaufbaus ist nur ein Ausschnitt aus dem europäischen Problem, dem Problem, das nicht gelöst werden kann durch die Mittel der Politik, das auch nicht gelöst werden kann von Einzelnen, nicht von Regierungen, sondern nur von Völkern selbst und der Macht der Erkenntnis. Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen. Die Lösung des Problems wird darin bestehen, daß erkannt wird die enge Verflochtenheit und Verbundenheit der europäischen Nationen, daß erkannt wird die freiwillige oder unfreiwillige Schicksalseinheit eines ganzen Kontinents, und daß Konsequenzen mit Kraft und Nachdruck gezogen werden, die die Zeit und die Not erfordern. Verflochten sind die Länder zunächst durch die Kette ihrer materiellen Verschuldung. Es ist kein Land, das heute nicht verschuldet wäre, mit Ausnahme jener großen Reiche jenseits des Oze-

- 11 „Entwurf zu einer Stellungnahme zur alliierten Reparationsforderung“, vermutlich vor der Londoner Konferenz im März 1921 formuliert. Zitiert nach: Hartmut Pogge von Strandmann (Hrsg.): Walther Rathenau. Tagebuch 1907–1922. Düsseldorf 1967, S. 241.
- 12 Siehe dazu auch: Walther Rathenau: Das Erfüllungsproblem und die deutsche Wirtschaft. Vortrag gehalten auf dem Parteitag der DDP in Bremen, 12.11.1921. In: Walther Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 10), S. 341.
- 13 Wolfgang Michalka: Rathenaus politische Karriere. In: Karl Heinz Hense/Martin Sabrow (Hrsg.): Leitbild oder Erinnerungsort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau. Berlin 2003, S. 67–84, hier S. 77.

ans; alle anderen Länder aber befinden sich in der Kette der materiellen Schulden. Generalgläubiger der Welt ist Amerika, Generalschuldner ist Deutschland, und zwischen ihnen eingeschaltet sind sämtliche Nationen, gleichzeitig als Schuldner und Gläubiger, jeder dem anderen verbunden und verpflichtet.“¹⁴

Formuliert wurden diese Worte nicht zuletzt unter dem Eindruck der im März 1921 stattgefundenen, für Deutschland ernüchternden Londoner Konferenz.

Rathenau war von dem infolge des Rücktritts des Kabinetts Fehrenbach nachfolgenden neuen Reichskanzler Joseph Wirth bereits kurz nach dem Londoner Ultimatum das Amt des Ministers für Wiederaufbau angetragen worden. Nachdem er alle seine Ämter innerhalb der AEG niedergelegt hatte, konzentrierte sich Rathenau in der Folgezeit auf eine zukunftsgerichtete Wirtschaftsorganisation.

Die im Juni 1921 in Wiesbaden bei den vertraulichen Reparationsverhandlungen zwischen Rathenau und dem französischen Wiederaufbauminister Louis Loucheur entwickelten Pläne zur Erfüllung der Reparationsleistungen lieferten zunächst Erfolg versprechende Hinweise für eine bilaterale Verständigung. Das Wiesbadener Abkommen vom 21. Oktober desselben Jahres stieß dann jedoch in Deutschland sowohl auf privatwirtschaftlicher als auch auf politischer Seite auf Ablehnung und scheiterte letztlich an der Nichtratifizierung im Reichstag. Damit schien Rathenaus Versuch, die Verhandlungen mit dem französischen Partner am Laufen zu halten, und den gegenüber Erzberger 1919 geäußerten „beweglichen Punkt“, eine Verhandlungsbereitschaft und -übereinstimmung zu finden, „von dem aus die ganze Situation aufgerollt werden“ sollte, zunächst gescheitert zu sein.

Allerdings wurde die Übereinkunft erst wenige Tage nach Rathenaus Ermordung mit einem Zusatzabkommen gesetzlich fixiert und erhielt schließlich am 6. Juli 1922 die endgültige Zustimmung des Auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer. Dabei wurde deutlich, dass diese Form der global wirkenden deutschen „Wirtschaftsaußenpolitik“ nicht zuletzt aus nationalen, meist sogar auch privatwirtschaftlichen Erwägungen zumindest zu diesem Zeitpunkt noch an ihre Grenzen stieß. Rathenaus vielzitiertes, noch im September 1921 geäußertes Grundprinzip, den europäischen Wiederaufbau zu entpolitisieren und die weitere Zukunft

14 Rede Rathenaus auf einem Gesellschaftsabend des Hamburgischen Ausschusses für den Aufbau der Friedenswirtschaft, gehalten am 4.7.1921. Zit. nach: Walther Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 10), S. 207 f.

der Staaten unter rein wirtschaftlichen, geschäftlichen Gesichtspunkten zu behandeln, schien noch nicht als zeitgemäß erfasst worden zu sein.¹⁵

Vielmehr wies die innenpolitische Entwicklung in Deutschland, das verstärkte und sich radikalisierte Agieren der Deutschnationalen und Völkischen, das sich in Hetztiraden gegen den Minister als Person äußerte und vor allem im August 1921 mit der Ermordung des Zentrums politikers Matthias Erzberger einen ersten tragischen Gipfel erreichte, in eine andere Richtung.

Noch bevor die sich seit dem Regierungsantritt des verständigungsbe-reiteren französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand sichtlich unter entspannter Atmosphäre entwickelnden Verhandlungen hätten weiterge-führt werden können, rief die Deutsche Demokratische Partei (DDP) in-folge des Völkerbundsbeschlusses über die Abtretung Oberschlesiens im Ok-tober 1921 ihre Minister aus der Regierung ab, womit zugleich Rathenaus Ministerkarriere – wenn auch unfreiwillig – ihr vorläufiges Ende erreichte.

Obwohl er im darauffolgenden zweiten Kabinett Wirth nicht sofort wie-der Teil der Regierung war, blieb Rathenau weiterhin mit den Verhand-lungen zur Reparationsfrage befasst. Er widmete sich nun jedoch verstärkt einer auf Großbritannien ausgerichteten außen- und reparationspolitischen Lösung unter Einbeziehung Russlands.

Im Januar 1922 nahm Rathenau als deutsches Delegationsmitglied an der mit den Vorbereitungen zu einer europäischen Wirtschaftskonferenz befassten Konferenz in Cannes teil. Im Vorfeld der Konferenz versuchte er bereits durch Intensivierung der Kontakte zu den Alliierten, insbesonde-re mittels persönlicher Fühlungnahme zu Lloyd George in London, eine Annäherung zu bewirken, was seitens der maßgeblichen Diplomaten und auch von Staatssekretär Carl von Schubert nicht nur mit Anerkennung quittiert wurde, sondern auch mit der Feststellung seiner diplomatischen Kompetenz. „Es ist auf diese Weise eine sehr günstige Atmosphäre geschaf-fen worden, in der sich viel besser arbeiten lassen wird als bisher, eine Atmosphäre, die mich bereits etwas an die Zeit vor dem Krieg erinnert“¹⁶,

15 In einer Rede auf der Tagung des RDI in München am 29. September 1921 äußerte Rathenau dazu in Anlehnung an ein Zitat Napoleons aus dem Jahre 1808: „Politik ist das Schicksal“ folgendes: „Aber auch dieses Wort hat seine begrenzte Dauer. Es wird der Tag kommen, wo es sich wandelt, und wo das Wort lautet: Die Wirtschaft ist das Schicksal. Schon in wenigen Jahren wird die Zeit erkennen, daß die Politik nicht das Letzte entschei-det.“ Zitiert nach: Walther Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 10), S. 264 und davor ähnlich: ebd., S. 252.

16 Carl von Schubert an Botschafter Sthamer, Berlin 16.1.1922. In: Peter Krüger (Hrsg.): Carl von Schubert (1882–1947). Sein Beitrag zur internationalen Politik in der Ära der Weimarer Republik. Ausgewählte Dokumente. Berlin 2017, Dok. 49, S. 193.

konstatierte von Schubert gegenüber dem deutschen Botschafter in London Friedrich Sthamer am 16. Januar 1922 im Nachgang der Verhandlungen Rathenaus vom 6. bis 13. Januar in Cannes.

„Rathenaus Auftreten erwies sich gerade in dieser Phase und Situation als außerordentlich wichtig, weil eigentlich zum ersten Mal ein bedeutender Sachverständiger mit englischen Sachverständigen zusammentraf. Das Fehlen einer solchen Zusammenkunft hatte sich in den vergangenen Jahren bereits sehr unliebsam fühlbar gemacht. [...] Es fehlte bis dahin an der richtigen Atmosphäre, und nur in einer solch wohl vorbereiteten Atmosphäre können solche Besprechungen mit Aussicht auf Erfolg geführt werden“¹⁷,

schrrieb von Schubert zudem in einer Aufzeichnung über die Politik der Westmächte, wenige Tage später.

Die für das Frühjahr in Genua in Aussicht gestellte Weltwirtschaftskonferenz sollte die Plattform bieten für die mit Lloyd George zuvor zur Sprache gekommenen Pläne einer friedlichen Rekonstruktion im Sinne eines Wirtschaftsfriedens und eines internationalen Wirtschaftskonsortiums zur gemeinsamen Restituierung Ost- und Mitteleuropas. Allein aus dieser Tatsache heraus ergaben sich mit Lloyd George weitaus größere Übereinstimmungen als etwa mit den Franzosen, was Rathenau durchaus erkannte und in sein politisches Kalkül mit einbezog.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde diese Trendwende mit einem größeren Vertrauen in die deutsche Außenpolitik goutiert, wie Ernst Troeltsch es formulierte: „Alle Welt spricht von Genua. Seit Wochen sind die Zeitungen voll davon. [...] Die gequälten Menschen hoffen [auf ein] Wunder von Genua, vor allem ein Sinken der Preise und eine wirtschaftliche Atempause.“¹⁸

Mit dem zeitgleich zu den Verhandlungen in Cannes stattgefundenen Sturz der Regierung Briand und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den Konservativen Raymond Poincaré erlitt die vielversprechend anmutende Verständigung über deutsche Reparationsleistungen jedoch einen herben Rückschlag, da sich Poincaré als scharfer Verfechter der französischen Reparationsansprüche erwies und sich dezidiert gegen eine Behand-

17 Aufzeichnung Carl von Schuberts über die Politik der Westmächte. Berlin 18.1.1922. In: Ebd., Dok. 40, S. 196.

18 Ernst Troeltsch: Die neue Weltlage. Berliner Briefe. In: Kunstwart und Kulturwart 35 (1922), 9, S. 158–167. Der Text erschien im Hauptteil des Heftes und mit der Datumsangabe 11. Mai 1922. Zitiert nach: Gangolf Hübinger/Nikolai Wehrs (Hrsg.): Ernst Troeltsch. Kritische Gesamtausgabe. Bd. 14. Spectator Briefe und Berliner Briefe (1919–1922). Berlin/Boston 2015, S. 536.

lung der deutschen Reparationsfragen im Rahmen der Genueser Konferenz aussprach.

Die deutsche Reparationsfrage und der damit verbundene Wiederaufbau schienen zunächst an einem toten Punkt angelangt zu sein, als Walther Rathenau nach schwierigen koalitionspolitischen Sondierungen vor allem gegen den Widerstand der DVP unter Gustav Stresemann aber auch gegen die Vorstellungen zahlreicher Industrieller und Politiker am 31.1.1922 zum Außenminister ernannt wurde und damit den bis dahin kommissarisch wirkenden Amtsinhaber Joseph Wirth, der als Reichskanzler sein aktivster Befürworter für diesen Posten war, ablöste.

4. Rathenau als Außenminister

Mit dem Regierungswechsel in Paris und dem damit verbundenen Stimmungsumschwung war ein kritischer Wendepunkt für eine europäische Friedens- und Wiederaufbaupolitik wie auch für Rathenaus Reparationspolitik eingetreten, der auf weitreichende Probleme für die bevorstehende internationale Weltwirtschaftskonferenz in Genua deutete.

Die Tatsache, dass erstmals Russland in die multilateralen Verhandlungen mit einbezogen wurde, war zwar als positives Zeichen für eine internationale Verständigung zu bewerten, doch barg dieser Umstand für die deutsche Regierung nicht wirklich absehbare Risiken. Bereits Ende Dezember 1921/Anfang 1922 hatte sich nach dem deutsch-russischen Handelsvertrag vom Mai 1921 erneut eine Aktivierung der deutsch-russischen Sondierungen über eine bilaterale Verständigung in Form von erneuten Sonderverhandlungen bemerkbar gemacht, die noch vor der Konferenz von Genua eine Klärung erbringen sollte, und bei denen bereits erste Züge des späteren Vertrags von Rapallo ausgehandelt worden waren.¹⁹

Diese Rahmenbedingungen mussten bei Rathenau, der eine Westorientierung verfolgte, zwangsläufig auf Widerstand stoßen. Sein Konzept, Ost- bzw. Russlandpolitik nur mit Rückendeckung und in Kooperation mit dem Westen zu betreiben, sollte nicht durch eine vorzeitige politische Bindung an Russland scheitern.

Nicht die grundsätzliche Ablehnung einer separaten deutsch-russischen Verständigung stand hinter diesen Überlegungen, vielmehr der taktische Gedanke, der sich von der Idee leiten ließ, Deutschland als Mittler zwi-

19 Michalka: Rathenaus politische Karriere (wie Anm. 13), S. 83.

schen Ost und West einzubringen und zugleich der Gefahr entgegenzuwirken, zwischen den beiden Lagern zu stehen und dabei der einen oder gar beider Optionen verlustig zu gehen. Rathenau wollte vor Genua keinesfalls einen *fait accompli* schaffen.

Letztlich standen sich aber mit den beiden Hauptakteuren deutscher aktiver Ostpolitik, Joseph Wirth und Ago von Maltzan, dem deutschen Unterhändler und Leiter des Referats Russland der Abteilung IV (Osteuropa) seit März 1920 und seit November 1921 Leiter der Abt. IV des Auswärtigen Amts einerseits und Rathenau andererseits zwei divergierende Anschauungen gegenüber, die sich zwar nicht diametral unterschieden, aber zumindest in wichtigen Punkten nicht deckungsgleich zu sein schienen.

Während für Wirth und Maltzan die russische Option Grundlage eines generell erweiterten außenpolitischen Handlungsspielraumes jenseits der Verständigung mit den Westmächten sowie eine – zumindest für Wirth – machtpolitische, antipolnische Ausrichtung bedeutete, stellte sie für Rathenau vielmehr noch eine *Ultima Ratio* deutscher Außenpolitik dar, einen Trumpf im Falle einer ausbleibenden Verständigung mit dem Westen. Und diese Karte sollte nicht vorzeitig ausgespielt werden. Für ihn standen die Milderung der Kriegslasten für Deutschland und eine neue europäische Wirtschafts- und Finanzordnung als Ziel der Konferenz im Vordergrund, und entsprechend hatte er in den Monaten vor Rapallo versucht, das Amt des Verhandlungsführers auszufüllen.

Die ursprünglich in die internationale Konferenz von Genua gesetzten Hoffnungen sollten sich angesichts der Sachlage im Frühjahr 1922 jedoch nicht erfüllen, da zum einen die USA als Kreditgeber aus der Gemeinschaft der internationalen Verhandlungsmächte austraten und zum anderen Poincaré bereits im Februar die Diskussion der Reparationsfrage auf dieser Konferenz grundsätzlich ausgeschlossen hatte. Als schließlich noch im März eine scharfe Protestnote der alliierten Reparationskommission eintraf, schienen sich die reparationspolitischen Erwartungen Rathenaus zunehmend als unrealistisch zu erweisen. Angesichts dieser „bedeutenden Wandlung im politischen Weltgeschehen“ äußerte er sich in seiner Reichstagsrede vom 29. März 1922 relativ offen enttäuscht über die französische Entscheidung, die, von Großbritannien gebilligt, der Konferenz „eigentlich das Herzstück ausbrach“. Vielmehr müsse man nunmehr die deutsche Stellung in Genua erneut überprüfen und erwägen,

„mit welchen Gedanken, aber auch mit welchen Gefühlen wir uns dieser Konferenz nähern, auf der das Schicksal und der Aufbau der Welt behandelt werden soll, aber nicht der unseren, nicht unser Aufbau und nicht unser Schicksal. Läßt sich

eine Brücke finden, – gut. Lässt sie sich nicht finden, so wird Genua das Schicksal von vielen anderen Konferenzen teilen.“²⁰

Das implizierte – wie Rathenau weiter andeutete – nicht nur ein mögliches Überdenken der bisher praktizierten Erfüllungspolitik, sondern auch die Überlegung, die seither geführten Gespräche mit Russland nun eventuell doch auch mit der Konsequenz einer bilateralen Lösung verstärkt fortzuführen.

Obwohl die von dem Historiker Peter Krüger getroffene Feststellung, dass „die mangelnde Erfahrung Rathenaus in der Diplomatie [nirgends] so schonungslos aufgedeckt und von den dort vollständig die Szene beherrschenden Ostpolitikern, von Maltzan und Wirth, ausgenutzt [wurde] wie in Genua“²¹, etwas überzogen klingt, so entbehrt sie nicht einer gewissen Wahrheit.

Die bereits Monate vor der Konferenz begonnenen, immer intensiver werdenden, von den ostpolitischen Hauptakteuren im Auswärtigen Amt geförderten deutsch-russischen Sonderverhandlungen schufen im Grunde ebenso wie die bilateralen militärischen Geheimverhandlungen, unwägbare außenpolitische Bedingungen, die sich speziell in dieser Situation, wo Deutschland erstmals imstande war, aktiv an internationalen Verhandlungen und Entscheidungen teilzunehmen, fatal auswirken konnten. Für Rathenau erwies sich die Arbeit unter diesen Gegebenheiten in dem ihm fremden Ressort [dem Auswärtigen Amt, C.S.] als problematisch, wie er dies Ende März 1922 gegenüber Harry Graf Kessler äußerte:

„Nach seiner Ansicht könne keiner diese Stellung länger als sechs Monate aushalten. Es handle sich darum, der ganzen Maschine des Amtes eine Drehung zu geben. [...] Nachdem acht Jahre lang die deutsche auswärtige Politik ganz passiv gewesen sei, gehe es darum, sie langsam wieder aktiv zu machen, jeden Tag ein Eisen ins Feuer zu schieben, überall im Amt nachzuhelfen. Dazu müsste er sich eigentlich alles vorlegen lassen. Denn wenn er etwas auslasse, so entgleite das Gebiet seiner Einwirkung.“²²

Rathenau, der im Grunde keinen (persönlichen) außenpolitischen Beraterstab innerhalb des Amtes besaß, verfügte nur über wenig Gespür für einen

20 Reichstagsrede vom 29.3.1922. In: Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 10), S. 392 f.

21 Peter Krüger: „Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen!“. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867–1922. Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute New York. Berlin 1994, S. 189–202, hier S. 198.

22 Tagebucheintrag vom 20. März 1922. In: Harry Graf Kessler: Tagebücher 1918–1937. Frankfurt/M. 1961. Zit. nach: Rathenau (wie Anm. 9), S. 868 f.

derartigen Beamtenapparat, für das charakteristische Wesen des diplomatischen Dienstes und das alltägliche Geschäft der außenpolitischen Akteure. Derartig ungünstige Voraussetzungen verschärften die Situation für den Außenminister gerade anlässlich der Konferenz in Genua, was nicht zuletzt auch die für ihn nicht in Gänze erfasste Situation im unmittelbaren Vorfeld des Zustandekommens des Vertragswerkes von Rapallo bedingte.

Der Vertrag von Rapallo erwies sich im Grunde allerdings weniger durch seinen Inhalt als durch den Zeitpunkt und die Umstände seines Zustandekommens als spektakulär. Die Bekanntgabe dieses bilateralen Abkommens trat eine Welle heftiger internationaler Reaktionen los, die das bestehende Ressentiment gegen Deutschland bestätigten und zusätzlich durch Befürchtungen über vermeintliche geheime deutsch-russische Zusatzvereinbarungen geschürt wurden. Der sofortige Abbruch der Verhandlungen von Genua wurde zwar noch verhindert, doch blieb die deutsche Hoffnung, dort zu einer Lösung oder zu Zugeständnissen in der Reparationsfrage zu kommen, unerfüllt.

5. Nach Rapallo – ein Fazit

Nach Rapallo trug Rathenau den Vertragsschluss mit, wenngleich seiner eigentlichen politischen Konzeption im Grunde entgegenwirkend, um zum Erhalt des Kabinetts und der politischen Glaubwürdigkeit der Regierung Wirth, seiner eigenen Position und der Souveränität des Reiches beizutragen.

Er rechtfertigte diesen nunmehr als einen notwendigen Friedensschluss:

„Es ist derjenige Friedensvertrag, wie er unter menschlich denkenden Nationen durchweg hätte geschlossen werden müssen. Politische oder gar militärische Auswirkungen hat er nicht, es handelt sich lediglich um den Ausgangspunkt gesunder wirtschaftlicher und politisch nachbarschaftlicher Beziehungen. [...]“

Sodann aber besteht die Tatsache, des Parallelismus zwischen den beiden volkreichsten Nationen Europas und die gewaltige Realität der Summe ihrer Einwohnerzahl. Auch ohne unmittelbar politischen Hintergrund wirkt diese Riesenmasse als ein Schwergewicht, dessen Einfluss nicht verkannt werden kann.

So ist es denn eine durchaus erwünschte Nebenwirkung, dass vom Tage des Rapallo-Abschlusses an unsere internationale Position fast allen übrigen Mächten gegenüber verändert war. Das Aufschäumen Frankreichs war die unangenehme Seite der Wirkung, aber sie brachte nur zum Ausdruck, was längst unter der Oberfläche gelegen hatte und was besser am Licht des Tages als im Dunkel des Unterbewusstseins sich auswirkt. Den übrigen Nationen gegenüber aber ist die

Stellung Deutschlands so merklich gehoben, dass eine aktive Politik, wie wir sie alle erstreben, ihre erste Grundlage findet.“²³,

so Rathenau in einem Schreiben an den früheren Reichsminister Erich Koch im Mai 1922.

Insofern erhielt auch die Konferenz von Genua selbst unter den völlig veränderten Bedingungen für Rathenau eine Perspektive, die wiederum – optimistisch, pragmatisch gedacht – in sein außenpolitisches Konzept passte.

Die eigentlichen „welthistorischen Leistungen“²⁴, so Rathenau, zu denen für ihn nach wie vor die gemeinschaftliche Lösung wirtschaftlicher Probleme sowie die Schaffung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses zählten, würden jedoch erst in den folgenden Jahren hervortreten. „Unberechtigten Optimismus, zu hoffen, dass durch den Abschluss dieser [Verhandlungs-]Arbeiten sofort eine merkliche Linderung“ der Weltlage erfolgen könne, sah er noch nicht als gegeben an, solange die für ihn wichtigen Voraussetzungen für eine Gesundung der Weltwirtschaft nicht realisiert seien. Gerichtet waren seine Hoffnungen auf einen gemeinschaftlichen „Abbau des Verschuldungskreises“, den gemeinsam zu verfolgenden Wiederaufbau des Kontinents und eine „wiederbelebende Maschinerie der Weltproduktion“ sowie die „Annäherung des grossen [sic] schwerbedrängten russischen Volkes an den Kreis der besten Nationen und damit [die] Förderung des Friedens zwischen Ost und West.“

Während der wenigen Wochen zwischen der Rückkehr aus Genua und seiner Ermordung war Rathenau weder Zeit noch Gelegenheit gegeben, weiter aktiv außenpolitisch zu wirken. Vielmehr stand er mehr als je zuvor im Fokus der Öffentlichkeit, sah sich hasserfüllten Hetzkampagnen und unzähligen Drohungen ausgesetzt, denen er wiederum fast unerschrocken resignativ entgegensah und die er förmlich als Konsequenz seines Handelns hinnahm. Sein letzter Gang führte ihn am Tag seiner Ermordung ungeachtet der drohenden Gefahr eines Attentates dann auch ins Auswärtige Amt.

Obwohl Rathenau von Herkunft und Denkweise im Grunde eher ein unpolitischer Mensch – im herkömmlichen Sinne – blieb, erwies er sich als ein Staatsmann, dessen Visionen und Konzeptionen gerade in einer für Deutschland besonders maßgeblichen außenpolitischen Phase von Bedeu-

23 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts: RZ101/27934, Büro Reichsminister: Akten betr. Persönliche Angelegenheiten des Ministers, Bd. 11, 1.5.1922 – 20.5.1922, Schreiben Rathenaus an Reichsminister a.D. Erich Koch, Genua, 9.5.1922.

24 Walther Rathenaus Rede vor der Vollversammlung der Genueser Konferenz, 19.5.1922, zitiert nach: Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 10), S. 398.

tung waren und die dazu führten, dass Deutschland erstmals wieder in der Staatengemeinschaft teilnehmen und aktive Politik zu treiben imstande war.

Ihn ebenso wie Gustav Stresemann als frühen Vordenker des europäischen Gedankens zu sehen oder eines heute vertretenen globalen Denkens, mag eine Möglichkeit sein, seine Konzeption in den Lauf der Geschichte einzubinden. Was Rathenaus Entspannungspolitik kennzeichnete, ist das, was der damalige Bundesaußenminister und Vizekanzler Willy Brandt anlässlich des 100. Geburtstags Rathenaus am 6. Oktober 1967 im Zusammenhang mit den Bedingungen deutscher Außenpolitik nach beiden Weltkriegen formulierte:

„Die deutsche Außenpolitik verfügte nach den Kriegen über keinerlei Machtmittel, die konventionell als Attribute der Souveränität gelten. Neben technischem und wirtschaftlichem Leistungsvermögen [wurden] intellektuelle und moralische Kraft zu ihren wesentlichen Werkzeugen. Die Außenpolitik war darauf angewiesen, Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken.“²⁵

Rathenau war dafür ein Vorreiter. Ihm gelang es, die verfestigten Fronten durch eingehende Verhandlungen und die Entpolitisierung der Reparationsfrage zumindest in Ansätzen zu durchbrechen; Gesprächs-, Kooperations- und bedingt auch Kompromissbereitschaft dort zu schaffen, wo bisher eine auf deutscher Seite eher auf Konfrontation gerichtete Außen-, Reparations- und Friedenspolitik gescheitert war. Auf der Suche nach Übereinstimmung von wirtschaftlichen Interessen, vorrangig mit Frankreich als dem Schlüssel für reparationspolitische Korrekturen des Versailler Vertrages, und unter dem Primat des Gewaltverzichts entwickelte er so Perspektiven für eine neue Friedenspolitik aber zugleich auch neue Optionen zur Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft und damit verbunden auch in die Völkergemeinschaft. Insofern schuf er mit „seine[r] eigenständigen politischen Gestaltungskraft“²⁶, die man bereits in seinem westorientierten außenpolitischen Denken der Vorkriegszeit erkennen kann, wichtige verständigungspolitische Voraussetzungen, auf die Stresemann als Außenminister aufbauen konnte.

Zeit, Umstände, das bereits vor seiner Amtszeit offenkundige Fehlen eines außen- und friedenspolitisch stringenten Konzepts der Regierung,

25 Zit. nach: Gregor Schöllgen: Walther Rathenau, Gustav Stresemann, Konrad Adenauer, Willy Brandt. Ansprache auf der Botschafterkonferenz anlässlich der Namensgebung der Konferenzräume des Auswärtigen Amtes, Berlin, 6. September 2006, S. 3 f.
<https://www.gregorschuellgen.de/media/archive1/artikel/Gregor_Schoellgen-Vortrag-Rathenau_Stresemann_Adenauer_Brandt.pdf> (19.2.2023).

26 Christian Schölzel: Walter Rathenau. Eine Biographie. Paderborn u.a. 2006, S. 370.

das Unterschätzen von innen- und gesellschaftspolitischem Druck sowohl in der Heimat als auch in den Ländern der ehemaligen Kriegsgegner waren jedoch Probleme, die seine Außenpolitik grundlegend erschwerten. Hinzu kamen eine gewisse Unkenntnis, ja fast Naivität, sowie eine gewisse Selbstüberschätzung und die mangelnde Kontrolle über die politische Eigendynamik und Aktivität in seinem Ministerium, die sich um Rathenau herum ausbildeten. Diese Gegebenheiten trugen nicht unmaßgeblich dazu bei, dass Rathenau seine Vorstellungen – wie etwa im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages – anpassen und damit von seiner originären Vision von einer nach Westen orientierten neuen Außenpolitik der kollektiven europäischen Sicherheits- und Verständigungspolitik hin zu einer nun zwangsläufig offensiveren Haltung, insbesondere gegenüber Russland, abweichen musste. Die Frage, welche weiteren Schritte er in der folgenden Zeit unternommen hätte, um den Pfad seiner Entspannungspolitik weiterzuführen, muss offenbleiben. Dass er den politischen Fortschritt des ihm an (real)politischer Erfahrung deutlich überlegenen Stresemann bei der Wiederannäherung an Frankreich, der Reduzierung der Reparationsforderung und damit der Wiedereingliederung Deutschlands in die Völkergemeinschaft²⁷ maßgeblich vorbereitete und sich bei seiner Entspannungspolitik als ein Vertreter des „kooperativen Revisionismus“ der Weimarer Republik erwies, steht dabei außer Frage. Insofern kann Rathenau – wie Wolfgang Michalka dies konstatiert – ebenso wie Matthias Erzberger nicht nur als ‚Wegbereiter der Entspannungspolitik‘, sondern vielmehr „als eigentlicher[r] Konstrukteur der Erfüllungspolitik gelten, die dann später durch Gustav Stresemann mit den Locarno-Verträgen ihre eigentliche Realisierung fand.“²⁸

27 So bekannte sich Rathenau noch wenige Tage vor seiner Ermordung gegenüber Gustav Radbruch am 19. Juni 1922 als „Anhänger des Völkerbunds“. Zeitpunkt und politische Erwägungen, die dazu führen sollten, waren noch nicht reif dafür. Siehe: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 2678. Noch im Oktober 1920 äußerte er sich gegenüber Frank E. Mason über den „Schutzmann“ Völkerbund skeptisch. Siehe dazu auch Harry Graf Kessler: Walther Rathenau. Sein Leben und Werk. Wiesbaden o.J. „Aber welche Rolle spielte, kann man fragen, für Rathenau in seinen Zukunftsplänen der bisher nicht erwähnte *Völkerbund*? Ich glaube, man muß hier unterscheiden. Als *Friedenssicherung* bei schweren Konflikten zwischen Großmächten vertraute er ihm in seiner jetzigen Form – in der ihm von Wilson gegebenen Gestalt eines Bundes souveräner Regierungen – nicht. Als *Treffpunkt der Außenminister aller Staaten*, zu dem er sich erst nach seinem Tode entwickelt hat, hätte er in ihm das wirksamste Instrument zur Wiederaufrichtung Deutschlands in seinem Sinne durch Verhandlungspolitik gesehen.“ <<https://www.projekt-gutenberg.org/kessler/rathenau/chap011.html>> (19.2.2023).

28 Wolfgang Michalka: Der Politiker. Rathenaus politische Karriere. In: Hense/Sabrow (Anm. 13), S. 77.

Krieg und Wiederaufbau – Rathenau als Krisenmanager und Wirtschaftssachverständiger

Das Kolloquium zur Liberalismus-Forschung 2022 über Leben, Wirken und Wirkung Walther Rathenaus fokussierte neben der Biographie Rathenaus in allen Sektionen die Geschichte des Liberalismus in der Weimarer Republik.¹ Damit wäre mit Blick auf die Kriegswirtschaft im vorliegenden Zusammenhang ein Akkord aus „organisiertem Kapitalismus“², organisiertem Liberalismus und der Persönlichkeit Walther Rathenaus intendiert, der aus wirtschaftshistorischer Perspektive kaum zu fassen ist. Einerseits schließen sich nämlich kriegswirtschaftlicher Kapitalismus und (wirtschafts-)liberale Vorstellungen gleichsam naturgesetzlich aus. An dem schwierigen Verhältnis Rathenaus zum organisierten Liberalismus hat sich andererseits bereits Jürgen Frölich dezidiert abgearbeitet und festgestellt, dass Rathenau nach den Maßstäben des Neoliberalen Friedrich August von Hayek sicherlich „kein lupenreiner Liberaler“ gewesen sei.³ Frölichs auf den ersten Blick verlegen-resümierende Bezeichnung Rathenaus als „Liberaler sui generis“ wird schließlich aber auch von anderen geteilt.⁴ Hayek hat Rathenau demgegenüber mit Blick auf die Wirkungsgeschichte seiner „Wirtschaftsanschauungen“ als „Rohstoffdiktator“ bezeichnet.⁵ Rathenau vielfältige wirtschaftspolitische Tätigkeit, die jener als unparteiisch bzw. überparteilich, als „Fachmann für die Lösung praktischer Probleme“, also gerade nicht als

1 Vgl. Walther Rathenau. Grenzgänger zwischen Kaiserreich und Republik. In: H-Soz-Kult, 19.10.2022, <<https://www.hsozkult.de/event/id/event-130424>> (8.2.2023).

2 Vgl. Gerald D. Feldman: Der deutsche Organisierte Kapitalismus während der Kriegs- und Inflationsjahre 1914–1923. In: Heinrich A. Winkler (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Göttingen 1974, S. 150–171.

3 Vgl. Jürgen Frölich: Der organisierte Liberalismus und Walther Rathenau. Neun Jahrzehnte einer schwierigen Beziehung. In: Karl-Heinz Hense/Martin Sabrow (Hrsg.): Leitbild oder Erinnerungsort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau. Berlin 2003, S. 15–30, hier S. 29.

4 Vgl. ebd., S. 30; Hans F. Loeffler: Walther Rathenau – ein Europäer im Kaiserreich. Berlin 1997, S. 125–139; in diesem Sinne aber auch Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. 2. Aufl. Göttingen/Zürich 1992, S. 48–52. Vgl. zu dieser Frage auch den Beitrag von Ewald Grothe in diesem Band.

5 Friedrich A. Hayek: Der Weg zur Knechtschaft. Reinbek/München 2014, S. 163 f.

Parteipolitiker, sondern als Sachverständiger oder Fachminister verstand,⁶ lässt Hayek dabei gänzlich außer Acht: neben Rathenaus Organisation und Leitung der Kriegsrohstoffabteilung (13. August 1914 bis 31. März 1915), dessen Tätigkeit in der zweiten Sozialisierungskommission (April 1920 bis 30. Mai 1921), als Kohlensachverständiger für die Konferenz von Spa (5. bis 9. Juli 1920), als Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates (23. Juli 1920 bis 24. Juni 1922), als Reichsminister für Wiederaufbau (18. Mai bis 25. Oktober 1921) sowie als Sonderbeauftragter, d.h. als außenpolitischer Kontaktmann zu den Westmächten, zudem die „halbamtliche[n] Fühlungen mit politischen und Finanzkreisen“ in London, mit Mitgliedern der Reparationskommission in Paris sowie die Leitung der deutschen Delegation auf der Konferenz in Cannes 1921/22.⁷

1. Gang der Untersuchung und Konzept zur Annäherung an Rathenau

Gegen die Beurteilung Hayeks, gegen die Annahme eines „Rohstoffdiktators“ in der Person Rathenaus ist einzuwenden, dass in Krisenzeiten, um die es hier gehen soll, nicht selten manche Ideologie über Bord geworfen werden muss. Das wurde der Öffentlichkeit angesichts des Krieges in der Ukraine gerade wieder durch den – der Sicherstellung von Gaslieferungen dienenden – Besuch des grünen Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, beim Emir von Katar in Erinnerung gerufen.⁸ Anders formuliert: „Ehe die Köpfe fallen, fallen die Grundsätze.“⁹ Wenn aber die Wirklichkeit mächtiger ist als Glaubenssätze dies sind, macht es durchaus Sinn, im hier zu betrachtenden Kontext Rathenaus sozial- und kulturphilosophische, damit aber auch seine parteipolitischen Weltanschauungen auszuklammern und sich mit Hilfe des bereits bei Hans Dieter Hellge anklingenden „wirtschaftszentrierten“ Konzepts Rathenau zu nähern. Hierbei ist die Feststellung Peter Berglars hilfreich, dass Einflüsse aus der praktischen wirtschaftlichen Erfahrung Rathenaus in seine

6 Vgl. Jörg Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau als Politiker der Weimarer Republik. Huum 2007, S. 16 und S. 138.

7 Vgl. ebd., S. 23–26; Peter Berglar: Walther Rathenau. Ein Leben zwischen Philosophie und Politik. Graz/Wien/Köln 1987, S. 240.

8 Vgl. „Ein Signal auch an Putin“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 67 vom 21. März 2022.

9 Berglar: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 230.

„theoretischen Schriften ein[flossen]; nicht umgekehrt.“¹⁰ In der Folge erscheint nicht nur die Persönlichkeit Rathenaus, sondern auch sein wirtschaftspolitisches Handeln sehr „viel weniger widersprüchlich, zerrissen und rätselhaft. [...] Die höhere Konsistenz einer Deutung aus einer einzigen gesellschaftlichen Position heraus [...] [gelingt] freilich nur dann, wenn man hauptsächlich sein aktives Handeln und die Schriften mit starkem Wirtschaftsbezug“ betrachtet.¹¹ Um zu einer sachgerechten Bewertung Rathenaus als Krisenmanager und Sachverständiger zu gelangen, soll deshalb im Folgenden Rathenaus Agieren angesichts der Rohstoffkrise zu Beginn des Ersten Weltkrieges, im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Demobilisierung und besonders mit Blick auf die aus dem Versailler Vertrag resultierenden Reparationsforderungen unter Zuhilfenahme dieses Konzeptes nachgezeichnet werden, um so die Gründe für Rathenaus Erfolge sowie Misserfolge analysieren zu können. Diesbezüglich markieren gerade auch dessen Erfahrungen in der zweiten Sozialisierungskommission sowie im vorläufigen Reichswirtschaftsrat eine wichtige Wegscheide – die folgende kurze Analyse der Tätigkeit in der Sozialisierungskommission mit Hilfe des wirtschaftszentrierten Konzepts soll somit gleichsam als ‚Test‘ für dessen Anwendbarkeit dienen.

Gegen den Abschlussbericht der ersten Sozialisierungskommission, der er nicht angehören durfte, weil er zu jener Zeit aufgrund eines Artikels in der Vossischen Zeitung vom 7. Oktober 1918 als „Kriegsverlängerer“ galt,¹² hat Rathenau noch öffentlich protestiert: „Er wollte seine ‚neue Wirtschaft‘ verwirklicht sehen, nicht eine vage sozialistische Rahmengesetzgebung.“¹³ Selbst als er Mitglied der zweiten, zunächst die Sozialisierung des Kohlenbergbaus und der Kali-Industrie erörternden Kommission geworden war, hoffte er anfangs immer noch, seine gemeinwirtschaftlichen Vorstellungen¹⁴ würden ihren Weg in ein reformiertes Kohlenwirtschaftsgesetz finden. Im Zusammenhang mit dem Scheitern der gemeinwirtschaftlichen Bewegung insgesamt, angetrieben vielleicht auch durch den geringen Einfluss des Beratungsgremiums, forderte er schließlich aber, in der Soziali-

10 Ebd., S. 223.

11 Hans Dieter Hellige: Vom Wirtschaftsorganisator zum Pionier einer „dauerhaften Wirtschaft“. Eine neue Sicht auf Walther Rathenaus Wirtschaftsauffassung. In: Mitteilungen der Walther Rathenau Gesellschaft, Nr. 8 (1998), S. 8–25, hier S. 8.

12 Vgl. Gerhard Hecker: Walther Rathenau und sein Verhältnis zu Militär und Krieg. Boppard am Rhein 1983, S. 471–473.

13 Christian Schölzel: Walther Rathenau. Eine Biographie. Paderborn/München/Wien/Zürich 2006, S. 283.

14 Zum Verständnis des Konzeptes Rathenaus von der Gemeinwirtschaft vgl. Hellige: Vom Wirtschaftsorganisator (wie Anm. 11), S. 10–18.

sierungskommission möge man die „Wirklichkeit zur Richtschnur seiner Veränderungsvorschläge“¹⁵ machen. Zu dieser Wirklichkeit gehörte die Befürchtung, die Alliierten könnten deutsches Staatseigentum – und damit sozialisierte Industrie – zur Tilgung der Kriegsschulden beschlagnahmen. Insofern votierte Rathenau jetzt deutlich für das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die hergebrachte kapitalistische Wirtschaftsweise. Nunmehr vertrat er den Standpunkt,

„daß wir heute in einer kapitalistischen Wirtschaft leben und daß es nicht unsere Aufgabe ist[,] einen einzelnen Betriebszweig so zu behandeln, als ob er in einer anderen Gesellschaft lebte, das heißt an ihm zu seinem Schaden, zu seinen Lasten Sozialisierungen vorzunehmen, die nicht mit dem allgemeinen Leben der Wirtschaft hinsichtlich der Gerechtigkeit der Prinzipien übereinstimmen.“¹⁶

Nach Ernst Schulin klang das „enttäuschend unsozialistisch“¹⁷. Der von Rathenau vorgelegte Sozialisierungsplan ist deshalb auch als „geschmeidig“, raffiniert und taktisch hinhaltend bezeichnet worden; diesem hätte eigentlich sowohl jeder Sozialist als auch jeder Schwerindustrielle zustimmen können.¹⁸ Die Sozialisierungskommission blieb dennoch uneinig; neben Rathenaus mäßigendem Vorschlag lag ein radikaler zur sofortigen vollen Verstaatlichung des Kohlebergbaus vor. Ohne die beiden divergierenden Vorschläge überhaupt ernsthaft zu würdigen, verwies die Reichsregierung diese an den als ihr Beratungsorgan fungierenden Reichswirtschaftsrat.¹⁹ Dort wiederum wurde die „ganze Frage [...] in Ausschüsse verwiesen, also vertagt“.²⁰ Es verwundert insofern nicht, dass der tatkräftige Rathenau hier ähnlich enttäuschende Erfahrungen machte wie in der Sozialisierungskommission; beide Gremien gelten in der historischen Forschung als „two uniquely ineffectual bodies with an increasing reputation for talking all proposals to death.“²¹ Rathenau blieb zwar formal deren Mitglied, zog sich aber bald von der aktiven Arbeit in der Sozialisierungskommission zurück, auch weil er sich als Minister für das Wiederaufbauministerium zur Verfügung stellte.²²

15 Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 295.

16 Zitiert nach Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 106.

17 Ebd.

18 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 87 f.

19 Zum vorläufigen Reichswirtschaftsrat vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 296 f.; Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 98–100.

20 Lothar Gall: Walther Rathenau. Portrait einer Epoche. München 2009, S. 221.

21 Gerald D. Feldman: The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914–1924. New York/Oxford 1997, S. 354.

22 Vgl. hierzu insgesamt Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 282–297.

In der folgenden Zeit lässt sich schließlich in Rathenaus realpolitischem Handeln der Stellenwert ablesen, den er dem Wirtschaftlichen beimaß. Er selbst hat es in einer Rede vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie in München 1921 so formuliert:

„Am 2. Oktober 1808 fand eine Besprechung der beiden größten Menschen ihrer Zeit, nämlich Napoleons und Goethes in Erfurt statt. Die beiden Männer sprachen über Dramatik. Es war die Rede von den Schicksalsdramen, die damals aufgekommen waren, und Napoleon sagte: ‚Was will man immer von dem Schicksal? Politik ist das Schicksal!‘ Dieses große Wort ist hundert Jahre lang wahr geblieben, es ist in den letzten Jahren der Kriegsentscheidung auf seinen Gipfel gestiegen, und es lastet mit seiner ganzen Schwere auf uns. Aber auch dieses Wort hat seine begrenzte Dauer. Es wird der Tag kommen, wo es sich wandelt, und wo das Wort lautet: Die Wirtschaft ist das Schicksal. Schon in wenigen Jahren wird die Welt erkennen, daß die Politik nicht das Letzte entscheidet.“²³

2. *Im Angesicht der Rohstoffkrise*

Dass die Wirtschaft das Schicksal ist und die Wirklichkeit zur Richtschnur von Rathenaus Tätigkeit werden sollte, zeigte bereits die Materialkrise in den ersten Wochen des Ersten Weltkrieges. War die Kriegsfinanzierung langjährig vorbereitet worden,²⁴ zeichnete sich der Ernährungs- und Rohstoffsektor durch „verhängnisvolle Unterlassungen“²⁵ aus, was sich spätestens angesichts der gegen das Reich verhängten alliierten See-, und das hieß: Handelsblockade als folgenreich erweisen musste. Eine von Rathenau als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung initiierte Umfrage unter den Lieferanten des Kriegsministeriums sollte als eine seiner ersten Amtshandlungen zu Tage fördern, dass die wenigsten kriegswichtigen Rohstoffe für ein Jahr zur Verfügung standen, für die meisten Rohstoffe war die Verfügbarkeit „erheblich geringer“.²⁶ Der im AEG-Kabelwerk Oberspree tätige, auf Kupfer angewiesene Ingenieur Wichard von Moellendorff machte Rathenau schon am 8. August 1914 in einem Brief auf dieses Problem aufmerksam, in dem

23 Rede auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Gehalten in München am 28. September 1921. In: Walther Rathenau: Gesammelte Reden. Berlin 1924, S. 264.

24 Vgl. Peter Czada: Ursachen und Folgen der großen Inflation. In: Harald Winkel (Hrsg.): Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit. Berlin 1973, S. 9–43, hier S. 12.

25 Hans-Georg Fernau: Die Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft in ihren historischen Wandlungen. Eschwege 1956, S. 39. Zitiert nach: Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 202.

26 Vgl. Walther Rathenau: Deutschlands Rohstoffversorgung. Vortrag, gehalten in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ am 20. Dezember 1915. In: Ders.: Gesammelte Schriften in fünf Bänden. Band 5. Berlin 1918, S. 30 f.

er zudem die staatliche Kontrolle des Rohstoffverbrauchs anregte. Es ist hier nicht der Platz, Rathenaus Überlegungen zur Rohstoffsicherung mittels Invasion im Westen auszuführen,²⁷ die – zumindest aus der historischen Perspektive – als zwiespältig²⁸ zu bewerten sind. Unstrittig jedenfalls führte der Moellendorffsche Brief durch Rathenaus maßgebliche Initiative schnell zu einer zentralisierten, reichsweiten Rohstoffbewirtschaftung unter dem Dach des preußischen Kriegsministeriums. Rathenau bekam – in einer dem Rang eines Generals entsprechenden Dienststellung²⁹ – zur Wahrung militärischer Formen gemeinsam mit Oberst Walter Oehme am 13. August 1914 vom preußischen Kriegsminister Erich von Falkenhayn die Leitung der Kriegsrohstoffabteilung (KRA) übertragen.³⁰ Der später von den beiden Initiatoren geführte ‚Urheberstreit‘ ist an dieser Stelle ebenfalls unerheblich, denn wenn auch der „Kerngedanke“ der Rohstoffbewirtschaftung von Moellendorff stammte, war nur Rathenau mit seiner Autorität, der zudem Zugang zu Kaiser und Regierung hatte, „in der Lage, über alle Ressorthindernisse hinweg den wirklichen Aufbau der deutschen Kriegswirtschaft in die Wege zu leiten.“³¹

Die Kriegsrohstoffabteilung entwickelte sich schnell zu einer obersten Reichsbehörde mit am Schluss gut 2.500 Mitarbeitern, der die Erfassung der Rohstoffbestände, deren Einkauf sowie die Schätzung des Bedarfs mit anschließender Zuweisung bzw. Verkauf vorhandener Rohstoffe nach kriegswirtschaftlichen Prioritäten zu festgesetzten Preisen oblag.³² Mit der Rohstoffbeschaffung aus neutralen Staaten und besetzten Gebieten sowie der Entwicklung und Produktion von Ersatzstoffen, darunter die Herstellung von Kunstfasern sowie die synthetische Herstellung von Stickstoff durch das Haber-Bosch-Verfahren, ging deren Tätigkeit allerdings schon

27 Vgl. hierzu Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 206.

28 Vgl. Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 68; Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 179–181.

29 Vgl. Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 214.

30 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 175 f.

31 Arthur Dix: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft. Zur Geschichte des deutschen Zusammenbruchs. Berlin 1920, S. 378.

32 Vgl. Rathenau: Deutschlands Rohstoffversorgung (wie Anm. 26), S. 23–58. Ein guter, kurzer Abriss zur KRA und den Kriegsgesellschaften findet sich bei Thomas Flemming/Bernd Ulrich: Heimatfront. Zwischen Kriegsbegeisterung und Hungersnot – wie die Deutschen den Ersten Weltkrieg erlebten. München 2014, S. 120–127; detailliert und differenziert dazu Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 218–237. Zur Organisation der Kriegswirtschaft im wirtschaftshistorischen Kontext Marcel Boldorf: Wirtschaftliche Organisation und Ordnungspolitik im Ersten Weltkrieg. In: Ders./Rainer Haus (Hrsg.): Die Ökonomie des Ersten Weltkriegs im Lichte der zeitgenössischen Kritik. Berlin/Boston 2016, S. 139–173, sowie ausführlicher: Marcel Boldorf: Ordnungspolitik und kriegswirtschaftliche Lenkung. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Berlin/Boston 2020, S. 23–65.

bald weit über die ursprüngliche Aufgabe hinaus. Das wird verständlich, wenn man sich klarmacht, dass zur Zeit des Ersten Weltkrieges die Herstellung von Munition auf einer Stickstoffverbindung beruhte. Da das Reich von entsprechenden Salpeter-Lieferungen aus Chile abgeschnitten war, wurde von Rathenau als Leiter der KRA deshalb auch umgehend der Bau neuer Chemiefabriken zur synthetischen Herstellung genehmigt.³³

Ansonsten wurden alle vorhandenen Rohstoffe insofern beschlagnahmt, als sie nur für die Kriegsproduktion Verwendung finden durften. Zur technischen Abwicklung von Ankauf und Verteilung sowie effizientem Einsatz der Rohstoffe agierten auf unterer Ebene „gemeinnützige“, de facto von allen großen Firmen einer Branche selbstverwaltete, jedoch nicht gewinnorientierte Kriegs(rohstoff)gesellschaften – eine originäre „Erfindung“ Rathenaus.³⁴ Die Kriegsgesellschaften waren, wie als bekannteste unter ihnen die Kriegsmetall AG, i.d.R. mit Kapital der Großindustrie ausgestattet und in der Rechtsform einer privatwirtschaftlichen Aktiengesellschaft organisiert. Ihnen stand ein staatlich bestellter Kommissar mit weitreichenden Lenkungsbefugnissen vor, neben dem wiederum eine von den Handelskammern oder mit Beamten besetzte Schätzungs- und Verteilungskommission wirkte. „Die Kriegsgesellschaften stellten sicher, daß die Rohstoffe vorhanden waren und richtig verteilt wurden. Jede Firma bekam genügend Rohstoffe, um ihre behördlichen Aufträge erfüllen zu können.“³⁵

Rathenau musste allerdings schon bald erleben, dass die privatwirtschaftliche Logik keineswegs mit kriegswirtschaftlicher Rationalität einherging und die in den Kriegsgesellschaften organisierten Großunternehmen das Gewinnstreben über den ansonsten wortgewaltig artikulierten Patriotismus stellten.³⁶ Die Tatsache, dass das Heer in weiten Teilen als einziger Nachfrager auftrat, musste bei gleichzeitiger Ressourcenknappheit so fast zwangsläufig zu auch spekulativ getriebenem, „chaotischem“ Preisanstieg führen. Zum Ärger der Industrie wurden deshalb auf Vorschlag Rathenaus Höchstpreise administrativ festgelegt, womit er „zwangsläufig tiefer als geplant“ in das Wirtschaftsleben eingriff und vor allem der wichtigen Kriegsmetall-Aktiengesellschaft (KMA) Preisfestsetzung und Rohstoffzuteilung

33 Vgl. Wolfgang Brenner: Walther Rathenau. Deutscher und Jude. München/Zürich 2005, S. 321 f.

34 Vgl. Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 222.

35 Brenner: Walther Rathenau (wie Anm. 33), S. 321. Vgl. auch Flemming/Ulrich: Heimatfront (wie Anm. 32), S. 125.

36 Vgl. Gerald D. Feldman: Die sozialen und politischen Grundlagen der wirtschaftlichen Mobilmachung 1914–1916. In: Ders.: Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914–1932. Göttingen 1984, S. 13–35, hier S. 21.

aus der Hand nahm. Gleichzeitig wuchsen damit Aufgabenkreis und Mitarbeiterstab der KRA, in der sich zudem die Tendenz zu stärkerer staatlicher Reglementierung durchzusetzen begann, was Rathenaus ursprünglichen Intentionen ebenfalls entgegen lief.³⁷ Insofern war es nur folgerichtig, dass er seine Tätigkeit als Leiter der KRA am 31. März 1915 beendete und Oberst Joseph Koeth sein Nachfolger wurde.³⁸ Hierzu mag allerdings auch noch die eine oder andere persönliche Kränkung beigetragen haben, wie die Bevorzugung Karl Helfferichs bei der Besetzung des Postens als Staatssekretär im Reichsschatzamt.³⁹

Rathenaus Biographen verweisen bei ihrer i.d.R. überschwänglichen Bewertung der Rohstofforganisation im Ersten Weltkrieg auf die Anerkennung, die ihm das Ausland dafür zollte. Die *New York Times* hielt Rathenaus Organisation demnach in einem Artikel vom 11. Oktober 1915 über „A Businessman and War“ für „eine der größten Ideen der modernen Zeiten“. Wenn „man an die Falkenhayns, die Hindenburgs, die Mackensens als die großen deutschen Soldaten denkt, muß eine Persönlichkeit ihnen zur Seite gestellt werden, der deutsche Geschäftsmann Dr. Walther Rathenau.“⁴⁰ Tatsächlich hatte eine deutsche Tageszeitung Rathenau zuvor bereits als den „wirtschaftlichen Generalstabschef hinter der Front“ bezeichnet.⁴¹ In England wurde die KRA demnach als Modell begriffen und kriegswichtige Industriezweige – „bei weitem nicht so intensiv und perfekt organisiert wie in Berlin“⁴² – in eine staatliche Planwirtschaft überführt, in Sowjetrußland reflektierte man erneut über den Staat als alleinigen Unternehmer. Im Zweiten Weltkrieg schließlich ließ sich Albert Speer als Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion von Rathenaus Rohstofforganisation inspirieren.⁴³ Zudem hätten – so Schulin – Rathenaus Vorstellungen Eingang in die Nationalökonomie gefunden,

37 Vgl. Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 231–235.

38 Vgl. Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 71 f.

39 Vgl. Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 260–268; Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 178 f.

40 Walther Rathenau: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin. München/Heidelberg 1977 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II), S. 561 f.

41 Vgl. Wolfgang Kruse: Kriegswirtschaft und Gesellschaftsvision. Walther Rathenau und die Organisation des Kapitalismus. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Walther Rathenau 1867–1922. Die Extreme berühren sich. Berlin o. J. [1994], S. 151–168, hier S. 151, ohne weitere Angaben zur Zeitung selbst.

42 Brenner: Walther Rathenau (wie Anm. 33), S. 324.

43 Vgl. Wolfgang Michalka: Mitteleuropa, Kriegsrohstoffversorgung und Von kommenden Dingen. Walther Rathenau im Ersten Weltkrieg. In: Ernst Schulin/Wolfgang Michalka: Walther Rathenau im Spiegel seines Moskauer Nachlasses. Heidelberg 1993, S. 23–37, hier S. 31.

„Johann Plenge und Edgar Jaffé, in geringerem Grade auch Werner Sombart und andere, hatten seit Kriegsbeginn [...] von einem Ende der bisherigen individualistischen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft gesprochen [...]. Wichard von Moellendorff [...] entwickelte sich zu einem leidenschaftlichen Ideologen antiliberaler, zentral dirigierter Wirtschaft.“⁴⁴

Gerald D. Feldman schließlich galt die Kriegsrohstoffabteilung „unbestritten“ als die „erfolgreichste Wirtschaftsorganisation, die während des Krieges in Deutschland geschaffen wurde“.⁴⁵ Zu dem Ergebnis, dass sich ökonomische Gesetzmäßigkeiten selbst durch die beste – und bestgemeinte! – Organisation nicht aushebeln lassen, kommt indessen, wer Rathenaus eigene Beurteilung mit der Realität abgleicht. Noch als Leiter der KRA meinte er: „Unsere Güter erzeugt das Inland und das Inland verzehrt sie, aus unseren Grenzen kommt nur das hinaus, was unsere Kanonen hinausschleudern [...]. Unsere Wirtschaft ist die geschlossene eines geschlossenen Handelsstaates.“⁴⁶ Durch Rathenaus „eindeutiges“ Bekenntnis zu wirtschaftlicher Liberalität jedoch, zu möglichst großer unternehmerischer Freiheit und zum Recht auf Gewinnerzielung, war es auch nach seinem Rückzug aus der KRA zu keiner weitergehenden Beschränkung der Eigentumsrechte oder zu umfangreicheren Zwangsmaßnahmen gekommen.⁴⁷ Und genau das führte nicht nur zu der bereits erwähnten Preisexplosion, vielmehr erwies sich bald auch die von den Kriegsgesellschaften

„zugesagte Kontrolle über die weitere Verwendung der Eisen- und Stahlimporte [...] als Illusion. Als Großbritannien 1916 die Stahlimporte an die neutralen Länder stark einschränkte, [...] stieg die Nachfrage nach deutschem Stahl. Deutsches Eisen gelangte [...] sogar nach Frankreich und Italien. Einige Stahlindustrielle zogen über das ganze Jahr 1916 hinweg den Außenhandel gegenüber dem Binnenabsatz vor.“⁴⁸

3. *Im Angesicht der drohenden Räterepublik*

Etwas mehr Erfolg war Rathenau im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Demobilisierung beschieden. Bereits in der Hochphase militärischer Auseinandersetzung und kriegswirtschaftlicher Umorientierung wurden

44 Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 74 f.

45 Gerald D. Feldman: *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918*. Berlin/Bonn 1985, S. 57. Ebenso auch Jürgen Kocka: *Kriegssozialismus? Unternehmer und Staat 1914–1918*. In: *Berlin und seine Wirtschaft. Ein Weg aus der Geschichte in die Zukunft – Lehren und Erkenntnisse –*, Hrsg. von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin. Berlin/New York 1987, S. 155–176, hier S. 160.

46 Zitiert nach Brenner: Walther Rathenau (wie Anm. 33), S. 325.

47 Vgl. Boldorf: *Wirtschaftliche Organisation und Ordnungspolitik* (wie Anm. 32), S. 143.

48 Ebd., S. 160 f.

seit Herbst 1916 im Reich auf verschiedenen Ebenen und unter Beteiligung der Industrie Überlegungen zur Gestaltung der Übergangswirtschaft und der Demobilmachung angestellt. Im Zentrum der Diskussionen stand das im Reichsamt des Inneren eingerichtete Reichskommissariat für Übergangswirtschaft, das den Plan einer „gemeinwirtschaftlichen“ Organisation der deutschen Wirtschaft verfolgte. Noch hoffte Rathenau – ebenso wie Wichard von Moellendorff – offensichtlich, in der Phase des Übergangs seine Vorstellungen von einer „neuen Wirtschaft“ verwirklichen zu können.⁴⁹ Doch soziale Frage und militärische Lage sollten diese Hoffnung bald schon zunichtemachen. Die seit Mitte 1917 maßgeblich durch Hans von Raumer, dem späteren Vorsitzenden des Zentralverbandes der elektrotechnischen Industrie, angestoßenen Überlegungen zur Befriedung der Konflikte zwischen Industrie und Arbeiterschaft mündeten nämlich direkt in das später tatsächlich realisierte Demobilisierungskonzept, das dann unter dem Eindruck der unmittelbar bevorstehenden militärischen Niederlage eine Destabilisierung der Wirtschaft verhinderte.⁵⁰ Es war schließlich auch die von Raumer maßgeblich mitinitiierte „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“ (ZAG), nach den autorisierten Verhandlungsführern auch als Stinnes-Legien-Abkommen bezeichnet, die auf Rathenaus Anregung hin Joseph Koeth, Rathenaus Nachfolger in der KRA, als Leiter der geplanten Demobilisierungsbehörde vorschlug.⁵¹

Angesichts der von der Dritten Obersten Heeresleitung Anfang Oktober 1918 eingestandenen Niederlage hatte Rathenau zunächst noch eine *levée en masse* gefordert, um in den bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen auf einen Versöhnungsfrieden hinarbeiten und die Demobilisierung besser organisieren zu können. Vor allem schlug er zur Verhinderung eines Umsturzes nach sowjetischem Vorbild eine abgestufte militärische Demobilisierung vor, um „erheblich bolschewisierte“ Teile der Soldaten noch eine Zeitlang unter Militärkommando in ländlichen Gebieten Arbeiten in der Landschaftspflege verrichten zu lassen. Wie groß seine Angst vor einem linksradikalen Umsturz gewesen sein muss, zeigt auch die Tat-

49 Vgl. Johannes Kleinsorg: Walther Rathenau – seine Rolle in der industriellen Gesellschaft und seine Beziehung zu ausgewählten Soziologen seiner Generation. Diss. Würzburg 1992, S. 117 f.

50 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 242–245.

51 Zur Zentralarbeitsgemeinschaft insgesamt vgl. Dieter Krüger: Das Stinnes-Legien-Abkommen 1918–1924. Voraussetzungen, Entstehung, Umsetzung und Bedeutung. Hrsg. von Gesamtmetall – Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V. Berlin 2018.

sache, dass Rathenau wie andere Industrielle schließlich die Freikorpsbewegung finanzieren half.⁵² Erst nach zwei Unterredungen mit dem preußischen Kriegsminister Heinrich Schöuch am 8. und 14. Oktober 1918 wurde Rathenau offensichtlich realistischer; anders als von Moellendorff knüpfte er von nun an die Organisation der Demobilmachung nicht mehr an die Verwirklichung seiner gesellschaftlichen Utopie.⁵³ Seine so ‚entschärften‘ persönlichen Vorstellungen waren mit dem Demobilmachungskonzept der ZAG kompatibel; jenes wurde von der ZAG der noch im Amt befindlichen kaiserlichen Regierung übermittelt, um anschließend durch Erlass des Rates der Volksbeauftragten umgesetzt zu werden. Für Rathenau war damit „der Parlamentarismus, der Verfassungsstaat geboren“;⁵⁴ vor allem aber wurde der politische Umsturz verhindert. Der Preis für die Unternehmerseite, für dessen Zahlung sich Rathenau uneingeschränkt eingesetzt hatte, bestand u.a. in der Garantie der Koalitionsfreiheit für die Gewerkschaften, in der Schaffung von Schlichtungsausschüssen in den Betrieben und in der Verpflichtung der Unternehmen, heimkehrende Soldaten in den Arbeitsprozess zu reintegrieren. „Wichtig war auch die von vielen Industriellen erst auf Rathenaus Drängen akzeptierte Einführung des Acht-Stunden-Tages“;⁵⁵ nach dessen Worten das „Ideal der organisierten Arbeiterschaft“.⁵⁶

Christian Schölzel spricht in seiner quellengesättigten Rathenau-Biographie von Rathenaus „situationsbedingter Suche“ zum Zeitpunkt des staatlichen Zusammenbruchs: „Angesichts der chaotischen Lage zu Kriegsende ging es ihm bei seinem Beitrag zum Zustandekommen von Demobilmachungsamt und ZAG kaum noch darum, seine philosophischen Entwürfe umzusetzen. Vielmehr reagierte er als Industrieller situativ innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Krisensituation“⁵⁷ – als Sachverständiger also, nicht mehr nur gegenüber dem gelähmten Reichsapparat, vielmehr auch innerhalb der ZAG. Das Ende des Weges vom „entschieden grundsatztreuen Programmatiker zum pragmatisch handelnden Politiker“⁵⁸ war damit bereits am Horizont erkennbar.

52 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walter Rathenau (wie Anm. 6), S. 44 und 69.

53 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 248.

54 Zitiert nach ebd.

55 Ebd., S. 249.

56 Kleinsorg: Walther Rathenau (wie Anm. 49), S. 120.

57 Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 250.

58 Gall: Walther Rathenau (wie Anm. 20), S. 228.

4. Die Quadratur des Kreises – im Angesicht der Reparationen

Um seine philosophischen Entwürfe, um eine „allgemeine Reform des gesamten deutschen Wirtschaftslebens“, ging es Rathenau auch als Wiederaufbauminister im ersten Kabinett Wirth nicht mehr,⁵⁹ wie er in seiner ersten Rede in dieser Funktion vor dem Reichstag am 2. Juni 1921 erklärte. Als Reichsminister für Wiederaufbau hatte sich Rathenau mit der Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen aus dem Versailler Vertrag zu beschäftigen, besonders mit den Sachlieferungen in die kriegszerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens. Mit der Problematik der Reparationen war er vorher schon in Berührung gekommen, beispielsweise als Kohlensachverständiger der Reichsregierung für die Konferenz von Spa. Zuvor hatte er sich als Mitglied der Sachverständigenkommission, die die deutschen Gegenvorschläge für die Londoner Konferenz ausarbeiten sollte, zudem vergeblich für eine Übertragung der alliierten Schulden in den USA auf das Deutsche Reich stark gemacht. Dadurch hätten sich die Staaten der Entente umgehend ihrer kriegsbedingten Schulden entledigt, während das Reich vergleichsweise niedrig verzinsten amerikanischen Anleihen hätte bedienen können. Der Vorschlag einer Transformation der Versailler Reparationspflicht einschließlich der damit verbundenen Sanktionsmöglichkeiten in ein privatrechtliches Schuldverhältnis war ein Coup zur Entpolitisierung der Reparationsfrage.⁶⁰ Rathenau war damit einer der wenigen Sachverständigen mit einem konsistenten Konzept zur Lösung der Reparationsfrage, das zudem voll und ganz auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft vertraute.⁶¹ Es sollte nicht sein einziger Vorschlag bleiben, um zu einer Verständigungspolitik zu gelangen.⁶²

Auch für den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens, zu dem der Versailler Vertrag das Deutsche Reich neben zunächst nicht genauer festgelegten Entschädigungszahlungen verpflichtete, verfolgte Rathenau ein ökonomisch fundiertes Konzept, um zu

59 Zitiert nach Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 111. In diesem Sinne auch Rathenau selbst: Walther Rathenau: Das Wiesbadener Abkommen. Rede am 9. November 1921 [im Reichswirtschaftsrat]. Mit einem einführenden Kommentar von Ursula Mader. Leipzig 2003, S. 25 und S. 48. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), ist – in diesem Fall nicht auf Akten gestützt – entgegengesetzter Meinung, beispielsweise auf S. 311 und S. 313.

60 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 127. Vgl. auch Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 307 f.

61 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 128. Zu vergleichbaren Vorstellungen, beispielsweise dem Seydoux-Plan, vgl. Peter Krüger: Die Außenpolitik der Republik von Weimar. Darmstadt, ²1993, S. 116–122.

62 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 309 f.

einer Verständigung mit den Alliierten zu gelangen. Letzteres schloss eventuelle Korrekturen im Friedensvertrag ebenso ein wie eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen.⁶³ Seine Vorschläge, die er Matthias Erzberger früh unterbreitete, beinhalteten sogar die Entsendung von arbeitsverpflichteten Arbeitskräften für die Aufbauarbeit in Frankreich.⁶⁴ Etwa zeitgleich hatten unter Rathenaus Beteiligung überdies erste Gespräche deutscher und französischer Industrieller hinsichtlich des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in Frankreich stattgefunden; aber im Reich war er als Kandidat für ein Ministeramt zur Umsetzung seiner Pläne zu dieser Zeit noch nicht durchsetzbar.⁶⁵

Nach seinem Amtsantritt als Reichsminister kam es dann aber umgehend zu ersten direkten ministeriellen Verhandlungen mit dem französischen Wiederaufbauminister und Elektroindustriellen Louis Loucheur. Ergebnis der zunächst geheimen Gespräche war das Wiesbadener Protokoll vom 6./7. Oktober 1921.⁶⁶ Die darin enthaltenen Absprachen sahen für die Dauer von vier Jahren privatwirtschaftliche Sachlieferungen im Wert von bis zu sieben Mrd. Goldmark vor, die zunächst nur zu 35 Prozent auf die Reparationsforderungen angerechnet werden sollten. Die sich daraus ergebenden deutschen Überschüsse sollten verzinst und ab 1926 von Frankreich entgolten werden, eine volle Anrechnung der Lieferungen auf dem Reparationskonto wurde für die Zeit ab 1936 in Aussicht gestellt. Die spätere Anrechnungsmöglichkeit ergab sich aus der Tatsache, dass Frankreich wegen seiner interalliierten Schulden nach wie vor auf eine Teilleistung in Devisen angewiesen war.⁶⁷ Rathenau sollte sich später im Reichswirtschaftsrat hierfür ausführlich rechtfertigen:

„Nun hätte ich sehr gewünscht, dass es möglich gewesen wäre, die Franzosen dazu zu veranlassen, diese Sachleistungen, die wir ihnen geben, sofort in vollem Umfange gutzuschreiben. Das war der einzige Punkt, bei dem ich meinerseits eine Konzession habe machen müssen. Ich beglückwünsche Sie, meine Herren, wenn

63 Vgl. Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 463 f.

64 Vgl. ebd., S. 464.

65 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 310 f.

66 Vgl. Der Reichsminister für Wiederaufbau an den Reichstag, G 3928/21, 10. Oktober 1921. Wiesbadener Protokoll vom 6. Oktober 1921, betreffend deutsche Sachlieferungen an Frankreich. In: Verhandlungen des Reichstags. 1. Wahlperiode 1920, Bd. 369. Anlagen zu den Stenographischen Berichten. Berlin 1924, Nr. 2792. Vgl. hierzu auch Dirk Hainbuch: Das Reichsministerium für Wiederaufbau 1919 bis 1924. Die Abwicklung des Ersten Weltkrieges: Reparationen, Kriegsschäden-Beseitigung, Opferentschädigung und der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Frankfurt am Main/Bern/Bruxelles u.a. 2016, S. 315–327.

67 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 319; Hentzschel-Frölings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 152.

es Ihnen im Leben möglich gewesen ist, Verträge ohne Konzession zu schließen. Ich habe bisher immer nur Verträge mit Gegenkonzession schließen können. Das ist der einzige Punkt, in dem wir eine Konzession haben machen müssen. Wir werden hintereinander sehen, ob diese Konzession so groß war, wie unsere Kritiker es hinstellen.

Es ist also tatsächlich von uns die Leistung übernommen worden, zur Wiederaufbautätigkeit beizutragen, allerdings gegen die Konzession einer gewissen Stundung. Diese Stundung war für Frankreich notwendig, weil sie [d.h. die Franzosen – d. Verf.] eine Anzahl an Barmitteln von uns zu bekommen haben. Ob sie diese bekommen werden, ist sehr zweifelhaft; denn das ist ganz klar, dass in zwei, drei Jahren die Reparationsforderungen, die man heute von uns erwartet, nicht geleistet sein werden – einfach, weil sie nicht geleistet werden können. [...] Aber gleichviel, sie sagten sich: Wenn wir den Wiederaufbau euch zur Verfügung stellen, so müssen wir von euch die Konzession haben, dass wir eine gewisse Stundung verlangen, denn wir sind nicht imstande, unsere ganzen Ansprüche mit einem Mal zu streichen. [...] Ich bin der Überzeugung, dass mein Gegenkontrahent Loucheur bei dieser Gelegenheit nicht daran gedacht hat, von uns noch erhebliche Geldleistungen zu bekommen, sondern dass er sich lediglich gedacht hat: Ich wünsche eine Anzahl von Sachleistungen zu bekommen und nicht in eine schwierige Abrechnung mit der Reparationskommission zu geraten, wenn ich in einem Jahre etwas zu viel erhalten habe.“⁶⁸

Das Wiesbadener Abkommen selbst war mit allerlei detailreichen Vorkehrungen versehen; zu seiner Umsetzung schuf das Reich eine privatrechtliche Körperschaft, über die die französischen Kriegsgeschädigten das benötigte Baumaterial direkt bei deutschen Produzenten bestellen konnten.⁶⁹ Frankreich hatte dafür zu sorgen, dass die Lieferungen ausschließlich für den Wiederaufbau verwendet wurden, die deutschen Lieferanten mussten anschließend von der deutschen Regierung in deutscher Währung entschädigt werden.⁷⁰ Vor allem aber entlastete die Vereinbarung das Reich für den fraglichen Zeitraum von Zahlungen in – dem Staat fehlenden⁷¹ – Devisen an Frankreich, und sie vermochte die deutsche Industrie wieder auf einem Auslandsmarkt einzuführen. Infolge des britischen Argwohns,⁷² Frankreich könne als Gläubiger bevorzugt bedient werden, schien sich sogar die endgültige Festsetzung der Reparationshöhe anzubahnen.⁷³

Ähnlich wie der Vorschlag Rathenaus zur Übertragung alliierter Schulden in den USA auf das Reich hätte auch die Kommerzialisierung der Reparationen nach dem Wiesbadener Protokoll zu einer Entpolitisierung

68 Rathenau: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 30 f.

69 Vgl. ebd., S. 31–46.

70 Vgl. Harry Graf Kessler: Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk. Wiesbaden 1962, S. 313; Hentzschel-Frölings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 154.

71 Vgl. Rathenau: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 26.

72 Vgl. Mader: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 18.

73 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 319.

der Reparationsfrage beitragen können.⁷⁴ Wegen der zunächst freiwilligen Zusatzleistungen wurde das Abkommen allerdings – wie die „Erfüllungs-politik“ allgemein – von konservativen Kreisen und der deutschen Schwer-industrie heftig kritisiert.⁷⁵ Dies offensichtlich aber auch, weil deutsche Industrielle den Export ihrer Güter über den freien Markt sowie den damit verbundenen Devisenrückfluss an die Privatwirtschaft bevorzugten, ohne dass dem Reich anschließend durch entsprechende Transaktionen Devisen in ausreichendem Umfang für Reparationszahlungen zur Verfügung gestellt worden wären – wie Rathenau selbst noch als Wiederaufbauminister hatte feststellen müssen.⁷⁶ Die französische Industrie wiederum fürchtete die deutsche Konkurrenz und wollte den aus ihrer Sicht ertragreichen Wiederaufbau selbst bewerkstelligen. Zudem sah man in Frankreich, dass mit dem Wiesbadener Abkommen „die Reparationsfrage als ‚Handhabe‘ zur Wiederaufnahme der Politik der Rheingrenze entwertet“ wurde.⁷⁷ Und selbst die Alliierte Reparationskommission war zunächst strikt gegen ein deutsch-französisches Abkommen, da sie ihre Rechte, die Reparationszahlungen zu regeln und zu kontrollieren, zumindest beschnitten sah.⁷⁸

Rathenau hatte aus Gründen der Staatsraison vor allem nach vertrauensbildenden Lösungsansätzen für die europäischen Nachkriegsprobleme gesucht. Mit Blick auf die wechselseitigen Abhängigkeiten der europäischen Volkswirtschaften war das Wiesbadener Abkommen für Rathenau insofern auch die Basis für weitere mögliche Übereinkünfte mit anderen Staaten, wobei er neben der Entente ausdrücklich an Exportvereinbarungen mit Sowjetrussland dachte.⁷⁹ Tatsächlich wurde das in Wiesbaden vereinbarte Modell der Reparationszahlungen mit dem Cuntze-Bemelmans-Abkommen vom 27. Februar 1922 auf weitere Siegerstaaten übertragen,⁸⁰ doch zu einer grundlegenden Lösung des Problems kam es nicht. Eine tragfähige technische Lösung des Reparationsproblems lag für Rathenau ohnehin nicht im Bereich des Möglichen:⁸¹ „Die Weltwirtschaft wird eines Tages

74 Vgl. Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 114.

75 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 155–171.

76 Vgl. Rathenau: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 26 und 35.

77 Hugo Ferdinand Simon: Reparation und Wiederaufbau. Berlin 1925, S. 121.

78 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 153.

79 Vgl. Mader: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 9 und S. 15.

80 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 320.

81 Vgl. Rede des Ministers des Äußern Dr. Rathenau. In: Stuttgarter Reden. Reden des Reichskanzlers Dr. Wirth und des Reichsministers Dr. Rathenau anlässlich des Besuchs bei der Württembergischen Staatsregierung am 9. Juni 1922. Berlin 1922, S. 19–29. Zu einzelnen Details vgl. Walther Rathenau: Cannes und Genua. Vier Reden zum Reparationsproblem. Berlin 1922.

das non possumus aussprechen, und diesen Moment werden wir erleben.“⁸² Rathenau war dementsprechend auch davon überzeugt, dass die restlose Erfüllung der Reparationsforderungen die Weltwirtschaft sehr viel mehr schädigen würde als das Reich selbst, was der britische Ökonom John Maynard Keynes schon früh erkannt und öffentlich bekundet hatte.⁸³ Dahingehend kam dem Wiesbadener Protokoll eine doppelte Funktion zu.

„Wenn der Plan sich als durchführbar erwies, sollte er den Wiederaufbau, aber auch den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern in schnellen Fluß bringen, die Stimmung verbessern, die Atmosphäre für weitere Verhandlungen und Verständigungen schaffen, die Mark vor weiterem Verfall sichern; wenn er aber undurchführbar war, weil Frankreich eine so große Warenmenge nicht aufnehmen konnte, dann war durch ein praktisches Experiment bewiesen, daß die von Deutschland einzutreibende Kriegsentschädigung nicht nur an der Leistungsfähigkeit Deutschlands, sondern auch an der Aufnahmefähigkeit der Alliierten eine Grenze hatte.“⁸⁴

Und genau in diesem Sinne erwies sich das Wiesbadener Abkommen tatsächlich als nicht umsetzbar, damit die Reparationsfrage als Ganzes nicht lösbar, so dass auch die eigentlich zur Lösung dieses Problems anberaumte Weltwirtschaftskonferenz in Genua im Jahr 1922 aus dem *circulus vitiosus* keinen Ausweg weisen sollte.⁸⁵

5. Epilog

Weil die französischen Wiederaufbauggebiete zu jener Zeit für französische Industrielle den ertragreichsten Markt darstellten, bewegten sich die im Reich abgerufenen Sachlieferungen in einer zu vernachlässigenden Größenordnung. Wenn von Frankreich etwa 1922 anstatt eines Milliarden-Volumens nur Sachlieferungen im Wert von 19 Mio. Goldmark angefordert wurden,⁸⁶ schied dieses Land demnach als „Ablagerungsstätte“ für Güter, als Kern einer ansatzweisen Lösung der Reparationsfrage, aus. Nach Rathenau war es nämlich erforderlich,

82 Die deutsche Industrie und die Wiedergutmachungsfrage. Bericht über die dritte Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (München, 27. bis 29. September 1921). Berlin 1921, S. 14.

83 Vgl. John Maynard Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. München/Leipzig 1920.

84 Kessler: Walther Rathenau (wie Anm. 70), S. 313 f.

85 Vgl. Berglar: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 242.

86 Vgl. Kessler: Walther Rathenau (wie Anm. 70), S. 314.

„für alle Lieferungen, die in Sachleistungen gemacht werden, Ablagerungsstätten zu finden, das heißt, diese Güter nicht auf den flottierenden Weltmarkt zu bringen, sondern an solche Stellen, wo sie nicht wieder hervorkommen, wo sie tatsächlich investiert werden und weder unseren eigenen Gütern noch auch den Gütern der Welt eine schwere Konkurrenz machen können.“⁸⁷

Eine mögliche weitere – Sachlieferungen für die Weltwirtschaft ‚neutralisierende‘ – Ablagerungsstätte sah Rathenau schließlich in Sowjetrussland. Ihm ging es in diesem Zusammenhang nun nicht (mehr) um eine deutsch-russische Übereinkunft als politisches Gegengewicht in der internationalen Mächtekonstellation oder um den Anschluss an seine zu Beginn des Krieges formulierten Vorstellungen einer mitteleuropäischen Zollunion.⁸⁸ Auch ging es jetzt nicht (mehr), wie während des Krieges, um ein gewinnträchtiges Absatzgebiet für die deutsche Industrie im Allgemeinen oder die elektrotechnische Industrie und der AEG im Besonderen. Sowjetrussland war für ihn nun ein „wirtschaftspolitisches Objekt“ besonderer Art geworden: „Deutsche Privatgesellschaften sollten ermuntert werden, die zusammengebrochene russische Industrie wiederaufzubauen; die Gewinne sollten direkt auf das englische Reparationskonto gezahlt werden.“⁸⁹ In diesem Sinne hatte Rathenau seinem Verhandlungspartner Loucheur in Wiesbaden mit der Gründung internationaler Konsortien sogar ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen in Sowjetrussland vorgeschlagen. Diesem erschien das dortige wirtschaftliche und politische Chaos indessen zu groß, als dass Russland wieder in die Weltwirtschaft hätte integriert werden können.⁹⁰

„Dieses Konzept, den Krieg zu liquidieren und die europäische Wirtschaft zu beleben mit dem Ziel, stabile politische Verhältnisse zu schaffen, konnte [...] über erste Ansätze (z.B. Wiesbadener Abkommen 1921) hinaus, nicht realisiert werden. Auch Rathenaus Plan, das wirtschaftlich und politisch isolierte Rußland dem europäischen Markt zu öffnen und als unverzichtbaren Partner für eine stabile, weil kollektiv garantierte Friedensordnung zu gewinnen, mißlang. Der in Rapallo beschlossene deutsch-russische Alleingang war ein Notbehelf und entsprach keineswegs Rathenaus Vorstellungen.“⁹¹

Rathenau blieb zunächst noch aktiv an der Planung eines internationalen Konsortiums zum Wiederaufbau Russlands, folglich ebenso an Plänen zur Nutzung des russischen Absatzgebietes, beteiligt – auch nach seinem

87 Rathenau: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 28.

88 Vgl. hierzu ausführlich Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 182–188.

89 Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 114.

90 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 149 f.

91 Michalka: Mitteleuropa, Kriegsrohstoffversorgung (wie Anm. 43), S. 27.

Rücktritt als Wiederaufbauminister.⁹² Infolge der Entscheidung zur Teilung Oberschlesiens trat nämlich das erste Kabinett Wirth mit Rathenau am 25. Oktober 1921 zurück. Christian Schölzel führt die Demission Rathenaus jedoch sowohl auf den zunehmenden Entzug industrieller Unterstützung infolge des Wiesbadener Abkommens, als auch auf dessen Mitwirkung an Planungen für eine staatliche Reparationsanleihe auf das private Industrievermögen zurück.

„Durch eine Zwangsbeteiligung des Fiskus an der Industrie beziehungsweise eine Anleihe auf das Anlagevermögen der deutschen Unternehmen würde der Staat neue Sicherheiten zur Tilgung der Reparationsschuld erhalten. Zudem sollten neue Steuern erhoben werden. Eine Reihe von Industrievertretern sperrte sich gegen diese Maßnahmen, da sie etatistische Eingriffe in das Privateigentum – möglicherweise unter Mitwirkung der Alliierten – ablehnten und nicht in den befürchteten Staatsbankrott hineingezogen werden wollten.“⁹³

Ohne parteipolitische Hausmacht war Rathenau als situativer Krisenmanager und Wirtschaftssachverständiger somit immer nur so weit erfolgreich, wie es die Großindustrie als Machtfaktor im staatlichen Gefüge zuließ.⁹⁴ Unter diesen Bedingungen konnte die Organisation der Kriegswirtschaft nach Rathenaus Vorstellungen zunächst gelingen, ebenso wie die wirtschaftliche Demobilmachung mit dem Zugeständnis des Achtstundentages an die Arbeiterschaft unter seiner maßgeblichen Beteiligung die frühe Republik zu stabilisieren vermochte. Überraschende, weil visionäre und zugleich realwirtschaftlich umsetzbare Vorstellungen entwickelte er zur partiellen Lösung und vor allem zur politischen Entschärfung der Reparationsfrage. Einmal, indem er vorschlug, die alliierten Schulden in den USA zwecks Entpolitisierung auf das Reich zu übertragen; zum Zweiten, indem nach seinen Vorstellungen mit Sachlieferungen für den französischen Wiederaufbau wahlweise die Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches (für innenpolitische Zwecke) oder aber (im Verhältnis zu den Alliierten) die fehlende Aufnahmefähigkeit der internationalen Märkte für deutsche Waren hätte bewiesen werden können; und zum Dritten, weil mit den von ihm avisierten Gewinnen der deutschen Industrie aus dem Wiederaufbau Sowjetrusslands englische Reparationsforderungen hätten beglichen werden können.

92 Vgl. Boris Grekow: „Rußland ist unser künftiges Absatzgebiet“. Walther Rathenau und Rußland zwischen 1914 und 1922. In: Wilderrotter: *Die Extreme* berühren sich (wie Anm. 41), S. 203–208, hier S. 207.

93 Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 322.

94 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 30; dazu auch Sebastian Teupe: *Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923*. Frankfurt/New York 2022, S. 120.

Rathenaus visionären Plänen setzte die Großindustrie jedoch ihr Veto entgegen. Der Stinnes-Biograph Peter Wulf stellt dazu fest, Rathenau habe auf die Zukunft gesetzt, während die Schwerindustrie „der Konfrontation der Vergangenheit verhaftet“ geblieben sei.⁹⁵ Wenngleich die neuere Forschung das Verhalten der Schwerindustriellen im Allgemeinen und Hugo Stinnes’ im Besonderen differenzierter betrachtet,⁹⁶ übersahen diese doch offensichtlich das Geniale des Wiesbadener Protokolls: Dass nämlich am französischen Beispiel die fehlende Aufnahmefähigkeit der internationalen Märkte für deutsche Waren – als Voraussetzung für den in Devisen zu erbringenden Reparationsdienst – bewiesen werden konnte. Dem Land, dem er mit dieser überragenden Strategie hatte dienen wollen und zu dessen Gunsten er die weitere Verfolgung seiner wirtschaftsphilosophischen Utopie unterordnete, wäre Einiges erspart geblieben, hätte er nicht – wie er selbst bereits Ende des Jahres 1918 einmal feststellte – „stets das Unglück [gehabt], daß seine Meinungen für die Allgemeinheit immer etwas zu früh“⁹⁷ kamen – was diese ihm ganz offensichtlich übel nahm.

95 Vgl. Peter Wulf: Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924. Stuttgart 1979, S. 321.

96 Vgl. Teupe: Zeit des Geldes (wie Anm. 94), S. 119 f.

97 Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 465, offensichtlich mit Bezug auf einen in der Bergisch-Märkischen Zeitung erschienenen Artikel mit dem Titel „Richard Wagner und der Krieg“.

Walther Rathenau – ein erfolgreicher Unternehmer?

I. Forschungsstand und Definitionen

Die Frage nach der Bedeutung von Walther Rathenau als Unternehmer ist keineswegs neu. James Joll hat auf einer Tagung im Jahr 1979 darüber nachgedacht, ob sein Protagonist nun eher ein Intellektueller oder ein Industrieller gewesen sei. Zwar behandelte der britische Historiker die industrielle Tätigkeit nur knapp, war sich aber abschließend sicher, dass Rathenau „ein erfolgreicher Industrieller war, der sich für einen Intellektuellen hielt“.¹ In diesem Spannungsverhältnis bewegen sich bis heute die meisten Biographien sowohl älteren wie jüngeren Datums, die alle eher die kulturell-geistigen Aspekte der Rathenau-Vita in den Vordergrund stellen. Sie verweisen auf die Selbstinszenierungen und natürlich auch auf das tragische Schicksal ihres Protagonisten. Sie zeichnen fast immer, wie Lothar Gall es in seiner Lebensbeschreibung getan hat, Rathenau als „Symbolfigur und als Repräsentant der Ambivalenzen einer ganzen Auf- und Umbruchsepoche“² und bewerten ihn zugleich als Grenzgänger, der in allen Lagern als Außenseiter galt und „nicht wirklich dazugehörte“³. Zwar ist schon auf den ersten Blick ersichtlich, dass Rathenau nicht der typische Industrielle der Wilhelminischen Zeit war, denn als „Wirtschaftsdenker“ war er „nicht der vitale Gründer-Typ“, der für das späte 19. Jahrhundert prägend war.⁴ Für Ernst Schulin glich er weniger dem „älteren Typus des Unternehmers“ als dem „modernen Top-Manager“.⁵ Hartmut Pogge von Strandmann be-

- 1 James Joll: Walther Rathenau – Intellektueller oder Industrieller. In: Bernd Hüppauf (Hrsg.): Expressionismus und Kulturkrise. Heidelberg 1983, S. 159–181, hier S. 181.
- 2 Lothar Gall: Walther Rathenau. Portrait einer Epoche. München 2009, S. 10. Ähnlich mit Blick auf Rathenaus industrielle Karriere Shulamit Volkov: Walther Rathenau. Weimar's Fallen Statesman. New Haven/London 2012, bes. S. 35–40. Vgl. auch Markus Krajewski: Restlosigkeit. Weltprojekte um 1900. Frankfurt am Main 2006.
- 3 Gall: Walther Rathenau (wie Anm. 2), S. 249.
- 4 Peter Berglar: Walther Rathenau, Ein Leben zwischen Philosophie und Politik. Graz/Wien/Köln 1987, S. 43 und 45. Ähnlich Christian Schölzel: Walther Rathenau. Industrieller, Schriftsteller, Politiker. Tübingen 2003; ders.: Walther Rathenau. Eine Biographie. Paderborn u. a. 2006.
- 5 Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. Göttingen/Zürich/Frankfurt 1979, S. 36.

tont die industriellen Leistungen Rathenaus, der geradezu als „Hochmeister des Kapitalismus“ erscheint.⁶ Neben heroisierenden Porträts⁷ stehen die Darstellungen von Thomas P. Hughes, der ihn zwischen Staats- und Privatwirtschaft ansiedelt und ihm als „Ingenieur, Industrietheoretiker und „system builder““ eine besondere Bedeutung zukommen lässt.⁸

Die häufigen Verweise auf Rathenaus Ambiguität sind zwar allesamt plausibel, helfen für den Blick auf Rathenaus Unternehmertum aber nicht weiter. Die rund 170 Veröffentlichungen Rathenaus und die unzähligen Briefwechsel, die nur selten genuin unternehmerische Fragen streiften, dafür aber literarisch so gut wie alle kulturell-politischen Sujets des Wilhelminischen Reichs abdeckten, bieten leider kaum Raum für tiefgreifende Neuentdeckungen hinsichtlich seiner industriellen Tätigkeit. Für das Tagesgeschäft zeigte Rathenau, der für Bilanzen und Statistiken wenig übrig hatte, in seinem Schriftgut kaum Interesse. Es ist daher kein Zufall, dass seine industrielle Karriere unterbelichtet ist. Daraus erklärt sich der auffällige Befund, dass Rathenau eher als Kulturmensch in der „Moderne“⁹ betrachtet und analysiert wird, während sich Wirtschaftshistoriker, wenn überhaupt, am ehesten mit Rathenaus Kriegerrohstoffgesellschaften beschäftigen.

Dieses Desinteresse war schon zu Rathenaus Lebzeiten zu erkennen. Der bedeutende Wirtschaftsjournalist Felix Pinner widmete dem Vater Emil Rathenau 1918 ein umfassendes Werk. Angesichts Pinner's Heroisierung des AEG-Gründers konnte die Lebensleistung des Sohnes nur abfallen.¹⁰ Dieser erschien geradezu als Epigone, der nur noch das bewahrte, was sein Vater bereits erschaffen hatte, was sich auch beim Rathenau-Biographen Harry Graf Kessler wiederfand, der Rathenaus Entwicklungsgang mit zunehmender Antipathie verfolgte und ihn als „Kommunist[en] im Damstessel“ kritisierte: „Rathenau doziert das alles in selbstsicheren, langen,

6 Hartmut Pogge von Strandmann: Hochmeister des Kapitalismus. Walther Rathenau als Industrieorganisator, Politiker und Schriftsteller. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867–1922. Berlin 1994, S. 33–44. Ähnlich bereits ders.: Introduction: Walther Rathenau. A Biographical Sketch. In: Ders. (Hrsg.): Walther Rathenau. Industrialist, Banker, Intellectual, and Politician. Notes and Diaries 1907–1922. Oxford 1985, S. 1–26, hier S. 26.

7 Peter Strunk: Die Karriere Walther Rathenaus in der AEG. In: Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich (wie Anm. 6), S. 45–54.

8 Thomas P. Hughes: Walther Rathenau: „system builder“. In: Ders. u. a. (Hrsg.): Ein Mann vieler Eigenschaften. Walther Rathenau und die Kultur der Moderne. Berlin 1990, S. 9–31, hier S. 10 f.

9 Dieter Heimböckel: Walther Rathenau, das Netzwerk und die Moderne. Einführung. In: Sven Brömsel/Patrick Küppers/Clemens Reichhold (Hrsg.): Walther Rathenau im Netzwerk der Moderne. Berlin/Boston 2014, S. 5–13.

10 Felix Pinner: Emil Rathenau und das elektrische Zeitalter. Berlin 1918.

Reden, die selbst das Richtige falsch beleuchten.“¹¹ Diese Sichtweise passte zum Bild, das ein anderer Weggefährte, Hugo von Hofmannsthal, von Rathenau gezeichnet hatte: Dieser sei „eine Art von Nichts“ und „ein Gebilde aus lauter Pose, an das sich nirgends irgendeine wirkliche Beziehung knüpfen lasse“.¹² Selbst sein Freund Alfred Kerr sprach von Rathenau als einem „Diogenes der Großindustrie“, was ein für einen Industriellen durchaus zweifelhaftes Lob war.¹³ Walther Rathenau ließ sich sogar in das gängige Narrativ des „Buddenbrooks-Effekts“ einpassen, wonach entsprechend dem Motto „Der Vater erstellt’s, der Sohn erhält’s, beim Enkel zerfällt’s“, die unternehmerischen Kräfte einer Familie in der Generationenfolge erlahmen.¹⁴ Der in seiner Bedeutung als erster maßgeblicher Rathenau-Biograph kaum zu unterschätzende Harry Graf Kessler führte weitere Gründe an, warum Rathenau gerade in den Fachkreisen seiner Standesgenossen mit Geringschätzung und sogar Aversion begegnet wurde: Es sei als ärgerlich empfunden worden,

„daß ein Mann mit achtzig Aufsichtsratsposten auch noch Bücher schreibt. Man findet ihn komisch, daß er als Geschäftsmann die Geburt der Seele predigt; kompromittierend, daß er als Reicher den Luxus angreift; empörend, daß er zur gleichen Zeit eine Villa im Grunewald baut. [...] Doch das wären alles kleine Sünden, über die man lachen könnte. Unverzeihlich aber, wenn nicht pathologisch, ist, daß er als Großindustrieller für die Verstaatlichung industrieller Monopole, die Abschaffung des Erbrechts, die Wegsteuerung des Reichtums, die Befreiung des

- 11 Zitiert nach Harry Graf Kessler: Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk. Mit einem Nachwort und Anmerkungen versehen von Cornelia Blasberg. Frankfurt am Main 1988, S. 359. Die „offizielle“ Rathenau-Biographie sollte zunächst von Stefan Zweig geschrieben werden, dann beauftragte seine Mutter jedoch Harry Graf Kessler, um eine möglicherweise drohende Trübung des Heldenbildes zu vermeiden. Zweig, der Rathenau schon 1912 ein „amphibisches Wesen“ genannt hatte, hätte diesen Mythos möglicherweise auch mit Blick auf die unternehmerischen Leistungen Rathenaus zerstört. Aber auch Kessler war, wie seine 1928 erschienene Darstellung zeigte, kein unkritischer Rathenau-Verehrer. Vgl. Peter Grupp: Distanz und Nähe. Harry Graf Kessler als Biograph Walther Rathenaus. In: Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich (wie Anm. 6), S. 109–116, bes. S. 112.
- 12 Hugo von Hofmannsthal wird zitiert nach Volkov: Rathenau (wie Anm. 2), S. 37.
- 13 Alfred Kerr: Walther Rathenau. Erinnerungen eines Freundes. Amsterdam 1935, S. 27.
- 14 Kim Christian Priemel: Heldenepos und bürgerliches Trauerspiel. Unternehmensgeschichte im generationellen Paradigma. In: Björn Bohnenkamp/Till Manning/Eva-Maria Sillies (Hrsg.): Generation als Erzählung. Neue Perspektiven auf ein kulturelles Deutungsmuster. Göttingen 2009, S. 107–128, hier S. 108 f., sowie Dirk Schumann: Buddenbrooks Revisited. The firm and the entrepreneurial family in Germany during the 19th and early 20th centuries. In: Paul L. Robertson (Hrsg.): Authority and control in modern industry. Theoretical and empirical perspectives. London 1999, S. 221–239, bes. S. 223 f., sowie Björn Bohnenkamp/Till Manning/Eva-Maria Sillies (Hrsg.): Generation als Erzählung. Neue Perspektiven auf ein kulturelles Deutungsmuster. Göttingen 2009. Vgl. auch Horst Altbach/Werner Freund: Generationswechsel und Unternehmerkontinuität – Chancen, Risiken, Maßnahmen. Gütersloh 1989, S. 263.

Proletariats, die klassenlose Gesellschaft und andere rote Unmöglichkeiten eintritt; das stempelt ihn zu einem gefährlichen Subjekt, gegen das jedes Mittel recht ist.“¹⁵

Dabei hat sich Rathenau vehement gegen den Vorwurf gewehrt, seine industrielle Tätigkeit sei eine „Scheinarbeit“ gewesen.¹⁶ In der ihm typischen Art, von außen auf sich selbst zu blicken, hat er 1919 in einer Verteidigungsschrift wortreich zahlreiche Vorwürfe zusammengefasst, er lehre „Weltflucht und Entbehrung“, lebe aber selbst im Überfluss und nutze die bevorzugte Stellung, die ihm sein Vater ermöglicht habe. Er wandte sich zugleich gegen die Angriffe aus dem Unternehmerlager: „Mächtige Verbände und Vereine der Industrie und des Handels glaubten ihre Interessensgebiete verletzt, ein gewaltiger Aufwand an Geld und Arbeit setzte ein, um durch Pressefeldzüge, Wanderredner, politische Agitation und massenhafte Druckschriften meine gefährlich erachteten Gedanken zu bekämpfen.“¹⁷

Im Folgenden soll zunächst ein Blick auf die Rolle und Funktion der Unternehmer in jenen Jahrzehnten geworfen werden, in denen Rathenau seine Aktivitäten entfaltete. Anschließend soll Rathenaus eigene Tätigkeit als Industrieller vorgestellt und analysiert werden, bevor seine Hinwendung zur Publizistik erörtert wird. Mit der Darstellung seines Abschieds aus der aktiven industriellen Tätigkeit wird es abschließend auch möglich sein, eine Bilanz seines unternehmerischen Schaffens zu ziehen.

II. Unternehmertum zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Was machte einen Unternehmer im Deutschland um 1900 aus? Zum Unternehmer-Sein gehörten, nach einer klassisch gewordenen Definition Thomas Nipperdeys, „zweckrationales kalkuliertes Handeln und Weitblick, Dynamik, Sinn für Innovation, Risikobereitschaft, Fleiß und Nüchternheit, ein ausreichendes Wissen und das Erkennen und Ergreifen unternehmerischer Gelegenheiten, gehörte Kapital (oder der Zugang dazu) und eine Portion Chancenglück“¹⁸. Diese Unternehmer, so unterschiedlich ihre Charaktere auch sein mochten, unterlagen einem gleichsam eingebauten „Drang

15 Kessler: Rathenau (wie Anm. 11), S. 132 f.

16 Walther Rathenau: Kritik der dreifachen Revolution. Apologie. Berlin 1919, S. 83.

17 Ebd., S. 72.

18 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist. München 1993, S. 251. Zur Problematik einer Definition des „Unternehmers“ bereits Jürgen Kocka: Unternehmer in der deutschen Industrialisierung. Göttingen 1975, bes. S. 13 f.; Benno Biermann: Die soziale Struktur der Unternehmerschaft. Stuttgart 1971, bes. S. 165–180.

zur Expansion, zur Verbesserung, zur Rationalisierung, zum ‚Fortschritt‘.¹⁹ In der klassischen Typologie Joseph Schumpeters waren sie „Fabrikherren“, für die lebenslang beibehaltene Werte und Verhaltensmuster charakteristisch waren, nämlich „Pflichterfüllung und Verantwortungsbewusstsein, Ordnung und Disziplin, Leistungsbereitschaft und die Hochschätzung selbstständiger Arbeit.“²⁰ Dieser Unternehmertypus, der auch von Werner Sombart ähnlich gezeichnet worden ist,²¹ stand gleichsam emblematisch für die vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten in einem aufstrebenden Industriestaat, in dem sich Elemente von Tradition und Moderne, Fortschrittsglauben und Kulturpessimismus oftmals kaum entwirrbar durchmischten.²² Mit der Tendenz zur Öffnung und Entgrenzung und der „Vision einer globalen Friedensordnung, eines unbeschränkten Welthandels und grenzenloser Mobilität“²³ wurden Kaufleute die wichtigsten Akteure bei der Verflechtung der Weltmärkte. Indem sie sich den veränderten Umständen anpassten und zugleich mitgestalteten, verknüpften sie entfernte Märkte, verbanden unterschiedliche Produktionsregime miteinander und trugen zum Aufbau eines grenzüberschreitenden Geschäftsrechts bei.²⁴ Der Handel, sei es per Bahn oder Schiff, auch neue Kommunikationsmöglichkeiten wie der Telegraph, schließlich die zunehmenden Gelegenheiten für Reisen und gesellschaftlichen Austausch ließen die Welt näher aneinanderrücken.²⁵ Arbeitsethos sowie eine rationale Buchführung und Betriebsorganisation waren Wesensmerkmale dieses modernen „Wirtschaftsmenschen“.

19 Vgl. Kocka: Unternehmer (wie Anm. 18), S. 93.

20 Vgl. hierzu Michael Schäfer: Familienunternehmen und Unternehmerfamilien. Zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der sächsischen Unternehmer 1850–1940. München 2007, S. 63 f.; Jürgen Kocka, Familie, Unternehmer und Kapitalismus. In: Heinz Reif (Hrsg.): Die Familie in der Geschichte. Göttingen 1982, S. 163–186, hier S. 164.

21 Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus. Bd. 3: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. Erster Halbband: Die Grundlagen – Der Aufbau (1927). Neudruck Berlin 1986, S. 17.

22 Hartmut Kaelble: Sozialer Aufstieg in Deutschland, 1850–1914. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 60 (1973), S. 41–71, bes. S. 51–53; Volker R. Berghahn: Elitenforschung und Unternehmensgeschichte – Rückblick und Ausblick. In: Ders./Stefan Unger/Dieter Ziegler (Hrsg.): Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Essen 2003, S. 11–29, bes. S. 11 f.

23 Dominik Geppert: Die europäischen Liberalen und der Erste Weltkrieg. Umriss eines Forschungsproblems. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 26 (2014), S. 9–25, hier S. 17.

24 Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München 2009, S. 1031; Emily S. Rosenberg: Transnationale Strömungen in einer Welt, die zusammenrückt. In: Dies. (Hrsg.): 1870–1945. Weltmärkte und Weltkriege. München 2012, S. 813–998; Cornelius Torp: Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914. Göttingen 2005; Jens Jäger: Das vernetzte Kaiserreich. Die Anfänge von Modernisierung und Globalisierung in Deutschland. Frankfurt am Main 2020.

25 Martin H. Geyer (Hrsg.): The Mechanics of Internationalism. Culture, Society, and Politics, from the 1840s to the First World War. Oxford u. a. 2001.

bei dem „absolute und bewusste Rücksichtslosigkeit des Gewinnstrebens“ in ethischer Hinsicht an „strengste Traditionsgebundenheit“ gekoppelt war.²⁶ Ein paternalistischer Führungsstil entsprach den Tendenzen der Zeit, wobei die Bandbreite vom gutmütig-einvernehmlichen Verhältnis bis zur verbreiteten „Herr-im-Haus“-Mentalität reichte: Omnipräsenz, Allgewalt und Charisma, persönlicher Führungsstil, Fürsorge, geringe Delegation von Führungsaufgaben, geringe Transparenz von Entscheidungsabläufen, ein charakteristisches Misstrauen gegenüber familienfremden Spezialisten sowie ein vertrauensvolles und loyales Verhältnis zwischen Geschäftsführung und Beschäftigten sowie Familie und Unternehmen gehörten zusammen.²⁷ Obwohl die Forderung nach Lösung der jahrzehntealten „Sozialen Frage“ inzwischen zum Allgemeingut gehörte²⁸ und die Vorschläge von Gustav Schmoller, Friedrich Naumann und den „Kathedersozialisten“ lebhaft diskutiert wurden, blieben Diskussionen über Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz, Löhne, Aussperrungs- und Streikfragen trotz aller graduellen Verbesserungen an der Tagesordnung; das Kardinalproblem der Integration und politischen Gleichstellung der Arbeiterschaft blieb ungelöst.²⁹

Zugleich waren Firmeninhaber, wenn sie im harten Wettbewerb überleben wollten, gezwungen, Leitungsfunktionen in ihren immer komplexer strukturierten Unternehmen zu delegieren. Nach Alfred D. Chandlers – allerdings stark auf die USA bezogenen – Analyse entwickelten sich die bislang paternalistisch geführten Eigentümerunternehmen mit wachsender Größe und Kapitalbedarf aus betriebsorganisatorischen Gründen in Richtung Managerunternehmen mit professionell ausgebildeten angestellten Unternehmensleitern.³⁰ Um die Jahrhundertwende waren Mischformen be-

- 26 Max Weber: Die protestantische Ethik I. Eine Aufsatzsammlung. Hrsg. von Johannes Winkelmann. 5. Aufl. Gütersloh 1979, S. 48.
- 27 Hartmut Berghoff: Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. Industrieller Paternalismus. Hohner von 1857–1918. In: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), S. 167–204, bes. S. 168–173; Susanne Hilger/Ulrich S. Soénius (Hrsg.): *Familienunternehmen im Rheinland im 19. und 20. Jahrhundert. Netzwerke – Nachfolge – Soziales Kapital*. Köln 2009.
- 28 Lujo Brentano: Der Unternehmer. Vortrag gehalten am 3. Januar 1907 in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin. Berlin 1907.
- 29 Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde: *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*. Bonn 1992, S. 838; Volker Berghahn: *Das Kaiserreich 1871–1914. Industriegesellschaft, bürgerliche Kultur und autoritärer Staat*. Stuttgart 2003, S. 198.
- 30 Alfred D. Chandler Jr.: *Scale and Scope. The Dynamics of Industrial Capitalism*. Cambridge (MA) 1990, bes. S. 235–237 und 389–392; ders.: *The Visible Hand. The Managerial Revolution in American Business*. Cambridge/London 1977; ders.: *Managers, Families, and Financiers*. In: Kesaji Kobayashi/Hidemasa Morikawa (Hrsg.): *The Development of Managerial Enterprise*. Tokio 1986, S. 35–63; Jürgen Kocka: *Management in der Industrialisierung. Die Entstehung und Entwicklung des klassischen Musters*. In: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 44 (1999), S. 135–149, hier S. 146. So weiterführend Chandlers grundsätzliche

reits die übliche Form von Großunternehmen.³¹ Der sozialdemokratische Verwaltungsfachmann Richard Woldt machte 1911 darauf aufmerksam, dass die zweite und dritte Generation der Industriefamilien inzwischen „aus ganz anderem Holze geschnitzt“ war als diejenige der Reichsgründungsperiode. Diese spielten nicht mehr als „Arbeitsnaturen“, sondern höchstens noch als „Repräsentativmenschen“ für den Betrieb eine Rolle.³² Rathenau beobachtete diesen Wandel in seinem eigenen Milieu mit soziologischem Scharfblick. Er stellte zwar fest, dass es insgesamt nur „dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt“, seien, die Europas wirtschaftliche Geschicke leiteten und sich „Nachfolger aus ihrer Umgebung suchten“. Aber zugleich kritisierte er die Selektionsmethoden, die eine Oligarchie geschaffen habe, die „so geschlossen sei wie die des alten Venedig“.³³ Er war – in dieser Hinsicht nicht viel anders als Max Weber – skeptisch, ob es zukünftig überhaupt noch Unternehmer des alten Schlags geben werde. Bei den Chefs der großen Unternehmen, so hieß es 1917 in den „Kommenden Dingen“, herrsche bereits „der gleiche Beamtenidealismus wie im Staatsbetriebe“.³⁴

III. Walther Rathenau als Unternehmer

Wie passte Walther Rathenau in dieses sich dynamisch wandelnde Bild eines typischen Unternehmers des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts? Zur Beantwortung dieser Frage muss sein unternehmerischer Lebensweg nachgezeichnet werden, der ohne seinen Vater Emil Rathenau

Ergebnisse zur „Managerrevolution“ waren, hat er diese jedoch später verfeinert und angepasst, weil gerade in Deutschland Familienunternehmen keineswegs so eindeutig zu den aussterbenden Dinosauriern gehören.

- 31 Jürgen Kocka: The Rise of the Modern Industrial Enterprise in Germany. In: Alfred D. Chandler, Jr./Herman Daems (Hrsg.): *Managerial Hierarchies. Comparative Perspectives on the Rise of the Modern Industrial Enterprise*. Cambridge/London 1980, S. 77–116, hier S. 93; Schäfer: Familienunternehmen (wie Anm. 20), S. 8–15; Hervé Joly: Großunternehmer in Deutschland. Soziologie einer industriellen Elite 1933–1989. Leipzig 1998, S. 17–25; Susanne Hilger: „Under Reconstruction“ – Familienunternehmen als Gegenstand der jüngeren wirtschaftshistorischen Forschung. In: Dies./Soénus (Hrsg.): *Familienunternehmen* (wie Anm. 27), S. 9–22, hier S. 13–17; Andrea Colli: *The History of Family Business 1850–2000*. Cambridge u.a. 2003; Jeffrey Fear: *Organizing Control. August Thyssen and the Construction of German Corporate Management*. Cambridge/London 2006.
- 32 Richard Woldt: *Das großindustrielle Beamtentum. Eine gewerkschaftliche Studie*. Stuttgart 1911, S. 28.
- 33 Walther Rathenau: *Unser Nachwuchs*. In: *Neue Freie Presse* vom 25. Dezember 1909, ebenfalls in ders.: *Nachgelassene Schriften*. Bd. 2. Berlin 1928, S. 350.
- 34 Walther Rathenau: *Von kommenden Dingen*. Berlin 1917, S. 144.

kaum zu verstehen ist. Der Senior war in den 1860er Jahren als Kaufmannssohn aus dem Kleinbürgertum aufgestiegen, immer in der Sorge, den mühsam erarbeiteten Status wieder zu verlieren. Nach einem Maschinenbau-Studium unter anderem an der Technischen Hochschule Zürich hatte er eine kleine Eisenguss- und Maschinenfabrik in Berlin übernommen, erwarb die europäischen Edison-Patente auf eine Kohlenfaden-Glühlampe und gründete 1883 die Deutsche Edison-Gesellschaft – ein auch finanziell riskanter Schritt für dieses Start-Up der späteren AEG, denn die Gaslicht-Beleuchtung war noch keineswegs ganz abgeschrieben. Der oftmals kleine, finanziell häufig besorgte Emil Rathenau war ein Arbeitstier und wurde als Self-Made Man Generaldirektor des zukünftigen Weltkonzerns AEG.

Sein ältester Sohn Walther, in komfortablen finanziellen Verhältnissen aufwachsend,³⁵ musste schon nicht mehr den „Absturz in Richtung Unterschicht“ fürchten, der seinen Vater zeitlebens umtrieb. Er stand bereits für den „gebildeten“ Industriellen, der den Reichtum des Elternhauses sogar verachten konnte – in bewusster Abgrenzung vom Geldadel und den „nouveaux riches“. Aber zugleich offenbarte sich bei ihm der typische Habitus der Bourgeoisie in der Zeit der Hochindustrialisierung mit den ebenfalls typischen Einsprengseln pseudo-aristokratischer Lebensformen, wie der Erwerb des ehemaligen Königsschlusses Freienwalde im Jahr 1909 zeigte.³⁶

Die Fortführung einer Firma im „Mannesstamm“ war der Idealfall,³⁷ der nicht sonderlich begründet werden musste. Die „Primogenitur“, in der der älteste Sohn dem Vater im Unternehmen nachfolgte, war der Normalfall einer generationenübergreifenden Bindung eines Familienunternehmens. Es war selbstverständlich, dass ein Mann wie Emil Rathenau aus der Fortsetzung des Lebenswerks durch seine Söhne Befriedigung zog.³⁸ Walther Rathenau folgte jedoch nur zögerlich den Fußstapfen seines Vaters, der hierüber ratlos war, wie etwas verschlüsselt aus der offiziellen AEG-Darstel-

35 Zu den materiellen Verhältnissen, die eine sorgenfreie Zukunft ermöglichten, Pogge von Strandmann: Hochmeister (wie Anm. 6), S. 34 f.

36 Vgl. Gunilla Budde: Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Darmstadt 2009, bes. S. 125–128.

37 Michael Schäfer: Herren im eigenen Haus. Leipziger Unternehmerfamilien und Familienunternehmen zwischen Jahrhundertwende und 1920er Jahren. In: Dieter Ziegler (Hrsg.): Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Göttingen 2000, S. 144–166, hier S. 155.

38 Schäfer, Familienunternehmen und Unternehmerfamilien (wie Anm. 20), S. 206; Cornelia Rauh-Kühne: Zwischen „verantwortlichem Wirkungskreis“ und „Häuslichem Glanz“. Zur Innenansicht wirtschaftsbürgerlicher Familien im 20. Jahrhundert. In: Ziegler (Hrsg.): Großbürger (wie Anm. 37), S. 215–248, hier S. 239.

lung hervorgeht, in der Walther Rathenau, anders als der als Genie charakterisierte Vater, mit distanzierter Nüchternheit gezeichnet wird. Walther Rathenau musste seinen Ältesten zur Karriere geradezu zwingen. Als Erbe mit vorgezeichnetem Lebensweg haderte dieser mit seinem Schicksal und ging schon in seiner Jugend lieber seinen ästhetischen Neigungen nach, etwa in seinem Versuch eines Ehedramas mit dem Titel „Blanche Trocard“. Gedichte, Prosastücke sowie malerische und zeichnerische Experimente gehörten ebenfalls zu diesen Schritten, die ihn von der Mehrheit seiner jungen Standesgenossen unterschied. Die Studienjahre in Berlin und Straßburg – mathematische Physik, Chemie, aber auch Philosophie bei Wilhelm Dilthey – waren eine Pflichtübung, die der Vorbereitung seiner industriellen Tätigkeit dienen sollten. Während des Aufbaustudiums wurde er in die praktische betriebliche Arbeit eingeführt, stundenweise im Installationsbüro der AEG in München, dem „Edisonladen“ wie er die Vertriebsniederlassung etwas despektierlich nannte.³⁹ Es folgte eine weitere Pflichtübung, die Doktorarbeit über „Die „Absorption des Lichts in Metallen“, mit der er sich für kurze Zeit auf das Feld der Festkörperphysik begab.

Immer noch unter den Fittichen seines Vaters folgten seit Anfang 1892 zwei Lehrjahre bei der mit der AEG verbundenen Aluminium-Industrie Actien-Gesellschaft im schweizerischen Neuhausen. Die dortige Arbeit empfand Rathenau als unbefriedigend, weil die Überführung der Chloralkali-Synthese aus dem Versuchsstadium in die industrielle Produktion nicht gelang und ihn die Arbeit in den Chlordämpfen gesundheitlich belastete.⁴⁰ Ihn störte zudem die ständige Kontrolle durch Vorgesetzte und die Zusammenarbeit „mit inferioren Menschen“. Nur durch seine Energie und Anstrengung leiste er etwas auf einem Gebiet, auf dem er talentlos „wie eine Kuh“ sei.⁴¹ Erstmals dachte er an eine Tätigkeit außerhalb der Industrie. Seine Mutter schrieb geradezu alarmiert:

„Um mich nicht weiter aufzuregen, will ich Dir nur mitteilen, was Papas und unser aller Ansicht ist. Deine Tätigkeit befriedigt Dich nicht, gib sie auf, werde Professor oder Maler, was Dir gut scheint. Du bist nicht der Erste, der [...] eingesehen hat, daß er sich in einem ihm angeratenen Beruf nicht hineinflinden kann, und wirst auch nicht der Letzte sein.“⁴²

39 50 Jahre AEG (1933). Berlin 1956, S. 98 f.; Walther Rathenau an Mathilde Rathenau, 2. November 1898. In: Walther Rathenau: Briefe. Erster Band. Dresden 1926, S. 36 f.

40 Ursula Mader: Emil und Walther Rathenau in der elektrochemischen Industrie (1888–1907). Eine historische Studie. Berlin 2001, S. 27.

41 Walther Rathenau an Mathilde Rathenau, 1. Januar 1893. In: Walther Rathenau: Briefe. Erster Band (wie Anm. 39), S. 32.

42 Mathilde Rathenau an Walther Rathenau, 30. Dezember 1892. In: Ebd., S. 32 f.

Dass Lehrjahre keine Herrenjahre sind, wollte der Filius offensichtlich nicht einsehen. Beamten- oder Angestelltenkarriere kamen für ihn nicht in Frage, wie er seiner Mutter voller Zweifel anvertraute: „Aber wenn sich für meine Ergebnisse keine Verwendung findet – und ich fange an, daran zu zweifeln – was dann? Ja was dann? Ich weiß es nicht. So sehr ich grüble, ich weiß es nicht. Ein anderer Beruf?“⁴³

Zur Beantwortung der Frage kam es vorerst nicht. Sein energischer Vater schickte ihn stattdessen im Juni 1893 als Geschäftsführer zu den im harten Wettbewerb stehenden Elektrochemischen Werken GmbH in Bitterfeld.⁴⁴ In den dortigen Anlagen der AEG im mitteldeutschen Braunkohlegebiet blieb der Nicht-Chemiker Walther Rathenau geschlagene sieben Jahre. Im „trostlosen Nest Bitterfeld“, so berichtete später der Freund Alfred Kerr, habe Rathenau „schlaflose Nächte“ verbracht.⁴⁵ Gegenüber seiner Mutter klagte er über Einsamkeit und das „sibirische Hundeleben“⁴⁶. Welche Überwachungsaufgaben er in der ihm anvertrauten Fabrik im Einzelnen übernahm, ist nicht genau bekannt. Waren die erfolgreichen Rationalisierungsmaßnahmen ihm zu verdanken oder wurden sie, was nicht unwahrscheinlich ist, von Berlin aus implementiert? Es wird nur selten danach gefragt, ob Rathenau für die Entscheidungen selbst verantwortlich war und welche unternehmerische Eigenleistung dahinter stand. Fast nie lässt sich aus den Quellen belegen, ob sich die von ihm beaufsichtigten elektrochemischen Verfahren bewährten und was es eigentlich genau bedeutete, wenn man Rathenau z.B. eine „Schlüsselstelle“ zuschrieb. Die eigentlichen Versuche zur Chloralkali-Analyse wurden jedenfalls nicht von ihm selbst, sondern vom bedeutenden Metallurgen und Chemiker Martin Kiliani zum Erfolg geführt,⁴⁷ den sein Vater schon 1885 für die AEG gewonnen hatte. In dessen Hand lagen auch die Verfahren zur Chlorgewinnung durch Elektrolyse, die Verbesserung von Messgeräten, elektrotechnischen Apparaten

43 Walther Rathenau an Mathilde Rathenau, 1. Januar 1893. In: Ebd., S. 33.

44 Dirk Hackenholz: Die Elektrochemischen Werke in Bitterfeld. Ein Standort der IG-Farbenindustrie. Münster 2004, S. 60. Vgl. die notarielle Eintragung der „Gründungsversammlung“ vom 28. Juni 1883, abgedruckt in: Mader: Emil und Walther Rathenau (wie Anm. 40), S. 191 f.

45 Kerr: Rathenau (wie Anm. 13), S. 157.

46 Zitiert nach Schulin: Rathenau (wie Anm. 5), S. 23.

47 Hackenholz: Die Elektrochemischen Werke (wie Anm. 44), S. 59. Vgl. die Arbeiten von Ursula Mader: Walther Rathenau als Funktionär des Finanzkapitals. Beiträge zu einer politischen Biographie (1867–1917). Diss. Berlin [Ost] 1974; dies.: Walther Rathenau und die Elektrochemischen Werke im Wirkungsfeld der AEG, Teil I: 1893–1896 (Bitterfeld). In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1991, S. 159–212.

und Schmelzöfen, an denen Rathenau allerdings mitwirkte, wie manche Exposés zeigen.⁴⁸

Die Elektrochemischen Werke hatten eine Durststrecke zu überwinden: Um einen Konkurs zu vermeiden, wurden die Anlagen in Bitterfeld und Rheinfelden im Juli 1898 an den Mitbewerber Chemische Werke Griesheim-Elektron verpachtet. Die Chloralkali-Elektroanalyse musste unter hohen Kosten auf das effektivere Verfahren der Konkurrenz umgerüstet werden. Walther Rathenau bemühte sich nach Kräften, den Eindruck zu vermeiden, das Ganze sei eine „Niederlage“.⁴⁹ Als sich 1899 die Bitterfelder Anlagen zu rentieren begannen, beschloss Rathenau nach siebenjähriger Tätigkeit, sich stärker „von der Industrie zurückzuziehen, um literarisch zu arbeiten“⁵⁰ – ein erstaunliches Bekenntnis, das wohl niemandem unter seinen Standesgenossen über die Lippen gekommen wäre. Rathenaus Rückzug war umso bemerkenswerter, als er in einer Branche arbeitete, deren Dynamik angesichts der sich überschlagenden Beschleunigung der Elektrifizierung geradezu atemberaubend war und für einen Jungunternehmer im Zeichen der ersten Globalisierung außergewöhnliche Chancen bot. Berlin wurde zur „Elektropolis“⁵¹ und geradezu zum „Weltzentrum der Elektrizität“⁵². Bei der AEG allein verfünffachte sich die Zahl der Beschäftigten von 1894 bis zur Jahrhundertwende. Zu diesem Zeitpunkt war die Firma mit 17.300 Arbeitskräften größer als Siemens & Halske geworden.

Obwohl sich Rathenau nicht als Vollblutunternehmer verstand, wurde er in den Vorstand der AEG berufen, „auf Wunsch meines Vaters und seiner Mitarbeiter“, wie er ausdrücklich betonte.⁵³ Er blieb zwar Leiter der Elektrochemischen Werke, begann aber in seiner neuen Position als Leiter der „Abteilung für Centralstationen“ im Kraftwerksbau mit einem „unruhigen Reiseleben“.⁵⁴ Rathenau mokierte sich über die Büroarbeit in den Fabriken, wo es um „Liefertermine, Umdrehungszahlen, Montagekosten, fehlende Ventile“ ging, was ihm offenbar für einen Industriellen zu provin-

48 Walther Rathenau: Exposé für die Generalversammlung der Elektrochemischen Werke GmbH (April 1896). In: Mader: Emil und Walther Rathenau (wie Anm. 40), S. 210–213.

49 Ebd., S. 158. Vgl. Schulin: Rathenau (wie Anm. 5), S. 25.

50 Hugo Ferdinand Simon: Aus Walther Rathenaus Leben. Dresden 1927, S. 8. Vgl. Kessler: Rathenau (wie Anm. 11), S. 50.

51 Thomas P. Hughes: Networks of Power. Electrification in Western Society, 1880–1930. Baltimore/London 1983, S. 232 und 177.

52 Osterhammel: Die Verwandlung der Welt (wie Anm. 24), S. 1029.

53 Walther Rathenau: Apologie (wie Anm. 16), S. 81.

54 Schulin: Rathenau (wie Anm. 5), S. 25. Zu seinen Verdiensten beim „Baugeschäft für fremde Rechnung“ Strunk: Die Karriere Walther Rathenaus (wie Anm. 7), S. 46.

ziell erschien,⁵⁵ obwohl auch diese Kärnerarbeit zu den Aufgaben eines damaligen Unternehmers zählte. Unter seiner „Aufsicht“ wurden Anlagen u.a. in Großbritannien, Polen, Spanien, den Niederlanden, dem Zarenreich, Argentinien und Chile eingerichtet, aber auch in diesem Fall blieben, wie in Bitterfeld, seine genauen Aufgaben und Kompetenzen merkwürdig unklar. Was genau bedeutete es, wenn in einer frühen Biographie zu lesen war, dass der Bau des Kraftwerks im schwedischen Malmö sein „eigenstes Verdienst“ gewesen sei?⁵⁶ Die jeweiligen Vertriebsorganisationen der AEG operierten weltweit weitgehend eigenständig und unterhielten eigene Ingenieurbüros. Sie konnten zudem, weil sie mit den Verhältnissen vor Ort vertraut waren, auch selbständig Aufträge akquirieren. In den Quellen und in der spärlich erhaltenen beruflichen Korrespondenz wird nur ansatzweise deutlich, wie Rathenaus Arbeitsalltag aussah und ob er für Erfolge – und einige Misserfolge – selbst verantwortlich war. Ähnliches gilt für seine Überlegungen zur Steigerung der Produktivität, zum Kostenmanagement und zu Automatisierungsstrategien.⁵⁷ Der Vielschreiber Rathenau blieb eher ein „homme de lettres“ als ein Aktenleser, Kaufmann und Zahlenkontrolleur: Bei Rathenau klang es, selbst wenn dieser von Elektrizitätszentralen oder Bankbilanzen berichtete, immer wie aus Tausendundeiner Nacht. Der Salon der Berliner Gesellschaft war ihm näher als das „Bureau“. Selbstkritisch hat er einmal aufgezeichnet, wie er in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde: „Geistreich, kühl, Dilettant auf sechzehn Gebieten, leidlicher Kaufmann“ – es mache ihm aber nichts aus, wenn die Leute ihn als „unschädlichen Narren“ gewähren ließen.⁵⁸

In dieser Zeit häuften sich die geschäftlichen Differenzen. Zwar verbesserte sich das Verhältnis zwischen AEG und Siemens & Halske, aber Walther Rathenau hatte andere Ansichten als seine Kollegen – und sein Vater – über die Möglichkeit einer Fusion der AEG mit der Schuckert-Gesellschaft. 1902 schied er aus dem AEG-Direktorium wieder aus, aus Verärgerung über die gescheiterte Fusion, möglicherweise aber auch, weil der Vater, der die Politik der AEG unverändert allein bestimmte, nicht voll hinter seinen Plänen stand.⁵⁹

55 Walther Rathenau: Unser Nachwuchs. In: Neue Freie Presse vom 23. Dezember 1909.

56 Simon: Aus Walther Rathenaus Leben (wie Anm. 50), S. 8.

57 Strunk: Die Karriere Walther Rathenaus (wie Anm. 7), S. 46; Pogge von Strandmann: Hochmeister (wie Anm. 6), S. 38.

58 Zitiert nach Kessler: Rathenau (wie Anm. 11), S. 131 f.

59 Pinner: Emil Rathenau (wie Anm. 10), S. 401 f., sowie die entsprechenden Passagen in den unveröffentlichten Lebenserinnerungen von Felix Deutsch, zitiert bei Wilfried Feldenkir-

Dass er stattdessen im Juli 1902 persönlich haftender Inhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, der Hausbank der AEG, wurde und damit für das Finanz- und Auslandsgeschäft der AEG in die Sphäre der Finanzwelt eintrat, war insofern aus der Not geboren. Carl Fürstenberg, der Mann hinter der Berliner Handels-Gesellschaft, holte ihn in sein Geschäft, weil bei der AEG für den Sohn „kein rechter Platz“ gefunden werden konnte.⁶⁰ Auch der feinsinnige Bankier erkannte schnell die Gründe, warum Walther Rathenau nie eine wirkliche Anerkennung als Unternehmer fand: „Die Industriellen sahen in ihm zunächst nur den halben Schriftsteller, die Schriftsteller den halben Industrie- und Bankdirektor.“⁶¹

Rathenau gelang die seit Ende 1902 angestrebte Fusion mit der Union-Elektricitäts-Gesellschaft.⁶² Diese wenigen Jahre, von 1900 bis 1903, so Rathenau selbst, habe er im „eigentlichen Machtbereiche“ seines Vaters verbracht,⁶³ aber Emil Rathenau wünschte sich den 1871 geborenen, vier Jahre jüngeren Sohn Erich als seinen Nachfolger. Dieser war unkomplizierter, pragmatischer, weniger vergeistigt, weniger oberlehrerhaft.⁶⁴ Als junger Unternehmer mit Amerikaerfahrungen hatte er sich als Chef der von seinem Vater geschaffenen Kabelwerke Oberspree profiliert, ein Betrieb mit 2.000 Mitarbeitern, also einem Vielfachen der Beschäftigten in der von Walther Rathenau beaufsichtigten Elektrochemischen Werke in Bitterfeld, wo 1901 gerade einmal 102 Arbeiter und Angestellte tätig waren.⁶⁵ Der schon seit langem gesundheitlich angeschlagene Erich Rathenau verstarb jedoch Anfang 1903. Geradezu notgedrungen trat Walther Rathenau an die Stelle seines jüngeren Bruders.⁶⁶ In die Entscheidungsprozesse der AEG war er weiterhin wenig involviert. Es war bezeichnend, dass er 1904 in den Aufsichtsrat trat, das Kontrollgremium, in dem die eigentlichen unternehmerischen Entscheidungen nur noch abschließend gebilligt oder abgelehnt wurden. Parallel dazu sammelte er zahlreiche Posten und Pöstchen. Harry Graf Kessler hat seine Positionen bei Aktiengesellschaften und GmbHs aufgelistet: Er kam auf 86 inländische und 21 ausländische, in

chen: Siemens 1918–1945. München/Zürich 1995, S. 453 f. Vgl. auch Schulin: Rathenau (wie Anm. 5), S. 29, sowie Strunk: Die Karriere Walther Rathenaus (wie Anm. 7), S. 47.

60 Carl Fürstenberg: Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers, niedergeschrieben von Hans Fürstenberg, Wiesbaden o. J. [1961], S. 378.

61 Ebd., S. 380.

62 Zur Integration der Union-Elektricitäts-Gesellschaft Strunk: Die Karriere Walther Rathenaus (wie Anm. 7), S. 48 f.

63 Rathenau: Apologie (wie Anm. 16), S. 81.

64 Vgl. Schulin: Rathenau (wie Anm. 5), S. 15.

65 Mader: Emil und Walther Rathenau (wie Anm. 40), S. 171 und 179.

66 Kessler: Rathenau (wie Anm. 11), S. 62.

Branchen von der Elektrizitäts-, Metall- und Chemieindustrie, Telegraphie- und Kabelindustrie über Banken und andere Geldinstitute bis hin zu Spinnereien, Webereien und der Automobil- und Eisenbahnindustrie.⁶⁷ Aus der Zeit dieser Ämterhäufung, in der er aber zugleich erneut ankündigte, am liebsten philosophisch tätig zu sein, stammt der spöttische Hinweis seines kritischen Freundes Alfred Kerr, ob er denn wisse, dass die Leute ihn „schon ‚Aufsichtsrathenau‘ nennen?“ Rathenaus Antwort soll gelautet haben: „Gott, man lässt sich breitschlagen und verleiten [...] Wissen Sie, wenn einem so viel Geld förmlich nachgeschmissen wird, fällt halt die Ablehnung schwer.“⁶⁸

Rathenau, der erkannte, wie weit er sich von seinen Standesgenossen entfernt hatte, betonte immer wieder, es komme auf das Wesentliche an, nicht auf das Klein-Klein des unternehmerischen Alltags. Zur Verteidigung seiner industriellen Tätigkeit betonte er auch später immer wieder, dass seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen keine „Schlagworte“ seien, sondern „der Praxis entstammen“.⁶⁹ Aber auch in dieser unternehmerischen Praxis blieb er ein Exot – ein Intellektueller, Feuilletonist, Publizist und Sprachenkünstler, der mit ausländischen Unternehmern auf französisch, englisch und italienisch parlieren konnte, anders als die meisten eher bodenständigen Industriellen und Kaufleute. Damalige einflussreiche Männer der Wirtschaft wie Robert Bosch, die Brüder Freudenberg, Fritz Henkel, Emil Kirdorf, die Mercks, Günther Quandt, Paul Reusch, Georg von Siemens, Paul Silverberg, Hugo Stinnes, August Thyssen, waren allesamt intelligente und kluge Industrielle, aber kaum einer zählte zu den „hommes de lettres“, vielleicht mit Ausnahme von Industriekapitänen wie Carl Duisberg oder Albert Ballin. Unternehmer jener Jahre blieben typischerweise selbst dann in ihrem Betrieb oder im „Bureau“ präsent, wenn die immer häufiger herangezogenen Manager sie vom Alltagsbetrieb entlasteten: Robert Bosch schaute auf seinen täglichen Rundgängen auf dem Betriebsgelände in Stuttgart-Feuerbach nach, ob nicht zu viele Lampen in den Werkhallen angeschaltet waren; Günther Quandt überprüfte bei Werksneubauten persönlich, ob die Architekten die von ihm angeordneten Maße für die Türhöhe beachtet hatten; Fritz Henkel kontrollierte die Bestelllisten für die Perporat-Mengen, die er bei der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt geordert hatte; Carl Emanuel Merck stand persönlich im Chemielabor,

67 Ebd., S. 118–121.

68 Kerr: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 125.

69 Walther Rathenau: Produktionspolitik. Rede auf der Tagung des Deutschen Beamtenbundes, Berlin, 26.10.1920. In: Ders.: Gesammelte Reden. Berlin 1924, S. 83–119, hier S. 119.

Albert Ballin suchte das Holz für die Beplankung aus, mit dem die Decks seiner Hapag-Dampfer ausgelegt waren.

Rathenau hingegen war seit der Jahrhundertwende nicht mehr vor Ort in den Betrieben der AEG, sondern ständig auf Reise. Fast täglich befand er sich in Verhandlungen, Besprechungen, Sitzungen der Firmen, bei denen er einen Sitz im Aufsichtsrat bekleidete, sei es bei Fragen zu Fusionen, Werkserweiterungen oder der Auslandsexpansion. Natürlich gewann er gerade bei den Firmenbesichtigungen eine überblicksartige Expertise. Aber in den Korrespondenzen, die er mit Männern der Wirtschaft führte, mit Carl Fürstenberg, Theodor von Guillaume, Louis Hagen, Peter Klöckner, Paul von Schwalbach und Hugo Stinnes fehlte der Bezug zu der praktischen Arbeit, die seine Briefpartner auszeichnete. Während andere Unternehmer in ihren knapp bemessenen Urlauben in einen Kurort in Deutschland, Österreich und in die Schweiz, vielleicht ausnahmsweise an die Riviera fuhren, um sich zu erholen, begab sich Rathenau nach Griechenland, das Skizzenbuch in der Tasche. Auch deshalb hat die nüchterne Beurteilung Jürgen Kockas Bestand, der die mangelnde „Eindringtiefe“ Walther Rathenaus fast unbarmherzig hervorgehoben und sein Wirken mit der Realität unternehmerischer Arbeit kontrastiert hat: Die wirkliche Arbeit in einem funktionierenden Unternehmen der Kaiserzeit, so Kocka, geschah „in der Regel im Vorstand, bei den fest zum Haus gehörigen Direktoren, die täglich im Büro waren, Akten durcharbeiteten, auch Routinegespräche führten und ihre Hausmacht bildeten, also nicht nur konzipierten, sondern auch durchsetzten. Bei ihnen lag die Macht, sie formten die innere Organisation, das System“.⁷⁰ Nicht anders als heute war der Vorstandsvorsitzende die eigentliche Hauptperson, nicht jedoch ein Mitglied oder selbst der Vorsitzende eines Aufsichtsrats, der sich quartalsweise oder gar nur zweimal im Jahr unterrichten ließ und eher beratende – bisweilen sogar nur eine schmückende – Funktion hatte.

IV. Rathenau Hinwendung zur Publizistik und Politik

Zum 1. Juli 1907 trat Rathenau, wie Monate zuvor bereits angekündigt, wieder aus der Berliner Handels-Gesellschaft aus, ohne eine konkrete berufliche Perspektive zu haben. Stattdessen ging er mit dem Staatssekretär

⁷⁰ Jürgen Kocka: Entgegnung auf Jürgen Kuczynski. In: Hughes (Hrsg.): Ein Mann vieler Eigenschaften (wie Anm. 8), S. 79–83, hier S. 82.

des Reichskolonialamtes, Bernhard Dernburg, auf eine Informationsreise nach Deutsch-Ostafrika, die ihn bis Ende Oktober 1907 in Beschlag nahm. Von Mai bis September 1908 folgte eine weitere Tour, dieses Mal durch Deutsch-Südwestafrika. Die vor allem als Konsequenz aus den dortigen Beobachtungen entstandenen ausgesprochen kritischen Denkschriften über die Defizite der Kolonialpolitik und die Gräueltaten in den „Schutzgebieten“ blieben zwar in den Schubladen der Berliner Behörden liegen, aber es gelang ihm, beinahe en passant, über britische Banken und die British South Africa Company, einen Vertrag zum Bau von Großkraftwerken in Transvaal für die AEG zu ergattern, so dass 1909 mit zwei Ausnahmen sämtliche Goldbergwerke der Region mit AEG-Strom versorgt wurden.⁷¹ Als Erfolg kann auch die Verschmelzung des Kölner Felten & Guillaume-Lahmeyer-Konzerns mit der AEG und die Vermittlung für Mannesmann in der Stahl- und Eisenproduktion im Ruhrgebiet gelten, obwohl sein „Grand Design“ in der Rhein-Ruhr-Region wenig später kriegsbedingt scheiterte.⁷²

Rathenau bemühte sich zugleich, stärker im staatlichen Raum aktiv zu werden. In diese Richtung gingen seine Überlegungen, in Verbindung von Staat und Privatwirtschaft ein Reichselektrizitätsmonopol zu gründen, was aber, da er in das operative Geschäft der AEG gar nicht eingebunden war, nicht über eine „Ideenskizze“ hinausging.⁷³ Dass er bereits stärker als Politiker denn als Unternehmer agierte, hatte viel damit zu tun, dass in der damaligen „Struktur- und Anpassungskrise“⁷⁴ eine immer stärkere Wendung hin zum Interventionsstaat zu beobachten war, was sich in Konzentrations- und Fusionsprozessen niederschlug.⁷⁵

Kartelle und Syndikate dienten dazu, sich auf einem zwar prosperierenden, aber hart umkämpften Markt zu behaupten. Sie galten als ordnungspolitisches Element zur Regulierung des Marktes und wurden weniger als heute unter dem Aspekt der Marktmacht problematisiert.⁷⁶ In der Marok-

71 Vgl. Pogge von Strandmann: Hochmeister (wie Anm. 6), S. 40 f.

72 50 Jahre AEG, S. 187; zu den Details Pogge von Strandmann: Hochmeister (wie Anm. 6), S. 41 f.

73 Vgl. ausführlich Gall: Rathenau (wie Anm. 2), S. 152 f.

74 Lothar Gall: Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890, München/Wien 1984, S. 86.

75 Hans-Peter Ullmann: Interessenverbände in Deutschland, Frankfurt am Main 1988, bes. S. 68–123; Achim Knips: Deutsche Arbeitgeberverbände der Eisen- und Metallindustrie, 1888–1914, Stuttgart 1996. Daneben Alf Lütke: Die Ordnung der Fabrik, „Sozialdisziplinierung“ und Eigen-Sinn bei Fabrikarbeitern im späten 19. Jahrhundert. In: Rudolf Vierhaus (Hrsg.): Frühe Neuzeit – Frühe Moderne? Göttingen 1992, S. 206–231; Werner Abelshauser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2004, S. 30.

76 Harm G. Schröter: Kartellierung und Dekartellierung 1890–1990. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 81 (1994), S. 457–493, bes. S. 458; ders.: Cartels Revisited. An Overview on Fresh Questions, New Methods, and Surprising Results. In: Revue économi-

kokrise 1911 trat Rathenau, in Kombination mit den vom Alldeutschen Verband unterstützten Brüdern Mannesmann, kompromisslos auf. Als Unterhändler wurde ihm zwar auf französischer Seite Respekt als Industrieller entgegengebracht,⁷⁷ aber sein Versuch, eine Einigung mit der Union des Mines Marocaines zu finden, blieb erfolglos. Rathenau plädierte für eine stärkere Konzentration der deutschen Wirtschaft auf „Mitteleuropa“, für eine europäische Zollunion unter deutscher Suprematie, um notfalls mit protektionistischen Maßnahmen und einem „Schutzgürtel“ dem amerikanischen Konkurrenzdruck zu widerstehen. Hingegen bevorzugte Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vernünftigerweise eine weltwirtschaftliche Orientierung.

Die geradezu instinktive Abneigung der akademischen Welt und des Bildungsbürgertums, sich mit der Wirtschaftswelt und „Geschäftsleuten“ zu beschäftigen, hatte sich vor dem Ersten Weltkrieg bereits stark abgeschwächt.⁷⁸ Daher fiel es Walther Rathenau als Spross einer Unternehmerfamilie leicht, die Stimme zu erheben, weil er annahm, dass er Gehör finden würde. Die hohen Auflagen seiner Bücher bestätigten ihn in seiner Ansicht, dass sein Wort als Mann der Wirtschaft etwas galt. Obwohl er selbst vielfacher Millionär war, haderte er mit dem, was als „Raubtierwelt der Jahrhundertwende“ bezeichnet worden ist.⁷⁹ Die Frage nach der besten Verfassung beantwortete er zwar recht konventionell damit, es sei diejenige, „welche die Geschäfte nicht gefährdet, gute Polizei übt, die Arbeiter im Zaum hält und wohlhabenden Bürgern verdiente Ehren zugänglich macht“.⁸⁰ Aber schon in einer kleinen Schrift, die 1901 in Maximilian Hardens „Zukunft“ erschien, schlug er für einen Unternehmer ungewöhn-

que 64 (2013), S. 989–1010; Hermann Schäfer: Kartelle in der Zeit des Ersten Weltkrieges. Funktionen im Rahmen von Kriegswirtschaft und Sozialisierung. In: Hans Pohl (Hrsg.): Kartelle und Kartellgesetzgebung in Praxis und Rechtsprechung vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Stuttgart 1985, S. 81–99; Klaus W. Richter: Die Wirkungsgeschichte des deutschen Kartellrechts vor 1914. Eine rechtshistorisch-analytische Untersuchung. Tübingen 2007. Ein Literaturüberblick bei Thomas Jovovic: Deutschland und die Kartelle – eine unendliche Geschichte. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2012, S. 237–273. Vgl. bereits Erich Maschke: Grundzüge der deutschen Kartellgeschichte bis 1914. Dortmund 1964, bes. S. 5.

77 Daniel Rivet: Mines et politique au Maroc, 1907–1914. In: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 26 (1979), S. 549–578, bes. S. 554.

78 Kocka: Unternehmer (wie Anm. 18), S. 39. Vgl. Ulrich Pfister: Unternehmerverhalten im 19. Jahrhundert jenseits der Bürgerlichkeit. In: Jan-Otmar Hesse/Christian Kleinschmidt/Karl Lauschke (Hrsg.): *Kulturalismus, Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte*. Essen 2002, S. 51–61.

79 Osterhammel: *Die Verwandlung der Welt* (wie Anm. 24), S. 711.

80 Walther Rathenau: *Politische Auslese* (1912). In: Ders.: *Gesammelte Schriften in fünf Bänden*. Bd. 1. Berlin 1918, S. 221–232, hier S. 231.

liche Töne an. Die gedankenreiche Ansammlung von Aphorismen drehte sich um die Kunst der „Führung“ und um die Geheimnisse der „Geldherrschaft“. Rathenau präferierte eine Meritokratie, die zur Herrschaft der „Tüchtigsten, Fähigsten und Gewissenhaftesten“ führen sollte. Der von ihm avisierte Weg dorthin war aus unternehmerischer Sicht kühn, wenn nicht sogar tollkühn: „Progressive Einkommenssteuer. Hohe Abgaben auf Erbschaften, Mitgiften und Schenkungen. Besteuerung des nichtarbeitenden Vermögens, in erster Linie der fremden Anleihen. Verringerung der zufälligen Monopole durch Verstaatlichungsrechte auf Bergwerke, Verkehrsunternehmungen und städtischen Grund und Boden. Vernichtung der Monopole für Staatslieferungen. Staatliche Kontrolle der Konventionen, Syndikate und Trusts.“⁸¹ Diese Überlegungen wurden immer weiter ausgefächert. Noch vor dem Ersten Weltkrieg wandte er sich gegen die Mechanisierung der Arbeit, gegen die Seelenlosigkeit der Rationalisierung, gegen den um sich greifenden „Taylorismus“, gegen die Trostlosigkeit der Fließbandarbeit:

„Wir alle wissen, daß schon heute, in dieser Zeit des Begehrens, die erleuchtetsten und geistigsten Geister den Lebensweg wählen, der sie am meisten vom Besitz wegführt [...]. Wir wissen, daß alle Besitzseligkeit, Genußsucht und Verschwendung die Sache mißratener Söhne, zufälliger oder diebischer Emporkömmlinge ist, daß schöpferische Menschen von ihrer Lebensführung unabhängig sind.“⁸²

Trotz der mangelnden unternehmerischen Erfahrung, sozusagen in den Niederungen der Ebene, hielt sich Rathenau, für die damit verbundenen Herausforderungen zuständig. In unzähligen Beiträgen und Schriften brachte er seine Gedanken zu Papier und auf den Büchermarkt. Sein Stil war in mancher Hinsicht zeittypisch, aber die mäandernden Ideenflüsse, die nicht immer eine klare Linie erkennen ließen, führten dazu, dass nicht nur im Unternehmerlager Rathenaus Seelenprosa nicht immer ernst genommen wurde, obwohl seine Bücher Bestseller waren. Seine Gegner spotteten darüber, dass er zu fast jedem Thema etwas – und war es noch so banal – beizutragen hatte, ohne hierfür immer ausgewiesen zu sein.

Dieser scharfe zeitgenössische Tadel schlug sich auch in der Rathenau-Geschichtsschreibung nieder. Einem Kritiker galt Rathenau 1913 erschiene Schrift über die „Mechanik des Geistes oder Vom Reich der Seele“

81 Walther Rathenau: Physiologie der Geschäfte. In: Die Zukunft 35 (1901), S. 495–514, hier S. 513.

82 Walther Rathenau: Zur Mechanik des Geistes oder vom Reich der Seele (1913). In: Gesammelte Schriften in fünf Bänden. Bd. 2. Berlin 1918, S. 298.

als ein Buch mit 300 leeren Seiten.⁸³ Ähnlich scharf hat Jürgen Kocka auf die „exorbitante Kurzsichtigkeit vieler seiner Diagnosen“⁸⁴ aufmerksam gemacht, wie zum Beispiel das von ihm gezeichnete Zerrbild der USA, deren Potential als kommende Großmacht des 20. Jahrhunderts er vollkommen verkannte.

Da Emil Rathenau bereits 1912 schwer erkrankt war, stellte sich die Frage, ob sein Sohn, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei der AEG, dessen Nachfolger als Generaldirektor werden würde, ein in Unternehmen besonders kritischer Moment, weil Familienmitglieder die gleiche Qualifikation haben müssen wie auswärtige Kandidaten.⁸⁵ Walther Rathenau saß bekanntlich seit 1904 im Aufsichtsrat, seit 1910 als stellvertretender Vorsitzender. Der Vater wollte ihn auf der gleichen Stufe wie die anderen Direktoren in den Vorstand aufnehmen, was aber bei diesen auf energischen und hartnäckigen Widerstand stieß; Felix Deutsch drohte sogar mit seinem Rücktritt. So musste sich Walther Rathenau im Dezember 1912 mit dem Aufsichtsratsvorsitz begnügen, was „unübersehbar ein Trostpreis war und allgemein auch so verstanden wurde“.⁸⁶

Emil Rathenau starb im Juni 1915. Es war ein offenes Geheimnis, dass sich der zwischen Optimismus und Pessimismus schwankende, in mancher Hinsicht rücksichtslose Mensch mit seinem Primus und dessen kulturellen Eskapaden zeitlebens schwergetan hatte. Emil Rathenaus Ansicht, sein Sohn sei „wie ein Baum, der mehr Blüten als Früchte trage“⁸⁷, sprach genauso für sich wie die spitze Bemerkung, die Bücher seines Sohnes seien „viel leichter zu schreiben als zu lesen“.⁸⁸ Walther Rathenaus lebenslanges Gefühl, nicht geschätzt zu werden, hing wesentlich mit der fehlenden Anerkennung durch den Vater zusammen. Er hoffte bis zum Schluss, dass sich das Verhältnis bessern würde, obwohl er eigentlich wissen musste, dass sich sein Vater mehr für seine AEG als für die Kriegsrohstoffgesellschaften interessierte. Bezeichnenderweise glaubte sich der Sohn auch später noch für seine Stellung in der Firma seines Vaters rechtfertigen zu müssen: Er habe

83 David Felix: Walther Rathenau. The Bad Thinker and His Uses. In: *European Studies Review* 5 (1975), S. 69–79, hier S. 71.

84 Kocka: Entgegnung auf Jürgen Kuczynski (wie Anm. 70), S. 79.

85 Vgl. hierzu die Beiträge in dem Sammelband von Gert-Kollmer von Oheimb-Loup/Clemens Wischermann (Hrsg.): *Unternehmensnachfolge in Geschichte und Gegenwart*, Ostfildern 2008, und Fritz B. Simon/Rudolf Wimmer/Torsten Groth: *Mehr-Generationen-Familienunternehmen. Erfolgsgeheimnisse von Oetker, Merck, Haniel u.a.* Heidelberg 2005, S. 135.

86 Gall: Rathenau (wie Anm. 2), S. 154; Strunk: Die Karriere Walther Rathenaus (wie Anm. 7), S. 49.

87 Bernhard von Bülow: *Denkwürdigkeiten*. Bd. 3. Berlin 1931, S. 40.

88 Zitiert nach Etta Feddern-Kohlhaas: Walther Rathenau. Dresden 1927, S. 82.

an den „größten Geschäften“ mitgewirkt und sei „meist initiativ beteiligt“ gewesen, betonte er ein ums andere Mal.⁸⁹

Ohne die Protektion des Übervaters wurde Walther Rathenau in der Firma schnell demontiert. Bei den AEG-Direktoren herrschte nach dem Tod des Seniors Einigkeit, Felix Deutsch zum Vorsitzenden des Direktoriums zu wählen. Dieser war neben Emil Rathenau die herausragende Persönlichkeit des Konzerns und, wie Felix Pinner es genannt hat, der „Außenminister der AEG“, während der für das Finanzgeschäft zuständige Paul Mamroth als Vizevorstandschef gleichsam als „Innenminister der AEG“ fungierte. Georg Klingenberg, der Walther Rathenau als Leiter der Kraftwerksabteilung nachgefolgt war, zeichnete im Vorstand souverän für die Technik- und Kraftwerksbereiche zuständig. An die Expertise dieser Fachleute reichte Rathenau nicht heran.

Es blieb die publizistische Schiene, in der Rathenau seinen gemeinwirtschaftlichen Theorien Gehör verschaffte, was mit seinen auflagestarken Schriften durchaus gelang, weil sie im Geist der Zeit mit der Parlamentarisierung und Demokratisierung des Kaiserreichs im Einklang standen und zu einer sozialen Neuordnung des Verhältnisses von Privatwirtschaft und Staat aufriefen. Rathenau beklagte die „Seelenlosigkeit“ des Kapitalismus. Sozialismus und Gemeinwirtschaftsgedanke verbanden sich mit Vorbehalten gegen das „Gewinnstreben“ der Privatindustrie. Robert Musil warf Rathenau eine Art „intellektuelle Hochstapelei“ vor,⁹⁰ schließlich in der Figur Paul Arnheims als „Mann ohne Eigenschaften“, ständig von der Seele redend, um jeden Preis Anerkennung suchend und dilettierend Politik betreibend. Auch im Milieu des klassischen Unternehmertums stieß Rathenau auf Skepsis und Ablehnung. „Jesus im Frack“ und der „moderne Franziskus von Assisi“ hieß es sarkastisch in einem Kommentar zu seiner Rede auf der Generalversammlung der AEG im Dezember 1918.⁹¹ In welcher Weise sich ein mittlerweile grassierender militanter Antisemitismus in diese Beurteilungen mischte, ist nur schwer zu bestimmen.⁹²

89 Der unpublizierte Brief an Paul Jordan vom 9. Mai 1919 wird zitiert nach Pogge von Strandmann: Hochmeister (wie Anm. 6), S. 37 f.

90 Vgl. Gall: Rathenau (wie Anm. 2), S. 9.

91 Zitiert nach Walther Rathenau: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin. München/Heidelberg 1977, S. 98.

92 Ulrich Sieg: Jüdische Intellektuelle im Ersten Weltkrieg. Kriegserfahrungen, weltanschauliche Debatten und kulturelle Neuentwürfe. Berlin 2001.

V. Abschied vom Unternehmertum

Für die deutsche Wirtschaft bedeutete der Erste Weltkrieg eine Katastrophe. Es ist immer wieder kritisch angemerkt worden, dass sich der in der Wilhelminischen Zeit zu beobachtende Rückzug der Unternehmer aus der Sphäre der öffentlichen Politik negativ auf das politische Gefüge des Kaiserreichs ausgewirkt habe. Anstelle die „verantwortliche Mitgestaltung“ anzugehen, sei es zu einer „weitgehend kritiklosen Assimilation“ an das Bestehende gekommen.⁹³ So zutreffend das auch sein mag, gehörte die überwiegende Mehrheit der Unternehmer aber nicht zu den Kriegstreibern: Die Ansicht, die deutsche Wirtschaft habe geradezu kriegslüstern, aggressiv und profitorientiert einer kriegerischen Auseinandersetzung zugearbeitet, kann als widerlegt gelten.⁹⁴ Die deutschen Firmen hatten sich durch friedlichen Wettbewerb einen privilegierten Platz erobert, das Außenhandelsvolumen hatte 1913 beinahe das von Großbritannien erreicht. Unternehmer konnten durch das Risiko eines Krieges mit seinen Unwägbarkeiten mehr verlieren als gewinnen. Rathenau stand im Einklang mit den meist pragmatisch denkenden Industriellen, die einen Krieg ablehnten, weil dieser den Export lahmlegte, den Import von Rohstoffen erheblich störte, Arbeiter und Angestellte für den Kriegsdienst entzog und die Kalkulation erschwerte. Militärische Abenteuer lehnte er mit dem Argument ab, „kein Mensch“ wolle „beim Geldverdienen gestört sein“.⁹⁵ Schon anlässlich des spanisch-amerikanischen Krieges 1898 hatte Rathenau angemerkt, dass machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen Staaten bald nicht mehr durch Kriege, sondern durch „Finanz und Technik“ entschieden werden würden.⁹⁶ Und knapp ein Jahrzehnt später hieß es, der „Kriegsgott unserer Tage“ heiße „wirtschaftliche Macht“.⁹⁷ Den liberalen Reichstagsabgeordneten Conrad Haußmann fragte er im Herbst 1914: „Wissen Sie, Herr Haußmann, wes-

93 Hans Jaeger: Unternehmer und Politik im wilhelminischen Deutschland. In: Tradition 13 (1968), S. 1–21, hier S. 21. Zur Bandbreite des unternehmerischen Denkens der Ära bereits ders.: Unternehmer in der deutschen Politik (1890–1918). Bonn 1967. Zum „Defizit an partizipatorischem Politikverständnis“ der Unternehmer im Kaiserreich: Hartmut Berghoff/Roland Möller: Unternehmer in Deutschland und England 1870–1914. Aspekte eines kollektiv-biographischen Vergleichs. In: Historische Zeitschrift 256 (1993), S. 353–386, hier S. 386.

94 Werner Plumpe: Die Logik des modernen Krieges und die Unternehmen – Überlegungen zum Ersten Weltkrieg. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (2015), S. 325–357, bes. S. 326 f.; Dieter Ziegler: Die Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg – Trends der Forschung. In: Ebd., S. 313–323, bes. S. 321.

95 Rathenau: Politische Auslese (wie Anm. 80), S. 231.

96 Walther Rathenau: Transatlantische Warnungssignale (1898). In: Nachgelassene Schriften. Bd. 1. Berlin 1928, S. 9–14, hier S. 11.

97 Walther Rathenau: Die neue Ära (1907). In: Ebd., S. 15–22, hier S. 16.

halb wir diesen Krieg führen? Ich weiß es nicht. Sagen Sie es mir. Was soll herauskommen?“⁹⁸

Der Erste Weltkrieg brachte einen Modernisierungsschub und läutete zugleich eine Phase des Protektionismus ein. Obwohl nur wenige Unternehmer glaubten, dass im Kriegsfall eine Autarkie möglich sei, wollte Rathenau Deutschland vom ausländischen Kapital unabhängig machen und dafür neue Wege einschlagen, wie er am 1. August 1914 an den befreundeten Schriftsteller Hermann Stehr schrieb:

„Ich bin mir klar, daß die Methoden, nach denen ich vorgehen muß, [...] tief in das Gefüge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eingreifen und dementsprechend auf starken Widerstand bei den Industriellen wie im Reichstag stoßen werden. Wenn ich tief in mich hineinhöre, weiß ich, daß ich mich selbst damit zum Werkzeug einer Entwicklung mache, durch die ich dazu beitrage, die Götter zu stürzen, welche die Welt vor dem August 1914 anbetete.“⁹⁹

Als „Organisator der Kriegswirtschaft“¹⁰⁰ glaubte Rathenau, dass ein „rasser autoritativer Eingriff“¹⁰¹ für die Rohstoffplanungen notwendig sei und der Staat zentrale Lenkungs- und Verwaltungsaufgaben übernehmen müsse. Mit dieser Entscheidung, so bemerkte er rückblickend Ende 1915 in einem Vortrag in der „Deutschen Gesellschaft 1914“, habe die Friedenswirtschaft aufgehört, und es sei „ein entscheidender Schritt zum Staatssozialismus“ gemacht worden.¹⁰² Tatsächlich lief sein System praktisch „auf die Erfindung eines neuen Wirtschaftsmodells“ hinaus.¹⁰³ Noch im

98 Conrad Haußmann: Schlaglichter. Reichtagsbriefe und Aufzeichnungen von Conrad Haußmann. Hrsg. von Ulrich Zeller. Frankfurt am Main 1925, S. 13.

99 Hermann Stehr – Walther Rathenau. Zwiegespräche über den Zeiten. Geschichte einer Freundschaft in Briefen und Dokumenten. Hrsg. von Ursula Meridies-Stehr. Leipzig/München 1946, S. 26.

100 Gall: Rathenau (wie Anm. 2), S. 175. Vgl. Hans Peter Ullmann: „Kriegswirtschaft“. In: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn u. a. 2004, S. 220–232; Wolfgang Michalka/Christiane Scheidemann: Walther Rathenau. Berlin 2006; Regina Roth: Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften und kriegswirtschaftliche Steuerungselemente. Berlin 1997; Momme Rohlack: Kriegsgesellschaften (1914–1918). Arten, Rechtsformen und Funktionen in der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges. Frankfurt am Main 2001; Lothar Burchardt: Walther Rathenau und die Anfänge der deutschen Rohstoffbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg. In: Tradition 15 (1970), S. 169–196. Vgl. Stefanie van de Kerkhof: Rüstungsindustrie und Kriegswirtschaft. Vom Nutzen und Nachteil wirtschaftshistorischer Methoden für die Militärgeschichte. In: Thomas Kühne/Benjamin Ziemann (Hrsg.): Was ist Militärgeschichte? Paderborn 2000, S. 175–194 sowie Marcel Boldorf (Hrsg.): Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Berlin/Boston 2020.

101 Lothar Burchardt: Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914. Boppard 1968, S. 28 und 195.

102 Walther Rathenau: Deutschlands Rohstoffversorgung. Berlin 1916, S. 27.

103 Ivan T. Berend: Markt und Wirtschaft. Ökonomische Ordnungen und wirtschaftliche Entwicklung in Europa seit dem 18. Jahrhundert. Göttingen 2007, S. 46.

Spätsommer 1914 wurden zahlreiche gemeinnützige „Kriegsgesellschaften“ gegründet, die als eine Initiative der Wirtschaft aussehen sollten und deren Kapital zumeist von den Branchenfürhrrn gestellt wurde. Ihre Aufgabe war es, „pragmatisch eine effizientere Ressourcenallokation mittels staatlicher Kontrolle und Intervention“ zu gewährleisten.¹⁰⁴ Zur Koordinierung diente die wesentlich auf eine Initiative Rathenaus und seines Referenten Wichard von Moellendorff zurückgehende Kriegsrohstoffabteilung (KRA) im preußischen Kriegsministerium, die zu einer umfangreichen Behörde mit schließlich etwa 200 Kriegsgesellschaften und rund 33.000 Angestellten anwuchs. Von den meisten Unternehmen wurde Rathenaus Initiative hingegen als Ausgeburt des „kontrollierenden, planenden und verwaltenden“ Staates wahrgenommen.¹⁰⁵ Dass sein Kurs im Unternehmerlager zu Protest und Ablehnung führte, akzeptierte Rathenau in selbstbewusster Überzeugung, dass sein Weg alternativlos sei.

Als Rathenau Anfang April 1915 aus den KRA-Gremien wieder auschied, gab es bereits keinen Markt mit regulärer Preisbildung mehr.¹⁰⁶ Rathenau kehrte zwar zur AEG zurück, aber für die Expansion des Konzerns im Ersten Weltkrieg waren andere verantwortlich. So sehr er die AEG als sein „Identifikationszentrum“¹⁰⁷ ansehen mochte: Er hatte mit dem eigentlichen Geschäft schon seit 1902 kaum noch etwas zu tun und war weitgehend isoliert. Er behielt zwar bei der Regelung der Nachfolgefrage 1915/16 den AEG-Aufsichtsratsvorsitz und dazu noch den dekorativen Titel eines „Präsidenten“. Aber obwohl er sich mit besonderen Vollmachten ausstatten ließ, wussten alle Entscheidungsträger, dass er in dieser Funktion nicht viel mehr als ein „Frühstücksdirektor“ war. Schadenfroh-herablassend notierte Felix Deutsch im Oktober 1915, es gehe „alles seinen glatten Gang, er hat sich bei uns das Zimmer seines Vaters bewilligen lassen und macht einen glücklicheren Eindruck wie je; ich glaube, er hat befürchtet,

104 Harald Wixforth: Die Gründung und Finanzierung von Kriegsgesellschaften während des Ersten Weltkriegs. In: Hartmut Berghoff/Jürgen Kocka/Dieter Ziegler (Hrsg.): *Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs. Im Gedenken an Gerald D. Feldman*. München 2010, S. 81–105, bes. S. 90–103, Zitat S. 98.

105 Stefanie van de Kerkhof: Public-Private Partnership im Ersten Weltkrieg? Kriegsgesellschaften in der schwerindustriellen Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches. In: Berghoff u.a. (Hrsg.): *Wirtschaft* (wie Anm. 104), S. 106–133, hier S. 131; vgl. Wolfgang Michalka: *Kriegsrohstoffbewirtschaftung, Walther Rathenau und die „kommende Wirtschaft“*. In: Ders. (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*. München/Zürich 1994, S. 485–505, hier S. 485.

106 Werner Plumpe: *Das kalte Herz. Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution*. Berlin 2019, S. 295.

107 Pogge von Strandmann: *Hochmeister* (wie Anm. 6), S. 39.

daß man sich nach dem Tode seines Vaters ganz von ihm trennen wollen würde.“¹⁰⁸

Rathenau widmete sich verstärkt neuen Tätigkeiten wie der Mitarbeit in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ und der politisch-literarischen Buchproduktion. In seiner Schrift „Von kommenden Dingen“ (1917) propagierte und präzierte er seine Gemeinwohl-Thesen. Die hier ventilierten staatssozialistischen Tendenzen machten ihn im Unternehmerlager mindestens ebenso suspekt wie seine vorherige Rolle als staatlicher Wächter in der KRA. Noch größer wurde die Aversion bei den Männern der Wirtschaft, als die Hoffnung auf einen baldigen Sieg immer mehr schwand, während die weithin beklagte „Überorganisation“ der Kriegswirtschaft voranschritt. Unternehmer und zahlreiche Nationalökonomen identifizierten Rathenau als den eigentlichen Urheber der bis dahin unbekannten und eisern durchgesetzten Beschlagnahme von Gütern, der Überwachung der Produktion und der Preisfestsetzung durch die Oberste Heeresleitung, Generalkommandos, Beschaffungsstellen und weitere militärische Instanzen.¹⁰⁹

Bei Kriegsende hatte sich die Hohenzollernmonarchie in den Augen der meisten Wirtschaftsführer diskreditiert. Den Unternehmern, „die in erster Linie an Schornsteine und Schlackehaufen, Eingangsbücher und Gewinnspannen dachten, bedeutete das Schicksal von gekrönten Häuptern wenig“, so ist diese Einstellung, das Kaiserreich wie einen schlecht geführten Betrieb dem Konkursverwalter zu überantworten, treffend beschrieben worden.¹¹⁰ Das Stinnes-Legien-Abkommen und die so genannte „Zentrale Arbeitsgemeinschaft“ sollten die Revolution durch Konzessionen in geordnete Bahnen lenken. Dabei versuchten die Unternehmer, den prekären Sozialfrieden in ihrem Sinn zu gestalten, mussten Arbeitsplätze für die heimkehrenden Soldaten schaffen, den Achtstundentag einführen und bemühten sich, die Sozialisierungsforderungen der Gewerkschaften abzuwehren.¹¹¹

108 Zitiert nach Schulin: Rathenau (wie Anm. 5), S. 35.

109 Roth: Staat und Wirtschaft (wie Anm. 100), S. 52 f.; Michalka: Kriegsrohstoffbewirtschaftung (wie Anm. 105), S. 487.

110 Henry Turner: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers. Berlin 1985, S. 30. Vgl. auch die Beiträge in Patrick Bormann/Judith Michel/Joachim Scholtzky (Hrsg.): Unternehmer in der Weimarer Republik. Stuttgart 2016.

111 Gerald D. Feldman: German Business between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag. Berlin 1970, S. 312–341; Eberhard Kolb/Dirk Schumann: Die Weimarer Republik. 8. Aufl. München 2013, S. 14. Vgl. zur neueren Forschung Günther Schulz (Hrsg.): Ordnung und Chaos. Trends und Brüche in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Stuttgart 2019.

Bezeichnenderweise begab sich Rathenau gar nicht erst in die Niederungen des Betriebsalltags. Er verstand sich nach Kriegsende erst recht in erster Linie als Politiker. Als Mitglied der Sozialisierungskommission des Jahres 1920, als Sachverständiger in der Reparationskommission, als Wiederaufbauminister im Kabinett Wirth und als Außenminister bekleidete er allerdings Ämter, mit denen man in der traumatisiert-polarisierten deutschen Nachkriegsgesellschaft keine Lorbeeren gewinnen konnte. Konsequenterweise kappte er 1921 seine letzten Verbindungen zur Industrie, legte sein Amt als AEG-Präsident nieder und schied aus allen Aufsichtsräten aus. Als politischer Amtsträger wollte er nicht den Eindruck von Interessen- oder Klientelpolitik erwecken. Es spricht wenig dafür, dass er sich noch einmal unternehmerisch betätigt hätte, wenn er nicht ermordet worden wäre.

VI. Ein gescheiterter Unternehmer und Vordenker der Planungsbürokratie?

Nach seiner Ermordung blieb Rathenau weniger als Unternehmer in Erinnerung denn als ein Modernisierer, der aber mit der Modernisierung haderte. Seine Kriegsrohstoffabteilung war „unbestritten die erfolgreichste Wirtschaftsorganisation“ des Weltkrieges gewesen,¹¹² weil es hauptsächlich ihr zu verdanken gewesen war, dass das Deutsche Reich die Kriegsanstrengungen überhaupt so lange hatte durchhalten können. Hierin war wahrscheinlich Rathenaus Hauptleistung zu sehen, denn sein Modell fand europaweit zahlreiche Nachahmer. Sie waren im politisch bunten Milieu derjenigen zu verorten, die in der Zwischenkriegszeit in seiner Nachfolge der ungewöhnlichen „Illusion der zentralen Steuerbarkeit“¹¹³ von Wirtschaft und Gesellschaft anhingen – ein System, das in jenen Jahrzehnten seltsame Blüten trug und sowohl Korporativsystemen wie Ständestaatsmodellen als Vorbild diente. Angesichts der tiefen Krise, die der Liberalismus und seine ökonomischen Leitlinien in der Zwischenkriegszeit erlebten, war der Ruf nach einem „starken Staat“ allenthalben lauter geworden; selbst bei vielen orientierungslosen Anhängern des freien Marktes war die Überzeugung verloren gegangen, dass staatliche Interventionen in den Wirtschaftsablauf

112 Gerald D. Feldman: *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918*. Berlin/Bonn 1985, S. 57.

113 Plumpe: *Das kalte Herz* (wie Anm. 106), S. 234.

ein grundsätzliches Übel seien:¹¹⁴ Keynesianismus, der Korporatismus des italienischen Faschismus und andere Interventionsvarianten erschienen als zukunftssträngige Ordnungsmodelle. Im Wunsch nach Sekurität sollte der „Raubtierkapitalismus“ endgültig in die Schranken gewiesen werden. Gerade durch Rathenaus Organisationstalent waren in den Kriegsjahren die staatlichen und behördlichen Planungstraditionen eingeübt worden.

Heute erscheint die Vorstellung, durch eine umfassende planerische Versorgung werde der Staat schon alles richten, als „die große Illusion des Jahrhunderts“.¹¹⁵ Aber nach 1918 wurden Rathenaus Visionen geradezu eine Spielwiese für Plantheoretiker, die neue Lösungen für die Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Ineffizienzen des Kapitalismus zu finden hofften. Unternehmern hingegen schien dieser Weg geradewegs in die leninistische und stalinistische Planwirtschaft zu führen. Das war sicherlich zum Teil reaktionär bzw. hysterisch, aber in mancher Hinsicht auch nachvollziehbar. Zu wenig wird heute dagegen die Frage gestellt, was an Rathenaus Ideen, die er immer stärker ausarbeitete und sogar radikalisierte, eigentlich noch als „liberal“ im eigentlichen Sinn bezeichnet werden konnte, so schillernd der Begriff schon im 19. und erst recht im frühen 20. Jahrhundert sein mochte. Die Unternehmer der Weimarer Republik, sich meist der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Nationalen Volkspartei, in geringerem Ausmaß der Deutschen Demokratischen Partei verbunden fühlend, hielten weiten Abstand von Rathenaus Vorstellungen.

Es gehört zur Tragik der Persönlichkeit Rathenaus, dass er nicht nur als Unternehmer heute weitgehend vergessen ist, sondern dass in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts auch seine Wirtschaftsvorstellungen kaum anschlussfähig erscheinen. Vielleicht ist das aber auch eine zu vorschnelle Deutung: Angesichts der aktuellen Debatten über die Erbschaftssteuer, die Besteuerung von Kapitalvermögen und die Veränderungen im Zusammenhang des Decoupling der Weltwirtschaft ist es nicht ausgeschlossen, dass selbst der Wirtschaftsplaner Walther Rathenau noch einmal wiederentdeckt werden könnte.

114 Werner Abelshauser: Markt und Staat. Deutsche Wirtschaftspolitik im „langen 20. Jahrhundert“. In: Reinhard Spree (Hrsg.): Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert. München 2001, S. 117–140, hier S. 122.

115 Tony Judt: Postwar. A History of Europe since 1945. London 2007, S. 98.

„Die Wirtschaft ist das Schicksal“ – Walther Rathenau liberaler Sozialismus in transnationaler Perspektive¹

„Die Wirtschaft ist das Schicksal“² – dieses meinem Beitrag vorangestellte Zitat stammt aus einem Vortrag Walther Rathenau vor dem Reichsverband der deutschen Industrie im Jahr 1921.³ Häufig wird das Zitat so gelesen, als habe Walther Rathenau einem Primat der Wirtschaft vor der Politik das Wort reden wollen. Somit wird es als Resultat bzw. Lehre aus den Krisen der Revolution und des Ersten Weltkriegs interpretiert. Es wird eingeordnet in die wirtschaftlich schwierige Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit, die durch Unsicherheiten über die zu erwartenden Friedensbedingungen und Reparationsforderungen, die Anforderungen der Demobilmachung und Rüstungskonversion sowie Nahrungsmittel- und Kohleknappheit gekennzeichnet war. Die Überwindung dieser vielschichtigen Krisen gerinnt im Gebrauch dieses Zitats häufig zu einer „Schicksalsfrage“ der deutschen Nation und zu einer politischen Steuerungsaufgabe fast unmenschlichen Ausmaßes, die im Grunde nur von der Wirtschaft selbst leistbar zu sein scheint.

Rathenau Aussage ist allerdings noch viel grundsätzlicher zu verstehen, weder Staatskritik noch Gegenwartsbeschreibung, sondern eine Zukunftsprognose. Sein Zitat leitet Rathenau aus einer Anekdote über ein Treffen zwischen Napoleon und Goethe am 2. Oktober 1808 ab, und zwar konkret aus einer Unterhaltung über das zu dieser Zeit aufkommende Genre des Schicksalsdramas. Napoleon soll in diesem Kontext gesagt haben: „Was will man immer von dem Schicksal? Politik ist das Schicksal!“ Rathenau war der Auffassung, dass diese Diagnose über 100 Jahre Gültigkeit besessen und im Krieg ihren Zenit erreicht habe, nunmehr aber an Bedeutung verliere:

1 Ich danke Nicole Held und Vincent Möckl für ihre Unterstützung bei der Recherche zu diesem Text und bei seiner Formatierung.

2 Walther Rathenau: Wiederaufbau und Sachleistungen. Rede in der dritten Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, München 27. bis 29. September 1921. Berlin 1921, S. 12–21, hier S. 20.

3 Ebd.

„Es wird der Tag kommen, wo es sich wandelt und wo das Wort lautet: Die Wirtschaft ist das Schicksal. Schon in wenigen Jahren wird die Welt erkennen, daß die Politik nicht das Letzte entscheidet.“⁴

Rathenau leitete daraus also kein Vertrauen in Selbststeuerungskräfte des Marktes oder ein Postulat für freien Wettbewerb ab. Er münzte seine Aussage auch keineswegs nur auf die Deutschen oder die deutsche Wirtschaft in der Nachkriegssituation. Im Gegenteil: In Rathenaus Denken besteht die Diagnose, die moderne Gesellschaft stehe vielfältigen Krisen gegenüber, die durch entschlossenes politisches Handeln gelöst werden müssen, nicht erst seit dem Ersten Weltkrieg. Für ihn ist die Wirtschaft nicht unabhängig von der Politik zu denken und ihre Schicksalsqualität liegt in der Knappheit von Rohstoffen bei weltweit wachsenden Bevölkerungszahlen. Während es der Wirtschaft obliegen solle, Rohstoffe möglichst effektiv und effizient zur Versorgung der Bevölkerung und für ihren ökonomischen Fortschritt einzusetzen, ist es die Verantwortung der Politik, für eine gerechte Verteilung der benötigten Rohstoffe, Güter und Waren zu sorgen. In diesem ethisch-moralisch auszulotenden Punkt berührten sich bei Walther Rathenau sein Verständnis eines mechanischen, durch Arbeitsteilung und Rationalität gekennzeichneten Zeitalters und seine Forderung und Sehnsucht, bei der Organisation der Gesellschaft ihrem organischen Aufbau, ihren traditionellen Wertbindungen und kulturellen Errungenschaften Rechnung zu tragen. Oder wie er es selbst in Bezug auf die wirtschaftliche Situation Deutschlands nach dem Krieg formulierte:

„Wenn man sagt, der und der Vorgang habe auch eine moralische Seite, so gesteht man zu, daß man gewohnt ist, den mechanischen Zusammenhang als die Hauptsache zu sehen und den ethischen als eine Seitenansicht, die zufällig stimmen oder nicht stimmen kann. In Wahrheit aber ist alles Geschehen mehrdimensional; die moralischen, metaphysischen und mechanischen Notwendigkeiten sind identisch, sie sind verschiedene Betrachtungsweisen des gleichen geistigen Ablaufs, der in seiner Sichtbarkeit Weltgeschehen heißt.“⁵

Schon früh und lange vor dem Ersten Weltkrieg suchte Rathenau im Kaiserreich engen Kontakt zur Politik, wenn er etwa den Staatssekretär des neuerrichteten Kolonialamtes Bernhard Dernburg 1907 auf seiner Reise nach Ostafrika und 1908 nach Südafrika als Berater in Wirtschaftsfragen

4 Ebd.

5 Walther Rathenau: *Metaphysik des Ruins*. In: Ders.: *Was wird werden?* Berlin 1920, S. 47–53, hier S. 47.

begleitete.⁶ Bereits die in diesem Zusammenhang verfassten Denkschriften lassen erahnen, welche Schlüsselrolle Rathenau der Rohstofffrage für den gesellschaftlich-ökonomischen Fortschritt zuwies und wie untrennbar die Bewirtschaftung der Rohstoffe, ihre Erschließung und Nutzung in seinen Augen mit ethisch-moralischen Problemen verbunden waren, die in der Sprache der Zeitgenossen als „Soziale Frage“ verhandelt wurden. Die Antworten suchte er dabei keineswegs nur im nationalen Kontext, obwohl er die Rohstoffkonkurrenz zwischen den Staaten schon früh als ein wachsendes Kriegsrisiko interpretierte.⁷

Insofern wurzelten seine wirtschaftsethischen Vorstellungen in den sozioökonomischen Bedingungen des Kaiserreichs. Sie waren aber auch stark durch die Beobachtungen geprägt, die er in Großbritannien machen zu können meinte. Auf den Vorbildcharakter von Benjamin Disraeli für Walther Rathenaus Selbstverständnis beim Bemühen, die „entfesselten Kräfte der Moderne“ zu zähmen, hat bereits Fritz Stern hingewiesen.⁸ Im Krieg wurden diese Ideen bei ihm vor allem bestätigt, geschärft und zugespitzt. Um die drei Hauptachsen von Rathenaus Überlegungen herauszuarbeiten, die auch Lern- und Reflexionsprozesse abbilden,⁹ werde ich zunächst auf seine Vorstellungen von einer gerechten und rationalen Rohstoffverteilung eingehen, dann den von ihm favorisierten Wirtschaftsaufbau betrachten, um abschließend zu erläutern, inwiefern er so die „Soziale Frage“ durch einen liberalen, explizit nicht marxistischen Sozialismus lösen wollte. Ein besonderes Augenmerk gilt der Verflechtung seiner ökonomischen Annahmen mit der radikalen Gedankenwelt des britischen Linksliberalismus seiner Zeit „unter Einschluß rassistischer, sozialdarwinistischer, imperialistischer und elitärer Bezüge“.¹⁰ Der Liberalismus-Begriff wird hier also explizit nicht in seinem – womöglich – idealisierenden, gegenwärtigen Verständnis verwendet.¹¹

6 Hartmut Pogge von Strandmann (Hrsg.): Walther Rathenau Tagebuch 1907–1922. Düsseldorf 1967, S. 55–117; Lothar Gall: Walther Rathenau. Porträt einer Epoche. München 2009, S. 66–150; Shulamit Volkov: Walther Rathenau. Weimar's Fallen Statesman. New Haven/London 2012, S. 64–75.

7 Vgl. u.a. Christian Schölzel: Walther Rathenau. Eine Biographie. Paderborn 2006, S. 198.

8 Fritz Stern: Walther Rathenau and the Vision of Modernity. In: Ders.: Einstein's German World. Princeton 1999, S. 165–196, hier S. 169.

9 Vgl. zu diesem Aspekt von Rathenaus Persönlichkeit und Werk: Stern: Walther Rathenau (wie Anm. 8); sowie zu seinem Verhältnis zur Moderne: Gall: Rathenau (wie Anm. 6).

10 Hartmut Pogge von Strandmann: Rathenau – ein liberaler Unternehmer? In: Werner E. Mosse/Hans Pohl (Hrsg.): Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1992, S. 356–365, hier S. 365.

11 Vgl. ebd.

1. Die Knappheit der Rohstoffe als Schicksal

Walther Rathenau trat bereits im Kaiserreich als Politikberater in Erscheinung, so dass er zwischenzeitlich sogar als Staatssekretär des Reichskolonialamtes ins Gespräch gebracht wurde. Mit Bernhard Dernburg bereiste er die deutschen Kolonien in Ostafrika und in Südwestafrika, um Empfehlungen für ihre Erschließung zu geben und ihren Entwicklungsstand zu untersuchen.¹² In seinen „Erwägungen über die Erschließung des Deutsch-Ostafrikanischen Schutzgebietes“¹³ entwarf er einen kolonialen Idealzustand ökonomischer Blüte, den er so definierte,

„daß eine dem Flächenraum entsprechende Einwohnerzahl unter Aufbietung aller wirtschaftlichen Kräfte und unter Befriedigung aller verständigen Bedürfnisse die gegebenen Naturkräfte und Produkte in Werte umsetzt, daß diese Werte ohne transportliche Reibungsverluste und konkurrenzfähig den Weltmarkt erreichen, und daß die weitere Entwicklung adäquat den Errungenschaften der Technik in friedlichen Bahnen vorschreitet. In dieser Betrachtung liegt [...] die wahre wirtschaftliche Berechtigung dafür, daß fremden Volksstämmen die heimische Herrschaft, Denk- und Arbeitsweise auferlegt wird; wobei freilich die Erwägung hinzutritt, daß die alten Kulturvölker ihren Nachkommen dafür verantwortlich sind, daß irdische Naturschätze an keiner Stelle brachgelegt und abgesperrt bleiben dürfen.“¹⁴

Rathenau ging im Grundsatz davon aus, dass die Welt überbevölkert und die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung bisher nur durch eine neue arbeitsteilige Ordnung der Wirtschaft und des Lebens möglich gewesen sei. Diese Ordnung beschrieb Rathenau als „universale Mechanisierung“; die darin bestehe, „daß die Menschheit, halb bewußt, halb unbewußt zu einer einzigen Zwangsorganisation verflochten, bitter kämpfend und dennoch solidarisch für ihr Leben und ihre Zukunft sorgt.“¹⁵

Rathenau betrachtete diese mechanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als Resultat eines evolutionären Prozesses und dementsprechend als naturgesetzlich. Insofern stellte er sie nicht grundsätzlich in Frage, sondern kritisierte vor allem, dass sie zu viel auf Konkurrenz und Wettbewerb ausgerichtet sei und zu wenig Bewusstsein für die Notwendigkeit einer

12 James Joll: Prophet ohne Wirkung. Eine biographische Skizze. In: Pogge von Strandmann (Hrsg.): Walther Rathenau Tagebuch (wie Anm. 6), S. 15–53, hier S. 24.

13 Auszüge aus den „Erwägungen über die Erschließung des Deutsch-Ostafrikanischen Schutzgebietes“. In: Pogge von Strandmann (Hrsg.): Walther Rathenau Tagebuch (wie Anm. 6), S. 75–86.

14 Ebd. S. 77.

15 Walther Rathenau: Von kommenden Dingen. Berlin 1917, S. 28; vgl. auch Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 159–174.

die gesamte Menschheit umfassenden Solidarität habe.¹⁶ Dabei stellte er sich nicht gegen eine Modernisierung der Industrie, sondern forderte ihre „Organisation“, aber auch ihre wertkonservative Grundierung ein, um möglichen Auflösungserscheinungen entgegenzuwirken.¹⁷ In diesem Sinne sympathisierte er mit der Mitteleuropaidee Friedrich Naumanns. Rathenau legte 1913 auch einen eigenen Vorschlag für einen europäischen Binnenmarkt vor, mit dem er gemeinsam den Herausforderungen durch die Wirtschaftsmacht der USA begegnen wollte. Er konnte sich aber auch für eine auf eine liberale „Zivilisierungsmission“¹⁸ ausgerichtete Kolonialpolitik erwärmen.¹⁹

Vor allem Rohstoffe erschienen ihm im Weltmaßstab als zu knapp, als dass man sie durch Luxus oder fehlende rationale Planung vergeuden durfte. Die deutsche Kolonialherrschaft beurteilte Rathenau in dieser Hinsicht sehr kritisch und führte ihre Mängel darauf zurück, dass die deutschen Mittelschichten im Gegensatz zur englischen Gentry nur Subordination gewohnt seien und es ihnen deshalb an Herrschaftserfahrung und -befugnis mangle.²⁰ Er sah darin auch die selbst aus seiner Sicht unverhältnismäßigen Grausamkeiten der deutschen Kolonialtruppen im Rahmen der Aufstände der Herero und Nama in Südwestafrika begründet, die er explizit als solche benannte.²¹ Garanten rationaler Planung und Steuerung waren in seinen Augen nicht länger Adel oder Militär, sondern Manager und Ingenieure als Repräsentanten eines durch Rationalität geprägten „bürgerli-

- 16 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 15), S. 28–32, 345; Walther Rathenau: Die neue Wirtschaft. Berlin 1921, S. 28; zur Karriere des Begriffs „Solidarität“ und seinen Problemen vgl. auch Dietmar Süß/Cornelius Torp: Solidarität. Vom 19. Jahrhundert bis zur Corona-Krise. Bonn 2021.
- 17 Walther Rathenau: Zur Kritik der Zeit. Berlin 1922; Walther Rathenau: Physiologie der Geschäfte. In: Die Zukunft 35 (1901), S. 495–514; vgl. auch Dirk van Laak: Zwischen „organisch“ und „organisatorisch“. „Planung“ als politische Leitkategorie zwischen Weimar und Bonn. In: Burkhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hrsg.): Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960). Bd. 1. Münster 2003, S. 67–90.
- 18 Bruce Mazlish: Civilization and its Contents. Stanford 2004; Boris Barth/Jürgen Osterhammel (Hrsg.): Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert. Konstanz 2005.
- 19 Stern: Rathenau (wie Anm. 8), S. 175; Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 115–117, 139–140; Gerald D. Feldman: Der unschlüssige Staatsmann. Rathenaus letzter Tag und die Krise der Weimarer Republik. In: Tilmann Buddensieg/Thomas Hughes/Jürgen Kocka u.a. (Hrsg.): Ein Mann vieler Eigenschaften. Walther Rathenau und die Kultur der Moderne. Berlin 1990, S. 84–98, hier S. 85 f.; Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 153, 177.
- 20 Rathenau: Kritik (wie Anm. 17), S. 78 f.
- 21 Auszüge aus der „Denkschrift über den Stand des Südwestafrikanischen Schutzgebietes“. In: Pogge von Strandmann (Hrsg.): Walther Rathenau Tagebuch (wie Anm. 6), S. 104–117; zu seiner Einschätzung der Kolonialverbrechen an den Herero und Nama vgl. auch Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 149–150.

chen Wertehimmels“²². Er idealisierte in dieser Hinsicht Großbritannien und die britische Kolonialherrschaft, von der er sicher war, dass die Deutschen von ihr lernen konnten und mussten. Entsprechend führte die zweite Expedition nicht nur nach Deutsch-Südwestafrika, sondern auch in die britischen Kolonien in Südafrika. Im Sommer 1908 vermittelte er bei einem inoffiziellen Zwischenaufenthalt seiner Reisegruppe in London eine Reihe von Treffen mit britischen Politikern zum Gedankenaustausch über Fragen der Kolonialpolitik.²³

Rathenau schrieb, wie die Wahl des Titels „Physiologie der Geschäfte“ bereits andeutet, bestimmten Bevölkerungsgruppen kollektiv spezifische, geistig-psychische Eigenschaften zu und baute seine Gegenwartsanalysen sowie Konzepte auf der Annahme feststehender „Volkscharaktere“ auf.²⁴ Wie in anderen Bereichen auch, ließen sich in solchen Reflektionen positive oder negative stereotype Zuschreibungen eines vermeintlichen Charakters der Nation, Klasse, Rasse, des Berufs oder des Geschlechts essentialisieren und in ein wissenschaftliches Gewand kleiden, was sich enormer Popularität und Überzeugungskraft erfreute.²⁵ Auf Rathenaus internalisierten Antisemitismus sowie seine Hochschätzung des Preußen- und Germanentums ist schon verschiedentlich hingewiesen worden,²⁶ wobei letzteres England – wie bei vielen seiner Zeitgenossen – zunächst immer explizit einschloss.

Auch Rathenaus Unterscheidung in Furchtmenschen und Mutmenschen bzw. in Zweckmenschen und Gesinnungsmenschen atmet diese psychologisierende und ontologisierende Hierarchisierung menschlicher Qualitäten, geronnen in einem Kollektivsingular.²⁷ Diese Orientierung war keineswegs zwangsläufig aggressiv nationalistisch, sondern konnte sich auch in einem gemäßigten Patriotismus im Rahmen eines gewissermaßen „rooted cosmo-

22 Manfred Hettling/Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.): Der bürgerliche Werthimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts. Göttingen 2000.

23 Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 76.

24 Rathenau: Physiologie der Geschäfte (wie Anm. 17). Vgl. auch Walther Rathenau: Kritik der dreifachen Revolution. Nördlingen 1987, S. 58 f.; Walther Rathenau: Die neue Gesellschaft. Berlin 1919, S. 8 f., 14–16, 57–67; Rathenau: Der neue Staat. Berlin 1919, S. 16–20.

25 Glenda Sluga: Nation, Psychology, and International Politics, 1870–1919. Basingstoke 2006.

26 Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 81–95; Ernst Schulin: Krieg und Modernisierung. Rathenau als philosophierender Industrieorganisator im Ersten Weltkrieg. In: Buddensieg u.a. (Hrsg.): Ein Mann vieler Eigenschaften (wie Anm. 19), S. 55–69, hier S. 59; Stern: Rathenau (wie Anm. 8), S. 168–172.

27 Stern: Rathenau (wie Anm. 8), S. 172 f.; Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 104–107; zur Funktion dieser Art von Metaphern und ihrer rassistischen und antisemitischen Qualitäten vgl. auch Niklas Berg: Luftmenschen: Zur Geschichte einer Metapher. Göttingen 2014.

politanism“²⁸ äußern. So stand Rathenau vor dem Ersten Weltkrieg dem sogenannten Fortekreis nahe, einer pazifistischen Gruppe, die „einen Bruderschaftsbund von Seelenmenschen zur Vereinigung der Menschheitsvölker gründen“ wollte.²⁹ Sie strebte nach einem erneuerten kosmopolitischen Bürgertum, das seine lebensreformerische Position in Nachfolge, aber auch Abgrenzung zu John Ruskin und Henry David Thoreau suchte. Sie sehnte sich nach einem korporativen, vermeintlich organischen Gesellschaftsaufbau als „drittem Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus.³⁰

In seinem Text „Die neue Ära“ brachte auch Rathenau 1907 diese Zukunftserwartung zum Ausdruck, wenn er festhielt: „Das Thermometer des Kontinents zeigt heute auf ‚Selbstverwaltung‘.“³¹ Er war überzeugt:

„Über lang oder kurz müssen die neuen Kraftkomponenten zusammenwirken: die Liberalisierung Europas, das wiedererwachende Interesse an konstitutionellen Fragen, die äußere politische Spannung und das Zurückweichen überlebter Phänomene. Und es wäre wohl denkbar, daß die resultierende Kraft eine bürgerliche nationale Bewegung auslöste [...] Eine solche Bewegung würde den konstitutionellen Gedanken des Liberalismus aufnehmen und doch, ähnlich wie in England, nicht regierungsfeindlich, sondern geschäftlich-positiv in der Richtung der Landesinteressen wirken.“³²

In Deutschland hielt Rathenau die Elitenreproduktion für völlig dysfunktional. Ihre Stabilisierung durch das Erbrecht münde in eine Plutokratie ungeeigneter Entscheidungsträger, wie er seinen fiktiven Onkel, den kaiserlich russischen Staatsrat Nikolaus von der Mühl, 1901 in „Der Zukunft“ ausführen ließ:

„Ich sehe die Herrscher der kommenden Zeit und ihre Kinder. [...] Alles hat sich vererbt, nur nicht Geist und Kraft. [...] Eine Drachenbrut, liegen sie auf überkommenen Schätzen, zu faul sie zu mehren, und zu schwach, sie zu erhalten. [...] Der erträglichste und deshalb erstrebenswerteste Zustand der Geldherrschaft scheint mir daher erreicht zu sein, wenn die Tüchtigsten, Fähigsten und Gewissenhaftesten auch die Reichsten sind.“³³

28 Ulrich Beck: Rooted Cosmopolitanism. Emerging from Rivalry of Distinctions. In: Ders./Nathan Sznaider/Rainer Winter (Hrsg.): Global America? The Cultural Consequences of Globalization. Bielefeld 2003, S. 15–29.

29 Schulin: Krieg und Modernisierung (wie Anm. 26), S. 59; Dieter Heimböckel: „Es werden keine esoterischen Gemeinden die Führung ergreifen“. Walther Rathenau und der Fortekreis. In: Richard Faber/Christine Holste (Hrsg.): Der Potsdamer Fortekreis. Eine utopische Intellektuellenassoziation zur europäischen Friedenssicherung. Würzburg 2001, S. 163–184; Volkov: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 126 f.

30 Faber/Holste (Hrsg.): Der Potsdamer Fortekreis (wie Anm. 29).

31 Walther Rathenau: Die neue Ära. In: Hannoverscher Courier, 12.2.1907, S. 1 f., hier S. 1.

32 Ebd., S. 1 f.

33 Rathenau: Physiologie der Geschäfte (wie Anm. 17), S. 512.

Rathenau war durchaus klar, dass es sich bei diesem Ziel, das er als „Euplutismus“ bezeichnete, um einen in die Zukunft projizierten Idealzustand handelte. Den Weg dorthin wollte er durch eine progressive Einkommenssteuer, hohe Abgaben auf Erbschaften, Mitgiften und Schenkungen und die Besteuerung „nichtarbeitender“ Vermögen beschreiten. Außerdem wünschte er sich eine staatliche Kontrolle der Monopole, Syndikate und Trusts, die bei Bedarf auch Verstaatlichungen einschloss, um abschließend zu betonen, dass es sich dabei um nicht mehr und nicht weniger handle, als die Anwendung „bürgerlicher Moral“.³⁴ Schon früh trat er deshalb für die Schaffung eines Reichsindustrialamts ein, also eines mit Sachexpertise ausgestatteten Fachministeriums.³⁵

Eine solche Spezialisierung war für Rathenau auch Teil einer verbesserten Auswahl der Eliten durch Wettbewerb in einer in seinen Augen längst funktional differenzierten Gesellschaft, die sich in einem Wettkampf um Ressourcen und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit anderen Nationen befand:

„Richtkraft und Stoßkraft, die beiden Hauptwaffen im Daseinskampf der Nationen, sind Sache der Völker. Nicht Geschlechter nach Kasten können diese Kräfte verleihen, denn der Wettkampf fordert, daß die Gesamtheit aller verfügbaren Menschenkräfte aufgerufen werde, um ihr ganzes Besitztum an Geist und Willen zu steuern. Richtkraft ergibt sich als Destillat aller erschwingbaren Gedanken, Stoßkraft als Aussonderung aller erreichbaren menschlichen Genialitäten. Die Beschränkung beider Kräfte auf einen begrenzten Kreis von wenigen hundert oder tausend Seelen bedeutet eine freiwillige Verarmung des Geistes und Willens, an der ein Volk stirbt, wenn seine Nachbarn ihren vollen Besitz ihm entgegenstellen.“³⁶

Rathenau war überzeugt, dass diese Auslesemechanismen, die sich seiner Meinung nach im englischen und französischen Parlamentarismus herausgebildet hatten, in Deutschland völlig fehlten. Er hielt es deshalb für zwingend, die deutschen Parlamente in eine vergleichbare Position zu setzen und sie zu einem „volksmäßigen Regulativ für die Auswahl zur Verantwortung“ zu machen.³⁷ Dazu gehörte für Rathenau auch die Aufhebung des erblichen Proletariats in einem Volksstaat.³⁸

34 Ebd., S. 512–514.

35 Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 79.

36 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 15), S. 324, 327.

37 Ebd., S. 331–335.

38 Ebd., S. 335–340; zum Begriff des Volksstaats vgl. Steffen Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg. Berlin 2003.

Insofern deutete sich in seinen frühen Texten und seinem politischen Engagement bereits an, was Rathenau in seinem Text „Der Kaiser“ noch viel deutlicher zum Ausdruck bringen sollte, dass er nämlich die Monarchie als Staatsform einer arbeitsteilig organisierten, nach Sinn suchenden, modernen Gesellschaft für überholt hielt. Die Republik erschien ihm leistungsfähiger und geeigneter, mit den vielschichtigen Problemen einer Industriegesellschaft umzugehen. Mit Blick auf die Zäsur des Krieges kam er zu der Erkenntnis:

„Der Krieg war kein Unfug und kein Missgeschick, das man auf administrativem Weg beseitigt, sondern er ist eine Weltrevolution und diese Weltrevolution ist nicht beendet. [...] Beendet ist die Epoche, in der eine handvoll erhobener Menschen in kriegesischen Uniformen und sorgsam Gehröcken im Namen ihrer Völker und der Menschheit, wie sie glauben, in Wahrheit im Namen ihrer Klassen und deren Interessen, im Namen einer alten Gleichgewichts- und Machtpolitik, im Namen einer mechanisierten Weltordnung, im Namen der alten Gewaltstaaten, Land- und Seemächte Recht sprechen, Erde und Wasser, Reichtum und Armut, Leben und Tod verteilen, ihre Taten mit Staatssiegeln heiligen und mit Gepränge vor den Augen der Nachwelt verherrlichen.“³⁹

Es musste einen neuen, rationalen, nicht konkurrenzbetonten Verteilungsmodus für Rohstoffe, Güter und Waren geben, der sich an den Bedürfnissen der Menschheit orientierte. Entsprechend hielt Rathenau einen solchen technokratischen Entwurf keineswegs nur für eine Lösung für Deutschland. Er glaubte vielmehr, dass die Versöhnung der durch den Krieg verfeindeten Nationen nicht mit Hilfe eines Völkerbundes gelingen könne, der die dynastische Politik der Vergangenheit fortführe. Stattdessen wäre es gut, wenn die Pariser Friedenskonferenz, die Rathenau als Nachfolger des Kongresses von 1815 sah, „die innere Solidarität, die organische Evolution der irdischen Gesellschaft vorbereitete“.⁴⁰ Er verwahrte sich gegen den Völkerbund als Schiedsgericht und imaginierte stattdessen ein kosmopolitisches, sachrationales Verwaltungsgremium, dem es obliegen sollte, vor allem die Rohstoffe nach Bedarf sinnvoll an die Staaten bzw. Wirtschaften zu verteilen, um so als „Menschheitsbund“⁴¹ langfristig Konflikte auszuschalten und die „Soziale Frage“ zu lösen.⁴² Schon früher hatte er betont, dass das mechanische Zeitalter die Menschheit zusammengeschweißt hatte:

39 Walter Rathenau: *Der Kaiser*. Berlin 1923 [zuerst 1919], S. 51 f.

40 Ebd., S. 59.

41 Walther Rathenau: *Wirtschaft ohne Unternehmer*. Berlin 1922, S. 5.

42 Ebd., S. 4 f.

„Der Gesamtkampf der menschlichen und natürlichen Gewalten aber schließt jedes menschliche Dasein und Wesen ein: der planetare Geist kämpft als Einheit. [...] Wir streben zur Einheit und Solidarität menschlicher Gemeinschaft, zur Einheit seelischer Verantwortung und göttlicher Zuversicht.“⁴³

Dafür war in seinen Augen eine neue Wirtschaftsordnung – eine autonome Wirtschaft – die Voraussetzung, die in Deutschland organisch aus dem Krieg hätte erwachsen können, dann aber durch die Revolution und aus seiner Sicht falsche politische Entscheidungen in Frage gestellt worden war.

2. *Neue Wirtschaft*

Die „Neue Wirtschaft“ sollte ganz unzweifelhaft am Gemeinwohl orientiert sein, denn – so hielt Rathenau 1916 in einem Vortrag über die „Probleme der Friedenswirtschaft“⁴⁴ vor der Deutschen Gesellschaft 1914 fest – grundlegend für einen wirtschaftlichen Wieder- und Neuaufbau sei eine Änderung des wirtschaftlichen Denkens, weg von der Profitorientierung, hin zu einer Gemeinwohlorientierung:

„Wirtschaft ist nicht mehr die Sache des Einzelnen, sondern Sache der Gesamtheit. Denn das ganze Wirtschaftsgebiet, auf dem wir stehen und leben, ist begrenzt und erschöpflich. Die Materialien sind es, die Arbeit ist es, die Kapitalien sind es. [...] Wirtschaft bleibt nicht länger Privatsache, sie wird *Res publica*, die Sache Aller!“⁴⁵

Auch hier klingt wieder die Sorge über eine allgemeine Ressourcenknappheit an, die er durch eine weitgehende Konzentration und Rationalisierung der deutschen Wirtschaft sowie gezielte Planung bearbeiten wollte, um so der Verschwendung entgegenzuwirken und die größtmögliche Produktivität zu erreichen.⁴⁶

„[...] wo Wirtschaft nicht mehr die Sache des Einzelnen ist, sondern Sache der Gemeinschaft, kann es nicht gleichgültig sein, ob der Einzelne Raum, Werkzeug, Materialien vergeudet.“⁴⁷

Mit Blick auf Verschwendung sprach er sich auch gegen jeden Luxus aus, wobei er den Alkohol als besonders destruktives Genussmittel hervorhob.⁴⁸

43 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 15), S. 344 f.

44 Walther Rathenau: Probleme der Friedenswirtschaft. Berlin 1917.

45 Ebd., S. 23.

46 Ebd., S. 33 f.

47 Ebd.

48 Ebd., S. 53 f.

Er erklärte es zur nationalen Pflicht, die eigene Arbeitsleistung einzubringen, wobei sich seine Kritik auf die Stände bezog, „die uns als Rentner, als Erben, als Liebhaber, Besitzer und Beschützer von schönen Dingen bisher Erfreuliches und Farbiges beschert haben“.⁴⁹ Wissenschaft, Kunst und Religion waren damit ausdrücklich nicht gemeint, weil sie nicht innerhalb eines wirtschaftlichen Zusammenhanges, sondern aus eigenem Recht bestünden.⁵⁰ Auch das Kapital wollte Rathenau einer stärkeren Kontrolle unterstellen, und er warf zumindest die Frage auf, inwiefern eine vollständige Gewerbefreiheit und Privateigentum noch zeitgemäß seien.⁵¹ Insgesamt trat er für mehr Planung und Kontrolle, wirtschaftliche Konzentration und Rationalisierung ein, die er ebenso wie Verzicht und Arbeit, in Abgrenzung zu Konsum und arbeitsfreiem Einkommen, zu einer moralisch überlegenen, quasi natürlichen, auf Transzendenz ausgerichteten Lebensführung nicht nur des Individuums, sondern des Kollektivs stilisierte:

„Überblicken wir das Bild, das sich uns entrollt hat, so wird vielleicht hier und dort der Gedanke auftauchen, es handle sich um ein weltfremdes, entbehrungsvolles, freudloses und farbenarmes Leben, das wir in Zukunft führen sollen. Das ist nicht zu fürchten. Unser Leben wird freier und reicher sein, wenn es auch etwa in stilleren Formen sich abspielt. [...] Ein Teil des Luxus, des Überflüssigen, des Tandes und Krames, der in unseren Wirtschaftsbehältern kreist, verschwindet. Ich glaube, daß unsere Arbeit geistiger und intensiver wird; [...] Wir werden zu den natürlichen Gütern geführt an Stelle der künstlichen; vom Käuflichen werden wir gewiesen zum Ewigen, zum Absoluten, zum Allgemeingültigen.“⁵²

Allerdings könne die Lösung nicht die Verstaatlichung der Wirtschaft sein, sondern eine engere Gemeinschaft zwischen einem unbürokratischem Staat und der Wirtschaft, wobei Rathenau den Staat zum „wahren und höchsten Organ des gemeinschaftlichen Willens und Geistes“ erklärte:⁵³ In der „Neuen Wirtschaft“ trat er für die Zusammenfassung der verschiedenen Industriezweige zu Berufs- und Gewerbeverbänden ein, die er in die Tradition der Gilden und Zünfte stellte, aber auch explizit von ihnen abgrenzte als

„Produktionsgemeinschaft, in der alle Glieder organisch ineinandergreifen, nach rechts und links, nach oben und unten zur lebendigen Einheit zusammengefasst,

49 Ebd., S. 35.

50 Ebd.

51 Ebd., S. 43 f.

52 Ebd., S. 54 f.; zum Luxus aus historischer Perspektive vgl. auch: Karin Hofmester/Bernd-Stefan Grewe (Hrsg.): *Luxury in Global Perspective. Objects and Practices, 1600–2000*. Cambridge 2017.

53 Rathenau: *Probleme der Friedenswirtschaft* (wie Anm. 44), S. 34 f.

mit einheitlicher Wahrnehmung, Urteil, Kraft und Willen versehen, nicht eine Konföderation, sondern ein Organismus“.⁵⁴

Dieser Organismus sollte auf Selbstverwaltung beruhen. Rechtlich als Aktiengesellschaften organisiert, an denen die Einzelunternehmen ihrer Leistung entsprechend zu beteiligen wären, sollten die Berufsverbände wie Syndikate die Leitung von Produktion und Absatz übernehmen. Daneben sollte ihnen die Verantwortung für den Rohstoffeinkauf und die Rohstoffverteilung, die Geschäftsführung der Unternehmen, Fragen des Im- und Exports, die Arbeitsteilung zwischen den Betrieben, die Produktionstechnik, die Neuaufnahme von Unternehmen und die Stilllegung von unrentablen Betrieben obliegen, außerdem – essenziell für eine rationalisierte Wirtschaft – die Normierung und Typisierung.

Die Berufsverbände sollten die Verbindung zum übergeordneten Verband eines Gewerbezweiges und zu benachbarten Verbänden halten. Die Gewerbeverbände wiederum sollten die Interessen der verschiedenen Berufsverbände ausgleichen und aufeinander abstimmen, den Rohstoffbedarf kontrollieren und die Vertretung des ganzen Gewerbezweiges gegenüber staatlichen Stellen übernehmen. Für den Staat sah Rathenau eine mitwirkende Aufsicht in den zwangssyndizierten Verbänden vor, ebenso bei der Festsetzung der Preise und bei der Verwertung der Erträge. Die Gewinne, welche die Berufsverbände erwirtschaften würden, sollten, nach angemessener Verzinsung des eingesetzten Kapitals, dem Staat zu Gute kommen, aber auch für soziale Zwecke genutzt werden.⁵⁵ In Rathenaus Augen sollte Deutschland mit der „Neuen Wirtschaft“ den dem „deutschen Volkscharakter“ gemäßen liberalen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus beschreiten, um so den Geist der „Solidarität“ in die Wirtschaft einzuführen.⁵⁶

Auf diesem Weg hielt er für unbedingt notwendig, das politische Parlament durch Fachparlamente zu ergänzen, die seiner Meinung nach dazu beitragen könnten, eine Demokratisierung des gesamten öffentlichen Le-

54 Rathenau: Die neue Wirtschaft (wie Anm. 16), S. 61.

55 Ebd.; vgl. auch Eckart Biechele: Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeption des Reichswirtschaftsministeriums im Jahre 1919. Eine Studie zur Wirtschaftspolitik unter Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissel in der Frühphase der Weimarer Republik. Berlin 1971, S. 96; Hans Gotthard Ehlert: Die wirtschaftliche Zentralbehörde des Deutschen Reiches 1914 bis 1919. Das Problem der „Gemeinwirtschaft“ in Krieg und Frieden. Wiesbaden 1982, S. 158–160; Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 213–224.

56 David E. Barclay: Rudolf Wissel als Sozialpolitiker 1890–1933. Berlin 1984, S. 15–29; vgl. auch Wolfgang Kruse: Kriegswirtschaft und Gesellschaftsvision. Walther Rathenau und die Organisation des Kapitalismus. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867–1922. Berlin [1994], S. 151–168, hier S. 156 f.

bens, eine neue Sachlichkeit der Politik durch Mitbestimmung der Fachleute sowie den Aufbau eines organischen Herrschaftssystems zu erreichen. In seinen Augen waren Parlament und Verwaltung allein kein staatlicher Organismus, sondern bedurften des Aufbaus eines „Systems der Fachstaaten“⁵⁷. Zu jeder Stufe der Beamtenleiter sollte künftig die entsprechende Stufe der Volksvertretung beziehungsweise Interessenvertretung treten, je nach Aufgabe entweder aus regionalen oder beruflichen Elementen gebildet, bis zur Spitze des „ideellen Fachstaates“⁵⁸, wo, von einem Fachparlament getragen, ein Fachministerium stehen sollte. Dessen Vorsitz sollte ein politischer, vom politischen Hauptparlament gebilligter Reichsminister führen. Die Bürokratie lehnte Rathenau als nicht organisch ab. Sie sei überlastet und müsse deshalb ihre Aufgaben und Kompetenzen auf diejenigen mit dem entsprechenden Sachverstand verteilen. Deshalb müsse es viele Parlamente geben, die im Staat in Arbeitsteilung kooperieren sollten.⁵⁹

Rathenaus Meinung nach erforderte die neue Zeit der Mechanisierung, die zu einer Vervielfachung und Differenzierung der Staatsaufgaben führe, eine Dezentralisierung politischer Entscheidungen, also auch eine Arbeitsteilung im politischen System. Diese sei im System der Fachstaaten gegeben, das dazu führen sollte, dass durch Dezentralisation der Entscheidungsbefugnisse diese nur noch den jeweils Betroffenen als den Sachverständigen zufallen sollten. Ein oberstes politisches Gesamtparlament als Abbild demokratischer Mehrheitsverhältnisse sollte die groben Linien festlegen, um im Konfliktfall die Entscheidung herbeizuführen.⁶⁰

Rathenaus Konzept stand in engem Konnex zum Gemeinwirtschaftskonzept von Wichard von Moellendorff und Rudolf Wissel im Reichswirtschaftsministerium. Trotzdem gerieten beide Ansätze zunehmend in Konkurrenz zueinander, und Rathenaus Text über die „Autonome Wirtschaft“ ist nicht zuletzt eine Abrechnung mit den Maßnahmen des Ministeriums, die ihm überstürzt erschienen.⁶¹ Er betonte in diesem Text noch einmal ausdrücklich:

„Die Lösung ist die Neue Wirtschaft, sie und keine andere. Die Neue Wirtschaft ist an sich keine soziale Ordnung, wohl aber ist sie die Voraussetzung jeder künftigen sozialen Ordnung, eben weil sie den unentbehrlichen Ertrag schafft. An sich lässt sie sich jeder sozialen Ordnung angliedern – da sie selbst nichts anderes als geglie-

57 Rathenau: Der neue Staat (wie Anm. 24), S. 32.

58 Ebd., S. 38.

59 Ebd., S. 31–48.

60 Peter Bendixen: Das Staatsdenken Walther Rathenaus. Kiel 1971, S. 191 f., 230–235.

61 Rathenau: Autonome Wirtschaft. Jena 1919, S. 9; zur Kontroverse zwischen Rathenau und Moellendorff vgl. auch Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 275–277.

derte Wirtschaft ist – sogar der kapitalistischen; doch hat sie die Eigenschaft, zur sozialen Ordnung überzuleiten, deren Voraussetzung sie enthält.“⁶²

Um sie zu verwirklichen, bedürfe es eines gerechten Besitzausgleichs, worunter er die Aufhebung der proletarischen Verhältnisse verstand, um so zu einer neuen Gesellschaft zu kommen.⁶³ Das werde aber nicht durch Verstaatlichung oder Sozialisierung der Betriebe erreicht. Rathenau sah die Lösung weiterhin in einer radikalen Besteuerung des Vermögens, Einkommens, Aufwandes und Erbes. Außerdem müsse der Entgeistigung der Produktion, die durch die Mechanisierung äußerster Arbeitsteilung erfolge, entgegengewirkt werden. Einen ersten Schritt in diese Richtung sah er darin, die Arbeitenden mit in die Verantwortung für ihre Arbeit zu nehmen, indem den Arbeitern und Beamten ein Mitbestimmungsrecht im Unternehmen zuerkannt werden sollte. Allerdings sei diese Lösung unvollkommen und durch die Zeit überholt: „Für den Arbeitnehmer ist jedes Mitbestimmungsrecht unzulänglich, für den Arbeitgeber unerträglich.“⁶⁴

Die von ihm vorgeschlagenen wirtschaftsdemokratisch organisierten Produktionsgemeinschaften unter dem Schutz des Staates würden das Problem auf einer grundsätzlichen Ebene angehen. Es sei aber notwendig, drei Arbeitsgebiete des Staates zu unterscheiden:

„Die Hebung des Wohlstandes ist Sache der Wirtschaftsordnung. Die Verteilung des Wohlstandes ist Sache der sozialen Gesetzgebung. Die Hebung der Verantwortung ist Sache der Wirtschaftsverfassung und in weiterem Sinne der Staatsverfassung. Die Wohlsandaufgabe ist nicht sozial; die Verteilungsaufgabe schafft keinen Wohlstand, die Verantwortungsaufgabe hat mit dem materiellen Ergebnis überhaupt nichts zu tun.“⁶⁵

Anders formuliert: aus der geteilten Verantwortung in den Produktionsgemeinschaften sollte sich kein unmittelbar materieller Vorteil für die Arbeitnehmenden ergeben. Es gehe vielmehr darum, die Wirtschaftsverfassung von Grund auf im Geiste der Verantwortung und Solidarität neu aufzustellen. Diese Verfassung wollte er als praktische Anwendung der Lehre seines Werks „Mechanik des Geistes“ auf die Verhältnisse des Staates, der Gesellschaft und Wirtschaft, vor allem in Deutschland, verstanden wissen:

„Der gegebene Weg zum Abbau des Hochkapitalismus war ein stark sozialistisch gefärbter Etatismus (Staatssozialismus) der Wirtschaft, wie ich ihn in der Neuen

62 Rathenau: Autonome Wirtschaft (wie Anm. 59), S. 7.

63 Ebd., S. 7 f.

64 Ebd., S. 9.

65 Ebd., S. 9 f.

Wirtschaft geschildert habe, verbunden mit einem Abbau der geschichteten Gesellschaftsordnung, wie er in den Kommenden Dingen und anderen Schriften dargelegt ist. Diesen Weg werden voraussichtlich die westlichen Staaten, voran England und Amerika, schreiten; er hat den unschätzbaren Vorteil, daß er vorerst den Wohlstand der Wirtschaften hebt und sie dadurch für weitere Umgestaltungen widerstandsfähig und tragkräftig macht. Es ist der Weg der gesunden Staaten.“⁶⁶

Diese gesunde Lösung grenzte er einmal mehr vom sowjetischen Weg ab, den er als Gewaltherrschaft einer Oligarchie brandmarkte. Der endgültige Weg einer künftigen Wirtschaftsordnung müsse von Solidarität geprägt sein, die den Klassengegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft überwinde. Die Aufhebung der Erbllichkeit und die Möglichkeit des freien Auf- und Abstiegs von einer Schicht in die andere könne zwar ein erträgliches, sogar organisch schönes Gleichgewicht herstellen, aber dafür sei es in Deutschland – so seine Diagnose 1919 in „Die Autonome Wirtschaft“ – durch den Krieg, die Revolution sowie eine ungeeignete und ungeschickte Gemeinwirtschaftspolitik des Wirtschaftsministeriums bereits zu spät. Deshalb müsse nun das Unternehmertum vollständig aufgehoben werden, denn nur so könne der Klassenkampf noch beigelegt werden.⁶⁷

3. Wirtschaft ohne Unternehmer

Die „Autonome Wirtschaft“,⁶⁸ die Rathenau 1919 entwarf und die Erich Schairer in einer Neuausgabe von 1922 lieber als „Wirtschaft ohne Unternehmer“⁶⁹ betitelt wissen wollte, sollte dadurch gekennzeichnet sein, dass die Weltentscheidungen „den verfeindeten und herrschsüchtigen Bourgeoisien“ entrissen und in die Hände der „weniger verfeindeten, unverbrauchten, freilich auch weniger sachkundigen Unterschichten“ gelegt würden.⁷⁰ Das Unternehmertum der Eigentümer hielt Rathenau in der Gegenwart für verzichtbar und seine Auflösung auch aus der Perspektive der Unternehmer selbst für eine Entlastung von unternehmerischen Risiken. In seinen Augen war die Konzentration in der Wirtschaft längst so weit fortgeschritten, dass

66 Ebd., S. 17.

67 Rathenau: *Wirtschaft ohne Unternehmer* (wie Anm. 41), S. 20.

68 Rathenau: *Autonome Wirtschaft* (wie Anm. 59).

69 Rathenau: *Wirtschaft ohne Unternehmer* (wie Anm. 41), S. 2.

70 Ebd. S. 7.

die Leitung eines Unternehmens oder Wirtschaftszweiges vor allem eine Verwaltungsangelegenheit geworden war:⁷¹

„Solange die Methoden der wirtschaftlichen Verwirklichung teils Geheimnis, teils unerhörtes Wagnis waren, mußten kundige und kühne Einzelnaturen in den Formen eines aufgeklärten Despotismus sich der Führung bemächtigen. Wirtschaft aber steht heute im Begriff, mit ihren bekannten und erlernbaren Methoden in Wissenschaft und Verwaltung überzugehen, ihre phantastischen Züge sind am Erlöschen. Deshalb ist die Zeit gekommen, die Verantwortung vom Despotismus nicht, wie man glaubt, auf den Konstitutionalismus, sondern unmittelbar auf die vollkommene Demokratie der Gleichberechtigten zu übertragen.“⁷²

Um die Fallstricke der russischen Revolution zu vermeiden, sollte in der „Autonomen Wirtschaft“ nun endgültig eine Wirtschaftsdemokratie der Gilden verwirklicht werden, in denen die unterschiedlichen Gewerbe- und Industriezweige vereint und die Konkurrenz zwischen den Unternehmen ausgeschaltet werden sollte.

Sein späterer Biograph Harry Graf Kessler hatte 1920 in der „Vossischen Zeitung“ für die Einführung eines Gildensozialismus nach englischem Vorbild plädiert. Dieser strebe keinen Staatssozialismus an, sondern gewährleiste wirtschaftliche und kulturelle Selbstbestimmung im Rahmen einer genossenschaftlichen Organisation mit dezentralisiertem Aufbau, der fach- und produktspezifisch in örtliche, nationale und internationale Einheiten organisiert werden könne. In Kesslers Augen war ein solcher Aufbau auch für Deutschland eine gute Lösung, da sich in ihm alle wichtigen Positionen der Debatte über eine wirtschaftliche Neuordnung trafen. Er sei in England bereits hoch entwickelt und insofern die folgerichtige Weiterentwicklung der im Raum stehenden korporativen und wirtschaftsdemokratischen Vorschläge, denn „[d]er Pol um den sich alle Gedanken der Gilden-Sozialisten drehen, ist der der Freiheit, der zweckmäßigsten Sicherung möglichst vollständiger politischer, wirtschaftlicher und kultureller Selbstbestimmung“.⁷³ Diese Freiheit sollte den Genossenschaften aber nur im Rahmen der ihnen jeweils in der Gesellschaft zugewiesenen Funktionen zugestanden werden. Es ging also keineswegs um Selbstverwirklichung oder -entfaltung.⁷⁴

In seiner Rathenau-Biographie rückte Harry Graf Kessler Rathenau „Von Kommenden Dingen“ dann ganz explizit in die Nähe des englischen

71 Zu seiner unternehmerischen Konzentrationspolitik und der Nähe dieses Denkens zu Rudolf Hilferdings Überlegungen in „Organisierter Kapitalismus“ vgl. Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 132–153.

72 Rathenau: Wirtschaft ohne Unternehmer (wie Anm. 41), S. 30.

73 Harry Graf Kessler: Gildensozialismus. In: Vossische Zeitung, 8.8.1920, S. 1.

74 Ebd.

Gildensozialismus, den er als einflussreichste und fortschrittlichste Strömung zur Lösung der Sozialen Frage in den großen Industrieländern apostrophierte. Er stellte ihn in die Tradition von Robert Owen, John Ruskin, William Morris, Oscar Wilde und Bertrand Russell, die ebenso wie Rathenau immer daran festgehalten hätten,

„daß der Mensch als solcher und seine Seele, nicht sein mehr oder weniger großer Anteil am Produkt seiner Arbeit, die Hauptsorge der sozialen Reform oder Revolution sein müsse“.⁷⁵

Insbesondere zu George Douglas Howard Cole und seinem Werk „Self Government in Industry“ diagnostizierte Kessler eine große Nähe. Für beide hielt er fest:

„So ergibt sich ein Begriff der *Demokratie* [Hervorhebung im Original], der weit über das Politische hinausgreifend, alle Gebiete des menschlichen Lebens erfaßt und mit der Zeit verwandeln muß: Der Begriff einer die einseitige bloß politische Demokratie ergänzenden allseitigen funktionellen Demokratie.“⁷⁶

Die Ähnlichkeiten von Rathenaus Überlegungen zu den Konzepten des Gildensozialismus und anderen Ansätzen eines liberalen Sozialismus sind unverkennbar. Rathenau war mit Franz Oppenheimers „Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage“ ebenso vertraut wie mit Samuel George Hobsons „National Guilds and the State“.⁷⁷ Er kannte auch die Überlegungen von Sidney und Beatrice Webb zur *industrial democracy*. Beatrice Webb hatte ihm im September 1920 „A Constitution for the Socialist Commonwealth of Great Britain“ zugesandt, weil sie davon ausging, dass ihn die Vorschläge zur Nationalisierung der Industrie, zur Reorganisation der lokalen Verwaltung und zur vorübergehenden Kontrolle der Industrie interessieren würden. In dieser Hinsicht betrachtete Beatrice Webb sich mit Rathenau in einem gemeinsamen Anliegen verbunden.⁷⁸ In seiner Antwort widersprach Rathenau der von Webb geäußerten Vermutung, dass er nicht mit ihren Arbeiten vertraut sei. Er betonte, dass

75 Harry Graf Kessler: Walther Rathenau. Sein Leben und Werk. Berlin 1928, S. 235. Hervorhebung im Original.

76 Ebd.

77 Walther Rathenau: Sozialisierung und kein Ende (1919). In: Walther Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1919. Hrsg. von Alexander Jaser/Wolfgang Michalka. Düsseldorf 2017 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. III), S. 695.

78 Beatrice Webb an Walther Rathenau, 23. September 1920. In: Walther Rathenau: Briefe 1914–1922. Hrsg. von Ernst Schulín/Alexander Jaser/Clemens Picht. Düsseldorf 2006 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. V.2), S. 2466 f.

er sie seit vielen Jahren verfolge und das Werk „History of Trade Unions“ für eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Arbeiten überhaupt halte.⁷⁹ Als er Sidney Webb schließlich 1921 in London persönlich traf, betonte er noch einmal, dass er die Arbeit der beiden seit über zwanzig Jahren beobachte und die *Fabian Society* für außerordentlich wichtig halte. Webb beschrieb Rathenau seiner Frau, die sehr an einem Treffen mit Rathenau interessiert gewesen war, als nicht sehr sympathisch und charakterisierte ihn als eine Art Lionel Hichens.⁸⁰ Hichens war ein Unternehmer, der Teil von *Milner's Kindergarten* in Südafrika gewesen war. *Milner's Kindergarten* war eine Gruppe liberaler Kolonialbeamter in Südafrika, die unter *High Commissioner* Alfred Lord Milner für eine südafrikanische Union, Reformen und weitreichendere Mitspracherechte der Dominions eintraten. Die Bezeichnung Kindergarten spielt neben der sozialen und politischen Homogenität der Gruppe darauf an, dass viele Mitglieder aufgrund ihrer unter Milner gesammelten Erfahrungen später im Vereinigten Königreich in wichtige gesellschaftliche und politische Positionen aufstiegen. Aus *Milner's Kindergarten* ging u.a. die *Roundtable Movement* hervor, die zunächst eine engere Verbindung zwischen Großbritannien und den Dominions im Rahmen einer imperialen Föderation forderte, nach dem Ersten Weltkrieg zusammen mit Alfred Zimmern für den Völkerbund als *Commonwealth of Nations* eintrat.⁸¹ Hichens gehörte zu den Gründern der *Roundtable Movement*. Nachdem er das *Foreign Office* verlassen hatte, wurde er 1910 Vorsitzender des Maschinenbauunternehmens *Cammell Laird*. In dieser Position war er nicht nur in der Organisation der Rüstungsindustrie des Vereinigten Königreichs an entscheidenden Stellen aktiv, sondern forderte ab 1919 einen „New Spirit in Industrial Relations“⁸² ein, den er weniger in strukturellen Veränderungen als vielmehr darin sah, dass alle an der Wirtschaft Beteiligten nicht nur ihre Rechte, sondern auch ihre Pflichten gewissenhaft und ehrlich wahrnehmen.⁸³

79 Walther Rathenau an Beatrice Webb, 2. Oktober 1920. In: Ebd., S. 2474 f.

80 Sidney Webb an seine Frau Beatrice, 13. Januar 1921. In: Walther Rathenau: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin. München/Heidelberg 1977 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II), S. 828.

81 Alexander C. May: The Round Table 1910–1966. PhD-Thesis St John's College Oxford 1995, S. 25–63, URL: <https://ora.ouls.ox.ac.uk/objects/uuid:ee7ebd01-f085-44e9-917b-98d21a0f4206>.

82 William Lionel Hichens: The new spirit of industrial relations. Being an address delivered at the United Summer School. Swanwick 1919.

83 Julia Stapleton: Political Intellectuals and Public Identities in Britain Since 1850. Manchester 2001, S. 95; Richard Davenport-Hines: Hichens, (William) Lionel [Nel] (1874–1940). In: Oxford Dictionary of National Biography (online ed.),

Dieser zeitgenössische Vergleich unterstreicht, dass Rathenaus Positionen und Biographie insbesondere im britischen Liberalismus nicht völlig ohne Parallelen waren. Die Tatsache, dass er nicht nur Mitglied der Deutschen Gesellschaft 1914, sondern auch der Mittwochsgesellschaft war, wo er seine Überlegungen vorstellen konnte, macht ebenso wie die Auflagenhöhe seiner Publikationen und deren intensive, wenn auch keineswegs mehrheitlich positive Rezeption deutlich, dass seine Ideen den Zeitgenossen und Zeitgenossen keineswegs abwegig erschienen, sondern als liberaler Sozialismus weiten Widerhall fanden.⁸⁴ Liberaler Sozialismus hier in dem Sinne verstanden, dass ein Vertreter des politischen Liberalismus seiner Zeit einen Entwurf für einen nicht-marxistischen Sozialismus vorlegte, der eine Umgestaltung der Wirtschaft anstrebte, welche die Defizite des kapitalistischen, freien Marktes und die Anhäufung arbeitsfreier Einkommen aus Renten und Erbe durch Verstaatlichungen und mehr staatliche Kontrolle überwinden wollte, ohne dadurch bürgerliche Freiheitsrechte und demokratische Verfahren in Frage zu stellen. Vielmehr zielte der liberale Sozialismus auf eine Demokratisierung aller gesellschaftlichen und ökonomischen Lebensbereiche. Die ins Auge gefasste Neuordnung der Wirtschaft ging über die Einbindung sozialpolitischer Elemente in eine liberale Wirtschaftsordnung, wie sie in einem sozialen Liberalismus angestrebt wird, deutlich hinaus und sah sich schon zeitgenössisch dem Vorwurf ausgesetzt, einem Staatssozialismus das Wort zu reden.⁸⁵

Rathenau war durchaus klar, dass es eine unter anderem auch von den Webbs beschriebene Transformationsphase geben musste. Deshalb sollte der Staat über die Wirtschaftsführung der Gewerbebranche bzw. Gilden Aufsicht führen und die Vorbesitzer als Berater Einblicke behalten. Ihm ging es auch jetzt explizit nicht um Verstaatlichung oder Sozialisierung, sondern um die Auflösung des Unternehmertums, die darin bestehen sollte, die Produktion aus den Händen der Werkleitungen zu nehmen und in die

URL: <https://www.oxforddnb.com/display/10.1093/ref:odnb/9780198614128.001.0001/odnb-9780198614128-e-33852;jsessionid=ACAE2DA30D343F8A5DAD1312C4296FBB>.

84 Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 132 f., 208 f.; Stern: Rathenau (wie Anm. 8), S. 179–189; Ernst Schulin: Krieg und Modernisierung (wie Anm. 26), S. 61 f.; Volkov: Rathenau (wie Anm. 6), S. 136–138; Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 200–209; zur Gesellschaft 1914 vgl. Bernd Sösemann: Politische Kommunikation im „Reichsbelagerungszustand“. Programm, Struktur und Wirkungen des Klubs „Deutsche Gesellschaft 1914“. In: Manfred Bobrowsky/Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.): Wege zur Kommunikationsgeschichte. München 1987, S. 630–649; Bernd Sösemann: Jenseits von Partei und Parlament. Walther Rathenau „aufbauende Ideenpolitik“ in der Deutschen Gesellschaft 1914. In: Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme (wie Anm. 56), S. 169–178.

85 Vgl. u.a. Friedrich Zunkel: Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918. Düsseldorf 1974.

Hände der Gildenleitungen zu übergeben. Davon erhoffte sich Rathenau einen Ausleseprozess, so dass nur diejenigen in die Gildenleitungen gewählt würden, die sich durch besondere Eignung hervorgetan hatten. Denn, so sein Urteil über den verlorenen Krieg und den wirtschaftlichen Wiederaufbau,

„[a]n jenem Ende, am Ende der Barbarisierung und Erneuerung, wird nicht der Bolschewismus herrschen noch das Proletariat diktieren; es wird niemand herrschen und niemand diktieren, sondern Völker werden sich verwalten, neue Arbeit, neue Verantwortung, neue Sorgen und neue Wünsche lernen. Neue Führer werden sie führen; die werden aus der Kulturzeit der Vergangenheit das Beste zu retten suchen in die Zeit der neuen Tatkraft, die eine Tatkraft des Menschengeschlechts, nicht seiner Herrscher sein wird.“⁸⁶

Dieser vermeintlich rationalen „Fachleute-Ideologie“⁸⁷ folgend, sah er Manager und Ingenieure einmal mehr in einer besonderen Verantwortung für die neu aufzubauende Gesellschaft. Denn – so wurde Rathenau nicht müde zu betonen – insbesondere die unverhältnismäßigen Vermögen der Rentiers und die Großbourgeoisie seien für die Fehlentwicklungen im Kaiserreich verantwortlich gewesen.⁸⁸ Entsprechend blieb er auch nach dem Krieg dabei, dem arbeitsfreien Einkommen mit Hilfe von Steuern und Abgaben einen Riegel vorschieben und die Möglichkeit, Reichtum zu vererben, begrenzen zu wollen. Rathenau idealisierte, wie viele seiner Zeitgenossen, das Bild eines schaffenden, schöpferischen „neuen Bürgertums“, in anderen Kontexten auch als Mittelstand bezeichnet. Dessen Rolle bei der Formierung einer „modernen“ Gesellschaft hatte ihn bereits im Kaiserreich beschäftigt und war unter anderem beeinflusst von der englischen *Arts and Crafts*-Bewegung, deren Protagonisten William Morris und John Ruskin mit ihren Überlegungen auch auf die Etablierung einer sozialliberalen Wirtschaftsethik zielten und für die Idealisierung einer in Gilden organisierten Gesellschaft bekannt waren, an welche der Gildensozialismus später anschloss.⁸⁹

86 Rathenau: Der Kaiser (wie Anm. 39), S. 58.

87 Gerald D. Feldman: Industrie und Gewerkschaften 1918–1924: Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft. Stuttgart 1985, S. 241.

88 Rathenau: Der Kaiser (wie Anm. 39), S. 11, 24 f.; Rathenau: Metaphysik des Ruins (wie Anm. 5), S. 50–52.

89 Rathenau: Die neue Wirtschaft (wie Anm. 54), S. 11–13; zum „wahren Bürgertum“ vgl. auch Pogge von Strandmann: Rathenau – ein liberaler Unternehmer? (wie Anm. 10), S. 359; Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 66–97, 110–114; Charles-François Mathis: Ruskin's Heirs. Art, Nature and Socialism. In: e-Rea. Revue électronique d'études sur le monde anglophone 13 (2016) 2. Online unter: <<https://journals.openedition.org/erea/5106>> (16.4.2023).

Rathenau fürchtete in der Nachkriegsnot die Formierung einer neuen verhängnisvollen Plutokratie:

„Wir sind eine Republik, wir haben uns überkommener Abhängigkeiten entledigt und geraten in die Bande der neuen inländischen und der alten ausländischen Plutokratie. Der Mittelstand ist ruiniert, der alte Wohlstand zehrt sich auf; die Herrschaft der Weisen ist längst vorüber, die Herrschaft der Klugen war Illusion, und die Herrschaft der Schlaunen beginnt.“⁹⁰

Gemeint waren hier vor allem „Schieber und Kriegsgewinnler“, die aus Sicht Rathenaus in amoralischer Art und Weise Gewinne aus der Geldentwertung und der Teuerung schlugen, um sich damit Einfluss auf Politik und Verwaltung zu erkaufen.

Nur den Mitgliedern der Mittelschicht bescheinigte er eine moralische Orientierung sowie eine ausreichende Bildung, Deutschland und Europa aus der Notsituation nach dem Krieg zu führen, denn, so war er mit Blick auf die Arbeiter überzeugt,

„[d]ie europäischen Unterschichten, in langer Geschichtslosigkeit zu Geduld, ungeistiger Arbeit, beaufsichtigter Leistung erzogen, haben längst nicht die Eigenschaften erworben, die einst die oberen Schichten besaßen und durchaus nicht ganz verloren. Mechanistischer Aberglauben ist es, zu erwarten, daß ein paar Menschenalter Schulbildung die Eigenschaften des Charakters: Selbstzucht, Selbstverleugnung, Verantwortung, Seelenadel, innere Freiheit und Idealismus erzwingen können.“⁹¹

Insofern blieb er der Vorstellung verhaftet, dass ein organischer Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft jeden auf seinen ihm gemäßen Platz zu stellen habe. Trotzdem war Rathenau sicher, dass der Prozess, den er als Völkerwanderung der unteren Schichten in die Leitungspositionen der Gesellschaft beschrieb, eine Berechtigung habe und nicht mehr aufzuhalten sei. Dafür bedurften sie aber dringend Bildung, die auch spirituell fundiert sein sollte. Einmal mehr hielt Rathenau hier englische Beispiele für richtungsweisend und zitierte insbesondere Toynbee Hall und die Settlement-Bewegung als Modell.⁹²

Moralischer Kern seiner Überlegungen war dabei, dass es kein arbeitsfreies Einkommen geben dürfe und dem Erben und Vererben enge Grenzen gesetzt werden müssten. Bereits in „Von kommenden Dingen“ hatte Rathe-

90 Rathenau: *Metaphysik des Ruins* (wie Anm. 5), S. 52.

91 Rathenau: *Der Kaiser* (wie Anm. 39), S. 56.

92 Rathenau: *Neue Gesellschaft* (wie Anm. 24), S. 74; zur Einordnung von Rathenaus Kapitalismuskritik und seinen Vorstellungen von einer Auflösung der Arbeiterklasse vgl. auch Stern: Rathenau (wie Anm. 8), S. 167 f., 186 f.

nau deutlich gemacht, dass zu dieser Wertorientierung Arbeit und Verzicht als Pflicht gegenüber der Gemeinschaft nicht nur der Nation, sondern der gesamten Menschheit gehöre. So hielt er fest:

„Wirtschaftlich betrachtet ist die Welt, in höherem Maße die Nation, eine Vereinigung Schaffender; wer Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmittel vergeudet, beraubt die Gemeinschaft. Verbrauch ist nicht Privatsache, sondern Sache der Gemeinschaft, Sache des Staates, der Sittlichkeit und Menschheit.“⁹³

Einkommen ohne Arbeit erschien ihm als sittlich verwerflich und für den Zusammenhalt der Gesellschaft problematisch. Entsprechend trat er später für eine allgemeine Dienstpflicht der Jugend ein, die „Hand- und Kopfarbeit versöhnen“, die fehlende militärische Ausbildung kompensieren und die Jugend in den Staat integrieren sollte.⁹⁴

In Bezug auf die Gesamtwirtschaft hielt er fest, dass der Aufbau einer in Gilden organisierten und durch sie verwalteten Wirtschaft unter staatlicher Aufsicht letztendlich eine Versöhnung des Mechanischen mit dem Organischen herbeiführen werde, denn

„[a]lle materiellen Vorteile aber werden von den sittlichen übertroffen. Eine Wirtschaft ist entstanden, die nicht mehr auf Feindschaft, die nicht mehr auf willkürlich aufgedrungener Leitung und unfreiwilligem Dienst beruht. Der Wirkende und Leistende, mag er materiell besser oder schlechter gestellt sein als zuvor, wirkt und leistet für sich selbst, für sein Werk, für seine Schöpfung, die er selbst erhält, die er verwaltet und verwalten lässt, und die er wieder lieben kann, so wie seine Vorfahren ihre Werke und Werkstätten liebten, weil sie ihr eigen waren. Trotz Mechanisierung und Arbeitsteilung ist der alte Stand des freien Handwerks zurückgewonnen, in solidarischem Wirken und organischem Aufbau.“⁹⁵

4. Fazit

Abschließend lässt sich also festhalten, dass Rathenau die gerechte Verteilung und nachhaltige Nutzung von Rohstoffen, Waren und Gütern für die größte Herausforderung moderner, ständig wachsender Gesellschaften hielt. Das Produktionsvermögen sollte sich nicht mehr länger im Besitz

93 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 15), S. 90; zu „Von kommenden Dingen“ vgl. auch Gall: Rathenau (wie Anm. 6), S. 197–209.

94 Rathenau: Wirtschaft ohne Unternehmer (wie Anm. 41), S. 22; vgl. auch Jutta Weitzdörfer-Henk: „Warum brauchen wir die Wehrpflicht?“ Wehrpflichtdebatten im Weimarer Reichstag und im Deutschen Bundestag. In: Karl-Heinz Lutz (Hrsg.): Reform – Reorganisation – Transformation: zum Wandel in deutschen Streitkräften von den preußischen Heeresreformen bis zur Transformation der Bundeswehr. München 2010, S. 295–326.

95 Rathenau: Wirtschaft ohne Unternehmer (wie Anm. 41), S. 29.

von durch ihre Erbllichkeit erstarrten Eliten befinden, die nur auf dessen Mehrung und den Ausbau des Erbes für ihre Familien und Dynastien ausgerichtet waren. Er hielt diese Art Vermögen für unsittlich, weil sie dazu tendierten, ohne eigene Arbeit erhalten und vermehrt zu werden. Sich selbst betrachtete er als Vertreter eines europäischen Linksliberalismus, der sich schon früh für eine entschlossene Besteuerung von Vermögen und Erbe ausgesprochen hatte und einen liberalen Sozialismus anstrebte.

Rathenau war in diesem Denken beeinflusst von der englischen *Arts and Crafts*-Bewegung. Deren Protagonisten William Morris und John Ruskin zielten mit ihren Überlegungen auch auf die Etablierung einer sozialliberalen Wirtschaftsethik und waren für die Idealisierung einer in Gilden organisierten Gesellschaft bekannt, an welche der britische Gildensozialismus, aber auch Rathenau später anschloss. Letzterer sympathisierte mit der Idee eines erneuerten kosmopolitischen Bürgertums, das seine lebensreformerische Position in Nachfolge, aber auch Abgrenzung zu John Ruskin und Henry David Thoreau suchte und sich nach einem „natürlichen“, „ursprünglichen“ Leben in einem korporativen, vermeintlich organischen Gesellschaftsaufbau als vermeintlich drittem Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus sehnte. Die „Realitätsflucht“ des Einsiedlers und Modernitätsverweigerers lehnte Rathenau allerdings explizit als naiv ab.⁹⁶

Von Parlament und Republik erhoffte sich Rathenau eine verbesserte Elitenauswahl und von den Konzentrationsprozessen in den Wirtschaftsunternehmen und -zweigen die Überführung der Verteilung von Rohstoffen, Waren und Gütern in einen mit wissenschaftlicher Rationalität geplanten Verwaltungsakt. Dieser sollte nicht dem Staat obliegen, dessen Bürokratie Rathenau für ineffizient hielt, sondern von Selbstverwaltungseinheiten, die er als Produktionsgemeinschaften – bezeichnet auch als Berufsverbände oder Gilden – fasste, in Eigenregie übernommen werden. Dem Staat sollte nur ihre Aufsicht obliegen. Das Unternehmertum wurde in diesem Aufbau überflüssig, und Rathenau erhoffte sich, dass die Entlastung um das unternehmerische Risiko dazu führen würde, dass sich die vormaligen Unternehmer aus „Arbeits- bzw. Schaffensfreude“ als Manager freiwillig in diesen Aufbau eingliedern würden. So sollte der durch eigene familiäre Interessen gebundene Unternehmer durch den vermeintlich sachrationaleren und interessenfreien Manager ersetzt werden. Wenig überraschend, dass er sich und seine eigene Karriere in dieser Rollenzuschreibung wiederfand. Insofern idealisierte er mit seinem Vorschlag eines liberalen Sozialismus

96 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 15), S. 30.

als drittem Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus auch den eigenen Lebensentwurf. Die Arbeitnehmer wollte er durch die wirtschaftsdemokratische Ausgestaltung der Produktionsgemeinschaft in die Verantwortung nehmen, sie für einen möglichen Aufstieg schulen und sie in die Pflicht nehmen, solidarisch für die Gemeinschaft ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.

In Rathenaus Denken erfuhren Arbeit und Verzicht als moralische Pflichten eine Aufladung, die sie zu Garanten einer Versöhnung der arbeitsteilig organisierten, funktional differenzierten, in Rathenaus Worten mechanischen Gesellschaft mit einer in die Vergangenheit projizierten, vermeintlich von vergeistigten Werten geprägten organisch geordneten, ständischen Gemeinschaft werden ließ. Er verkoppelte in diesen wirtschaftsethischen Überlegungen malthusianische Überzeugungen eines existentiellen Wettbewerbs um beschränkte Grundstoffe mit kollektiv-psychologisch aufgeladenen Vorstellungen eines „Volkscharakters“ der Deutschen bzw. Germanen. In einem dem britischen Gildensozialismus nahestehenden Wirtschaftsaufbau, der Mechanik und Moral verband und als dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus vermeintlich spezifisch deutsch war, sollte so ein dem *rooted cosmopolitanism* verpflichteter liberaler Sozialismus verwirklicht werden.

Idealismus, Voluntarismus und Utopie. Walther Rathenau in der Geschichte des Zukunftsdenkens

1. Einleitung

„Ein merkwürdiges Buch! Aus verschiedenartigen Elementen gemischt, die man sonst nicht so leicht beisammen findet: Ringen um Weltanschauung, weite theoretische Ausblicke – nüchterne praktische Erwägungen und Ratschläge“, so begann Ferdinand Tönnies 1917 in der *Neuen Rundschau* seine Rezension von Walther Rathenaus „Von kommenden Dingen“. Auch sonst hatte der Gründervater der deutschen Soziologie wenig Positives von seiner Lektüre zu berichten: „Gewiß ist in diesen Erörterungen manches richtig gesehen. Aber die Gedanken sind ein wenig willkürlich hingeworfen. Widersprüche sind nicht ausgeglichen. Stimmungen und Eindrücke obwalten stark.“¹ Mit der Distanz von mehr als hundert Jahren stellt sich dieser Leseindruck heute wohl in noch stärkerem Maße ein. Rathenaus Staatsroman *Von kommenden Dingen*, mit dem er sich nach seinem Ausscheiden aus der Kriegsrohstoffabteilung und einer Phase der publizistischen Zurückhaltung in der Öffentlichkeit zurückmeldete, ist kompliziert, assoziativ und unklar geschrieben, verbindet Positionen, die wenig miteinander zu tun haben. Rathenau assoziiert, behauptet und raunt, anstatt zu argumentieren und zu begründen. Dennoch – oder vielleicht gerade deswegen – war *Von kommenden Dingen* ein Verkaufserfolg, genauso wie die anderen Schriften Rathenaus, die bei S. Fischer verlegt wurden. Der Verlag hatte die Publikation des Buches mit Vorabdrucken in großen Tageszeitungen vorbereitet und es in hoher Stückzahl in die Buchhandlungen gebracht. Bis zum Ende des Weltkriegs erreichte *Von kommenden Dingen* eine Auflage von 65.000 und wurde auch in der Weimarer Republik weiter gedruckt – 1929 in der 83. Auflage.² Die im März 1918 erschienene, kürzere Broschüre *Die Neue Wirtschaft*, in der Rathenau seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen

1 Ferdinand Tönnies: Kommen die Dinge? In: Die Neue Rundschau 28 (1917), S. 829–838.

2 Walther Rathenau: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin. München/Heidelberg 1977 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II), S. 563; Shulamit Volkov: Walther Rathenau. Weimar's Fallen Statesman. New Haven 2012, S. 155.

für die Zeit nach dem Krieg noch einmal zusammenfasste, verkaufte sich bis 1921 ebenfalls 54.000-mal.³ Auch die Broschüren *Der neue Staat* und *Die neue Gesellschaft* erzielten im folgenden Jahr hohe Auflagen.⁴

Ein wesentlicher Faktor für Rathenaus publizistischen Erfolg dürfte seine herausgehobene gesellschaftliche Stellung gewesen sein. Als Aufsichtsratsvorsitzender der AEG sowie als Publizist und Intellektueller war er bereits vor dem Krieg bekannt geworden.⁵ Sein Bekanntheitsgrad steigerte sich noch einmal, als er von August 1914 bis März 1915 für mehrere Monate die Leitung der neugegründeten Kriegsrohstoffabteilung übernahm.⁶ Rathenau habe eine kleine, aber „einflußreiche Gemeinde [von] Gläubigen“ um sich versammelt, die seine Schriften begierig aufnahmen, führte der Staatswissenschaftler Adolf Günther im *Weltwirtschaftlichen Archiv* aus.⁷ Als widersprüchlicher und zu radikalen Ansichten neigender Autor wurde der „Salon-Sozialist“, wie Gustav Stresemann ihn nannte, aber auch von seinen zahlreichen Gegnern gelesen, attackiert und oftmals diffamiert, wie etwa von dem Antisemiten Artur Hoffmann-Kutschke als „Diktator Rathenau“.⁸ In meiner antiquarisch erworbenen Erstausgabe von *Der neue Staat* hat ein Vorbesitzer die Formulierung „dieses undeutsche Unwesen“ unterstrichen und „Rathenau“ an den Rand geschrieben. Die Auflagenhöhe von Rathenaus Schriften resultierte wohl gerade aus der Umstrittenheit seiner Ansichten und darf weder als Zustimmung noch als positive Wirkung missverstanden werden.

- 3 Walther Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918. Hrsg. von Alexander Jaser (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. III). Düsseldorf 2017, S. 27.
- 4 Walther Rathenau: *Der neue Staat*. Berlin 1919; ders.: *Die neue Gesellschaft*. 17. Aufl. Berlin 1923 [1. Aufl. 1919].
- 5 Walther Rathenau: *Zur Kritik der Zeit*. 3. Aufl. Berlin 1912; ders.: *Zur Mechanik des Geistes*. Berlin 1913; Thomas Rohkrämer: *Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880–1933*. Paderborn/München 1999, S. 85–97.
- 6 Lothar Burchardt: Walther Rathenau und die Anfänge der deutschen Rohstoffbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg. In: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 15 (1970), S. 169–200; Wolfgang Michalka: Vernetzt auf unterschiedlichen Ebenen: Walther Rathenau als Krisenmanager und Visionär „kommender Dinge“. In: Botho Brachmann u.a. (Hrsg.): *Die Kunst des Vernetzens. Festschrift für Wolfgang Hempel*. Berlin 2006, S. 235–249; resümierend: Jörn Leonhard: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*. München 2014, S. 217–219.
- 7 Adolf Günther: Walther Rathenau und die Gemeinwirtschaftlichen Theorien der Gegenwart. In: *Weltwirtschaftliches Archiv* 15 (1919), S. 40–55; Karl Elster: Walther Rathenau. Von kommenden Dingen. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 108 (1917), S. 754–775.
- 8 Arthur Hoffmann-Kutschke: *Sonnenwende. Gedanken zum nationalen Wiederaufbau Deutschlands*. Leipzig 1919, S. 19 f.; Gustav Stresemann: *Das alte und das neue Deutschland*. [Rede in Osnabrück auf der Versammlung der Deutschen Volkspartei am 19. Dezember 1918]. In: *Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles*. Berlin 1919, S. 67–89; Martin Sabrow: Rathenau erzählen. In: Sven Brömsel/Patrick Küppers/Clemens Reichhold (Hrsg.): *Walther Rathenau im Netzwerk der Moderne*. Berlin/Boston 2014, S. 283–300; Volkov: *Walther Rathenau* (wie Anm. 2), S. 171.

Darüber hinaus wurden *Von kommenden Dingen*, *Die neue Wirtschaft*, *Der neue Staat* und *Die neue Gesellschaft* aber auch für Rathenaus Standard besonders intensiv rezipiert, weil sie Teil einer Welle von Schriften über Deutschlands Zukunft bzw. die zukünftige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung nach dem Krieg waren. Schon mit den sogenannten „Ideen von 1914“ und der Kriegszieldiskussion hatte eine Futurisierung, wenn nicht gar Utopisierung des intellektuellen Diskurses eingesetzt, die sich in der „Ideenwende“ (Kurt Flasch) von 1916/17 verstärkte.⁹ In der Revolution von 1918/19 erhielten diese Debatten dann noch einmal eine ganz neue Dynamik, denn die Revolution fiel den Sozialdemokraten quasi in die Hände und folgte dementsprechend keinem ausgearbeiteten revolutionären Drehbuch.¹⁰ Nachdem die alte Ordnung aufgehoben war, konkurrierten vielmehr vielfältige und einander diametral widerstrebende Pläne über Deutschlands Zukunft beziehungsweise darüber, wie Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einzurichten seien, sodass die Schriften des Mitorganisators der deutschen Kriegswirtschaft in einen großen Resonanzraum stießen.¹¹

Im Folgenden werde ich versuchen, die Spezifik von Walther Rathenaus Vorstellungen *Von kommenden Dingen*, von einer neuen Wirtschaft, einem neuen Staat und einer neuen Gesellschaft in diesem breiteren Neuordnungsdiskurs und damit zugleich auch in der Geschichte des Zukunftsdenkens zu bestimmen. Anders als seine Zukunftsvorstellungen in der Forschung bisher zumeist behandelt wurden, geht es mir dabei aber nicht primär darum, diese inhaltlich zur rekapitulieren und schon gar nicht darum, sie mit der späteren Realität abzugleichen und Rathenau so entweder zum erfolgreichen oder gescheiterten Visionär oder zum Utopisten zu erklären.¹² Weder scheint es mir plausibel, Rathenau zum Vordenker späte-

9 Steffen Bruendel: *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*. Berlin 2003; Kurt Flasch: *Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg. Ein Versuch*. Berlin 2000.

10 Moritz Föllmer: *The Unscripted Revolution: Male Subjectivities in Germany, 1918–1919*. In: *Past & Present* 240 (2018), S. 161–192.

11 Rüdiger Graf: *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933*. München 2008; ders.: *Die Revolution als Chance und Gefahr. Revolutionäre Drehbücher in Deutschland 1918/19*. In: Thomas Stamm-Kuhlmann (Hrsg.): *November 1918 – Revolution an der Ostsee und im Reich*. Wien/Köln/Weimar 2020, S. 15–34.

12 W[illiam] O[tto] Henderson: *Walther Rathenau: A Pioneer of the Planned Economy*. In: *The Economic History Review* 4 (1951), S. 98–108, hier S. 98; David Felix: *Walther Rathenau: The Bad Thinker and His Uses*. In: *European Studies Review* 5 (1975), S. 69–79; Hans Dieter Hellige: *Dauerhaftes Wirtschaften contra Wirtschaftsliberalismus. Die Entstehung von Rathenaus Wirtschaftsethik*. Bremen 2002; Lothar Gall: *Walther Rathenau. Portrait einer*

rer Wirtschaftsformen zu machen, noch ist es besonders ertragreich, mit dem besseren Wissen der Nachgeborenen zu zeigen, wo er überall falsch gelegen hat. Vielmehr gilt es, seine Schriften als eine spezifische Form des Nachdenkens und Schreibens über die Zukunft zu historisieren, die in Deutschland im Übergang vom Kaiserreich in die Weimarer Republik ihre Blütezeit hatte.

Daher frage ich im Folgenden weniger nach den wohlbekannten Inhalten von Rathenaus Zukunftsvorstellungen, als vielmehr nach der Art und Weise, wie er die Zukunft imaginierte.¹³ Es geht mir also nicht um das Was, sondern um das Wie von Rathenaus Zukunft. Dabei tritt eine idealistische und voluntaristische Form der Zukunftsaneignung zutage, die heute nur noch schwer zugänglich ist und schon damals widersprüchlich war, wie etwa Ferdinand Tönnies bemerkte. Das tat ihrer zeitgenössischen Wirkung aber keinen Abbruch, zumal sie auch von solchen politischen Strömungen geteilt wurde, denen Rathenau eigentlich fernstand. Um dies zu zeigen, frage ich zunächst danach, wie Rathenau es rechtfertigte, ein Buch „von kommenden Dingen“ zu schreiben. Auf welche Weise begründete er die Möglichkeit und Notwendigkeit von Aussagen über eine nicht existente Zukunft? Zweitens frage ich nach den Wegen und Akteuren der Zukunft: Wann, durch wen und auf welche Weise sollten der neue Staat, die neue Wirtschaft und die neue Gesellschaft entstehen? Dabei versuche ich jeweils aufzuzeigen, dass und inwiefern Rathenaus Form der Zukunftsaneignung von seinen Zeitgenossen geteilt wurde und damit typisch für einen bestimmten Moment in der Geschichte der Zukunft des 20. Jahrhunderts war.

2. *Idealismus und Fortschrittsbewusstsein – die Rechtfertigung des Utopischen*

Mit seinen Schriften *Zur Kritik der Zeit* (1912) und *Zur Mechanik des Geistes* (1913) war Walther Rathenau neben seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat der

Epoche. München 2009, S. 197–209; Martin Sabrow: Walther Rathenau als Zukunftshistoriker. Leipzig 2000.

- 13 Siehe dazu methodisch Rüdiger Graf/Benjamin Herzog: Von der Geschichte der Zukunftsvorstellungen zur Geschichte ihrer Generierung. Probleme und Herausforderungen des Zukunftsbezugs im 20. Jahrhundert. In: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016), S. 497–515; Lucian Hölscher: Zukunft und Historische Zukunftsforschung. In: Friedrich Jaeger/Jörn Rüsen (Hrsg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften*. Band 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe. Stuttgart [u.a.] 2004, S. 401–416; Lucian Hölscher (Hrsg.): *Die Zukunft des 20. Jahrhunderts*. Dimensionen einer historischen Zukunftsforschung. Frankfurt/New York 2017.

AEG schon vor dem ersten Weltkrieg als ambitionierter Gegenwartsdeuter hervorgetreten. Als Kenner der Elektrizitätswirtschaft begriff er den Prozess der Modernisierung wesentlich als Mechanisierung, durch welche „die Menschheit, halb bewußt, halb unbewußt zu einer einzigen Zwangsorganisation verflochten“ sei und beschrieb seine Gegenwart als mechanisches Zeitalter.¹⁴ Rathenau meinte zwar, die Mechanisierung sei aufgrund des Bevölkerungswachstums notwendig, um die „Massen“ zu ernähren, zugleich beklagte er aber in kulturkritischer Manier den Preis dieser Entwicklung, nämlich den angeblichen „Niedergang der alten Herrenrasse und der Qualität künstlerischer Produktion“.¹⁵ Schon in den Monaten vor Kriegsbeginn hatte Rathenau mit der Arbeit an *Von kommenden Dingen* begonnen und wohl etwa ein Viertel des Textes geschrieben, bevor er seine literarischen Ambitionen zurückstellte, um sich ganz auf die Tätigkeit in der Kriegsstoffabteilung zu konzentrieren.¹⁶ Wie rechtfertigte Rathenau nach seinem dortigen Ausscheiden nun aber angesichts der konkreten Anforderungen und Notwendigkeiten des Krieges die Arbeit an einem Buch, das weder seine Erfahrungen bei der Organisation der Kriegswirtschaft noch die unmittelbare Gegenwart behandelte, sondern vielmehr die Zukunft? Auch vor dem Hintergrund der Debatten über den sozialistischen Zukunftsstaat und angesichts der weit verbreiteten Kultur des Utopismusvorwurfs war es trotz der Inflation von Zukunftsschriften in Krieg und Revolution durchaus begründungsbedürftig, ein Buch nicht über die Gegenwart, sondern über die Zukunft zu schreiben.¹⁷

Rathenau antizipierte den Vorwurf möglicher Leser, sein Buch sei bloß eine weltfremde Utopie, und versuchte, ihn sowohl grundsätzlich theoretisch als auch mit Bezug auf die konkrete historische Situation zu entkräften. Dabei ging er zunächst von einer idealistischen Grundposition aus. Sein Buch, so führte er eingangs aus, handele zwar „von materiellen Dingen“ wie der Ordnung der Wirtschaft, tue dies „jedoch um des Geistes willen“. Der Geist war für ihn das Wesentliche, denn „jeder neue Geist schafft sich seine Welt und jede seiner Evolutionen verwirklicht sich

14 Walther Rathenau: *Von kommenden Dingen*. Berlin 1917, S. 28.

15 Rohkrämer: *Eine andere Moderne?* (wie Anm. 5), S. 88.

16 Rathenau: *Hauptwerke und Gespräche* (wie Anm. 2), S. 555 f.

17 Lucian Hölscher: *Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich*. Stuttgart 1989; Rüdiger Graf: *Die Mentalisierung des Nirgendwo und die Transformation der Gesellschaft. Der theoretische Utopiediskurs in Deutschland 1900–1933*. In: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): *Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit*. München 2003, S. 145–173.

in neuem Umschwung des Lebens“.¹⁸ Wenn aber jede Umgestaltung aus einer „Weltanschauung“, dem „Glauben“ oder einer „transzendenten Idee“ resultierte, wie Rathenau annahm, dann war es nicht nur möglich, sondern vielmehr notwendig, die Zukunft auszumalen.¹⁹ Daher nahm er eine Umwertung des Utopiebegriffs vor. In einer Situation, in der Veränderungen anstünden, sei es vernünftig, sich mit dem zu beschäftigen, „was der Bürger Utopie nennt“, denn diese sei das „Realste“.²⁰ Vor dem Hintergrund seines elitären Selbstverständnisses als visionärer Geist erklärte er explizit: „Gegen den Vorwurf des Utopismus bin ich unempfindlich. [...] Wer ausspricht, was der Menge ungewohnt, unbequem und unverständlich ist, wird des höhnischen Grußes der Überlegenheit gewohnt. [...] Was ihr nicht versteht, nennt ihr flach, was euch verdrießt utopisch.“²¹ Unter den Bedingungen des Krieges erhob er die Utopie geradezu zum Schlachtruf für sein eigenes Unterfangen: „Also wohlauf, Freunde! ‚Utopie‘, ‚Dilettantismus‘, ‚Großstadtanschauung‘ [...]!“²² Selbstbewusst zeigte er sich sicher, dass eines Tages, wenn seine Utopie Realität geworden sei, alle behaupten würden, sie hätten es schon vorher gewusst.

Auch wenn Rathenau sich gern als avantgardistischer Vordenker gegen eine utopiefeindliche, im alltäglichen Pragmatismus verhaftete Mehrheit inszenierte, stand er mit dieser Position zeitgenössisch doch gar nicht so allein. Über die politischen Lagergrenzen hinweg hatte utopisches Denken vielmehr Konjunktur und der Begriff wurde immer öfter positiv konnotiert. So forderte auch der linksintellektuelle Journalist Alfons Goldschmidt in der *Weltbühne* die „Techniker“ und „Pragmatiker“ dazu auf, die Utopisten nicht mehr zu belächeln, weil gegenwärtig einzig die Utopie „die große Realpolitik“ sei.²³ Der Nationalökonom und Philosoph Otto Neurath definierte die Utopie als „gesellschaftstechnische Gesamtkonstruktion“, die nötig sei, um die Wirklichkeit zu verändern.²⁴ Einige Jahre später ließ auch der Rechtsrevolutionär Hans Zehrer den Utopismusrwurf an sich abperlen, indem er erklärte, eine Utopie sei nichts Anderes als „eine Zielsetzung mit

18 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 11.

19 Ebd., S. 15.

20 Rathenau: Der neue Staat (wie Anm. 4), S. 10.

21 Ebd., S. 43; siehe auch Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 299 f.

22 Rathenau: Der neue Staat (wie Anm. 4), S. 44.

23 Alfons Goldschmidt: Utopisten. In: *Die Weltbühne* 15 (1919), S. 298 f.

24 Otto Neurath: Utopien. Blätter des Deutschen Wirtschaftsmuseums. In: *Wirtschaft und Lebensordnung*. Beilage zu *Der Kunstwart* 1 (1919), S. 5 f.

den im Augenblick verfügbaren Mitteln“.²⁵ Weil diese sich ständig im Fluss befänden, sei es wohlfeil, eine Position als Utopismus abzulehnen.

Angesichts der raschen, intentionalen Veränderungen in Krieg und Revolution konnte man nur schwer leugnen, dass grundstürzende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Veränderungen in kurzer Zeit möglich waren. Ein gängiges Argument der Utopiekritik war jedoch seit jeher, dass die nicht wandelbare Natur des Menschen grundlegende Veränderungen zum Besseren, wie sie die Utopisten anstrebten, unmöglich mache. Diesen Einwand gegen seine Entwürfe einer neuen Wirtschaft, eines neuen Staates und einer neuen Gesellschaft versuchte Rathenau ebenfalls im Vorhinein zu entkräften:

„Auch die philosophisch lächelnde Überlegenheit dürfen wir abschütteln, die zum Zeichen ihrer Unfruchtbarkeit jedem ehrlichen Mühen um eine Menschheitszukunft das höhnische Wort der Weltbeglückung entgegenhält und angesichts ihres erschwitzten Nachweises, daß Welt und Mensch niemals anders, geschweige denn besser oder glücklicher werden können, den Kern des Geschehens in Tagesneuigkeiten und Kaffeehausgesprächen finden.“²⁶

Zwar sei die Natur des Menschen vielleicht nicht wandelbar, argumentierte Rathenau, die sittlichen Einstellungen und Werthaltungen seien es hingegen schon. Mit Bezug auf historische Beispiele versuchte er zu demonstrieren, wie sehr sich Sitten und Gebräuche im Lauf der Jahrhunderte gewandelt hätten, um so zu begründen, dass sie es auch in Zukunft weiter tun könnten. Damit nutzte Rathenau eine zeitgenössisch weit verbreitete gedankliche Figur, die man als progressive Historisierung der Utopiekritik begreifen kann: Weil Vieles von dem, was früher einmal als Utopie erschien, in der Gegenwart verwirklicht sei, könne man auch heute wieder Zukunftsentwürfe machen und müsse sich nicht davon irritieren lassen, wenn sie von anderen als utopisch bezeichnet würden.²⁷ Der Nationalökonom Franz Oppenheimer behauptete in seinem System der Soziologie sogar, dass „alle Utopie [...] die Wirklichkeit von morgen“ sei.²⁸

Im Hintergrund dieser Bejahung der Utopie stand ein ausgeprägtes Fortschritts- und Machbarkeitsbewusstsein, das auch Rathenau teilte. Seine

25 Hans Zehrer: Um die politische Jugend. Utopie und Realität. In: Die Tat 20 (1928), S. 227–229.

26 Walther Rathenau: Die neue Wirtschaft. 47. Aufl. Berlin 1918, S. 83.

27 Graf: Die Zukunft der Weimarer Republik (wie Anm. 11), S. 334–347.

28 Franz Oppenheimer: System der Soziologie: 2. Der Staat. Jena 1926, S. 730; ders.: Reale Utopie. In: Die Wirtschaftswende. Zeitschrift für deutsche Wirtschaftserneuerung (1932), S. 821–828.

Texte widersprechen genauso wie die vieler anderer Zeitgenossen – nicht nur aus den wissenschaftlich-technischen Eliten – der von Stephen Kern formulierten und oft wiederholten Diagnose, im Ersten Weltkrieg sei das Fortschrittsdenken nachhaltig zerstört worden.²⁹ Als (Mit-)Organisator der Kriegswirtschaft, in der Rathenau die zukünftige Gemeinwirtschaft präfiguriert sah, hielt er es vielmehr für einen „Irrtum unserer Zeit, den Begriff fortschreitender Entwicklung zu leugnen, den sie ein Jahrhundert gepriesen hat“.³⁰

Neben den idealistischen Argumenten, es sei der Geist, der sich die Welt schaffe, und der progressiven Historisierung der Utopiekritik führte Rathenau als weiteren Grund für die Möglichkeit und die Notwendigkeit, Zukunftsentwürfe zu formulieren, die konkrete historische Situation an, die durch den Krieg entstanden sei. Der Erste Weltkrieg erschien bei Rathenau sowohl als Beschleuniger historischer Entwicklungen wie auch als Ermöglichungsbedingung positiver Umgestaltungen. Wie viele Zeitgenossen argumentierte er, Entwicklungen, die sonst Jahrhunderte benötigten, hätten sich unter Kriegsbedingungen in wenigen Jahren vollzogen. So hieß es in der kulturkritischen Zeitschrift *Die Tat*: „Die Weltgeschichte geht bald langsam, bald rasch. Nun rast sie.“³¹ Für Rathenau war durch die Veränderungen im Krieg die Epoche der Mechanisierung und der „ungezügelter Privatwirtschaft“ ins Wanken geraten und damit zugleich die Möglichkeit entstanden, sie zu überwinden.³² Denn der Krieg habe nicht nur ein „wahres Gemeinschaftserlebnis“ erzeugt, sondern auch große ökonomische und soziale Not, welche die Suche nach neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen dringlicher habe werden lassen.

„Wie im Politischen, so erkennen wir im Sozialen immer klarer hinter der Not die Notwendigkeit; wir beginnen zu ahnen, daß der Krieg etwas anderes ist, als was seine wissentlichen und unwissentlichen Schöpfer sich vorstellten, daß er den Völkern auferlegt ist, nicht um die Welt aufzuteilen, sondern um Schlacken wegzuläutern.“³³

Mit dieser Deutung des Krieges als „Zeitenwende“, in der man aus dem kleinteiligen Pragmatismus der Tagespolitik heraustreten und langfristige

29 Stephen Kern: *The Culture of Time and Space. 1880–1918*. London 1983; Rüdiger Graf: Totgesagt und nicht gestorben. Zur Persistenz des Fortschritts im 20. und 21. Jahrhundert. In: *traverse* 22 (2016), S. 91–102.

30 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 152; Rohrkämper: Eine andere Moderne? (wie Anm. 5), S. 100–111.

31 Schmitt: Was müssen wir tun. In: *Die Tat* 10 (1918), S. 671 f.

32 Rathenau: Die neue Wirtschaft (wie Anm. 26), S. 28.

33 Ebd., S. 33.

Zukunfts- und Umgestaltungsvisionen realisieren könne, solle und müsse, brachte Rathenau eine zeitgenössisch weit verbreitete Haltung zum Ausdruck.³⁴ Sie speiste sich aus der auch in bürgerlichen Kreisen im Wilhelminischen Kaiserreich weit verbreiteten Dekaden- und Niedergangsstimmung.³⁵ Auf der Linken und Rechten wurde diese Haltung noch einmal radikalisiert, wenn etwa Rosa Luxemburg meinte, „das Tempo der Entwicklung [...] [habe] durch den Ausbruch des imperialistischen Vulkans einen gewaltigen Ruck erhalten“, und der Weltkrieg als Weltenwende neue Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten erzeugt, die „alles bisherige in der Geschichte der Arbeiterbewegung als sanftes Idyll erscheinen“ ließen.³⁶ Auch die Intellektuellen der konservativen Revolution begriffen den Weltkrieg als das „Sturmsignal einer Weltenwende“, in der weitreichende und grundlegende Umgestaltungen möglich geworden seien.³⁷ Im Krieg, argumentierte auch Rathenau, sei die nahe Zukunft genauso unsicher geworden wie die ferne, so dass längerfristige Zielformulierungen nicht mehr illegitimer als tagespolitische seien, wohl aber notwendiger, um Orientierung zu bieten.³⁸ Diese Zukunftsoffenheit verschärfte sich noch einmal in der Revolution, die es gänzlich unmöglich machte, einfach pragmatisch weiter zu verfahren, und deshalb Zukunftsdenken geradezu herausforderte: „Der Augenblick, nirgends so gefürchtet wie in Deutschland, ist gekommen, wo Not uns zwingt, in das Gegebene und Historische einzugreifen, um Nichtgewesenes zu schaffen.“³⁹

Der Krieg habe zwar die Notwendigkeit erhöht, über die Gestaltung der Zukunft nachzudenken, meinte Rathenau, grundsätzlich habe die Möglichkeit, dies zu tun, aber schon immer bestanden. Sie resultierte für ihn daraus, dass man durch das eigene Handeln „Nichtgewesenes“ schaffen könne. So erklärte Rathenau, man könne deshalb in die Zukunft sehen bzw. von kommenden Dingen sprechen, weil man mit dem eigenen Wollen und Handeln bereits an ihr teilhabe: „All unser Tun hat etwas Seherisches,

34 „Freilich bedarf es an solchen Zeitenwenden des schöpferischen Gedankens und Willens.“ Ebd., S. 28.

35 Thomas Mann: Gedanken im Kriege. In: Die Neue Rundschau 25 (1914), S. 1471–1484; Georg Steinhausen: Verfallsstimmung im kaiserlichen Deutschland. In: Preussische Jahrbücher 194 (1923), S. 153–185.

36 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie. Anhang: Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie. Eine Gefängnisarbeit. Berlin 1916, S. 8.

37 Ernst Jünger: Der Kampf als inneres Erlebnis. Berlin 1922, S. 1; Peter Fritzsche: Breakdown or Breakthrough? Conservatives and the November Revolution. In: Larry Eugene Jones (Hrsg.): Between Reform, Reaction, and Resistance. Studies in the History of German Conservatism from 1789 to 1945. Providence/Oxford 1993, S. 299–328.

38 Rathenau: Die neue Wirtschaft (wie Anm. 26), S. 7.

39 Rathenau: Der neue Staat (wie Anm. 4), S. 7.

denn jeder Schritt trägt in die Zukunft.⁴⁰ Für Rathenau lagen daher „die Keime des Künftigen [...] allenthalben sprossend im Boden“.⁴¹ Auch diese Überlegungen teilten viele zeitgenössische Intellektuelle aus verschiedenen politischen Lagern und vor allen Dingen der radikalen Rechten und Linken. Diese wollten die Utopie nicht mehr als Staatsroman oder als weltfremdes Gedankenkonstrukt verstanden wissen, sondern verlegten sie vielmehr als wirklichkeitsverändernde Bewusstseinsform in die Gegenwart.⁴² Am wirkmächtigsten tat dies wohl Ernst Bloch mit dem *Geist der Utopie*, aber auch der jugendbewegte Hans Freyer formulierte ganz ähnliche Gedanken, die später von Karl Mannheim in *Ideologie und Utopie* theoretisch weitergeführt wurden.⁴³ Ganz in deren Sinne meinte auch Rathenau, sein Schreiben über die Zukunft sei keine „wahrsagerische Träumerei“. Vielmehr beanspruchte er für sich „die Durchdringung des ersuchten irdischen Zustandes mit der Gewißheit des geistigen Gesetzes“, aufgrund dessen er sichere Aussagen über die Zukunft treffen könne.⁴⁴ Was sollte das genau bedeuten? Wie genau sollte die Zukunft aus der Gegenwart und wie der Weg in die Zukunft erschlossen werden? Und wer war, laut Rathenau, dazu in der Lage?

3. Methoden und Akteure der Zukunft

Angesichts der langen Tradition sozialdemokratischer Beschreibungen des Zukunftsstaates sowie der inflationären Zunahme von Texten über Deutschlands Zukunft in Krieg und Revolution, die alle beanspruchten, nicht bloß „wahrsagerische Träumerei“ zu sein, verwandte Rathenau einen Raum darauf, seinen eigenen, privilegierten Zugang zur Zukunft zu begründen. Dabei formulierte er zum einen eine antihistoristische und wissenschaftskritische Position und grenzte sich zum anderen vom Marxismus bzw. historischen Materialismus ab. Wie eine zunehmende Zahl der deutschen Intellektuellen im und nach dem Ersten Weltkrieg lehnte Rathenau den Historismus oder Historizismus ab. Er denunzierte ihn als weltfremdes Produkt von „Professoren“, „die nicht einen Augenblick daran

40 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 24.

41 Ebd., S. 23.

42 Graf: Die Mentalisierung des Nirgendwo (wie Anm. 17).

43 Ernst Bloch: *Der Geist der Utopie*. Frankfurt a. M. 1918 [1980]; Hans Freyer: *Das Problem der Utopie*. In: *Die Deutsche Rundschau* 183 (1920), S. 321–345; Karl Mannheim: *Ideologie und Utopie*. Bonn 1929, S. 169–225.

44 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 12.

zweifeln, daß mit diesem hundertjährigen Denkrezept des Fleißes und der Gründlichkeit, sich alle Vergangenheit begreifen, alle Zukunft gestalten“ lasse.⁴⁵ In der schon zeitgenössisch so genannten „Krise des Historismus“ meinte er, Erfahrung, die Ableitung aus Vergangenem oder die Tradition seien grundsätzlich nicht geeignet, „den Blick ins Künftige“ zu öffnen, der eigentlich notwendig sei.⁴⁶

Darüber hinaus beklagte er, dass die meisten Menschen offenbar nur über die Zukunft nachdenken konnten, indem „sie sich die Gegenwart geradlinig verlängert denken“.⁴⁷ Spätestens mit Krieg und Revolution war das Land für Rathenau aber aus der Kontinuität der historischen Entwicklung herausgetreten. Damit war wissenschaftliches Wissen über Vergangenheit und Gegenwart nicht nur deshalb von begrenztem Wert, weil die Akademiker, die es erzeugten, weltabgewandt und praxisfern waren, wie Rathenau meinte. Vielmehr lieferte die Wissenschaft seiner Ansicht nach höchstens „die Landkarte, aber nicht das Ziel“.⁴⁸ Die Wissenschaft könne also nicht die Religion ersetzen, die einst die Mittel bereitgestellt habe, um die Zukunft zu erkennen. Sie könne lediglich mögliche Wege aufzeigen, niemals aber das Ziel bestimmen. Denn die Zielsetzung resultiere nicht aus dem Intellekt, sondern aus dem viel grundlegenderen und stärkeren Wollen, der Weltanschauung und dem Glauben, meinte Rathenau im Einklang mit dem zeitgenössisch erstarkenden Voluntarismus und Antirationalismus.⁴⁹ Das „Prinzip des Wägens“ war für ihn nicht das letztendlich Entscheidende: „[D]as letzte ist: Ziele in sich fühlen, die nicht vom Suchen und Lernen, sondern von einer bewußt oder unbewußt erschauten Weltauffassung gegeben sind.“⁵⁰ Handeln verstand Rathenau deshalb eher im Sinne von Kampf und Kunst, denn als Ausfluss von Wissen und Erkenntnis. Daher kritisierte schon Ferdinand Tönnies, Rathenau sei eher für das „Wollen und gegen das Erkennen, entsprechend gegen die Wissenschaft“.⁵¹

45 Rathenau: Der neue Staat (wie Anm. 4), S. 16; Wolfgang Hardtwig: Die Krise des Geschichtsbewußtseins in Kaiserreich und Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus. In: Jahrbuch des Historischen Kollegs 2001 (2002), S. 47–75.

46 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 22; Wolfgang Bialas/Gérard Raulet (Hrsg.): Die Historismusdebatte in der Weimarer Republik. Frankfurt a.M. 1996; Otto Gerhard Oexle: Krise des Historismus, Krise der Wirklichkeit. Eine Problemgeschichte der Moderne. In: Otto Gerhard Oexle (Hrsg.): Krise des Historismus, Krise der Wirklichkeit. Göttingen 2007, S. 11–116.

47 Rathenau: Die neue Wirtschaft (wie Anm. 26), S. 17.

48 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 14.

49 Ebd., S. 15.

50 Ebd., S. 224.

51 Tönnies: Kommende Dinge? (wie Anm. 1), S. 830.

Wollen allein genügte für Rathenau aber nicht. Denn schließlich konnten auch die Marxisten für sich in Anspruch nehmen, ihre Ziele nicht direkt aus der bisherigen Geschichte abzuleiten, sondern vielmehr vom Willen zu deren Veränderung sowie der – allerdings wissenschaftlichen – Erkenntnis von deren Entwicklungsgesetzen angetrieben zu sein. Daher unterschied Rathenau seinen beziehungsweise den von ihm geforderten „geistigen Willen“ vom rein „materiellen Willen“ des „dogmatischen Sozialismus“, der „aus der Erde erwächst“.⁵² Die Marxisten und Sozialdemokraten seien nur auf ökonomische Verbesserungen aus und damit materialistisch gesinnt. Rathenaus idealistische Grundmaxime war aber, dass die Zukunft im Geistigen vorgebildet werde: „Nicht die Forderung geht dem Umschwung voran, sondern die Verkündung, die schon in sich den ersten Anbruch der Erfüllung birgt.“⁵³ Rathenau formulierte also letztlich eine voluntaristische Zukunftsaneignung: Die Zukunft konnte weder aus der Vergangenheit abgeleitet noch mit wissenschaftlichen Methoden erschlossen werden. Vielmehr musste die Zukunft seiner Ansicht nach vor allem gewollt werden und konnte nur dann auch erfasst oder erschaut werden. In diesem Sinne raunte er: „Was wir schaffen, geschieht aus tiefstem, wissenlosen Drang, was wir lieben, ersehnen wir mit göttlicher Kraft, was wir sorgen, gehört der unbekannten künftigen Welt, was wir glauben, lebt im Reiche des Unendlichen.“⁵⁴

Die Möglichkeit der Zukunftsschau wollte Rathenau aber nicht allen gleichermaßen zugestehen, sondern argumentierte vielmehr im Sinne einer voluntaristischen Epistemologie, die Hans Freyer zeitgleich ausbildete, wenn auch erst etwas später systematisch ausformulierte. In seiner „Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft“ ging Freyer davon aus, dass „wahres Wollen [...] wahre Erkenntnis“ fundiere.⁵⁵ Seiner Ansicht nach entschied letztlich die Zukunft darüber, wer wahrhaft gewollt hatte, indem die betreffende Person oder Gruppe sich durchsetzte. Im Unterschied dazu meinte Rathenau, schon in der Gegenwart erkennen zu können, wer wahr und wer falsch wollte. Wer konnte also die Zukunft erkennen? Weil Rathenau die Erkenntnis der Zukunft so eng an den Willen zu ihrer Gestaltung band, waren seiner Ansicht nach nur bestimmte Menschen qualifiziert, von kommenden Dingen zu sprechen. Für ihn waren dies die „unverbildeten“

52 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 14.

53 Ebd., S. 12.

54 Ebd., S. 53–56.

55 Hans Freyer: Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Logische Grundlegung des Systems der Soziologie. Leipzig 1930, S. 307.

Männer der Tat, welche sich in praktischen Handlungszusammenhängen befanden und ihre Erkenntnis der Zukunft nicht aus „literarischer und gymnasialer Erfahrung“ oder aus „unerlebten Prinzipien“ schöpften, sondern vielmehr aus echter „Welterfahrung“ und dem „Quaderfundament bewältigter Wirklichkeiten“:

„Ein pragmatischer Zug, ein Gemeinschaftsgefühl handfester Menschen, Phantastik aus dem Grunde wahrer Weltteilnahme und Weltverantwortung wird das unabhängige Denken und Fühlen aus der Wärmestube der Konventikel auf die Bahn des Geschehens, des Schicksals und der Tat leiten.“⁵⁶

Daher meinte Rathenau, die „geistige Führung“ solle und müsse von „Frauen und grinsenden Ästheten auf Männer, von Artisten und Arrangeuren auf Dichter und Denker übergehen“.⁵⁷

Bei der Beschreibung der Menschen, welche die neue Zeit gestalten konnten, zeigt sich, dass Rathenaus Frauenfeindlichkeit über den im Kaiserreich verbreiteten Antifeminismus hinausging.⁵⁸ Er sprach Frauen nicht nur keine positive Rolle bei der Gestaltung der Zukunft zu, sondern machte deren im Kaiserreich zunehmende Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben für den angeblichen Verfall der Kultur und das Überhandnehmen des unnötigen Luxuskonsums verantwortlich. Der „Frau“ fehle „der Blick fürs Handwerkliche, fürs Tüchtige, Brauchbare und Echte, vor allem für Maß und Kunst; es fehlt ihr auch die Festigkeit des Willens zum Notwendigen [...]“; sie unterliege dem Reiz.“⁵⁹ Daher war es für Rathenau klar, dass

„Kunst und Kunstrichtertum den gleichen Weg des Verderbens beschreiten mußten, seitdem der Mann des Berufs dem Ernst der Bildung zugunsten der Frau entsagte, seitdem die Hallen der Theater und Konzerte, der Kunstsammlungen und Vorträge der Frau gehören, seitdem sie die Leserin der Bücher und Besprechungen, Freundin der Künstler und Empfängerin ihrer Werke geworden ist.“⁶⁰

Letztlich machte Rathenau aufgrund seiner grundsätzlichen Geringschätzung der Frauen zwar „den Mann“ dafür verantwortlich, dass er diese Entwicklung mit der Mechanisierung zugelassen habe: „Er trägt die Schuld,

56 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 18.

57 Ebd., S. 18.

58 Ute Planert: Antifeminismus im Kaiserreich. Göttingen 1998; dies.: Kulturkritik und Geschlechterverhältnis. Zur Krise der Geschlechterordnung zwischen Jahrhundertwende und „Drittem Reich“. In: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933. München 2007, S. 191–214.

59 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 182.

60 Ebd., S. 183.

daß negerhafte Urgelüste, durch Jahrtausende gebändigte, im Frauenleben unsrer Zeit emporgestiegen sind.“⁶¹ Mit der rassistisch imprägnierten Position, dass Frauen aufgrund ihrer angeblichen Natur die Zukunft weder erkennen noch mitgestalten konnten, nahm er auch im Spektrum des zeitgenössischen Antifeminismus eine radikale Position ein. Im Vergleich nimmt sich selbst der Pfarrer der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Gemeinde und Leitartikler der konservativen *Kreuzzeitung* Paul Conrad frauenfeindlicher aus, der in einer seiner Predigten zwar dichtete: „Für das, was alle Völker quält, erstehen täglich Kenner; doch was der Welt am meisten fehlt sind Männer, Männer, Männer!“; aber doch zugestand, dass für den Wiederaufbau und -aufstieg auch Frauen wichtig seien, sofern auch sie „männlich“ und „stark“ wären.⁶²

Wer waren aber die Männer, die nach Rathenau die Zukunft wollen, sehen und gestalten konnten, weil sie den „irdischen Zustand“ mit der „Gewißheit des geistigen Gesetzes“ durchschaut hatten? Letztlich meinte er, dies seien Männer wie er selbst, wobei er quantitativ sowohl überraschend präzise als auch großzügig war: „Indessen leben in Europa wohl an tausend Menschen, die nichts voneinander wissen und deren Augen sehend geworden sind. Sie tragen in sich den Maßstab einer neuen Wertung, und mehr: es ist ihnen der verhängnisvolle Blick verliehen, der das Menschliche wie ein Kristall durchdringt.“⁶³ Diese und nur diese „echten Herrschernaturen“ besäßen die „Gabe der Menschenkenntnis“ und wüssten unbeirrbar, was ins Künftige und was ins Vergangene“ weise: „Was fordert Leben und was neigt zum Tode?“⁶⁴ Die Aufgabe dieser tausend Menschen bestand seiner Ansicht nach darin, den Weg zu einer neuen Sittlichkeit und Moral zu bereiten und eine neue Form der gesellschaftlichen Auslese zu schaffen, um so eine neue Wirtschaft, einen neuen Staat und eine neue Gesellschaft zu begründen. Schließlich müsse der geistige Wandel dem materiellen vorangehen: „Die Einsicht in die Nichtigkeit käuflicher, unreiner Freuden und die Erkenntnis ihrer radikalen Schändlichkeit und Schlechtheit muß nur in wenigen tausend Gewissen erwacht sein, und die Teufelsblume zerblüht.“⁶⁵

Neben dieser Poesie des Gesinnungswandels und der neuen Sittlichkeit machte Rathenau bekanntlich auch konkretere Vorschläge, wie der Weg

61 Ebd., S. 186.

62 Paul Conrad: Aus tiefer Not. Evangelische Zeugnisse. Berlin 1922, S. 156.

63 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 158 f.

64 Ebd., S. 159; siehe auch ebd., S. 164 und passim.

65 Ebd., S. 181.

in die Zukunft aussehen sollte. Grundsätzlich plädierte er vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen zunächst in der Elektrizitäts- und dann in der Kriegswirtschaft dafür, die Effizienz von Produktionsabläufen auf betrieblicher, branchen- und volkswirtschaftlicher Ebene durch Koordination und Planung so weit wie möglich zu steigern.⁶⁶ Rathenau hing der technokratischen Vorstellung an, dass die Vielfalt der wirtschaftlichen Interessen immer Ineffizienz erzeugen müsse und die nationalwirtschaftliche Produktivität nur gesteigert werden könne, wenn ein „einheitlicher Wille“ beziehungsweise der „zentrale Wille eines bewußt gewordenen Organismus an die Stelle einer Vielheitswirkung [trete], die auf zufälligem Gleichgewicht beruhend bisher die Wirtschaftsbewegung bestimmt“ habe.⁶⁷ Trotz seiner elitären und nur mit viel Wohlwollen noch liberal zu nennenden Vorstellung, dass die planvoll und bewusst geordnete Wirtschaft „das Vielfache von dem zu leisten vermag, was heute der unregelmäßige Kampf aller gegen alle erpreßt“, trat er doch andererseits dafür ein, dass die Privatwirtschaft grundsätzlich weiter bestehen bleibe.⁶⁸ Aber sie sollte koordiniert und Monopole sollten abgeschafft oder in Staatsbesitz überführt werden, um so eine Gemeinwirtschaft entstehen zu lassen:

„Die neue Wirtschaft wird, wie wir gesehen haben, keine Staatswirtschaft sein, sondern eine der bürgerlichen Entschlußkraft anheimgestellte Privatwirtschaft, die freilich zum organischen Zusammenschluß, zur Überwindung innerer Reibung und Vervielfältigung ihrer Leistung und Tatkraft staatlicher Mitwirkung bedarf.“⁶⁹

Als konkrete Maßnahmen schlug er aus der Erfahrung des Krieges vor, die Rohstoffe im Sinne der nationalen Sicherheit zentral zu bewirtschaften, wollte private Monopole genauso abschaffen wie seiner Ansicht nach unnötigen Luxuskonsum oder diesen zumindest hoch besteuern.⁷⁰ Schließlich sollte wirtschaftliche Ungleichheit durch Steuern reduziert und vor allem der arbeitsfreie Reichtum durch eine Veränderung der Erbrechtsregeln reduziert werden, ohne damit aber sozialistische Gleichheitsvorstellungen

66 Michalka: Vernetzt auf unterschiedlichen Ebenen (wie Anm. 6).

67 Rathenau: Die neue Wirtschaft (wie Anm. 26), S. 54f.; Wolfgang Kruse: Kriegswirtschaft und Gesellschaftsvision. Walther Rathenau und die Organisation des Kapitalismus. In: Hans Wilderott (Hrsg.): Walther Rathenau 1867–1922. Die Extreme berühren sich. Berlin [1994], S. 151–168.

68 Rathenau: Die neue Wirtschaft (wie Anm. 26), S. 28; Hellige: Dauerhaftes Wirtschaften contra Wirtschaftsliberalismus (wie Anm. 12).

69 Rathenau: Die neue Wirtschaft (wie Anm. 26), S. 75.

70 Ebd., S. 51.

zu realisieren.⁷¹ Anders als in der Tradition der Utopie beziehungsweise der Staatsromane und vor allem in expliziter Abgrenzung zum Marxismus war bei Rathenau jedoch nicht die Veränderung gesellschaftlicher Institutionen entscheidend für die Schaffung einer neuen Wirtschaft, eines neuen Staates und einer neuen Gesellschaft. Es sollten nicht erst die Institutionen den Gesinnungswandel hervorbringen, sondern der neue Geist war für Rathenau primär:

„Was wir brauchen ist Unabhängigkeit, Adelsgefühl, Herrenhaftigkeit, Verantwortungswillen, Großmut, Freisein vom Vorgesetzten- und Untergebenengeist, von Kleinlichkeit und Mißgunst. In dieser Forderung liegt die ganze deutsche Politik und politische Zukunft beschlossen.“⁷²

Auch hier nahm Rathenau für sich und die tausend anderen wiederum in Anspruch, diesen Geist bereits in der Gegenwart zu verkörpern und damit den Weg in die Zukunft weisen zu können, was Ferdinand Tönnies zu der lakonischen Bemerkung veranlasste: „Herr Rathenau scheint von einem Wandel der Weltanschauung mehr zu erwarten als ich es vermag.“⁷³

4. Fazit: Utopismus und Voluntarismus in der Zeitenwende

Wie fügt sich Rathenau mit dieser Form der Zukunftsaneignung in die Geschichte des Zukunftsdenkens im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik? Wie viele seiner Zeitgenossen jeglicher politischen Couleur formulierte auch Rathenau ein explizites Zeitenwendebewusstsein und verkündete damit zugleich das Ende des Historismus und des Entwicklungsdenkens. Angesichts der Anforderungen des „totalen Krieges“ und der Revolution schien es vielen nicht mehr möglich, das Bestehende traditionell zu rechtfertigen oder die Zukunft aus der Vergangenheit abzuleiten. Daher kam es zu einer Inflation von Schriften über Deutschlands Zukunft, zu der auch Rathenau beitrug. Sie versprachen weltanschauliche Orientierung zu bieten und reichten von konkreten politischen Programmen bis zu langfristigen grundstürzenden Umgestaltungen und esoterischen Veränderungsvisionen. Ihnen gemeinsam war die Vorstellung, dass in der Gegenwart Ent-

71 Rathenau: Die neue Gesellschaft (wie Anm. 4), S. 6; Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 130 f. Der Selbstwiderspruch als Erbe eines großen Vermögens schien Rathenau nur wenig zu bekümmern; Volkov: Walther Rathenau (wie Anm. 2), S. 156.

72 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 14), S. 270.

73 Tönnies: Kommende Dinge? (wie Anm. 1), S. 837.

scheidungen anstanden, die nicht mehr in das normale rekursive Geschäft der Politik eingebunden waren, sondern vielmehr das Schicksal zukünftiger Generationen bestimmen sollten. Für diese Entscheidungen versprachen Intellektuelle wie Rathenau, Orientierung zu liefern. War der Weltkrieg zunächst vor allem auf der radikalen Linken und Rechten als Weltenwende begriffen worden, wie Rosa Luxemburg formuliert hatte, wurde das Zeitenwendebewusstsein in der Weimarer Republik aber auch weit darüber hinaus anschlussfähig. Zusammen mit den inflationären Krisendiagnosen existenzialisierte es die politischen Auseinandersetzungen.⁷⁴

Krieg und Revolution hatten den Zeitgenossen vor Augen geführt, dass sich politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse nicht nur schnell wandeln, sondern dass sie in kurzer Zeit grundlegend umgestaltet werden konnten. Aus seiner Erfahrung in der Elektrizitätswirtschaft und in der Kriegsrohstoffbewirtschaftung entwarf Rathenau eine holistische, vom Prinzip der Effizienzsteigerung her durchorganisierte nationale Volkswirtschaft, die besser im Wettbewerb mit anderen würde bestehen können.

In der breiten Rathenauliteratur sind diese Ausführungen inhaltlich genau untersucht worden, ohne dass letztliche Einigkeit darüber erzielt worden wäre, wie seine wirtschaftspolitischen Vorschläge zwischen Kapitalismus und Sozialismus genau zu verorten sind. Schließlich hängt die Beantwortung dieser Frage letztlich von politischen Präferenzen ab und wird von dem Versuch beeinflusst, Rathenau als Märtyrer der Republik für die jeweils eigene Position in Anspruch zu nehmen. Demgegenüber habe ich mich auf die Form konzentriert, in der Rathenau die kommenden Dinge, den neuen Staat, die neue Wirtschaft und die neue Gesellschaft entwickelte. Die utopistische, voluntaristische und antirationalistische Form der Zukunftsaneignung, die in Rathenaus Schriften zum Ausdruck kam, war paradigmatisch für die Geschichte der Zukunft im Übergang vom Weltkrieg zur Weimarer Republik.

Vor allem die Schrift *Von kommenden Dingen* schloss an die Tradition der Staatsromane und der sozialistischen Zukunftsstaatsvisionen an, verlegte die Utopie aber zugleich aus der Zukunft in gegenwärtige Handlungszusammenhänge, wo sie die geistige Kraft bezeichnete, welche das Bestehende verändern konnte. Ihr Inhalt und mithin das Ziel der Entwicklung konnten für Rathenau nicht wissenschaftlich rational definiert werden, sondern entsprangen vielmehr dem Willen zur Zukunftsgestaltung. Wer die Zukunft

74 Rüdiger Graf: Die „Krise“ im intellektuellen Zukunftsdiskurs der Weimarer Republik. In: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters. Frankfurt a.M. 2005, S. 77–106.

richtig wollte und nicht nur auf materielle Veränderungen aus war, sondern das geistige Prinzip erfasst hatte, der konnte sie auch erkennen und gestalten. Dieser raunende Voluntarismus und Dezisionismus, demzufolge man fühlen und erschauen musste, wer die Kraft der Zukunft und wer die Vergangenheit war, stellte keine argumentativen Ressourcen mehr bereit, um den Republikgegnern von rechts, die ganz ähnliche Vorstellungen ventilierten, etwas entgegenzusetzen. Rathenau weigerte sich, die Ziele der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung im politischen Diskurs festzulegen oder die Legitimität der Teilhabeansprüche bestimmter Gruppen nach Gerechtigkeitskriterien zu diskutieren. Vielmehr waren für ihn ökonomische Effizienz und nationale Leistungsfähigkeit die höchsten Werte, an denen alles ausgerichtet werden musste, die sich aber nicht von selbst im Widerstreit der Interessen ergeben würden. Sie erkennen, festlegen und implementieren konnten seiner Ansicht nach vielmehr bestimmte Menschen.

Für Rathenau war klar, wer der Tatmensch war, der die Welt auf diese Weise geistig durchdrungen hatte und deshalb den Weg in die Zukunft weisen konnte: er selbst. Dass dem so war, konnte aber nicht rational begründet, sondern musste gefühlt und geglaubt werden. Wie sollte man aber diejenigen davon überzeugen, die das nicht glaubten und Rathenau vielmehr als Juden und Großindustriellen hassten, attackierten und letztlich ermordeten?⁷⁵ Die Art und Weise, wie Rathenau in Krieg und Revolution die neue Wirtschaft, den neuen Staat und die neue Gesellschaft imaginierte, war geradezu paradigmatisch für eine zeitgenössisch populäre Form der Zukunftsaneignung, die dem Voluntarismus, Dezisionismus und Irrationalismus sowie der Zeitenwendebeschwörung und Tatemphase der radikalen Rechten in Weimar nicht nur nichts entgegenzusetzen hatte, sondern diese tragischerweise stützte und bestätigte.

75 Martin Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution. Frankfurt am Main 1999.

Vernunftrepublikaner oder Überzeugungsdemokrat? Walther Rathenau, der organisierte Liberalismus und die parlamentarische Demokratie

Über das Verhältnis des Weimarer Außenministers Walther Rathenau zum organisierten Liberalismus ist in den letzten Jahrzehnten wiederholt publiziert worden. So finden sich Ausführungen in den einschlägigen Biographien,¹ außerdem widmen sich mehrere Aufsätze diesem Thema.² Schließlich hat sich auch die Quellenbasis durch die Neu-Edition der Schriften Rathenaus deutlich verbessert.³

Nachfolgend soll unter der für Rathenau gewählten Zuschreibung als Vernunftrepublikaner, die Horst Möller 2008 vorgenommen hat,⁴ näher betrachtet werden, wie sich sein Verhältnis zu Liberalismus und Parlamentarismus entwickelt hat. Es wird dabei etwas weiter ausgeholt, um die Beziehung Rathenaus zum organisierten Liberalismus aus dem Zusammen-

- 1 Shulamit Volkov: Walther Rathenau. Ein jüdisches Leben in Deutschland 1867–1922. München 2012; Lothar Gall: Walther Rathenau. Portrait einer Epoche. München 2009; Jörg Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau als Politiker der Weimarer Republik. Lübeck 2007; Christian Schölzel: Walther Rathenau. Eine Biographie. Paderborn u.a. 2006; Wolfgang Brenner: Walther Rathenau. Deutscher und Jude. München/Zürich 2005; Hans F. Loeffler: Walther Rathenau – ein Europäer im Kaiserreich. Berlin 1997; Peter Berglar: Walther Rathenau. Ein Leben zwischen Philosophie und Politik. Graz/Wien/Köln 1987; Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. Göttingen/Zürich/Frankfurt a.M. 1979. Neben diesen Monographien gibt es folgende Sammelbände: Wolfgang Michalka/Christiane Scheidemann: Walther Rathenau. o.O. 2006, sowie Karl-Heinz Hense/Martin Sabrow (Hrsg.): Leitbild oder Erinnerungsort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau. Berlin 2003.
- 2 Jürgen Frölich: Der organisierte Liberalismus und Walther Rathenau. Neun Jahrzehnte einer schwierigen Beziehung. In: Hense/Sabrow: Leitbild oder Erinnerungsort (wie Anm. 1), S. 15–30; Wolfgang Michalka: Rathenaus politische Karriere. In: Ebd., S. 67–84; Johannes Mikuteit: Der Parlamentarismus im Urteil von Walther Rathenau. In: Der Staat 36 (1997), S. 95–117; Bernd Sösemann: Jenseits von Partei und Parlament. Walther Rathenaus „aufbauende Ideopolitik“ in der Deutschen Gesellschaft 1914. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867–1922. Berlin [1994], S. 169–178.
- 3 Walther Rathenau: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914. Hrsg. von Alexander Jaser. Düsseldorf 2015 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. I); ders.: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1919. Hrsg. von Alexander Jaser/Wolfgang Michalka. Düsseldorf 2017 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. III).
- 4 Horst Möller: Friedrich Meinecke, Gustav Stresemann und Thomas Mann – drei Wege in die Weimarer Republik. In: Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.): Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft. Stuttgart 2008, S. 257–274, hier S. 266.

hang zu beurteilen. Zum einen wird nach seiner Auffassung über die Rolle des Parlaments, zum anderen nach seinem Verständnis von den Aufgaben der Parteien im Staat gefragt.

Rathenau war kein Parteisoldat, und er war kein „Kind“ einer Partei. Ganz im Gegenteil: Es dauerte bis zu seinem vierzigsten Lebensjahr, bis er sich überhaupt zu einer parteipolitischen Frage äußerte. Und bis kurz vor seinem Tod fremdelte er mit Parteien im Allgemeinen und mit seinem eigenen politischen Bekenntnis im Besonderen, was auch anders herum galt: Er war keineswegs ein Liebling der Partei, sondern er wurde zeitlebens vielmehr als ein Außenseiter angesehen. Das Verhältnis zu den Parteien, denen er angehörte und für die er kandidierte, war jeweils beidseitig ambivalent.

Alle Biographien über Rathenau haben sich mit seinem schwierigen Verhältnis zu den liberalen Parteien vor und nach 1918 beschäftigt. Wohl am intensivsten hat dies Jörg Hentzschel-Fröhlings in seiner Dissertation getan. Er kommt zu dem Schluss, dass der liberale Industrielle „ein sehr untypischer Parteipolitiker“ gewesen sei.⁵ Ähnlich lautet das Fazit von Jürgen Frölich: Es handele sich um „kein[en] lupenreine[n] Liberale[n]“, und dennoch bezeichnet er ihn als „Liberalen sui generis“.⁶ Im Grunde genommen währte Rathenaus aktive Auseinandersetzung mit dem organisierten Liberalismus und seine unmittelbare Beziehung zu den verschiedenen liberalen Parteien lediglich über einen Zeitraum von eineinhalb Jahrzehnten zwischen 1907 und seinem Tod. Zu unterscheiden sind dabei der frühe Versuch eines parteipolitischen Engagements vor dem Ersten Weltkrieg und die Phase zwischen 1918 und 1922. Konkret ist zu fragen: Wie entwickelte sich Rathenaus Verhältnis zum Parlamentarismus und zu den Parteien?

I. Rathenaus Einstellung zu Liberalismus und Parlamentarismus vor 1918

Politik im Allgemeinen hatte den Industriellensohn Walther Rathenau schon früh interessiert. Sein großbürgerliches Elternhaus und seine akademische Ausbildung legten ein grundsätzliches politisches Interesse nahe. Aber ein eigenes parteipolitisches Engagement gehörte lange Zeit nicht zu den von ihm gesetzten Prioritäten. Die erste bekannte politische Stellung-

5 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 30.

6 Frölich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 29 f.

nahme stammte aus dem Jahr 1907, und damit von dem mittlerweile immerhin schon vierzig Jahre alten Inhaber einer Industriebank, der Berliner Handels-Gesellschaft.

In einem Zeitungsartikel unter dem Titel „Die neue Ära“ im „Hannoverschen Courier“ bzw. den „Hannoverschen Neuesten Nachrichten“ bezog sich Rathenau auf die parteipolitische Konstellation nach den Reichstagswahlen 1907.⁷ „Die liberalen Parteien“, so Rathenau, „sind etwas erholt“. Er konstatierte einen „unsichtbaren Sieg des liberalen Gedankens“. Für ihn schien sich anzudeuten, dass es zu einem Rückstrom der Wähler von der Sozialdemokratie zu den Liberalen gekommen sei. Rathenau hoffte in der Zukunft auf eine stärkere Beteiligung des Bürgertums, insbesondere des sogenannten Industriebürgertums, an der Reichsregierung. Reichskanzler Bernhard von Bülow wandte sich vom Zentrum ab und strebte eine Zusammenarbeit mit den Liberalen an. „Eine bürgerlich nationale Bewegung“ würde, Rathenau zufolge, „den konstitutionellen Gedanken des Liberalismus aufnehmen“ und positiv für die Interessen des Landes wirken. Der Zuspruch der Wähler zum Liberalismus schien für Rathenau als „der klare Strom des Volkswillens, der neue Massen, neue Menschen und neue Gedanken emporträgt“. Der zugespitzt argumentierende Artikel führte zu einem politischen und persönlichen Zerwürfnis zwischen Rathenau und seinem langjährigen Freund, dem Publizisten Maximilian Harden. Denn der Beitrag, der zunächst für Hardens Zeitschrift „Die Zukunft“ gedacht war, erschien schließlich in der „Hannoverschen Presse“. Während Rathenau auf den politischen Liberalismus setzte, um das aus seiner Sicht bankrotte politische System durch den konservativ-liberalen Bülow-Block zu stabilisieren, lehnte Harden dies „als gefährliches Glücksspiel“ vehement ab.⁸

Wenig überraschen kann die Tatsache, dass sich Rathenau im liberalen Spektrum positionierte. Für einen Industriellen, Bankier und deutschen Juden lag dies nahe, denn Wirtschaft und Emanzipation zählten zu den liberalen Kernthemen im deutschen Kaiserreich.⁹ Zugleich sah er die Entwicklung des Liberalismus im Kaiserreich kritisch: „Bismarck“, so stellte er 1909 fest, „hatte den bürgerlichen Liberalismus besiegt und den Besiegten verächtlich gemacht“. Die Generation der Schulabgänger um 1880 sei „entweder konservativ, oder von Phraseologien verärgert und sozial rebellisch“

7 Rathenau: Schriften 1885–1914 (wie Anm. 3), S. 482–488 (12.2.1907).

8 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 76.

9 So auch Frölich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 16, unter Verweis auf James J. Sheehan: Der deutsche Liberalismus 1770–1914. München 1983, S. 277.

eingestellt gewesen.¹⁰ Überhaupt beurteilte Rathenau das Verhalten der Linksliberalen gegenüber Bismarck kritisch, wie er dem Reichstagsabgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei Conrad Haußmann verriet: „Der Liberalismus ist zu feig: Sie alle sind zu feig gewesen, für das Vernünftige stark und rücksichtslos einzutreten, auch gegen die stärkste Stimmung. Das allein sammelt Gedanken, ob der Mann Luther oder Bismarck heißt!“ Besonders den früheren freisinnigen Parteivorsitzenden Eugen Richter machte er für die Schwäche des Liberalismus verantwortlich.¹¹ Aber auch generell habe der Liberalismus im Kaiserreich schwere Fehler begangen. An den linksliberalen Schriftsteller Hermann Pachnicke schrieb Rathenau zu Neujahr 1908: „Ich habe in meiner Jugend, als Student, die tiefe Diskreditierung erlebt, in die der Liberalismus durch seine Fehler und durch seinen überlegenen Gegner gerade bei der jungen Generation geraten war. [...] freiheitliches Streben war geradezu der Verachtung preisgegeben.“ Das Parteiwesen sei rückständig und „die Regeneration des Liberalismus [wird] fürs erste nicht erstehen. Denn sie erfordert gerade das, was Sie nicht haben: eine junge Generation.“ Dies stelle er als „Nichtpolitiker“ fest. Solange sich dies nicht ändere, vermisse er „das, was ich am begierigsten suchte“, „den Nachweis der Notwendigkeit des linken Liberalismus“.¹²

Nach der Daily Telegraph Affäre im November 1908 äußerte sich Rathenau recht zwiespältig: Zum einen war er besorgt über den politischen Zustand der kaiserlichen Regierung, zum anderen aber betitelte er seinen nur als Fragment überlieferten Text als „Demokratisches Erwachen“.¹³ Er konstatierte, dass „zum ersten Mal seit sechzig Jahren das deutsche Volk ungefragt das Wort ergriffen und gesprochen“ habe. Wenn sich nunmehr seit 1848 erstmals wieder das Volk politisch zu Wort melde, dann müssten „Änderungen des allgemeinen öffentlichen Zustandes und Bewußtseins [...] sich also vollzogen haben“. Rathenau meinte zudem, dass man die Sprache des Volkes „nicht anders als im Sinne der Geschichte demokratisch bezeichnen kann“. Die veränderte politische Situation und die mittlerweile vorhandenen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Staats-

10 Zit. nach Schulin: Repräsentant, Kritiker und Opfer (wie Anm. 1), S. 20. Ähnlich Frölich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 16.

11 Gespräche mit Conrad Haußmann, Nov. 1914 – Febr. 1915. Walther Rathenau: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin. München/Heidelberg 1977 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II), S. 711–715, hier S. 714.

12 Walther Rathenau: Briefe. Teilbd. 1: 1871–1913. Hrsg. von Alexander Jaser/Clemens Picht/Ernst Schulin. Düsseldorf 2006 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. V.1), S. 811–813, hier S. 811 f.

13 Rathenau: Schriften 1885–1914 (wie Anm. 3), S. 697–699.

bürger veranlassten auch ihn zum Handeln: Mit Bülow's Nachfolger Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg nahm Rathenau bereits 1910/11 politisch Fühlung auf.¹⁴

Es bedurfte schließlich des Anstoßes von außen, um Rathenau das Ansinnen, selbst parteipolitisch zu agieren, endgültig nahezubringen. Kein geringerer als Harry Graf Kessler, umtriebiger Chronist des ausgehenden Kaiserreichs und der Weimarer Republik, berichtete, dass der nationalliberale Parteivorsitzende Ernst Bassermann im Frühjahr 1911 Rathenau das Angebot unterbreitet habe, im Wahlkreis Frankfurt an der Oder bei den Reichstagswahlen 1912 zu kandidieren.¹⁵ So einfach wie Bassermann dies zunächst eingeschätzt hatte, sollte eine Kandidatur allerdings nicht zu realisieren sein. Vielmehr widersprachen die Parteifreunde an der Oder diesem anscheinenden Oktroi der Parteileitung. Vor allem war ein gemeinsamer Kandidat von Fortschrittspartei und Nationalliberalen bei ihnen nicht erwünscht. Auch mit Rathenaus Judentum tat man sich offensichtlich schwer, zumal etliche Nationalliberale – wie generell die wilhelminische Politik und Gesellschaft – antisemitische Ressentiments hegten. Aber Rathenau wäre eine gemeinsame Kandidatur für Fortschrittspartei und Nationalliberale sehr zu Pass gekommen, denn sie hätte seine politische Unabhängigkeit bewiesen, seine „Position außerhalb der Parteien“. Es ging um eine Einigung von Liberalen und gemäßigten Sozialdemokraten „von Bassermann bis Bebel“, ganz im Sinne Friedrich Naumanns. Rathenau wollte damit „dem Liberalismus eine Stellung als Kulturfaktor und dem Staat eine Regierungspartei geben“.¹⁶ Rathenau zog aber, nachdem die kritischen Stimmen nicht verstummten, seine geplante Kandidatur zurück.¹⁷

In den darauffolgenden Jahren beschäftigte Rathenau sich immer wieder mit politisch-gesellschaftlichen Themen. Ein zentraler Gedanke war dabei die Frage, wie man optimal für eine „Politische Auslese“ sorgen könne. Unter diesem Titel erschien im Mai 1912 ein Aufsatz in der Wiener „Neuen Freien Presse“, in dem Rathenau das Bürgertum als „Träger einer ungeheuren geschäftlichen Intelligenz“ lobte.¹⁸ In allen „parlamentarisch regierten

14 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 86 f.; Michalka: Rathenaus politische Karriere (wie Anm. 2), S. 69 f.

15 Harry Graf Kessler: Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk. Berlin-Grunewald 1928, S. 152.

16 So auch Wolther von Kieseritzky: Walther Rathenau. Liberaler Außenpolitiker und Wegbereiter der Demokratie. Potsdam 2022, S. 17.

17 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 15.

18 Rathenau: Schriften 1885–1914 (wie Anm. 3), S. 944–951 (26.5.1912). Alle weiteren Zitate ebd.

Ländern“ funktioniere die politische Auslese „bewußt und unbewußt“, in Preußen-Deutschland leider nicht, weil die Parlamente sie angesichts der Rahmenbedingungen nicht leisten könnten. Rathenau wörtlich: „Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, unser Parteiwesen lasse eine parlamentarische Verantwortung nicht zu: umgekehrt, ein Parlament ohne Regierungsverantwortlichkeit wird weder Männer und Ideen produzieren, noch eine zeitlose, der Parteienge enthobene Verantwortung begreifen lernen.“ Dadurch, dass die Regierung nicht dem Parlament verantwortlich sei und ihre Zusammensetzung auch nicht durch das Parlament bestimmt werde, fehle das zentrale Element für eine wahrhaft parlamentarische Regierung. Eine solche parlamentarisch verantwortliche Regierung könne durch das Budgetrecht des Reichstags allein nicht ersetzt werden.

Im April 1914 nahm Rathenau in einem Artikel mit dem schlichten Titel „Parlamentarismus“ in der „Neuen Freien Presse“ zu den Vor- und Nachteilen eines parlamentarischen Regierungssystems Stellung.¹⁹ Er kritisierte den herrschenden „Halbparlamentarismus“, denn das allgemeine Männerwahlrecht und das preußische Dreiklassenwahlrecht könnten den Erfordernissen eines „wahren Parlamentarismus“ nicht genügen. Diese Regierungsweise führe vielmehr zu politischer Orientierungslosigkeit und zu mangelnder Stärke als Weltmacht. Die besten Kräfte einer Nation müssten sich vielmehr durch den Wettbewerb der Parteien herausbilden. Denn die Förderung einer politischen Elite sei in einem parlamentarischen System am besten zu bewerkstelligen. Nur hier würden die führenden Köpfe von Wirtschaft, Technik und Kultur sich bewähren. Mit seiner Forderung nach politischen Reformen stimmte Rathenau mit anderen liberalen Kaiserreich-Kritikern wie Max Weber, Hugo Preuß oder Friedrich Naumann überein.²⁰ Man könne, so schrieb er, in Preußen über alles reden, nur nicht über den Parlamentarismus.

„Wer [...] nicht zum Bestehenden einschwenkt, bleibt endgültig draußen, er ist nicht viel besser als ein Freihändler, Republikaner, Sozialdemokrat. [...] Die Grenze zwischen zulässiger und unzulässiger Gesinnung liegt in Preußen beim Parlamentarismus.“²¹

19 Ebd., S. 1099–1109. Dazu Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 89–91. Auch Mikuteit: Parlamentarismus (wie Anm. 2).

20 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 89. Zu Naumann zuletzt: Jürgen Frölich/Ewald Grothe/Wolther von Kieseritzky (Hrsg.): Fortschritt durch sozialen Liberalismus. Politik und Gesellschaft bei Friedrich Naumann. Baden-Baden 2021.

21 Rathenau: Schriften 1885–1914 (wie Anm. 3), S. 1099–1109, hier S. 1099. Dazu: Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 90.

Rathenau ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass nach seiner Ansicht ein echtes parlamentarisches System auf dem Funktionieren von Parteien beruhe:

„In jedem parlamentarischen Staat ist Träger der politischen Richtung das Volk und zwar durch die sichtbare Vermittlung seiner politischen Parteien. [...] Denn die Komponenten der Richtkräfte, die Parteien, sind in sich wiederum organische Geistesgebilde, freie Nationen im kleinen, in denen abermals unter Kämpfen und dennoch unbeeinflusst, objektive Willenskraft sich entbindet.“

Die Parteien des Kaiserreichs seien aber nicht produktiv, „weil es ihnen an Interesse, an Kenntnis des Sachverhalts und an Verantwortung fehlt“:

„Sind die Halbparlamente unfruchtbar, so sind es umso mehr ihre Parteien. [...] Nirgends hört man so häufig [von] Parlamentsmüdigkeit sprechen als in Deutschland, das ein eigentliches Parlament noch nicht kennt. [...] Der liberale Reichstag [...] hat außer einer wertlosen und schnell bereuten Demonstration keine kennzeichnende Spur eines Eigenlebens hinterlassen.“

Reformen seien in der Zukunft nicht nur notwendig, sondern geradezu unausweichlich.²² Und auch der Beginn des Ersten Weltkriegs änderte nichts an den Einstellungen Rathenaus zu politischem System, Parlamentarismus und Parteien. Noch deutlicher als in seiner Publizistik vor 1914 wurde Rathenau in seinem Buch „Von kommenden Dingen“, das 1917 erschien.²³ Hier setzte er einem Idealbild von Parlament und Parteien seine Gegenwartsdiagnose entgegen. Die deutschen Parlamente hätten „geringe Volkstümlichkeit, [...] schwache Substanz und [...] mangelhaften Wirkungsgrad“, und das Leben der Parteien sei

„mit Ausnahme der agrarischen und sozialistischen [...] schlecht und kleinlich organisiert und ausgestattet. [...] Jede Politik, die nicht Gesamtpolitik ist, sondern Parteipolitik, [muß] dauernd mindestens zwei Herren dienen [...], ihrem äußeren objektiven Ziel und ihrer inneren geheimen Parteiüberzeugung; sie bleibt unfrei und unsachlich gebunden.“²⁴

Rathenau war aber im Allgemeinen eher zurückhaltend mit Kritik, um nicht noch stärker ausgegrenzt zu werden – als Jude besaß er für dieses Problem ein untrügliches Sensorium. Ende 1917 schrieb er an Conrad Haußmann im Hinblick auf die Fortschrittliche Volkspartei, dass „mein Weg nicht zur Partei hin, sondern von ihr hinwegführt“. „Ich glaube nicht,

22 Rathenau: Schriften 1885–1914 (wie Anm. 3), S. 1102, 1104, 1108.

23 Walther Rathenau: Von kommenden Dingen, Berlin 1917, S. 308.

24 Ebd., S. 338.

daß die Partei“ von „meinen Plänen“ für den wirtschaftlichen Wiederaufbau „erbaut sein wird.“²⁵

Doch nicht nur Rathenau ging auf Distanz zum organisierten Liberalismus. Auch der Publizist Theodor Heuss als Gefolgsmann von Friedrich Naumann²⁶ oder der nationalliberale Politiker und spätere Gründer der Deutschen Volkspartei Gustav Stresemann grenzten sich ihrerseits deutlich von Rathenau ab: „Das System Rathenau“, so schrieb Stresemann 1917, „würde uns das Beste nehmen, was wir in Deutschland besitzen, nämlich die persönliche Schaffensfreude und Schaffenskraft des Einzelnen.“²⁷ Kritik an seinen als planwirtschaftlich wahrgenommenen Äußerungen im Weltkrieg erntete Rathenau von vielen Seiten. Dass er sich zudem in den letzten Kriegsmonaten für eine Volkserhebung ausgesprochen hatte, führte zu weiterer politischer Gegnerschaft.²⁸ Dabei war seine generelle Haltung zum Krieg doch recht eindeutig. 1917 schrieb er: „Dieser Krieg ist nicht ein Anfang, sondern ein Ende; was er hinterläßt, sind Trümmer.“²⁹

Rathenau stand vor 1918 ohne Zweifel „jenseits von Partei und Parlament.“³⁰ Seine politischen Ansichten bewegten sich auf eine parlamentarische Ordnung hin, so dass er sich politisch in der Nähe der linksliberalen Kaiserreich-Kritiker befand. Aber öffentlich hatte er sich bis dahin eher wenig positioniert, denn die wirklich markanten Äußerungen erschienen in Wien und wurden in Deutschland allenfalls am Rande und in den besser informierten Kreisen wahrgenommen. Ein politisches Mandat fehlte Rathenau überdies ganz. Aber er bekam ein solches auch nicht angeboten, weil er in der Öffentlichkeit vor Jahresende 1918 als radikal galt, viele Ratschläge erteilte, ungefragt Kritik übte, zum Teil widersprüchlich und doppelbödig agierte. So blieb er letztlich ein „verhinderter Politiker.“³¹

Der französische Politikwissenschaftler Maurice Baumont resümierte 1932, Rathenau habe immer in politischer Isolation gelebt, „neben und

25 Walther Rathenau: Briefe. Teilbd. 2: 1914–1922. Hrsg. von Alexander Jaser/Clemens Picht/Ernst Schulin. Düsseldorf 2006 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. V.2), S. 1818–1820, hier S. 1818 (15.12.1917).

26 So Frölich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 18. Heuss schrieb wörtlich von „merkwürdigen Tönen, die aus der Welterfahrenheit der großkapitalistischen Organisation kommen“.

27 Gustav Stresemann: Staatssozialismus und freie Wirtschaftsordnung (1917). In: Ders.: Schriften. Hrsg. von Arnold Harttung. Berlin 1976, S. 130, 132, zit. nach Frölich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 19.

28 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 183–188.

29 Rathenau: Von kommenden Dingen (wie Anm. 23), S. 221.

30 Sösemann: Jenseits von Partei (wie Anm. 2), S. 169–178.

31 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 186 f., ähnlich auch S. 194.

außerhalb der Parteien“ („à coté et en dehors des partis“).³² Vor 1918 traf das voll und ganz zu, danach sollte sich dies jedoch ändern. Die Grundlagen für sein späteres politisches Engagement hatten aber die Jahre vor 1918 gelegt, und die Grundlinien waren vorgegeben. Kritik am Kaiserreich und am Wilhelminismus ebenso wie tendenziell linksliberal zu verortende politische Positionen hatte Rathenau schon vor 1918 geäußert. Aber bis dahin hatte er sich noch nicht zu aktivem parteipolitischen Handeln durchringen können, bzw. war bei dem Versuch einer Kandidatur gescheitert. Was ihn sicherlich reizte, war die Aussicht, über ein hohes politisches Amt im Staat, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gestalten und über die politische Zukunft mitentscheiden zu können. Das hatte ihm seine Position als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung gezeigt. Seine Biographin Shulamit Volkov beschreibt ihn als widersprüchliche Natur und Menschen, „der voller Leidenschaft die politische Macht anstrebte, sich aber wiederholt von ihrer Ausübung zurückzog“.³³

II. Rathenaus Haltung zum organisierten Liberalismus nach 1918

Rathenau hatte sich mit seinem Wirken im Weltkrieg, mehr aber noch durch seine politischen und ökonomischen Schriften in vielen politischen Lagern, nicht zuletzt auch bei den Liberalen, unbeliebt gemacht. Eine beispiellose Flut von Presseartikeln setzte sich 1918/19 kritisch mit ihm auseinander: Die Namen der prominenten publizistischen Kritiker reichten von Thomas Mann bis zu Kurt Tucholsky.³⁴ Mann schrieb: „Auch ein sonderbarer Heiliger, halb echt, halb falsch, halb rein, halb trüb, aber er plagt sich redlich – und um wen stünde es besser?“³⁵ Rathenau selbst konstatierte gegenüber der liberalen Schriftstellerin Minna Cauer: „Das gesättigte Bürgertum verfolgt mich mit wütendem Haß, das Proletariat mißtraut mir.“³⁶

Am 31. Oktober 1918 stellte Rathenau in einem Brief fest: „Keine Regierung kann und wird sich mit mir einlassen, ebenso wenig wie irgend eine

32 Maurice Baumont: *Économistes, historiens, hommes d'action. Walther Rathenau et son système*. In: *Annales d'histoire économique et sociale* 4 (1932), Nr. 13, S. 50–58, hier S. 52, zit. nach Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 15.

33 Volkov: *Ein jüdisches Leben* (wie Anm. 1), S. 9.

34 Ebd., S. 196–200.

35 Thomas Mann: *Tagebücher 1918–1921*. Hrsg. v. Peter de Mendelsohn. Frankfurt a. M. 1979, S. 293 f.

36 Rathenau: *Briefe*. Teilbd. 2 (wie Anm. 25), S. 2049 (10.12.1918).

der bürgerlichen Parteien.“³⁷ Die Folgerung aus dieser Ansicht zog er im November 1918 selbst, indem er nun aus der politischen Reserve trat und zum politischen Engagement überging: Er unternahm mit der Gründung des „Demokratischen Volksbunds“ den Versuch einer überparteilichen Sammlung weiter Teile der Gesellschaft.³⁸ Doch sowohl die Teilnehmer als auch die von ihnen vertretenen Forderungen gingen extrem weit auseinander. Der Personenkreis reichte von den Mehrheitssozialdemokraten bis hin zu Vertretern der Montanindustrie. Unter den gemäßigt und liberal denkenden Industriellen schlossen sich Carl Friedrich von Siemens und Robert Bosch zunächst diesem Vorhaben an. Auch andere Intellektuelle sympathisierten damit, so Albert Einstein, Gerhart Hauptmann, Friedrich Naumann und Ernst Troeltsch.³⁹ Man wollte zunächst überparteilich, nicht als gewöhnliche Partei, sondern als Sammlungsbewegung agieren. Die zentrale Forderung war die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, um eine neue Verfassung zu beraten.

Rathenau stellte in seiner Rede bei der Gründungsversammlung des Demokratischen Volksbundes in Anwesenheit von Naumann und Troeltsch fest, dass „die bestehenden Parteien [...] weder fähig noch gewillt [sind], den Volksstaat zu schaffen“, den man anstrebe.

„Seitdem der Liberalismus seinen Gedanken der bürgerlichen Verfassung vor einem halben Jahrhundert verwirklicht sah, hat er einen neuen Gedankeninhalt nicht gewonnen; er ist überlebt und zur Auflösung reif. Der Nationalliberalismus ist zu einer konservativen Partei geworden. [...] Dies ganze, auf den Bau des Staates und der Nation vor fünfzig Jahren zugeschnittene Parteiwesen ist überaltert und versteinert. Leblos wie seine Anschauungen und Programme sind seine Methoden. Die Begründung der Partei d[er] Deutschen Freiheit ist das Vorzeichen der Spaltung und Umschichtung des gesamten deutschen Parteiwesens. Schon deshalb war sie nötig und an der Zeit.“⁴⁰

Zur Führung dieser Bewegung wurde der Demokratische Volksbund gegründet. Die Abkehr vom Begriff des Liberalismus war dabei recht zeit-typisch, denn auch die anderen politischen Kräfte – so die beiden entstehenden „liberalen“ Parteien – mieden ihn als Kennzeichnung und sprachen von Demokratie oder Volk. Die versuchte Überparteilichkeit erinnert im Übrigen an die Deutsche Gesellschaft 1914, einen einflussreichen Ge-

37 An Wilhelm Kiefer. Ebd., S. 2012 f., hier S. 2012.

38 Walther Rathenau: Rede bei der Versammlung zur Schaffung eines demokratischen Volksbundes am 16.11.1918. Rathenau: Schriften 1914–1919 (wie Anm. 3), S. 523–559.

39 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 193.

40 Rathenau: Rede bei der Versammlung 16.11.1918 (wie Anm. 38), S. 553 f.

sprachskreis, den der Industrielle Robert Bosch finanziert und dem auch Rathenau angehört hatte.⁴¹

Am selben Tag, dem 16. November, schrieb Rathenau an den Ingenieur Max Breslauer:

„Wenn ein Abgleiten nach links verhindert wird, glaube ich zuversichtlich an unsere Genesung und künftige Entwicklung. [...] Eine mildere Entwicklung der Ereignisse hätte ich gewünscht; die Vernichtung des alten militärisch-feudalen Systems halte ich indessen für so wertvoll, daß alle Nachteile in Kauf genommen werden müssen.“

Fast zeitgleich mit der Schaffung des Demokratischen Volksbundes erschien der Gründungsauf Ruf der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in den Zeitungen, namentlich im „Berliner Tageblatt“.⁴² Daraufhin löste sich der Demokratische Volksbund als dessen Konkurrenzunternehmen bereits am 26. November wieder auf. Zum einen waren nicht nur die eigenen Bundesmitglieder unter sich nicht einig, zum anderen polarisierte Rathenau als einer der Anführer der neuen Bewegung durch seine Person und seine Ansichten. „Die Alten sahen in mir die Revolution, die Jungen in mir die Reaktion“, stellte er fest.⁴³ Für manche galt er als „der moderne Franz von Assisi, das paradoxeste aller paradoxen Lebewesen des alten Deutschlands“.⁴⁴

Rathenau unterstützte im Dezember 1918 durch großzügige Spenden an das Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens stattdessen mittelbar die liberalen Parteien. Bald ließ er auch der DDP Spenden zukommen. Ihr Mitglied wurde er aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht.⁴⁵ Dass Rathenau schließlich in der linksliberalen DDP seine politische Heimat finden sollte, hatte zum einen mit der antisemitischen Haltung vieler Mitglieder der Deutschen Volkspartei (DVP) Gustav Stresemanns und zum anderen mit der viel weniger straff geführten DDP zu tun, in der sich Rathenau als undogmatisch denkender Politiker schlichtweg wohler fühlte. Neben Rathenau gab es in der DDP auch weitere prominente jüdische oder als Juden geborene Mitglieder, wie beispielsweise den Berliner Zeitungsverleger Theodor Wolff oder den „Verfassungsvater“ Hugo Preuß.

41 Kieseritzky: Liberaler Außenpolitiker (wie Anm. 16), S. 19. Das nachfolgende Zitat: Rathenau: Briefe, Teilbd. 2 (wie Anm. 25), S. 2022 (16.11.1918).

42 Schulin: Repräsentant, Kritiker und Opfer (wie Anm. 1), S. 97.

43 Ebd.

44 Die Republik, 19.12.1918, zit. nach Schulin: Repräsentant, Kritiker und Opfer (wie Anm. 1), S. 98.

45 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 16 f.

Außerdem war die Partei von Beginn an generell „stark berlinisch“ ausgerichtet, was Rathenau gleichfalls entgegenkam.

Aber Rathenaus Versuch einer von der DDP gestützten Kandidatur für die Deutsche Nationalversammlung scheiterte. Sowohl in Weißwasser in der Lausitz als auch im Regierungsbezirk Liegnitz oder im Wahlkreis Rothenburg-Hoyerswerda konnte er sich gegen innerparteiliche Gegner, wie den einflussreichen Otto Fischbeck, nicht durchsetzen.⁴⁶ Im Sommer 1919 hatte sich Rathenau in einer Schrift unter dem Titel „Autonome Wirtschaft“ für eine Kombination von Unternehmerinitiative und staatlich kontrollierter Wirtschaft ausgesprochen.⁴⁷ Bedenken wurden sowohl gegen seine als planwirtschaftlich eingestuften Äußerungen als auch gegen seinen Charakter mit der „ganz unerträglich übertriebenen Überspanntheit des Selbstbewußtseins“ erhoben. Ein hinterer Listenplatz führte schließlich zum Scheitern seiner Kandidatur.⁴⁸

Rathenau blieb mit seinen Ansichten in der DDP umstritten, und vor allem fehlte ihm eine Hausmacht, denn er hatte weder Unterstützer in der Parteispitze noch an der Basis oder in der medialen Öffentlichkeit. Lediglich der Herausgeber der „Vossischen Zeitung“ Georg Bernhard bildete eine Ausnahme.⁴⁹ So war es nicht sonderlich überraschend, dass ein Vertreter einer anderen demokratischen Partei, nämlich Joseph Wirth von der Zentrumsparlei, auf Rathenaus Expertise setzte. Auf dessen Fürsprache hin wurde er im April 1920 in die zweite Sozialisierungskommission, kurz darauf zum Kohlesachverständigen für die Konferenz von Spa und schließlich als Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates berufen.⁵⁰ Diese Funktionen und Tätigkeiten bildeten letztlich auch sein Entréebillet in die Partei.

Im Februar 1920 wurde Rathenau als Mitglied des Parteivorstands vorgeschlagen.⁵¹ Er sah allerdings seine „eigene Stellung innerhalb der Demokratischen Partei nicht genügend gefestigt [...], um hinsichtlich ihrer Politik irgend eine Initiative zu rechtfertigen“.⁵² Dennoch wurde er schließlich im November 1920 Mitglied im Ortsverband Berlin-Grunewald und wenige

46 Dazu als Dokument: Walther Rathenau: Rede „Das alte und das neue Deutschland“ in Weißwasser, 15.12.1918. Rathenau: Schriften 1914–1919 (wie Anm. 3), S. 568–598.

47 Golo Mann: Walther Rathenau. Praktiker und Philosoph. Essen 1963, S. 22.

48 Ludwig Luckemeyer: Die Deutsche Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung 1918–1919. Gießen 1975, S. 271.

49 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 18 f., 22.

50 Ebd., S. 23.

51 Ebd.

52 Brief an Carl Gebhardt, 3.11.1920. Rathenau: Briefe. Teilbd. 2 (wie Anm. 25), S. 2490.

Tage später zum Vertreter des Wahlkreises für den Nürnberger Parteitag am 12. Dezember 1920 gewählt.⁵³ Sein Auftritt dort wurde trotz viel Applaus durchaus kritisch gesehen. Gertrud Bäumer bedauerte in der „Hilfe“, Rathenau habe „auf jede Ausführung politischer Natur verzichtet“ und „das Problem Staat und Wirtschaft völlig ausgeklammert“.⁵⁴

Am 29. Mai 1921 ernannte Wirth Rathenau zum Wiederaufbauminister, was er bis zur Demission des Kabinetts im Oktober blieb.⁵⁵ Obwohl er als Kandidat der DDP berufen wurde, blieb er nach außen auch weiterhin auf Distanz zur Partei. In seiner Antrittsrede vor dem Reichstag Anfang Juni 1921 stellte er fest: „Nicht als Mitglied einer Partei bin ich berufen worden. Ich entnehme dieser Tatsache das Recht, meinen Aufgabenkreis so unpolitisch zu behandeln wie möglich, vielmehr privatwirtschaftlich und industriell.“⁵⁶ Ohne Zweifel war das als Botschaft an die Politiker der anderen Parteien, aber auch an seine eigene Partei gerichtet.

Innerhalb der DDP blieb Rathenau umstritten. In einer Vorstandssitzung vom 13. Oktober 1921 äußerte beispielsweise der bayerische Landtagsabgeordnete Pius Dirr über eine Rede Rathenaus zur Außenpolitik, dass diese, wenn sie an die Öffentlichkeit gelange, „für uns absolut vernichtend [wäre], denn niemand ist in der Lage, diese logischen Sprünge mitzumachen. Ein Politiker, der in einem so kleinen Zeitraum seine Meinung wechselt“, sei für ihn „erledigt“.⁵⁷

Gleichwohl war Rathenau in der Partei jetzt halbwegs „angekommen“, denn auf dem Bremer Parteitag im November 1921 hielt er das Hauptreferat.⁵⁸ Den virulenten Fusionsvorschlägen mit der DVP stand er allerdings skeptisch gegenüber. „Eine Partei kann nicht die Filiale einer anderen sein. [...] Ich bin mir der Verwandtschaft mit der Volkspartei wohl bewußt. Vieles können wir unterschreiben, was sie sagt, alles nicht. So lange wir nicht alles unterschreiben können, müssen wir selbständig bleiben und eine eigene unabhängige Politik treiben.“ Die DDP müsse „eine kleine, starke, geistig wertvolle Partei innerhalb des deutschen politischen Getriebes“

53 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 24.

54 Die Hilfe, Nr. 44 vom 22.12.1920, S. 675.

55 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 25.

56 Walther Rathenau: Gesammelte Reden. Berlin 1924, zit. nach Frölich: Der organisierte Liberalismus (wie Anm. 2), S. 15.

57 Vgl. dazu: Gemeinsame Sitzung des Vorstandes mit der Reichstagsfraktion u.a., 13.10.1921. Lothar Albertin/Konstanze Wegner (Bearb.): Linkliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933. Düsseldorf 1980, S. 196–212, hier S. 212.

58 Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linkliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973, S. 199–201.

bleiben.⁵⁹ Zunächst blockierte die Partei aber seine Rückkehr ins Kabinett Wirth. Denn als es zu einer Neubildung des Kabinetts kam, verweigerte die DDP die Mitarbeit, und Rathenau wurde dementsprechend nicht berücksichtigt.⁶⁰

Die schwierige Lage der DDP, vor allem die extrem angespannte Finanzsituation, verschaffte Rathenau Anfang 1922 allerdings neue Möglichkeiten. Er stellte nämlich eine Großspende in Aussicht.⁶¹ Ob diese jemals geflossen ist, ist bis heute unklar.⁶² Mitte Januar 1922 konstatierte er gegenüber der Parteiführung unmissverständlich, „daß ich für den nicht sehr wahrscheinlichen Fall meines Wiedereintritts in die Regierung mich keiner Instanz zu unterwerfen beabsichtige“.⁶³ Allmählich wurden jedoch auch die Kreise in der DDP stärker, die einsahen, dass man vom Ruf Rathenaus durchaus profitieren könne. So teilte der Vorsitzende Carl Petersen, zuvor eher gegen Rathenau eingestellt, am 22. Januar 1922 mit, er habe Reichskanzler Wirth einen Brief geschrieben und „ihn aufgefordert, Rathenau und andere geeignete Männer zu ernennen und vor das Parlament zu treten“.⁶⁴ In erster Linie aufgrund seiner internationalen Erfahrungen als Wirtschaftsexperte wurde Rathenau am 31. Januar 1922 von Wirth zum Reichsaußenminister berufen und die DDP damit auch wieder Regierungspartei. Bis zu seinem Tod war Rathenau nun Mitglied im Parteiausschuss und im Vorstand. Aber trotz seiner öffentlichen Reputation auf der einen Seite gelang auf der anderen Seite „seine vollständige Integration in den Parteiapparat nicht“.⁶⁵

Die Feindseligkeiten gegen Rathenau verstärkten sich zur Jahreswende 1921/22. „Knallt ab den Walther Rathenau, Die gottverfluchte Judensau“, hieß es.⁶⁶ Aber nicht nur aus den bekanntermaßen antisemitischen Kreisen der rechts stehenden Parteien bis zu den Deutschnationalen schlug ihm purer Hass entgegen. So warnte ihn der befreundete Journalist Alfred Kerr vor allem (und ausgerechnet) vor den politischen Attacken aus dem Lager des

59 Bericht über die Verhandlungen des 3. (ordentlichen) Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei. Abgehalten in Bremen vom 12. bis 14. November 1921 in den Gesamträumen des Parkhauses (Bürgerpark). Berlin 1922, S. 40, 47, zit. nach Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 27.

60 Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 212.

61 Vorstandssitzung der DDP, 22.1.1922. Albertin/Wegner: Linksliberalismus (wie Anm. 57), S. 235–238, hier S. 237 f.

62 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 29.

63 Rathenau: Briefe. Teilbd. 2 (wie Anm. 25), S. 2630 f., hier S. 2630 (an Otto Nuschke, 16.1.1922). Dies habe er dem DDP-Vorsitzenden Carl Petersen gesagt.

64 Stephan: Aufstieg und Verfall (wie Anm. 58), S. 206 f.

65 Hentzschel-Fröhlings: Rathenau als Politiker (wie Anm. 1), S. 27.

66 Wilhelm Schwaner an Rathenau, 11.6.1921. Rathenau: Briefe. Teilbd. 2 (wie Anm. 25), S. 2587.

Industriellen Hugo Stinnes innerhalb der DVP. Rathenau ließ sich dennoch in seinen politischen Zielen nur vorübergehend beirren. Schon bei seinem Ausscheiden aus der Regierung im November 1921 hatte er bekannt, dass „aufgrund der maßlosen Agitation [...] in rechtsgerichteten Kreisen [...] ein ersprießliches Weiterarbeiten“ nicht möglich gewesen sei.⁶⁷ Er ließ sich aber nicht dauerhaft von seinen Zielen abbringen und nahm ab Januar 1922 mit Elan seine Arbeit als Außenminister auf.

III. Resümee: Vernunftrepublikaner oder Überzeugungsdemokrat?

Rathenaus Verhältnis zur DDP wie generell seine Einstellung zu politischen Parteien blieben bis zum Ende ambivalent. Das politische System der konstitutionellen Monarchie im Zustand der Verformung durch den späten Wilhelminismus sah er als äußerst reformbedürftig an. Ohne den Kaiser persönlich zu kritisieren, erkannte und bemängelte er den sogenannten Halbparlamentarismus des Reichstags, der keine politische Verantwortung trage. Er brandmarkte, dass dieses System nicht in der Lage sei, eine politische Elite auszubilden. Dementsprechend kamen auch die politischen Parteien des Kaiserreichs bei ihm nicht gut weg. Seine eigenen politischen Ambitionen auf einen Parlamentssitz scheiterten bei den Reichstagswahlen 1912 recht kläglich. Rathenaus Tätigkeit als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im Ersten Weltkrieg war hingegen zwar hochpolitisch, aber parteiunabhängig und in erster Linie sachorientiert.

Nach 1918 sah Rathenau die große Chance für politische Veränderungen und suchte mit der Gründung einer eigenen politischen Bewegung noch im November die aktive Politik. Aber auch dieser zweite Anlauf auf ein politisches Mandat geriet schnell ins Stocken. Die Parteigründung misslang ebenso wie die Kandidatur für die Deutsche Nationalversammlung. Sein Eintritt in die DDP erfolgte erst im November 1920; nach nur einem Jahr wurde er Mitglied im Parteiausschuss und im Parteivorstand. Rathenau galt als prominentestes Mitglied der DDP in der politischen Szene Weimars. Als Vertreter der sogenannten Erfüllungspolitik und als Jude stigmatisiert, wurde er im Juni 1922 von rechtsradikalen Verschwörern

67 An Sophie von Beneckendorf und Hindenburg, 22.11.1921. Ebd., S. 2619 f., hier S. 2619. Dazu: Volkov: Ein jüdisches Leben (wie Anm. 1), S. 214.

ermordet; dies ließ ihn dann schnell zur Symbolgestalt der Weimarer Demokratie, zu ihrem Märtyrer werden.⁶⁸

Bliebe abschließend noch die Frage zu erörtern, ob Rathenau als Verunftrepublikaner korrekt eingeschätzt worden ist. Dass Rathenau kein „Herzensmonarchist“ war – um das Wort von Friedrich Meinecke aufzunehmen – dürfte unstrittig sein. Über die Monarchie als Institution hat er sich ohnehin eher selten geäußert. Er vertrat die Überzeugung, dass selbst ein begabter Monarch allein mit der Leitung der Staatsgeschäfte überfordert sei,⁶⁹ vielmehr bedürfe es einer politischen Elite, die man in einem Parlament versammeln könne, vorausgesetzt es besitze genügend politische Mitsprache. Schon vor dem Ersten Weltkrieg trat Rathenau für eine parlamentarische Regierung ein; im Krieg übernahm er dann von Hugo Preuß den Begriff des Volksstaats (im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat). Rathenau sprach sich bereits vor 1918 für politische Reformen aus, blieb aber zugleich ein Pragmatiker der Politik. Dass er gleichwohl auch radikalere Zukunftsvisionen hegte, zeigen seine Schriften der Jahre um 1917/18.

Fraglos konnte sich Rathenau nach 1918 schnell auf die Republik, die Demokratie und den Parlamentarismus einstellen, weil sie in vielfacher Hinsicht seinen eigenen Vorstellungen und Idealen entsprachen. So musste er sich nicht vom Monarchisten zum Republikaner wandeln, wie dies bei Meinecke oder Stresemann der Fall war. Vielmehr blieb er seinen demokratischen Überzeugungen treu, die nunmehr im Verfassungssystem der Weimarer Republik verwirklicht wurden. Schwer tat sich Rathenau dagegen mit dem Parteiwesen. Schon vor 1918 hatte er die damaligen Parteien im Allgemeinen und die liberalen Parteien im Besonderen als veraltet und verkrustet kritisiert. Das änderte sich auch in den Weimarer Zeiten nur bedingt. Der DDP trat er zwar bei, doch wurde er dort nie vollständig integriert, sondern bis zuletzt als eine Art Fremdkörper empfunden. Auch er selbst betonte immer wieder seine parteimäßige Unabhängigkeit und bestand darauf, eher nach Staats- als nach Parteiräson zu handeln und politische Entscheidungen zu treffen.

Schon vor dem Weltkrieg entsprach es Rathenaus Meinung, dass der Wechsel der Staatsform überfällig sei, weil die Monarchie nicht mehr der Zeit entspreche. Und anders als viele seiner Zeitgenossen ließ er sich weniger von Emotionen als von Sachgründen in seinem politischen und ökonomischen Handeln leiten. Er war berufsbedingt ein Rationalist. Insofern

68 Siehe dazu Martin Sabrow: *Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution*. Göttingen 2022, passim.

69 Walther Rathenau: *Der Kaiser*. In: Rathenau: *Schriften 1914–1919* (wie Anm. 3), S. 718–757.

war es für ihn auch keine Herzensentscheidung, für die demokratische Weimarer Republik einzutreten, sondern es gab genügend Sachargumente, die dafür sprachen. Zugleich war es für ihn keinesfalls ausschließlich eine rationale Angelegenheit, sich für die Republik auszusprechen, vielmehr hatte er sich schon längst innerlich wie nach außen hin als Anhänger der parlamentarischen Demokratie erwiesen, die ja im politischen System Weimars verankert war. Anders als mancher Weimarer Politiker war er somit weniger ein Vernunftrepublikaner als vielmehr ein „Überzeugungsdemokrat“.

Emotion, Gewalt und Extremismus. Das Attentat auf Walther Rathenau als Wendepunkt in der Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland. Eine Analyse mit Definitionsvorschlag*

Am Freitag, den 23. Juni 1922, aß Walther Rathenau mit dem amerikanischen Botschafter zu Abend. Alanson B. Houghton hatte den Außenminister des Deutschen Reiches zum Essen eingeladen, weil er sich informieren wollte, wie der deutsche Standpunkt bezüglich der Reparationsforderungen aussah, die die Siegermächte des Ersten Weltkriegs an Deutschland stellten. Für die Zukunft der ersten deutschen Republik war diese Frage von höchster Bedeutung. Deshalb hatte Rathenau dem amerikanischen Botschafter vorgeschlagen, auch Hugo Stinnes hinzuzuziehen. Stinnes war ein Industrieller, der sich in der Politik betätigte, – genau wie Rathenau selbst, der bis zum Ersten Weltkrieg unter anderem als Aufsichtsratspräsident der AEG in der Elektrizitätsindustrie tätig gewesen war.¹

* Dieser Aufsatz beruht auf meinem Vortrag bei der wissenschaftlichen Tagung des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: „Walther Rathenau. Grenzgänger zwischen Kaiserreich und Republik“ am 10./11. November 2022 in Berlin. Für Gespräche, Fragen und Kommentare danke ich den Teilnehmern der Tagung sowie Bernd Weisbrod, Meike G. Werner und insbesondere dem Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung Wolther von Kieseritzky. Lukas Lücking danke ich dafür, dass er mich als studentische Hilfskraft bei der Literaturbeschaffung unterstützt hat. Einige der hier präsentierten Überlegungen habe ich erstmals vorgestellt in der Einleitung zur Sektion „Bausteine zu einer Geschichte des Rechtsterrorismus in Europa und den USA von 1865 bis heute“ auf dem 51. Deutschen Historikertag vom 20.-23. September 2016 in Hamburg. Mein Dank gilt den Vortragenden Constantin Iordachi, Daniel Schmidt und Michael Sturm, die Ergebnisse aus ihren Beiträgen zu *The Oxford Handbook of the History of Terrorism* zur Diskussion stellten, sowie dem Kommentator Christoph Kopke und den Diskutanten im Publikum. Für die Beiträge siehe Constantin Iordachi: *Fascism and Terrorism: The Iron Guard in Interwar Romania* sowie Daniel Schmidt/Michael Sturm: „Deeds, not Words“. *Right-Wing Terrorism in Twentieth-Century Europe*. In: Carola Dietze/Claudia Verhoeven (Hrsg.): *The Oxford Handbook of the History of Terrorism*. New York 2022, S. 385–402 bzw. S. 649–671.

1 Zu Walther Rathenau und dem Attentat auf seine Person vgl. nach wie vor die Edition: Walther Rathenau: *Hauptwerke und Gespräche*. Hrsg. von Ernst Schulin. München/Heidelberg 1977, sowie die kundige und gut zu lesende Kurzdarstellung von Ernst Schulin: *Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit*. 2. Aufl. Zürich 1992. Siehe weiter die drei Studien von Martin Sabrow: *Der Rathenau-Mord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar*. München 1994, das den Fokus auf die politischen Hintergründe

Anders als Walther Rathenau lehnte Hugo Stinnes die Erfüllung der alliierten Reparationsforderungen ab. Diese Position hatte er vertreten, seit Rathenau und er als Sachverständige in der deutschen Delegation im Juli 1920 an der Konferenz von Spa teilgenommen hatten, auf der die Reparationsschuld Deutschlands festgelegt werden sollte. Rathenau war dafür eingetreten, die alliierten Forderungen zunächst einmal zu erfüllen, um eine Okkupation Deutschlands zu verhindern und Zeit für weitere Verhandlungen zu gewinnen. Im Verlaufe dieser Zeit wollte er nachweisen, dass die Höhe der alliierten Forderungen unrealistisch war, um sie schließlich in Übereinkunft mit den Alliierten zu senken. Aufgrund dieser sogenannten „Erfüllungspolitik“ hatte Stinnes Rathenau scharf angegriffen und dabei auch antisemitische Untertöne einfließen lassen. Ungeachtet dessen hatte Rathenau dafür gesorgt, dass Stinnes seine Position Houghton gegenüber zu Gehör bringen konnte, und nach dem gemeinsamen Essen diskutierte Rathenau überdies noch bis in die frühen Morgenstunden des 24. Juni mit Stinnes weiter über mögliche Wege aus dem Reparationsproblem in der sich schnell verändernden internationalen Lage.²

Der folgende Samstagmorgen war verregnet. Vermutlich aufgrund seines langen Austauschs mit Hugo Stinnes in der vorangegangenen Nacht brach Walther Rathenau am Vormittag dieses 24. Juni 1922 etwas später als gewöhnlich ins Auswärtige Amt auf. Er war schon in der Haustür, als er sich noch einmal umdrehte und zu seinem Schreibtisch zurückkehrte. Dort notierte er auf einem Blatt Papier: „Gesamtrahmen d[er] Pol[itik]“ und darunter: „Unerfüllbar“. Dies war womöglich die Quintessenz seiner Gespräche am vorherigen Abend und im Verlauf der Nacht. Die Begriffe deuten eine Position an, die im Hinblick auf die öffentliche Wahrnehmung eine Wende in der politischen Haltung Rathenaus darstellte, selbst wenn sie

des Attentats legt; ders.: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution. Frankfurt a.M. 1999, das insbesondere die mangelnde juristische und öffentliche Aufarbeitung des Attentats untersucht, und ders.: Die Macht der Mythen. Walther Rathenau im öffentlichen Gedächtnis. Berlin 1998, das der Rezeption der Schriften und Ideen Rathenaus sowie der Erinnerung an ihn und an das Attentat nachgeht. Vgl. darüber hinaus die Biographien von Lothar Gall: Walther Rathenau. Portrait einer Epoche. München 2009; Shulamit Volkov: Walther Rathenau. Ein jüdisches Leben in Deutschland 1867–1922. Aus dem Englischen von Ulla Höber. München 2012, und Martin Sabrow: Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution. 2. Aufl. Göttingen 2022. Die Darstellung oben stützt sich auf die detaillierte Rekonstruktion im letztgenannten Band, S. 26. Für eine Kurzeinführung siehe Martin Sabrow: Attentat und Gegenrevolution in der frühen Weimarer Republik. In: Ders. (Hrsg.): Attentat und Gesellschaft. Helmstedter Colloquien, Heft 25, Leipzig 2023, S. 73–87. Zu Hugo Stinnes vgl. Gerald D. Feldman: Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870–1924. Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber. München 1998.

2 Sabrow: Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution (wie Anm. 1), S. 22 f., 26.

seiner Gesamtstrategie von Beginn an entsprach und im Wandel der Taktik nicht zuletzt eine Reaktion auf die internationale Lage darstellte.³

Nachdem Rathenau die Notiz verfasst hatte, verließ er um 10.45 Uhr endgültig sein Haus. Dabei handelte es sich um eine von ihm selbst entworfene Villa im Stile des preußischen Frühklassizismus in der Koenigsallee 65 in Berlin-Grunewald. Er ging durch seinen Vorgarten zum Wagen, in dem sein Chauffeur, der Berufskraftfahrer Josef Prozeller, auf ihn wartete. Das Verdeck des dunkelgrauen Kabrioletts der Marke Nationale Automobil-Gesellschaft (NAG), die zur AEG gehörte, war ungeachtet des regnerischen Wetters heruntergelassen und das Fahrzeug damit zu beiden Seiten und nach hinten offen.⁴

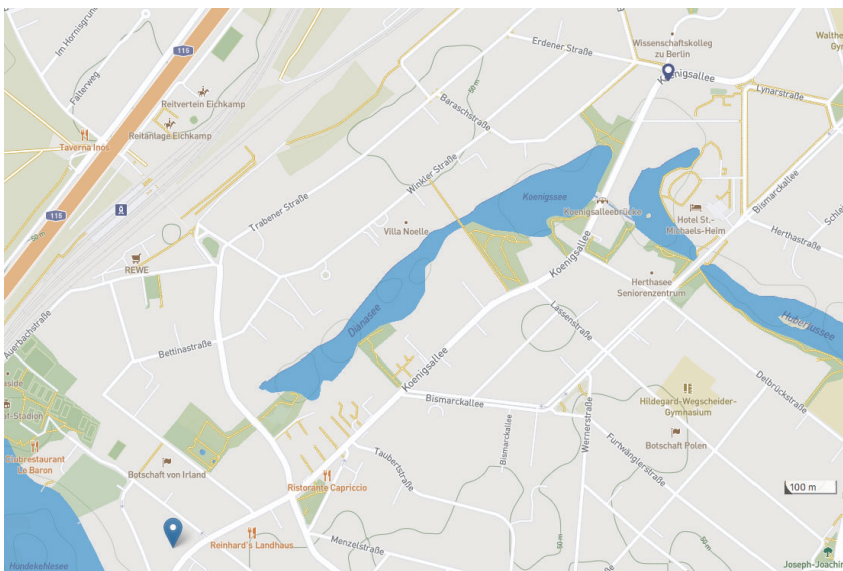


Haus von Walther Rathenau, Berlin-Grunewald, Koenigsallee
(Aus: Moderne Bauformen. Monatshefte für Architektur und Raumkunst, Okt. 1912, XI. Jg., S. 467)

3 Ebd., S. 11, 26 f.

4 Ebd., S. 11, 27. Zu Haus und Vorgarten vgl. die Einträge zu „Villa Rathenau“, Landesdenkmalamt Berlin, Denkmaldatenbank, Obj.-Dok.-Nr. 09046522, <https://denkmaldatenbank.berlin.de/daobj.php?obj_dok_nr=09046522> und „Vorgarten der Villa Rathenau“, ebd., Obj.-Dok.-Nr. 09046130, <https://denkmaldatenbank.berlin.de/daobj.php?obj_dok_nr=09046130> (16.7.2023).

Rathenaus Chauffeur fuhr an und steuerte das Fahrzeug auf der Koenigsallee stadteinwärts in Richtung Halensee. Dort mündet die Koenigsallee in den Kurfürstendamm. Während der Wagen mit etwa 30 bis 40 Stundenkilometern an den Villen vorbeifuhr, die die breite Straße säumten, saß Rathenau im Fond des Automobils links auf der Rückbank, stützte sich auf seinen Handstock und rauchte eine Zigarre. Auf diese Weise passierte der Wagen den Koenigssee und den Herthasee. Nach etwa anderthalb Kilometern reduzierte der Chauffeur die Geschwindigkeit, um die S-Kurve zu passieren, die die Koenigsallee erst nach rechts und dann nach links beschreibt, bevor sie östlich am Halensee vorbeiführt und auf den Kurfürstendamm zuläuft. Im Verlauf der ersten Kurve nach rechts mündet hier die Erdener Straße von links in die Koenigsallee und führt als Lynarstraße rechts aus der zweiten Kurve der Koenigsallee hinaus. Geradeaus – quasi in Fortsetzung der Koenigsallee – führt die Wallotstraße direkt zum Ufer des Halensees. Um diese S-Kurve zu nehmen, hielt sich Prozeller auf der rechten Seite und fuhr langsam, um der ersten Kurve nach rechts zu folgen.⁵



Koenigsallee, Berlin Grunewald; Markierung links unten Villa Rathenaus, oben rechts Ort der Ermordung (Quelle: Open Street Map)

5 Vgl. Sabrow: Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution (wie Anm. 1), S. 87 f.

Während der Chauffeur die Geschwindigkeit seines Wagens drosselte, schloss ein zweiter Wagen in schnellerem Tempo hinter ihm auf. Bei diesem zweiten Fahrzeug handelte es sich um einen großen offenen Tourenwagen mit sechs Sitzen. Der Wagen hatte still in einer Querstraße in der Nähe der Villa Rathenaus gewartet, bis Prozeller diese Straße mit seinem Kabriolett passierte. Daraufhin ließ der Fahrer des Tourenwagens, der später als Ernst Werner Techow identifiziert wurde, den Motor an und folgte dem Fahrzeug Rathenaus. Wie der Augenzeuge Walter Krischbin hinterher aussagte, saßen „zwei Herren in langen nagelneuen Ledermänteln mit ebensolchen Lederkappen, die nur eben noch das Gesichtsoval freiließen“ in dem feldgrauen Tourenwagen.⁶ Die späteren polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass es sich bei diesen beiden Personen um Hermann Fischer und Erwin Kern handelte, beide Mitglieder der Brigade Ehrhardt alias Organisation Consul (O.C.).⁷

Während Josef Prozeller abbremste, setzte Ernst Werner Techow zum Überholen an. Für einen Moment fuhr er mit weniger als einem Meter Abstand Seite an Seite mit dem Kabriolett Walther Rathenaus. Dann schob der Tourenwagen sich an dem Kabriolett vorbei. Als der Tourenwagen „etwa um eine halbe Wagenlänge voraus war“, so berichtete Krischbin weiter in seiner Zeugenaussage, und Rathenau

„herüber sah, ob es wohl einen Zusammenstoß geben würde, bückte sich der eine Herr in dem feinen Ledermantel nach vorn, ergriff eine lange Pistole, deren Kolben er in die Achselhöhle einzog, und legte auf den Herrn in dem anderen Wagen an. Er brauchte gar nicht zu zielen, so nah war es. [...] Da krachten auch schon die Schüsse, ganz schnell, so schnell wie bei einem Maschinengewehr. Als der eine Mann mit dem Schießen fertig war, stand der andere auf, zog ab – es war eine Eierhandgranate – und warf sie in den anderen Wagen, neben dem er dicht herfuhr. Vorher war der Herr schon auf seinem Sitz zurückgesunken, ganz zusammengesunken und lag auf der Seite. Jetzt hielt der Chauffeur an, ganz an der Erdener Straße, [...] und schrie ‚Hilfe-Hilfe! Der fremde große Wagen sprang plötzlich mit Vollgas an und brauste durch die Wallotstraße ab.‘“⁸

Josef Prozeller erinnerte sich an die Situation später wie folgt:

„Ich hielt mich vorschriftsmäßig auf der rechten Seite der Straße. Plötzlich hörte ich hinter mir mehrere Schüsse, ich drehte mich um, sah den Minister zusammensinken, wobei er mich groß ansah, bemerkte im selben Augenblick einen links vorbeifahrenden Wagen [...] und hörte im selben Moment eine Detonation. Inzwi-

6 Ebd., S. 87 f. Das Zitat entstammt der Aussage des Bauarbeiters Walter Krischbin, der auf einer Baustelle an der Königsallee, Ecke Erdener Straße arbeitete.

7 Vgl. ebd., S. 123.

8 Aussage des Bauarbeiters Walter Krischbin, zitiert nach ebd., S. 88.

schen war mein Wagen vollends zum Stehen gekommen, weil ich auf die Schüsse hin die Bremse scharf angezogen hatte.“

Das Kabriolett mit dem schwerverletzten Außenminister im Fond hielt in der ersten Rechtskurve, gegenüber der Einmündung der Erdener Straße in die Koenigsallee.⁹

An der Ecke der Erdener Straße saß Helene Kaiser auf einer Bank und wartete auf eine Straßenbahn. Sie war von Beruf Krankenschwester. Wie sie später aussagte, hörte sie die laute Explosion der Handgranate, fuhr erschrocken zusammen und sah den in sich zusammengesunkenen Mann auf dem Rücksitz des Kabrioletts. Daraufhin eilte sie sofort über die Straße und stieg in den zum Stehen gekommenen Wagen, um Hilfe zu leisten. Helene Kaiser sah, dass Rathenau „stark blutete am Gesicht und auch an den unteren Gliedmaßen und in dem Auto eine große Blutlache stand. Außerdem brannte der Mattenbelag des Autos.“¹⁰ Sie trat das Feuer aus, stellte sich Josef Prozeller als Krankenschwester vor, bot ihre Hilfe an und wandte sich Rathenau zu. Derweil kurbelte Prozeller seinen nach wie vor fahrtüchtigen Wagen wieder an und wollte zu einer Polizeiwache aufbrechen. Doch Helene Kaiser entschied, dass der Schwerverletzte sofort einen Arzt brauche. So wendete Prozeller den Wagen und fuhr zur Villa Rathenaus zurück. „Ich stützte den Herrn,“ so die Aussage Kaisers, „und auf der Fahrt zur Hundekehle [der Hundekehlesee hinter Rathenaus Haus; C.D.] merkte ich, daß er in meinen Armen verschied.“¹¹ Prozeller hielt mit dem Kabriolett vor der Villa Rathenaus, und man brachte den Toten ins Haus. Dann alarmierte der Chauffeur im nächstgelegenen Polizeirevier die Behörden und holte einen Arzt. Der konnte nicht mehr tun, als den Tod Walther Rathenaus auch offiziell feststellen.¹²

Der genaue Hergang des Attentats war bald schon geklärt. Wie die Polizei ermittelte, hatten fünf von insgesamt neun Schüssen aus der Maschinenpistole den Körper Rathenaus getroffen. Dabei war dem Obduktionsprotokoll zufolge bereits der erste Rückenschuss tödlich gewesen. Das Projektil dieses Schusses war am linken Schulterblatt in den Körper eingedrungen und hatte dann die Wirbelsäule, die Brusthöhle und den rechten Lungenflügel durchbohrt.¹³ Aufgrund dieser und weiterer Verletzungen hatte Rathenau schon das Bewusstsein verloren, als Helene Kaiser in den

9 Vgl. zum Vorgang insgesamt ebd., S. 87–89.

10 Aussage der Krankenschwester Helene Kaiser, zitiert nach ebd., S. 90.

11 Ebd.

12 Vgl. zu diesen Vorgängen ebd., S. 89 f.

13 Vgl. ebd., S. 90.

Wagen stieg. Indem sie Rathenaus Oberkörper auf der Rückfahrt zum Haus stützte, schützte sie seine Würde.

Die Täter und Hintergründe des Attentats waren ebenfalls bald eruiert. So zeigte sich die Hamburger Polizei aufgrund ihrer Ermittlungen zu Sprengstoffanschlägen der Organisation Consul, die unter anderem gegen den kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Ernst Thälmann gerichtet waren, bereits am 24. Juni, also noch am Tag des Attentats, auf der Grundlage von ihr vorliegenden Telegrammen und Verhörprotokollen überzeugt, dass die Mörder Rathenaus ebenfalls in der Organisation Consul zu suchen seien.¹⁴ Fünf Tage später, am 29. Juni konnte die Polizei den Fahrer des Tourenwagens Ernst Werner Techow auf Gut Biegen festnehmen, dem Gut seines Onkels bei Jacobsdorf etwa zwanzig Kilometer westlich von Frankfurt/Oder.¹⁵ Die beiden Rathenaumörder Hermann Fischer und Erwin Kern blieben zunächst unbemerkt in Berlin und setzten sich dann nach Westen ab. Sie wurden in Lenzen bei Dannenberg gesichtet, konnten jedoch ungeachtet eines spektakulären Fahndungsaufgebots vom Wendland aus mit dem Fahrrad nach Süden entkommen. Die Öffentlichkeit vermutete, dass die beiden Mörder in Richtung Bayern flohen, um sich dem Zugriff der preußischen Polizei zu entziehen. Auf ihrer Flucht nach Süddeutschland kamen sie bis Bad Kösen bei Naumburg an der Saale, heute im Süden von Sachsen-Anhalt gelegen. Dort gewährte ihnen der völkische Schriftsteller Ernst Wilhelm Stein Unterschlupf auf Burg Saaleck. Am 16. Juli 1922 wurden sie von Gästen auf der gegenüberliegenden Rudelsburg entdeckt und gemeldet. Am darauffolgenden Tag wurde Kern in einem Schusswechsel mit der Polizei tödlich am Kopf verwundet. Daraufhin erschoss Fischer sich selbst.¹⁶

I.

Der Ablauf des Anschlags auf Walther Rathenau ist vergleichsweise gut erforscht. Dies ist insbesondere den Studien Martin Sabrows zu verdanken. Sabrow hat den genauen Verlauf des Attentats ebenso untersucht wie die politische Verschwörung, die zu dem Anschlag führte, die mangelnde juristische Aufklärung des Mordes, die öffentlichen Reaktionen, die weitere Rezeption sowie die spätere Erinnerung an Rathenau und das Attentat auf

14 Vgl. ebd., S. 122.

15 Zur Festnahme Techows siehe ebd., S. 119.

16 Zur Flucht der Rathenaumörder siehe ebd., Kap. 9 und insbes. S. 138–140.

ihn.¹⁷ Die vorangegangene Darstellung stützt sich hauptsächlich auf seine Ergebnisse.

Darüber hinaus ist das Attentat Gegenstand gewalthistorischer Untersuchungen geworden. So hat Bernd Weisbrod am Beispiel der Anschläge auf Walther Rathenau und Hanns-Martin Schleyer den performativen und autotelischen Charakter terroristischer Gewalt analysiert.¹⁸ Mit dem Begriff der autotelischen Gewalt folgt er Jan Philipp Reemtsma, der vorgeschlagen hat, „nicht nach Motiven, Absichten oder gar psychischen Dispositionen“ zu suchen, „um Typen der Gewalt zu unterscheiden“, sondern „drei Formen physischer Gewalt *phänomenologisch nach ihrem speziellen Körperbezug*“ zu differenzieren. Autotelische Gewalt zielt Reemtsma zufolge „auf die Zerstörung der Integrität des Körpers, sei diese Zerstörung letal oder nicht“, es ist eine Form von Gewalt, die nicht „dem Kosten/Nutzen-Kalkül unterworfen werden kann“, sondern einen grässlichen Überschuss, „ein Zuviel“ an Gewalt aufweist, das den Täter – zumindest in modernen Gesellschaften – desavouiert.¹⁹ Damit hat Reemtsma einen eigenen Zugang zu einer typologisierenden Analyse von Gewaltanwendung präsentiert, und er stellte dabei einen Aspekt ins Zentrum, der in der Forschung bis heute zu wenig Beachtung gefunden hat. Im Anschluss an Reemtsma sieht Weisbrod den autotelischen und performativen Charakter der terroristischen Gewalt etwa mit den acht Schüssen aus der Maschinenpistole gegeben, die dem ersten tödlichen Schuss folgten, sowie mit dem Werfen der Handgranate und der gesamten Planung der Operation „carried out like a shock troop operation in trench warfare“.²⁰ Dieses Phänomen der auf den Körper gerichteten

17 Siehe dazu Anm. 1.

18 Bernd Weisbrod: *Terrorism as Performance. The Assassinations of Walther Rathenau and Hanns-Martin Schleyer*. In: Wilhelm Heitmeyer/Heinz-Gerhard Haupt/Stefan Malthaner/Andrea Kirschner (Hrsg.): *Control of Violence. Historical and International Perspectives on Violence in Modern Societies*. New York 2011, S. 365–394. Zu den Motiven, die hinter dem Attentat auf Walther Rathenau standen, siehe weiter Anselm Doering-Manteuffel: *Der politische Mord als Anschlag auf die Demokratie: Das Attentat auf Walther Rathenau*. In: Georg Schild/Anton Schindling: *Politische Morde in der Geschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart*. München 2012, S. 113–128. Für einen emotions- und geschlechterhistorischen Zugang vgl. Christine Hikel: *(Un)Sicherheit. Terror, Angst und Männlichkeit in den Anfangsjahren der Weimarer Republik*. In: Dies./Sylvia Schraut (Hrsg.): *Terrorismus und Geschlecht. Politische Gewalt in Europa seit dem 19. Jahrhundert*. Frankfurt/ New York 2012, S. 169–190; für eine Einordnung des Attentats in die Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland und Italien im 20. Jahrhundert siehe Daniel Schmidt/Michael Sturm: „Deeds, not Words“. *Right-Wing Terrorism in Twentieth-Century Europe*. In: Carola Dietze/Claudia Verhoeven (Hrsg.): *The Oxford Handbook of the History of Terrorism*. New York 2022, S. 649–671.

19 Jan Philipp Reemtsma: *Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne. Durchges. Neuauflage* Hamburg 2013, S. 105 f., 116, 120, 124.

20 Weisbrod: *Terrorism as Performance* (wie Anm. 18), S. 367; so auch Schmidt/Sturm: „Deeds, not Words“ (wie Anm. 18), S. 654 f.

Zerstörungsgewalt mitsamt ihrem Überschuss an Grausamkeit gilt es bei einer Beschäftigung mit dem Attentat auf Walther Rathenau in den Blick zu nehmen und die spezifische Form des autotelischen und performativen Charakters der Gewalt einzubeziehen.

Im Folgenden soll hier eine Perspektive auf das Attentat eröffnet werden, die sich als systemische Herangehensweise bezeichnen lässt. Eine solcher systemischer Zugang baut auf den Forschungen zu den Motiven der Mörder und den Hintergründen der Verschwörung auf und bezieht die Beobachtungen zur Phänomenologie der Gewalthandlungen ein, um den Anschlag auf Walther Rathenau – in einer hier noch vorläufigen Form – in die längere politische und Terrorismusgeschichte einzuordnen.

Die Gewalthandlungen von Hermann Fischer und Erwin Kern waren nicht zufällig gegen den Körper und die Person Walther Rathenaus gerichtet. Das Attentat auf Rathenau galt dem Körper und der Person des ersten jüdischen Außenministers der ersten deutschen Republik, es galt dem auf dem internationalen Parkett gewandten Entrepreneur und Politiker, dem in Medien und Publizistik präsenten Intellektuellen und dem Wirtschaftslenker im Ersten Weltkrieg, der für viele Bürger und Bürgerinnen zum Hoffnungsträger des neuen Staates avanciert war und dem sie zutrauten, Deutschland aus der durch Krieg und Kriegsführung bedingten Isolation zu befreien und die deutsche Bevölkerung mit der westlichen Demokratie und den Grundwerten des Liberalismus – Selbstbestimmung, Freiheit und Eigentum – zu versöhnen. In den Worten Doering-Manteuffels: Die Täter in der Organisation Consul „sahen in Rathenau den Repräsentanten einer Zukunftsvision, die nicht ihrer Erfahrung aus dem Krieg und ihrer bellizistischen Ideologie entsprach, sondern eine zivile, kultivierte, liberale Zukunft des geregelten Konfliktaustrags antizipierte – national wie international. Deshalb wählten sie Rathenau als Opfer.“²¹

Die Bedeutung der politischen Motive und Hintergründe einzubeziehen, die Relevanz der phänomenologischen Dimension der Gewalt hervorzuheben sowie ihre Einordnung in die weiteren historischen Kontexte der politischen Geschichte und der Gewaltgeschichte vorzunehmen, schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich gegenseitig.

Aus der hier zu erprobenden systemischen Herangehensweise folgt mit Blick auf die terroristischen Attentate der Organisation Consul auf Mat-

21 Dass Walther Rathenau – genau wie auch die anderen Opfer der Organisation Consul – die Weimarer Republik repräsentierte, betonen etwa auch Schmidt/Sturm: „Deeds, not Words“ (wie Anm. 18), S. 654 f. Zu den spezifischen Werten, für die Rathenau stand, siehe Doering-Manteuffel: Der politische Mord (wie Anm. 18), insbes. S. 119, Zitat S. 128.

thias Erzberger, Philipp Scheidemann und Walther Rathenau, dass diese Attentate einen Wendepunkt in der Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland darstellen. Während sich rechtsterroristische Gewalt bis zu den Attentaten auf Erzberger, Scheidemann und Rathenau in Form von vigilantischem Terrorismus gegen nicht-staatliche Akteure richtete – gegen ethnische, religiöse und sprachliche Minderheiten, und dabei vor allem gegen die jüdische Bevölkerung –, kehrten sich die Rechtsterroristen der O.C. nach dem Ende des Kaiserreichs und der Gründung der Republik nun gegen die etablierte politische Ordnung und den Staat.²² In Walther Rathenau trafen sie einen Juden, der – wie wenige andere Politiker der Weimarer Republik – die junge liberale Demokratie und ihre neuen Möglichkeiten für weitere Bevölkerungsgruppen verkörperte und repräsentierte. Ausgehend von dieser Beobachtung bezüglich der Geschichte rechtsterroristischer Gewalt wird mit Blick auf eine Definition und Typologie des Rechtsterrorismus hier argumentiert, dass diese Differenz – also die Frage, ob und inwieweit sich rechtsterroristische Gewalt gegen staatliche oder nicht-staatliche Akteure richtet – ungeachtet der Bedeutung anderer Kriterien, die vorgebracht worden sind, für eine allgemeine Heuristik und historische Einordnung entscheidend ist.

Um diese Überlegungen zu plausibilisieren, werden im Folgenden zunächst einige Beobachtungen aus Joseph Roths Berichterstattung über den Leipziger Gerichtsprozess gegen die Hintermänner und Helfer der Attentäter herangezogen. In einem zweiten Schritt wird auf die Methode des Terrorismus generell eingegangen, um dann in einem dritten Schritt Definitionen des Rechtsterrorismus vorzustellen und zu diskutieren sowie die Unterscheidung von vigilantischem Terrorismus und Rechtsterrorismus im engeren Sinne zu präsentieren. Im vierten Abschnitt folgen einige Bemerkungen zum Forschungsstand bezüglich der langen Geschichte des Rechtsterrorismus, um darauf aufbauend in einem fünften Schritt unter Zuhilfenahme der zuvor vorgestellten Definitionen des Rechtsterrorismus die Grundzüge einer langen Geschichte dieser Form von Gewalt zu skizzieren. Auf diese Weise wird die Anregung, die terroristischen Attentate der Organisation Consul als Wendepunkt in der Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland zu interpretieren, begründet und zur Diskussion gestellt.

22 Siehe auch Schmidt und Sturm, die die terroristische Dimension paramilitärischer Gewalt nach dem Ersten Weltkrieg betonen und in Bezug auf diese Gewalt feststellen, dass „the murder of the former Reich Finance Minister Matthias Erzberger on August 26, 1921 marked a turn in events because for the first time the violence was directed explicitly against the new state“. Schmidt/Sturm: „Deeds, not Words“ (wie Anm. 18), S. 654.



Gedenktafel an der Stelle des Attentats auf Walther Rathenau, Koenigsallee, Berlin-Grunewald, Juni 1929 (Fotograf: Georg Pahl, Bundesarchiv Bild 102-07960)

II.

Der Systemwandel vom Kaiserreich zur ersten deutschen Republik führte mit den Attentaten der O.C. auf Matthias Erzberger, Philipp Scheidemann und Walther Rathenau auch zu einem Wendepunkt in der Geschichte des Rechtsterrorismus im deutschsprachigen Raum.

Diesen Zusammenhang hat der österreichische Schriftsteller und Journalist Joseph Roth prägnant auf den Punkt gebracht. Roth reiste im Herbst 1922 nach Leipzig, um den Prozess vor dem Staatsgerichtshof zu verfolgen, und er verfasste eine Serie von neun Berichten, die unter dem Titel „Leipziger Prozeß gegen die Rathenau-Mörder“ vom 4. bis 13. Oktober 1922 in der *Neuen Berliner Zeitung – 12-Uhr-Blatt* erschien. In seinen Artikeln berichtete er politisch sensibel und zugleich anschaulich über das Gerichtsverfahren gegen die Helfer und Hintermänner der Mörder Rathenaus.

Joseph Roths erster Bericht mit dem Titel „Die Dreizehn“ handelt unter anderem vom Gerichtssaal, in dem der Prozess gegen die dreizehn Mittäter stattfand. Roth notierte: „Der Saal, in dem die Verhandlung stattfindet, ist überflüssig mit Kaiserbildern tapeziert. Ölgemalte Zeugen der vergangenen Epoche, sprechen sie vielleicht für die Angeklagten, indem sie sie entschuldigen. Der gemalte Purpur und die zerfetzten Kleidungsstücke Rathenaus – ein Kontrast und ein Kausalzusammenhang zugleich.“²³ Mit seiner Beschreibung des Gerichtssaals bezeichnete Roth auch eine politische Konstellation. Die zerfetzten Kleidungsstücke Rathenaus vor dem Hintergrund des Purpurs und der Kaiserbilder repräsentieren in seinen Augen die unterschiedlichen politischen Welten der ersten deutschen Republik und des Kaiserreichs. Zugleich liegen in diesem Kontrast zwischen den politischen Systemen die Hintergründe des Attentats auf Walther Rathenau: im Ende des Kaiserreichs, das von einem Teil der Bevölkerung und insbesondere von den politischen und militärischen Eliten nur schwer verwunden werden konnte, in der mangelnden Akzeptanz der Weimarer Republik als legitimer Staat sowie in den gewaltsamen Versuchen, die Republik zu beseitigen. In diesem Sinne sind der gemalte Purpur und die zerfetzten Kleidungsstücke Rathenaus Kontrast und Kausalzusammenhang zugleich.

Joseph Roth war jedoch nicht nur ein genauer politischer Beobachter mit Blick für die Ästhetik und Wirkung von Räumen und Objekten, son-

23 Joseph Roth: Leipziger Prozess gegen die Rathenau-Mörder: Die Dreizehn. In: Joseph Roth: Werke. Band 1: Das journalistische Werk 1915–1923. Hrsg. von Klaus Westermann. Köln/Amsterdam 1989, zit. n. Lizenzausgabe für die Büchergilde Gutenberg, Frankfurt a.M./Wien 1994, S. 872–874, hier S. 872.

dern auch ein scharfsinniger Psychologe. In seinen Berichten aus dem Leipziger Gerichtssaal benennt er Emotionen, die nicht allein in dieser politischen Wendezeit Gewalt und Extremismus begünstigten.²⁴ So heißt es in Roths Artikel „Die Pistole“:

„Mit gleichgültiger Miene blicken die Angeklagten auf die Waffe, als wäre sie ein nebensächliches Küchengerät und nicht jenes Instrument, mit dem sie angeblich die Befreiung der Nation vollführen wollten. Gleichgültig erörtert Techow die Schnelligkeit dieser Waffe wie ein Sachverständiger im Schießfach, und um den Mund des Herrn Kapitänsleutnants Tillessen liegt ein Lächeln der Verachtung für alle jene friedlichen Menschen im Saal, die so gar keine Ahnung haben von Waffen und Heldentaten.“²⁵

Gleichgültigkeit, als Bejahung von Gewalt und als Mitleidlosigkeit gegenüber dem Opfer, sowie Verachtung, als Selbstgewissheit und Überheblichkeit, sind die Begriffe, mit denen Roth die Emotionen der Mittäter beschreibt.

Diesen Emotionen stellt Joseph Roth das politische Weltbild der Mittäter an die Seite. „Merkwürdig“, so Roth,

„daß die Sachverständigkeit des Mörders sofort aufhört, wenn das Thema politisch wird. Da vernimmt man, daß er [Ernst Werner Techow; C.D.] überzeugt war von Rathenaus Zugehörigkeit zu den 300 Weisen von Zion, von der Verlobung seiner Schwester [Edith Andreae, geb. Rathenau; C.D.] mit Radek [Karl Radek, der polnisch-deutsche sozialistische Politiker; C.D.], vom ‚schleichenden Bolschewismus‘ und von der Schädlichkeit des Judentums. Von den zahlreichen Schriften Rathenaus hat er zwar nichts gelesen, weil ihn die Schießwissenschaft mehr interessierte, aber nicht einmal seine totale Unwissenheit zuzugeben ist er mutig genug. Einen einzigen Aufsatz von Rathenau will er gelesen haben, und zwar in Hardens ‚Zukunft‘ [von Maximilian Harden herausgegebene Zeitschrift; C.D.], deren Mitarbeiter Rathenau seit mehr als zehn Jahren nicht mehr war. Wozu lesen? Wozu sich überzeugen? Lieber gleich morden, was leichter ist.“²⁶

Auf diese Weise analysiert Joseph Roth die Angeklagten, ihre unhinterfragte Übernahme von Verschwörungstheorien, ihre chauvinistischen, antisemitischen, anti-westlichen und anti-bolschewistischen Vorurteile und Positionen sowie ihren Mangel an Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit

24 Vgl. zur Geschichtsmächtigkeit von Emotionen allgemein Ute Frevert: Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen? In: Dies.: Gefühle in der Geschichte. Göttingen 2021, S. 33–55; sowie im Hinblick auf die hier relevante Konstellation Hikel: (Un)Sicherheit (wie Anm. 18), und Ute Frevert: Die Politik der Demütigung. Schauplätze von Macht und Ohnmacht. 2. Aufl. Frankfurt a.M. 2017.

25 Joseph Roth: Leipziger Prozess gegen die Rathenau-Mörder: Die Pistole. In: Roth: Werke (wie Anm. 23), S. 874–875, hier S. 874.

26 Ebd., S. 874 f.

anderen und dem Anderen. Auch hier: „ein Kontrast und ein Kausalzusammenhang zugleich“.²⁷

III.

Der Terrorismusbegriff ist umkämpft. So ist in einigen Einführungswerken zum Thema nachzulesen, das Phänomen des Terrorismus sei begrifflich nicht zu fassen und deshalb für wissenschaftliche Untersuchungen ungeeignet.²⁸ Zur Begründung wird dabei zumeist auf die vielen verschiedenen Definitionen verwiesen, die in der Wissenschaft sowie auch in den Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden unterschiedlicher Staaten zu finden sind. Überdies, so heißt es mitunter, habe der Begriff „Terrorismus“ eine verdinglichende Wirkung. Zudem wird eingewandt, dass er vielfach zur Diffamierung politischer Gegner eingesetzt werde. Damit sei der Terrorismusbegriff für eine Verwendung in der Wissenschaft zu stark normativ aufgeladen.²⁹

Bei näherem Hinsehen sind solche Überlegungen zur Unwissenschaftlichkeit des Terrorismusbegriffs jedoch nicht überzeugend. Der Begriff lässt sich wissenschaftlich fassen und analytisch einsetzen. Zwar gibt es in der Tat unübersehbar viele Terrorismusdefinitionen. Wohldurchdachte wissenschaftliche Begriffsbestimmungen enthalten jedoch in den wesentlichen Punkten übereinstimmende Elemente.³⁰

Eine besonders gut durchdachte, allgemein anerkannte und in den Geistes- und Sozialwissenschaften weit verbreitete Definition des Terrorismus hat der Augsburger Soziologe Peter Waldmann präsentiert. Demnach han-

27 Roth: Leipziger Prozess gegen die Rathenau-Mörder: Die Dreizehn (wie Anm. 23), S. 872.

28 So prominent Donatella Della Porta: *Clandestine Political Violence*. Cambridge 2013.

29 Für eine Besprechung dieser Kritikpunkte vgl. bereits Martha Crenshaw: *Thoughts on Relating Terrorism to Historical Contexts*. In: Dies. (Hrsg.): *Terrorism in Context*, University Park, PA 1995, S. 3–24, hier S. 7–12. Zur Bandbreite der Definitionen, die es bereits in den 1980er Jahren gab, sowie zu den Gründen dafür siehe nach wie vor Alex P. Schmid: *Political Terrorism. A Research Guide to Concepts, Theories, Databases and Literature*. With a Bibliography by the Author and a World Directory of „Terrorist“ Organizations by Albert J. Jongman. Amsterdam 1984. Für eine Warnung vor der verdinglichenden Wirkung des Terrorismusbegriffs siehe prominent Charles Tilly: *Terror, Terrorism, Terrorists*. In: *Sociological Theory* 22 (2004), Heft 1, S. 5–13.

30 Vgl. dazu weiter die Ausführungen zum Terrorismusbegriff in Carola Dietze: *Die Erfindung des Terrorismus in Europa, Russland und den USA 1858–1866*. Hamburg 2016, S. 55–59, sowie in Carola Dietze: *Zur Theorie oder Strategie des Terrorismus*. In: Liane Rothenberger/Joachim Krause/Jannis Jost/Kira Frankenthal (Hrsg.): *Terrorismusforschung. Interdisziplinäres Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden 2022, S. 89–105, insbes. S. 92 f.

delt es sich bei der Gewaltform des Terrorismus um „planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund“, die „vor allem Unsicherheit und Schrecken verbreiten, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen“ sollen. Entscheidend ist ihm zufolge, dass die Gewaltanschläge eine „politische Dimension“ haben, die vor allem „in den politischen Absichten und Zielen der Terroristen ihren Ausdruck findet“.³¹ Überdies sei für die Bestimmung eines Gewaltphänomens als Terrorismus ausschlaggebend, dass die Tat „primär einen symbolischen Stellenwert“ habe, also „Träger einer Botschaft“ sei. „Terrorismus“, so Waldmann, ist deshalb „primär eine Kommunikationsstrategie.“³² Dabei ist die Differenz zwischen dem Opfer der Gewalt (*victim*) und der Zielgruppe (*target*) entscheidend. Die Gewaltkommunikation richtet sich an die Zielgruppen, die psychologisch beeinflusst werden sollen, um politisch zu reagieren. Schließlich ist für die Definition bedeutsam, dass Waldmann den Terrorismus auf Gewalthandlungen aus dem Untergrund (*bottom-up*) begrenzt, während das Gewalthandeln mächtiger (in der Regel staatlicher) Akteure gegen eine Bevölkerung (*top-down*) als „Terror“ bezeichnet wird und eine eigene, vom Terrorismus zu unterscheidende Gewaltpraxis darstellt.³³ Im Kern handelt es sich beim Terrorismus demzufolge um spektakuläre, symbolisch intendierte und politisch motivierte Gewalt gegen eine politische Ordnung.

Wie funktioniert terroristische Gewalt? Peter Waldmann zufolge dient der Einsatz terroristischer Gewalt der Ausübung von Macht und lässt sich „als ein Spezialfall des Handlungsprinzips ‚Provokation‘ interpretieren“.³⁴ Hier verweist Waldmann auf den phänomenologischen Soziologen Rainer Paris, der die „allgemeine Grammatik“ der Provokation entschlüsselt hat.³⁵ Paris nimmt das „implizite Handlungsprogramm“ der Provokation mit den sozialen Voraussetzungen, Handlungslogiken und Folgen in den Blick, die überwiegend auch für den Terrorismus als Spezialfall der Provokation Gültigkeit haben. Das Handlungsprinzip der Provokation begreift Paris „als einen absichtlich herbeigeführten überraschenden Normbruch, der den

31 Vgl. Peter Waldmann: Terrorismus. Provokation der Macht. 2., vollständig überarb. Ausgabe München 2005, Kap. 1 und 2. Die Zitate finden sich auf S. 12.

32 Ebd., S. 15.

33 Ebd., S. 12 f., 17–19.

34 Ebd., S. 37.

35 Zur Handlungslogik der (terroristischen) Provokation siehe Rainer Paris: Der kurze Atem der Provokation. In: Ders.: Stachel und Speer. Machtstudien. Frankfurt a.M. 1998, S. 57–89, hier S. 57, sowie daran anschließend die entsprechenden Abschnitte in Dietze: Die Erfindung des Terrorismus (wie Anm. 30), S. 59–62, und Dietze: Zur Theorie oder Strategie des Terrorismus (wie Anm. 30), S. 93–95.

anderen in einen offenen Konflikt hineinziehen und zu einer Reaktion veranlassen soll, die ihn, zumal in den Augen Dritter, moralisch diskreditiert und entlarvt“.³⁶ Die hier enthaltenen Elemente der Intentionalität, des Normbruchs, der Überraschung, der Konfliktorientierung und der Reaktionsangewiesenheit finden sich auch in Waldmanns Definition des Terrorismus. Hinzu kommt bei Paris das Element der entlarvenden Diskreditierung.

Für die terroristische Handlungslogik ist dieses Element der Entlarvung zentral. Drei entscheidende Züge terroristischer Provokationen kommen darin zusammen. Sie sind erstens „besonders dort häufig, wo ein starkes Machtgefälle besteht, und sie erfolgen im Normalfall von unten nach oben. Der unangefochten Überlegene braucht keine Provokation, um seine Macht zu beweisen.“³⁷ Das schließt allerdings nicht aus, dass sich auch mächtige Akteure der Methode des Terrorismus bedienen, wenn ihnen dies opportun erscheint. Zweitens geht es in der Provokation wie im Terrorismus darum, Legitimität in Abrede zu stellen. „Die Provokation führt den Mächtigen als Mächtigen vor und bestreitet zugleich seine Legitimität.“³⁸ Drittens gehen Provokateure wie Terroristen indirekt vor. Sie sind also auf die Reaktionen des Gegenübers angewiesen, um Erfolg zu erzielen. Für ein Verständnis der terroristischen Strategie sowie für die Identifikation von Terrorismus in Geschichte und Gegenwart sind diese Definition und diese Handlungslogik entscheidend.

Die Begriffsbestimmung Waldmanns kann für eine große Zahl an Fällen terroristischer Gewalt unmittelbar überzeugen. Weithin bekannt gewordene Anschläge von Gruppen, die sich als sozialrevolutionär verstehen (wie die Rote Armee Fraktion, RAF), die ethnisch-nationalistische Ziele verfolgen (wie die Provisional Irish Republican Army, IRA, und die baskische Euskadi ta Askatasuna, ETA) oder die einen religiösen Hintergrund haben (wie die Anschläge von Al-Qaida) werden in all ihren Elementen von der Definition erfasst.³⁹ Bei ihnen handelt es sich um „planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund“, die „vor allem Unsicherheit und Schrecken verbreiten, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen“ sollen, wobei die Gewaltanschläge eine „politische Dimension“ haben, die

36 Paris: Der kurze Atem der Provokation (wie Anm. 35), S. 58.

37 Ebd., S. 68.

38 Ebd., S. 69.

39 Die verwendete Begrifflichkeit für die Motivlagen terroristischer Gewalt folgt der von Waldmann: Terrorismus (wie Anm. 31), Kap. 6 und 7. Vgl. dazu einleitend ebd., S. 99.

vor allem „in den politischen Absichten und Zielen der Terroristen ihren Ausdruck findet“ und „Träger einer Botschaft“, also Teil einer Kommunikationsstrategie sind.⁴⁰ Für die Gewalttaten rechtsterroristischer Gruppen und Personen – wie dem Ku-Klux-Klan in den Vereinigten Staaten, dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in Deutschland oder den Anschlägen von Anders Behring Breivik in Norwegen – ist das jedoch nicht in gleicher Weise der Fall. Darauf hat auch Peter Waldmann selbst schon hingewiesen.⁴¹

IV.

Was also ist Rechtsterrorismus? Wie eine Reihe prominenter Autoren in diesem Forschungsfeld argumentiert haben, wirft eine globale und epochenübergreifende Perspektive auch und gerade für den Begriff des Rechtsterrorismus definitorische Schwierigkeiten auf.⁴² Dabei erscheint die inhaltliche Präzisierung eines universellen Rechtsextremismusbegriffs ebenso problematisch wie die Bestimmung des Terminus „Rechtsterrorismus“. Mit einiger Berechtigung ließe sich deshalb – so Tore Bjørgo sowie Daniel Schmidt und Michael Sturm – darauf verweisen, dass die spezifischen Entstehungskontexte, die ideologischen Grundpositionen, Aktionsformen und Zielsetzungen jener Akteure und Gruppierungen, die dem extrem rechten Spektrum zugeordnet werden, zu unterschiedlich sind, um unter eine übergreifende Definition subsumiert zu werden.⁴³

Solche Überlegungen sind ernst zu nehmen, sie sind jedoch auch für die genannten Autoren nicht das letzte Wort in dieser Sache. Vielmehr ist es möglich, auch rechtsterroristische Gewalt begrifflich zu fassen und klare Kriterien für dieses Gewaltphänomen zu benennen. Dabei gilt es, Rechts-

40 Ebd., S. 12 und 15.

41 Ebd., S. 115.

42 Vgl. Tore Bjørgo: Introduction. In: Ders. (Hrsg.): *Terror from the Extreme Right*. London 1995, S. 1–16, hier S. 2; und vor allem Armin Pfahl-Traughber: Die neue Dimension des Rechtsterrorismus: Die Mordserie des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ aus dem Verborgenen. In: Ders. (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/12*, Band 2, S. 58–101; Jacob Aasland Ravndal/Tore Bjørgo: Investigating Terrorism from the Extreme Right: A Review of Past and Present Research. In: *Perspectives on Terrorism*. Vol. 12, Nr. 6 (Dezember 2018), S. 5–22, hier S. 6 f.; Gideon Botsch: Was ist Rechtsterrorismus?. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 49–50 (2019), S. 9–14; sowie Schmidt/Sturm: „Deeds, not Words“ (wie Anm. 18), S. 649.

43 Tore Bjørgo: Introduction (wie Anm. 42), S. 2; und in Anschluss daran auch Schmidt/Sturm: „Deeds, not Words“ (wie Anm. 18), S. 649.

terrorismus – analog zum sozialrevolutionären, ethnisch-nationalistischen und religiösen Terrorismus – hinsichtlich der politischen Inhalte und seiner Methode zu bestimmen.

Was die politischen Inhalte des Rechtsterrorismus betrifft, firmieren rassistische und antisemitische Überzeugungen als Kernbestandteile verschwörungstheoretisch aufgeladener ethnozentrischer Weltbilder. Diese Feststellung, die Schmidt und Sturm formulieren, stützt sich auf den Politikwissenschaftler Ehud Sprinzak.⁴⁴ Wie Sprinzak argumentiert, teilen rechtsterroristische Protagonisten die Auffassung, „the object of their intense opposition is *a priori* illegitimate. It does not belong to the same humanity as themselves, but should either be kept in an inferior legal status, expelled or even eliminated.”⁴⁵ Dieses Merkmal der Delegitimierung und Abwertung des Anderen, die bis hin zu einer Entmenslichung reichen kann, erlaubt eine Zuordnung scheinbar disparater gewalttätiger Akteure und Strömungen unter die übergreifende Kategorie des „Rechtsterrorismus“, und zwar in inter- und transnationaler Perspektive. In diesem Sinne, so argumentieren Bjørge, Sturm und Schmidt in Anschluss an den Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer,⁴⁶ sind rechtsterroristische Gruppen durch dichotome ideologische Grundpositionen gekennzeichnet, die von der gleichsam „natürlichen“ und unhinterfragbaren Überlegenheit der eigenen „Ethnie“ ausgehen. Diese Haltung kommt beispielsweise in der Bezeichnung „White Supremacy“ zum Ausdruck.

Mit einem solchen Weltbild geht eine Affinität zur Gewalt einher. Denn es gelte, wie Schmidt und Sturm darlegen, in den entsprechenden Gruppen die eigene „Ethnie“ gegen „äußere“ Bedrohungen – wie „Überfremdung“ und „zersetzende“ (multi)kulturelle oder „kulturmarxistische“ Einflüsse – zu verteidigen. Die Auseinandersetzungen würden häufig in kriegesischer Metaphorik zu einem endzeitlichen Kampf stilisiert, weshalb die Anwendung von Gewalt als legitim, ja geradezu als unabdingbar erscheine.⁴⁷ Damit liegen dem Rechtsterrorismus weltanschauliche Argumentationsmuster

44 Schmidt/Sturm: „Deeds, not Words“ (wie Anm. 18), S. 649 f.

45 Vgl. Ehud Sprinzak: Right-Wing Terrorism in a Comparative Perspective: The Case of Split Delegitimization. In: Tore Bjørge (Hrsg.): *Terror from the Extreme Right*, London 1995, S. 17 – 43. Bei dem Zitat handelt es sich um die Zusammenfassung der Grundüberlegungen von Sprinzak durch Tore Bjørge (in ders.: *Introduction* [wie Anm. 42], S. 4), die auch von Schmidt/Sturm zitiert wird (dies.: „Deeds, not Words“, wie Anm. 18, S. 650).

46 Wilhelm Heitmeyer: *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen*. 4. Aufl. Weinheim/München 1992, insbes. S. 13–16.

47 Schmidt/Sturm: „Deeds, not Words“ (wie Anm. 18), S. 650. Siehe dazu auch Bjørge: *Introduction* (wie Anm. 42), S. 2 f., sowie Botsch: *Was ist Rechtsterrorismus?* (wie Anm. 42), S. 12 f.

zugrunde, in denen Gewalt einen zentralen Bestandteil des eigenen Selbstverständnisses und des daran geknüpften politischen Stils bildet.

Schmidt und Sturm fassen deshalb den Rechtsterrorismus im Rückgriff auf eine Arbeitsdefinition von Armin Pfahl-Traugher als *den* Teilbereich des Terrorismus, „der im Namen ethnischer Identität, Reinheit und Überlegenheit einschlägige Gewalthandlungen von Anschlägen gegen Einrichtungen bis zu Morden an Menschen begeht“.⁴⁸ Dabei sei auch der Rechtsterrorismus – genau wie die anderen Ausprägungen des Terrorismus – in erster Linie Ausdruck einer „Kommunikationsstrategie“.⁴⁹

An diese Diskussion anknüpfend erfolgt hier der Vorschlag, innerhalb einer solchermaßen inhaltlich ausgerichteten Definition, mit Blick auf die Methodik zwei Typen von Rechtsterrorismus zu unterscheiden: die vigilantistische Form, die sich gegen nicht-staatliche Akteure wendet, und der Rechtsterrorismus im engeren Sinne, der gegen die politische Ordnung und dabei gegen staatliche Akteure und Einrichtungen gerichtet ist.

In der einschlägigen Fachliteratur wird der Rechtsterrorismus vielfach mit dem vigilantistischen Terrorismus gleichgesetzt. Ein Beispiel dafür ist Peter Waldmann. Unter dem Rubrum des Rechtsterrorismus nimmt er den vigilantistischen Terrorismus in den Blick.⁵⁰ Waldmann zufolge hebt sich der vigilantistische Rechtsterrorismus vom Terrorismus aus anderen Motivlagen insofern ab, als sich die Gewalt rechtsterroristischer Gruppen erstens „nicht primär gegen die Regierung und das politische System“ richtet, sondern „gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen“, also nicht-staatliche Akteure.⁵¹ Zweitens streben Rechtsterroristen, Waldmann zufolge, in der Regel „keine grundlegende strukturelle Veränderung“ an, ihnen ginge es vielmehr um „die Verteidigung des Status quo“.⁵² Drittens sei das Ziel rechtsterroristischer Gewalt vor allem, „in der betreffenden Bevölkerungsgruppe Angst und Schrecken auszulösen, ihre Unterlegenheit gegenüber der jeweiligen Mehrheitsgruppe zu unterstreichen und ihre Angehörigen nach Möglichkeit dazu zu bewegen, das Land bzw. den betreffenden Ort zu verlassen.“⁵³ Viertens seien solche Übergriffe oft eingebettet „in eine

48 Pfahl-Traugher: Die neue Dimension des Rechtsterrorismus (wie Anm. 42), S. 63; und daran anknüpfend Schmidt/Sturm: „Deeds, not Words“ (wie Anm. 18), S. 650.

49 Vgl. Waldmann: Terrorismus (wie Anm. 31), S. 15, sowie Armin Pfahl-Traugher: Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme. Wiesbaden 2019, S. 240, und Schmidt/Sturm: „Deeds, not Words“ (wie Anm. 18), S. 650.

50 Siehe Waldmann: Terrorismus (wie Anm. 31), Kap. 6. Vgl. zum vigilantistischen Terrorismus auch Sprinzak: Right-Wing Terrorism (wie Anm. 45), S. 29–31.

51 Waldmann: Terrorismus (wie Anm. 31), S. 115.

52 Ebd.

53 Ebd., S. 118.

teils offene, teils latent bleibende umfassendere Meinungsströmung, die deren Vorurteile und Ressentiments teilt“.⁵⁴ Einen fünften Unterschied sieht Waldmann in den Reaktionen auf rechtsterroristische Gewaltakte: Er beschreibt „eine generelle Tendenz der staatlichen Behörden, vor allem der Sicherheitskräfte und der Justiz, gegen Gewalttäter von rechts zögerlicher einzuschreiten und ihnen insgesamt nachsichtiger zu begegnen als linksradikalen oder ethnisch-nationalistischen Terroristen“ – eine Tendenz, die damit zusammenhänge, dass Rechtsterroristen im Unterschied zu ethno-nationalistischen und Linksterroristen „den Staat und seine Ordnung nicht frontal angreifen, sondern eher an deren Stärkung und Erhaltung interessiert“ seien, wenn auch mit „fragwürdigen“ Mitteln.⁵⁵ Damit stellt der vigilantistische Terrorismus, Waldmann zufolge, eine Kombination aus Elementen des Terrors von oben (*top-down*) und des Terrorismus von unten (*bottom-up*) dar.⁵⁶

Diese fünf Unterschiede zwischen der vigilantistischen Variante und anderen politischen Ausprägungen des Terrorismus haben dazu beigetragen, dass der vigilantistische Terrorismus – zumindest in der angelsächsischen und deutschsprachigen Forschung sowie öffentlichen Wahrnehmung – über lange Zeit weit weniger präsent war als die politisch anders orientierten Äquivalente. Ulrich Chaussy hat gar von einer „Verdrängung“ des Rechtsterrorismus gesprochen.⁵⁷ Tatsächlich sind die Orte rechtsterroristischer Gewalt weitgehend unbekannt,⁵⁸ und in den einschlägigen geschichtswissenschaftlichen Narrativen über die Bundesrepublik findet sich keine Erwähnung rechtsextremer Gewalt.⁵⁹ Dieser Befund eines blinden

54 Ebd., S. 120.

55 Ebd.

56 Ebd., S. 115.

57 Ulrich Chaussy: Oktoberfest. Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann. 2., aktual. u. erw. Aufl. Berlin 2015.

58 Vgl. Barbara Manthe: „Blinde Flecken“. Unbekannte Orte des Rechtsterrorismus in Deutschland. In: Jana Kärger (Hrsg.): Terrorismus im 21. Jahrhundert. Perspektiven. Kontroversen. Blinde Flecken. Bonn 2021, S. 224–257.

59 Vgl. dazu Carola Dietze: Ein blinder Fleck? Zur relativen Vernachlässigung des Rechtsterrorismus in den Geschichtswissenschaften. In: Tim Schanetzky u.a. (Hrsg.): Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts. Göttingen 2020, S. 189–205. Zum Ausmaß, in dem rechtsextreme Gewalt in der Bundesrepublik seit 1945 ununterbrochen präsent war, siehe insbes. Gideon Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute. Darmstadt 2012; Christoph Kopke: Rechtsterrorismus und rechte Gewalt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In: Heidi Beutin/Wolfgang Beutin/Ulrich Praefke (Hrsg.): Rassismus. Ursprung – Funktion – Bekämpfung. Frankfurt a.M. u.a. 2014, S. 43–60; Fabian Virchow: Nicht nur der NSU. Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland. Erfurt 2016; Winfried Nerdinger/Mirjana Grđanjski/Ulla-Britta Vollhardt: Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945. Berlin 2017; sowie Schmidt/Sturm: „Deeds, not Words“ (wie Anm. 18).

Fleckes gilt jedoch nicht in gleicher Weise für die Politikwissenschaft, wo rechtsextreme, vigilantistische Gewalt ab Anfang der 1980er Jahre als terroristisch wahrgenommen und auch als solche bezeichnet und analysiert worden ist. Zu nennen wären so unterschiedliche Autoren wie der marxistische Faschismustheoretiker Reinhard Opitz und der Terrorismusforscher Bruce Hoffman mit seinen thematisch einschlägigen *Rand Papers*.⁶⁰ Auch in der Öffentlichkeit und in den Medien gab es entsprechende Diskussionen.

Von der vigilantistischen Form des Rechtsterrorismus ist der Rechtsterrorismus im engeren Sinne zu unterscheiden, der direkt gegen die politische Ordnung und infolgedessen gegen staatliche Akteure und Einrichtungen gerichtet ist. Denn ein solcher Rechtsterrorismus entspricht in Form und Handlungslogik genau den politisch anders motivierten Formen des Terrorismus. So kann es sich der Definition Peter Waldmanns zufolge auch beim Rechtsterrorismus um „planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund“ handeln, die „vor allem Unsicherheit und Schrecken verbreiten, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen“ sollen. Entscheidend ist auch für diese Form des Terrorismus, dass die Gewaltanschläge eine „politische Dimension“ haben, die vor allem „in den politischen Absichten und Zielen der Terroristen ihren Ausdruck findet“,⁶¹ und dass die Tat „primär einen symbolischen Stellenwert“ hat, also „Träger einer Botschaft“ ist.⁶² Dabei ist auch im Falle des Rechtsterrorismus die Differenz zwischen dem Opfer der Gewalt (*victim*) und der Zielgruppe (*target*) relevant, wobei sich die Gewaltkommunikation an die Zielgruppe richtet, die psychologisch beeinflusst werden soll, damit sie politisch reagiert. Schließlich gilt auch hier die Begrenzung auf Gewalthandlungen aus dem Untergrund (*bottom-up*).⁶³ Auch beim Rechtsterrorismus im engeren Sinne handelt es sich folglich um spektakuläre, symbolisch intendierte und politisch motivierte Gewalthandlungen gegen eine politische Ordnung.

Rechtsterrorismus im engeren Sinne ist demzufolge eine Form von Terrorismus, der politisch durch rassistische und antisemitische Überzeugungen motiviert ist, die Bestandteile dichotomer und verschwörungstheoretisch aufgeladener ethnozentrischer Weltbilder sind, und von der Methode

60 Siehe Bruce Hoffman: Right-Wing Terrorism in Europe since 1980. The Rand Paper Series, P-7029, Santa Monica 1984; sowie ders.: Right-Wing Terrorism in West Germany. The Rand Paper Series, P-7270, Santa Monica 1986.

61 Vgl. Waldmann: Terrorismus (wie Anm. 31), Kap. 1 und 2. Die Zitate finden sich auf S. 12.

62 Ebd., S. 15.

63 Ebd., S. 12 f., 17–19.

her den anderen Formen von Terrorismus genau entspricht. Ein solcher Vorschlag antwortet auf die Forderung von Jacob Aasland Ravndal und Tore Bjørgo, die in Hinblick auf mögliche Definitionen von Rechtsterrorismus festgehalten haben:

„We see no good reason why a concept such as terrorism should be altered depending on its ideological prefix. In other words, we should avoid particularistic definitions of extreme-right terrorism, and instead be clear about what we mean by ‚extreme right‘ and what we mean by ‚terrorism.‘“⁶⁴

Das Attentat auf Walther Rathenau ist ein Beispiel für diese Form von Rechtsterrorismus im engeren Sinne, der direkt gegen die politische Ordnung gerichtet ist.

Wie die Forschungen zu den Planungen und strategischen Zielen der Organisation Consul gezeigt haben,⁶⁵ sind die Kriterien für Rechtsterrorismus im Falle dieses Attentats in geradezu idealtypischer Weise erfüllt. Der Mord war ein planmäßig vorbereiteter und für die Regierung und das Parlament sowie weite Teile der Bevölkerung und der Öffentlichkeit im Deutschen Reich (und darüber hinaus) schockierender Gewaltanschlag aus dem Untergrund, vorbereitet von der reichsweit operierenden Geheimorganisation „Organisation Consul“, die von dem kaiserlichen Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt aufgestellt worden war und ihre als „Bayerische Holz-Verwertungs-Gesellschaft mbH“ getarnte Zentrale in der Trautenwolfstraße in München hatte. Der Anschlag war *bottom-up* gegen die liberale Ordnung der ersten deutschen Republik gerichtet. Ehrhardt war schon im März 1920 am Kapp-Lüttwitz-Putsch beteiligt gewesen; die „Bekämpfung der antina-

64 Ravndal und Bjørgo selbst unterscheiden zwischen „extreme-right terrorism“ und „extreme-right violence“. Dabei kann ihr Vorschlag zur Definition von „extreme-right terrorism“ allerdings nicht überzeugen, weil sie diese Form der Gewalt etwas zu unspezifisch fassen: „One could therefore consider an attack as extreme-right terrorism if the target selection is (1) premised on extreme right ideas, (2) the attack is premeditated, and (3) the violence is intended to trigger psychological repercussions beyond the immediate victim or target.“ Ravndal/Bjørgo: Investigating Terrorism (wie Anm. 42), S. 7.

65 Zur Organisation Consul und den Hintergründen der Anschläge auf den Zentrumspolitiker und ehemaligen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger im August 1921, auf den sozialdemokratischen Oberbürgermeister von Kassel Philipp Scheidemann sowie auf Walther Rathenau vgl. nach wie vor Gotthard Jasper: Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10 (1962), S. 430–453; und Howard Stern: The Organization Consul. In: Journal of Modern History 35 (1963), S. 20–32; sowie Sabrow: Der Rathenaumord (wie Anm. 1), Teil I; Sabrow: Der Rathenaumord und die deutsche Gegenrevolution (wie Anm. 1), Kap. 2–4; und den einführenden Überblick in Schmidt/Sturm: „Deeds, not Words“ (wie Anm. 18).

tionalen Weimarer Verfassung“ war in der Satzung der O.C. verankert, auf die alle Mitglieder vereidigt wurden.⁶⁶

Der Anschlag hat weithin Unsicherheit und Schrecken verbreitet, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugt, beispielsweise bei denjenigen, die den Rathenaumördern auf ihrem Weg vom Wendland nach Süden Unterstützung boten, etwa indem sie ihnen auf Burg Saaleck Unterschlupf gewährten. Die Gewaltanschläge hatten eine politische Dimension, die in den politischen Absichten und Zielen der Rathenaumörder und ihrer Hintermänner und Helfer ihren Ausdruck fand: die Bekämpfung der Sozialdemokratie, des Liberalismus und des Judentums sowie ein Staatsstreich mit dem Ziel, eine gegenrevolutionäre Regierung an die Macht zu bringen.⁶⁷ Die von Joseph Roth in seiner Prozessberichterstattung beschriebenen Emotionen der Gleichgültigkeit und Verachtung, Gewaltbejahung und Mitleidlosigkeit sowie das chauvinistische, antisemitische, anti-westliche und anti-bolschewistische Weltbild der Mittäter erfüllen die Kriterien des Rechtsextremismus. Indem mit Walther Rathenau einer der prominentesten Vertreter der Weimarer Republik ermordet wurde, hatte die Tat einen hohen symbolischen Gehalt, und sie war Träger einer Botschaft.

Im Rahmen der „Provokationsstrategie“ gab es eine Differenz zwischen Walther Rathenau als Opfer der Gewalt (*victim*) und einer diffus gefassten Linken als Zielgruppe (*target*), an die sich die Gewaltkommunikation primär richtete. Diese Provokationsstrategie charakterisiert Martin Sabrow wie folgt:

„Da die Kräfte, über die Ehrhardt verfügte, für einen frontalen Angriff auf die Republik bei weitem zu schwach waren, konnte der gegenrevolutionäre Staatsstreich nur bei indirektem Vorgehen Aussicht auf Erfolg haben, nämlich im Gefolge einer vorgeblichen Verteidigung der Reichsregierung gegen einen gemeinsamen Feind. Es kam daher entscheidend darauf an, das Gewaltpotenzial der Linken in Deutschland zu einem bewaffneten Aufstand zu reizen, um dann unter Zustimmung großer Teile des die Bolschewisierung fürchtenden Bürgertums und zusammen mit der Reichswehr nachzuholen, was während der Freikorpskämpfe von 1919 und 1920 versäumt worden war: die Zerschlagung der Weimarer Republik und die Errichtung der Diktatur von rechts.“⁶⁸

66 Sabrow: Der Rathenaumord und die deutsche Gegenrevolution (wie Anm. 1), S. 52.

67 Ebd., Kap. 3 und 9, insbes. S. 54, sowie Doering-Manteuffel: Der politische Mord (wie Anm. 18), vor allem S. 123–128.

68 Sabrow: Der Rathenaumord und die deutsche Gegenrevolution (wie Anm. 1), S. 66.

Die von der Organisation Consul in den Blick genommene Linke als Zielgruppe sollte psychologisch beeinflusst werden, damit sie politisch reagierte, wobei die Hoffnung und Erwartung darin bestand, dass die avisierte linke Zielgruppe politische Veränderungen herbeiführen würde, die das Eingreifen der O.C. und der mit ihr kooperierenden Verbände rechtfertigen würde. Insofern handelte es sich beim Attentat auf Rathenau um spektakuläre, symbolisch intendierte und politisch motivierte Gewalt gegen einen Juden und die liberal-demokratische Ordnung der Weimarer Republik und somit um Rechtsterrorismus im engeren Sinne.

Die Reaktion auf diese Gewaltanschläge in Medien und Öffentlichkeit fiel allerdings anders aus, als von den Strategen in der O.C. antizipiert. Reichskanzler Joseph Wirth wurde um 11.25 Uhr telefonisch vom Tod seines Außenministers Walther Rathenau informiert und benachrichtigte umgehend den Reichstag. Einen Moment lang verharrten alle Abgeordneten in ungläubigem Entsetzen. Dann brach sich eine ungeheure Erregung Bahn, und die Abgeordneten der linken Fraktionen richteten „Mörder“-Rufe an die deutschnationale Fraktion. Am darauffolgenden Tag, den 25. Juni, hielt Wirth im Reichstag die Rede mit dem berühmten, an die Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei gerichteten Satz: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!“⁶⁹ Im gesamten Land bildete sich eine Massenbewegung, die sowohl die Arbeiterbewegung als auch große Teile des bürgerlichen Lagers umfasste. Die Empörung über den gegenrevolutionären Terror trieb Millionen von Menschen zu Protestkundgebungen auf die Straße. Für den 27. Juni, den Tag der Beerdigung Walther Rathenaus, erfolgte ein gemeinsamer Aufruf der Gewerkschaften, der beiden sozialdemokratischen Parteien und der KPD zu einem landesweiten Generalstreik, deren Geschlossenheit alle Erwartungen übertraf. Aufgrund dieser Reaktionen kamen die republikfeindlichen Teile der Bevölkerung zwischenzeitlich in die Defensive.⁷⁰ Die Ermordung Rathenaus ließ breite Kreise der Bevölkerung aktiv für die Weimarer Republik eintreten und machte damit die intensive Unterstützung für die erste deutsche Republik sichtbar.

Dieser Aufschrei der Republikfreunde und -befürworter bewirkte jedoch keine dauerhafte Stabilisierung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Weimarer Republik. Schon nach der Ermordung Matthias Erzbergers hatten

69 Zit. nach Doering-Manteuffel: Der politische Mord (wie Anm. 18), S. 115.

70 Sabrow: Attentat und Gegenrevolution (wie Anm. 1), S. 78.

liberale Beobachter ein solches Wiedererstarken der Republikfeinde befürchtet und dies mit der „Kompliziertheit“ der zum Schutz der Republik beschlossenen Maßnahmen und der „passive[n] Resistenz der ausführenden Instanzen“ sowie auch mit der „allgemeinen Müdigkeit und geistigen Ermattung“ der Bevölkerung nach dem Krieg erklärt.⁷¹

Von nicht unwesentlicher Bedeutung war vielleicht auch die Beschaffenheit der Öffentlichkeit und ihrer Medien. Dies zumindest legen die Beobachtungen Joseph Roths zum Publikum im Leipziger Gerichtssaal nahe. Er schrieb: „Ich staune über sechshundert Menschen täglich, die sieben bis acht Stunden lang nichts zu tun haben und vom Zuhören leben. Ihr Beruf ist ‚Öffentlichkeit‘ sein. Sie leben anscheinend sehr gut, denn sie essen ausgiebig und geräuschvoll. Ihr Appetit wächst mit ihrer Neugier“; und an anderer Stelle fügte Roth hinzu: „Die Hälse gierig gereckt, die Münder offen, als könnte man Worte essen, hockt oben eine Menge Feindseliger zusammen, von denen immer jeder seinen Nächsten auf die Anklagebank oder gleich aufs Schafott wünscht. Man sieht kein Ende. Dort oben wogt ein Meer menschlicher Sensationsbegier.“⁷² Inwieweit diese Beobachtungen aus dem Prozess gegen die Mittäter der Rathenau-Mörder repräsentativ sind, muss hier offenbleiben.

V.

Zur Geschichte rechtsterroristischer Gruppierungen und Gewalttaten gibt es eine ganze Reihe von Forschungsarbeiten. Darunter sind ältere und neuere Untersuchungen zum Ku-Klux-Klan in den USA im 19. Jahrhundert ebenso wie die bereits herangezogenen Studien zur Organisation Consul und zum Attentat auf Walther Rathenau oder die Spezialliteratur zum Oktoberfestattentat und zum NSU, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Solche Arbeiten über rechtsterroristische Einzeltäter, Gruppen und Organisationen begreifen sich bislang zuvorderst als Beiträge zu den einzelnen historischen Epochen und Nationalgeschichten, die ihren Kontext bilden: etwa der Geschichte der *Reconstruction* und der *Jim Crow*-Ära in den USA, der Weimarer Republik oder der Bundesrepublik.⁷³ In Hinblick auf eine

71 Frankfurter Zeitung, 25.6.1922, Zweites Morgenblatt, zitiert nach ebd.

72 Roth: Leipziger Prozess gegen die Rathenau-Mörder: Staatsgerichtshofluft (wie Anm. 23), S. 880 und 879.

73 Vgl. zum Ku Klux Klan einführend die entsprechenden Abschnitte in Norbert Finzsch/James O. Horton/Lois E. Horton: Von Benin nach Baltimore. Die Geschichte der African Ameri-

vergleichende Geschichte des Rechtsterrorismus in der *longue durée* stellen sie wertvolle Bausteine dar.

Sodann ist für eine lange Geschichte des Rechtsterrorismus das Standardnarrativ zur Terrorismusgeschichte von Bedeutung. Dieses Narrativ ist aus einer Reihe von Texten hervorgegangen, die der Politikwissenschaftler David Rapoport und der Historiker Walter Laqueur seit den siebziger Jahren zur Geschichte des Terrorismus vorgelegt haben. Seitdem wurde es – mit wenigen Ausnahmen – in den Kernelementen fortgeschrieben.⁷⁴

Bei dem Standardnarrativ der Terrorismusgeschichte handelt es sich um die Geschichte vom vormodernen religiösen Terrorismus der Sicarii, Assassinen und der sogenannten *Thugs*.⁷⁵ Dieser vormoderne Terrorismus sei seit der Französischen Revolution abgelöst durch „vier Wellen“ eines säkular-politischen Terrorismus. Diesem Großnarrativ zufolge nahm die erste Welle des anarchistisch-nihilistischen Terrorismus Ende der 1870er Jahre in Russland ihren Ausgang. Auf diese Welle folgte eine zweite des antikolonialen Terrorismus, darauf eine dritte des neu-linken und schließlich eine vierte des postmodernen religiösen Terrorismus, die zur Zeit noch anhält.⁷⁶ Zwar benennt Rapoport – der rechtsterroristischer Gewalt gegenüber eine hohe Sensibilität mitbringt – in vielen seiner Schriften auch den ethnisch-nationalistischen und vigilantistischen Terrorismus, diese Formen terroristischer Gewalt bleiben in seinem global und epochenübergreifend angelegten Großnarrativ der Terrorismusgeschichte gleichwohl randständig.

Das gilt ebenso für das Standardwerk von Walter Laqueur, der zwar stärker historisch-empirisch vorgeht, ebenfalls immer wieder rechtsterroristische und vigilantistische Gruppen benennt und einer russischen rechtsex-

cans. Hamburg 1999, und in Eric Foner: *Reconstruction. America's Unfinished Revolution, 1863–1877*. New York 2005. Zur Organisation Consul siehe Anm. 65. Für die Bundesrepublik vgl. einführend Kopke: *Rechtsterrorismus und rechte Gewalt* (wie Anm. 59), sowie Virchow: *Nicht nur der NSU* (wie Anm. 59). Zum Attentat auf das Oktoberfest siehe Chaussy: *Oktoberfest* (wie Anm. 57), zum NSU vgl. etwa Stefan Aust/Dirk Laabs: *Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU*. München 2014.

74 Zum Begriff des Standardnarrativs sowie zu seiner Diskussion vgl. Carola Dietze: *Writing the History of Terrorism*. In: Dietze/Verhoeven: *The Oxford History of Terrorism* (wie Anm. 1), S. 1–30, sowie Carola Dietze: *Terrorismus. Von den Anfängen bis zum 11. September 2001*. In: Kärger: *Terrorismus* (wie Anm. 58), S. 60–85.

75 Vgl. vor allem David C. Rapoport: *Fear and Trembling: Terrorism in Three Religious Traditions*. In: *The American Political Science Review* 78 (1984), Heft 3, S. 658–677.

76 Vgl. David C. Rapoport: *Terrorism*. In: Mary E. Hawkesworth/Maurice Kogan (Hrsg.): *Encyclopedia of Government and Politics*. 2 Bde., London 2004, S. 1049–1077; sowie ders.: *The Four Waves of Modern Terrorism*. In: Audrey Kurth Cronin/James M. Ludes (Hrsg.): *Attacking Terrorism. Elements of a Grand Strategy*. Washington, DC 2004, S. 46–73.

tremen Organisation sogar ein eigenes Buch gewidmet hat.⁷⁷ Doch auch bei ihm spielen diese Gruppen in Hinblick auf sein breit rezipiertes Großnarrativ nur eine untergeordnete Rolle. Aus diesem Grund haben Klaus Weinbauer und Jörg Requate vorgeschlagen, Rapoport's Wellentheorie um eine „rechtsnationalistische Phase“ in der Zwischenkriegszeit zu ergänzen.⁷⁸ Dieser Vorschlag kann für Mittel- und Südosteuropa überzeugen. Nimmt man jedoch darüber hinaus Russland und die USA im 19. und 20. Jahrhundert in den Blick, so wird deutlich, dass die Einfügung einer solchen weiteren Welle die andauernde Präsenz von Rechtsterrorismus nicht angemessen erfassen kann. Denn so betrachtet, wird das Bild von der Welle problematisch.

Wie könnte eine lange Geschichte des Rechtsterrorismus aussehen? Und wie wären die rechtsterroristischen Attentate der Organisation Consul in einer solchen Geschichte zu verorten? Meine Studie *Die Erfindung des Terrorismus in Europa, Russland und den USA 1858–1866* präsentiert das Argument, dass die Methode des Terrorismus das Ergebnis einer sozialen Erfindung ist, die von fünf Akteuren in Europa, den USA und Russland in einem kollektiv-seriellen Lernprozess in den wenigen Jahren zwischen 1858 und 1866 wirkungsmächtig vollzogen wurde: Felice Orsini, der 1858 in Paris ein Attentat auf Napoleon III. verübte; John Brown, der im Jahr 1859 einen Überfall auf das Arsenal der US-Armee in Harpers Ferry, Virginia, beging; Oskar Wilhelm Becker mit seinem gescheiterten Attentat auf den preußischen König Wilhelm I. im Jahr 1861, John Wilkes Booth, der 1865 den amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln erschoss, sowie Dmitrij Vladimirovič Karakozov, der 1866 einen Anschlag auf Zar Aleksander II. versuchte. Dabei verfolgten Felice Orsini und Oskar Wilhelm Becker ethnisch-nationalistische Ziele, John Brown und Dmitrij Vladimirovič Karakozov sozial-revolutionäre und John Wilkes Booth rechtsextreme Ziele.⁷⁹ Folgt man dieser Argumentation, ist der Beginn des (gegen-)revolutionären Rechtsterrorismus im engeren Sinne mit John Wilkes Booths Attentat auf

77 Vgl. Walter Laqueur: Terrorismus. Übers. von Rudolf Wichmann. Frankfurt a.M. 1982 (orig.: Terrorism. Boston 1977, wieder aufgelegt als: A History of Terrorism. New Brunswick 2002). Siehe eigens ders.: Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten. München 1993 (orig.: Black Hundred. The Rise of the Extreme Right in Russia. New York 1993).

78 Vgl. Klaus Weinbauer/Jörg Requate: Terrorismus als Kommunikationsprozess. Eskalation und Deeskalation politischer Gewalt in Europa seit dem 19. Jahrhundert. In: Dies. (Hrsg.): Gewalt ohne Ausweg? Terrorismus als Kommunikationsprozess in Europa seit dem 19. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 2012, S. 11–47, hier S. 17.

79 Carola Dietze: Die Erfindung des Terrorismus in Europa, Russland und den USA 1858–1866. Hamburg 2016.

Präsident Lincoln am 14. April 1865 gegeben. In den folgenden Jahren der *Reconstruction* verbreitete sich diese Form der Gewalt in den früheren Staaten der Konföderation schnell, wobei sie auch wieder vigilantistische Züge annahm: So verübten rechtsterroristische Gruppen und Organisationen wie zum Beispiel der Ku-Klux-Klan Attentate auf Politiker, die für die *freedmen* eintraten, und sie ermordeten emanzipierte Sklaven, die es wagten, die ihnen im Zuge der *Reconstruction* zugestandenen Bürgerrechte auch tatsächlich auszuüben.

In Europa entsprach und entspricht dem Rassismus in den USA strukturell der Antisemitismus sowie auch der Antiziganismus und die Xenophobie. Im Rahmen einer langen Geschichte des Rechtsterrorismus ist diese Form der Gewalt vom Mittelalter bis in das 21. Jahrhundert in seiner vigilantistischen Form präsent und muss zum Gewaltphänomen des Pogroms in Beziehung gesetzt werden. Beispiele sind die wiederkehrenden Massaker an Juden und ihre Plünderung und Vertreibung aus vielen Städten während der Kreuzzüge seit dem Ende des 11. Jahrhunderts, die sogenannten „Hep-Hep-Krawalle“, die 1819 von Würzburg ihren Ausgang nahmen und sich über weite Teile Europas hin fortsetzten, sowie die Ausschreitungen gegen Juden in der Revolution von 1848 und in den 1890er Jahren.⁸⁰ Für Russland sind die Pogrome der 1880er Jahre sowie zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu nennen.⁸¹ Dabei sind die Grenzen zwischen vigilantistischem Terrorismus und Pogromen, aber auch zwischen Terror und Bürgerkrieg fließend und weisen eigene Dynamiken auf. Das gilt ebenso für die antisemitischen Ausschreitungen im „Dritten Reich“ und in einigen annektierten oder von Deutschland militärisch unterworfenen Ländern in den 1930er und 1940er Jahren.

VI.

Eine systemische Herangehensweise an das Attentat auf Walther Rathenau legt nahe, dass es sich bei diesem Anschlag um einen Wendepunkt in der Geschichte des Rechtsterrorismus im deutschsprachigen Raum han-

80 Vgl. dazu einführend Arno Herzig: Jüdische Geschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 1997; Werner Bergmann: Geschichte des Antisemitismus. 2. überarb. Aufl. München 2004. Zu den genannten antisemitischen Ausschreitungen im 19. Jahrhundert siehe die entsprechenden Kapitel in Christhard Hoffmann/Werner Bergmann/Helmut Walser Smith (Hrsg.): Exclusionary Violence. Antisemitic Riots in Modern German History. Ann Arbor 2002.

81 Laqueur: Der Schoß ist fruchtbar noch (wie Anm. 77).

delt. Dabei besteht der systemische Ansatz darin, die Geschichte der politisch-sozialen Veränderungen in der Moderne seit der Amerikanischen und Französischen Revolution mit der langen Geschichte des Terrorismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zusammenzuführen. Angewendet auf den Rathenau-Mord erweist sich dieser Zugang in zweierlei Hinsicht als fruchtbar: erstens mit Blick auf die Einordnung der Anschläge auf Walther Rathenau und andere Repräsentanten der Weimarer Republik in die lange Geschichte des (Rechts-)Terrorismus und zweitens in Bezug auf die Definition von Rechtsterrorismus.

Was die Anschlagserie auf Rathenau und andere Repräsentanten der ersten deutschen Demokratie betrifft, so erscheinen die Attentate der Organisation Consul im Rahmen einer Geschichte des Rechtsterrorismus der *longue durée* für den deutschsprachigen Raum als die ersten Fallbeispiele von Rechtsterrorismus im engeren Sinne. Diese Attentate waren gegen die neue, liberal-demokratische Ordnung gerichtet, die erfolgreich die alte, monarchische Ordnung abgelöst hatte. Die Anschläge weisen alle Bestandteile der Terrorismusdefinition auf, die Peter Waldmann für sozialrevolutionären, ethnisch-nationalistischen und religiösen Terrorismus vorgelegt hat, und zwar inklusive der Differenz zwischen *victim* und *target*. Zweitens folgt aus einer systemischen Analyse und Einordnung des Attentats auf Walther Rathenau für die Definition von Rechtsterrorismus, dass diese Form von Terrorismus sowohl in der vigilantistischen Form existiert, die von einigen Autoren mit dem Rechtsterrorismus überhaupt gleichgesetzt wird, als auch in einer Variante, die terroristischen Gewalttaten entspricht, welche aus sozialrevolutionären, ethnisch-nationalistischen und religiösen Motiven begangen werden. Diese vorläufigen Ergebnisse des systemischen Zugangs zur Terrorismusgeschichte wären nun im nächsten Schritt an anderen Fallbeispielen zu überprüfen.

Nimmt man diesen zweifachen Erklärungswert ernst, ließe sich der Mordanschlag auf Walther Rathenau innerhalb der deutschen Geschichte mit dem Attentat auf Präsident Abraham Lincoln in der Geschichte der USA parallelisieren. Auch das Attentat auf Lincoln erfolgte an einem Wendepunkt im Angesicht von tiefgreifenden politischen und sozialen Veränderungen in der Geschichte der Vereinigten Staaten, hier: die Sklavenemanzipation im Zuge des Amerikanischen Bürgerkriegs, die nicht ohne Grund als „Second American Revolution“ bezeichnet wird. Und auch im Falle des Attentats von John Wilkes Booth auf Präsident Abraham Lincoln handelte es sich um einen Versuch, diese Entwicklungen nach Möglichkeit umzukehren. In beiden Fällen richtete sich die rechtsterroristische Gewalt

gegen die Repräsentanten einer politischen Ordnung, im Rahmen derer tiefgreifende politische und soziale Veränderungen durchgeführt und legitimiert worden waren bzw. noch wurden. In beiden Fällen richtete sich die rechtsterroristische Gewalt gegen Personen, die für diese politischen und sozialen Veränderungen standen, die in maßgeblicher Weise dazu beigetragen hatten, sie zu bewirken bzw. zu legitimieren, und denen ein hoher symbolischer Erkennungswert zu eigen war. Dies traf im Deutschen Reich für Erzberger, Scheidemann und Rathenau stärker zu als für Wirth. Damit ergibt sich aus dem systemischen Zugang und der Einordnung in die Geschichte des (Rechts-)Terrorismus der *longue durée* eine gewisse strukturelle Äquivalenz der Attentate auf Abraham Lincoln und Walther Rathenau.

Rathenaus Haltung zum Problem jüdischer Identität

Rathenaus Einstellung zum Judentum ist ein schwieriges Thema, zu dem sich schon viele Historiker geäußert haben. Ihre Interpretationen decken ein weites Meinungsspektrum ab und unterscheiden sich gelegentlich substantiell. Erinnert sei an die wegweisenden Deutungen von Fritz Stern, Ernst Schulin, Lothar Gall und Shulamit Volkov. Sie rücken Rathenaus Selbstzweifel in den Mittelpunkt, verbinden ihn mit seiner deutsch-jüdischen Umwelt und versuchen, der Lebenswirklichkeit eines ausgeprägten Einzelgängers gerecht zu werden. Sein Judentum spielt in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen eine Rolle, erweist sich aber auch häufig als schwierig zu fassen.¹

Die hermeneutischen Schwierigkeiten erhöhen sich, wenn die „religiös-kulturelle Identität“ zur Debatte steht. Denn die Frage, was das Judentum für Walther Rathenau eigentlich bedeutete, erfordert die Analyse aussagekräftiger Quellen. Doch so reich die Dokumentenlage ist, bei näherem Hinsehen entdeckt man neben veritablen „Lücken“ vielfältige Doppeldeutigkeiten und argumentative Widersprüche. Zu beinahe jeder Äußerung Rathenaus über ein relevantes Themenfeld lassen sich divergierende Aussagen finden. Seine mit autoritärem Gestus präsentierten Stellungnahmen reichen von „Assimilation“ bis „Zionismus“ und wurzeln ebenso in allgemeinen Zusammenhängen wie in ganz individuellen menschlichen Bezügen.² Ihre Interpretation erfordert ein sorgfältiges Ausleuchten der historischen Kontexte, die nicht im Vorübergehen zu leisten ist. Die „Authentizität“ der Einschätzungen ist bei einem Sprachvirtuosen wie Rathenau ohnehin kaum zu klären. Zudem stellte er gerade bei der Frage nach den letzten Dingen

1 An biographischen Darstellungen, die dem Thema „Judentum“ besondere Wichtigkeit zuerkennen, sich an eine breite Leserschaft wenden und zugleich auf Schritt und Tritt enge Vertrautheit mit den wissenschaftlichen Spezialproblemen verraten, seien genannt Fritz Stern: Walther Rathenau. Der Weg in die Politik. In: Ders.: Verspielte Größe. Essays zur deutschen Geschichte. München 1996, S. 176–213; Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. Göttingen/Zürich/Frankfurt a. M. 1979; Lothar Gall: Walther Rathenau. Portrait einer Epoche. München 2009, und Shulamit Volkov: Walther Rathenau. Ein jüdisches Leben in Deutschland 1867–1922. München 2012.

2 Vgl. Chaim Seligmann: Walther Rathenau als Jude. Einige Bemerkungen zu seiner Selbst- und Fremdeinschätzung. In: Aschkenas 5 (1995), S. 441–449.

gern seine Unabhängigkeit zur Schau, sodass sich Rückschlüsse auf seine eigenen religiösen Überzeugungen nur mit großer Vorsicht ziehen lassen.

In einem kurzen Essay Rathenaus jüdische Identität in all ihren Aspekten darzulegen, wäre ein kühner „Ritt über den Bodensee“. Stattdessen sollen hier nur einige thematische Eigenheiten erörtert werden. Methodisch kreisen sie um die Frage, was wir eigentlich wissen, wenn wir mehr über Rathenaus Selbstverständnis als Jude wissen. Inhaltlich stehen drei Themenfelder zur Diskussion. Zuerst werden das deutsch-jüdische Milieu, in das Rathenau hineingeboren wurde, und einige Verbindungslinien zu der ihn umgebenden Kultur skizziert (I). Alsdann geht es um einen nicht allzu bekannten Text, in dem Rathenau intensiv über Charakteristika seiner jüdischen Existenz nachgedacht hat (II). Und schließlich wird seine Haltung zum Antisemitismus betrachtet, die denkerisch konsequenter war als die hitzigen zeitgenössischen Debatten vermuten lassen (III). Das knappe Fazit (IV) lässt noch einmal Revue passieren, wie sehr Rathenau die Bedeutung der Freiheitsidee schätzte.

I.

Der hochbegabte und vielseitig interessierte Walther Rathenau war schon früh von Ehrgeiz erfüllt. Dies lag weniger an dem bürgerlichen Milieu des assimilierten Berliner Judentums, dem er entstammte, sondern eher an den eigenen familiären Verhältnissen. Die Mutter Mathilde Rathenau, geborene Nachmann, knüpfte in ungewöhnlichem Ausmaß Zuneigung an Erfolg; der Vater war ein Selfmademan, wie er im Buche steht. Emil Rathenau reüssierte als Mitbesitzer einer Maschinenfabrik in den 1860er Jahren, überstand die Turbulenzen der „Gründerkrise“ und knüpfte auf ausgedehnten Reisen wichtige berufliche Kontakte. 1881 erwarb er das Patent für die Glühbirne und gründete zwei Jahre später die „Deutsche Edison Gesellschaft für angewandte Elektrizität“, aus der in der Folgezeit die „Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft“ (AEG) hervorging. Emil Rathenau wurde ihr „führende[r] Kopf“, der von den dynamischen ökonomischen Entwicklungen profitierte und weithin bewundert wurde.³

Als Sohn eines erfolgreichen Geschäftsmanns 1867 geboren, wusste Walther Rathenau dennoch, dass die jüdische Herkunft seinem Aufstieg

3 Vgl. Gall: Walther Rathenau (wie Anm. 1), S. 46–50, hier S. 49 (Zitat); den Druck, unter dem Emil Rathenau als junger Unternehmer stand, betont Volkov: Walther Rathenau (wie Anm. 1), S. 17–19.

Grenzen zog. Schon als Student an der Straßburger Universität machte er sich keine Illusionen über die Schranken der Wilhelminischen Gesellschaft. So äußerte er am 23. Januar 1887 mit subtiler Ironie in einem Brief an die Mutter, „dass ein getaufter Jude immer noch kein getaufter Christ ist“. Den Hintergrund bildeten die Ambitionen eines ihm nahestehenden Studenten jüdischer Herkunft, der angesichts seiner universitären Probleme eine Karriere als Berufsoffizier ins Auge gefasst hatte.⁴ Auch wenn Rathenau aus Rücksichtnahme gegenüber dem Kommilitonen mit seinen Ansichten hinter dem Berg hielt, die Vorstellung von einem raschen Avancement bei der preußischen Armee betrachtete er als pure Illusion.

Das eine ist eine realistische Sicht auf Außenstehende, ein anderes die zutreffende Einschätzung der eigenen Wünsche. Rathenau hatte sich für seine Zeit als Einjährig-Freiwilliger das elitäre Garde-Kürassier-Regiment ausgesucht, das sich fast ausschließlich aus Adligen zusammensetzte. Ausgerechnet dort strebte er 1891 nach seiner Dienstzeit ein Patent als Reserveleutnant an, was sich als aussichtslos erwies. Er wurde nicht einmal zur Prüfung zugelassen.⁵ Angesichts der im preußischen Offizierskorps herrschenden antisemitischen Ressentiments war dies nicht überraschend, pochte man doch – was immer die Öffentlichkeit davon halten mochte – auf ständische Exklusivität.⁶ Nicht wenige abgelehnte Bewerber werden diese Haltung für einen Ausdruck antiquierter Vorurteile gehalten haben.

Rathenaus Umgang mit der Tatsache, dass er in Preußen nicht zum Offizier befördert wurde, ist häufig erörtert worden und das aus gutem Grund. Sein 1897 in der Zeitschrift *Die Zukunft* erschienener Artikel „Höre, Israel!“ zählt zu den menschlich ergreifenden Protesten und ist fraglos ein wichtiges Zeugnis für das spannungsreiche deutsch-jüdische Zusammenleben.⁷ Zumeist wird der Text als Ausdruck „jüdischen Selbsthasses“ und als Beleg für den Antisemitismus der Wilhelminischen Gesellschaft gedeutet. Allerdings sollte dabei nicht vergessen werden, wie schwer es fällt, den

4 Es handelt sich um Willy Ritter Liebermann von Wahlendorf. Rathenaus Schreiben an die Mutter findet sich in Walther Rathenau: Briefe, Teilband 1: 1871–1913. Hrsg. von Alexander Jaser/Clemens Picht/Ernst Schulin. Düsseldorf 2006 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. V.1), S. 215–218, hier S. 217; dort auch die weiteren im Text mitgeteilten Informationen.

5 Vgl. Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs. München 2014, S. 218–220.

6 Dies erörtert Werner T. Angress: Prussia's Army and the Jewish Reserve Officer Controversy before World War I. In: Leo Baeck Institute Year Book 17 (1972), S. 19–42. Die Vielfältigkeit der historischen Bezüge illustriert Michael Berger: Eisernes Kreuz, Doppeladler, Davidstern. Juden in deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen. Der Militärdienst jüdischer Soldaten durch zwei Jahrhunderte. Berlin 2010.

7 Walther Rathenau: „Höre, Israel!“. In: *Die Zukunft* 5 (1897), S. 454–462.

ausgeprägten Individualisten Rathenau als typischen deutschen Juden aufzufassen. Vielmehr scheint unter akkulturierten jüdischen Bürgern eher Zufriedenheit über die soziale Lage als die von ihm beschworene Unzufriedenheit vorgeherrscht zu haben. Deshalb spricht einiges dafür, Rathenau zwar als „Symbol“, aber nicht als „Prototyp“ seiner Herkunftsgemeinschaft zu deuten.⁸

Doch wie immer man „*Höre, Israel!*“ mit seinen empörten und latent judenfeindlichen Passagen interpretiert, der Text sollte nicht als unmittelbare Reaktion auf ein persönlich erfahrenes Unrecht aufgefasst werden. Schließlich handelte es sich um eine klar durchdachte und sorgfältig komponierte Veröffentlichung, mit deren kalkulierten Tabubrüchen Rathenau in der Welt des Feuilletons reüssierte. Dass er später die plakative Diktion bereute und nach Kräften ungeschehen zu machen suchte, gehört freilich auch zum Bild seiner komplexen Persönlichkeit.⁹ Rathenau war starken Stimmungsschwankungen unterworfen und empfand manche Kritik als persönliche Kränkung. Dabei war es nicht leicht, dem empfindlichen Individualisten inhaltlich entgegenzukommen. Weder die im liberalen Judentum verfochtenen Werte noch der aufkommende Zionismus oder gar die Weltsicht der Orthodoxie entsprachen seinen Vorstellungen.

Erschwerend kam hinzu, dass Rathenau zu jenen von starken Überzeugungen erfüllten Menschen gehörte, die bei all ihrer Kritikempfindlichkeit selbst kraftvoll austeilen können. Exemplarisch sei auf seine Einschätzung von Martin Bubers *Chassidischen Geschichten* verwiesen, die er „sehr schön, aber doch gemacht und überzuckert“ nannte.¹⁰ Dies lag auf einer Linie mit Rathenaus prinzipieller Ablehnung nationaljüdischer Bestrebungen und war als ästhetisches Urteil keineswegs abwegig. Doch gerade in einer Zeit heftiger weltanschaulicher Auseinandersetzungen mussten ihm derart pointierte Stellungnahmen persönliche Feindschaften eintragen. Schließlich bestimmt bei geistigen Auseinandersetzungen der Ton die Musik, und wenn ein „vom Glück begünstigter Erbe“ wie Rathenau auftrumpfte, konnte er kaum mit Sympathien rechnen. So ist es denn kein Zufall, dass

8 Shulamit Volkov: Ich bin ein Deutscher jüdischen Stammes. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867–1922. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institut. New York/Berlin [1994], S. 129–138, hier S. 136.

9 Vgl. Gall: Walther Rathenau (wie Anm. 1), S. 262, Anm. 31, sowie Clemens Picht: „Er will der Messias der Juden werden“. Walther Rathenau zwischen Antisemitismus und jüdischer Prophetie. In: Wilderotter: Extreme (wie Anm. 8), S. 117–128, hier S. 118.

10 Zum ideengeschichtlichen Kontext siehe Ulrich Sieg: Jüdische Intellektuelle im Ersten Weltkrieg. Kriegserfahrungen, weltanschauliche Debatten und kulturelle Neuentwürfe. 2. Aufl. Berlin 2008, S. 37–51, hier S. 42 (Zitat).

er überspitzte Äußerungen gern im Schonraum privater Korrespondenz traf und zahlreiche seiner Veröffentlichungen unter einem Pseudonym erschienen.

Von der Dynamik der sozio-ökonomischen Veränderungen im Fin de Siècle hatte Rathenau helllichtige Vorstellungen. Schon als junger Mensch wusste er genau, dass die expandierende Wirtschaft jungen Wissenschaftlern gute Aussichten bot und antijüdische Ressentiments dort eine vergleichsweise nachgeordnete Rolle spielten. Dementsprechend energisch ergriff er die Chance als Leiter der Elektrochemischen Werke in Bitterfeld. Die unternehmerischen Hoffnungen stellten sich jedoch als Chimäre heraus. Das wirtschaftliche Fiasko, das Rathenau als persönliches Versagen erlebte, war vermutlich ein Hauptgrund für die Neuauslotung seiner Weltanschauung.¹¹ Fortan konnte er sich nicht mehr primär oder gar ausschließlich als erfolgreicher Unternehmer verstehen, sodass die Publikationen als unabhängiger Intellektueller für ihn an Gewicht gewannen. Dabei ist es bemerkenswert, dass in diesen Artikeln die Übergänge zwischen allgemeinen Reflexionen und individuellen Positionierungen meist fließend sind. In jedem Fall gilt dies für den 1904 erstmals veröffentlichten Essay *Von Schwachheit, Furcht und Zweck*, in dem er darüber reflektiert, was es heißt, als Jude im deutschen Kaiserreich gesellschaftliche Anerkennung anzustreben.

II.

In der Rathenau-Literatur spielt der Text *Von Schwachheit, Furcht und Zweck* eine wichtige Rolle, ohne dass die Abhandlung je die emblematische Bekanntheit von „Höre, Israel!“ erreicht hätte. Nicht selten wird der Essay kritisch beurteilt. So stellte Harry Graf Kessler fest, es handle sich um ein „Pamphlet“, in dem Rathenau lediglich mit der Frage experimentiert habe, „wieweit ein ‚Furchtmensch‘ sich in einen Mutmenschen, ein Zweckmensch in einen Gesinnungsmenschen verwandeln kann“.¹² Fritz Stern konstatierte, dass der Essay eine hohe Nähe zu Gedanken Arthur de Gobineaus und Houston Stewart Chamberlains erkennen lasse.¹³ Dies ist vielleicht eine Übertreibung, aber keineswegs aus der Luft gegriffen, denkt man an Ra-

11 So Martin Sabrow: *Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution*. Göttingen 2022, S. 14.

12 Harry Graf Kessler: *Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk*. 6.-10. Tausend. Berlin-Grunewald 1928, S. 62.

13 Stern: *Walther Rathenau* (wie Anm. 1), S. 186.

thenaus Sympathien für konservativ-revolutionäre Vorstellungen. Religiös oder biologistisch gefärbte Varianten des Kulturpessimismus spielten im Fin de Siècle generell eine große Rolle. Gerade einen Weltanschauungsschriftsteller wie Chamberlain betrachteten viele Menschen eher als kühnen Neuerer denn als verantwortungslosen Rassisten, der er aus heutiger Perspektive gewesen ist. Rathenau bildete mit seiner Sympathie für die fragwürdigen Vertreter eines idealisierten Deutschtums jedenfalls keine seltene Ausnahme und sollte nicht allein unter diesem Aspekt betrachtet werden.¹⁴ In besonderem Maße gilt dies für die Reflexionen über seine gesellschaftliche Außenseiterrolle als Jude, deren existentieller Ernst mit Händen zu greifen ist.

Es ist auf den ersten Blick auffällig, wie häufig und intensiv der exzentrische Einzelgänger seinen Essay *Von Schwachheit, Furcht und Zweck* überarbeitet hat. Bereits der Titel belegt Rathenaus inneres Schwanken. So existiert eine als *Von Schwachheit, Furcht, Zweck und Verstand* benannte frühe Fassung. Sie zeigt, wie umfassend der argumentative Rahmen angelegt ist, in dem Furcht und Verstand unmittelbar aufeinander bezogen werden. Dem epistemologisch orientierten Konzept entspricht der sachliche Untertitel. Er lautet: *Ein Beitrag zur Erkenntnis des Menschen*.¹⁵ Der Text selbst ist allerdings voller Dramatisierungen. So charakterisiert Rathenau die „Paroxysmen der Furcht“, unter denen der Mensch aufgrund seiner Schwäche leide, als „Übel der Übel“.

Die Diktion des Artikels in der *Zukunft* entsprach dem exklusiven Erscheinungsort. Maximilian Hardens Zeitschrift galt um 1900 als feuilletonistisches Maß der Dinge. Wer dort etwas gelten wollte, musste stilistisch Einiges zu bieten haben. Die Selbstverständlichkeit von Pseudonymen begünstigte die intellektuelle Experimentierfreude: Rathenau entschied sich für „Ernst Reinhart“.¹⁶ Im Text herrscht kein Mangel an ausdrucksstarken Bildern und kühnen intellektuellen Volten. Während die Geschichte als ewiger Kampf zwischen Starken und Schwachen entworfen wird, besteht

14 Zum ideengeschichtlichen Hintergrund siehe Ulrich Sieg: *Fin de Siècle – Liberalismus und die Ambivalenz der Moderne*. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 34 (2022), S. 143–160; speziell zu Rathenau: Sven Brömsel: *Exzentrik und Bürgertum. Houston Stewart Chamberlain im Kreis jüdischer Intellektueller*. Berlin 2015, S. 49–76.

15 Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Rathenau, Moskaufonds 634, Nr. 81, Rollfilm 1752 k; dort auch die nächsten Zitate.

16 Walther Rathenau: *Von Schwachheit, Furcht und Zweck*. In: Ders.: *Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914*. Hrsg. von Alexander Jaser. Düsseldorf 2015 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. I), S. 383–413. Im Folgenden werden die voneinander abweichenden Texte der besseren Übersichtlichkeit halber nach den verschiedenen Originalfassungen statt nach der Rathenau-Gesamtausgabe zitiert.

kein Zweifel, wem Rathenaus Sympathie gehört. Die Starken und Wohlgeordneten betrachtete er als Ausdruck jener menschlichen Vitalität, die für jede ernsthafte kulturelle Leistung unverzichtbar sei. Offenkundig stand er wie so viele Intellektuelle der Jahrhundertwende im Schatten Nietzsches, der in begeisterten Wendungen die besondere Bedeutung des künstlerischen Genies beschworen hatte.¹⁷

In Anbetracht der jeder Kultur eigenen Rationalitätsformen erscheint Rathenaus Argumentation recht holzschnittartig und missachtet zudem den konstitutiven Charakter zweckrationalen Handelns für arbeitsteilige Gesellschaften. Ihn interessiert aber primär etwas anderes. Rathenau fragt danach, wie die für Kunst oder Philosophie unabdingbar erforderliche Begeisterungsfähigkeit in einem utilitaristischen Zeitalter gewährleistet werden könne. In ihm zeige sich die Wucht ökonomischer Überlegungen, die auf die menschliche Natur bauen könnten. Schließlich habe der Mensch von alters her auf vielfältige Bedrohungen reagieren müssen und deshalb eine berechnend-ängstliche Einstellung zur Welt entwickelt. In diesem Sinne heißt es ebenso lapidar wie folgenschwer: „Er [der Schwache, U.S.] erschafft sich einen Götzen und nennt ihn Zweck.“¹⁸ Im Zweckdenken sieht Rathenau die „Ersünde“ der Menschheit und wagt die Prognose, dass die Zukunft des Furchtmenschen primär durch die inneren Widersprüche seiner Existenzform bestimmt sein werde.

Wie sehr der Zweckmensch freilich auch nach öffentlicher Anerkennung strebe, wirkliche Achtung könne ihm nicht zuteilwerden. Gerade die von ihm unterstützte Dominanz der Kosten-Nutzen-Kalküle verhindere tiefere Sympathie, die nur selbstlosem Handeln gezollt werde. Er werde „den Menschen zum Ekel. Denn er verlangt Beides von Ihnen, dass sie niemals zugleich geben: Bewunderung und Neid.“ Auf einer ähnlichen Linie liegt Rathenaus Einschätzung der Weltgeschichte, in der auf lange Sicht die Schwachen dominieren werden: „Wo die Starken auftraten, da wurden sie Herrscher, und wo sie herrschten, da mußten sie langsam, unmerklich und unausbleiblich der Maulwurfsarbeit ihrer schwachen und klugen Hörigen erliegen.“¹⁹ Allerdings darf man sich durch die keinen Widerspruch dulden-

17 Hierzu immer noch zentral Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist. München 1990, S. 686–691, und passim. Erhellend zu Nietzsches Wirkungsgeschichte: Andreas Urs Sommer: *Nietzsche und die Folgen*. Stuttgart 2017.

18 Ernst Reinhart [id est Walther Rathenau]: *Von Schwachheit, Furcht und Zweck*. Ein Beitrag zur Erkenntnis menschlichen Wesens. In: *Die Zukunft*, Nr. 49 vom 12. November 1904, S. 223–239, hier S. 223; ebd., S. 224 u. 226, die beiden nächsten Zitate.

19 Ebd., S. 236. Eine gewisse Nähe zur Parabel von „Herrschaft und Knechtschaft“ in Hegels *Phänomenologie des Geistes* ist in dieser Passage unverkennbar.

de Diktion nicht einschüchtern lassen. Rathenau war sich seiner Urteile keineswegs so sicher, wie dies den Anschein hat. So reagierte er recht defensiv auf Frank Wedekinds forschende Kritik vom 19. November 1904, dass seine Glorifizierung des Mutmenschen letztlich auf eine Verteidigung der „Dummheit“ hinauslaufe. Nun schien es ihm unausweichlich, dass gerade der Mutige dringend gedanklicher Verfeinerung bedürfe. Hinter dem Urteil steckte indes weniger Anpassungsbereitschaft als vielmehr ein abweichendes, hochgradig differenziertes Menschenbild. Nachdrücklich erklärte Rathenau seine Sympathie für „Furchtmenschen“, zu deren herausragenden Vertretern er die antiken Griechen und Jesus zählte.²⁰ Und gleichsam im Vertrauen teilte er Wedekind mit, „alles Geniale“ bestehe aus der „engste[n] Mischung“ von Mut und Furcht. Offenkundig betrachtete er den Verstand als zentralen Bestandteil der *Conditio humana*, der nicht nur für die Effizienz moderner Gesellschaften, sondern auch für ein zivilisiertes Miteinander unverzichtbar sei.

Es spricht einiges für die grundlegende Bedeutung, die Rathenau seinem Essay *Von Schwachheit, Furcht und Zweck* zuerkannte. In einem Brief an Stefan Zweig nannte er die Abhandlung sogar stolz „das, was ich mir von Ethik vorstelle“.²¹ Natürlich nahm Rathenau den Text 1908 in den aufwändig gestalteten Band *Reflexionen* auf. Er enthielt die Beiträge aus der *Zukunft* und bekundete schon rein ästhetisch, welchen Wert sie für den Autor besaßen. Dass das prachtvolle Buch zu einem Spottpreis erschien, weckte jedoch Ressentiments. Nicht wenigen schien es, als ob „ein Millionär seine verhätschelten Geisteskinder sozusagen in unlauterem Wettbewerb unter die Leute brachte“.²² Vorwürfe dieser Art waren für Rathenau stets ein Problem und eine Quelle des Ärgernisses. Sie missverstanden seine idealistische Einstellung zur Bildung, hatten aber den Schein von Plausibilität für sich und verstärkten gerade jenen primitiven Judenhass, mit dem er nicht das Mindeste zu tun haben wollte.

Im Vergleich zur ersten Druckversion des Jahres 1904 arbeitete Rathenau 1908 stärker heraus, dass das menschliche Leben zwischen den Polen von Mut und Furcht eingespant sei. Immer noch ist die Vorliebe für das ein-

20 Walther Rathenau an Frank Wedekind vom 21. November 1904. In: Rathenau: Briefe (wie Anm. 4), S. 712–716, hier S. 713, dort auch die weiteren Zitate im Text. Das Schreiben Wedekinds an Rathenau vom 19. November findet sich ebd., S. 710–712.

21 Schreiben Rathenaus an Stefan Zweig vom 27. Dezember 1907, ebd., S. 809 f.

22 Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 1), S. 50. Die persönliche Bedeutung des Bandes für Walther Rathenau zeigt sich bereits darin, dass er ihn „dem Andenken“ des 1903 verstorbenen Bruders Erich widmete, der als familiärer Hoffnungsträger gegolten hatte; vgl. Gall: Walther Rathenau (wie Anm. 1), S. 13 f.

fache, von Instinkten geleitete Leben unstrittig, doch wird gleichfalls deutlich, wie unverzichtbar gedankliche Verfeinerung für den Menschen sei. Gerade zur Abwehr des Furchtimpulses sei die „neue Waffe des Verstandes“ nötig.²³ Andernfalls drohe der Mensch in einem Zustand der Sklaverei zu verharren, deren voluntaristischer Kern nachdrücklich betont wird. Dabei ist es bemerkenswert, dass der Text trotz seines fatalistischen Tons über eine geschichtsphilosophische Zielperspektive verfügt. Obwohl alles dafür sprach, dass die Bedeutung des Zweckerationalen in einer Ära der globalen Verflechtung immer stärker wurde, hegte Rathenau die Hoffnung auf eine letzte Periode aristokratischer Umgangsformen. Denn bei der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen den großen Nationen würden diejenigen gewinnen, „in denen Gesinnung und Idealismus sich am längsten erhält“.²⁴ Woher Rathenau die Gewissheit für diese Auffassung nahm, bleibt unklar, dass er zu Beginn des neuen Jahrhunderts Sympathien für ein heroisches Weltbild besaß, ist sicher.

Im Übrigen verdient die Kontinuität seiner Vorstellung vom Mut- und Zweckmenschen Beachtung. Es besteht kein Zweifel, dass der Weltkrieg Rathenau zur Veränderung vieler Ansichten veranlasste. Ausdrücklich sei auf die Kühnheit seiner gesellschaftlichen Visionen verwiesen, die Deutschland einen Weg aus der Krise zeigen sollten. Der Erfolg seiner Werke war spektakulär. So verkaufte sich seine erfolgreichste Schrift *Von kommenden Dingen* mehr als einhunderttausend Mal, obwohl sie alles andere als leicht verständlich war.²⁵ Endlich konnte Rathenau, der sich lange nach geistiger Anerkennung gesehnt hatte, die Ausstrahlung als diskursbestimmender Intellektueller genießen. Anscheinend war im Jahr 1917 das Bedürfnis nach einem Brückenschlag in die Zukunft so hoch, dass sinnstiftende Worte auch von einem Außenseiter kommen konnten. Freilich hatte ihm die Leitung der Rohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium schon zwei Jahre zuvor wichtige Aufgaben und öffentliche Beachtung eingetragen.

Die für Rathenau gestiegene Bedeutung des Themas „Judentum“ ist offenkundig. Dies mag durch den Tod seines Vaters begünstigt worden sein,

23 Walther Rathenau: Von Schwachheit, Furcht und Zweck. In: Ders.: Reflexionen. Leipzig 1908, S. 1–23, hier S. 4.

24 Ebd., S. 23.

25 Wolther von Kieseritzky: Walther Rathenau. Liberaler Außenpolitiker und Wegbereiter der Demokratie. Potsdam 2022, S. 20; als Interpretation vgl. Gall: Walther Rathenau (wie Anm. 1), S. 197–203. Zum ideengeschichtlichen Kontext vgl. Ernst Schulin: Krieg und Modernisierung. Rathenau als philosophierender Industrieorganisator im Ersten Weltkrieg. In: Thomas P. Hughes u.a.: Ein Mann vieler Eigenschaften. Walther Rathenau und die Kultur der Moderne. Berlin 1990, S. 55–69, sowie Sieg: Intellektuelle (wie Anm. 10), S. 278 f.

der am 20. Juni 1915 als hoch geachtetes Mitglied der Jüdischen Gemeinde in Berlin starb. Der angesehene Literaturhistoriker Ludwig Geiger lobte „[d]ie große Bedeutung des außerordentlichen Mannes“ und seinen makellosen Lebenslauf.²⁶ Dennoch nahm Walther Rathenau keine prinzipiellen Akzentverschiebungen in seinem Weltbild vor. Ihn interessierte primär die eigene intellektuelle Unabhängigkeit. Immer wieder stellte er heraus, worin sich seine religiöse Haltung von den üblichen jüdischen Standpunkten unterschied. So ließ er den Mitbegründer des „Central-Vereins“ Eugen Fuchs zwar wissen, dass ihm die Rechte der „Deutschen mosaischen Glaubens“ am Herzen lägen. Er selbst vertrete allerdings einen „konfessionellen Liberalismus, den ich durch den Aufbau Ihrer Organisation nicht gewährleisten finde“.²⁷ Auch wenn Rathenau die Vorstellungen des akkulturierten jüdischen Bürgertums schätzte, noch mehr bedeutete ihm seine persönliche Unabhängigkeit in religiösen Fragen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht sonderlich überraschend, wenn er am 19. April 1918 die Zusammenarbeit mit Fuchs schlankweg ablehnte, weil „der Central-Verein sich mit orthodoxen und rituellen Forderungen identifiziert“²⁸.

Als Rathenau *Von Schwachheit, Furcht und Zweck* 1918 in seine *Gesammelten Schriften* aufnahm, änderte er nur Details.²⁹ Sie zielten vor allem darauf, durch die Vermeidung von Fremdwörtern die gedrängte Wucht des Textes zu erhöhen. So sprach er nicht mehr vom „Instinkt“, sondern vom „Gefühl“ (S. 11) des Menschen oder bescheinigte ihm eine „Neigung zum Angriff“ und „zur Flucht“ (S. 12) statt zur „Offensive“ und zur „Defensive“.³⁰ Doch sind dies eher kosmetische Veränderungen. Wirklich wichtig ist hingegen, dass Rathenau auf das ursprüngliche Ende seines Artikels verzichtete. 1908 hatte er noch mit gegenwartskritischem Impetus die Großstädte für die Verflachung der menschlichen Kultur verantwortlich gemacht und seine Hoffnung auf eine „Aristokratie der Nationen“ gesetzt. Zehn Jahre später war davon nichts geblieben. Nun schien es Rathenau gewiss, dass mit dem Siegeszug des Kapitals „der Sieg der Klugen über die Starken vollendet“ werde.³¹ Dies bedeutete zugleich eine Revision früherer idealistischer Überzeugungen. Für die Verherrlichung einer heroischen Weltsicht

26 L.[udwig] G.[eiger]: Emil Rathenau. In: Allgemeine Zeitung des Judentums, Nr. 24 vom 21. Juni 1915, S. 341–342, hier S. 341.

27 Brief Rathenaus an Eugen Fuchs vom 31. Januar 1917. In: Rathenau: Briefe (wie Anm. 4), S. 1609 f.

28 Ebd., S. 1903.

29 Walther Rathenau: *Gesammelte Schriften* in fünf Bänden. Bd. 4. Berlin 1918, S. 9–32.

30 Ebd., S. 11 f.; in der Ausgabe von 1908 finden sich die Zitate S. 1 f.

31 Ebd., S. 32.

bestand seit der Selbstzerstörung Europas im Großen Krieg schlicht kein Bedarf mehr. Es entsprach nicht seinem intellektuellen Temperament, Selbstverständlichkeiten auszuführen oder die Korrektur eigener Ansichten expressis verbis vorzunehmen.

III.

Rathenaus Einstellung zu den die Zeit bewegenden Fragen ist nicht leicht auf einen Nenner zu bringen. Er berücksichtigte historische Kontexte genau, bevor er sich zu einem konkreten Problem äußerte, und hatte zudem eine Fülle faszinierender Ideen zu den ökonomisch und weltanschaulich bestimmenden Kräften. Doch scherte er sich nur wenig um Tabus und potentielle Reaktionen. In hohem Maß gilt dies für seine Haltung zum Antisemitismus, den er als ressentimenterfüllte Ideologie verachtete. Exemplarisch lässt sich das mit Hilfe seines Essays *Unser Nachwuchs* aus dem Jahre 1909 zeigen. Rathenau beschäftigte die Frage, wie man die innere Erstarrung der Wilhelminischen Gesellschaft überwinden könne, und setzte wie viele Zeitgenossen auf die Jugend. In seiner Kritik des Bestehenden schlug er scharfe Töne an. „[D]ie große Mehrzahl auch der Begabteren altert in der subalternen Karriere und verliert die Spannkraft, die erfordert wird, um in der zweiten Lebenshälfte neue Wege des Gedankens zu beschreiten.“³² Ausdrücklich warnte er vor den verhängnisvollen Konsequenzen für die Nation, wenn sich die vermögenden Kreise noch weiter abschotten würden. Um diesem Gedanken Stoßkraft zu geben, verwies er darauf, dass schon jetzt lediglich „[d]reihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents leiten“³³.

Die Antisemiten nahmen die provokante Aussage zum Anlass, die „jüdische Vorherrschaft im Wirtschaftsleben“ anzuprangern. Es wäre für Rathenau ein Leichtes gewesen, gegen diese Auffassung Stellung zu beziehen, zumal man es mit der Wiedergabe seiner Äußerungen alles andere als genau nahm. Doch scheint ihn das nicht interessiert zu haben. Vielmehr ließ er den Text, der auch markante Passagen über die unheilvollen Folgen von Bismarcks Antiliberalismus enthielt, fünf Jahre später in die Aufsatz-

32 Walther Rathenau: Geschäftlicher Nachwuchs. In: Ders.: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914. Hrsg. von Alexander Jaser. Düsseldorf 2015, S. 739–748, [zuerst unter dem Titel *Unser Nachwuchs*. In: Neue Freie Presse, Nr. 16288 vom 25. Dezember 1909, S. 5 f.], hier S. 739.

33 Ebd., S. 740.

sammlung *Zur Kritik der Zeit* aufnehmen. Die Forderung nach einem „radikalen Wandel“ des Kaiserreichs, so scheint es, sollte durch die Berücksichtigung privater Aspekte nicht an Durchschlagskraft verlieren.³⁴ Und dass die vielfältig fraktionierte Wilhelminische Gesellschaft schon wegen ihres Demokratiedefizits dringend verändert werden müsse, stand für ihn außer Frage.³⁵

Es ist bezeichnend, dass der patriotisch eingestellte Rathenau dem Kriegsausbruch 1914 mit beträchtlicher Reserve gegenüberstand. Zum einen glaubte er nicht an Deutschlands Unschuld³⁶, zum anderen hatte er eine realistische Einschätzung von der Stärke der Entente. Vor diesem Hintergrund konnte er den Krieg nur als verhängnisvolles Ereignis ansehen, den eine überforderte Politikerkaste heraufbeschworen hatte.³⁷ Gleichwohl war es für ihn selbstverständlich, dass er sich seiner Aufgabe nicht entzog, als man ihn mit der Kriegsrohstoffversorgung betraute. Dies heißt freilich nicht, dass er eine naive Einstellung gegenüber dem immer stärker werden- den Antisemitismus an den Tag legte. Eher ist das Gegenteil der Fall.

Schon als die Mobilisierungseuphorie nachließ und die Hoffnungen auf einen kurzen Krieg verfliegen, suchte man in Deutschland einen Sündenbock. Zudem sorgte die schwierige Versorgungslage, um deren zum Teil banale Ursachen Rathenau sehr genau wusste, für erheblichen Unmut in der Bevölkerung.³⁸ Schließlich erleichterte die Stilisierung Großbritanniens zum Hauptfeind das Schüren antiwestlicher Ressentiments, die sich leicht mit antisemitischen Vorurteilen amalgamieren ließen. Rathenau, der die fehlende Demokratisierung des Kaiserreichs scharf kritisiert hatte, beurteilte diese Haltung als ebenso anmaßend wie zukunftslos. Die Tatsache, dass sich Chamberlain zum einflussreichsten antisemitischen Demagogen entwickelte, der am Hof des Kaisers aus- und einging, dürfte Rathenau als Hohn auf den eigenen Idealismus erschienen sein.³⁹

34 Vgl. von Kieseritzky: Walther Rathenau (wie Anm. 25), S. 22; der Wiederabdruck des Essays findet sich in: Walther Rathenau: *Zur Kritik der Zeit*. Leipzig 1914, S. 206–218.

35 Dazu Näheres im Beitrag von Ewald Grothe in diesem Band.

36 Wie sehr diese Annahme Rathenaus Einstellung zum Ersten Weltkrieg prägte, belegt sein Brief an Leopold Ziegler vom 28. Juli 1917; vgl. dazu Ernst Schulin: Einleitung. In: Rathenau: Briefe (wie Anm. 4), S. 13–60, hier S. 31.

37 Stern: Walther Rathenau (wie Anm. 1), S. 190.

38 Letztlich hatte kaum jemand in Deutschland mit einem längeren Krieg gegen die halbe Welt gerechnet und die politisch Verantwortlichen waren allenthalben überfordert, wie Holger Afflerbach: *Auf Messers Schneide*. Wie das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg verlor. München 2018, überzeugend demonstriert.

39 Zu Chamberlains Haltung im Krieg vgl. Sieg: Intellektuelle (wie Anm. 10), S. 183–187.

Erst recht konnte der Strukturwandel des Antisemitismus im Hungerwinter 1916/17 einem hellseherischen Beobachter nicht verborgen bleiben. Die Konfessionsstatistik im preußischen Feldheer, welche die durch nichts gerechtfertigte Unterstellung jüdischer Feigheit vor dem Feind enthielt, öffnete die letzten Schleusen. Seit der „Judenanzählung“ wurde mit hoher Intensität gefordert, „Fremde“ aus der deutschen Volksgemeinschaft auszuschließen. An Äußerungen unreflektierten Hasses herrschte fürwahr kein Mangel, und nicht wenige Zeitgenossen deuteten das Geschehen als Ende der deutsch-jüdischen Weggemeinschaft. Rathenau hatte sich ein Bild von der Einsichtsfähigkeit der Antisemiten gemacht und verzichtete auf eine öffentliche Reaktion. Dabei war er sich sicher, der Hass auf die Juden werde „sich verdoppeln und verdreifachen“, wie er seinem völkisch eingestellten Freund Wilhelm Schwaner mitteilte.⁴⁰

In diesen Kontext gehört Rathenaus öffentliche Erklärung, er fasse sich als „Deutscher jüdischen Stammes“ auf. Unmissverständlich gab er damit in seinem Aufruf *An Deutschlands Jugend* aus dem Jahre 1918 zu verstehen, dass das Bekenntnis zur Nation Goethes für ihn ebenso wenig verhandelbar sei wie seine jüdische Herkunft. Was dies für Rathenaus religiöses Selbstverständnis heißt, dürfte nicht einfach zu bestimmen sein, zumal er hinzusetzte, dass ihm sein „deutsche[r] Glaube“ mehr als alles andere bedeute.⁴¹ Keinen Zweifel hatte er jedoch daran gelassen, dass er seinen Standpunkt in persönlichen Fragen selbst bestimmte.

Kriegsende und Revolution erhöhten die prekäre Lage der deutschen Juden. Nun hatten alle, die mit den neuen politischen Verhältnissen unzufrieden waren, einen Feind, gegen den sich ihre Wut richten konnte. Und die auf der radikalen Rechten zirkulierenden Verschwörungstheorien sorgten dafür, dass die Dämonisierung der politischen Gegner selbstverständlich wurde. Schon bald herrschte in den Zentren des Antisemitismus ein Klima der Gewalt.⁴² Rathenau wusste genau, wie gefährlich er als jüdischer Repräsentant der Weimarer Republik lebte, doch zu Kompromissen war er nicht

40 Das Zitat findet sich bei Shulamit Volkov: Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 2022, S. 156–196, hier S. 188. Die konzentrierteste Darstellung der Vorgänge um die „Judenanzählung“ bietet immer noch Werner T. Angress: The German Army's Judenanzählung of 1916. Genesis – Consequences – Significance. In: Leo Baeck Institute Year Book 25 (1980), S. 117–135.

41 Walther Rathenau: An Deutschlands Jugend. Berlin 1918, S. 9. Zur Bedeutung der Kategorie „Stamm“ für Juden, die ihre religiösen Prägungen mit den komplexen Anforderungen der modernen Welt verbinden mussten, vgl. nun Till van Rahden: Vielheit. Jüdische Geschichte und die Ambivalenzen des Universalismus. Hamburg 2022, S. 73–98.

42 Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923. München 2018, S. 617.

bereit. So kam es für ihn schlicht nicht in Frage, auf die Warnungen Albert Einsteins zu hören und das Amt des Außenministers abzulehnen, nur weil der Judenhass so sehr an Kraft gewonnen hatte.⁴³

Vor dem Hintergrund der Entschlossenheit, mit der Rathenau einer möglichen Ermordung ins Auge sah, dürfte es zweitrangig sein, welche Motive die Attentäter bewegten. Seine nur tragisch zu nennende Weltsicht gestattete kein Ausweichen.⁴⁴ Ob für seine Haltung frühe jüdische Prägungen oder die Bewunderung des deutschen Idealismus ausschlaggebend sind, wird sich kaum entscheiden lassen. Aber es besteht kein Zweifel, dass er den Feinden der Demokratie beherzt entgentreten wollte. Die überwältigende Reaktion auf seinen Tod zeigt, dass die Menschen verstanden hatten, dass ein leidenschaftlicher Verteidiger der Republik ermordet worden war. Seine letzte Ruhestätte im Erbbegräbnis des Vaters demonstrierte noch einmal, wie wichtig ihm die Familientradition war.

IV.

Walther Rathenau entwickelte seine Gedanken zum Judentum in einer eigentümlichen intellektuellen Großwetterlage. Vom Empirismus bis zum Neukantianismus verloren um 1900 die philosophischen Weltaneignungen ein Gutteil ihrer Überzeugungskraft. Dennoch stand es außer Frage, dass jeder, der am kulturellen Massenmarkt reüssieren wollte, ein philosophisches System vorzuweisen hatte. Besonders deutlich sieht man dies an der Chuzpe, mit der Elisabeth Förster-Nietzsche ihre Kompilation *Der Wille zur Macht* 1901 präsentierte. Ihr Clou bestand darin, dass sie zwei Haltungen miteinander kombinierte, die sich eigentlich gegenseitig ausschlossen: philosophisch-systematische Stringenz und ein authentischer, durch private Nähe verbürgter Zugang zu einem Jahrhundertgenie. Die Zahl der aus Nietzsches Feder stammenden Aphorismen veränderte sich in den fünf Jahren zwischen der ersten und zweiten Auflage seines angeblichen Hauptwerks geradezu wundersam von 483 auf 1067 Aphorismen. Den Erfolg gefährdete dies keineswegs: Intellektuelle rühmten den *Willen zur Macht* in

43 Vgl. Michael Brenner: Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918–1923. Frankfurt a. M. 2019, S. 146, sowie Stern: Walther Rathenau (wie Anm. 1), S. 210.

44 Vgl. Sabrow: Rathenau-Mord (wie Anm. 10), S. 22; aus der riesigen Literatur, die sich mit der antisemitischen Hetze gegen Rathenau als „Erfüllungspolitiker“ beschäftigt, sei lediglich genannt Massimo Ferrari Zumbini: Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus: Von der Bismarckzeit zu Hitler. Frankfurt a. M. 2003, S. 620 f.

den höchsten Tönen und das Publikum riss „Zarathustras Schwester“ das Buch aus den Händen.⁴⁵

Bei einem solchen Erfolg medialer Inszenierungen konnte der Spott nicht ausbleiben; aber auch die akademische Welt mit ihrem gravitatischen Ernst und ihren unredlichen Verbeugungen vor dem zeitgenössischen Geniekult geriet ins Zwielficht. Mit distanzierter Schärfe ließ etwa Robert Musil seine Hauptperson Ulrich im *Mann ohne Eigenschaften* sprechen: „Philosophen sind Gewalttäter, die keine Armee zur Verfügung haben und sich deshalb die Welt in einer Weise unterwerfen, daß sie sie in ein System sperren.“⁴⁶ Dies brachte nicht nur eine kritische Perspektive hinsichtlich umfassender Weltdeutungen und steriler Professorenphilosophie auf den Punkt. Es zeigte auch beträchtliche Sympathie für Nietzsches Gedanken, dass jedes philosophische System einen Mangel an Rechtschaffenheit bekunde. Gleichzeitig entwarf Musil mit der Figur des Paul Arnheim ein einflussreiches Porträt Rathenaus. Es zeigt einen um sich selbst kreisenden Menschen, der jeder ernsthaften Bindung aus dem Weg geht. Übergeordnete Maßstäbe oder gar universale Werte bedeuten Arnheim wenig, aber um eine volltönende Phrase ist er nie verlegen.

Schaut man auf Rathenaus Einstellung zum Judentum, wäre dieses Urteil ausgesprochen ungerecht. Natürlich kann man über die gedanklichen Sprünge und gewagten Bilder klagen, die so viele seiner Texte auszeichnen, und schon zeitgenössisch ist dies häufig geschehen. Doch statt sich auf das ungesicherte Gelände historischer Individualpsychologie zu begeben, spricht einiges für genaue Textanalyse. Im Falle des Essays *Von Schwachheit, Furcht und Zweck* ist der argumentative Rahmen wichtiger als die jeweiligen Einzelurteile. Er zielt darauf, Rathenau ein Maximum an Urteilsfreiheit zu ermöglichen. Weder „Mut“ noch „Furcht“ werden eindeutig favorisiert oder perhorresziert. Sie bilden die Pole, zwischen denen sich das menschliche, niemals zur Ruhe kommende Dasein bewegt, und müssen deshalb als anthropologische Konstanten angesehen werden.

Im Prinzip bot die Abhandlung *Von Schwachheit, Furcht und Zweck* einen gedanklichen Rahmen, an dem Rathenau ein Leben lang festhalten konnte. Trotz der kulturpessimistischen Diktion handelte es sich bei der polaren Gegenüberstellung vom Mut- und Zweckmenschen um eine in-

45 Dazu eingehend Ulrich Sieg: *Die Macht des Willens. Elisabeth Förster-Nietzsche und ihre Welt*. München 2019; als erste Einführung in die komplexe Editions-geschichte von Nietzsches angeblichem Hauptwerk vgl. Martina Fischer/Thomas Föhl/Bernhard Förster (Bearb.): *Nietzsches Nachlass*. Weimar 2014, S. 66–74.

46 Robert Musil: *Der Mann ohne Eigenschaften*. Hrsg. von Adolf Frisé. Bd. 1: Erstes und Zweites Buch. Reinbek bei Hamburg 1978, S. 253.

telektuelle Kippfigur, die gerade nicht zu einer definitiven Entscheidung verpflichtet. Sie passt gut zum Neoidealisten Rathenau, der ein Leben lang Sympathien für romantische Ideale besaß.⁴⁷ Weil sie die Idee menschlicher Freiheit unmissverständlich zum Ausdruck brachten, hielt der ausgeprägte Einzelgänger ihnen die Treue. Bei aller Nähe zu einem idealisierten Deutschtum und aller Identifikation mit seinem jüdischen Herkunftsmilieu schätzte er persönliche Unabhängigkeit über alles.

Vermutlich muss die Forschung damit leben, dass es in puncto Judentum keinen Königsweg zur Herleitung von Rathenaus Motiven gibt. Die Gruppenidentität über seine Herkunftsgemeinschaft spielte für den überzeugten Individualisten allenfalls eine nachgeordnete Rolle und war selbst für seine Einschätzung des Antisemitismus nicht durchgängig ausschlaggebend. Nur als Opfer einer feindlichen Umwelt angesehen zu werden, hätte ihm zutiefst widerstrebt. Zudem war Rathenau viel zu klug, um sich mit einfachen Methoden in die Karten schauen zu lassen, und kam es zu direkten Konfrontationen, scheute er nicht davor zurück, sich selbst zu widersprechen. Ein „Sklave seiner Ideale“ war der Nietzscheaner Rathenau jedenfalls nicht; aber bei welchem Denker von Rang ist das um 1900 eigentlich anders?

47 Erhellend zur Bedeutung geistiger Kippfiguren für die Romantik: Stefan Matuschek: *Der gedichtete Himmel. Eine Geschichte der Romantik*. Hamburg 2021.

Libérale Varianten der Kulturkritik in den Neuordnungsdiskursen 1917–1920. Walther Rathenau im Vergleich

Dieser Beitrag zielt auf die Eigenarten von Rathenaus Kulturkritik unter der Fragestellung, inwieweit sie in den Neuordnungsdiskursen seit 1917 einen liberalen Typus kritischer Zeitdiagnostik repräsentiert, und in welchem kommunikativen Umfeld sich Rathenau dabei bewegt. Hier ist insbesondere auf seinen Austausch mit dem Berliner Religionsphilosophen, Publizisten und Politiker Ernst Troeltsch einzugehen.

Max Scheler hat in seiner kritischen Rezension des Hauptwerks „Von kommenden Dingen“ Rathenaus Denken als „Spielart von Liberalismus“ identifiziert.¹ Das ist nicht unproblematisch, aber mit Scheler lässt sich fragen, welche Varianten liberaler Kulturkritik die deutschen Ordnungs- und Neuordnungsdiskurse seit der russischen Februarrevolution, dem Eintritt der USA in den Weltkrieg, und der vagen „Osterbotschaft“ des deutschen Kaisers vom 7. April 1917 geleitet haben, und wie Rathenau hier zu verorten ist. Im Kern muss es um die Ambivalenzen von Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit gehen. In der Forschung ist das bislang nur ein beiläufiges Thema. Denn im Spektrum des ideenpolitischen Ordnungsdenkens wird „Kulturkritik“ stärker der „konservativen Revolution“ zugerechnet,² während sie für sozialistische Positionen schulmäßig der ökonomisch determinierten „Gesellschaftskritik“ untergeordnet bleibt. Was Rathenau generell ins Bezugsfeld liberaler Diskurse setzt, dürfte seine kategorische Zielbestimmung für die „kommenden Dinge“ sein: „Das Ziel aber, zu dem wir streben, heißt menschliche Freiheit.“³

Ich werde in sechs Schritten vorgehen: Zu Beginn ist zu klären, was generell „Kulturkritik“ im publizistischen Streit um die „Moderne“ an der

1 Vgl. Walther Rathenau: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II). München/Heidelberg 1977, S. 569.

2 Vgl. nach wie vor Stefan Breuer: Anatomie der Konservativen Revolution. Darmstadt 1993. Bezüge Rathenaus zur „konservativen Revolution“ in der älteren Literatur etwa bei Karen Swassjan: Die deutsche konservative Revolution. Zur Geschichte eines Mißverständnisses. In: Jahrbuch zur konservativen Revolution 1994, S. 163–169, bes. S. 169.

3 Rathenau: Hauptwerke und Gespräche (wie Anm. 1), S. 334.

„Kulturschwelle um 1900“ heißen kann (1). In dieses Bezugsfeld ist Walther Rathenau mit seinem Bestseller „Von kommenden Dingen“ zu rücken, das Buch, das Ernst Schulin als „das einheitlichste und beste seiner Bücher“ hervorgehoben hat⁴ (2). Im Anschluss soll Ernst Schulins besonderer Blick auf Rathenau berücksichtigt werden (3). Als vergleichbare liberale Kulturkritiker lassen sich aus Rathenaus Umfeld insbesondere Max Weber und Ernst Troeltsch heranziehen (4). Generell muss es beim Typus „liberale Kulturkritik“ gezielt um Selbstkritik und Selbstkorrektur des Bürgertums in den Umbrüchen von 1918/1919 gehen, die Rathenau unsere „gegenwärtige Weltrevolution“⁵ nennt (5). Es folgt eine Schlussüberlegung zur Kritik der bürgerlichen Wertewelt (6).

1. Kulturkritik und Moderne

„Kulturkritik“ ist bereits ein zeitgenössischer Diskursbegriff. Ernst Troeltsch etwa verwandte ihn zur Charakterisierung von Schopenhauer und Nietzsche.⁶ Nur, wovon sprechen wir, wenn wir die ideenpolitischen Strömungen der Moderne als „Kulturkritik“ bezeichnen? In seiner „Geschichte der Kulturkritik“ von 2007 bietet Georg Bollenbeck ein tragfähiges Analyseraster. Kulturkritik dürfe nicht einfach als Kulturpessimismus im Sinne einer ästhetisierend verstimmten Abwendung von der Welt verstanden werden. Bollenbeck, und das bringt auch Rathenau prominent ins Spiel, begreift „Kulturkritik“ im gesteigerten Weltanschauungsbedarf um 1900 als einen komplexen „Reflexionsmodus der Moderne“. Definieren lasse sich der Begriff nur mit Unschärfe als „eine normativ aufgeladene Kritik am Zustand der eigenen Zeit, die diesen Zustand in eine Verlustgeschichte einordnet“.⁷ Nur am Rande sei bemerkt, dass das Interesse an „Verlustgeschichte“ inzwischen wieder hoch im Kurs steht. Der Kultursoziologe Andreas Reckwitz hat im Anschluss an seine viel beachtete Studie zur „Gesellschaft der Singularitäten“ eine „Soziologie des Verlusts“ in Angriff

4 Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. 2. Aufl. Göttingen 1992, S. 77.

5 Walther Rathenau: Der Kaiser (März 1919). In: Ders.: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1919. Hrsg. von Alexander Jaser/Wolfgang Michalka (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. III). Düsseldorf 2017, S. 750.

6 Vgl. Ernst Troeltsch: Der Historismus und seine Probleme. Hrsg. von Friedrich Wilhelm Graf in Zusammenarbeit mit Matthias Schloßberger. Berlin 2008, S. 330.

7 Georg Bollenbeck: Eine Geschichte der Kulturkritik. Von Rousseau bis Günther Anders. München 2007, S. 7–21, hier S. 12 f.

genommen, ausgehend von einer Selbstkritik seiner Fachdisziplin, die sich „im Kern mit dem Projekt der Moderne als Fortschrittsprozess“ zu sehr identifiziert habe.⁸

Kulturkritiker zeichnen sich durch ein ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein aus. Allerdings sei „Geschichte“, wie Bollenbeck gerade auch mit Blick auf Rathenau unterstreicht, eine bewusst unakademische Wissensform zum Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Kulturkritisches Denken sei „triadisch“ strukturiert. Es „hinterfragt den Fortschritt des eigenen Zeitalters, lehnt die eigene Gegenwart mit Blick auf die Opfer der Individuen ab und sucht nach Auswegen in der Zukunft“.⁹ Im deutschen Diskursfeld gilt Oswald Spengler hierfür als paradigmatisch.¹⁰

Rathenau erhält in Bollenbecks „Geschichte der Kulturkritik“ einen systematischen Ort, und zwar wegen seiner „Doppelstellung“ oder, wie es bei Martin Sabrow heißt, seiner „Doppelnatur“¹¹. Bollenbeck porträtiert Rathenau als „Fordist mit den kulturkritischen Bedenken eines Bildungsbürgers“ und markiert die geläufigen Dualismen, insbesondere die „zwei Reiche-Lehre“ zwischen dem Reich der Mechanisierung und dem Reich der Seele oder die Trennung zwischen technischer Zivilisation und geistiger Kultur.¹² In den Kontroversen um die Neuordnung Deutschlands und Europas nach dem Weltkrieg, die seit Anfang 1917 Fahrt aufnahmen, wurde Rathenau damit in vieler Hinsicht zum Stichwortgeber, befördert durch seine Erfolgsschrift „Von kommenden Dingen“.

2. Die Neuordnungsdebatten seit 1917

Wir wissen aus Ernst Schulins kritischer Edition der „kommenden Dinge“, dass gut ein Viertel des Buches, insbesondere die Kapitel „Zielsetzung“ und „Der Weg der Wirtschaft“, noch vor Kriegsausbruch 1914 geschrieben wurden. Die beiden großen Kapitel „Weg der Sitte“ und „Weg des Willens“

8 Andreas Reckwitz: Verlust und Moderne – Eine Kartierung. In: Merkur 76, Januar 2022, S. 5–21, hier S. 5 f.; zuvor ders.: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin 2017.

9 Bollenbeck: Geschichte der Kulturkritik (wie Anm. 7), S. 20.

10 Vgl. Heinz Dieter Kittsteiner: Oswald Spengler zwischen „Untergang des Abendlandes“ und „Preußischem Sozialismus“. In: Wolfgang Hardtwig/Erhard Schütz (Hrsg.): Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2005, S. 309–330.

11 Martin Sabrow: Walther Rathenau. In: Etienne François und Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 2. München 2001, S. 601–619, hier S. 606.

12 Bollenbeck: Geschichte der Kulturkritik (wie Anm. 7), S. 214 f.

verfasste Rathenau erst nach seinen Erfahrungen als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung. Bis kurz vor der Publikation hatte das Buch keinen Namen. Der Titel „Von kommenden Dingen“ wurde erst während der Fahrenkorrekturen festgelegt, als feststand, die Schrift werde im Februar 1917 erscheinen.¹³

Das Buch demonstriert in seinen widersprüchlichen Argumentationsmustern einerseits sehr plastisch Rathenaus „Doppelnatur“, sein Changieren zwischen „Kohlepreis und Seele“ (Robert Musil). Aber an entscheidenden Stellen lassen sich Denkmuster identifizieren, die zur Bekräftigung einer basisbürgerlichen Freiheitsidee dienen. Für die „menschliche Freiheit“ als oberste Zielbestimmung, vor dem Krieg fixiert, kann der folgende Satz als eine Schlüsselpassage des Buches gelten:

„Es handelt sich weder darum, die Ungleichheiten des menschlichen Schicksals und Anspruchs auszugleichen, noch alle Menschen unabhängig oder wohlhabend oder gleichberechtigt oder glücklich zu machen; es handelt sich darum, an die Stelle einer blinden und unüberwindlichen Institution die Selbstbestimmung und die Selbstverantwortung zu setzen, dem Menschen die Freiheit nicht aufzuzwingen, sondern ihm den Weg zur Freiheit zu öffnen.“¹⁴

In etwas freier Assoziation ließe sich von dieser Passage ein Bogen schlagen zu Ralf Dahrendorf, der in den 1970er Jahren dieses Problem unter der Kategorie der „Lebenschancen“ abgehandelt hat.¹⁵

Im Krieg verfolgte Rathenau diesen Strang allerdings nicht explizit weiter. Wir kennen seinen Denkweg mit den Erfahrungen der Rohstofforganisation vom freien Unternehmerkapitalismus zur staatsinterventionistischen Planungsrationaltät bzw. von der Konkurrenz- zur Gemeinwirtschaft. Was ihn für liberale Aneignungen offen hielt, das waren seine wohl von Hugo

13 Walther Rathenau: Von Kommenden Dingen, In: Ders.: Hauptwerke und Gespräche (wie Anm. 1), S. 297–497; zu den Erläuterungen des Herausgebers ebd., S. 555–595. In der Einleitung schreibt Rathenau über die Lehren der Geschichte: „Die Geschichte lehrt es tausendfach: mag eine Staatsform, eine öffentliche Ordnung noch so fest in klar gewollter geschichtlicher Entstehung verankert sein: es ergreift sie ein neuer Geist, die harmlose Form bleibt bestehen, und dem Historiker zum Trotz, dessen sakraler Bau dahinsinkt, füllt unter der Maske des Irrtums, der Mißdeutung, der Gewalt das innere Gesetz in die gereinigte Schale ein neues Leben“ (S. 307 f.). In der Sache entspricht diese nicht akademische Geschichtsdeutung durchaus dem, was Jacob Burckhardt in der Einleitung zu seiner Vorlesung, die seit 1905 unter dem Titel „Weltgeschichtliche Betrachtungen“ zu lesen war, schrieb: „Allein der Geist ist ein Wühler und arbeitet weiter [...] Staaten, Religionen, Culturen gründend und zerstörend“, zitiert nach Jacob Burckhardt: Weltgeschichtliche Betrachtungen. Mit einem Nachwort von Jürgen Osterhammel. München 2018, S. 14 f.

14 Rathenau: Hauptwerke und Gespräche (wie Anm. 1), S. 333.

15 Ralf Dahrendorf: Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie. Frankfurt a.M. 1979, hier insbesondere S. 38–63.

Preuß angeregten Ausführungen zum „Volksstaat“¹⁶ mit der Festigung parlamentarischer Institutionen und der Förderung konkurrierender Parteien. Ein Zitat über „das Leben der Parteien“, welches er stimulieren wollte, muss hier genügen:

„Neben dem Stammtischgast, dem Vergnügungs- und Berufspolitiker und Zeitungsleser müßte die ganze denkende und wirkende Intelligenz des Landes in Klubs und Vereinen, in Vortrags- und Wahlversammlungen sich zusammenfinden, um das Schicksal des Staates zu beraten; die stärksten politischen Kräfte des Volkes müßten in ständigem Austausch mit ihren Freunden und Mandanten bleiben, aus Kannegießerei und Personalkritik müßte Mitarbeit werden.“¹⁷

Rathenau zielte hier in seiner Sprache auf die rasonierende politische Öffentlichkeit, auch wenn er nicht einer deliberativen, sondern einer Elitendemokratie das Wort redete. Bemerkenswert ist, wie er dabei den Begriff „Auslese“ akzentuierte, und zwar einige Monate, bevor Max Weber in einer Artikelserie der Frankfurter Zeitung die „Auslese“ politischer Führer durch die Parlamente zu einer Leitkategorie der politischen Soziologie machte.¹⁸ Bei Rathenau heißt es sozusagen prä-weberianisch: „Die Auslese der traditionellen Verwaltungsfähigkeit genügt nicht; wir bedürfen der Auslese absoluter politischer Befähigung mit entschiedenem Hinblick auf die Forderung der Geschäftskunst im neuen Sinne.“¹⁹ „Geschäftskunst“ ist Rathenaus Kunstwort für „Politik als Beruf“.

Mit seiner Schrift wollte Rathenau offensichtlich den Reformdruck auf das „scheinkonstitutionelle“ (Max Weber) politische System des Kaiserreichs verstärken. Aber Rathenau wäre nicht Rathenau, wenn er seine politischen Ordnungsideen nicht noch einmal kulturkritisch überformen würde. Die Schlusssätze der „kommenden Dinge“ zielen nicht auf individuelle Freiheit, sondern auf „Einheit und Solidarität menschlicher Gemeinschaft“. In dem „unentrinnbaren Weltkampf der Mechanisierung“ gelte es, „den Willen zur Einheit“ zu stärken, letztlich durch die „intuitive Macht der schauenden Seele“.²⁰ Was Rathenau in diesem Kontext den „Weg der Sitte“ nennt,²¹ ist kulturanalytisch schwer zu übersetzen. Worauf er zielt,

16 Vgl. Hugo Preuß: Das deutsche Volk und die Politik. Jena 1915.

17 Rathenau: Hauptwerke und Gespräche (wie Anm. 1), S. 475.

18 Max Weber: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1917/1918). In: Max Weber: Zur Politik im Weltkrieg, Schriften und Reden 1914 – 1918. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Gangolf Hübinger. Tübingen 1984, S. 421–596, bes. S. 486–507, 536–552.

19 Rathenau: Hauptwerke und Gespräche (wie Anm. 1), S. 487.

20 Zitate ebd., S. 497, 496, 495.

21 Ebd., S. 382.

ist ein Mentalitätswandel der Deutschen als kulturelle Voraussetzung eines politischen Systemwandels.

Die kulturkritisch sensibilisierte Öffentlichkeit hat in ihrem „Hunger nach Ganzheit“ zur Abwehr der mechanisierten Moderne, wie es Peter Gay genannt hat,²² Rathenau jedenfalls so gelesen. „Von kommenden Dingen“ traf einen Nerv des anlaufenden Neuordnungsdiskurses zu Anfang des Jahres 1917. Das Buch wurde im S. Fischer-Verlag ein Bestseller mit 65.000 verkauften Exemplaren bis Juli 1918.

Die Rezeption setzte unmittelbar ein. Deutschlands führender Verleger kulturkritischer Literatur, Eugen Diederichs, organisierte für Mai 1917 eine Kulturtagung auf Burg Lauenstein zum Thema „Sinn und Aufgabe unserer Zeit“. Im Einladungsschreiben wurde Rathenaus „Von kommenden Dingen“ zur Vorbereitung empfohlen²³ und auf der Tagung selbst breit und kontrovers diskutiert. Rathenaus Aufruf zum „Kulturkampf“ gegen die global fortschreitende Mechanisierung bot den roten Faden, jedoch anders als von den Veranstaltern gewünscht. Die Lektüre vereinte nicht, sie polarisierte. Die eine Fraktion forderte eine „Politik der Geistigen“, strikt antiparlamentarisch und gegen den westlichen Kapitalismus gerichtet, dazu gehörte der Schriftsteller Wilhelm Vershofen unter direkter Berufung auf Rathenau. Die andere Fraktion sah sich zwar ebenfalls „auf absehbare Zeit der Mechanisierung verfallen, die sich in der durchaus starken Bürokratie einerseits, in einem wildwachsenden Kapitalismus andererseits offenbart“, so Max Weber als ihr Wortführer. Dagegen helfe jedoch nur, so spitzte es Weber zu, der Parlamentarismus als System der Führerauslese: „die bösen Hunde der materiellen Interessengruppen müssten aufeinandergehetzt werden; der Kampfplatz sei das Parlament“. Ein kurzes Tagungsprotokoll hat Webers konfliktliberale Gegenposition zur neoidealistischen Staatsverklärung festgehalten.²⁴ Der „Kulturverleger“ Eugen Diederichs selbst hätte sich im Rückblick mehr „Seele“ à la Rathenau und weniger Intellekt à la Max Weber gewünscht. Er wurde aber auch ausfällig gegen Rathenau mit der Bemerkung, „ein Arbeiter[dichter] wie Karl Bröger ist mir z.B. lieber

22 Peter Gay: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit 1918–1933. Frankfurt a.M. 1970, S. 99–137.

23 Einladung zu einer vertraulichen geschlossenen Besprechung über >Sinn und Aufgabe unserer Zeit< auf Burg Lauenstein, 29.–31. Mai 1917. In: Meike G. Werner (Hrsg.): Ein Gipfel für Morgen. Kontroversen 1917/18 um die Neuordnung Deutschlands auf Burg Lauenstein. Göttingen 2021, hier S. 273 f. Gedacht war die Zusammenkunft von etwa fünfzig Repräsentantinnen und Repräsentanten des Kulturlebens zur Bündelung ganzheitlicher Ideen, um die Neuordnung Deutschlands nach dem Krieg zu stimulieren.

24 Wolfgang Schumann: Pfingsttagung auf Burg Lauenstein, Juni 1917 [Protokoll]. In: Ebd., S. 277–283, hier S. 282, 279.

als ein Snob von der Art Walther Rathenaus, trotz dem ich auch für dessen Qualitäten durchaus offen bin“.²⁵

Was gelten als Rathenaus zeitkritische Qualitäten? Ernst Schulin bietet in seinem einschlägigen Rathenau-Buch „Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit“ eine Deutung, an die sich nach wie vor anknüpfen lässt.

3. Ernst Schulins „Rathenau“

Was Ernst Schulin an Rathenau so faszinierte, dass er als Begründer und Mitherausgeber viel Lebenszeit in dessen Gesamtausgabe investiert hat,²⁶ beschreibt er in seiner Rathenau-Biographie:

„Mit Hilfe damaliger Denkmuster versuchte er eine zusammenhängende geschichtliche Deutung, und vor allem: er nahm die veränderte Welt nicht einfach als gegeben hin, sondern bemühte sich, aus dem von ihm so genannten ‚Zeitalter der Mechanisierung‘ herauszufinden“.²⁷

Mit seinem historisch rückverweisenden Zukunftsdenken gehörte Rathenau für Schulin durchaus zu den Repräsentanten der „Arbeit an der Geschichte“, wie er sein Buch von 1997 genannt hat, in dem es hauptsächlich um historische Denker und mit Hannah Arendt um Denkerinnen geht, die außerhalb des fachhistorischen Diskurses stehen.²⁸ Rathenau, und damit trifft Schulin dessen kulturkritische Stoßrichtung exakter als Bollenbeck, fand öffentliche Resonanz durch seinen „extremen Neuidealismus“, in dessen Denkraum er „strenge Ausrichtung auf religiös-sittliche Ideale predigte, Einübung in das Erfahren höherer und höchster Lebenswerte jenseits aller Zwecke und Interessen“. Rathenau habe an „Moses, Christus, Paulus und Spinoza“ gedacht. „Ihre Lehre wollte er sozusagen freireligiös für die moderne Welt neu verkünden“, so Schulin über Rathenau.²⁹ Im kulturkritischen Spektrum vor und während des Krieges war das eine recht singuläre Position. Rathenau habe versucht, mit seinen Schriften Werner Sombart und Max Weber zu überbieten. Was Schulin besonders gereizt hat, ist ein

25 Eugen Diederichs an Max Weber, 5. Oktober 1917. In: Ebd., S. 314–316, hier S. 316.

26 Neben Rathenau: Hauptwerke und Gespräche (wie Anm. 1) von Schulin selbst herausgegeben; Walther Rathenau: Briefe 1871–1913 und Briefe 1914–1922. Düsseldorf 2006.

27 Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 11.

28 Ernst Schulin: Arbeit an der Geschichte. Etappen der Historisierung auf dem Weg zur Moderne. Frankfurt a.M. 1997; zu Schulins historiographischem Werk vgl. Gangolf Hübinger: Ernst Schulin – Arbeit an der Geschichte. In: Freiburger Universitätsblätter 22 (2018), S. 78–88.

29 Schulin: Rathenau (wie Anm. 4), S. 61 f.

Vergleich Rathenaus mit Max Weber.³⁰ Rathenau und Weber als Repräsentanten ihrer Zeit aufeinander zu beziehen, ist in der Tat aufschlussreich, sofern man kulturell rasonierende Wirtschaftsführer und begriffskritisch agonale Fachwissenschaftler überhaupt vergleichen kann.

Biographisch teilten beide eine Ausgrenzungserfahrung. Sie fanden im Krieg und unmittelbar danach nicht die politische Verwendung, die sie wünschten. Umso stärker wirkten sie auf dem publizistischen Markt als Zeitkritiker. Ausgangspunkt für alle politischen Ordnungsideen, elitendemokratische Ideen jeweils, war für beide die rasante Bevölkerungsentwicklung ihrer Epoche. Beide machten die Ambivalenzen der kapitalistischen Welt zu ihrem Gegenstand. Und beide arbeiteten auf die Überwindung der wilhelminischen Verfassung hin und auf eine innenpolitische Neuordnung zu, mit dem Ziel, einem selbstbewussten Bürgertum die nationale Machtstellung weltpolitisch und weltwirtschaftlich zu ermöglichen. Rathenau und Weber waren fast aufs Jahr Generationsgenossen. Beide arbeiteten sich an der generationellen Problemkonstellation der ersten industriellen Globalisierungsphase ab, die darin bestand, globalen Kapitalismus, souveränen Nationalstaat und pluralistische Massendemokratie in einem tragfähigen Ordnungskonzept zusammenzuführen. In welchem Habitus sie das taten, dazu lassen sich jedoch leicht entscheidende Divergenzen markieren.

Schulin konfrontiert Rathenaus Neigung zu „harmonisierender, synkretistischer Weltschau“³¹ mit Webers sezierendem Intellektualismus. Rathenaus Einsatz für „Gemeinwirtschaft“ und „Durchstaatlichung“ machte ihn zum Vordenker eines staatsinterventionistischen Konsensliberalismus. Webers Credo, wie auf Burg Lauenstein vorgetragen, die „materiellen Interessengruppen müßten aufeinandergehetzt werden“, machte ihn zum Vordenker eines antagonistischen Konfliktliberalismus.³² Bei Rathenau schwebt der „Geist“ ungebunden von allen institutionellen Verankerungen. Bei Weber bewirkt der „Geist“ nichts, wenn er nicht durch institutionelle Ordnungen gefestigt wird. Entsprechend sah Weber in Rathenau letztlich den Typus des „Literaten“.³³ Und Rathenau sah in Weber seine „lebensphilosophische Abneigung gegen Wissenschaft und Professorenweisheit“ bestätigt.³⁴

30 Ernst Schulin: Max Weber und Walther Rathenau. In: Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Schwentker (Hrsg.): Max Weber und seine Zeitgenossen. Göttingen 1988, S. 434–447.

31 Ebd., S. 446.

32 Ausführlicher Gangolf Hübinger: Max Weber. Stationen und Impulse einer intellektuellen Biographie. Tübingen 2019, S. 338–340.

33 Zum Literatentypus bei Weber vgl. ebd., S. 103–116.

34 Schulin: Weber und Rathenau (wie Anm. 30), S. 436.

Unbeschadet solcher Gegensätze fühlten sich beide der gleichen Opposition gegen wilhelminischen Zeitgeist, rechtskonservativen Autoritarismus sowie linkssozialistische Revolutionserwartung zugehörig. Sie schickten sich wechselseitig ihre Schriften, während Werner Sombart mit antisemitischen und antidemokratischen Positionen aus dem losen kommunikativen Netzwerk ausscherte.³⁵

4. Berliner Reformzirkel

Für das Netzwerk, das sich in den freien Berliner Reformzirkeln bildete und Ende 1918 insbesondere in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) institutionell festigte, greife ich nur einen Weggefährten Rathenaus heraus,³⁶ und zwar Ernst Troeltsch. Der Theologe, Geschichtsphilosoph und Politiker Ernst Troeltsch wechselte im April 1915 von Heidelberg an die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität und avancierte rasch zu einem der führenden Weltkriegspublizisten.³⁷ Im Spätherbst 1917 griff Troeltsch als Mitbegründer des reformorientierten „Volksbundes für Freiheit und Vaterland“ verstärkt in die Ideenkämpfe um Deutschlands Neuordnung nach Kriegsende ein. Rathenau trat dem „Volksbund“, einer Gegengründung zur nationalistischen „Deutschen Vaterlandspartei“, zwar nicht bei, Troeltsch und er trafen sich jedoch regelmäßig in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ oder in Hans Delbrücks privatem Gelehrtenzirkel, dem „Mittwochabend-Kreis“. Ihr Verhältnis war vertraut, obgleich sie in manchen Zeitfragen unterschiedlich urteilten. Unter dem Schock des Rathenau-Mordes bekannte Troeltsch in seiner *Spectator*-Kolumne im August 1922: „Ich war mit Rathenau nahe befreundet“. In der „Deutschen Gesellschaft 1914“ hielt er eine ergreifende Trauerrede unter dem Titel: „Dem ermordeten Freunde“.³⁸

35 Vgl. etwa Sombarts Brief an Ferdinand Tönnies vom 13. Juli 1919 über die neue „Zeit der Banausenwirtschaft“, in der man „gegen alle Verflachung + Popularisierung der Bildung ankämpfen“ müsse. Abgedruckt in Werner Sombart: *Briefe eines Intellektuellen 1886–1937*. Hrsg. von Thomas Kroll/Friedrich Lenger/Michael Schellenberger. Berlin 2019, S. 433 f.

36 Als weiterer Weggefährte ließe sich Robert Bosch heranziehen, vgl. Peter Theiner: *Robert Bosch. Unternehmer im Zeitalter der Extreme*. München 2017, bes. S. 169–172.

37 Inzwischen liegt als maßgebliche Biographie zu Troeltsch vor: Friedrich Wilhelm Graf: *Ernst Troeltsch. Theologe im Welthorizont*. München 2022; speziell zur Politik im Weltkrieg Robert E. Norton: *The Crucible of German Democracy*. Tübingen 2021.

38 Abgedruckt in Ernst Troeltsch: *Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918–1923)*. Hrsg. von Gangolf Hübinger in Zusammenarbeit mit Johannes Mikuteit. Berlin 2002, zusammen mit einem ausführlichen „Editorischen Bericht“ zur Beziehung zwischen Rathenau und Troeltsch, S. 457–475; vgl. auch Graf: *Troeltsch* (wie Anm. 37), S. 494–497.

Wenn es eine intellektuelle Freundschaft war, so handelte es sich hinsichtlich der unterschiedlichen Gegenwartsdiagnostik um eine Freundschaft mit kritischen Untertönen. Nur zwei Begegnungen seien hier näher betrachtet. Zuerst ein literarischer Begegnungsort, der Rezensionsmarkt zu „Von kommenden Dingen“. Troeltsch schrieb eine ausführliche und kritische Besprechung für die Vossische Zeitung. Er nannte Rathenau auf dem umkämpften Feld der Neuordnungsdebatten einen „anregenden und geistig unabhängigen Dilettanten“, den seine „soziale Organisation der Freiheit“ als Ziel des Buches „tief ins religiöse Gebiet“ hineinführe.³⁹ Troeltsch erkannte in Rathenau einerseits einen wahlverwandten Synthesedenker, konzentriert auf eine „Freiheit, die die Synthese eines hochgesteigerten Staatssozialismus mit einem geistig-schöpferischen Individualismus der sittlichen Persönlichkeit“ verbinde. Er bezweifelte jedoch, dass sich „nur durch einen Umschwung der sittlichen Gesinnung“ politische Reformen erzielen ließen. „Eine gerechte, sozial denkende Monarchie, ein tüchtiges Beamtentum und eine zweckmäßige Auslese der sich anbietenden Talente, das ist [ihm] die Hauptsache. Wahlrecht usw. sind Nebensache“⁴⁰, so lautete Troeltschs Kritik. Für einen Ideenhistoriker wie Troeltsch ist das eine erstaunliche Berufung auf die soziale Gestaltungskraft von Institutionen, die er bei Rathenau vermisste.

Erhebliche Folgen hatte eine zweite Begegnung, die eine Woche nach Ausbruch der Revolution am 16. November 1918 im Sitzungssaal des Berliner Aero-Clubs stattfand. Walther Rathenau hatte für diesen Tag zu einer Versammlung eingeladen, aus der als „Sprachrohr des Bürgertums“ ein parteiübergreifender „Demokratischer Volksbund“ hervorgehen sollte.⁴¹ Am Vorstandstisch saßen neben Rathenau selbst Ernst Troeltsch und Friedrich Naumann. Diskutiert wurde Rathenaus Idee, mit einem solchen Volksbund in revolutionärer Situation das Bürgertum besser als durch Parteien politisch zusammenzuführen. „Dieses Bürgertum aber, wenn wir es so nennen dürfen, muß sich sammeln und vereinigen“, dagegen sei eine Partei „das Sinnbild des Trennenden“, so Rathenau in seiner Eröffnungsrede. Die Re-

39 Ernst Troeltsch: Idealstaat oder Notstaat? Walther Rathenau: Von kommenden Dingen (1917), (Vossische Zeitung vom 15. April 1917). In: Ernst Troeltsch: Rezensionen und Kritiken (1915–1923). Hrsg. von Friedrich Wilhelm Graf in Zusammenarbeit mit Diana Fefl, Harald Haury und Alexander Seelos. Berlin 2010, S. 259–266, hier S. 261.

40 Ebd., S. 264.

41 Vgl. mit einer editorischen Vorbemerkung und ausführlichen Kommentaren durch die Herausgeber Rathenau: Rede zu der Versammlung zur Schaffung eines demokratischen Volksbundes am 16. XI. 18. In: Ders.: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1919 (wie Anm. 5), S. 523–559, hier S. 524.

de schloss mit einem Appell an die für ihn notwendige Voraussetzung einer parlamentarischen Verfassungsordnung, an die „sittliche und geistige Macht des schaffenden Landes, des geistigen, werktätigen, des wirklichen Bürgertums“.⁴²

Direkt darauf antwortete Troeltsch und konkretisierte einige Programmpunkte, insbesondere zum Aufbau der Demokratie als sozialer Demokratie:

„Unsere alte Gesellschaft ist aufgelöst und wird sich immer mehr auflösen. Dann aber ist die Demokratie, die vom Bürgertum getragen werden soll, verpflichtet und genötigt, durch die einfache innerste Notwendigkeit in nachdrücklichstem Maße soziale Forderungen und soziale Neuordnungen in ihr Programm aufzunehmen.“

Zusätzlich zur Gestaltung der bürgerlichen Demokratie „mit einer ganz starken sozialen Idee mit sozialen Grundsätzen“ votierte Troeltsch für ein „endgültiges Ende des Militärstaates mit der Folge der Unmöglichkeit einer Restauration durch Militär“, für die „Anerkennung und Unterstützung der gegenwärtigen Ordnung und Regierung“ und in der Hauptsache für die „Anerkennung des politisch-demokratischen Majoritätsprinzips und eine entsprechend aufgebaute Nationalversammlung“.⁴³ Situationsbedingt unterstützte Troeltsch damit Rathenaus Ziele, brachte jedoch nur drei Tage später Rathenau von der Idee einer überparteilichen Sammlungsbewegung ab: „Sie haben mit Instinkt und Grundgesinnung recht. Aber ein solcher Bund würde trotz allem eine verwirrende Konkurrenz bedeuten neben den politischen Konsolidationen.“⁴⁴

Troeltsch zog hier Konsequenzen aus dem Aufruf zur Gründung der „Deutschen Demokratischen Partei“, der auf Initiative von Theodor Wolff und Alfred Weber am gleichen Tag, an dem Rathenaus Versammlung zur Gründung des „Demokratischen Volksbundes“ stattfand, im Berliner Tageblatt erschien.⁴⁵ Dieser Aufruf zu einer liberalen Parteigründung warb um die gleichen bürgerlichen Schichten, an die sich auch Rathenau gewandt hatte. Kurzzeitig schien es so, als würde das deutsche Bürgertum seine Vorbehalte gegen Parteien als Träger der neuen massendemokratischen Politik endgültig überwinden. Auch Rathenau machte sich nicht zuletzt in Abstimmung mit Troeltsch diese Position zu eigen und schloss sich später der DDP an. Die von Rathenau wie von Troeltsch erhoffte parteipolitische Sammlung des Bürgertums kam jedoch nicht zu Stande. Schon am 15. De-

42 Ebd., S. 528, 531 f.

43 Alle Zitate ebd., S. 540 f.

44 Ernst Troeltsch an Walther Rathenau vom 19. November 1918. In: Ebd., S. 559 f.

45 Vgl. Graf: Troeltsch (wie Anm. 37), S. 501.

zember wurde die konkurrierende „Deutsche Volkspartei“ gegründet, mit Gustav Stresemann an ihrer Spitze. Das Bürgertum war wie schon im Kaiserreich erneut durch die „Unvereinbarkeit der politischen Ziele und gesellschaftlichen Leitvorstellungen seiner demokratischen und seiner nationalen Richtung“ gespalten.⁴⁶ Die Gräben vertieften sich in den wenigen und stets von Bürgerkrieg begleiteten Jahren bis zu Rathenaus Ermordung am 24. Juni 1922 und Troeltschs Tod am 1. Februar 1923.

Mehr Aufmerksamkeit als bisher verdient eine semantische Untersuchung zum Bürgerbegriff in dieser revolutionären Umbruchphase. Der einschlägige Artikel „Bürger“ in den „Geschichtlichen Grundbegriffen“ widmet dieser „Zeitenwende“ nur einen knappen Ausblick mit dem Befund, „der Begriff ‚Bürger‘ wurde zwischen den ideologischen Fronten der bürgerkriegsähnlichen Situation zerrieben.“⁴⁷ Das deckt sich mit der sachlichen Beobachtung, wie sie Ernst Troeltsch angesichts der sozialen Konfliktverschärfungen vornahm. Koalitionen zwischen Großindustrie und Arbeiterschaft über den Kopf eines „freien, geistig lebendigen und unabhängigen Bürgertum[s]“ hinweg hielt Troeltsch für eine Gefährdung der Demokratie: „Das Bürgertum hat diese neue Gefahr kaum sehen wollen oder in ihr geradezu seine Hoffnung auf Rettung erblickt. Es könnte zwischen Lohnsozialismus und Unternehmerkapitalismus aber vielleicht erdrückt werden.“⁴⁸ In den Augen von Troeltsch bedurfte die Stabilisierung der Demokratie im Reich und in den Ländern primär der Legitimation durch ein „geistig lebendiges“ Bürgertum. Worauf zielte eine solche, auch von Walther Rathenau und Max Weber prinzipiell geteilte Erwartung, und wie haben Rathenau und mit ihm Weber und Troeltsch in ihrer politischen Publizistik das Bürgertum angesprochen? Kritisch attackierend und zugleich erwartungsvoll appellierend? Damit komme ich zurück zu meiner Ausgangsfrage: Geben die skizzierten Reformdiskurse seit 1917 einen liberalen Typus kulturkritischer Zeitdiagnostik zu erkennen?

46 Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Stuttgart 2008, S. 87 f.

47 Manfred Riedel: Bürger. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1. Stuttgart 1972, S. 672–725, hier S. 724.

48 Ernst Troeltsch: Die neue Katastrophe und die Stellung des Bürgertums zur Republik (Dezember 1921). In: Ernst Troeltsch: Spectator-Briefe und Berliner Briefe (1919–1922). Hrsg. von Gangolf Hübinger in Zusammenarbeit mit Nikolai Wehrs. Berlin 2015, S. 477.

5. Was heißt liberale Kulturkritik?

Zwei Kriterien können als zentral gelten, um liberale sowohl von konservativ-revolutionärer Kulturkritik typologisch zu unterscheiden, als auch um den Gegensatz zu sozialistisch-kommunistischer Gesellschaftskritik zu markieren. Konservative Kulturkritik bekam seit der Novemberrevolution mit Wucht eine antibürgerliche Stoßrichtung. Viele Linien liefen auf einen heroisierten Typus des „Arbeiters“ zu, wie 1932 bei Ernst Jünger.⁴⁹ Schon 1920 befand Oswald Spengler: „Jeder echte Franzose war und ist heute noch Bürger. Jeder echte Deutsche ist Arbeiter. Das gehört zum Stil seines Lebens.“⁵⁰ Für die marxistische Sicht auf die moderne Gesellschaftsentwicklung wiederum blieb auch nach 1918 das Koalitionsverbot zwischen bürgerlichen und sozialistischen Parteien bestehen: „Keine Teilung der Macht mit der Bourgeoisie“, denn „die bürgerliche Demokratie verwirklichte sich als die brutalste Säbelherrschaft, die Deutschland je erlebt.“⁵¹

Dem hielten liberale Kulturkritiker ihre dringlichen Aufforderungen zur Revitalisierung bürgerlicher „Ordnungsorientierung“⁵² entgegen. Was Not tue, sei kluge Selbstkritik und rasche Selbstkorrektur gegenüber dem kaiserzeitlichen Obrigkeits- und Sekuritätsdenken. Kritisch ist eine solche Aufforderung zu mehr bürgerlicher Eigenverantwortung, weil Zeitdiagnostiker wie Weber, Troeltsch oder Rathenau das schleichende Ende des bürgerlichen Zeitalters immer mit artikulierten. Sie verfolgten den materiellen Niedergang der bürgerlichen Standesexistenz ebenso wie die Erosionen des bürgerlichen „Wertelehms“⁵³. Gleichwohl beharrten sie auf dem „Bürger“ als Leitfigur politischer und kultureller Vergesellschaftung der neuen Demokratie.⁵⁴ Wir finden in den Neuordnungsdebatten von 1917 bis 1919 eine erstaunliche Konjunktur der Bürgersemantik, zu der Weber, Troeltsch und Rathenau Entscheidendes beitrugen.

49 Ernst Jünger: *Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt*. Stuttgart 1981 (Erstausgabe 1932).

50 Oswald Spengler: *Preußentum und Sozialismus*. München 1920, S. 10 f.

51 Hier zitiert nach *Die Rote Fahne*, Nr. 66, 1. Mai 1920, Artikel „Zum 1. Mai!“. Als Sprachbild aufschlussreich ist allerdings auch, dass das von Rosa Luxemburg verfasste „Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands, angenommen am 31. Dezember 1918 auf dem Gründungsparteitag der KPD“, von „sozialistischen Bürgertugenden“ sprach, hier zitiert nach Rosa Luxemburg: *Politische Schriften*. Leipzig 1970, S. 417.

52 Werner Plumpe: *Den Boden verloren! Die multiple Krise des bürgerlichen Lebens im Zeitalter des Ersten Weltkrieges*. In: Manfred Hettling/Richard Pohle (Hrsg.): *Bürgertum. Bilanzen, Perspektiven, Begriffe*. Göttingen 2019, S. 205–235, hier S. 228.

53 Vgl. Manfred Hettling/Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.): *Der bürgerliche Wertelehms*. Innenansichten des 19. Jahrhunderts. Göttingen 2000.

54 Manfred Hettling: *Bürgertum als kulturelle Vergesellschaftung*. In: Hettling/Pohle: *Bürgertum* (wie Anm. 52), S. 9–33.

In seiner Rathenau-Biographie erklärt Lothar Gall die drei zu führenden Repräsentanten und „Wortführern“ einer aufstrebenden gesellschaftlichen Formation, die er „neues Bürgertum“ nennt.⁵⁵ In zwei einführenden Kapiteln grenzt Gall eine als „neu“ angesprochene bürgerliche Aufbruchsbewegung um 1900 mit ihren sozialen und politischen Reformprogrammen, aber mehr noch mit ihrem kulturellen Avantgardebewusstsein, von der älteren bürgerlichen Lebenswelt des 19. Jahrhunderts ab. Ausschlaggebend seien die mehrfachen Pluralisierungsprozesse im Zuge der dynamischen Industrieentwicklung des letzten Jahrhundertdrittels. Die Kerngruppe aus Angestellten, mittleren und höheren Staats- und Kommunalbeamten sowie akademisch gebildeter Intelligenz wird auf etwa drei Millionen Personen geschätzt.⁵⁶ Gefördert von immer mehr Vereinen, Theatern, Museen, Galerien und einer vielstimmigen Presse, fand das „neue Bürgertum“ zu „durchaus eigenen Wert-, Lebens- und Zukunftsvorstellungen“.⁵⁷ Wichtiger als das Merkmal der wirtschaftlichen, materiellen Selbständigkeit wurde für die „neuen Bürger“ die „geistige Selbständigkeit und Unabhängigkeit“.⁵⁸ In eine Schlüsselstellung rückten folgerichtig die „Gebildeten“,⁵⁹ von Gall mit folgender These sehr hoch bewertet:

„Ein erheblicher Teil des Bildungsbürgertums wurde auf diesem Wege mit der Leitidee des ‚gebildeten Menschen‘ zum Führer der innerbürgerlichen Opposition und zugleich zum Wortführer eines neuen bürgerlichen Aufbruchs“.⁶⁰

Um Rathenau als einen der Wortführer der innerbürgerlichen Opposition geht es Gall, wenn er dessen Profil als innerbürgerlicher Kulturkritiker herausarbeitet und für diesen Typus bürgerlicher Selbstkritik Max Weber zum „Hauptwortführer“ erklärt.⁶¹ In unserem Zusammenhang ist deshalb

55 Lothar Gall: Walther Rathenau. Porträt einer Epoche. München 2009, S. 36.

56 Ebd., S. 13.

57 Ebd., S. 13 f.

58 Ebd., S. 24.

59 Vgl. ausführlich Ulrich Engelhardt: „Bildungsbürgertum“. Begriffs- und Dogmengeschichte eines Etiketts. Stuttgart 1986.

60 Gall: Rathenau (wie Anm. 55), S. 22. Vgl. soziologisch differenzierter, von Gall im Literaturverzeichnis nicht berücksichtigt, M. Rainer Lepsius: Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987, S. 79–100, bes. S. 95: „Aus dem Bürgertum rekrutieren sich die eigenen Kritiker, die Intellektuellen der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Gegenbewegungen zur bürgerlichen Gesellschaft. Die Fortbildung der Idee der Bürgerlichen Gesellschaft in die Staatsbürgergesellschaft und den Wohlfahrtsstaat führt im Ergebnis zur Auflösung der Sonderformation des Bürgertums.“

61 Zu Max Weber vgl. Gall: Rathenau (wie Anm. 55), S. 42 f. mit dem Zusatz: „Und genau diesen Weg ist ein Mann wie Walther Rathenau dann praktisch gegangen.“ Zu den Differenzen zwischen beiden vgl. oben, Abschnitt 3, mit der Analyse von Ernst Schulin.

zu prüfen, wie sich die exemplarisch genannten Weber, Rathenau und Troeltsch als Protagonisten des „neuen Bürgertums“ in den Ideenkämpfen bei Kriegsende und in der Gründungsphase der Weimarer Republik bewährten.

Das führt zum zweiten Kriterium, um den Typus liberaler Kulturkritik zu bestimmen. Georg Bollenbeck macht in seiner Geschichte der Kulturkritik die Transformation von „kulturkritischer Universalkritik“ in eine „ubiquitäre Partialkritik“ aus.⁶² Er konstatiert einen solchen Gestaltwandel von generalisierender Geschichtsphilosophie in eine spezifizierte und segmentierte Modernekritik aber erst für die Zeit nach 1945. Anhand der „intellektuellen Diagnosen und Aufbrüche“⁶³ um 1918 lässt sich jedoch veranschaulichen, wie aus der Mitte des „neuen Bürgertums“ heraus liberale Intellektuelle diese Transformation vorangetrieben haben, wenngleich nur für eine kurze Zeitspanne, die sich mit Troeltschs Tod zu Beginn des extremen Krisenjahres 1923 symbolisch kennzeichnen lässt.

Den scharfen Ton gab Max Weber vor, der seine geschichtsphilosophisch getönte Allgemeinkritik der „mechanisierte[n] Versteinierung“ der modernen „Fachmenschen ohne Geist, Genußmenschen ohne Herz“⁶⁴ in öffentlichen Reden und einer viel beachteten Artikelserie über „Deutschlands künftige Staatsform“ konkretisierte. Die „Geborgenheit im obrigkeitlichen Schutz“ und der „feige Wille zur Ohnmacht“ finde in der neuen Republik sein Ende, wenn „der Regenschirm des Gottesgnadentums, der über [den bürgerlichen] Gottesgnadenportemonnaies ausgespannt war, zugeklappt ist“.⁶⁵ Im gleichen Atemzug forderte Weber dann aber, „das Bürgertum wird man rufen müssen“, denn für den Aufbau einer demokratischen Republik hat das Bürgertum, „auf seine eigene Kraft und Leistung gestellt, wie die Arbeiterschaft es längst war [...], seine Unentbehrlichkeit und Eigenbedeutung nicht zu scheuen“.⁶⁶

Nach diesem Muster argumentierte im Prinzip auch Rathenau und zielte prinzipiell in die gleiche Richtung. Schon 1912 in „Zur Kritik der Zeit“ und

62 Bollenbeck: Kulturkritik (wie Anm. 7), S. 273.

63 Die Wendung bei Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923. München 2018, S. 622–645.

64 Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus. Schriften 1904–1920. Hrsg. von Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Ursula Bube. Tübingen 2016, S. 488.

65 Max Weber: Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918–1920. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Wolfgang Schwentker. Tübingen 1988, S. 106 f., 467.

66 Ebd., S. 107.

dort im Kapitel „Mechanisierung und Gesellschaft“ wurde dezidiert, wenn auch sehr allgemein, ein neues Bürgertum eingefordert:

„Von der ideenbildenden Fähigkeit des deutschen bürgerlichen Intellektualismus aber hängt es ab, ob und wann er berufen ist, die Verantwortung für das kulturelle und politische Leben zu übernehmen, die ihm nach dem Lauf der mechanischen Entwicklung beschieden ist.“⁶⁷

Mit dem Ende des Weltkrieges sah Rathenau die Situation gekommen, das Bürgertum konkret in die Pflicht zu nehmen. Sein Essay „Der Kaiser“ von 1919 fand messerscharfe Formulierungen:

„Die geistige Verräterei des Großbürgertums, das seine Abkunft und Verantwortung verleugnete, das um den Preis des Reserveleutnants, des Korpsstudenten, des Regierungsassessors, des Adelsprädikats, des Herrenhaussitzes und des Kommerzienrats die Quellen der Demokratie nicht nur verstopfte, sondern vergiftete, das feil, feig und feist durch sein Werkzeug, die nationalliberale Partei, das Schicksal Deutschlands zugunsten der Reaktion entscheiden ließ: diese Verrätere hat Deutschland zerstört und uns vor allen Völkern verächtlich gemacht.“⁶⁸

Das war nicht länger Universalkritik an der bürgerlichen Lebenswelt, sondern Partialkritik zur politischen Reanimierung bürgerlicher Tugenden, ganz wie bei Weber, denn das Bürgertum von 1918 „darf nicht abseits stehen“, es „muß sich sammeln und vereinigen“.⁶⁹ Rathenau experimentierte mit den Ideen von 1789 und schrieb sie um zu Ideen von 1919: „Wir können uns nicht zufriedengeben mit dem liberalen und individualistischen Gedankeninhalt des akquisitorischen, kapitalistischen, mechanisierten und plutokratischen neunzehnten Jahrhunderts, des Jahrhunderts der großen Bourgeoisie.“ Die alte „Trias der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ müsse transformiert werden in den neuen „Dreiklang der Freiheit, Verantwortung und Gemeinschaft“.⁷⁰

Die Vorschläge zu einer solchen Transformation, in hektischer Folge 1919 in der „neuen Wirtschaft“, zum „neuen Staat“ und zur „neuen Gesellschaft“ publiziert,⁷¹ gerieten Rathenau jedoch zu unsystematisch, sprung-

67 Rathenau: Zur Kritik der Zeit. In: Ders.: Hauptwerke und Gespräche (wie Anm. 1), S. 61.

68 Rathenau: Der Kaiser (Ende März 1919). In: Ders.: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1919 (wie Anm. 5), S. 718–757, hier S. 722.

69 Rathenau: Rede zur Schaffung eines demokratischen Volksbundes. In: Ebd., S. 527 f.

70 Rathenau: Demokratische Entwicklung. Vortrag im Demokratischen Klub zu Berlin, 28. Juni 1920. Hier zitiert nach Walther Rathenau: Schriften und Reden. Auswahl und Nachwort von Hans Werner Richter. Frankfurt a.M. 1986, S. 359–377, Zitate S. 377.

71 Demnächst in Walther Rathenau: Schriften der Weimarer Zeit. 1919–1922. Hrsg. von Martin Sabrow und Edgar Büttner. Bearbeitet von Christiane Scheidemann (Dokument und Publi-

haft und widersprüchlich, um in den bürgerlichen Kreisen eine gemeinsame und gebündelte Aufbruchsstimmung zu erzeugen. Das betraf das Verhältnis von Privateigentum zu staatlich intensivierter Planungsmacht ebenso wie die Spannungen zwischen dem Konkurrenzgedanken des Parlamentarismus und dem Wunsch nach einem homogenen „Volksstaat“.⁷² Ob sich Rathenau dessen hinreichend bewusst war, wenn er sich über mangelnde Akzeptanz und Gefolgschaft beklagte, ist fraglich:

„Durch meine wirtschaftlichen Schriften habe ich mir den Haß des Bürgertums erworben; ich habe das als selbstverständlich hingenommen. Der neuen Regierung habe ich mich zur Verfügung gestellt; sie bedarf meiner jedoch nicht. Die Sozialdemokratie bezeugt mir ihr Mißtrauen, wo sie kann, obgleich ich auf bürgerlicher Seite einer der wenigen war, die das alte System vernichten halfen.“⁷³

Rathenaus Freund Ernst Troeltsch verfolgte die gleichen Ziele einer Bündelung aller bürgerlichen Reformkräfte im Schulterschluss mit der parlamentarisch orientierten Sozialdemokratie. In seinen manchmal wöchentlich erscheinenden Artikeln appellierte er an alle bürgerlichen Schichten, jetzt, wo mit dem demokratischen Verfassungsstaat ihr Hauptziel erreicht sei, die aus dem Kaiserreich überkommenen Vorbehalte abzustreifen und die neue Verfassungsordnung politisch-ethisch zu legitimieren. Die Zukunft der Demokratie sei an die bürgerlichen Bildungsschichten gebunden: „Nur durch eine starke, gerade die Intellektuellen und das Bürgertum mit vertretende Mitte wird auf absehbare Zeit eine weitere Förderung von Ordnung und Zusammenhalt möglich sein.“⁷⁴ Als versierter Ideenhistoriker verband Troeltsch solche Appelle mit einer prägnanten Kritik der antibürgerlichen Kulturkritik, wie er sie in den Berliner Salons vorfand:

„[M]an kombiniert Marx, Anarchismus, Kommunismus und den unvermeidlichen Nietzsche. Durch den Kommunismus und die Zerschlagung der ganzen bisherigen Ordnung hindurch zum Übermenschentum *aller* Menschen, zur Vernichtung der bürgerlichen Moral: das ist die Lösung.“⁷⁵

kationen) und Alexander Jaser (Amtliche Briefe und Sozialisierungskommission). Voraussichtlich Düsseldorf 2023.

72 Vgl. Gall: Rathenau (wie Anm. 55), S. 214–217.

73 Brief an Kurt Brodowski, vom 16. Dezember 1918. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 26), S. 2057.

74 Ernst Troeltsch: Die Wahlpflicht der Intellektuellen (Februar 2021). In: Ders.: Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918–1923) (wie Anm. 38), S. 419–425, hier S. 425.

75 Ernst Troeltsch: Links und Rechts (März 1919). In: Ders.: Spectator-Briefe und Berliner Briefe (1919–1922) (wie Anm. 48), S. 72–78, hier S. 74.

Statt die Demokratie zu befördern, sah Troeltsch jedoch ähnlich wie Rathenau im Verlauf des Jahres 1921 das „gebildete“ deutsche Bürgertum“ auf dem kontinuierlichen Weg nach rechts und verzeichnete als Indikator den zunehmenden Antisemitismus. Das Bürgertum „erfand sich die Juden als Prügelknaben für alles“⁷⁶ – eingerahmt in eine „romantisch-germanische Geschichtsauffassung und Verwertung, die man heute ‚völkisch‘ nennt“ und die „fast eine Klassenideologie des in seiner Existenz bedrohten Bürgertums geworden“ sei.⁷⁷

Rathenaus Ermordung am 24. Juni 1922 verstörte Troeltsch zutiefst und geriet ihm zum Geschichtszeichen für die vergebliche Mühe, die neue bürgerliche „Mittelbildung“ zu stärken und das Bürgertum durch „ubiquitäre Partialkritik“⁷⁸ an dessen Sehnsucht nach wilhelminischer Geborgenheit für die liberalen Kulturwerte einer pluralisierten Moderne zu mobilisieren. In Rathenau würdigte Troeltsch den Wahlverwandten eines kulturellen Synthesedenkens, „kompliziert, modern, großstädtisch“. Rathenau

„wollte Geschäft und Finanz vergeistigen und ethisieren, indem er es nicht bloß auf den nächsten Zweck der Gütersteigerung, sondern auf die geistige und moralische Gesamtlage unseres Volkes, ja der Kulturwelt bezog, und er wollte Denken und Geist nicht im luftleeren Raume der bloßen Wissenschaft oder Journalistik spielen lassen, sondern zur geistigen Erneuerung und Gesundung unserer, wie er wohl wußte, gefährlichen wirtschaftlichen und sozialen Weltlage verwenden.“

Rathenaus kulturkritische Interventionen „gipfelten ganz naturgemäß in einem neuen Ideal gesellschaftlicher Ordnung“, getrieben von der „Lust am überschnellen Konstruieren“. Darin sei er der „feinste und vielseitigste sozialidealistische Denker Deutschlands gewesen“.⁷⁹

Troeltschs liberale Kritik an der bürgerlichen „Sehnsucht nach Ganzheit“ und den bleibenden Ressentiments gegenüber der demokratischen Neuordnung in Deutschland trug selbst sozialidealistische Züge, wenngleich nicht in Entwürfen zu einer „neuen Gesellschaft“ durchkonstruiert, sondern in „europäischen Kultursynthesen“ von Geschichte und Gegenwart, deutschen und englischen Modernisierungspfaden, weltwirtschaftlichen

76 Ernst Troeltsch: Die neue Katastrophe und die Stellung des Bürgertums zur Republik (Dezember 1921). In: Ders.: Spectator-Briefe und Berliner Briefe (1919–1922) (wie Anm. 48), S. 467–478, hier S. 475 f.

77 Ernst Troeltsch: Die Krisis des Historismus (Juni 1922). In: Ders.: Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918–1923) (wie Anm. 38), S. 437–455, hier S. 452.

78 Zu dieser Transformation der Kulturkritik vgl. oben mit Bollenbeck: Geschichte der Kulturkritik (wie Anm. 7), S. 273.

79 Ernst Troeltsch: Dem ermordeten Freunde (August 1922). In: Ders.: Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918–1923) (wie Anm. 38), S. 457–475, alle Zitate S. 469 f.

Verflechtungen und nationalen Eigeninteressen ausbalanciert. Troeltschs großer Essay „Die Krisis des Historismus“, im Juni 1922 im gleichen Verlag von S. Fischer wie Rathenaus Schriften erschienen,⁸⁰ lässt sich in diesem Denken in „Kultursynthesen“⁸¹ als eine Variante liberaler Kulturkritik bis heute mit Gewinn lesen.

6. Schlussüberlegung zur bürgerlichen Wertewelt

Was charakterisiert die Denkmuster liberaler Kulturkritik? Im Gegensatz zu konservativ-revolutionärer Kulturkritik oder sozialistisch-kommunistischer Gesellschaftskritik zielten Liberale in den Neuordnungsdebatten seit 1917 nicht auf Überwindung, sondern auf Selbstkritik und Selbsterneuerung des Bürgertums. Ganz generell hat die Bürgertumsforschung vier Ebenen bürgerlicher Wertvorstellungen und Handlungsorientierungen unterschieden. Bürgerliche Lebensweise prämierte das Privateigentum im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, bevorzugte konstitutionelle Verfassungsinstitutionen zur Sicherung individueller Freiheitsräume, förderte professionell bürokratisierte Kommunal- und Staatsverwaltungen und sah in allgemeiner Bildung, beruflich qualifizierter Ausbildung und akademischer Fachschulung die notwendige Grundlage für Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt.⁸²

Walther Rathenaus Epoche zeichnete sich einerseits durch mangelnde Ordnungsorientierung, zweifelnde Sinnsuche oder schlicht passives Obrigkeitendenken weiter bürgerlicher Kreise aus. Hinzu kamen kriegsbedingt die hohen materiellen Verluste.⁸³ Andererseits führten signifikante innerbürgerliche Fraktionierungen zu energischen Reformanstrengungen, die Lothar Gall von einem „neuen Bürgertum“ haben sprechen lassen und

80 Vgl. zur Stoßrichtung der Bürgerkritik Ernst Troeltsch: Die Krisis des Historismus (Erstdruck in Die Neue Rundschau 33/1922, S. 572–590), hier zitiert nach ders.: Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918–1923) (wie Anm. 38), S. 452 f.: „Das Bürgertum kann sich nicht auf die Dauer grundsätzlich isolieren. Die uns von allen Seiten aufgedrängte weltpolitische Neuorientierung wird zu historischer Besinnung und humanem Universalismus zurückführen.“

81 Mit einem Bezug zu Rathenau vgl. Troeltsch: Über den Aufbau der europäischen Kulturgeschichte. In: Ders.: Der Historismus und seine Probleme (wie Anm. 6), S. 1085. Zu Troeltschs bürgerkritischem Synthesedenken vgl. demnächst ausführlicher Gangolf Hübinger: Die Verflechtung von Demokratie-, Europa- und Geschichtsdiskurs in Troeltschs Spätwerk. Berlin, erscheint voraussichtlich 2024.

82 Bündig zusammengeführt bei Lepsius: Soziologie des Bürgertums (wie Anm. 60), S. 91–96.

83 Vgl. Plümpe: Den Boden verloren (wie Anm. 52), S. 228.

als deren Repräsentanten er Rathenau porträtierte. Das Neue am „neuen Bürgertum“ war vor allem die prinzipielle Öffnung gegenüber den Arbeiterschichten, die Erweiterung demokratischer Partizipationschancen sowie die Akzeptanz der pluralisierten „Massenkultur“. Das alles geschah unter den Bedingungen der zweiten Industrialisierungswelle, die Vater Emil Rathenau an die Spitze des AEG-Imperiums gebracht und Sohn Walther zu seiner anhaltenden „Kritik der Zeit“ geführt hatte. Das Ziel von Rathenaus kulturkritischer Publizistik sei „zeitlebens“ gewesen,

„das Bürgertum seiner Zeit, das in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, im kulturellen Leben immer stärker geworden war, gleichzeitig aber seine innere Einheit, seinen einheitlichen Willen mehr und mehr verloren hatte, zu einer neuen, handlungsfähigen, die Zukunft entscheidend gestaltenden Einheit zusammenzuführen.“⁸⁴

Dieses Ziel, dem Bürgertum für den Aufbau der Demokratie in Deutschland und für die „kulturelle Vergesellschaftung“ der Nachkriegszeit noch einmal die Schlüsselrolle zuzusprechen, verfolgten auf ihre Weise auch Max Weber und Ernst Troeltsch, die deshalb hier zum Vergleich mit einbezogen wurden. Der Vergleich diene auch dazu, bei den führenden bürgerlichen Intellektuellen dieser Umbruchzeit innerhalb des Typus liberaler Kulturkritik einschlägige Unterschiede festzuhalten.

Max Weber vertrat einen entschiedenen Konfliktliberalismus. „Kampf“, von Ralf Dahrendorf als „Konflikt“ paraphrasiert, zählte für Weber zu den „Grundbegriffen“ der Soziologie und führte ins Zentrum seiner politischen Anthropologie.⁸⁵ Im Zentrum von Troeltschs politischem Denken stand der Konsensliberalismus. Troeltsch zielte auf „Synthese“-Bildung im europäisch-amerikanischen „Weltsystem“ und auf „Mittebildung“ im parlamentarischen System der Weimarer Demokratie.⁸⁶ Walther Rathenau ließ sich in mancher Hinsicht von Troeltschs Denkstil überzeugen, insbesondere im November 1918, als die Frage „bürgerliche Parteibildung“ oder „überparteiliche Bürgersammlung“ auf der Agenda stand. Sein planungsidealistischer Konstruktionsgeist, der wenig Raum für eine pluralistische Konfliktkultur bot, machte ihn aber auch im liberalen Diskursmilieu zu einem „Außenseiter“.⁸⁷

84 Gall: Rathenau (wie Anm. 55), S. 247 f.

85 Vgl. ausführlicher Hübinger: Weber (wie Anm. 32), S. 175–179, 338–340.

86 Vgl. Gangolf Hübinger/Johannes Bent: Ernst Troeltsch und die Zeitgeschichte. <http://docupedia.de/zg/Huebinger_bent_ernst_troeltsch_zeitgeschichte_v1_de_2022> (6.4.2023).

87 Vgl. Gall: Rathenau (wie Anm. 55), etwa S. 204–206; auch Sabrow: Rathenau (wie Anm. 11), S. 606.

Was Rathenau so wie Weber und Troeltsch mit ihrer jeweiligen Kulturkritik in einer liberalen Ordnungsperspektive hielt, das war neben den politischen Aktivitäten ihre kämpferische Publizistik für einen bürgerlichen Aufbruch, um neue gesellschaftliche Maßstäbe für die „demokratische Entwicklung“ zu setzen. „Demokratische Entwicklung“ nannte Rathenau einen Vortrag vom 28. Juni 1920 und bestimmte dort den Ort der DDP in der Parteienlandschaft: „Die Lage unserer Partei am linken Flügel der bürgerlichen Parteien, am rechten Flügel jenseits der Marxisten ist unser bester Besitz“, nicht ohne in seinem hohen kulturkritischen Ton einen Primat der Ideen vor den Interessen einzufordern, als „Pflicht, die Partei des Geistes zu werden“.⁸⁸

Weniger pathetisch, aber mit der gleichen Zielgruppe des gebildeten Bürgertums im Blick und mit ähnlichen Ordnungsvorstellungen zur Demokratie als Elitendemokratie lag auch für Troeltsch der Schlüssel für Deutschlands Zukunft in der zivilbürgerlichen Formung dessen, was er im letzten seiner politischen Kommentare die „öffentliche Meinung“ nannte. Es müsse „das Verantwortungsgefühl der führenden Schichten für die Bildung der *öffentlichen Meinung* [Hervorhebung im Original] sorgen“.⁸⁹

Eine kurze Zeit lang waren das politisch-kulturkritische Engagement und die publizistischen Interventionen von Intellektuellen wie Rathenau, Weber und Troeltsch von der Erwartung getragen, das „neue Bürgertum“ könne mit seinen demokratischen Ordnungsideen integrierend in das linke wie rechte Lager hineinwirken und eine tragfähige „Mittebildung“ erzeugen, wie Troeltsch sie unermüdlich propagierte. Max Weber starb am 14. Juni 1920. Rathenau wurde am 24. Juni 1922 ermordet. Ernst Troeltsch starb am 1. Februar 1923.

An den Schriften und Briefen Rathenaus und mehr noch an denen von Troeltsch lässt sich etwa ab Herbst 1921 ein desillusionierender Erfahrungswandel ablesen. Statt mit ihren Orientierungsangeboten im öffentlichen Streitdiskurs eine Mehrheit zu versammeln, mussten sie erkennen, in einem tiefer denn je gespaltenen Bürgertum zu Sprechern einer Minderheit geworden zu sein.

88 Rathenau: Demokratische Entwicklung (wie Anm. 70), S. 376 f.

89 Ernst Troeltsch: Die Republik (November 1922). In: Ders.: Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918–1923) (wie Anm. 48), S. 579–588, hier S. 586 f.

Walther Rathenau und die Nachwirkungen: Erinnerungsort, schillernde Ikone, Epochengestalt

Was löst der Name Walther Rathenau in uns heute aus, welche Erinnerungen beschwört er in uns Heutigen herauf?¹ Vorbei sind die Zeiten, da sich zu runden Geburts- und Todestagen Weggefährten und Zeitzeugen versammelten, die sich gegenseitig seine prägende Bedeutung in Erinnerung riefen. Die Welt, in der Walther Rathenau wirkte, hat sich längst aus der Zeitgeschichte entfernt; sie ist überlagert von 100 Jahren, die sich mit ihren Zäsuren und ihrer epochalen Schwere über das Rathenau-Gedächtnis gelegt haben.

Unser Gedächtnis haftet an Bildern, aber sein Leben vollzog sich vor dem *visual turn* der modernen Mediengesellschaft, und neben den wenigen Porträtaufnahmen reichen Edvard Munchs Ölbild und Max Liebermanns Kohlezeichnung nicht hin, um die Erinnerung an Rathenau frischzuhalten. Unser Gedächtnis haftet an Orten, aber auch sie liegen, selbst in unserer so konsequent musealisierten Umwelt, eher im Schatten der öffentlichen Aufmerksamkeit. Rathenaus selbsterbautes Wohnhaus in Berlin-Grünwald – immer noch in privater Hand, sein Sommersitz in der östlichen Mark – eine kleine Gedenkstätte mit unsicherer Förderung und bis heute ohne klare Aussicht, auf die Aufmerksamkeitshöhe einer Bundesstiftung im Stil von Friedrich Ebert oder Theodor Heuss gehoben zu werden. Keine figürliche Denkmalskulptur kündigt von Rathenau, und es ist schon ein beachtlicher Erfolg, dass zum 90. Todestag 2012 die überfällige Restaurierung des Familiengrabs in Berlin-Oberschöneweide möglich wurde und zum 100. Todestag 2022 eine öffentliche Gedenkveranstaltung mit dem Bundespräsidenten im Deutschen Historischen Museum stattfinden konnte.

Unser Gedächtnis haftet schließlich an Worten, aber auch hier sind es nicht so sehr Rathenaus Impressionen, Reflexionen und Essays, die überdauert haben, sondern eher einzelne kurze *Aperçus*, in denen sein Denken

1 Der folgende Beitrag fasst Überlegungen zusammen, die ich verschiedentlich andernorts entwickelt habe. Vgl. zuletzt Martin Sabrow: Rathenau erzählen. In: Sven Brömsel/Patrick Küppers/Clemens Reichhold (Hrsg.): Walther Rathenau im Netzwerk der Moderne. Oldenburg 2014, S. 283–297.

bis heute fortlebt, und am bekanntesten unter ihnen Rathenaus Antwort auf Napoleons Primat der Politik: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal!“ In einem Wort: Die Rathenau-Erzählung unserer Tage kommt mit kargen Worten aus, und ihre biographischen Hinweisschilder lauten etwa: Präsident der AEG, Prophet von kommenden Dingen, Organisator der Kriegsrohstoffversorgung, Erfinder der Erfüllungspolitik, erstes Mordopfer des Dritten Reichs.

Rathenaus Nachwirkung ist *prima vista* die Geschichte eines allmählichen Verblassens, die von punktueller Auffrischung durch runde Jahrestage oder eckige Ereignisse geprägt ist – wie 2022 zum einen durch das Trauerjubiläum des 100. Todestags und zum anderen durch die Reaktualisierung der deutschen Selbstverortung im Gefolge des Ukrainekriegs, die mit dem Gegensatzpaar von Rapallo und Locarno, von Russlandnähe und Westorientierung bezeichnet ist. Die symbolpolitische Entkräftung einer historischen Figur, die in ihrer Zeit die Gesellschaft polarisiert hat wie kaum eine andere, lässt sich plastisch aus der Folge der sich ergänzenden und teils ablösenden Interpretationsrahmen erschließen, in die Rathenau von seiner Mit- und Nachwelt gestellt wurde.

1. Rathenau als innerlich Zerrissener

Den ersten und bis zu Rathenaus Ermordung gültigen Deutungsrahmen lieferte das bekannte Rathenau-Porträt Edvard Munchs, das 1907 in mehreren Sitzungen mit dem Künstler entstand. Es zeigt einen selbstbewussten Repräsentanten der wilhelminischen Gesellschaftselite, der zugleich linkisch und verloren im Raum steht; der Kopf nicht ganz zum Körper passend, der Blick herausfordernd selbstbewusst und doch unsicher nach dem Auge des Betrachters suchend; soigniert gekleidet mit Weste und leichtem Embonpoint, aber doch auch jugendlich mit Umschlagkragen und filigraner Zigarette statt schwerer Zigarre und goldener Uhrenkette. Rathenau fand sich von seinem Porträt getroffen – in doppeltem Sinne: „Ein ekelhafter Kerl, nicht wahr? Das hat man davon, wenn man sich von einem großen Künstler malen lässt, da wird man ähnlicher, als man ist.“² Rätselhaft, janusköpfig, zerrissen, widersprüchlich – so erschien Rathenau

2 Die Überlieferung dieser Äußerung geht auf Gustav Hillard-Steinbömer zurück, dem Rathenau bei einer Besichtigung seines Elternhauses in Berlin-Tiergarten auch das Zimmer gezeigt hatte, in dem das Bildnis hing. Gustav Hillard (Steinbömer): Herren und Narren der Welt. München 1954, S. 240.

seinem Porträtisten, der das Konterfei des Großindustriellen um einen gleichgestaltigen Schatten ergänzte – als spiegelbildliche Ergänzung, Alter Ego, unterdrückte Gegenidentität, Mann und Frau, Ich und Es; der Betrachter kann es sich aussuchen.

Nach einem boshaften Ausspruch des Inhabers der Berliner Handelsgesellschaft, Carl Fürstenberg, galt Walther Rathenau unter Bankiers als guter Schriftsteller, unter Schriftstellern aber als guter Bankier. Kaum anders urteilte der mit Rathenau freundschaftlich verbundene Stefan Zweig:

„Bei Rathenau spürte ich immer, daß er mit all seiner unermesslichen Klugheit keinen Boden unter den Füßen hatte. Seine ganze Existenz war ein einziger Konflikt immer neuer Widersprüche. Er hatte alle denkbare Macht geerbt von seinem Vater und wollte doch nicht sein Erbe sein, er war Kaufmann und wollte sich als Künstler fühlen, er besaß Millionen und spielte mit sozialistischen Ideen, er empfand sich als Jude und kokettierte mit Christus. Er dachte international und vergötterte das Preußentum, er träumte von einer Volksdemokratie und war jedesmal hoch geehrt, von Kaiser Wilhelm empfangen und befragt zu werden.“³

Rathenau selbst nahm dieses Narrativ der *coincidentia oppositorum* zustimmend auf und machte es zu seinem autobiographischen Leitfaden. In der Rede zur Feier seines 50. Geburtstages am 29. September 1917 im Berliner Adlon kam er auf seine von ihm empfundene „Vielspältigkeit“, sein „Doppeldasein“ zu sprechen, das er selbst ein „anstößiges Ereignis“ nannte⁴ und zugleich philosophisch überhöhte – wie beispielsweise in der Scheidung zwischen „Zweck“ und „Seele“ in seiner Betrachtung „Zur Mechanik des Geistes“ oder in der Teilung der Welt in Mut- bzw. Zweck- und Furchtmenschen. Als er auf der erwähnten Feier zu seinem 50. Geburtstag als „eine Art neuen Typs von Menschentum“, als „Mensch mit dem lyrischen Herzen und dem Kaufmannskopf“ gewürdigt worden war⁵, ging Rathenau sofort auf dieses Bild ein, das ihm offenbar gefiel. In seiner Antwort bemühte er Platons Gleichnis vom Wagenlenker und seinen in zwei verschiedene Richtungen zerrenden Rössern: „Von meiner Jugend her ist es mir ein Erbteil gewesen [...], daß ich dem, was die Natur mir gab, mich in der Doppelheit fühle.“⁶

3 Stefan Zweig: Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers. Frankfurt am Main 1960, S. 204 f.

4 Walther Rathenau: Zwei Tischreden zur Feier des 50. Geburtstages (29. September 1917). In: Ders.: Gesammelte Reden. Berlin 1924, S. 9–26, hier S. 20.

5 Rede Bürgermeister Dr. Reicke. In: Walther Rathenau: Vier Tischreden. Privatdruck. o.O. 1917, S. 15 f.

6 Rathenau: Zwei Tischreden (wie Anm. 4), S. 17 f.

Seit seinen ersten öffentlichen Schritten aus der Anonymität heraus war der 1867 geborene Unternehmersohn, der zeitlebens zwischen Kultur und Kommerz schwankte, in der Öffentlichkeit höchst misstrauisch aufgenommen worden. Nur zeitweilig gewann das Bild des intellektuellen AEG-Lenkers und jüdischen Preußenverehrers freundlichere Züge, als nämlich Rathenau bei Kriegsausbruch 1914 die Verantwortung für eine von ihm selbst angeregte Zwangsbewirtschaftung kriegswichtiger Rohstoffe übernahm, ohne die die Mittelmächte zu einer längeren Kriegführung überhaupt nicht in der Lage gewesen wären. Aber mit dem fallenden Kriegsglück verlor das Ruhmesbild des Retters Rathenau an Glanz. Im Spätsommer 1917 mochte dieses Erzählmuster der biographischen Doppelheit noch lediglich eitle Spielerei sein, über die sich der frühere Freund Maximilian Harden als giftiger Zaungast bis an den Rand des Eklats amüsierte. „Auf der Geburtstagsfeier des 50jährigen Walther Rathenau traf ich Harden wieder“, erzählte der Schriftsteller Wilhelm Herzog später:⁷

„Im Hotel Adlon. Das Fest war nicht ohne komische Reize. Die Eitelkeit feierte Triumphe. Wir waren die belustigten Zuschauer, obschon Harden seit Jahrzehnten mit dem Geburtstagskind eng befreundet war. Die Selbstbespiegelungen und das Feuerwerk, das der berühmte Wirtschaftsführer an diesem Tage um sich selbst abbrannte, reizte die kritische Begabung des Satirikers Harden derart, daß er sich an diesem Abend fast unmöglich machte.“

Mit der näher rückenden Niederlage im Weltkrieg wurde aus der spielerischen Ambiguität politischer Ernst, der Rathenau die intellektuelle Existenz zu rauben drohte. Besonders ein taktisch ungeschickter Aufruf zur *levée en masse* im Oktober 1918, der in erster Linie auf eine verbesserte Position bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen zielte, stempelte den Mann, der den Kriegsausbruch anders als die überwältigende Mehrheit seiner Zeitgenossen mit Schmerz verfolgt und das düstere Ende vorausgesehen hatte, zum vielgeschmähten Kriegsverlängerer, der den Frieden verhindern wolle, um sich mit dem „System Rathenau“ am Leiden der Nation zu bereichern. Die „Weltbühne“ empörte sich, „daß aus einer Grunewald-Villa heraus einem Volk, das fünfzig Monate lang diese ungeheuern Opfer gebracht hat, mit künstlich harten gemachter Stimme die billige Mahnung zugeschleudert wird, zum Schutze der Kriegsgewinnler immer weiter sein Blut zu vergießen“.⁸ Selbst sein späterer Biograph Harry Graf Kessler fand Rathenau in dieser Zeit an seiner inneren Widersprüchlichkeit gescheitert:

7 Wilhelm Herzog: Menschen, denen ich begegnete. Bern/München 1959, S. 80.

8 Alfons Goldschmidt: Retter Rathenau. In: Die Weltbühne, 17.10.1918, S. 372–374, hier S. 374.

„Überhaupt ist er der Mann der falschen Noten und schiefen Situationen: als Kommunist im Damastsessel, als Patriot aus Herablassung, als Neutöner auf einer alten Leier.“⁹

Die Novemberrevolution gab Rathenau, der als Wirtschaftstheoretiker eines kommenden Staatssozialismus seine Vorschläge einem Millionenpublikum unterbreitet hatte, weder Amt noch Gehör. Als in der Weimarer Nationalversammlung der Vorschlag verlesen wurde, Rathenau zum Reichspräsidenten zu wählen, bebte das Haus vor Lachen. In die neugebildete (erste) Sozialisierungskommission wurde er nicht berufen, und die Deutsche Demokratische Partei, der er sich nach einem gescheiterten Versuch zur Gründung einer eigenen Partei angeschlossen hatte, gewährte ihm keinen Listenplatz für die Wahl zur Nationalversammlung. In der Revolutionszeit erinnerte man sich Rathenaus als eines in sich zerrissenen Relikts einer unheilvollen Vergangenheit und verspottete ihn als „Jesus im Frack, [...] Inhaber von 39 bis 43 Aufsichtsratsstellen und Philosoph von Kommenden Dingen, Schloßbesitzer und Mehrheitssozialist, erster Ausrufer [...] für die nationale Verteidigung und beinaheiges Mitglied der revolutionären Sozialisierungskommission, Großkapitalist und Verehrer romantischer Poesie, kurz – der moderne Franziskus v. Assisi, das paradoxeste aller paradoxen Lebewesen des alten Deutschlands“.¹⁰

2. Rathenau als Märtyrer der Republik

Doch bildet das Narrativ der konstitutiven Zerrissenheit nur eine der zwei Großerzählungen, in denen die Zeitgenossen der Weimarer Republik ihr Bild von Walther Rathenau fassten. Entgegengesetzt dazu entwickelte sich nach Rathenaus Ermordung am 24. Juni 1922 ein Erzählmuster, welches das Paradigma der Zerrissenheit durch das der Versöhnung im heroischen Martyrium ersetzte. Schon unter dem unmittelbaren Eindruck des Mordes entwarf Georg Bernhard in seinem Nekrolog für die *Vossische Zeitung* ein Porträt des Ermordeten, in dem sich auch scheinbar gegensätzliche Charakterzüge zu einer höheren Harmonie zusammenfügten:

„Antlitz, Stimme, Geste, Gestalt und Geist gehörten bei ihm untrennbar zusammen. [...] Man kann sich keiner Einzelheit erinnern, ohne daß das Ganze im Gedächtnis emportaucht. Denn bei ihm bildete alles eine Einheit. Seine Vorzüge

9 Harry Graf Kessler: Tagebücher 1918–1937. Frankfurt am Main 1961, S. 133.

10 Die Republik, 19.12.1918.

und seine Fehler, seine Konsequenz und seine Widersprüche, seine Größe und seine Kleinheit. Diese ganze eigenartige Gegensätzlichkeit, die in Walt[h]er Rathenau zusammenstieß und sich vermischte, die Beifall erzwang oder zu Widerspruch herausforderte. All das wirkte bei ihm organisch und selbstverständlich.“¹¹

Im Tod wurde so eine neue Rathenau-Erzählung geboren. Sie kündete von einem Ausnahmemenschen, der sein Leben in die Waagschale warf, der „in sich Schicksal trug“¹² und freiwillig zum Helden-Märtyrer wurde, um das Land zu retten. Den eindrucksvollsten Beweis für dieses messianische Rathenaubild lieferte der Reichskanzler selbst, der an Rathenau die sehr konkrete und substantiierte Anschlagswarnung eines katholischen Priesters weiterleitete: „Meine Mitteilung“, so schilderte Joseph Wirth sechs Jahre nach Rathenaus Ermordung,

„machte auf Minister Rathenau einen tiefen Eindruck. Bleich und regungslos stand er wohl zwei Minuten vor mir. Keiner von uns wagte auch nur mit einem Wort die Stille zu unterbrechen. Rathenaus Augen waren wie auf ein fernes Land gerichtet. Er kämpfte sichtlich lange mit sich. Plötzlich nahmen sein Gesicht und seine Augen den Ausdruck unendlicher Güte und Milde an. Mit einer Seelenruhe, wie ich sie nie an ihm gesehen hatte [...], näherte er sich mir, legte beide Hände auf meine Schultern und sagte: ‘Lieber Freund, es ist nichts. Wer sollte mir denn etwas tun?’ [...] Nach einem nochmaligen Betonen der Ernsthaftigkeit der gemachten Mitteilung und der absoluten Notwendigkeit polizeilichen Schutzes verließ er ruhig und gelassen, mit dem Ausdruck eines mir unverständlichen Sichgeborgenfühlens, die Reichskanzlei.“¹³

Vor diesem Hintergrund formte sich eine teleologische Erzählung, in der Rathenaus Ermordung als folgerichtiger Höhepunkt seines Lebens erschien und sein Tod „eigentlich erst der Moment [wurde], die ganze Bedeutung seiner Gestalt zu rechter Würdigung gedeihen zu lassen“, wie der Rathenau-Bibliograph Ernst Gottlieb schrieb.¹⁴ Das kollektive Gedächtnis zumindest der republikverbundenen „Weimar-Deutschen“ schuf sich einen neuen Rathenau, der „in sich Schicksal trug“¹⁵ und freiwillig zum Märtyrer geworden war, um das Land zu retten.

Über die Parteigrenzen hinaus wurde Rathenau auf diese Weise zum Märtyrer der Republik. Diese Erzählhaltung stattete das Bild Rathenaus in den Folgejahren mit immer neuen und bald auch mythischen Zügen aus,

11 Georg Bernhard: Rathenau. In: Vossische Zeitung, 25.6.1922.

12 Harry Graf Kessler: Rathenau. Sein Leben und sein Werk. Mit einem Nachwort und Anmerkungen versehen von Cornelia Blasberg. Frankfurt am Main 1988, S. 12.

13 Joseph Wirth: Walther Rathenau vor seinem Tode. In: Deutsche Republik, 13.7.1928, S. 1306.

14 Ernst Gottlieb: Walther-Rathenau-Bibliographie. Berlin 1929, S. 40.

15 Kessler: Rathenau (wie Anm. 12), S. 12.

die in der Publizistik bevorzugt zu den wiederkehrenden Jahresdaten seines Geburts- und Todestages aufgerufen wurden. Ein Grundton der überparteilichen Eintracht bestimmte die öffentliche Erinnerung an Rathenau von nun an bis zum Ende des Weimarer Staates. Besondere Verdienste bei der Stilisierung eines messianischen Opferbildes erwarb sich Stefan Zweig, der in seinen autobiographischen Erinnerungen aus dem Abstand von zwanzig Jahren eine Begegnung mit Rathenau schilderte, die nie stattgefunden hatte:

„Zögernd rief ich ihn in Berlin an. Wie einen Mann behelligen, während er das Schicksal der Zeit formte? ‚Ja, es ist schwer,‘ sagte er mir am Telefon, ‚auch die Freundschaft muß ich jetzt dem Dienst aufopfern.‘ Aber mit seiner außerordentlichen Technik, jede Minute auszunutzen, fand er sofort die Möglichkeit eines Zusammenseins.“¹⁶

In diesem Gespräch zeigte Zweig Rathenau als modernen Erlöser, der das Kreuz auf sich nimmt, um die Welt zu heilen:

„Er war sich vollkommen bewußt der doppelten Verantwortlichkeit durch die Belastung, daß er Jude war. Selten in der Geschichte vielleicht ist ein Mann mit so viel Skepsis und so voll innerer Bedenken an eine Aufgabe herangetreten, von der er wußte, daß nicht er, sondern nur die Zeit sie lösen könnte, und er kannte ihre persönliche Gefahr. Seit der Ermordung Erzbergers [...] durfte er nicht zweifeln, daß auch ihn als Vorkämpfer der Verständigung ein ähnliches Schicksal erwartete.“¹⁷

Vor dem Auswärtigen Amt in Berlin-Mitte wollte Zweig schließlich Abschied von Rathenau genommen haben, ohne zu wissen, dass es für immer war, und er hielt im englischen Exil die Erinnerung fest, wie er im besonnenen Sommer von Sylt Zeuge geworden sei, dass das von Rathenau vorgewusste Schicksal sich erfüllte:

„Ich war an diesem Tage schon in Westerland, Hunderte und aber Hunderte Kurgäste badeten heiter am Strand. Wieder spielte eine Musikkapelle wie an jenem Tage, da Franz Ferdinands Ermordung gemeldet wurde, vor sorglos sommerlichen Menschen, als wie weiße Sturmvögel die Zeitungsausträger über die Promenade stürmten: ‚Walther Rathenau ermordet!‘ Eine Panik brach aus, und sie erschütterte das ganze Reich. Mit einem Ruck stürzte die Mark, und es gab kein Halten mehr, ehe nicht die phantastischen Irrsinnszahlen von Billionen erreicht waren.“¹⁸

Doch so bezwingend dieser Kontrast zwischen der sorglosen Leichtigkeit der vielen und der opferschweren Last des sehenden Staatsmannes auch

16 Zweig: Die Welt von gestern (wie Anm. 3), S. 340.

17 Ebd.

18 Ebd., S. 341.

sein mochte, so war er doch bloße Fiktion, die das Narrativ des versöhnenden Märtyrers dem Dichter Zweig eingegeben hatte: Denn im Juni hielt Zweig sich gar nicht auf Sylt auf. Erst in der Westerländer Fremdenliste für den 20. und 21. August 1922 findet sich der Eintrag: „Zweig, Stefan u. Frau, Schriftsteller – Salzburg – 2 Personen – Hotel zum Deutschen Kaiser.“¹⁹

3. *Walther Rathenau als politischer Zeuge*

Parallel zum Ansehensverfall der jungen Republik trat allerdings auch das Erzählmuster des republikanischen Märtyrers in den Hintergrund und gab damit die Bühne frei für die Wiederaufführung des Dramas um die janusköpfige Zerrissenheit eines Mannes der Gegensätze. Als Vereinigung von Kohlepreis und Seele zeichnete Robert Musil im „Mann ohne Eigenschaften“ (1931/32) seine Romanfigur Paul Arnheim, die ganz unverkennbar die Züge Walther Rathenaus trägt. Dennoch bedeutete diese narrative Renaissance mehr als bloße Rückkehr zu einem vertrauten Bild – nun diente es weniger der persönlichen Diskreditierung als vielmehr der politischen Beglaubigung –, der für seine Zerrissenheit Geschmähte wurde zum gern angerufenen Zeugen.

Zwar verschwanden mit dem Ende der demokratischen Republik 1933 in Berlin und im ganzen Land Straßennamen, Gedenkzeichen und Hinweistafeln, die an Rathenau erinnerten. Doch fand der von Rechtsradikalen Ermordete auch nach dem nationalsozialistischen Machtantritt gelegentlich noch anerkennende Erwähnung – nämlich als ein Jude, der „seinen Rassegnossen mit rücksichtsloser Offenheit den Spiegel“ vorgehalten habe, wie die „Frankfurter Zeitung“ nach der Pogromnacht vom November 1938 schrieb.²⁰ Lange konnte sich selbst die Reichsschrifttumskammer nicht über ein Verbot seiner Schriften schlüssig werden. Die Agitation der NS-Propagandisten befand sich in dem Dilemma, die antisemitisch deutbaren Sätze in Rathenaus Schriften nur dann ganz für sich ausbeuten zu können, wenn sie ihrem Autor auch die charakterliche Aufrichtigkeit und den gedanklichen Weitblick zubilligte, die „eine so treffende Charakteristik“ aus jüdischer Feder erst glaubwürdig machen konnte.²¹ Je nach propagandistischer Funktion schwankte das in der nationalsozialistischen Publizistik

19 Westerländer Kurzeitung, 26.8.1922.

20 Anonymus: Die Judenfrage vor vierzig Jahren. Ein Zitat von Walther Rathenau. In: Frankfurter Zeitung, 19.11.1938.

21 Ebd.

gezeichnete Bild Rathenaus daher zwischen zwei Polen, deren einer völlige Verdammung hieß, weil „der Jude unter allen Umständen und unter allen Verhältnissen eben Jude bleibt und niemals Deutscher wird“²², deren anderer aber das Gegenteil propagierte: „Vielleicht war Rathenau gerade darum besonders befähigt, dem modernen deutschen Juden ins Herz zu sehen, weil er selbst auf der Brücke zwischen beiden Welten stand.“²³

Auch nach 1945 behauptete sich grenzüberschreitend ein Rathenau-Bild, das die weiterhin unterstellte Ambivalenz der Figur Rathenau mit legitimatorischer Nützlichkeit auflud. Derselbe Rathenau konnte im Kalten Krieg in beiden Teilen Deutschlands zugleich zur historischen Anrufungsinstanz erklärt werden. Die östliche Erinnerung drängte den Großkapitalisten und Monopolherrscher in den Hintergrund, die westliche hingegen spiegelbildlich den in seinen Gemeinwirtschaftsgedanken illiberalen Sozialisierungstheoretiker und Vorkämpfer des Vererbungsverbotes.

Das west-östliche Rathenau-Bild entwickelt sich zu einer geschichtspolitischen Allzweckwaffe von gesamtdeutscher Qualität. Im sozialistischen Geschichtsbild der DDR figurierte Rathenau als „ein zwiespältiges Wesen, dessen Füße fest in der kapitalistischen Ordnung standen, dessen Kopf aber in die Sphäre einer besseren Gesellschaft ragte“, wie Albert Norden 1947 schrieb.²⁴ Der Rapallovertrag machte den ostdeutschen Rathenau zu einem Kronzeugen der propagierten deutsch-sowjetischen Freundschaft, zum „rühmliche[n] Beispiel friedlicher Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme“.²⁵ Dieser neu konzipierte Rathenau, wie wohl nach der Versicherung Otto Winzers „alles andere als ein ‘getarnter Bolschewik’“²⁶, hatte seine aktenkundige Skepsis gegenüber diesem Bruch mit der Erfüllungspolitik offenbar gänzlich verdrängt und war zu einem Mann gereift, der sein Leben in die Waagschale warf, um den Ausgleich mit Sowjetrußland durchzusetzen:

„Unbeirrt von allen Beschimpfungen und Drohungen, mit denen die antisowjetischen Kreise nicht sparten. [...] Dieses Bekenntnis Walther Rathenaus zu einer Politik der Verständigung hat vermutlich den letzten Anstoß zu einem jener Verbrechen

22 Waldemar Brewitz: Von Abraham bis Rathenau. Viertausend Jahre jüdischer Geschichte. Berlin 1935, S. 198 f.

23 Frankfurter Zeitung, 19.11.1938.

24 Albert Norden: Der Rathenau-Mord und seine Lehren. Zum 25. Jahrestag der Ermordung des Außenministers der Republik. In: Die Einheit 2 (1947), S. 644.

25 Martin Richter: Damit die Völker sich die Hände reichen. [...] Vor 120 Jahren wurde Walther Rathenau geboren. In: Neues Deutschland, 29.9.1987.

26 Otto Winzer: Der Feind steht wieder rechts! Zum 30. Jahrestag des faschistischen Mordes an Walther Rathenau. In: Tägliche Rundschau, 24.6.1952.

gegeben, mit denen die schwärzeste Rechte ihre politischen Gegner aus dem Weg zu räumen pflegt“;

berichtete die West-Berliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“ zum 50. Jahrestag der Ermordung des Ministers.²⁷ Einen Schritt weiter ging noch das Parteischrifttum der 'liberaldemokratischen' Blockpartei, die ihren Ahnherrn an der Prophezeiung des eigenen Untergangs sterben ließ:

„Weil Walther Rathenau als einer der einflußreichsten Vertreter der Großbourgeoisie nicht an die kapitalistische Ordnung und ihren Fortbestand glaubte, im Gegenteil die Brüchigkeit darlegte und das bevorstehende Ende erkannte und aussprach, wurde er von den Interessengruppen und der Reaktion mit tödlichem Haß verfolgt.“²⁸

Auch in der Bundesrepublik wurde Rathenau zum historischen Nothelfer für ganz unterschiedliche Legitimationsbedürfnisse – ein Mann wechseln der Eigenschaften. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Verblässen persönlicher Erinnerungen traten die konkreten Umstände seines Lebens immer weiter zurück. So konnte Rathenau bald auch als zukunftsweisender Garant des „geistigen Deutschland“ in seiner politischen Einheit in Erscheinung treten: „Wir blicken auf die wunde Grenze, die sich mitten durch unser Vaterland zieht“, bilanziert eine vielgelesene Biographie von 1958:

„Wenn dieses in sich gefestigte, gesundete und geschlossene Deutschland, das Rathenau liebte und dem er einen Tempel in seinem Innern aufgebaut hatte, aufersteht – und es muß auferstehen! –, wird es dann auch einen Teil von dem Geist, der Sittlichkeit und der Gottverantwortung in sich tragen, um die Walther Rathenau rang? Wir wollen es von ganzem Herzen hoffen!“²⁹

Rathenaus visionäre Liebe blieb auch in der Bundesrepublik wandlungsfähig; dreißig Jahre später stand der posthum Modernisierte im Geschichtsbewusstsein des offiziellen Deutschland nicht mehr für die nationale Wiedergeburt, sondern für die europäische Einigung: An Rathenaus 1913 unterbreiteten Vorschlag einer europäischen Zollunion erinnerte 1987 die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, um sich auf seine Idee einer wirtschaftlichen und politischen Verschmelzung Europas zu berufen:

27 Horst Heiner: Vor 50 Jahren: Der Fememord an Dr. W. Rathenau. In: Die Wahrheit, 24.6.1972.

28 Wilhelm Orth: Walther Rathenau und der Geist von Rapallo. Größe und Grenzen eines deutschen Bürgers. Berlin [O] 1962.

29 Helmuth H. Böttcher: Walther Rathenau. Persönlichkeit und Werk. Bonn 1958, S. 322.

„Welche klare, vorausschauende Sicht! Aus unserer heutigen Perspektive ist es erstaunlich, mit welcher Deutlichkeit Rathenau schon zum damaligen Zeitpunkt die Möglichkeiten und Voraussetzungen für die Rolle Europas erkannte und seinen Blickwinkel über die nationale Perspektive hinaus erhob.“³⁰

4. Fazit

In der öffentlichen Wahrnehmung blieb Rathenau auch einhundert Jahre nach seinem gewaltsamen Tod ein geschichtspolitischer Passepartout, der sich für unterschiedlichste Nutzungen verwenden ließ. Die Geschichtswissenschaft allerdings hat sich von solchen Instrumentalisierungsstrategien nach Kräften freigehalten und mit Ernst Schulin die konstitutive Vielgestaltigkeit Rathenaus als „Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit“ unterstrichen, die sich nicht auf eine Formel bringen lasse. Dieses kaleidoskopische Bild hat sich auch gegenüber jüngeren biographischen Studien von Lothar Gall und Shulamit Volkov behauptet, die ihren Gegenstand auf jeweils eine Facette Rathenaus als Bürger bzw. Jude zu fokussieren versuchten.³¹ Die Geschichtswissenschaft konzipiert ihren Untersuchungsgegenstand Walther Rathenau heute als Ausdruck eines Epochenumbruchs, der mit der Hochmoderne auch die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts freisetzt: „Zugleich aber ist er nicht minder typisch und exemplarisch für die deutsche Gesellschaft auf dem Sprung in die Moderne“, heißt es etwa in einer jüngeren Studie über Rathenau als Phänotyp der Moderne.³² Vielleicht können wir Rathenaus Bedeutung in der Tat am besten fassen, wenn wir die von ihm verkörperte Widersprüchlichkeit nicht individualgeschichtlich als Charakterfrage zu deuten versuchen, sondern gesellschaftsgeschichtlich als Spiegel einer in sich selbst widersprüchlichen Zeit begreifen.

In dieser Hinsicht erscheint Rathenaus Doppelheit nicht als charakterliche Disposition. In ihr tritt vielmehr eine kulturelle und soziale Gegensätzlichkeit als diskriminierter Jude und Repräsentant der sozialen Elite zutage, die sich in zeitweilig aggressiver Assimilationsforderung und eigen-

30 Dorothee Wilms: Ansprache bei der Gedenkfeier aus Anlaß des 120. Geburtstages von Walther Rathenau am 29. September 1987 in Berlin. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Pressemitteilung 39/87, S. 5.

31 Lothar Gall: Walther Rathenau. Portrait einer Epoche. München 2009; Shulamit Volkov: Walther Rathenau. Ein jüdisches Leben in Deutschland. München 2012.

32 Walter Delabar/Dieter Heimböckel: Der Phänotyp der Moderne. Walther Rathenau in der Literatur und Kultur des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Dies. (Hrsg.): Walther Rathenau. Der Phänotyp der Moderne. Literatur- und kulturwissenschaftliche Studien. Bielefeld 2009, S. 7–9, hier S. 8.

tümlicher Preußenverehrung niederschlug – so etwa in Kauf und Nutzung von Schloss Freienwalde als musealem Erinnerungsort an den preußischen Frühklassizismus. Aber sie ließ ihn auch aufmerksamer als seine Zeitgenossen die Schatten der *belle époque* sehen. Diese Doppelrolle mochte ihn angetrieben haben, in allem der Beste sein zu wollen, sich selbst als Mäzen und Schriftsteller, Künstler und Kritiker, Industrieller und Staatsmann zu inszenieren. Seine Doppelstellung als Repräsentant und Außenseiter, mächtiger Akteur und ohnmächtiger Beobachter hilft, Rathenaus schroffe Wendungen und Widersprüche besser zu begreifen: das Bescheidenheitsideal eines reichen Mannes, den Bruch mit dem Judentum, dem er sich doch weiterhin verbunden fühlte, die Amalgamierung von Anerkennungsstreben und Einsamkeit, den Gegensatz von politischer Vision und praktischer Politik. Vor diesem Hintergrund zeigt sich Rathenau als Exponent eines Epochenumbruchs von der obrigkeitsstaatlichen Monarchie zum demokratischen Massenzeitalter. Vielleicht können wir diesem Deutungsmuster in Zukunft mehr abgewinnen, seitdem wir uns selbst damit abzufinden lernen müssen, dass der (vermeintlichen) Überwindung der Ost-West-Teilung weitere tiefgreifende Umbrüche folgten, die wir heute in das Bild einer Zeitenwende kleiden.

Antiliberalismus als Antiverbalismus: der Kampf zwischen Wort und Tat am Beispiel der Boulangismuskrise (1885–1889)

I. Einleitung

Die Frage, was den Liberalismus letztlich ausmacht, hat diesen Begriff von Anfang an begleitet. Eher als durch einen festen Wesenskern wurde er seit seiner Entstehung durch ein diffuses Netz von mehr oder weniger eng miteinander verbundenen Konnotationsefeldern definiert, die von Freiheit und Fortschritt über Rationalität und Reform bis hin zu Partizipation und Pluralismus und darüber hinaus reichten. In einer klassischen Arbeit hat Jörn Leonhard gezeigt, wie in verschiedenen historischen Konstellationen seit dem späten 18. Jahrhundert jeweils unterschiedliche Bedeutungsstränge hervorgehoben und je nach politischer Perspektive positiv oder negativ gewertet wurden.¹ Denn genauso wie Liberale unterschiedlicher Couleur sich über die genaue Definition der Ideologie stritten, war auch das, was von ihren antiliberalen Gegnern abgelehnt wurde, keineswegs immer dasselbe.

Im Versuch, den „Liberalismus als Feindbild“ auf den Punkt zu bringen, haben Ewald Grothe und Ulrich Sieg auf die „erstaunliche Intensität und Konsistenz“ dieser ideologischen Antipathie hingewiesen.² Seit dem 19. Jahrhundert grenzten sich Reaktionäre und Konservative, Sozialisten und Kommunisten sowie viele weitere Gruppen von einer Strömung ab, die sie zumindest als auf dem Vormarsch, wenn nicht gar als hegemonial betrachteten. Doch während an der Intensität dieser Anfeindungen kein Zweifel bestehen kann, verweisen die Beiträge in dem Sammelband der beiden Historiker doch eher auf die Vielfalt der unter dem Oberbegriff des Antiliberalismus versammelten Motive und Perspektiven als auf die Konsistenz einer systematischen antiliberalen Doktrin. Je nach Kontext rückten

1 Jörn Leonhard: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*. München 2001.

2 Ewald Grothe/Ulrich Sieg: *Liberalismus als Feindbild. Eine Einleitung*. In: Dies. (Hrsg.): *Liberalismus als Feindbild*. Göttingen 2014, S. 7–18, hier S. 7. Siehe auch die weiteren Beiträge dieses Bandes.

einzelne Aspekte – das Parteiwesen, der Freihandel, die Demokratie, der Parlamentarismus, die Republik, der Fortschritt – in den Vordergrund und andere in den Schatten, so dass sich der Antiliberalismus letztlich eher als Gewebe überlappender Positionen und Themen denn als eindeutig identifizierbare Ideologie erweist.

Diese Beobachtung ist nicht neu. Schon 1993 stellte Stephen Holmes seiner „Anatomy of Antiliberalism“ die Warnung voran, dass ihr Gegenstand „no more monolithic than liberalism itself“ und eher als „mindset“ oder „sensitivity“ denn als systematisches Theoriegebilde zu verstehen sei. Gemeinsam sei den pluriformen Spielarten des Antiliberalismus vor allem eine situativ variable Ablehnung von „individualism, rationalism, humanitarianism, rootlessness, permissiveness, universalism, materialism, skepticism, and cosmopolitanism“, also einer ganzen Palette von Phänomenen, die in seinen Augen „symptoms of cultural decay and moral disintegration in the modern world“ darstellten.³

Für die Erforschung des Antiliberalismus muss diese konzeptuelle Ungreifbarkeit nicht notwendigerweise ein Problem darstellen. Gerade der Verzicht auf die Suche nach einer endgültigen Definition öffnet die Möglichkeit, die Variabilität der unter dem Begriff erfassten Phänomene selbst zum Gegenstand historischer Untersuchungen zu machen. Unter diesem Gesichtspunkt erhält dann auch die Vielfalt der in diesem Forschungsfeld kursierenden Analysebegriffe – neben Antiliberalismus wären etwa Illiberalismus, Autoritarismus, Gegenaufklärung, Antikapitalismus, Populismus, Reaktion und Kulturkritik zu nennen – eine andere Gestalt. Denn ihre meist ungeklärten Verhältnisse zueinander und zumindest partielle Überschneidungen sind nicht einfach nur das Ergebnis einer babylonischen Sprachverwirrung oder einer unzulänglichen analytischen Typologie. Zumindest teilweise spiegelt sich darin auch einfach eine komplexe Sachlage auf der Ebene der historischen Phänomene wieder.

Im Folgenden soll an einem Fallbeispiel gezeigt werden, in welche Richtung eine Analyse der verschiedenen Varianten des Antiliberalismus weiterentwickelt werden könnte und welcher Gewinn mit ihr einhergeht. Da es sich dabei nicht um eine umfassende Analyse, sondern eher um einen exemplarischen Denkanstoß handeln soll, wird der konkrete Untersuchungsgegenstand in zweifacher Hinsicht möglichst eng abgesteckt.

3 Stephen Holmes: *The Anatomy of Antiliberalism*. Cambridge 1993, S. 5. Vgl. ganz ähnlich, wenn auch unter einem anderen Oberbegriff: András Sajó/Renáta Uitz/Stephen Holmes: Preface. In: Dies. (Hrsg.): *Routledge Handbook of Illiberalism*. New York, London 2022, S. xxi–xxv, sowie die weiteren Beiträge dieses Bandes.

Zum einen soll ein spezifisches Element des Antiliberalismus hervorgehoben werden, das bislang relativ geringe Aufmerksamkeit erfahren hat: die Ablehnung der Politik des Wortes. Es soll gezeigt werden, wie der Liberalismus in einem bestimmten historischen Kontext von seinen Gegnern primär mit einer besonderen Form der Herrschaft assoziiert wurde, die sich im Medium des Wortes konstituierte und vollzog. Inhaltlich war diese Vorstellung alles andere als eindeutig. Während sich andere antiliberale Zielscheiben wie der Freihandel, der Individualismus oder die Bürgerrechte nicht selten in breit ausgemessenen theoretischen Widerlegungen niederschlugen, zeigte sich die Abkehr von der Verbalpolitik eher in einem relativ unspezifischen Bündel von öffentlichen Rhetoriken, performativen Handlungsmustern und Organisationsformen.

Zum anderen wird das Thema durch den Fokus auf eine absichtlich eng gefasste Fallstudie – die französische Boulangismuskrise – eingeschränkt. Die politische Strömung um den ehemaligen General Georges Boulanger, der die Dritte Republik in den späten 1880er Jahren herausforderte, eignet sich besonders für die gewählte Fragestellung. Während die ereignisgeschichtlichen und strukturellen Zusammenhänge der Krise hinlänglich bekannt sind, ist der politische Charakter der boulangistischen Bewegung, deren Resonanz von den Monarchisten verschiedener Couleur über die Bonapartisten bis zur radikalen Linken reichte, bis heute ungeklärt.⁴ In ihrer Ablehnung des politischen Status quo vermischten sich Nationalismus, Antiparlamentarismus, Militarismus, Populismus, Antisemitismus und eine Vielzahl weiterer Motive. Indem im Folgenden gezeigt wird, wie die Auseinandersetzungen zwischen den Boulangisten und ihren Gegnern von beiden Seiten als Kampf um das politische Wort gerahmt wurde, soll neues Licht auf diese verworrene Konstellation geworfen werden.

Dabei geht es hier ausdrücklich nicht darum, endlich den *wahren* Charakter dieses politischen Phänomens zu ergründen. Vielmehr soll deutlich gemacht werden, warum die Bewegung trotz des Fehlens eines solchen Kerns Erfolg haben konnte. Aus einem notwendigerweise knappen Überblick über verschiedene Aspekte der Bewegung ergibt sich das Bild einer historischen Konstellation, in der durch die Bezugnahme auf eine breit geteilte antiverbalistische Semantik eine politische Positionierung vollzogen wurde, die inhaltlich unspezifisch, aber gerade deswegen für breite und heterogene Teile der Bevölkerung anschlussfähig war. Darüber hinaus wird

4 Vgl. Kevin Passmore: *The Right in France from the Third Republic to Vichy*. Oxford 2013, S. 45–72.

deutlich, wie sich der Kampf um die Politik des Wortes nicht nur in der politischen Rhetorik, sondern auch in der performativen Praxis der Boulangisten und ihrer Gegner niederschlug.

Der Beitrag geht in drei Schritten vor. Zunächst wird knapp dargelegt, wie der Fokus auf das antiverbalistische Element des Boulangismus an zeitgenössische Sichtweisen anknüpfen und so auch zur Forschungsdebatte zu diesem Thema einen eigenen Beitrag leisten kann. Diese Verschiebung des Analyseschwerpunktes, so die These, macht es möglich, bestehende Deutungsansätze, die sich etwa auf den Antiliberalismus, den Antiparlamentarismus oder den Populismus beziehen, miteinander zu verknüpfen und um eine neue Dimension zu ergänzen. Die beiden weiteren Abschnitte vertiefen den gewählten Ansatz in jeweils unterschiedliche Richtungen. Während der zweite sich mit der rhetorischen Positionierung der Boulangisten und ihrer Gegner auseinandersetzt, geht der dritte und letzte näher auf die performative Dimension ein. Denn die Gegenüberstellung von Wort und Tat wurde nicht nur im Medium des Wortes, sondern auch in dem der Tat verhandelt.

II. Der Boulangismus im Kontext der Dritten Republik

In einer monumentalen Studie hat Bertrand Joly den Boulangismus einer detaillierten, multiperspektivischen Analyse unterzogen.⁵ Nach einem Überblick über die Ursachen, die Entwicklung und den Untergang der Bewegung fragt der Autor zum Schluss seiner Studie, was sein Gegenstand nun am Ende gewesen sei. Die im Titel angedeutete Antwort, dass sich die Studie mit den „origines du populisme“ auseinandersetze, ist nur scheinbar eindeutig. Denn Joly definiert den Populismus weniger als eigenes politisches Programm denn als demagogische Strategie, den Mangel einer eigenen Programmatik durch „la propagande réduite à la personnalisation et au ressentiment“⁶ zu überdecken. Der Personenkult um den charismatischen General habe ein Sammelbecken für verschiedenste politische Strömungen

5 Bertrand Joly: *Aux Origines du populisme. Histoire du boulangisme (1886–1891)*. Paris 2022.

6 Ebd., S. 728. Vgl. auch schon Roger Dupuy: *La Politique du peuple XVIII^e-XX^e siècle. Racines, permanences et ambiguïtés du populisme*. Paris 2002, S. 177–198; Dietmar Osthus: *De Boulanger à Poujade – les traditions de la rhétorique populiste en France*. In: Sandra Issel-Dombert/Aline Wieders-Lohéac (Hrsg.): *Die Krise als Krieg. Weltanschauungs- und Wortkampf populistischer Bewegungen in Krisenzeiten*. München 2019, S. 35–54.

kreiert, die sonst nur in der Ablehnung des politischen Status quo gewisse Schnittmengen gefunden hätten.

Boulanger, der nach einer erfolgreichen Militärkarriere im Januar 1886 zum französischen Kriegsminister ernannt wurde, wurde zur Projektionsfläche für diffuse, aber weit verbreitete Ressentiments gegen das republikanische Establishment. Vor allem die Ereignisse des Jahres 1887 gaben der Suche nach einer starken Alternative Auftrieb. Die Festnahme des französischen Zollbeamten Guillaume Schnaebelé durch die deutsche Polizei befeuerte den Streit mit dem Nachbarn jenseits des Rheins und setzte den Gedanken an eine Revanche für die Kriegsniederlage von Sedan 1870 erneut auf die Agenda. Im selben Jahr wurde bekannt, dass eine Gruppe von Abgeordneten – darunter der Schwiegersohn des Präsidenten Jules Grévy – in großem Stil illegal Ehrenabzeichen verkauft hatte. Solche Ereignisse verschärften den öffentlichen Unmut gegen das republikanische Regime, das immer stärker mit Korruption, Zwietracht und der Kumpanei einer vom Volk entfremdeten Politikerkaste in Verbindung gebracht wurde.⁷ In dieser Situation erschien Boulanger vielen als starker Führer, der die Einheit der französischen Nation nach innen und außen wiederherstellen und sichern könne.

Joly skizziert den Boulangismus als eine Bewegung mit einem im Wesentlichen negativen Charakter. Ihr Zusammenhalt habe sich vor allem aus der geteilten Ablehnung einer ganzen Reihe von Phänomenen ergeben, die mit dem aktuellen republikanischen Regime mehr oder weniger plausibel in einen Zusammenhang gebracht werden konnten. Da die Boulangisten durch den gescheiterten Versuch eines Staatsstreichs sowie die Flucht und den Selbstmord des Generals nie wirklich in die Lage gekommen seien, politische Verantwortung übernehmen zu müssen, seien sie auch nie gezwungen worden, sich zwischen ihren „diverses et pour le moins contradictoires virtualités“ zu entscheiden. Als politisches Phänomen sei der Boulangismus einerseits eine Reaktion auf die politische Lage der Dritten Republik nach 1879, als sich das republikanische Regime nach dem Rücktritt des monarchistisch gesinnten Präsidenten Patrice de Mac-Mahon endgültig etabliert zu haben schien. Andererseits verweise er aber auch auf die Zukunft: als Anfangspunkt einer ganzen Reihe von Krisen des Parlamentarismus, „qui va semer le doute dans toute l'Europe libérale et l'obliger peu à peu, la guer-

7 Vgl. zu diesem Aspekt mit weiteren Literaturhinweisen Anna Rothfuss: Korruption im Kaiserreich. Debatten und Skandale zwischen 1871 und 1914. Göttingen 2019, S. 130–137.

re aidant, à s'adapter au nouvel environnement, à modifier ses conceptions et à gouverner autrement".⁸

Es mag überflüssig erscheinen, dem über 800 Seiten umfassenden Opus magnum eines der prominentesten Historiker der Dritten Republik noch etwas hinzuzufügen. Doch bringt gerade die zumindest scheinbar erschöpfende Vollständigkeit von Jolys Deutung den analytischen Mehrwert einer Neuperspektivierung, die auf den Aspekt des Antiverbalismus fokussiert ist, umso deutlicher zum Tragen. Die Hervorhebung dieses Motivs bildet den Versuch, zu verstehen, wie die verwirrende Mischung aus Antirepublikanismus, Nationalismus, Korruptionskritik, Antiparlamentarismus, Autoritarismus, Antisemitismus und Elitenkritik im gegebenen Kontext eine rhetorisch und performativ überzeugende Rahmung finden konnte, welche sich in viele Richtungen als anschlussfähig erwies.

Wie in früheren Studien zum Thema ist der zentrale Analysebegriff in Jolys Boulangismus-Deutung nicht Antiliberalismus, sondern Antiparlamentarismus. Dabei kann sich der Autor auf die zeitgenössische Perspektive beziehen. Während der Liberalismusbegriff in der Dritten Republik vor dem Hintergrund des sogenannten *empire libéral*, der Spätphase des Zweiten Kaiserreichs, eher vermieden wurde, beobachteten viele Zeitgenossen den Aufstieg Boulangers als Symptom einer allgemeinen Krise des Parlamentarismus, die seit den 1880er Jahren von Intellektuellen in ganz Europa diagnostiziert wurde. In der Tat spielte die Ablehnung des Parlaments in der boulangistischen Rhetorik eine Schlüsselrolle.⁹ Die „wahre“ Republik wurde von der aktuellen „république parlementaire“ ebenso abgegrenzt wie die „wahre“ Demokratie vom parlamentarischen Repräsentationssystem, das eine oligarchische Kaste von korrupten Politikern hervorgebracht habe, die sich um den eigentlichen Volkswillen nicht länger kümmere. Der Volksverrat der Eliten sei durch die Diktatur des Parlaments besiegt, so dass ein Jahrhundert nach der großen Revolution von 1789 das „bon plaisir du roi“ vom „bon plaisir du Parlement“ ersetzt worden sei.¹⁰

Der Antiparlamentarismus des späten 19. Jahrhunderts war ein gesamt-europäisches Phänomen.¹¹ Allerdings erhielt er im französischen Kontext

8 Joly: *Aux Origines* (wie Anm. 5), S. 728.

9 Vgl. Tuula Vaarakallio: „Rotten to the Core“. Variations of French Nationalist Anti-System Rhetoric. *Jyväskylä* 2004, S. 37–56; Jean Garrigues: *Le Boulangisme est-il antiparlementaire?* In: Ders./Jean-Claude Caron (Hrsg.): *L'Antiparlementarisme en France*. Clermont-Ferrand 2013, S. 49–58.

10 La Candidature officielle. Appel de la Ligue des Patriotes. In: *La Presse*, 24.1.1889, S. 1.

11 Vgl. die Beiträge in Marie-Luise Recker/Andreas Schulz (Hrsg.): *Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa*. Düsseldorf 2018.

eine besondere Schärfe und Ausprägung.¹² Die Dominanz der Legislative im Verfassungsgefüge der Dritten Republik hatte zur Folge, dass jede Art von politischer Opposition fast notwendigerweise auf das Parlament fokussiert wurde, dem mit einiger Plausibilität die Verantwortung für jeden beliebigen Missstand zugeschrieben werden konnte. Bei der Gründung der Republik hatte es noch ein gewisses Mächtigkeitsgleichgewicht mit der Exekutive gegeben. Das Präsidentenamt war mit starken Kompetenzen ausgestattet – auch weil die Monarchisten, die zwar unter sich zerstritten waren, aber insgesamt eine Mehrheit bildeten, es als vorübergehende Institution betrachteten, die von einem wirklichen Fürsten ersetzt werden sollte, sobald die politische Zeit dazu reif sei. Als Präsident Patrice de Mac-Mahon 1877 allerdings versuchte, die republikanische Regierung Jules Simon aufzulösen, stellte sich die Mehrheit der Deputiertenkammer gegen ihn und sprach ihm das Misstrauen aus. Nach der Auflösung der Kammer und Neuwahlen verloren die Monarchisten ihre Mehrheit zunächst in der Deputiertenkammer und 1879 auch im Senat. Mac-Mahon trat zurück und wurde vom Republikaner Jules Grévy ersetzt.

Die Krise von 1879 wurde von vielen als zweite Gründung des Regimes betrachtet. Nicht nur die Republik, sondern auch die politische Vorherrschaft des Parlaments schien auf lange Zeit gesichert. Die andere Seite dieser Medaille war allerdings, dass die antiparlamentarische Rhetorik sich immer mehr zu einem Artikulationsmodus für ein breites Spektrum politischer Positionen wandelte, die mit der Institution Parlament an sich bisweilen nur noch wenig zu tun hatten.

In der älteren Forschung wurde die boulangistische Auseinandersetzung mit dem Parlament meist unter verfassungsgeschichtlichen Perspektiven betrachtet. Doch – wie weiter unten gezeigt wird – hat dieser Ansatz den Nachteil, dass der boulangistische Antiparlamentarismus zwar nichts an rhetorischer Schärfe, aber viel an argumentativer Spezifik zu wünschen übrig ließ. Auch die Vorstellung der nach dem zeitnah erwarteten „branle-bas“ zu konstituierenden Neuordnung blieb reichlich unbestimmt. Daher erscheint es gewinnbringender, die boulangistische Rhetorik als solche ernst zu nehmen und zu fragen, wo genau der thematische Fokus ihrer Ablehnung des politischen Status quo verortet war. Aus dieser Perspektive zeigt sich, dass die politische Positionierung der Boulangisten nicht nur gegen das Parlament und seine verfassungsrechtliche Stellung, sondern

12 Vgl. Jean Defrasne: *L'Antiparlementarisme en France*. Paris 1990; Jean-Claude Caron/Jean Garrigues (Hrsg.): *L'Antiparlementarisme en France*. Clermont-Ferrand 2019.

vor allem gegen den ‚Parlamentarismus‘ als Chiffre eines bestimmten Politikmodus gerichtet war. Was sie ablehnten, war weniger inhaltlich oder institutionell als modal bestimmt. Es ging um ein Phänomen, dem eine viel größere Reichweite zugesprochen wurde als nur die legislative Institution allein: um die Herrschaft der Debatte. Das ‚Parlament‘ war für dieses Abgrenzungsmanöver nicht zuletzt als paradigmatisches ‚Haus der Rede‘ die primäre Zielscheibe.

Die Deutung des Boulangismus im Licht der für die Bewegung so konstitutiven Opposition von Wort und Tat erfordert eine breite kulturgeschichtliche Kontextualisierung. Denn die Wurzeln dieser Semantik reichen weit zurück ins Revolutionszeitalter, als sich auf beiden Seiten des Atlantiks ein Politikverständnis etablierte, das maßgeblich auf den Gebrauch des Wortes ausgerichtet war. In dieser Konzeption stand der Emanzipation der Stimme des Volkes die Verpflichtung der Mächtigen gegenüber, ihrem Volk offen Rede und Antwort zu stehen, so dass sich legitime Herrschaft immer im Medium der sprachlichen Interaktion vollziehe.¹³

Die Neuperspektivierung der Herrschaft unter dem Gesichtspunkt ihres Zur-Sprache-Kommens war ein transnationales Phänomen, erhielt aber in verschiedenen Ländern jeweils eine eigene Ausprägung. Für den französischen Kontext war die schnelle Abfolge von politischen Zäsuren entscheidend, die die politische Entwicklung des Landes seit dem späten 18. Jahrhundert auszeichnete. Zeitgenossen beschrieben die aufeinanderfolgenden Regime als konjunkturelles Auf und Ab des politischen Wortes, wobei die Beurteilung mit ihrer jeweiligen Position auf dem politischen Spektrum korrelierte. In Abgrenzung zum angeblichen Mutismus des Ancien Régime war die Revolution von 1789 als Befreiung der *vox populi* und als Emergenz einer freien Debatte der Nation mit sich selbst erfahren worden. „Le silence règne autour des trônes“, meinte der Jakobiner Louis-Antoine Saint-Just, „ce n'est que chez les peuples libres qu'on a souffert le droit de persuader ses semblables.“¹⁴ Seine Gegner hielten ihm entgegen, dass gerade die Terrorherrschaft des Wohlfahrtsausschusses eine „morne silence“¹⁵ über Frankreich gelegt habe.

In den nachfolgenden Jahrzehnten rückte die Semantik des politischen Wortes dauerhaft ins Zentrum politischer Kontroversen. Während Kon-

13 Vgl. dazu Theo Jung: Qui tacet. Die Politik des Schweigens im Europa des langen 19. Jahrhunderts, Habil.-Schr. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. 2021.

14 Louis-Antoine-Léon de Saint-Just: Discours pour la défense de Robespierre. Séance du 9 thermidor an 2 (27 juillet 1794). In: Ders.: Œuvres. Paris 1834, S. 338–358, hier S. 354.

15 Laurent Lecointre: Les Crimes de sept membres des anciens Comités de Salut Public et de Sureté Générale. [Paris] 1794/1795 [an III], S. 10.

servative den neu entstandenen Wörterkrieg aller gegen alle beklagten, betrachteten progressive Kräfte die Entfesselung der Stimme der Nation als entscheidenden Schritt ihrer politischen Emanzipation. Im Rückgriff auf antike Topoi wurde das Ausmaß an politischer Freiheit mit dem Zustand der öffentlichen Redekunst in Verbindung gebracht: In autoritären Regimen gedeihe nur die Kunst des Schmeicheln, während eine wahre Rhetorik nur da entstehe, wo jeder (nicht per se auch jede) die Hoffnung haben könne, durch das Überzeugen seiner Mitbürger Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinwesens zu nehmen. Vor diesem Hintergrund funktionierten Aussagen über den Verfall der Redekunst oder ihr Wiederaufleben als Stellvertreterdiskurs für die Auseinandersetzung mit politischer Repression im Allgemeinen.¹⁶

Unter der Herrschaft Napoleons implizierte schon der bloße Verweis auf die wechselseitige Bedingung von Eloquenz und Freiheit eine kritische Stellungnahme. Dies bekam der populäre Publizist Jean-Augustin Amar zu spüren, als das Kapitel über die jüngere politische Rhetorik in seinem *Cours complet de rhétorique* 1804 vom Zensor vollständig gestrichen wurde.¹⁷ Erst nach der Restauration der bourbonischen Monarchie 1814 konnte der Autor in einer Neuauflage das Kapitel in der ursprünglichen Länge aufnehmen. In einer neuen Einleitung drückte er seine Freude über die Tatsache aus, dass die neu etablierte Monarchie auch die politische Rhetorik in Frankreich wieder zur Geltung gebracht habe. Seit die aktuelle Regierungsform die Franzosen wieder dazu auffordere zu diskutieren, könnten sich die Rhetorikexperten auch wieder ihrer natürlichen Aufgabe widmen, „l’homme d’État, l’orateur politique“ auszubilden.¹⁸

Dass die Restauration die Zunge der Nation nach dem napoleonischen Regime des Schweigens wieder entfesselt hatte, war ein zentrales Motiv zeitgenössischer Politikdiskurse, das sich über die schnellen Regimewechsel hinweg hielt. Nach dem relativen Verstummen der öffentlichen Debatte in der Endphase der Julimonarchie wurde die Februarrevolution 1848 erneut als „explosion de parole“¹⁹ begrüßt, wie es der Literaturwissenschaftler

16 Pseudo-Longinos, *Sublim.* 44. Vgl. Peter Philipp Riedl: Öffentliche Rede in der Zeitenwende. Deutsche Literatur und Geschichte um 1800. Tübingen 1997, S. 17–154; Jean Starobinski: *Eloquence and Liberty*. In: *Journal of the History of Ideas* 38 (1977), [2], S. 195–210.

17 Jean-Augustin Amar: *Cours complet de rhétorique, d’après les rhéteurs anciens et modernes*. Paris 1804.

18 Ders.: *Conciones français, ou Choix de discours tirés des historiens et orateurs français*. Paris 1822.

19 Alain Vaillant: *Révolutions politiques et extinctions de voix*. In: Hélène Millot/Corinne Saminadayer-Perrin (Hrsg.): *1848, une révolution du discours*. Saint-Étienne 2001, S. 13–26, hier S. 14.

Alain Vaillant ausgedrückt hat. Mit der Gründung der Zweiten Republik schien sich die Verbalpolitik neu etabliert zu haben. Doch dies galt nur für kurze Zeit, denn mit dem Staatsstreich des Präsidenten Louis-Napoléon Bonaparte 1851 kehrte auch die anti-deliberative Neigung seines Onkels wieder. Die Rechte des Parlaments wurden eingeschränkt und die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit beschnitten. Zumindest in den Augen seiner Gegner stellte sich das Zweite Kaiserreich erneut als „régime infâme du silence“²⁰ dar.

Diese Vorgeschichte prägte die politischen Richtungskämpfe in der Frühphase der Dritten Republik nach 1870. Die Republikaner verstanden sich als Erben der Opposition des Zweiten Kaiserreichs, deren lang geknebelte Stimme endlich frei zum Erklingen komme. Ihre Gegner versuchten dagegen, der angeblichen maßlosen Geschwätzigkeit des neuen Regimes Einhalt zu gebieten. In den meisten Fällen erschöpften sich ihre antiverbalistischen Positionierungen selbst in verbalen Stellungnahmen. Doch in der Boulangismuskrise zeigte sich, dass sie zum Katalysator für politische Kräfte werden konnten, die sich gegen die redselige Sterilität der republikanischen Ordnung auf die schweisgsame Tatkraft einer alternativen Herrschaftsform beriefen.

III. Rhetorische Positionskämpfe

Dass der Boulangismus auf einen General fokussiert war, war kein Zufall. Im Volksmund hieß die Armee *la grande muette* oder *silencieuse* – ein Ausdruck, der auf den Dichter-Offizier Alfred de Vigny zurückging und die Vorstellung einer wesentlich unpolitischen, anti-deliberativen und daher zumindest potenziell auch antiparlamentarischen Macht zum Ausdruck brachte.²¹ Im Topos des schweigenden Heeres überlagerten sich mehrere zentrale Konfliktlinien der französischen Geschichte. Im engeren Sinne bezog es sich auf die Vorstellung des unbedingten militärischen Gehorsams, nach der jeder Befehl unmittelbar und ohne vorherige Prüfung am individuellen Gewissen des Soldaten oder am Konsens der Truppe ausgeführt werden sollte. Seit 1791 enthielten die französischen Verfassungen jeweils

20 Charles Ribbyrolles: Le Silence. In: L'Homme: Journal de la démocratie universelle, 21.6.1854, S. [1].

21 Alfred de Vigny: Souvenirs de servitude militaire. In: Ders.: Œuvres. Bd. 7, Brüssel 1835, S. 5–49, hier S. 37. Vgl. als Überblick John Steward Ambler: The French Army in Politics, 1945–1962. o. O. 1966, S. 1–55.

verschiedene Varianten des Passus „La force publique est essentiellement obéissante; nul corps armé ne peut délibérer“.²²

In der ersten Jahrhunderthälfte war mit Blick auf die Nationalgarde bisweilen noch das Konzept von „baïonnettes intelligentes“ beziehungsweise „délibérantes“ diskutiert worden. In Bezug auf das Heer wurden solche Ideen aber allgemein strikt abgelehnt. Vor allem vor dem Hintergrund der auch in der Dritten Republik immer wieder aktuellen Angst vor dem militärischen Staatsstreich wurde von den französischen Soldaten unbedingter Gehorsam ohne Widerrede erwartet. Aus demselben Grund wurde ihnen auch die politische Partizipation untersagt. Soldaten im aktiven Dienst besaßen kein aktives und seit 1875 auch kein passives Wahlrecht.²³ Öffentliche Stellungnahmen zu politischen Fragen bedurften einer vorherigen Genehmigung durch den Kriegsminister. In der Praxis fanden Militärs allerdings durchaus Wege, ihre Stimme in der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen. In der Presse waren vor allem Offiziere mit anonymisierten Beiträgen und Leserbriefen dauerhaft präsent. Gerade auch neue journalistische Formate wie das Interview eigneten sich für gezielte Indiskretionen und Anspielungen auf tagespolitische Fragen.²⁴

Über die Paradoxien der öffentlichen Stellung des Militärs hinaus fungierte die Fiktion des schweigenden Heeres als Kristallisationspunkt für antiparlamentarische Tendenzen. Die Armee galt als Paradigma der geschlossenen Einigkeit und der unbeugsamen Tatkraft sowie als Inkarnation des über allen Parteiinteressen stehenden nationalen Willens – und damit gleich in dreifacher Hinsicht als Gegenpol zum Parlament. Schon die Regierung des *ordre moral* unter Präsident Mac-Mahon hatte vom Prestige des ehemaligen Maréchal de France, der bei Sedan verwundet worden war und als Oberbefehlshaber der Armee von Versailles 1871 die Niederwerfung der Pariser Kommune organisiert hatte, profitiert. Nach dessen Rücktritt entstand hier vorübergehend eine symbolische Lücke, die erst in den 1880er Jahren wieder gefüllt wurde – vom *général Revanche*, Georges Boulanger.

Während der Kriegsminister ab Januar 1886 durch seine Armee Reformen beständig an Popularität gewann, wurde er durch seine eigenmächtigen

22 Assemblée Nationale: Constitution française, 14.9.1791, Titre III, Chap. IV, Art. 12.

23 In der ersten Wahlperiode der Dritten Republik befanden sich in der Chambre des Députés noch 39 aktive und 47 ehemalige Offiziere. Vgl. Francis Perrot: L'Uniforme et la toge. Les officiers élus à l'Assemblée nationale (1871–1875). In: Parlement[s] (2011) [16], S. 49–60.

24 Vgl. Olivier Forcade: Les Murmures de la „Grande Muette“ sous la Troisième République. In: Ders./Éric Duhamel/Philippe Vial (Hrsg.): Militaires en république, 1870–1962. Les officiers, le pouvoir et la vie publique en France. Paris 1999, S. 507–520.

Stellungnahmen für die Regierung innen- wie außenpolitisch zu einem kompromittierenden Faktor. Nach einem Regierungswechsel im Mai 1887 wurde er nicht wieder berufen und stattdessen zum Befehlshaber eines Armeekorps ernannt. Doch seine nunmehr rein militärische Stellung hinderte ihn nicht daran, sich mit Unterstützung von Paul Déroulède und dessen Ligue des Patriotes in die Politik einzumischen. Als Boulanger Anfang 1888 mehrmals nach Paris kam, ohne um Dienstururlaub ersucht zu haben, und von seinen Anhängern ungeachtet seines militärischen Status als Kandidat bei den Nachwahlen zum Parlament im Februar aufgestellt wurde, erfolgte zunächst seine Suspendierung und schließlich die Entlassung aus der Armee.

In der Folgezeit konzentrierte sich Boulanger vollständig auf die Politik. Schon 1887 hatten bei einer Nachwahl im Département Seine mehr als 100.000 Wähler den Namen des berühmten Generals handschriftlich auf ihrem Wahlzettel ergänzt, obwohl dieser als Offizier gar nicht berechtigt war zu kandidieren.²⁵ Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst war der Weg zur Kandidatur frei. Bei den Nachwahlen vom 15. April 1888 wurde Boulanger im Département Nord mit überwältigender Mehrheit zum Abgeordneten gewählt.

Das Bild eines wortkargen Kriegers, das die boulangistische Propaganda vom General zeichnete, hatte mit dessen tatsächlicher Kommunikationspraxis wenig zu tun. Denn ein Schweiger im wörtlichen Sinne war Boulanger keineswegs. Schon während seiner Militärzeit und auch später als Kriegsminister stach er gerade durch ständige öffentliche Stellungnahmen hervor. Dabei meldete er sich nicht nur selbst lautstark zu Wort, sondern beherrschte vor allem die Kunst, durch gezielte Provokationen von sich reden zu machen. Aus deutscher Sicht – wo ihm der sprichwörtliche „große Schweiger“ Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke gegenübergestellt wurde – zeichnete sich Boulanger gerade dadurch aus, dass er als „général qui parle beaucoup et promet trop“ den eigentlichen militärischen „valeur muette“ vermissen lasse.²⁶

Doch hing Boulangers Ruf als Schweiger paradoxerweise gerade mit der Eigenart seiner öffentlichen Rhetorik zusammen, die sich durch eine besondere Fertigkeit in der Kunst der vieldeutigen Anspielung auszeichnete. Schon 1886 hatte der Kriegsminister durch die ‚scherzhafte‘ Bemerkung im

25 Die Aktion war vom Schriftleiter der konservativen Tageszeitung *L'Intransigeant*, Henri Rochefort, organisiert worden.

26 Zit. nach der französischen Übersetzung Alfred Ruhemann: *Le Général Boulanger, réformateur de l'armée française. Jugé par l'ennemi*. 2. Aufl. Paris 1887, S. 63 f.

Ministerrat Empörung ausgelöst, dass er, wenn er wolle, seine Kollegen nur allzu leicht ins Gefängnis werfen könne. Eine solche Aussage weckte ungute Erinnerungen an einen ähnlichen ‚Scherz‘ des Generals Saint-Arnaud, der kurz vor dem Staatsstreich Louis-Napoléons am 2. Dezember 1851 beim Verlassen des Parlaments gesagt hatte: „On fait trop de bruit dans cette maison, je vais chercher la garde.“²⁷ Vor diesem Erfahrungshintergrund war Boulangers Anspielung nur für ihn selbst und seine Anhänger amüsant.

Weitere Skandale folgten. Indem Boulanger in seinen öffentlichen Äußerungen wiederholt die Möglichkeit eines Revanchekriegs gegen Deutschland oder eines antirepublikanischen Staatsstreichs andeutete, versetzte er seine Gegner in ständige Aufregung. Gleichzeitig schürte er bei seinen eigenen Anhängern große Hoffnungen, zumal seine Anspielungen geschickt um die großen politischen Leitbegriffe der Zeit kreisten (Republik, Freiheit, Ordnung, Revolution), ohne sich jemals auf konkrete politische Aussagen und Ziele festzulegen.

In mancher Hinsicht war die politische Positionierung der Boulangisten im Wahlkampf an den Bonapartismus angelehnt. Mit der Parole „Dissolution, Révision, Constituante“ lag der Schwerpunkt der Propaganda auf der Auflösung des Parlaments und einer Reform der Verfassungsbestimmungen von 1875. Allerdings gestaltete sich das politische Programm der Boulangisten eher als flexible Sammlung von Forderungen denn als kohärentes Manifest.²⁸ Während die Regierung nur noch einem neu zu bildenden *conseil suprême* verantwortlich sein sollte, war geplant, das Amt des Staatspräsidenten mit weitreichenden Vetomächten auszustatten. Regelmäßige Plebiszite würden es ermöglichen, die repräsentativen Mittelsmänner zu umgehen, während das Parlament in ein „Corps législatif muet“ verwandelt werden sollte: Seine Abgeordneten würden das Volk „plus efficacement que par des paroles“ repräsentieren, indem sie über die vom Staatsrat vorbereiteten Gesetzentwürfe auf der Basis eines imperativen Mandats ihrer Wähler ohne Diskussion abstimmten.²⁹

Solche Forderungen wirkten eher evokativ und provokativ als konkret. Doch war die inhaltliche Offenheit gewissermaßen selbst programmatisch, da sie Mobilisierungskraft mit Anschlussfähigkeit nach allen Seiten kombi-

27 [M.]: M. le général Boulanger se croit évidemment tout permis. ... In: Journal des débats politiques et littéraires, 26.6.1886, Morgenausgabe, S. 1; Le Général Boulanger. In: Le XIXe siècle, 1.7.1886, S. 1; [Champvans]: Correspondance. In: La Croix, 22.4.1888, S. [2].

28 Bertrand Joly: Les Projets constitutionnels du boulangisme. In: Bibliothèque de l'École de Chartres 166 (2008), [2], S. 515–541.

29 Die Zitate stammen aus einem Bericht von Le Parti national, zit. nach Le Programme. In: L'Écho de Paris, 20.4.1888, S. 1.

nierte. Zeitgenossen blieb der taktische Sinn der gezielten Vagheit des boulangistischen Programms nicht verborgen. In einem satirischen Lied des Chansonniers Jules Jouy auf die Melodie eines populären Gassenhauers, das 1888 kursierte, flehten seine Unterstützer den General an, seine Pläne weiterhin im Unbestimmten zu lassen:

„Reste immobile et muet comme un sphynx. / Entre tous les partis fais la navette; / [...] / Auprès de toi, bavard vous semble un phoque; / Mais ton silence est pour moi plein d'appas, / Laisse-moi spéculer sur l'équivoque; / Ne parle pas, Georges, ne parle pas!“³⁰

Die ziemlich wortgewaltige Schweigsamkeit des Boulangismus könnte den Eindruck erwecken, dass die antiverbalistische Semantik eine bloße Fassade – man wäre versucht zu sagen: nichts als Gerede – darstellte. Doch greift eine solche Gegenüberstellung von politischer Rhetorik und Realität zu kurz.

Bevor wir im Folgenden näher auf die performativen und organisatorischen Konsequenzen eingehen, welche die antiverbalistische Politikvorstellung der Boulangisten mit Leben füllten, ist darauf hinzuweisen, dass die Entgegensetzung von Wort und Tat nicht nur auf Seiten der Boulangisten, sondern auch von ihren republikanischen Gegnern aufgegriffen wurde. Indem sie das Selbst- und Fremdverständnis der beiden Gruppen und deren Situationsdefinition prägte, handelte es sich bei dieser Semantik also um weit mehr als bloße Worte.

Eine der politischen Arenen, in denen diese Konfliktlinie zur Aushandlung kam, war wenig überraschend das Parlament selbst. Seine Dominanz im republikanischen Verfassungsgefüge hatte paradoxerweise auch zur Folge, dass die Boulangisten letztlich auf das Parlament angewiesen waren, um ihrem antiparlamentarischen Programm Gewicht zu verleihen. Nach den ersten Wahlerfolgen bot sich dafür die Gelegenheit: Am 4. Juni 1888 brachte Boulanger eine radikale Reformvorlage in die Abgeordnetenkammer ein. Nach seiner erläuternden Rede, die von den Vertretern der republikanischen Mehrheit ständig mit Zwischenrufen unterbrochen wurde, zeigte sich, dass die Republikaner die politische Debatte nicht so einfach aufgeben würden. Georges Clemenceau, der den General in dessen politischen Anfangsjahren noch unterstützt hatte, sich aber inzwischen zu einem seiner prominentesten Widersacher stilisierte, meldete sich mit einer flammenden Verteidigung der parlamentarischen Diskussion zu Wort:

30 Jules Jouy: Les Dragons de Boulange. Parodie des dragons de Villars. Air: Ne parle pas, Rose, je t'en supplie! A Victorine Demay. In: Jules Jouy: Chansons de bataille. Paris 1889, S. 78 f.

„Ces discussion ont leur inconvénients, le silence en a davantage. / (Vifs applaudissements à gauche et au centre.) / Oui! gloire aux pays où l'on parle, honte aux pays où l'on se tait. Si c'est le régime de discussion que vous croyez flétrir sous le nom de parlementarisme, sachez-le, c'est le régime représentatif lui-même, c'est la République sur qui vous osez porter la main. (Nouveaux applaudissements à gauche.)“³¹

Die Parteinahme für das republikanische Diskussionsregime war kraftvoll, bot seinen Gegnern aber auch eine weitere Angriffsfläche. Ein sozialistischer Kandidat, der in Paris persönlich gegen Boulanger angetreten war, gab Clemenceau in einem kurze Zeit danach veröffentlichten Pamphlet zur Antwort, dass dessen Apologie der parlamentarischen Debatte deren sterile Geschwätzigkeit nur noch unterstreiche:

„En définitive, il n'y a dans tout cela que des déclamations creuses, que des mots, et rien que des mots. Et il n'en pouvait être autrement, le parlementarisme étant par-dessus tout un régime de bavardage pour ne rien dire, et surtout pour ne rien faire.“³²

Doch konterten die Republikaner, indem sie die reale gestalterische Macht des parlamentarischen Wortes hervorhoben. In einem Pamphlet verwies Yves Guyot zum Vergleich auf die „Chambre muette“ des Zweiten Kaiserreichs, in der die parlamentarische Debatte außer Kraft gesetzt gewesen war. Obwohl von einer solch geknebelten Legislative nach den Vorstellungen der Boulangisten größte Effizienz zu erwarten gewesen wäre, schlage einem beim Öffnen des Gesetzblattes dieser Jahre nur gähnende Leere entgegen. Demgegenüber habe die Dritte Republik seit der Krise von 1877 trotz der angeblichen Geschwätzigkeit seiner parlamentarischen „bavards“ eine ganze Reihe von bedeutenden Reformen hinsichtlich der Versammlungs- und Pressefreiheit, des Bildungswesens, der Gewerkschaften und der Wehrpflicht in die Wege geleitet: „Il les réalisera avec le concours de tous, en s'inspirant des libres discussions auxquelles tous peuvent prendre part; il les réalisera par la liberté et par la discussion.“³³

Boulangers Vorlage zur Verfassungsreform fand keine Mehrheit. Als auch ein weiterer Antrag, das Parlament vorzeitig aufzulösen, nach einer tumultuösen Sitzung abgelehnt worden war, legte der ehemalige General sein Mandat nieder.³⁴ Doch war sein Rücktritt alles andere als geräuschlos.

31 Journal Officiel de la République française. Débats parlementaires, Chambre des députés [künftig zit. als :JO], 4.6.1888, S. 1637.

32 Paul Émile Laviron: *Boulangisme et parlementarisme*, 2. Aufl. Paris 1888–1889, S. 18 f.

33 Yves Guyot: *Le Boulangisme*. Paris 1888, S. 34 f.

34 JO, 12.7.1888, S. 2093–2096.

Da Ministerpräsident Charles Floquet Boulanger in der Debatte bezichtigt hatte, eine Diktatur anzustreben, kam es am nächsten Tag zu einem Duell zwischen beiden, bei dem Boulanger am Hals verwundet wurde. Das nun auch buchstäbliche Gefecht zwischen dem höchsten Vertreter des Regimes und dessen Erzfeind wurde in der Presse ausgiebig kommentiert.

Seine parlamentarische Niederlage steigerte die Popularität Boulangers außerhalb der Kammer nur noch weiter. Im August wurde er gleich in drei Départements wiedergewählt und in den Nachwahlen vom Januar 1889 konnte er sogar einen Kandidaten der Radikalen in deren Hochburg Paris besiegen. Doch Vorschläge aus seinem Umfeld, das entstandene Momentum zu nutzen, um durch einen Staatsstreich die Macht an sich zu reißen, lehnte Boulanger nach kurzem Zögern schließlich ab. Inzwischen hatte die republikanische Regierung zunehmend konkrete Maßnahmen gegen die boulangistische Gefahr eingeleitet. Die Mehrfachkandidatur in verschiedenen Wahlkreisen, welche für die auf eine Einzelperson ausgerichtete Bewegung entscheidende Vorteile bot, wurde kurzerhand abgeschafft. Gleichzeitig wurde gegen Boulanger und einige Anhänger Anklage wegen Verschwörung gegen die Staatsmacht erhoben. Um einer Verhaftung zuvorzukommen, setzte sich Boulanger ins Exil ab. Bei den darauffolgenden Wahlen im September 1889 erhielten die übriggebliebenen Boulangisten nur noch 38 Mandate.³⁵

IV. Performative Auseinandersetzungen

Die Gegenüberstellung von Wort und Tat prägte das Selbstverständnis der Boulangisten ebenso wie ihre Fremdwahrnehmung von Seiten der republikanischen Eliten. Insofern trug sie zu einer Situationsdefinition bei, die mit den jeweiligen inhaltlichen Positionen – sofern diese überhaupt existierten – nicht notwendigerweise korrespondierte. Indem sie jedoch deren gegenseitige Deutung prägte, trug die Opposition zur Ausgestaltung der Konfliktlage Wesentliches bei. Obwohl in diesem Prozess die wechselseitigen rhetorischen Positionierungen eine Schlüsselrolle spielten, blieb es nicht dabei. Gerade das performative Auftreten der Boulangisten und die gegnerischen Reaktionen, die sie damit auslösten, verliehen der Vorstellung Gewicht, dass ihre Auseinandersetzung einen Prinzipienkampf zwischen

35 Elfi Bendikat: Wahlkämpfe in Europa 1884 bis 1889. Parteiensysteme und Politikstile in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wiesbaden 1988, S. 394.

der Verbal- und der Tatpolitik darstelle. Die rhetorische Herabsetzung der ‚bloßen Politik des Wortes‘ war Teil einer breiteren Abgrenzungsstrategie, die sich nicht zuletzt auch im politischen Habitus als Alternative zum ‚Parlamentarismus‘ im weitesten Sinne positionierte. An dieser Stelle wurde auch klar: Es war letztlich gar nicht so sehr das politische Wort an sich – auf das auch der Boulangismus nicht verzichten konnte oder wollte –, von dem sich die Strömung abgrenzte. Vielmehr lehnte sie sich gegen eine ganz spezifische Vorstellung der pluralistischen, deliberativen und nach festen Regeln ablaufenden Debatte auf – im zeitgenössischen Sprachgebrauch also gegen die ‚parlamentarische Rede‘.

Der spektakuläre Propagandaaufwand des Boulangismus ist schon von Zeitgenossen ebenso wie später von der historischen Forschung als Auftakt des politischen Massenzeitalters gedeutet worden.³⁶ Die Bewegung betrieb einen intensiven Personenkult, der von eigenen Presseorganen, Versammlungen und Demonstrationen über Pamphlete, Lieder, Photographien und Karikaturen bis hin zu (erstmalig mehrfarbigen) Wahlplakaten reichte. Über seinen multimedialen Charakter hinaus lag die Besonderheit des boulangistischen Propagandaauftretens vor allem in seiner neuartigen Organisationsstruktur. Während die meisten französischen Wahlkämpfe weiterhin auf klein angelegte, lokale Ereignisse beschränkt blieben, traten die Boulangisten mit einer straff koordinierten nationalen Kampagne hervor. Die Kosten waren entsprechend hoch. Es hieß, dass die konservative Herzogin d'Uzès allein für die Wahlen vom Januar 1889 eine halbe Million Franc investiert habe, in der Hoffnung, ein Sieg des Generals würde den Weg für eine Rückkehr des in ihren Augen legitimen Thronprätendenten, den Comte de Paris, ebnen.

Was den Boulangismus aus zeitgenössischer Sicht zu einem neuartigen politischen Phänomen machte, war weniger der Personenkult an sich (der etwa auch aus dem Bonapartismus bekannt war) als vielmehr der radikale politische Stilwechsel. Die boulangistische Propaganda grenzte sich auch performativ von der politischen Kultur der Republik ab, die sie als elitäres und steriles Gerede denunzierte. Demgegenüber legte sie den Schwerpunkt auf die symbolische Demonstration der Kraft, Energie und Einigkeit der Bewegung selbst. Dieser praktische Kontrast, der die semantische Opposi-

36 Siehe exemplarisch Arthur Meyer: *Ce que mes yeux ont vu*. 43. Aufl. Paris 1911, S. 61–98, sowie aus der Forschung Patrick H. Hutton: *Popular Boulangism and the Advent of Mass Politics in France, 1886–1890*. In: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), [1], S. 85–106; James R. Lehning: *To Be a Citizen. The Political Culture of the Early French Third Republic*. Ithaca, NY 2001, S. 155–181.

tion von Wort und Tat gleichzeitig konkretisierte und weiter verfestigte, schlug sich besonders deutlich in der politischen Versammlungskultur nieder.

Wie die Politikwissenschaftlerin Paula Cossart gezeigt hat, hatte sich in der Frühphase der Dritten Republik die *réunion contradictoire* als maßgeblicher Versammlungsmodus etabliert.³⁷ Organisatorisch wie praktisch waren Versammlungen dieses Typs an einer quasi-parlamentarischen Formsprache orientiert. Zu Anfang wurde ein Vorstand gewählt, der die Ordnung zu wahren hatte. Es gab mehrere Redner, die verschiedene Standpunkte und Lager vertraten und nicht nur miteinander, sondern auch mit dem Publikum in Diskussion traten. Da der Zutritt zu solchen Zusammenkünften prinzipiell jedem offen stand, betrachteten Zeitgenossen sie als Quasi-Volksversammlungen, die als momentane Repräsentation des (lokalen) Volkswillens gelten durften. Zu dieser Vorstellung gehörte auch ihr deliberativer Charakter, der sich auf das Verhältnis der Redner zueinander, aber auch auf deren Verhältnis zum Publikum bezog. Sich dem argumentativen Wortgefecht zu entziehen, indem man nur gleichgesinnte Redner einlud oder das Publikum auf die eigene Anhängerschaft einschränkte, wurde allgemein als feige abgelehnt.

Natürlich waren die so konzipierten Versammlungen in der Praxis keineswegs konfliktfrei. Das Publikum erhob Anspruch auf eine aktive Rolle, die neben Fragen und eigenen Diskussionsbeiträgen regelmäßig auch Zwischenrufe und andere Störungen umfasste. Während der Vorstand bemüht war, derartige Unruhe nach Möglichkeit zu unterbinden, wurde sie zeitgenössisch – innerhalb bestimmter habitueller Grenzen – als wesentlicher und legitimer Bestandteil der Versammlungspraxis geduldet.

Wie in anderen europäischen Ländern auch zeichnete sich in den 1880er Jahren allerdings eine deutliche Intensivierung der Störungen ab. Während solche Zwischenfälle zuvor in der Regel spontan von Einzelpersonen oder kleinen Grüppchen ausgegangen waren, wurde daraus zunehmend eine koordinierte und gewissermaßen konventionalisierte Aktionsform politischer Gruppen.³⁸ Schon in den Anfangsjahren der Dritten Republik taten sich die

37 Paula Cossart: *Le Meeting politique. De la délibération à la manifestation (1868–1939)*. Rennes 2010, S. 84–102, 123 f.

38 Vgl. ebd., S. 200–235, sowie zum deutschen Kaiserreich Theo Jung: *Streitkultur im Kaiserreich. Politische Versammlungen zwischen Deliberation und Demonstration*. In: Andreas Braune/Michael Dreyer/Markus Lang/Ulrich Lappenküper (Hrsg.): *Einigkeit und Recht, doch Freiheit? Das Deutsche Kaiserreich in der Demokratiegeschichte und Erinnerungskultur*. Stuttgart 2021, S. 101–120.

Sozialisten und Anarchisten gelegentlich als „trouble-fête des meetings“³⁹ hervor. Doch blieben deren Störungsversuche auf vereinzelte Ausnahme-situationen beschränkt. Dies änderte sich in der Boulangismuskrise.

Der General wurde von seinen Anhängern als ein Mann der Tat inszeniert, der dem sterilen Wortschwall der Republikaner ein Ende setzen würde. In den zu seiner Unterstützung organisierten Versammlungen lag der Fokus daher nicht auf der diskursiven Auseinandersetzung, sondern auf der Demonstration kollektiver Einmütigkeit. Obwohl die Reden weiterhin den Hauptprogrammpunkt dieser Versammlungen bildeten, handelte es sich immer öfter um die monologische Inszenierung des einzelnen Redners vor einem politisch homogenen Publikum, dessen Beteiligung sich auf die massenhafte Anwesenheit und möglichst lautstarke Unterstützung beschränkte. Die politische Versammlung wurde dadurch, wie es Cossart ausdrückt, von einem Ort der Deliberation zu einer „manifestation de force“, zu einem kollektiven Aktionsmodus, dessen performativer Kern in der öffentlichen Inszenierung der überlegenen Durchsetzungskraft der eigenen Gruppe lag.

Dieselbe Einstellung prägte auch die boulangistische Haltung zu den gegnerischen Versammlungen, die regelmäßig durch eigens dafür formierte Banden gestört oder gesprengt wurden. Im Wahlkampf von 1889 erreichten diese Störungen einen Höhepunkt. Während einer Rede des offiziellen, vom Regime unterstützten Kandidaten André Jacques fingen, wie die konservative Tageszeitung *La Croix* berichtete, die anwesenden Boulangisten an, das Lied „Frère Jacques, dormez-vous“ zu singen. Anhänger des Kandidaten wurden mit Stockschlägen vom Rednerpult verjagt und sahen sich gezwungen, Tränengas einzusetzen, um ihren Rückzug zu sichern. Bei einer anderen Kundgebung hielt ein Anhänger eine Lobrede auf Jacques, während das Publikum mit Fäusten aufeinander losging. „Que voulez-vous“, habe einer der Kombattanten gesagt, „c'est de la discussion que jaillit la lumière.“⁴⁰

Nicht immer arteten solche Zusammenstöße tatsächlich in Gewalt aus. Bei einer weiteren Versammlung für Jacques, die ausdrücklich als kontradiktorische „réunion publique“ angekündigt war, bei der „la liberté la plus absolue serait garantie à la tribune à tous les orateurs, sans distinction d'opinion“⁴¹, hatten sich, so berichtete das republikanische *Journal des débats*, die Jacquisten und die Anhänger ihres sozialistischen Gegners Frédéric Boulé zunächst ganz gut vertragen. Nach einiger Zeit hätten sich

39 Au Cirque d'hiver. In: *Le Matin*, 31.7.1887, S. 1.

40 Réunions. In: *La Croix*, 19.1.1889, S. 2.

41 Les Réunions électorales. In: *Journal des débats politiques et littéraires*, 20.1.1889, S. 2.

allerdings die Boulangisten immer lautstärker mit Zwischenrufen und anderen Störungen eingemischt, so dass man im Getöse bald nichts mehr von den Reden gehört habe. Nach einer tumultuösen Abstimmung wurde die Versammlung aufgelöst, wonach sich ein Sängerkrieg ergab, bei dem die jeweiligen Lager die *Carmagnole* einerseits und verschiedene boulangistische Lieder andererseits gegeneinander anstimmten.

In einem Jahresrückblick beschrieb ein Zeitgenosse den Pariser Wahlkampf von 1889 als „une orgie de réunions publiques ou privées [...] que plusieurs furent troublées par les bandes organisées qu'y envoyaient les amis de M. Boulanger et la Ligue des patriotes, organisée militairement pour la circonstance“. Der abschließende Kommentar des Autors unterstrich, wie solche politischen Truppen von den Gegnern des Boulangismus beurteilt wurden: „rien de moins imposant que ces assises du peuple souverain.“⁴²

Von republikanischer Seite wurden die Versammlungsstörungen wenig überraschend als Symptome eines allgemeinen Kulturverfalls skandalisiert. Aus ihrer Perspektive wurde eine Kultur der höflichen und rationalen Debatte durch das Auftreten unzivilisierter Massen untergraben. Dabei war es ihnen ein Leichtes, die Störungen als illegitime Mundtot-Machung der *vox populi* darzustellen. Allerdings war die Praxis auch hier weniger eindeutig, als es in solchen empörten Diskursen schien. Die Republikaner waren am Gestaltwandel der Versammlungen selbst nicht unbeteiligt. Um sich gegen die gegnerischen Aktionen zu wappnen, zogen auch sie sich zunehmend aus den kontradiktorischen Versammlungen zurück und organisierten stattdessen geschlossene Parteitage, welche von eigens zu diesem Zweck organisierten Gruppen wehrhafter Jugendlicher geschützt wurden. Außerdem konnten sie – vor allem in der Spätphase des Boulangismus – auf die Unterstützung der lokalen Ordnungskräfte zählen. Die Boulangisten bezichtigten die Polizei, die Versammlungen des Generals unter dem Vorwand der Wahrung der öffentlichen Ordnung absichtlich aufzulösen. Einem Bericht zufolge hätten die Polizisten bei zumindest einer Gelegenheit sogar selbst gestört, indem sie verschiedene Tierlaute nachahmten. Die Boulangisten hätten allerdings mit Akklamationen „Vive Boulanger!“ dagegeengehalten.⁴³

42 André Daniel: *L'Année politique 1889*. Paris 1890, S. 11.

43 Maxime Lecomte: *Le Boulangisme dans le Nord. Histoire de l'élection du 15 avril*. Paris 1888, S. 182–183, zit. nach Pierre Guiral/Guy Thuillier: *La Vie quotidienne des députés en France de 1871 à 1914*. Paris 1980, S. 60. Vgl. zur Rolle der Polizei auch Bruce Fulton: *The Boulanger Affair Revisited. The Preservation of the Third Republic, 1889*. In: *French Historical Studies* 17 (1991) [2], S. 310–329, hier S. 319.

Die zeitgenössische Frage beantworten zu wollen, wer letztlich mit den Störungen begonnen hatte oder wer dafür verantwortlich war, dass sich die politische Debattenkultur der Dritten Republik wandelte, erscheint relativ müßig. Im Rahmen unserer Fragestellung ist vielmehr darauf hinzuweisen, dass die Auseinandersetzung um die Gestalt der politischen Versammlung zu einem Stellvertreterdiskurs für politische Grundsatzfragen wurde.

In den Augen des republikanischen Anführers Jules Simon griffen die Boulangisten mit den Versammlungen das Herz der politischen Kultur der Republik an. Im Wahlkampf von 1889 beobachtete er, dass nur noch auf dem Land gewisse Reste der früheren republikanischen Debattenpraxis existierten, bei der politische Gegner einen scharfen, aber stets respektvollen Diskurs führten, wonach das heterogen zusammengesetzte Publikum die Gelegenheit erhielt, seine Zustimmung oder Ablehnung zu äußern. In den Städten jedoch und vor allem in Paris komme einem eine solch höfliche Auseinandersetzung mittlerweile wie ein Brauch aus einer lang zurückliegenden Vergangenheit vor. Denn hier habe sich inzwischen eine ganz andere Art der politischen Auseinandersetzung etabliert:

„on discute à coups de poing; on imite des animaux; on casse les tables, on se jette les chaises à la tête. A l'annonce d'une réunion électorale, la police prépare des cellules à la Congièrerie, et l'Assistance publique des lits dans les hopitaux.“⁴⁴

V. Fazit

Nachdem die Auseinandersetzung mit der Boulangismuskrise noch lange durch die geschichtspolitischen Interventionen der Beteiligten gekennzeichnet blieb, etablierte sich eine genuin historische Boulangismus-Forschung erst mit Adrien Dansettes *Le Boulangisme* aus dem Jahr 1938.⁴⁵ Trotz der zunehmenden historischen Distanz blieb das Thema jedoch kontrovers, da seine Einordnung immer mit der Frage nach der Natur dieses enigmatischen politischen Phänomens verknüpft war. In einer klassischen Arbeit, die erstmals 1954 erschien, hat René Rémond die Boulangismuskrise in die Tradition des Bonapartismus eingereiht. Wie seine napoleonischen Vorgänger habe sich Boulanger an die Spitze einer Bewegung gestellt, die, ausgehend von einem revolutionären Impuls, nach und nach von konservativen Kräften vereinnahmt worden sei: „C'est le destin de cette tradition de recruter d'abord à gauche, d'entreprendre sincèrement

44 Jules Simon: La Loi et les mœurs. In: Le Matin, 25.9.1889, S. [1].

45 Adrien Dansette: Le Boulangisme, 1886–1890. Paris 1938.

une tâche de réconciliation et de tomber pour finir dans la dépendance de la droite conservatrice.“⁴⁶ Indem sie den konservativen Monarchismus mit den Zielen und Aktionsformen einer breiten und radikalen Volksbewegung verschmolzen habe, sei die Boulangismuskrise zur „acte de naissance“ des modernen Nationalismus geworden.

Im Hintergrund dieser Deutung stand die kontroverse Debatte über die Existenz eines genuin französischen Faschismus. In einer wirkmächtigen Monographie aus dem Jahr 1978 positionierte sich der israelische Politikwissenschaftler Zeev Sternhell radikal gegen die aus Rémonds Perspektive folgende Implikation, dass der Faschismus in Frankreich selbst zunächst randständig gewesen und erst in der Zwischenkriegszeit von außen importiert worden sei. Von einem streng ideengeschichtlichen Faschismusbegriff ausgehend, beschrieb Sternhell den Boulangismus als Variante der links-revolutionären Richtung der französischen Politikgeschichte. Aus deren Verbindung mit einem radikalen Nationalismus habe sich ein neuer, revolutionärer Konservatismus gebildet, der in Abgrenzung zu seinen traditionalistischen Vorläufern als Proto-Faschismus betrachtet werden müsse.⁴⁷ In den nachfolgenden Jahrzehnten orientierte sich die geschichtswissenschaftliche Debatte an den beiden Kontrahenten. Dabei nahm William D. Irvine 1989 eine Zwischenposition ein, indem er zwar einerseits den protofaschistischen Charakter des Boulangismus unterstrich, gegen die These des angeblich linken Ursprungs der Bewegung aber auf das enge Bündnis zwischen dem radikalen (d.h. protofaschistischen) Nationalismus und dem traditionellen Konservatismus verwies.⁴⁸

Joly schiebt nun die alte Kontroverse zwischen Rémond und Sternhell, die die Boulangismus-Forschung jahrzehntelang beherrschte, als „pugilat d’aveugles“ zur Seite. Zwei Autoren „plus essayistes qu’historiens“, hätten den „humble labeur du chercheur“ gescheut und daher die Chance vertan, ihre vorgefassten Thesen kritisch an der historischen Empirie zu prüfen.⁴⁹ Das mag richtig sein, doch ist die Frage nach der Einordnung des Boulan-

46 René Rémond: *Les Droites en France*. 4. Aufl., Paris 1982, S. 150.

47 Zeev Sternhell: *La Droite révolutionnaire, 1885–1914. Les origines françaises du fascisme*. Paris 1978. Vgl. dazu kritisch Steven Englund: *Antisémitisme, boulangisme et nationalisme fin de siècle: l’impasse Zeev Sternhell*. In: Serge Bernstein/Michel Winock (Hrsg.): *Fascisme français? La controverse*. Paris 2014, S. 95–118.

48 William D. Irvine: *The Boulanger Affair Reconsidered. Royalism, Boulangism, and the Origins of the Radical Right in France*. New York/Oxford 1989, S. 19 u. passim. Auch in der neuesten Forschung gilt der Boulangismus noch als *foreshadowing* des französischen Faschismus. Vgl. etwa Chris Millington: *A History of Fascism in France. From the First World War to the National Front*. London 2020, S. 4.

49 Joly: *Aux Origines* (wie Anm. 5), S. 18.

gismus in die langfristige Entwicklungsgeschichte der französischen und europäischen Politik damit nicht vom Tisch. Vielmehr verweist diese Debatte auf eine generelle Problematik der Forschung zur politischen Rechten, die keineswegs nur den Boulangismus, sondern eine ganze Reihe von politischen Ereignissen und Bewegungen betrifft.

Wie die Boulangismus-Forschung exemplarisch zeigt, wird die Charakterisierung des Gegenstandes in solchen Forschungszusammenhängen in der Regel durch seine Einbettung in verschiedene ideengeschichtliche ‚Traditionen‘ vollzogen. Die unterschiedlichen Einordnungen ergeben sich dann daraus, ob das vorliegende Phänomen etwa eher in den Konservatismus, (Proto-)Faschismus, Antiliberalismus (oder Illiberalismus), Cäsarismus, Populismus, Autoritarismus, Antiparlamentarismus oder den Rechtsextremismus eingereiht wird. Die augenscheinliche analytische Eindeutigkeit, die eine solche Erklärungsstrategie ermöglicht, hat allerdings einen hohen Preis, da sie die Forschungsdebatte auf abstrakte Definitionsstreitereien und ideengeschichtliche Zuordnungsfragen reduziert und darüber allzu oft die historische Spezifik des Gegenstands aus den Augen verliert.⁵⁰

Die Hervorhebung des antiverbalistischen Elements im Boulangismus trägt – wie oben gezeigt wurde – in zweifacher Hinsicht zu einem anders gelagerten Verständnis dieses polymorphen Phänomens bei: Erstens, indem sie von der narrativen Reduktion des Boulangismus auf langfristige (und normativ gefärbte) ideengeschichtliche Traditionen absieht und stattdessen bei der zeitgenössischen Perspektive ansetzt. Und zweitens, indem sie über die ideologische Programmatik hinaus vor allem die Dimension der rhetorischen und performativen Selbst- und Fremdpositionierung in den Vordergrund rückt.

Eine solche Herangehensweise fördert synchron wie diachron neue und teilweise überraschende Verbindungslinien zutage. Im Kontext des späten 19. Jahrhunderts bildete das antiverbalistische Dispositiv, welches über die Semantik hinaus immer auch bestimmte performative Praktiken und Organisationsformen umfasste, unterschwellige Verwandtschaftsbeziehungen zwischen politischen Richtungen ganz unterschiedlicher Couleur – vom

50 Vgl. aus der neueren Forschung Henning Ottmann: *Geschichte des politischen Denkens*. Bd. III.3: *Die politischen Strömungen im 19. Jahrhundert*. Stuttgart 2008, S. 1–57; Klaus von Beyme: *Konservatismus. Theorien des Konservatismus und Rechtsextremismus im Zeitalter der Ideologien 1789–1945*. Wiesbaden 2013, sowie spezifisch zu Frankreich François Huguénin (2013): *Histoire intellectuelle des droites. Le conservatisme impossible*. Erw. Neuaufl. Paris 2013.

Anarchismus mit seinem Konzept einer „Propaganda der Tat“⁵¹ über den Boulangismus bis hin zur militanten Frauenbewegung in Großbritannien, die sich um das Motto „Deeds, not Words“⁵² formierte. Aus diachroner Sicht fällt dabei auch neues Licht auf die langfristige Entwicklung zeitgenössischer Selbst- und Fremdverortungen im politischen Raum. Einerseits verweist der boulangistische Antiverbalismus auf die Umwälzungen des Revolutionszeitalters, als sich die Vorstellung einer Politik im Modus der Debatte erstmals etablierte und langfristig zum Katalysator kontroverser Aushandlungsprozesse wurde. Andererseits verweist er aber auch in die Zukunft, auf das 20. und 21. Jahrhundert, als die Vorstellung einer sich im ‚bloß Verbalen‘ erschöpfenden Politik an der Wurzel einer ganzen Reihe von Bewegungen stand, die sich durch die Betonung ihrer entschlossenen Tatkraft oder technokratischen Effizienz als Alternative zur sterilen Geschwätzigkeit der politischen Debatte inszenierten.

51 Vgl. im Überblick Philippe Kellermann: *Die Propaganda der Tat. Standpunkte und Debatten (1877–1929)*. Münster 2016; Constance Bantman: *The Era of Propaganda by the Deed*. In: Carl Levy/Matthew S. Adams (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of Anarchism*. Cham 2019, S. 371–388.

52 Vgl. einführend Sophie A. van Wingerden: *The Women's Suffrage Movement in Britain, 1866–1928*. Basingstoke 1999, S. 70–95.

„Die Einheit und die Freiheit Deutschlands erfüllten seine Seele“. Überlegungen zu Aporien des deutschen Liberalismus aus Anlass des 200. Geburtstags von Ludwig Bamberger

Wer wenige Tage vor dem Weihnachtsfest des Jahres 1927 in Berlin noch auf der Suche nach einem gediegenen Buchgeschenk war, dem bot sich am 19. Dezember die einmalige Gelegenheit, die Bibliothek eines der bedeutendsten deutschen Politiker des 19. Jahrhunderts nach Trouvailles zu durchforsten. In den Räumen der Kunst Kammer Martin Wasservogel in der Leipziger Straße 26 nahe der Friedrichstraße wurde in Zusammenarbeit mit dem Antiquariat S. Martin Fraenkel die Bibliothek Ludwig Bambergers versteigert – 28 Jahre nach seinem Tod. Tatsächlich war es nicht seine allein, sondern die durch – den erst wenige Monate davor verstorbenen – Paul Nathan gepflegte und weitergeführte Sammlung. Zur Versteigerung hatte diese über 4000 Bücher umfassende Sammlung der der DDP angehörende Anwalt und Journalist Ernst Feder in seiner Funktion als Testamentsvollstrecker Paul Nathans gebracht. Resigniert stellte Feder fest: Die Sammlung „als Ganzes zu erhalten, gelang nicht“, so dass sie nunmehr „zerstoben“ sein wird.¹

Nicht nur Bambergers Bibliothek ist auf diese Weise „zerstoben“, sondern auch die Erinnerung an ihn. In der Forschung zum Liberalismus des 19. Jahrhunderts taucht er immer wieder auf, insbesondere im Zusammenhang mit der Revolution von 1848/49 und ihrer langen Nach- und Wirkungsgeschichte sowie, noch prominenter, im Zusammenhang mit der Reichsgründung und der „liberalen“ Regierungsphase Bismarcks. In der öffentlichen Erinnerung ist Bamberger dagegen weitgehend unbekannt. Mehr als ein nach ihm benanntes Studentenwohnheim in seiner Geburtsstadt Mainz sowie eine Ludwig-Bamberger-Straße in einem unscheinbaren

1 Ernst Feder: Vorwort. In: Versteigerung am 19. Dezember 1927, nachmittags 4 Uhr. Nachgelassene Bibliotheken der Politiker Ludwig Bamberger und Paul Nathan. Gemeinsame Versteigerung der Firmen Kunst Kammer Martin Wasservogel und Antiquariat S. Martin Fraenkel, Berlin 1927, ohne Seitenzahl.

Wohngebiet, die dort auf die Friedrich-Naumann-Straße trifft, lässt sich nicht ausfindig machen. Der 200. Geburtstag Ludwig Bambergers ist daher ein willkommener Anlass, an sein Wirken zu erinnern und zu fragen, welche der Themen, die sein Leben bestimmten, bis heute aktuell sind.

1. Skizze eines bewegten Lebens

Ludwig Bamberger wurde am 22. Juli 1823 im damals zum Großherzogtum Hessen gehörenden Mainz geboren.² Sein Vater August (1790–1858) war Kaufmann und Kleinbankier, seine Mutter Amalia (1802–1877)³ war eine geborene Bischoffsheim und stammte aus einer bedeutenden und weitverzweigten Bankiersfamilie. Deren Netzwerk sollte für Ludwigs Leben eine zentrale Bedeutung entfalten, weil Amalias Brüder Louis und Jonathan eine Karriere im Bankwesen einschlugen und dafür nach London und Paris gingen.

Die Erziehung Ludwigs erfolgte im traditionellen, religiösen Geist, denn der Großvater mütterlicherseits, Raphael Bischoffsheim, war Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Mainz gewesen. Schon Mitte der 1840er Jahre hatte sich Ludwig Bamberger jedoch von jeglicher Religion abgewandt. Dem steht nicht entgegen, dass bei der Beobachtung seiner Umwelt die Kategorie „jüdisch“ etwa in der Reichsgründungszeit durchaus eine Rolle spielte.⁴

Mainz und Rheinhessen waren im Vormärz geprägt vom französischen Erbe. Weil der Code Civil und der Code de Commerce weiterhin galten, waren die gesellschaftlichen Verhältnisse spürbar fortschrittlicher, der Entfaltung bürgerlichen Lebens zuträglicher als in vielen anderen Gebieten des Deutschen Bundes. Daher nahm die wirtschaftliche und gesellschaftliche

2 Vgl. Theodor Heuss: „Bamberger, Ludwig“. In: Neue Deutsche Biographie 1 (1953), S. 572–574, Onlinefassung: <<https://www.deutsche-biographie.de/pnd118656961.html>> (24.3.2020); „Bamberger, Ludwig“. In: Hessische Biografie <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/118656961>> (24.3.2020).

3 Auch sie war politisch aktiv im Mai 1849 gegründeten „Humania-Verein für vaterländische Interessen“, vgl. „Bamberger, Amalia“. In: Hessische Biografie. <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/117766011>> (2.4.2023).

4 Stanley Zucker: Ludwig Bamberger and the Rise of Anti-Semitism in Germany, 1848–1893. In: Central European History 3/4 (1970), S. 332–352, hier S. 332 f. u. S. 335–337; dort auch der Verweis auf die abweichende Einschätzung durch Jacob Toury: Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland von Jena bis Weimar. Tübingen 1966, S. 150–152, der einen „deutschen“ Bamberger des öffentlichen Lebens von einem im Privaten weiterhin „jüdischen“ unterscheidet.

Aufstiegsgeschichte der Juden trotz weiter bestehender Beschränkungen schon im Vormärz deutlich an Fahrt auf.⁵ Es passt in dieses Bild, dass Bamberger über den Besuch des heimischen Gymnasiums schrieb, es habe „zwar einen katholischen Charakter“ gehabt, dennoch sei „von Reibungen zwischen den Schülern der verschiedenen Konfessionen [...] nicht entfernt etwas zu spüren“⁶ gewesen.

Nach bestandem Abitur 1842 schloss sich das Studium der Rechtswissenschaft an, zunächst an der Großherzoglich-Hessischen Landesuniversität in Gießen, das er als „ein abscheuliches Nest, von aller Kultur unberührt“⁷ empfand. Nach zwei Semestern wechselte er nach Heidelberg, wo vor allem der nur vier Jahre ältere Staatswissenschaftler und Volkswirt Heinrich Bernhard Oppenheim prägenden Einfluss auf ihn ausübte, indem er ihn mit den Ideen von Adam Smith und Leon B. Say in Berührung brachte. Die frühsozialistischen Gesellschaftstheoretiker Louis-Auguste Blanqui, Charles Fourier und Pierre-Joseph Proudhon wurden weitere Fixsterne seines intellektuellen Himmels, ebenso wie später der Demokrat Arnold Ruge. Mit Oppenheim, dem wir den Begriff „Kathedersozialismus“ verdanken, verband ihn eine lebenslange Freundschaft.

Nach zwei Semestern wechselte Bamberger nach Göttingen, doch kehrte er bereits ein Semester später enttäuscht nach Gießen zurück, wo er sein erstes juristisches Staatsexamen ablegte und schließlich promoviert wurde. 1845 bis 1847 als Rechtsreferendar in Mainz tätig, legte er auch das zweite Staatsexamen ab, konnte sich aber als Jude keine Aussichten auf eine Anstellung im Staatsdienst machen. Doch auch der Anwaltsberuf erschien ihm unattraktiv, denn „Zehn oder zwölf Jahre warten bis zur Advokatur hatte an sich wenig Reiz“.⁸ Ins väterliche Bankgeschäft einzusteigen, widerstrebte Bamberger wiederum, weil er dadurch seinen intellektuellen Interessen nicht hätte folgen können.

Aus dieser Phase der Orientierungslosigkeit befreite ihn die Revolution von 1848, die zum Wendepunkt seines Lebens wurde. An den freiheitlichen und nationalen Wegmarken des Vormärz, der 1830er-Revolution oder der „Polenbegeisterung“, nahm er trotz seines kindlichen Alters Anteil, wenn auch in jugendlicher „Unschuld“; sie waren primär spektakuläre Ereignisse in seinem ansonsten ruhig dahinfließenden Leben. Die Erwachsenen, so

5 Vgl. Matthias Rohde: Juden in Rheinhessen. Studien zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Tönning 2007.

6 Ludwig Bamberger: Erinnerungen. Hrsg. v. Paul Nathan. Berlin 1899, S. 3.

7 Ebd., S. 7.

8 Ebd., S. 22.

erinnerte er sich über sechs Jahrzehnte später „redeten geheimnisvoll von großen Dingen“ und das Hambacher Fest blieb ihm „nur als ein festlicher Vorgang, von welchem die Teilnehmer geräuschvoll zurückkehrten“, in Erinnerung.⁹

Eine ernsthafte Politisierung bewirkte die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. von Preußen 1840, aber auch die politische Agitation zugunsten der unter ihrer politisch-gesellschaftlichen Marginalisierung leidenden Katholiken in Irland durch Daniel O’Connell¹⁰. Die „Rheinkrise“ rückte einen Krieg ins Feld des Möglichen, doch vor allem sog Bamberger die aus Frankreich und dem Vereinigten Königreich auflaufenden Zeitungen und Pamphlete auf.

Im Frühjahr 1848 lebte er „im Sturmschritt der Beschäftigungen“¹¹ und wurde im Schnelldurchlauf zum politischen Agitator, nahm an Volksversammlungen teil, engagierte sich im „Demokratischen Verein“ in Mainz und stand zeitweise an der Spitze des „Demokratischen Turnerbundes“, einer radikaldemokratischen Abspaltung vom Deutschen Turnerbund Friedrich Ludwig Jahns. Dadurch avancierte er zum Führer der demokratischen Linken in Rheinhessen. So forderte er in einer Rede am 16. April 1848 auf einer Bürgerversammlung in Mainz zur Gründung einer eigenen Republik auf. Die Verknüpfung der politischen mit der sozialen Revolution lehnte er freilich schon zu diesem frühen Zeitpunkt ab.¹²

Am wirksamsten war aber wohl seine journalistische Tätigkeit als Redakteur der „Mainzer Zeitung“. Über die Beratungen der Paulskirche berichtete er als Korrespondent – wählen oder gewählt werden konnte er selbst noch nicht, da er erst am 22. Juli das dafür notwendige Alter von 25 Jahren erreichte. Bamberger lehnte die konstitutionelle Monarchie grundsätzlich ab, weil jedes „Parlament unter einem Monarchen [...] eine größere oder kleinere Illusion“ darstelle, denn die „Macht des Monarchen findet immer die Mittel, um ein Parlament zu ruinieren und es zu einem blinden Anhän-

9 Ebd., S. 3–5, alle Zitate S. 4.

10 Ebd., S. 6, fälschlich als „O’Connel“.

11 Brief an seine Verlobte Anna Belmont, 24.3.1848, zit. n. ebd., S. 183. Zu Bambergers steiler Karriere als Agitator, Journalist und Revolutionär in diesen Tagen vgl. Christian Jansen: Ludwig Bamberger. Mit Dampf und Elektrizität für ein modernes Deutschland. In: Sabine Freitag (Hrsg.): Die Achtundvierziger – Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49. München 1998, S. 200–213, hier S. 203–208.

12 Vgl. Christopher Kopper: Ludwig Bamberger. Vom Revolutionär zum Vater der Goldmark. Berlin 2015, S. 12.

ger des monarchischen Willens zu machen“.¹³ Aufsehen erregte auch seine Gedenkrede am 15. November 1848 vor dem Demokratischen Verein in Mainz für den sechs Tage davor in Wien hingerichteten Robert Blum. Er bezeichnete ihn als „edle[n] Märtyrer“, der „sein kostbares Blut für uns verspritzt“ habe. Dieser „furchtbare Tod“ werde jedoch „seine herrlichen Früchte bringen“ und „der Name Blums“ werde die Standarte aller Freiheitsliebenden sein.¹⁴

Statt sein im Mai 1849 doch noch gewonnenes Mandat für die Nationalversammlung wahrzunehmen, trat er als einer der Anführer der Reichsverfassungskampagne 1849 auch selbst unter Lebensgefahr für seine Überzeugungen ein. Nach der Niederschlagung der „pfälzischen Erhebung“ in der Schlacht von Kirchheimbolanden am 18. Juni 1849 floh er in die Schweiz. Wegen seiner journalistischen Tätigkeit und der Beteiligung am Aufstand wurde er in Abwesenheit zu drei Haftstrafen und 1852 sogar zum Tod verurteilt. „Wann ich von allen diesen Verpflichtungen wieder entbunden wurde, ist mir nie recht klar geworden“, schrieb Bamberger in seinen Erinnerungen, um in dem ihm eigenen sarkastischen Ton fortzufahren: „Nach 1866 genügte es, sie zu ignorieren.“¹⁵

Statt, wie zunächst geplant, die USA als Exilland zu wählen, blieb Bamberger wohl nicht zuletzt wegen seiner familiären Bindungen in Europa. Er lernte daher das Bankhandwerk in London bei seinem jüngeren Bruder Heinrich im Bankhaus Bischoffsheim & Goldschmidt – dessen Stammhaus in Frankfurt am Main lag und weitere Filialen in Antwerpen, Amsterdam, Brüssel und Paris sein eigen nannte. Obwohl er unter dem harten und monotonen Arbeitsalltag litt, folgte er im Juli 1850 seinem Bruder Heinrich in die Leitung der Antwerpener Filiale. Im September 1851 übernahm er die Leitung des Rotterdamer Tochterunternehmens L. A. Bamberger & Co. Obwohl dieses Unternehmen nur mäßig erfolgreich war, hatte er genügend finanzielle und soziale Standsicherheit gewonnen, um im Mai 1852 Anna Belmont, die aus einer angesehenen und ebenfalls weitverzweigten jüdischen Bankiersfamilie in Alzey stammte, heiraten zu können; die Ehe blieb kinderlos.

Bamberger war auch während seiner gesamten Exilzeit publizistisch aktiv. 1853 bekannte er gegenüber dem Schriftsteller Moritz Hartmann:

13 Zitat nach Stanley Zucker: Ludwig Bamberger. German liberal politician and social critic, 1823–1899. Pittsburgh 1975, S. 24, hier zit. in der Übersetzung bei Kopper: Ludwig Bamberger (wie Anm. 12), S. 13.

14 Zit. n. Christian Jansen: Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung – Verarbeitung – Deutung. Göttingen 1998, S. 68.

15 Bamberger: Erinnerungen (wie Anm. 6), S. 245.

„Schreiben ist doch das schönste Metier auf der Welt für uns Großmänner[,] und ich habe gar oft Heimweh nach dem Löschpapier.“¹⁶ Bereits im Juli 1849 brachte er seine „Erlebnisse aus der Pfälzer Erhebung im Mai und Juni 1849“ zu Papier, um „uns bis aufs kleinste klar zu machen, an welchen Mängeln und Fehlern wir zugrunde gegangen sind“.¹⁷ In einem Artikel in Proudhons „La Voix du Peuple“ lehnte Bamberger 1850 die Erfurter Union ab, also die Pläne Friedrich Wilhelms IV., unter preußisch-autoritären Vorzeichen eine kleindeutsche Union zustande zu bringen. Für Bamberger war die Einheit des deutschen Volkes nicht „Gegenstand eines idealisierenden Kults, einer mystischen Religion, einer romantischen Liebe“, kurz: eine „Frage der Nationalität“. Stattdessen definierte er die Einheit „als vordringliche politische und administrative Reform.“¹⁸ Bamberger ging also, in heutigen Begriffen, von der Idee einer Staatsbürgergesellschaft als Willensgemeinschaft aus, in der vorpolitische Faktoren keine Rolle spielen sollten.

Privat wie beruflich prägend war im Oktober 1853 die Übersiedlung nach Paris, wo er die Leitung der dortigen Filiale übernahm. 1869 wurde er auch Gesellschafter des Bankhauses Bischoffsheim & Goldtschmidt. Er spezialisierte sich auf die Finanzierung von Eisenbahnen und Bergbau. Seine intimen Kenntnisse des internationalen Geldmarktes und seine reichen Erfahrungen standen also außer Zweifel; sie hatten ihn nicht nur zu einem angesehenen Experten, sondern auch zu einem wohlhabenden Menschen gemacht. Sein eigenes Erleben sozialen Aufstiegs hat seine in der Jugend erworbene, frühliberale Weltsicht subjektiv bestätigt: die freihändlerische, von möglichst wenig staatlicher Regulierung getrübe Wirtschaftsordnung erschien ihm als das beste Mittel, um den Weg in die klassenlose bürgerliche Gesellschaft auch für die unteren Volksschichten zu ebnen.

Reich geworden, konnte er sich aus dem aktiven Berufsleben zurückziehen und ein Leben als Rentier führen; die Politik wurde sein Hauptberuf. Mit großbürgerlichen Wohnungen in Paris, später auch in Berlin, mehrmonatigen Sommeraufenthalten in Baden-Baden und schließlich dem Erwerb einer Villa in Interlaken pflegte er einen ausgesprochen großbürgerlichen Lebensstil. Zusammen mit seiner Frau genoss er „standesgemäß“ das gesell-

16 Bamberger an Moritz Hartmann, 15.6.1853, zit. n. Christian Jansen: Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849–1867. Düsseldorf 2000, S. 130.

17 Diese Schrift von 1849 ist abgedruckt in Ludwig Bamberger: Gesammelte Schriften. Hrsg. v. Paul Nathan. Bd. 3: Politische Schriften. Von 1848 bis 1868. Berlin 1898, S. 59–158, Zitat S. 61.

18 Vgl. Jansen: Einheit (wie Anm. 16), S. 238–242, alle Zitate aus „La Voix du Peuple“, S. 238.

schaftliche Leben von Paris. Moritz Hartmann riet ihm und seiner Frau, nicht nach Deutschland zurückzukehren, denn was „Ihr jetzt schon in Paris habt“, wäre in Deutschland „nirgends [zu] finden, und nirgends würdet Ihr Euch so heimisch fühlen. [...] Für ein kinderloses, gebildetes Paar[,] das außerdem Geld hat, ist Paris noch immer die schönste und beste Stadt Deutschlands.“¹⁹ Das sah zumindest Anna so – sie blieb, bis zu ihrem relativ frühen Tod 1874, an der Seine.

So sehr Bamberger sprachlich, sozial und kulturell auch in Frankreich verankert war: Der Dreh- und Angelpunkt seines Denkens und Handelns blieb Deutschland, wo er sich erstmals 1863 beruflich wieder aufgehalten hatte. 1859 ergriff er vehement Partei für die vom national gesonnenen Bürgertum in Deutschland überwiegend abgelehnte Politik Preußens, das von der Unterstützung Österreichs gegen Frankreich und Italien absah. Mit scharfen Worten warnte Bamberger vor dem Irrglauben, „Habsburg und sein Jesuitenbruder der Bayer [...] träten für deutsche Nationalität in die Schranke“.²⁰ Auch in Bernhard Oppenheims 1861 bis 1864 erschienenen „Deutschen Jahrbüchern für Politik und Literatur“ wirkte er aktiv mit. 1866 kehrte Bamberger kurzzeitig und 1867 endgültig nach Mainz zurück – um über Politik nicht nur zu reden und zu schreiben, sondern sie auch selbst zu gestalten. 1868 wurde er mit knapper Mehrheit zum Abgeordneten des Deutschen Zollparlaments gewählt, in dem er vehement für seine freihändlerischen Überzeugungen eintrat.

Die politische Einheit durch geldwirtschaftliche Maßnahmen voranzutreiben, war auch ein zentrales Motiv für Bambergers – von Adelbert Delbrück angeregtes – Tätigwerden bei der Gründung der Deutschen Bank. Im Auftrag des provisorischen Verwaltungsrats erstellte Bamberger Anfang Februar 1870 eine Denkschrift an den preußischen Ministerpräsidenten Bismarck, um die Konzessionierung des neuen Geldinstituts sicherzustellen. Dieses habe seinen „Ausgangspunkt aus der Neugestaltung der nationalen Verhältnisse genommen, ihren tieferen Sinn aus der Gründung eines im Weltverkehr unter der Schutzmacht des Norddeutschen Bundes und des

19 Brief Hartmann an Bamberger, 14.3.1867, zit. n. ebd., S. 88. Vgl. zu Bambergers Pariser Zeit auch Günther Volz: Michel Bréal (*1832 Landau – +1915 Paris) und Ludwig Bamberger (*1823 Mainz – +1899 Berlin). Eine Doppelbiographie, <https://www.demokratiegeschichte.eu/fileadmin/user_upload/Material/BrealundBamberger.pdf> (12.3.2023).

20 Ludwig Bamberger: Juchhe nach Italia. In: Ders.: Gesammelte Schriften (wie Anm. 17), S. 159–192, Zitat S. 191; Vgl. auch Ulrich Wyrwa: Die Konstruktion der deutschen Nation mit den Juden. Deutsche Juden als Akteure auf dem nationalen Feld (1858–1878). In: David Bordiehn/Christian Köhler/Stefan Noack/Susanne Wein (Hrsg.): Ausgrenzende politische Ideologien. Akteure, Organisation und Programmatiken. Festschrift zu Ehren von Uwe Puschner. Berlin 2020, S. 179–191, hier S. 183 f.

Zollvereins einig und stark dastehenden Deutschlands geschöpft“ und sei daher „wahrhaft patriotischen Gedanken entsprungen“.²¹ Eine direkte Reaktion Bismarcks auf diese Denkschrift ist zwar nicht überliefert, aber da die Konzessionierung schnell erfolgte, scheint sie ihre beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt zu haben.

Doch Bambergers Ambitionen zielten vor allem auf aktive Gestaltung der politischen Zukunft Deutschlands, was er durch sein fortgesetztes publizistisches Engagement als Apologet Bismarcks vorbereitete. 1864 erklärte er die Versuche des „Dritten Deutschlands“, ein neu zu schaffendes Großherzogtum Schleswig Holstein als weiteren Mittelstaat zu etablieren, für naiv. In einer Rede auf einem „deutschen Turnerfest“ in Paris postulierte er 1865 überzeugungssicher: „Auch das Heil Deutschlands kann nur entstehen [...] unter dem Zeichen eines wahrhaft streng geeinigten Deutschlands, ohne föderalistische Halbheit.“²² 1866 war er folgerichtig entschieden anti-österreichisch. In seiner auf ein französisches Publikum zielenden Schrift „Monsieur de Bismarck“ legte er 1868 dar, dass die Einigung Deutschlands keine Bedrohung für Frankreich darstelle. Für Bismarck fand er dabei eine bis heute gern verwendete Charakterisierung der prägendsten Gestalt deutscher Politik im 19. Jahrhundert. „On ne peut douter un instant“, hieß es da über den preußischen Ministerpräsidenten und Kanzler des Norddeutschen Bundes,

„qu'il ne soit né révolutionnaire. Car on naît révolutionnaire comme on naît légitimiste, par la conformation du cerveau, tandis que le hasard seul décide si les circonstances de la vie feront du même homme un blanc ou un rouge.“²³

Henry Kissinger und Lothar Gall machten daraus die griffige Charakterisierung Bismarcks als „weißer Revolutionär“.²⁴ Die ebenfalls schon 1868

21 Lothar Gall: Die Deutsche Bank von ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg 1870–1914. In: Ders./Gerald D. Feldman/Harold James/Carl-Ludwig Holtfrerich/Hans E. Büschgen: Die Deutsche Bank 1870–1995. München 1995, S. 1–135, bes. S. 1–9, Zitate S. 8. Vgl. auch Erich Achterberg/Maximilian Müller-Jabusch: Ludwig Bamberger. Ein Leben für die Goldwährung. In: Dies.: Lebensbilder deutscher Bankiers aus fünf Jahrhunderten. Frankfurt a.M., 2., erg. Aufl. 1964, S. 193–215. Die Denkschrift für Bismarck vom 8.2.1870 ist vollständig abgedruckt bei Karl Helfferich: Georg von Siemens. Ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit. Bd. 1. Berlin 1921, S. 215 f.

22 Zit. n. Jansen: Einheit (wie Anm. 16), S. 515 f.

23 Ludwig Bamberger: Monsieur de Bismarck. In: Ders.: Gesammelte Schriften (wie Anm. 17), S. 337–443, Zitat S. 434.

24 Henry Kissinger: The White Revolutionary: Reflections on Bismarck. In: Daedalus 3 (1968), S. 888–924, hier S. 888, der sich wiederum auf Erich Eyck: Bismarck. Leben und Werk. Bd. 2. Erlenbach-Zürich 1943, S. 316 f. bezieht. Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt am Main 1980.

erschienene deutsche Übersetzung präsentierte freilich eine andere Farbenlehre, denn „der Zufall allein entscheidet, ob die Lebensumstände aus demselben Menschen einen schwarzen oder einen rothen [Revolutionär] machen werden.“²⁵

Im Sommer 1870, als die Spannungen zwischen Preußen und Frankreich ihrem Höhepunkt zusteuerten, besuchte Bamberger seine Frau in Paris. Gerade noch rechtzeitig reiste er am 13. Juli ab, um sogleich in Bismarcks Beraterstab in dessen Hauptquartier berufen zu werden, wofür ihn seine intimen Kenntnisse der französischen Politik und Gesellschaft prädestinierten. Im Stab des preußischen Militärgouverneurs für das Elsaß redigierte er die „Amtlichen Nachrichten für das Generalgouvernement Elsaß“ und befürwortete die Annexion Elsaß-Lothringens. Im November 1870 war er nochmals als Berater in Bismarcks Hauptquartier in Versailles tätig, verlor aber an Einfluss und konnte beispielsweise die Beschließung von Paris nicht verhindern.²⁶

In die erste Volksvertretung des „neuen Reichs“ wurde Bamberger 1871 zunächst für die Nationalliberale Partei im Wahlkreis Mainz, von 1873 bis 1893 dann für den benachbarten Wahlkreis Bingen-Alzey gewählt. Zusammen mit Eduard Lasker zählte er zu den bestimmenden Persönlichkeiten der Finanz- und Geldpolitik in der Nationalliberalen Fraktion, was Bambergers Deutsche-Bank- und Fraktionskollege Georg v. Siemens als „Parteityrannei“ geißelte; Siemens blieb aber sowohl im Streit um die Gründung der Reichsbank als auch bei der Secession 1880 und der Spaltung der Deutsch-Freisinnigen Partei 1893 inhaltlich auf einer Linie mit Bamberger.²⁷

Bambergers erstes großes Kampffeld war die Debatte darum, ob die zukünftige deutsche Währung – sie bestand bei Reichsgründung noch aus

25 Ludwig Bamberger: Herr von Bismarck. Von dem Verfasser durchgesehen und bis auf die neueste Zeit fortgesetzt. Als Einleitung: Deutschland, Frankreich und die Revolution. Breslau 1868, S. 108. Diese Übersetzung wurde zwar nicht von Bamberger selbst vorgenommen, doch wird vermerkt, dass diese „vom Verfasser durchgesehen“ worden sei; die Änderung von „blanc“ in „schwarz“ kann also Bamberger zugeschrieben werden; ebd., Frontispiz. In Frankreich wurden die gegenrevolutionären Phasen von 1795 und 1815 von den Liberalen seit 1830 als „terreur blanche“ bezeichnet. Im deutschen Kontext war der Gegensatz „revolutionär“ – „konservativ“ 1848/49 als „rot“ – „schwarz“ konnotiert; vgl. Rüdiger Hachtmann: „Rote Hauptstadt“ und „schwarze Provinz“. Zum spannungsgeladenen Verhältnis zwischen dem demokratischen Berlin und seinen „Vororten“ Charlottenburg, Spandau und Potsdam im Revolutionsjahr. In: Walter Schmidt (Hrsg.): Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49. Berlin 1998, S. 159–196; digital unter <<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.884>> (2.4.2023).

26 Vgl. Kopper: Ludwig Bamberger (wie Anm. 12), S. 29 f.

27 Gall: Deutsche Bank (wie Anm. 21), hier bes. S. 84–86 u. S. 90.

süddeutschem Gulden, norddeutschem Taler und der Mark der Hansestädte – durch Gold, wie es Großbritannien und die USA vorexerzierten, gedeckt werden sollte, oder anteilig durch Gold und Silber („Bimetallismus“), wie es etwa die aus Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz gebildete „Lateinische Münzunion“ vorsah. Angesichts seiner freihändlerisch-angelsächsischen Orientierung war Bamberger der Überzeugung, dass „das Gold dazu bestimmt [ist], das Verkehrsmittel der zivilisierten Menschen zu werden“.²⁸

Zwar scheiterte er mit seinem Wunsch, die alten Silbermünzen schnellstmöglich aus dem Verkehr zu ziehen, am Widerstand zahlreicher Bundesstaaten, konnte aber die Aufteilung der neuen Mark in 100 Pfennige (statt Groschen und Pfennige) ebenso durchsetzen wie die Münzaufschrift „Deutsches Reich“ statt „Deutsche Reichsmünze“. Das Währungs- und Münzgesetz vom 4. Dezember 1871 trug daher deutlich Bambergers Handschrift, auch wenn er mit dem Vorhaben der Gründung einer zentralen Reichsbank vorerst scheiterte; diese wurde erst durch das Reichsbankgesetz vom 30. Januar 1875 Wirklichkeit.²⁹

Zeit seines Lebens blieb Bamberger ein überzeugter Befürworter des Freihandels. Er brandmarkte jegliche Form von Staatsintervention als sozialistisch und jeden als Sozialisten, der nicht sein enges Verständnis von Nicht-Intervention teilte. Durch seine „Politik der kalten Schulter“, seinen „dogmatisch antiinterventionistischen Liberalismus“³⁰, trug er eine Mitverantwortung für die sozialpolitischen Versäumnisse im ersten Jahrzehnt nach der Reichsgründung und dadurch auch zur Polarisierung der politischen Landschaft bei. In scharfer Frontstellung stand er auch gegen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und Hermann Schulze-Delitzschs

28 Vgl. dazu Johannes Wiegand: Destabilizing the Global Monetary System. Germany's Adoption of the Gold Standard in the Early 1870s. IMF Working Paper, 15 February 2019, <<https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2019/02/15/Destabilizing-the-Global-Monetary-System-Germanys-Adoption-of-the-Gold-Standard-in-the-Early-46548>> (2.4.2023), Zitat S. 19.

29 Vgl. Kopper: Ludwig Bamberger (wie Anm. 12), S. 37–39. Vgl. auch Achterberg/Müller-Jabusch: Ludwig Bamberger (wie Anm. 21), S. 193–215; Erich Eyck: Ludwig Bamberger. Die geheimen Tagebücher des Ratgebers Kaiser Friedrichs. In: Ders.: Auf Deutschlands politischem Forum. Deutsche Parlamentarier und Studien zur neuesten deutschen Geschichte. Erlenbach-Zürich 1963, S. 25–31, hier S. 25 f.

30 Vgl. Stanley Zucker: Ludwig Bamberger and the Politics of the Cold Shoulder. German Liberalism's Response to Working Class Legislation in the 1870s. In: *European history quarterly* 2/3 (1972), S. 201–226, hier S. 207; Zu Bambergers wirtschafts- und sozialpolitischer Haltung und seiner diesbezüglichen Positionierung im politischen Liberalismus vgl. ausführlich Wolther v. Kieseritzky: *Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik in Deutschland zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung (1878–1893)*. Köln/Weimar 2002, zusammenfassend S. 482–484.

Versuche, 1872 ein progressiveres Vereins- und Versammlungsrecht auf den Weg zu bringen. In der Auseinandersetzung um die Bewertung der englischen Gewerkschaften und die Möglichkeiten eines genossenschaftlichen Gewerkschaftswesens nahm er nicht weniger polemisch Stellung. Lujo Brentano warf ihm daraufhin vor, aus „Classenbefangenheit“ den Pfad ehrlichen intellektuellen Streits zu verlassen und stattdessen auf „geistreiche Effekthascherei bei massloser Oberflächlichkeit und wahrhaft erstaunlicher Unwissenheit“³¹ zu setzen.

2. *Der Bruch mit Bismarck*

Bamberger war in der Zeit seiner größten politischen Wirksamkeit ein Bewunderer Bismarcks. So hielt er ihm während des Kulturkampfes zugute, „in den großen Wendepunkten [...] stets den korrekten Weg eingeschlagen [zu haben], 1866, 1870 und jetzt, immer die hohe Linie seiner großen Mission einhaltend. Man muß ein Tropf sein, um ihm nicht mit Freuden gerecht zu werden.“³² Auch dem Sozialistengesetz (bzw. dessen Verlängerung) stimmte er 1878 und 1880 zu, um es 1884 abzulehnen, ohne freilich seine frühere Zustimmung offen als Fehler einzugestehen.

Die Abwehr der Schutzzollvorlage 1877 war der letzte Erfolg der Freihändler, doch etwa ein Drittel der Nationalliberalen hatte mit Bismarck gestimmt. In der Folgezeit warf Bamberger Bismarck vor, als Grundbesitzer im wirtschaftlichen Eigeninteresse statt in dem der Nation zu handeln. Bamberger agierte bei seiner öffentlich zelebrierten Abwendung von Bismarck nicht weniger als Überzeugungstäter denn rund fünfzehn Jahre zuvor bei der Hinwendung zu ihm. Im Oktober 1878 schrieb er seiner Mutter: „Und wenn ich von der Wichtigkeit einer guten Sache überzeugt bin, dann ist es diese. Es ist eine echte Frage der Zivilisation.“³³ In seinem Tagebuch kritisierte er im August 1878 nicht nur die seiner Meinung nach unklare Haltung vieler Parteikollegen angesichts des sich abzeichnenden Richtungswechsels des Kanzlers, sondern auch dessen weitreichende Implikationen:

„Die inhaltsleere, bloß auf Ausübung der Macht gerichtete Politik kommt immer mehr zum Durchbruch. Er desorganisiert nicht nur, wie bisher, alle Organisation

31 Lujo Brentano: Die „wissenschaftliche“ Leistung des Herrn Ludwig Bamberger. Ein Nachspiel zu meinen „Arbeitergilden der Gegenwart“. Leipzig 1873, S. 72 f.

32 Brief an seine Frau Anna, 23.2.1872, zit. n. Marie-Lise Weber: Ludwig Bamberger. Ideologie statt Realpolitik. Stuttgart 1987, S. 167.

33 Zit. n. Kopper: Ludwig Bamberger (wie Anm. 12), S. 43.

und Regierung, sondern die kümmerlichen staatserhaltenden Elemente im Volk selbst, und bei der entgegenkommenden Disposition im Volk fragt man sich immer wieder von neuem: ob nicht abermals alles zurückgehen werde, wie 1815 und 1848.“³⁴

Im Januar 1879 verkündete er vor dem Kongress der deutschen Volkswirte, dass Schutzzölle „das Mark aus der Nation aussaugen und die Moral des Landes untergraben“³⁵ würden. Bambergers Bemerkung im Reichstag, er hätte niemals geglaubt, die Erfahrung machen zu müssen, „daß der erste Mann Europas seinen großen glänzenden Namen als Schild für den alten Zopf des Schutzzolls“ hergeben würde, wurde vom Plenum mit Heiterkeit quittiert.³⁶ Im Juli 1879 hatte Bamberger angesichts des schwindenden Zusammenhalts der Nationalliberalen Fraktion in diesen Wirtschaftsfragen gegenüber Lasker erstmals offen den Gedanken der Sezession formuliert und verweigerte dem Aufruf der Partei für die Wahlen zum Preußischen Landtag im Oktober 1879 seine Unterschrift. Als sich Ende August 1880 die Sezessionisten als „Liberale Vereinigung“ abgespalteten, war Bamberger einer ihrer Wortführer.

Der Bruch mit Bismarck ging jedoch weit über Wirtschafts- und Finanzfragen hinaus. In seiner Besprechung von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ formulierte Bamberger kurz vor seinem Tod seine fundamentale Differenz zu ihm, weil dieser „die Worte ‚Humanität‘ und ‚Civilisation‘ nie anders erwähnt[,] als im Sinne der unbedingten Verspottung“. Für die Zukunft sah Bamberger daher voraus, „daß das fragwürdige Ideal der soldatischen ‚Schneidigkeit‘ mit allen seinen Auswüchsen zum höchsten des National-Charakters ausgebildet werde“.³⁷

Angesichts dieser radikalen Abkehr von Bismarck wird auch eine Episode aus dem Reichstag verständlich. Als August Bebel nach einer Rede Bambergers gegen Bismarck auf diesen zutrat und ihm in vertraulichem Ton sagte: „Wundervoll, Bamberger, Sie gehören zu uns, kommen Sie zu uns“, soll Bamberger schalkhaft erwidert haben: „Sehr gern, sofort, nur richten Sie in Ihrer Partei zuvor eine Abteilung für Individualisten ein.“³⁸ Das war, falls nicht wahr, so zumindest gut erfunden. Denn anders als etwa der „sozialliberal“ gewordene Theodor Barth oder gar der 1921 zur SPD

34 Ernst Feder (Hrsg.): Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1933, Tagebucheintrag 8.8.1878, S. 328.

35 11.1.1879, zit. n. Kopper: Ludwig Bamberger (wie Anm. 12), S. 43.

36 Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 52, Sitzung vom 21.2.1879, S. 69.

37 Ludwig Bamberger: Bismarck posthumus – Rezension zu Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. In: Die Nation 11, Bd. 16 (1899), S. 145–147, Zitat S. 145.

38 Vgl. Ernst Feder: Paul Nathan. Politik und Humanität. Ein Lebensbild. Berlin 1929, S. 124 f.

übergetretene Paul Nathan hielt Bamberger in seiner politisch aktiven Zeit deutlichen Abstand von der Arbeiterbewegung.

Auch nach dem Bruch mit Bismarck genügte es Bamberger nicht, auf die öffentliche Meinung einzuwirken – er wollte als Berater unmittelbaren Einfluss gewinnen. Seine Hoffnungen ruhten auf Kronprinz Friedrich Wilhelm. Inzwischen ist der Blick auf Friedrich III., wie er sich während seiner nur 99 Tage währenden Regentschaft nannte, vor allem hinsichtlich seiner vermeintlichen Liberalität sehr skeptisch geworden.³⁹ Bamberger hatte das anders gesehen. Wie Erich Eyck feststellte, wäre Bismarck wohl sehr überrascht gewesen, hätte er gewusst, wie sehr der Kronprinz Bamberger als Berater schätzte.⁴⁰ Kronprinz Friedrich verfolgte zustimmend – „Bamberger hielt gestern eine glänzende Rede“⁴¹ – dessen Auftritte im Reichstag. Ihm entging auch nicht, dass dessen Verteidigung der Goldwährung ein Kernstück liberaler Wirtschaftsordnung war, während „die seitens der Conservativen in Scene gesetzte bimetallistische Währungsfrage“⁴² und Bismarcks unklare Haltung dazu ein Zeichen dafür waren, wie sehr Deutschland „bereits im schönsten réactions Fahrwasser“⁴³ segelte. In den wenigen, Friedrich III. vergönnten Regentschaftswochen konnte Ludwig Bamberger einen gewissen Einfluss auf dessen Handeln ausüben, vor allem bei der Entlassung des als reaktionär geltenden preußischen Innenministers Robert von Puttkamer.⁴⁴

Nach dem Tod Friedrichs III. aller unmittelbaren Einflussmöglichkeiten auf das Regierungshandeln beraubt und in der Deutsch-Freisinnigen Partei nie wirklich angekommen, zog sich Bamberger aus der aktiven Politik zurück. Mit der Spaltung der Deutsch-Freisinnigen Partei in Eugen Richters Freisinnige Volkspartei und die von Bamberger favorisierte Freisinnige

39 Vgl. z. B. Hans-Joachim Neumann: Friedrich III. Der 99-Tage-Kaiser. Berlin 2006, S. 276; Frank Lorenz Müller: Der 99-Tage-Kaiser. Friedrich III. von Preußen. Prinz, Monarch, Mythos. Berlin 2013, bes. S. 89–143 und S. 355–372; Winfried Baumgart: Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1866–1888. Paderborn 2012, S. 11–36, hier S. 26–29. Wohlwollender dagegen Patricia Kollander: Frederick III. Germany's Liberal Emperor. Westport 1995.

40 Vgl. Eyck: Ludwig Bamberger (wie Anm. 29), hier S. 27 f.

41 Baumgart (Hrsg.): Kaiser Friedrich III. (wie Anm. 39), Eintrag vom 13.6.1882, S. 423.

42 Ebd., Eintrag vom 11.2.1886, S. 495.

43 Ebd., Eintrag vom 19.6.1879, S. 294 f., Zitat S. 295. Zu Bismarcks wechselhaften währungspolitischen Positionen vgl. Guido Thieme: Otto von Bismarck und die internationale Währungspolitik 1868–1880. In: Michael Epkenhans/Ulrich von Hehl (Hrsg.): Otto von Bismarck und die Wirtschaft. Paderborn 2013, S. 97–119.

44 Einen guten Eindruck von der Dichte der Kommunikation zwischen Bamberger, Kaiserin Victoria und Friedrich III. vermittelt Feder (Hrsg.): Bismarcks großes Spiel (wie Anm. 34), S. 341–440.

Vereinigung, in der er allerdings keine große Rolle mehr spielte, verzichtete er nach über zwei Jahrzehnten Parlamentszugehörigkeit auf eine erneute Reichstagskandidatur.

Jahrzehntelang hatte er „die politische Freiheit als abhängig von der ökonomischen“ erklärt und dadurch versucht, „die Ökonomisierung des Freiheitsbegriffs festzuschreiben“.⁴⁵ An seinem Lebensende schien er jedoch diese lebenslange Gewissheit zu hinterfragen. Ein Jahr vor seinem Tod wohnte er, wohl in versöhnlicher Absicht, einem Vortrag Lujo Brentanos in der Berliner Volkswirtschaftlichen Gesellschaft bei. Tags darauf besuchte ihn Brentano und war erstaunt über Bambergers Einschätzung, dass den Liberalen gar nichts anderes übrig bleibe, als sich mit den Sozialdemokraten zu einer großen liberalen Partei zu vereinigen.⁴⁶ Privat wurde er insofern noch deutlicher, als er seiner Enttäuschung über die soziale Formation, der er selbst entstammte, freien Lauf ließ. „Jetzt meint man, die Degeneration komme vom allgemeinen Stimmrecht, aber das wahre Übel ist das niedrige Niveau unserer Bourgeoisie jeden Grades. Dieses haben wir 1866–1876 überschätzt, weil wir als deren Crème allein herrschten.“⁴⁷ Doch selbst in diesem einsichtigen Eingeständnis teilweisen politischen Scheiterns blieb sein Selbstbewusstsein ungebrochen, der Elite des Bürgertums anzugehören.

3. *Traditionsbildungen*

3.1. Gouvernentaler Antisemitismus: Bamberger als Feind

Die wichtige Rolle jüdischer Akteure im Prozess der Gründung des deutschen Nationalstaats wird durch die Fixierung auf den 1878/79 als politisch-gesellschaftliche Bewegung virulent werdenden Antisemitismus oft unterschätzt. Zwar gab es standhafte Kritiker Bismarcks wie Johann Jacoby oder Leopold Sonnemann, doch Bambergers Einschwenken auf den Kurs des preußischen Ministerpräsidenten war für das jüdische Bürgertum typisch. Zugleich bot die Parteinahme für Bismarck die vermeintliche Chance, ein für allemal seine nationale Loyalität zu beweisen. Als in den 1880er Jahren der parteipolitische Antisemitismus aufkam und sich Bismarck ihm

45 Weber: Ludwig Bamberger (wie Anm. 32), S. 284.

46 Zucker: Cold Shoulder (wie Anm. 30), hier S. 201 f.

47 Bamberger an Franz v. Stauffenberg, 3.7.1898, zit. n. Weber: Ludwig Bamberger (wie Anm. 32), S. 285.

nicht klar entgegengestellte, wuchs zwar die Ernüchterung über und die Kritik an ihm, mehrheitlich hielt das jüdische Bürgertum aber an seiner Idealisierung Bismarcks fest, vor allem soweit es nationalliberal orientiert war.⁴⁸

Bamberger war insofern eine Ausnahme, als er sich nach des Kanzlers konservativer Wende von 1878/79 auch öffentlich scharf von ihm abwandte. Schon 1870 hatte er über Bismarck festgehalten: Die „Brutalität gehört zu seinen Instinkten“⁴⁹. Das musste Bamberger auch persönlich erleben. Den „Kampf gegen die Diktatur Bismarcks“⁵⁰ führte er unter anderem in einer Debatte um das Tabak-Monopol, das der Regierung vom Reichstag nicht kontrollierbare Einkünfte gesichert hätte. Bismarck sprach ihm dabei ab, für die deutsche Nation sprechen zu können und bezeichnete ihn als „sujet mixte“, was Bamberger mit der Bemerkung konterte, dass er ein „vorwurfsfreies und bekanntes Leben“ geführt habe und der Kanzler daher zeigen müsse, „wo er Anlässe findet, mich ein sujet mixte mit einem verächtlichen Ausdruck zu nennen, einem Ausdruck, der, wenn er deutsch gewesen wäre, vom Herrn Präsidenten [des Reichstags] hätte gerügt werden müssen“.⁵¹

Die Angriffe wegen seines langen Lebens im Exil waren das eine. Noch weit darüber hinaus gingen unverhüllt antisemitisch motivierte Attacken, für die Ludwig Bamberger insofern ein dankbares Ziel war, als sein Lebenslauf viele judenfeindliche Klischees bediente. Das galt insbesondere für das der mangelnden nationalen Loyalität aufgrund seines Daseins als Exilant, das der Affinität zum Finanzwesen und das der (zumindest zeitweisen) Neigung zum Linksradikalismus und seiner Tätigkeit als Journalist und Publizist.⁵²

1875 druckte der „Kladderadatsch“ das Gedicht „Bei der Hitze“. Die Strophen 4 bis 5 lauten: „Sie hat’s ausspintisiret / Und unfehlbar erkannt: /

48 Vgl. Wyrwa: Konstruktion (wie Anm. 20). Andrea Hopp: Otto von Bismarck aus der Sicht des jüdischen Bürgertums. In: Ulrich Lappenküper (Hrsg.): Otto von Bismarck und das „lange 19. Jahrhundert“. Lebendige Vergangenheit im Spiegel der „Friedrichsruher Beiträge“ 1996–2016. Paderborn 2017, S. 80–103.

49 Feder (Hrsg.): Bismarcks großes Spiel (wie Anm. 34), Gespräch mit Bismarck, 8.8.1870, S. 153.

50 Bamberger an Karl Hillebrand, 22.3.1882, zit. n. Zucker: Ludwig Bamberger (wie Anm. 13), S. 181.

51 Verhandlungen des Deutschen Reichstags. Bd. 68, 14.6.1882, S. 431 (Bismarck) u. S. 434 (Bamberger).

52 Zu den antisemitischen Topoi in Hinsicht auf Geld und Bankwesen vgl. Fritz Backhaus/Raphael Gross/Liliane Weissberg (Hrsg.): Juden. Geld. Eine Vorstellung. Eine Ausstellung des Jüdischen Museums Frankfurt am Main, 25. April bis 6. Oktober 2013. Frankfurt am Main 2013.

Bleichröder I. regieret / Im armen deutschen Vaterland. / Die Schwarzen und Rotschwarzweißen, / Sie gehen auf ihren Leim; / Und die drei Juden heißen / Bamberger, Lasker und Oppenheim.“⁵³ Bamberger kommentierte derlei gegenüber seiner Schwiegermutter: „Es ist der Hass und Neid der Gebildeten, Professoren, Juristen, Pastoren, Leutnants, stimuliert vom Geist der Reaktion und Rohheit von oben.“⁵⁴

Besonders hervor tat sich Franz Perrot unter dem leicht entschlüsselbaren Pseudonym Hilarius Bankberger. Auf über einhundert Seiten polemisierte er 1877 gegen die frisch gegründete Reichsbank, die „viel mehr eine Bank des *mosaischen* als des *deutschen* Reiches“ sei. Die Verdienste Bambergers und Laskers „rechtfertigen es“, fuhr Perrot in sarkastischem Ton fort, „daß wir das in seiner Art ebenso verdiente Dioskurenpaar Lasker-Bamberger, wie jenes andere Dioskurenpaar Delbrück-Camphausen, nach Kräften feiern“, zitierte sich Perrot mit seinen „Ära-Artikeln“ selbst. Er schlug vor, über dem Portal des neuen Reichsbankgebäudes in der Kur-/Ecke Jägerstraße „ein Doppelstandbild des *Dioskurenpaares Lasker-Bamberger*, etwa in der Stellung, wie das Doppelstandbild *Göthe-Schiller*, welche den Ruhmeskranz theilen“,⁵⁵ anzubringen. Es ist keine Überraschung und dennoch des Erwähnens wert, dass eine im Reichsbankgebäude tatsächlich aufgestellte Büste Bambergers in der nationalsozialistischen Zeit entfernt wurde – also genau das Gegenteil dessen eintrat, was Perrot alias Bankberger böswillig „prophezeit“ hatte.⁵⁶

Als Heinrich von Treitschke, immerhin viele Jahre ein nationalliberaler Fraktionskollege Bambergers, durch seinen Aufsatz „Unsere Aussichten“ den Antisemitismus akademisch salonfähig machte, verfasste Bamberger rasch eine Replik unter dem programmatischen Titel „Deutschtum und Judentum“. Darin bezeichnete er Treitschkes „Angriff gegen die Juden“ als „eine Diversion im heutigen großen Feldzuge gegen den Liberalismus“ und geißelte den „Cultus der Nationalität“, der die Versuchung in sich trage,

„den Haß gegen andere Nationen zum Kennzeichen echter Gesinnung zu machen. Von diesem Haß gegen das Fremdartige jenseit[s] der Grenze bis zum Haß gegen

53 Zit. n. Volz: Michel Bréal (wie Anm. 19), ohne Seitenzahl.

54 Zit. n. ebd., ohne Seitenzahl.

55 Hilarius Bankberger [i.e. Franz Perrot]: Die sogenannte Deutsche „Reichs-Bank“, eine privilegierte Aktien-Gesellschaft von und für Juden. Nebst Betrachtungen über Laskerhafte und Bambergerliche Politik. Berlin 1877, Zitate S. 117f. Gemeint ist hier, für die Zeitgenossen unzweifelhaft erkennbar, das von Ernst Rietschel geschaffene Denkmal vor dem Nationaltheater in Weimar.

56 Achterberg/Müller-Jabusch: Ludwig Bamberger (wie Anm. 21), S. 193–215, hier S. 198.

das, was sich etwa noch als fremdartig in der eigenen Heimat ausfindig machen läßt, ist es nur ein Schritt. Je mehr Haß, desto mehr Tugend!“⁵⁷

Den Reichskanzler hielt Bamberger für mitverantwortlich dafür, dass es so weit kommen konnte. In dem nach Bismarcks Tod verfassten Gedenkartikel „Bismarck Posthumus“ beschrieb er dessen Skrupellosigkeit im Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Gegner und sein instrumentelles Verhältnis zum Antisemitismus als „Methode, ein Geschloß, das ihm andere geschmiedet, nicht von der Hand zu weisen, es für vorkommende Fälle in seinem Arsenal niederzulegen, es bald zur Einschüchterung, bald zur Herabsetzung eines Gegners zu verwenden.“⁵⁸

3.2. Anti-Antisemitismus: Bamberger als Vorbild

Viel Feind – viel Ehr: das war angesichts solch heftiger Angriffe das Motto der Parteigänger Bambergers. Theodor Barth, 1903 bis 1909 Vorsitzender des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, verteidigte ihn vehement:

„Ihm, dem Juden gegenüber, der solange in fremden Landen gelebt hatte, glaubte man das blöde Vorurteil besonders leicht in Bewegung setzen zu können, wenn man von einem Sujet mixte sprach. Nie war ein Vorwurf weniger verdient. Die Einheit und die Freiheit Deutschlands erfüllten seine Seele, seitdem er selbständig denken konnte.“⁵⁹

Eine zentrale Bedeutung für das liberale Gedenken an Bamberger kommt insbesondere dem mit Barth aufgrund der langen gemeinsamen Redaktionsarbeit für die „Nation“ eng verbundenen Paul Nathan zu.⁶⁰ Dieser hatte seine journalistische Karriere der Fürsprache Eduard Laskers und Ludwig Bambergers verdankt. Nathan entzog sich daher nicht der Bürde, dessen Nachlass noch zu Lebzeiten zu ordnen und seine Erinnerungen sowie seine Gesammelten Schriften herauszugeben. Als Dank für diese Mühen überließ Bamberger Nathan die zu erwartenden Buchhonorare.

57 Ludwig Bamberger: *Deutschtum und Judentum*. In: Karsten Krieger (Hrsg.): *Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. Kommentierte Quellenedition. Teil 1*. München 2003, S. 217–243, Zitate S. 223 f.

58 Zit. n. Hopp: Otto von Bismarck (wie Anm. 48), hier S. 92, Anm. 59.

59 Theodor Barth: *Ludwig Bamberger*. In: Ders.: *Politische Porträts*. Berlin 1904, S. 16–28, hier S. 18.

60 Vgl. zum folgenden Christoph Jahr: *Paul Nathan. Publizist, Politiker und Philanthrop, 1857–1927*. Göttingen 2018, bes. S. 58–61.

Nathan war, wie Barth, häufiger Gast in Bambergers Haus in Berlin und auch in dessen 1875 erworbener Villa in Interlaken. Ein letztes Mal war das der Fall, als er ihm, zusammen mit Barth, nach einem Schlaganfall im März 1898 „wie eine barmherzige Schwester zur Seite gestanden hatte“⁶¹. Als Nathan ihn einige Monate später in Interlaken besuchte, verstanden sich die beiden auf einer existenziellen Ebene fast wortlos:

„Nach dem Thee gehen Bamberger und ich in den Garten. Wir promenieren; dann lassen wir uns auf der grünen Bank am Hause nieder, die zum Brienzer See hin blickt. Vor uns Blumen und Gräser; links der gewaltige, machtvolle Nußbaum. Die Blumen duften leise und ein Bienchen schwirrt summend durch die Luft. Bamberger: Zum Sommer gehört solch ein Summen.“⁶²

Sehr ähnlich liest sich Theodor Barths Schilderung eines Besuchs in Interlaken einige Jahre davor:

„Wir saßen unter dem Nußbaum des Gartens, unter dem sich so gut plaudern ließ [...]. Es war ein wundervoller Nachmittag, wie gemacht für intime Zwiesprache. Bamberger ließ den Blick über die üppige Flur schweifen und zitierte dann die Goetheschen Verse: Volk und Knecht und Überwinder / Sie gestehn zu jeder Zeit / Höchstes Glück der Erdenkinder / Sei nur die Persönlichkeit. Das war mehr als ein flüchtiges Zitat, das war ein Glaubensbekenntnis.“⁶³

Privates und Politisches waren für Bamberger eine untrennbare Einheit. Sein Liberalismus war nicht nur eine Frage politischer Überzeugungen, sondern einer alle Lebensbereiche durchdringenden Haltung. Bambergers Tod beschrieb Nathan daher auch als

„unersetzliche[n] Verlust. [...] Dieses einzige Verhältnis zwischen einem jüngeren Mann und ihm, der ein so reiches Leben hinter sich hatte. [...] Denke ich an Bamberger, so geschieht's in ruhiger Trauer, denn ich glaube, sein Leben war glücklich – so glücklich so ein inhaltreiches [sic] Menschenleben sein kann.“⁶⁴

Begraben wurde Ludwig Bamberger auf dem jüdischen Friedhof an der Schönhauser Allee in Berlin, und zwar in einer gemeinsamen Grabstätte mit Eduard Lasker. Für deren Planung und Verwirklichung zeichneten

61 Bamberger an seine Nichte Anna, 30.6.1898, zit. n. Ernst Feder: Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): Bismarcks großes Spiel (wie Anm. 34), S. 9–74, hier S. 70.

62 Handschriftliche Aufzeichnungen Nathans, 10.7.1898, Bundesarchiv (BArch), N 2207/17, Bl. 23–25, hier Bl. 23.

63 Barth: Ludwig Bamberger (wie Anm. 59), hier S. 21; vgl. auch Erich Eyck: Der Patriarch von Interlaken. In: Ders.: Auf Deutschlands politischem Forum. Deutsche Parlamentarier und Studien zur neuesten deutschen Geschichte. Erlenbach-Zürich 1963, S. 31–34.

64 Nathan an Carl Aldenhoven, 2.5.1899, BArch, N 2002/15a, Bl. 32–33, hier Bl. 32.

neben Nathan vor allem Ludwigs jüngerer Bruder Heinrich, der Geheime Legationsrat im Auswärtigen Amt, Wilhelm Cahn, Theodor Barth, Theodor Mommsen und Karl Schrader verantwortlich. Der Spruch auf dem Grabmal: „Hier ruhen im Tode vereint die im Leben gemeinsames Wirken für Deutschlands Einheit und Freiheit verband“, ging auf Nathan zurück, war aber nicht unumstritten. Theodor Mommsen etwa widersprach heftig: „Deutschlands Einheit und Freiheit unter unserem pseudokonstitutionellen Absolutismus in Stein zu hauen, würde ich nicht wagen.“⁶⁵ Schließlich wurde das Grabmal am 8. Dezember 1901 im Kreis der engsten persönlichen und politischen Weggefährten der beiden großen Liberalen eingeweiht.

Neben dem – und mit ihm verflochtenen – politischen Erbe Bambergers stand das persönliche Vermächtnis. Nathan erbte nicht nur 100.000 Mark, sondern auch Bambergers stattliche Bibliothek – mit Ausnahme der finanzwirtschaftlichen Literatur, die an Karl Helfferich ging. Der, auf den Tag 49 Jahre nach Bamberger geboren, war ebenfalls ein treuer Anhänger Bambergers und hatte auch das Gedenken an ihn mit geformt.⁶⁶ Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass Helfferich sich nach 1918 zum radikalen Antisemiten, Verächter des Liberalismus und gnadenlosen Feind der neuen Republik entwickelte.

Kurz vor seinem Tod hatte Nathan dafür gesorgt, dass der in seinem Besitz befindliche Nachlass Bambergers – wie sein eigener – in die treuen Hände von Ernst Feder gelangte. Den letzten Anstoß dafür gab wohl der Besuch eines Vertreters des Reichsarchivs Anfang Januar 1927 bei Nathan, bei dem dieser die Abgabe des Bamberger-Nachlasses an das Reichsarchiv erbat.⁶⁷ Nathan lehnte das freilich mit den Worten ab: „Ich wollte den Nachlass Ernst hinterlassen mit dem selben Bemerkten, mit [dem] ihn mir Bamberger vermacht hat, dass nichts publiziert werden darf. Sollte aber Ernst doch etwas veröffentlichen, dann kann ich nur von oben mit dem Finger drohen.“⁶⁸ Zum Glück für die Nachwelt hat sich Feder von der Aussicht auf drohende Finger von oben nicht einschüchtern lassen und Bambergers Tagebücher unter dem reißerischen Titel „Bismarcks großes

65 Mommsen an Nathan, 31.2.1900, BArch, N 2207/11, Bl. 59.

66 Vgl. Ludwig Bamberger: *Ausgewählte Reden und Aufsätze über Geld- und Bankwesen*. Hrsg. v. Karl Helfferich. Berlin 1900. Zu Helfferich vgl. John G. Williamson: *Karl Helfferich, 1872–1924. Economist, Financier, Politician*. Princeton (N.J.) 1971. Eine moderne Biographie Helfferichs ist ein Desiderat.

67 Vgl. Ernst Feder: *Tagebuch*, 7.1.1927, S. 2, Leo Baeck-Institut New York, AR 7040, Diaries I. In schriftstellerischer Freiheit ausgemalt wird diese Episode bei Rosemarie Schuder: *Ludwig Bamberger. Volksvertreter im Schatten Bismarcks*. Guben 2013, S. 257–261.

68 Ernst Feder: *Tagebuch*, 7.1.1927, S. 2, Leo Baeck-Institut New York, AR 7040, Diaries I.

Spiel“ veröffentlicht. Das geschah keinen Augenblick zu früh, denn wenige Monate später musste Feder vor dem nationalsozialistischen Terror ins Pariser Exil fliehen. Als die Wehrmacht 1940 dort einmarschierte, konnte er zwar sich selbst retten, der Nachlass Bambergers wurde freilich beschlagnahmt und gelangte dadurch schließlich doch noch ins Reichsarchiv.⁶⁹

Zum Schluss kehren wir noch einmal zu der Bücherauktion des Jahres 1927 zurück. Im eigens dafür erstellten Katalog stellte Ernst Feder Ludwig Bamberger den kaufwilligen Bücherfreunden in wenigen Sätzen vor. Er

„war ein wissenschaftlich durchgebildeter, praktisch erfahrener Nationalökonom, ein Währungstheoretiker ersten Ranges, dem die freiheitliche Auffassung Lebens- element war, ein glänzender Redner, ein bezaubernder Causeur, ein Schriftsteller, der seinen Gegenstand gründlich und amüsant zugleich behandelte, ein Literaturkenner, der mit dem Schrifttum der vier wichtigsten europäischen Nationen vertraut war. [...] Er war ein Kulturmensch grossen Stils, weil er alle diese Eigenschaften zu einer harmonischen Einheit verband.“⁷⁰

Nüchternheit war nicht das Ideal Feders, wenn es darum ging, seine „Helden“ aus der Geschichte des Liberalismus zu würdigen – und, nicht zuletzt, das Erbe der deutschen Juden nach der Shoa zu bewahren. Dieses Ziel verfolgte auch der hauptberufliche Rechtsanwalt Erich Eyck, der durch Theodor Barth und Friedrich Naumann für liberale Politik begeistert wurde und in der Weimarer Republik auch Autor der von Theodor Heuss redigierten „Hilfe“⁷¹ war. Heuss war es auch, der dem als Juden verfolgten Eyck, der im britischen Exil zu Ansehen als Historiker gekommen war, 1953 das Bundesverdienstkreuz verlieh.⁷² Eyck lag das Andenken an Bamberger am Herzen, denn wenn „das deutsche Bürgertum sich auch nur ein wenig für seine eigene Geschichte interessieren würde“, müsste dieser ihm „vertraut und wert sein“, weil niemand „den Gedanken der politischen und kulturellen Mission des deutschen Bürgertums mit mehr Geist und Sachkunde, mit größerer politischer Einsicht und reicherer Bildung, mit

69 Vgl. Benedikt Koehler: Ludwig Bamberger. Revolutionär und Bankier. Stuttgart 1999, S. 281. Heute wird der Nachlass im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde aufbewahrt.

70 Feder: Vorwort (wie Anm. 1), ohne Seitenzahl.

71 Zur Bedeutung der „Hilfe“ als parteibildendes Debatten- und Kommunikationsforum des Liberalismus vgl. Christoph Jahr: „Ein Schriftsteller und Publizist von unerschöpflicher Fruchtbarkeit“. Friedrich Naumann und sein Netzwerk in Presse und Publizistik. In: Jürgen Frölich/Ewald Grothe/Wolther von Kieseritzky (Hrsg.): Fortschritt durch sozialen Liberalismus. Politik und Gesellschaft bei Friedrich Naumann. Baden-Baden 2021, S. 141–157.

72 Zu Eycks Wirken als Historiker vgl. Ewald Grothe: Die liberale Zerstörung einer Legende. Erich Eycks Bismarck-Biographie und ihre Rezeption. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 27 (2015), S. 103–118.

höherer parlamentarischer oder schriftstellerischer Kunst vertreten“ habe als er.⁷³

Das „Bekenntnis zur liberalen Lebensanschauung, deren höchster tragender Gedanke die Erkenntnis des unvergleichlichen und unersetzlichen Wertes der frei all ihre Anlagen entfaltenden Persönlichkeit ist“, sei „Bamberger von früher Jugend bis ins späte Alter treu geblieben“, so Eyck.⁷⁴ Mit ähnlich emphatischen Ton hatte schon Otto Hartwig Bamberger „im Geiste der Wahrhaftigkeit und Treue“⁷⁵ beschrieben, und Theodor Barth war sich sicher: „Diese unerschrockene Einsicht und dieser Mut, öffentlich Zeugnis abzulegen von dem, was er als richtig erkannt hatte, haben Ludwig Bamberger durch sein ganzes Leben begleitet.“⁷⁶

4. Ausblick

Derlei Emphase enthält sich die neuere Forschungsliteratur. Der US-amerikanische Historiker Stanley Zucker zählt ihn aber dennoch zu den „lost chances and might-have-beens“ der deutschen Geschichte. Diesem Eindruck widerspricht auch Benedikt Koehler nicht.⁷⁷ Marie-Lise Webers Grundton ist dagegen skeptischer, stellt sie doch Bambergers Ideologieverhaftetheit in den Vordergrund, was auch Heinz Kapp insofern bestätigt, als er Bamberger zum „wandlungsfähigste[n], widersprüchlichste[n] und einflussreichste[n] unter den jüdischen Revolutionären“ von 1848 erklärt, der „mehrmals politische Abgrenzungen“ überschritt und „die antisozialistische Bewegung im Liberalismus“ prägte.⁷⁸ Schließlich vermag auch Christian Jansen kein reines Heldengemälde zu zeichnen, erblickt er in Bamberger doch einen jener „autoritären[n] Revolutionäre“⁷⁹, deren aggressive Männlichkeitsvorstellungen zu dem oft übersehenen problematischen Erbe von

73 Eyck: Ludwig Bamberger (wie Anm. 29), Zitate S. 25 f.

74 Eyck: Patriarch (wie Anm. 63), hier S. 34.

75 Otto Hartwig: Ludwig Bamberger. Eine biographische Skizze. Marburg 1900, S. viii.

76 Barth: Ludwig Bamberger (wie Anm. 59), hier S. 18 f.

77 Zucker: Ludwig Bamberger (wie Anm. 13), Zitat S. ix. Vgl. Koehler: Ludwig Bamberger (wie Anm. 69).

78 Zur Kritik an Bambergers „Manchester-Ideologismus“ vgl. Weber: Ludwig Bamberger (wie Anm. 32), S. 15–27; dazu auch Hellmut Seiers pointierte Rezension Webers in: Historische Zeitschrift 249 (1989), S. 188–190. Zitat: Heinz Kapp: Revolutionäre jüdischer Herkunft in Europa 1848/49. Konstanz 2006, S. 354. Diesen problematischen Aspekt des Wirkens Bambergers arbeitet auch Kieseritzky: Liberalismus (wie Anm. 30) heraus, insbesondere im Vergleich zu Barth (bes. S. 485).

79 Jansen: Einheit (wie Anm. 16), S. 247.

1848/49 zählten. Aber auch Jansen bescheinigt Bamberger, dass er sich „nie von seinen revolutionären Tätigkeiten distanziert“ habe und „sein späteres politisches Wirken in der Kontinuität der Ziele [sah], die er bereits 1848/49 verfolgt hatte“.⁸⁰

Wie von vielen historischen Persönlichkeiten lässt sich mit Schiller also auch über Bamberger sagen: „Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt / Schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“. War er ein mit taktischer Beweglichkeit ausgestatteter, im Kern aber prinzipienfester, der Entfaltung individueller Freiheit verpflichteter Politiker? Oder ein zumindest phasenweise allein am eigenen Erfolg orientierter Opportunist? War sein Ideal einer klassenlosen Bürgergesellschaft in Wahrheit die rückwärtsgewandte Zukunftsprojektion eines letztlich der vorindustriellen Welt von 1789 verhafteten, vermögenden Bankiers, der Adam Smith nie überwand und daher für die soziale Realität im Zeitalter der Hochindustrialisierung blind wurde?

Sein Lebenslauf bietet jedenfalls reichliches Anschauungsmaterial für die Probleme, mit denen sich der Liberalismus bis in unsere Gegenwart konfrontiert sieht. Bambergers universeller Anspruch kollidierte bisweilen hart mit seiner konkreten sozioökonomischen Gebundenheit. In gewissem Sinn hielt er den „Tiers État“ im Sinne des Abbé Sieyès tatsächlich für die ganze Nation. Seine jugendliche Prägung durch den Linkshegelianismus einerseits und die Smith'sche Freihandelslehre andererseits verweist auf ein Spannungsfeld, das bis heute ebenso fasziniert wie irritiert. Es ermöglichte ihm, in seiner Jugend viele zukunftsweisende Perspektiven zu eröffnen – und engte in seinem weiteren Leben zugleich seine Urteilskraft insbesondere für soziale Fragen ein. Auch die Tatsache, dass die Spanne der von Bamberger beeinflussten Politiker von – dem schließlich sogar Sozialdemokrat gewordenen – Paul Nathan bis zu Karl Helfferich reichte, dem Frontmann der republikfeindlichen Deutschnationalen Volkspartei, zeigt die Deutungsoffenheit seines Erbes und damit auch des deutschen Liberalismus auf. Diese Widersprüche aufzulösen, ist ein womöglich utopisches Unterfangen, was die fortdauernde Beschäftigung mit und kritische Würdigung von Ludwig Bamberger aber umso notwendiger und reizvoller macht.

80 Jansen: Ludwig Bamberger (wie Anm. 11), hier S. 208.

„Das Zünglein an der Waage"? Arnold Paulssen und die Deutsche Demokratische Partei in Thüringen 1918 bis 1933

Wir Demokraten

Wir Demokraten haben ein Ziel:

Wir wollen Freiheit und Recht.

Wir treiben mit euch kein vages Spiel,

Wir sind ein altes Geschlecht.

Die Freiheit ist unser höchstes Gut,

Und sie ist auch kein leerer Wahn;

Sie stärkt unsere Kraft und hebt unsern Mut,

Denn wir sind ja die Jungen von Jahn.

Wir treten ein für das gute Recht,

Wie es unsere Väter getan.

Wir verachten das Schlechte, weil es schlecht,

Und achten den aufrechten Mann.

Wir bleiben uns treu in Versuchung und Not,

Wir stehen für Freiheit und Recht.

Wir stehen im Kampfe bis in den Tod,

Wir werden niemals zum Knecht.¹

So lautete ein im Februar 1924 an das linksliberale Jenaer Volksblatt eingesandtes Gedicht, welches das Selbstbild der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) widerspiegeln sollte. Die dramatischen Worte lassen erahnen, dass der thüringische Landtagswahlkampf 1923/24 durch eine der tiefsten Krisen der jungen deutschen Republik geprägt war. Seit Anfang 1923 folgte eine Herausforderung auf die nächste: Ruhrbesetzung, Hyperinflation, Hitler-Ludendorff-Putsch, die blutige Reichsexekution gegen Sachsen, der Hamburger Aufstand der lokalen Kräfte der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) – die Liste war lang. Auch an den Grenzen Thüringens war es im Umfeld des Münchener Putschversuches zu teils tödlichen Schießereien gekommen.² Der kurzzeitige Versuch, in dem jungen Land eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten aufzu-

1 Wir Demokraten. In: Jenaer Volksblatt (JV), 9.2.1924.

2 Von der thüringisch-bayerischen Grenze. Das erste Opfer. In: JV, 14.11.1923.

bauen, war von der Reichsregierung mit der Entsendung von Truppen beantwortet worden. Die Gesellschaft war tief gespalten. Politische Überzeugungen prallten unversöhnlich aufeinander. Die Zukunft des nicht einmal vier Jahre alten Landes hing in der Schwebe. Doch welche Rolle spielte die DDP im Freistaat Thüringen bei dessen Entstehung und der Entwicklung in den Weimarer Jahren? Und wie viel Wahrheit lag in all dem Pathos des eingangs zitierten Gedichtes?

Die Geschichte der DDP in der Weimarer Republik ist bereits mehrfach untersucht worden, wenngleich viele der Darstellungen älteren Datums sind.³ Während die generelle Geschichte der Partei somit nachgezeichnet wurde, stellt sich die Frage, ob die reichsweiten Befunde in jedem Gliedstaat der Weimarer Republik bzw. in den zum Teil in Bezug auf das Wahlverhalten stark voneinander abweichenden preußischen Provinzen gleichermaßen zutreffen. Die Zahl der ausführlichen Lokalstudien hält sich indes ebenfalls in Grenzen.⁴ Die umfangreichste Studie zu den bürgerlichen Parteien Thüringens ist ein Vierteljahrhundert alt und kann die Geschichte der DDP aufgrund des gewählten breiten Fokus nicht im Detail nachzeichnen.⁵

Auch der vorliegende Beitrag kann dieses Desiderat schon aus Platzgründen nicht füllen, soll aber den Einfluss der DDP im jüngsten Land der Republik nachzeichnen. Er betrachtet dabei sowohl die Ergebnisse thüringischer Wahlen der Zwischenkriegszeit, stellt mit Arnold Paulssen einen führenden Politiker des mitteldeutschen Liberalismus vor und fragt zugleich nach Selbstbild und Selbstdarstellung der DDP. Wesentliche Quel-

- 3 Christian Dorbandt: Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) und der Organisierte Pazifismus in der Weimarer Republik. Kiel 1999; Ludwig Luckemeyer: Die Deutsche Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung. 1918–1919. 2 Bde. Gießen 1975; Werner Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930. München 1978; Hartmut Schustereit: Linkliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930. Düsseldorf 1975; Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linkliberalismus 1918–1933. Die Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973.
- 4 Vgl. etwa Ursula Büttner: Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906–1930. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 63 (1977), S. 1–34; Armin Frohmann: Die Deutsche Demokratische Partei in Göttingen, 1918–1930. Ein Versuch zur Bestimmung eines sozial-moralischen Milieus auf lokaler Ebene. Göttingen 1987; Gerhard Menk: Politischer Liberalismus in Hessen zwischen Weimarer Republik und Nachkriegszeit. Rudolf Büttner, Margarete Grippentrog und die Deutsche Demokratische Partei Fuldas. Fulda 2010; Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen. 1918–1933. Düsseldorf 1994.
- 5 Jochen Grass: Studien zur Politik der bürgerlichen Parteien Thüringens in der Weimarer Zeit 1920–1932. Ein Beitrag zur Landesgeschichte. Hamburg 1997.

le dafür war die zeitgenössische linksliberale Presse in Gestalt des Jenaer Volksblatts.⁶

1. Der Zauber des Anfangs

Die Position der liberalen Kräfte in Thüringen war schon vor dem Sturz der Monarchien von einer gewissen Wählerwanderung zur Konkurrenz auf der Rechten und Linken gekennzeichnet gewesen. In den Industriestandorten erstarkte die Sozialdemokratie, im ländlichen Raum gingen Stimmen an die Konservativen in dem Maße verloren, in dem die Nationalliberalen von konservativen Standpunkten abrückten. Die liberalen Parteien traten 1909 in Sachsen-Weimar-Eisenach gemeinsam an.⁷ Bezüglich der Zukunft der neun thüringischen Kleinstaaten traten die Liberalen für eine Annäherung ein, dachten diese aber eher als Staatenbund, denn als ein geeintes Land, das gegen den Widerstand der herrschenden Monarchen nicht auf friedlichem Wege realisiert werden könne. Die Unfähigkeit der gekrönten Häupter zu tiefgreifenden Reformen verursachte wachsende Frustration, so dass viele Liberale den Sturz der Monarchien 1918 begrüßten.⁸ Auf den ersten Blick gestaltete sich der Aufbruch in das nachrevolutionäre Thüringen für sämtliche Demokraten vielversprechend, auch wenn das Parteiensystem im thüringischen Raum eine Besonderheit aufwies. Die zweite Partei der politischen Mitte in den Jahren der Weimarer Republik, das katholische Zentrum, sollte in dem überwiegend protestantischen Land nie über den Status einer Kleinpartei hinauskommen.⁹ Anlässlich der Gründung des Landesverbands Thüringen der DDP mit Sitz in Jena am 8. Dezember 1918 zeichnete sich ab, dass der mehrheitlich aus der Fortschrittlichen Volkspartei hervorgehenden Partei auch eine erhebliche Zahl von thüringischen

6 Die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek ermöglicht den Zugriff auf die Jahrgänge der Zeitung zwischen 1890 und 1941, vgl. Jenaer Volksblatt. <Jenaer Volksblatt – JPortal (uni-jena.de)> (9.6.2023).

7 Die Landtagswahlen. Preßstimmen. In: JV (Zweites Blatt), 11.12.1909.

8 Beate Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918–1923. Weimar/Köln/Wien 1995, S. 23 f., 30 f., 49. Zum Sturz der Monarchien vgl. die regionalen Fallstudien in Christian Faludi/Marc Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“. Die Gründung des Landes Thüringen 1920. Weimar/Wiesbaden 2020, S. 29–155.

9 Vgl. zum Katholizismus in Thüringen Arndt Macheledt: Region und Religion. Katholiken im „Lutherland“ Thüringen. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 203–213.

Mitgliedern der Nationalliberalen Partei beitreten würde.¹⁰ Damit gelang eine Sammlung großer Teile des liberalen Spektrums.

Jede Betrachtung der thüringischen DDP muss zunächst feststellen, dass die liberalen Kräfte niemals stärker waren als zu dem Zeitpunkt, als es noch kein vereinigtes Land Thüringen gab. Bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wurde die Partei in der Region mit 23 Prozent sogar zweitstärkste Kraft – wenngleich mit deutlichem Abstand zur Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD). Auch in den ersten und einzigen demokratischen Landtagswahlen der thüringischen Kleinstaaten vor deren Aufgehen im neuen Land schnitt die DDP beeindruckend ab. In den Freistaaten Reuß älterer Linie, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha, Sachsen-Weimar-Eisenach, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen landete sie an zweiter Stelle. In Reuß jüngerer Linie misslang dies nur, weil die Rechtsparteien Deutsche Volkspartei (DVP) und Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ein Wahlbündnis geschlossen hatten. In Sachsen-Meiningen erreichte die DDP den dritten Platz knapp hinter der politischen Vereinigung des Meininger Bauernvereins. In Sachsen-Coburg war sie ihrerseits Teil der bürgerlichen Einheitsliste.¹¹ Nach den Wahlen galt die Partei den allerorten dominierenden sozialdemokratischen Kräften als Garant für Stabilität und verlässlicher Koalitionspartner. In mehreren Ländern waren Linksliberale an Regierungen beteiligt. In Sachsen-Weimar-Eisenach, dem größten der thüringischen Staaten, stellte die DDP mit Arnold Paulssen einen von zwei leitenden Staatsministern und zwei von fünf Staatsräten.¹² Auch in Sachsen-Altenburg und Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt sowie in den im April 1919 zum Volkstaat Reuß vereinten reußischen Ländern waren Politiker der DDP in den Regierungen vertreten, oft in prominenten Positionen.

Neben dem Kompromisswillen der Sozialdemokraten in der Umbruchsituation – die DDP regierte häufig in Ländern mit, in denen rein rechnerisch eine ausschließlich sozialdemokratische Regierung möglich gewesen wäre – verdankte die Partei diese starke Präsenz wohl nicht zuletzt dem

10 Deutsche demokratische Partei, Verband Thüringen. In: JV, 10.12.1918. Das Jenaer Volksblatt, das bislang den Titelzusatz „Organ der Fortschrittlichen Volkspartei des 3. Weimarschen Reichstagswahlkreises“ geführt hatte, nannte sich ab 1. Januar 1919 dann auch folgerichtig „Zeitung der Deutschen demokratischen Partei“.

11 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 53, 64–73.

12 Rüdiger Stutz: Sachsen-Weimar-Eisenach. Der „Motor“ des Zusammenschlusses der Thüringer Kleinstaaten, 1919/20. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 29–43, 46.

Umstand, dass sie über zahlreiche namhafte Personen mit langjähriger Praxiserfahrung im Verwaltungsdienst und auf der politischen Bühne verfügte, mit denen der Systembruch effektiv gestaltet werden konnte. Männer wie Harald Bielfeld, William Oberländer und Arnold Paulssen hatten ihre Karrieren bereits in den Monarchien begonnen, doch Renommee und Fachwissen garantierte ihnen auch nach dem Sturz der Herrscherhäuser Achtung selbst bei politischen Konkurrenten.¹³ Ihr Einsatz in der Umbruchssituation war unerlässlich und trug erheblich dazu bei, dass der Systemwechsel und die frühe Nachkriegszeit zumeist reibungsarm vonstattengingen. Und nicht ohne Grund war der DDP-Politiker Eduard Rosenthal zunächst hauptverantwortlich für das Entstehen erst der Verfassung von Sachsen-Weimar-Eisenach und, darauf aufbauend, bald auch für ganz Thüringen. Der Rechtswissenschaftler der Universität Jena war in Mitteldeutschland schlicht die beste Wahl zur Lösung des Problems. Ähnlich gestaltete sich die Situation auf Reichsebene, auf der die DDP eine vergleichbare Position einnahm und in sozialdemokratischen Reihen ebenfalls kein geeigneter Kandidat zur Verfügung stand. So erarbeitete letztlich der linksliberale Hugo Preuß die Verfassung für das nachrevolutionäre Deutschland federführend.¹⁴

Soweit es die Zukunft der thüringischen Länder betraf, befürwortete die DDP grundsätzlich die Bildung eines „Großthüringen“ aus den Kleinstaaten und preußisch-thüringischen Gebieten innerhalb einer bundesstaatlichen Republik.¹⁵ Dies war jedoch keine uneingeschränkte Zustimmung zur Landesgründung, vielmehr präsentierten sich frühzeitig regionale Unterschiede. In Weimar stand die Partei hinter dem Kurs prominenter Vertreter wie Arnold Paulssen und Eduard Rosenthal, die man mit Recht zu den Gründervätern Thüringens rechnet. Paulssen, bald auch Vorsitzender des Staatsrates als Vorläufer der thüringischen Gesamtregierung, sah in Thüringen ein wichtiges Scharnier zwischen dem preußisch geprägten Norddeutschland und dem Süden, namentlich Bayern.¹⁶ Hingegen liebäugelten

13 Christian Faludi: Lebensskizzen herausragender Persönlichkeiten der Gründungsphase des Landes Thüringen 1918-1920. In: Ders./Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 362–364, 372–374.

14 Vgl. dazu Gerhard Lingelbach: Die Verfassung des Freistaats Thüringen von 1920/21. Eduard Rosenthals Leistung. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 325–338. Zu Preuß vgl. Michael Dreyer: Hugo Preuß. Biografie eines Demokraten. Stuttgart 2018.

15 Zum Begriff und seiner Wirkung vgl. Frank Boblenz: Großthüringen. Eine Annäherung zum Begriffsverständnis vor und nach der Landesgründung von 1920. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 173–201.

16 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 55, 71; Faludi: Lebensskizzen (wie Anm. 13), S. 374; Stutz: Sachsen-Weimar-Eisenach (wie Anm. 12), S. 37–40.

Anhänger der DDP im preußischen Thüringen nur kurzzeitig mit dem Beitritt zu einem künftigen Großthüringen. Schnell setzte sich eine proborussische Haltung durch.¹⁷ In Meiningen stimmten die Abgeordneten der DDP erst für den Vereinigungskurs, nachdem man Sonderkonditionen für sich ausgehandelt hatte.¹⁸ In Coburg gehörte die DDP zu den Gruppen, die mehrheitlich und letztlich erfolgreich für die Abnabelung von Thüringen und einen Anschluss an Bayern plädierten. Allerdings wussten auch die prothüringischen Sozialdemokraten nicht alle ihre Wähler in dieser Frage hinter sich.¹⁹ In dem Maße wie sich herauskristallisierte, dass Sachsen-Coburg einen anderen Weg gehen und die preußisch-thüringischen Gebiete dem künftigen Land ebenfalls nicht angehören würden, wuchsen die Widerstände auch in anderen Gruppen der DDP. In einigen thüringischen Staaten sprachen Teile der Partei dem Projekt Thüringen in der sich abzeichnenden Form die Lebensfähigkeit ab, und sie favorisierten gemeinsam mit Vertretern der Rechtsparteien den Anschluss an Preußen respektive Sachsen.²⁰ Diese Position konnte sich jedoch nicht durchsetzen.

Während der größten Herausforderung der ersten Jahre, dem Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920, stand die DDP Thüringens loyal zu den rechtmäßigen Landes- und Reichsregierungen. Prominente Vertreter wurden deshalb mitunter zum Ziel von Putschisten. William Oberländer musste am 14. März mit seinen Kollegen der reußischen Regierung aus Gera nach Greiz fliehen. Die Regierung verweigerte sich einer Kapitulation oder eines Arrangements mit den Antidemokraten, und die Geraer Arbeiter besiegten schlussendlich die Feinde. Oberländers Versuch, nach Ende des Putsches zwischen schießwütigen sächsischen Reichswehrverbänden und Arbeiterwehren zu vermitteln, führte zu einer kurzen Geiselhaft in der

- 17 Steffen Raßloff: Preußen und Thüringen. Der Regierungsbezirk Erfurt in der Landesbildungsphase 1918/20. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 157–168, hier S. 162 f.
- 18 Norbert Moczarski: Sachsen-Meiningen. Zwischen Zögern und Zustimmung auf dem Weg nach Thüringen 1919/20. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 45–61, hier S. 59–61.
- 19 Ronny Noak: Sachsen-Coburg. Die doppelte Einmaligkeit im Prozess der Thüringer Landesgründung. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 83–93, hier S. 87.
- 20 Joachim Emig: Landesversammlung des Freistaats Sachsen-Altenburg und Gebietsvertretung Altenburg 1919–1923. In: Thüringer Landtag (Hrsg.): Die vergessenen Parlamente. Landtage und Gebietsvertretungen in den Thüringer Staaten und Gebieten 1919 bis 1923. Rudolstadt/Jena 2002, S. 161–182, hier S. 173 f.; Manuel Schwarz: Schwarzburg-Sondershausen. Auf parlamentarischem Weg vom Fürstentum zum Gebiet im Land Thüringen. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 127–135, hier S. 134; Reyk Seela: Volksstaat Reuß. Die reußische Vereinigung als Vorbild für die thüringische Landesgründung. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 137–155, hier S. 151 f.

Hand der Soldaten.²¹ Arnold Paulssen stellten die Putschisten in Weimar zeitweilig unter Hausarrest, seine Wohnung wurde zum halbkonspirativen Treffpunkt bei der Organisation des politischen Widerstands.²²

Letztlich blieb der Putsch eine Episode, wenngleich er langfristige Nachwirkungen zeitigte. Mit den rechtmäßigen – wieder amtierenden – Regierungen in Berlin wie in den thüringischen Kleinstaaten konnte am 1. Mai 1920 das Land Thüringen gegründet werden, allerdings ohne Sachsen-Coburg und die preußisch-thüringischen Gebiete. Damit stand alsbald die erste Wahl eines demokratisch legitimierten Landtags ins Haus – eine neuerliche Bewährungsprobe und Wegscheide für die politische Zukunft Thüringens.

Die Wahlkämpfe für die Reichstagswahl vom 6. Juni und für den Thüringer Landtag am 20. Juni 1920 überschnitten sich – und wurden mit aller Härte auch gegen die DDP geführt. Die thüringische DVP polemisierte: „Wer hat das deutsche Bürgertum verraten? Die Demokraten!“²³ Zusammen mit der DNVP denunzierten sie die DDP als Partei der Juden – was diese konterte, indem sie sich eine „Partei der Gleichberechtigung“ nannte.²⁴ Die sich bereits in der Reichstagswahl abzeichnenden Verluste der regierenden Parteien sorgten auch in Thüringen für Besorgnis. Prominente Vertreterinnen und Vertreter der DDP wie Arnold Paulssen und Marie Schulz – welche zu Recht darauf hinwies, dass die Partei in puncto Repräsentation von Frauen vielen anderen parlamentarischen Fraktionen überlegen war – mühten sich um die Mobilisierung von Anhängern und Wählern. Zugleich suchten sie weiterhin vorhandene Bedenken über die auch dank der DDP erreichte Landesgründung zu zerstreuen und stellten die Vorteile des Erreichten heraus. So stehe Thüringen nunmehr bezüglich der Bevölkerungszahl an sechster Stelle unter den Bundesländern, nicht länger mehr ein „Aschenbrödel“, das seine Potenziale im „Kleinstaatenjammer“ verschleifle.²⁵ Sich selbst präsentierten die Linksliberalen als Partei

21 Vgl. ausführlich Paul Kieß: Die Revolutions- und Putschtage im ehemaligen Fürstentum Reuß ältere Linie 1918–1920. Greiz 1928, S. 65–96.

22 Christian Faludi: Wehrhafte Demokratie. Weimar und der Kapp-Lüttwitz-Putsch im Vorfeld der Thüringer Landesgründung. In: Ders./Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 283–309, hier S. 302–306.

23 Wahlparolen aus: Thüringer Politische Nachrichten. Pressedienst der Deutschen Volkspartei Thüringens. In: Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (LATH – HStA Weimar), Nachlass Richard Leutheuser Nr. 1, Bl. 2r.

24 Die Partei der Gleichberechtigung. In: JV (Zweites Blatt), 11.6.1920.

25 Was erwarten wir von Thüringen? In: JV, 10.6.1920; Die Wahlen zum Thüringer Landtag. In: JV, 15.6.1920. Zum zweitgenannten Begriff: Arthur Hofmann: Thüringer Kleinstaatenjammer. Ein Weckruf an alle Thüringer ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit. Saalfeld 1906.

des Ausgleichs, des Sach- und Fachverstandes. Was seit der Revolution nur irgend erreichbar gewesen sei, habe die DDP geleistet. Und deshalb gelte der Appell: Statt Versprechungen und Parolen der Parteien an den Rändern des politischen Spektrums könnten nur gewissenhafte Arbeit und Geduld der Partei der Mitte helfen.²⁶

Die Ergebnisse der Wahlen vom 6. und 20. Juni 1920 demonstrierten allen Bemühungen zum Trotz eine deutliche Polarisierung der Stimmenverteilung im Reich wie in Thüringen. Bei der ersten Abstimmung zum Thüringer Landtag kamen die Rechtsparteien – Thüringer Landbund (ThLB), DVP und DNVP – zusammen auf mehr als 43 Prozent, und auch der Stimmenanteil der linkssozialistischen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) übertraf mit 27,9 Prozent jenen der Schwesterpartei MSPD deutlich. Diese hatte mit gerade einmal 20,3 Prozent deutlich an Einfluss verloren. Wahrhaft dramatisch aber waren die Verluste der DDP, die mit 7,3 Prozent ein „Schockergebnis“ erzielte und nur mehr die fünftstärkste Kraft des Parteienspektrums darstellte.²⁷ Auslöser für diese Schwächung der Mitte waren zum einen die Nachwirkungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches, der zu einer zunehmenden Spaltung der bürgerlichen und proletarischen Milieus geführt hatte. Dazu kam die reichsweite Unzufriedenheit mit den Berliner Regierungsparteien der Weimarer Koalition aus MSPD, der in Thüringen kaum präsenten Zentrumspartei und der DDP, denen weitgehend zu Unrecht die miserable wirtschaftliche und politische Lage angelastet wurde, die sich jedoch als Resultat von verlorenem Krieg, harten Friedensbedingungen und innerdeutschen Konflikten darstellte. Hinzu kam das Erstarken der rechtsliberalen DVP, in der vor allem das konservative Bürgertum zunehmend eine neue Heimat jenseits der DDP fand. Erst nach langen, mühseligen Verhandlungen gelang dem Parlament in der Landeshauptstadt Weimar die Bildung eines Minderheitskabinetts aus MSPD und DDP, das auf die Tolerierung der USPD angewiesen war. Mit Arnold Paulssen übernahm ein Linksliberaler das Amt des ersten Regierungschefs des Landes Thüringen.²⁸

26 Wahlauf Ruf der Deutschen demokratischen Partei. In: JV, 18.6.1920.

27 Die Landtagswahlen in Thüringen. In: Weimarerische Landes-Zeitung (WLZ), 23.6.1920.

28 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 107–112. Zur Person von Paulssen vgl. weiter unten in diesem Beitrag, ebenso Christian Faludi (Hrsg.): Arnold Paulssen. Förderer der Thüringer Landesgründung und erster Ministerpräsident des Freistaats 1920. Weimar 2022; Volker Wahl/Dieter Marek/Gereon Lamers/Michael Borchard: Thüringer Regierungschefs 1920 bis 2003. Thüringer Regierungsgeschichte – ein historischer Rückblick. 2., erw. Aufl. Erfurt 2007, S. 19–23.

2. Die Mühen des Alltags

Von Anfang an krankte die erste thüringische Regierung an divergierenden Zielen der Koalitionspartner. Die MSPD stellte soziale Belange voran, während die DDP vor allem auf die Stabilisierung und den Ausbau der Demokratie zielte. Auch wegen der Schwäche des Minderheitenkabinetts konnten einschneidende Reformen zwar vorbereitet, aber nicht umgesetzt werden. Die Regierung Paulssen beschränkte sich zumeist auf die Ausführung von Reichsgesetzen und den Erlass von Verwaltungsverordnungen.²⁹ Allerdings war die Herausforderung auch enorm, aus den Einzelstaaten ein einheitliches Gemeinwesen aufzubauen.³⁰ Frühzeitig zeigten sich Konfliktlinien in der Koalition. Die DDP erwog zeitweilig sogar den offenen Bruch und mühte sich, die Rechtsparteien in die Regierung einzubeziehen. Wenig überraschend scheiterte dies am erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten. Die Ablehnung des Grundsteuergesetzes durch die Vertreter der Rechtsparteien und die Kommunisten führte schließlich zum Rücktritt der Regierung und zur Auflösung des Landtags im Juli 1921.³¹ Die DDP bemühte sich, einmal mehr mit dem Argument zu mobilisieren, eine reine Links- oder Rechtsregierung sei in Thüringen unmöglich. Es brauche die demokratische Mitte als notwendiges Korrektiv und Garant für Stabilität. Doch konnte die Vernunft rhetorik der DDP schwerlich die Massen in der Form mitreißen, wie es die Polemik am linken und rechten Rand des politischen Spektrums vermochte. Die begrenzten Erfolge der kurzlebigen Regierung Paulssen dürften gleichfalls dazu beigetragen haben, dass die Partei bei der Wahl am 11. September erneut herbe Verluste hinnehmen musste und gerade einmal drei von 54 Parlamentssitzen in Anspruch nehmen konnte – als kleinste der im Landtag vertretenen Fraktionen.³²

Die DDP trat noch Wochen nach der Wahl vom September 1921 für ein Bündnis aus MSPD, DDP, ThLB, USPD und vielleicht sogar unter

29 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 113–116.

30 Vgl. zu diesem Prozess, der erst 1923 seinen Abschluss fand: Karl-Eckhard Hahn: Ein langer Abschied. Das neue Thüringen und das Erlöschen seiner Gründerstaaten 1918 bis 1923. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 341–357.

31 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 116 f. Die Kommunisten waren als Angehörige der USPD in den Landtag gewählt worden, welche die Regierung Paulssen tolerierte. Die Restfraktion der USPD sprach sich mit großem Bedenken für die Gewerbesteuer aus. Ausführlicher zum Scheitern der Regierung auch: Thüringer Landtag. (78. Sitzung). In: JV, 28.7.1921; Rücktritt der Thüringer Regierung. In: ebd.; Thüringer Landtagswahl. In: JV, 10.9.1921.

32 Grit Graupner: Parlament. In: Bernhard Post/Volker Wahl (Hrsg.): Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995. Weimar 1999, S. 236–266, hier S. 241 f.

Einbeziehung der DVP ein.³³ So vielversprechend diese Perspektive für das Land auch erscheinen mochte, sie war mit den Realitäten unvereinbar. Die schließlich unter August Frölich gebildete Regierung aus MSPD und USPD, die sich auf eine unverbindliche Tolerierungszusage der Kommunisten stützen musste, wurde nicht nur von den Rechtsparteien scharf angefeindet. Auch die DDP lehnte das Bündnis ab.³⁴ Schon wenige Wochen später stand die Partei in scharfem Konflikt mit der Regierung, die in einem symbolisch hochgradig aufgeladenen Akt kurzfristig den 9. November als Feiertag durchsetzte und dafür den Reformations- sowie den Buß- und Betttag aus dem Kalender staatlicher Feiertage strich. Die Linksliberalen sahen in der Vorgehensweise der Regierung gar einen Verfassungsbruch.³⁵ Die tatsächliche Positionierung in den folgenden anderthalb Jahren schwankte jedoch: So opponierte die DDP mit den Rechtsparteien gegen die Verpflichtung der Landesbeamten zum aktiven Staatsschutz zugunsten der Republik – eine sozialdemokratische Forderung, die nach den Erfahrungen des März 1920 nur zu verständlich schien. Auch an der dringend benötigten Verwaltungsreform und besonders an den Bildungsreformversuchen des linken Volksbildungsministers Max Greil entzündete sich nicht nur seitens der Rechtsparteien erbitterter Widerstand. Andererseits erkannte gerade die DDP durchaus zukunftsweisende Elemente des Reformwerks an. So mancher bürgerliche Abgeordnete stimmte für ausgesuchte Neuerungen oder enthielt sich zumindest der Stimme. Innovationen wie die universitäre Anbindung der Lehrerbildung entsprachen durchaus den Vorstellungen der DDP.³⁶

Die Krisensituation des Jahres 1923 sah eine weitere Annäherung des rot-roten Kabinetts unter dem Leitenden Staatsminister August Frölich an die Kommunisten. Zugleich bemühten sich die Regierenden, rechtsgerichtete republikfeindliche Beamte aus dem Amt zu entfernen. In dieser Situation arbeitete die DDP zunehmend mit den Rechtsparteien zusammen, obwohl sie zeitgleich auf eine Neuaufgabe der sozialliberalen Koalition hoffte. Eine Denkschrift der DDP und der Rechtsparteien vom 16. Mai 1923 an den Reichskanzler und das Reichsinnenministerium bezichtigte die thüringische Regierung des systematischen Verfassungsbruchs. Die Vorwürfe reichten von Eingriffen im Bildungswesen, einer angeblichen Kirchenfeindlichkeit bis hin zur Herabdrückung von Beamten zu gefügigen Werkzeugen

33 Um Thüringens Regierung. In: JV, 5.10.1921.

34 Die Regierungsbildung in Thüringen. In: JV, 8.10.1921.

35 Die Notgesetze vor dem Landtag. In: JV (Zweites Blatt), 12.11.1921.

36 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 129–155; Hahn: Abschied (wie Anm. 30), S. 350–353.

der sozialistischen Parteien. Auch die kürzlich durchgesetzte Kommunalreform wurde scharf kritisiert. Das Reichsinnenministerium sah sich zwar im Sommer 1923 genötigt, eine Vielzahl der Beschwerden als übertrieben oder unbegründet zu verwerfen. Jedoch trug die Regierungseinbindung der KPD im Oktober noch zur Verschärfung des Konflikts bei. Auch wenn Thüringen anders als das Nachbarland Sachsen einer förmlichen Reichsexekution entging, ließ Berlin in Weimar und anderen Städten des Freistaates die Reichswehr einmarschieren. Die linke Koalitionsregierung war heillos zerstritten und zerbrach.³⁷ Seitens der DDP hoffte man nun auf einen politischen Neuanfang – unter eigener Regierungsbeteiligung. Diese würde vor allem durch harte Sparzwänge und eine Professionalisierung in der Verwaltung geprägt sein. „Prüfet alles und behaltet [sic!] das Beste“ lautete die Parole der Stunde. Einmal mehr sahen die liberalen Kräfte ihr einziges Heil in einer breiten Koalitionsregierung unter Einbeziehung des Thüringer Landbundes und der Sozialdemokratie.³⁸ Nicht zuletzt auch aufgrund finanzieller Probleme musste die DDP am Ende eines erfolglosen Wahlkampfes bei geschwundener Basis konstatieren: „Jedermanns Hand ist heute in Thüringen gegen jedermann“. Dennoch bescheinigte man sich selbst, die einzige Partei zu sein, die für die „alten demokratischen Ideale der Einigkeit, des Rechts und der Freiheit“ fest einstünde.³⁹ Zur Wahl am 10. Februar trat die DDP im Wahlbündnis „Thüringer Ordnungsbund“ an – gemeinsam mit DVP, DNVP und ThLB. Der Verbund erhielt 35 von 72 Sitzen und verfehlte die absolute Mehrheit nur knapp – 30 Sitze verblieben bei der SPD und KPD, sieben kamen zur Vereinigten Völkischen Liste, in der sich zahlreiche Vertreter der verbotenen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) wiederfanden.⁴⁰

Sowohl die Völkischen als auch die DDP lehnten eine Teilnahme an einer Koalitionsregierung mit der jeweils anderen Gruppe ab. Die Rechtsparteien bildeten daraufhin eine Minderheitsregierung, mit der sie hofften, fallweise von der DDP oder von der extremen Rechten unterstützt zu werden. Wie der neue Regierungschef Richard Leutheußer (DVP) im Rückblick beklagte, hielt die DDP jedoch in ihrem Abstimmungsverhalten nicht selten zur oppositionellen SPD. So regierte Leutheußer vielfach mit

37 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 156–169, zur erwähnten Denkschrift siehe ebd., S. 163 f.; Wahl/Marek/Lamers/Borchard: Thüringer Regierungschefs (wie Anm. 28), S. 26–28.

38 Politischer Neuaufbau in Thüringen. In: JV, 10.12.1923.

39 Das Ende der Klassenpolitik in Thüringen. In: JV, 8.2.1924.

40 Graupner: Parlament (wie Anm. 32), S. 242–244; Wahl/Marek/Lamers/Borchard: Thüringer Regierungschefs (wie Anm. 28), S. 31; Thüringische Wahlbilanz. In: JV, 12.2.1924; Presse-schau über den Wahlausfall in Thüringen. In: ebd.

Hilfe der Nationalsozialisten, was unter anderem dazu führte, dass unter dem Motto „Heraus aus der Wirrnis, hin zur Ordnung“ eine Vielzahl der Reformen der Ära Frölich rückgängig gemacht wurde.⁴¹

Mit zehn vertretenen Parteien (davon DVP, DNVP und ThLB erneut in einer gemeinsamen Liste) war der am 30. Januar 1927 gewählte Landtag der wohl vielfältigste in Thüringens Geschichte. Zwar hatten die äußersten politischen Ränder – Kommunisten und Nationalsozialisten – deutliche Verluste hinnehmen müssen. Die DDP konnte gleichwohl von der relativen Stabilisierung in der Mitte der Zwanziger Jahre nicht profitieren. Mit 3,3 Prozent der gültigen Stimmen stellte sie nur zwei von 56 Abgeordneten.⁴² Dennoch geriet die Partei durch die Mehrheitsverhältnisse unversehens einmal mehr zum „Zünglein an der Waage“.⁴³ Erneut zog sich die Regierungsbildung hin, auch weil man seitens der DDP bis zuletzt für eine Große Koalition unter Einbeziehung der SPD eingetreten war. Nach dem Scheitern der Bemühungen blieb von den hochfliegenden Plänen nur ein Kabinett, das sich auf DDP, ThLB, DVP und die Reichspartei des deutschen Mittelstandes – Wirtschaftspartei stützen konnte. Die Mehrheitsverhältnisse blieben prekär.⁴⁴ Mit Arnold Paulssen war ein prominenter Linksliberaler in die Regierung zurückgekehrt, der im November 1928 sogar von Richard Leutheuser die Regierungsleitung übernahm. Das Kabinett der Jahre 1927 bis 1929 war jedoch von mehreren Umbildungen gekennzeichnet; seine Wirkungsmöglichkeiten blieben begrenzt. Als Ergebnis waren vor allem eine vermögensrechtliche Regelung mit der evangelischen Kirche, ein Gebietsaustausch mit Sachsen und die Übertragung der Landesabgabenverwaltung auf das Reich zu verzeichnen – alles in allem kaum linksliberale Kernanliegen.⁴⁵

41 Lebenserinnerung des Staatsministers Dr. h.c. Leutheuser. In: Stadtarchiv Weimar (StAW), 58 3/5 n.f.; Wahl/Marek/Lamers/Borchard: Thüringer Regierungschefs (wie Anm. 28), S. 31–34. Zum Zitat: Jürgen John/Rüdiger Stutz: Die Jenaer Universität 1918–1945. In: Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hrsg.): Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995. Köln/Weimar/Wien 2009, S. 270–587, hier S. 357–364.

42 Graupner: Parlament (wie Anm. 32), S. 244 f.

43 Zum Zitat siehe Ronny Noak/Sebastian Elsbach: Ein gespaltenes „enges“ Vaterland. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 253–269, hier S. 261 f.

44 Das Vaterland über die Partei. In: JV, 4.5.1927.

45 Wahl/Marek/Lamers/Borchard: Thüringer Regierungschefs (wie Anm. 28), S. 22 f., 34 f.

3. Marsch in die Bedeutungslosigkeit

Vor der Thüringer Landtagswahl am 8. Dezember 1929 versuchte die DDP noch einmal, ihre Kräfte zu mobilisieren. Sie bemühte sich, alle Schuld am jüngsten Scheitern der Bemühungen für eine große Koalition der SPD zuzuweisen und die Partizipation ihrer Abgeordneten an der zeitweilig von den Nationalsozialisten tolerierten Regierung Leutheuffer zu rechtfertigen. Man habe in erster Linie versuchen müssen, Schlimmeres zu verhindern, mit zwei Abgeordneten sei mehr nicht möglich gewesen, hieß es von Seiten der Linksliberalen. In der Bestandsaufnahme klang an, dass die Erfolgsbilanz überschaubar ausfiel. Vor allem aber stand die Finanzkrise in Thüringen – eine enorme Staatsverschuldung – im Zentrum der Argumentation. Die Linksliberalen sahen die Lösung in einer Hinwendung zu Preußen und damit in einer provinziellen Angliederung Thüringens an den Nachbarn innerhalb eines deutschen Einheitsstaates. Diese Option hatte kurz zuvor auch die DVP erwogen. Im aufgeheizten Wahlkampf verzichtete man in der rechtsliberalen Partei jedoch auf ein solch heikles Thema, welches damit die Linksliberalen allein für sich reklamierten.⁴⁶ Damit stand keine zehn Jahre nach der Gründung die Existenz des Landes Thüringen erneut zur Debatte.

Der Wahlkampf geriet nachgerade zum Wechselbad der Gefühle – auch für den Zeitungsleser. Einerseits bescheinigte das linksliberale Jenaer Volksblatt, die Wahlparolen der DDP wären bei allen Schichten der Wählerschaft auf lebhafteste Zustimmung gestoßen.⁴⁷ Dann wieder forderte die Partei fast schon verzweifelt „Alle Mann auf Deck!“ und kritisierte die angebliche Gleichgültigkeit der politischen Mitte. „Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht“, kein Demokrat solle sich erst zur Urne schleppen lassen müssen, hieß es in diesem Zusammenhang.⁴⁸ Das Ergebnis war zweifelsohne eine Enttäuschung, verlor die Partei doch noch einmal mehr als zehn Prozent ihrer Zustimmung im Vergleich zum Jahr 1927. Statt zwei stellte sie künftig nur noch einen Abgeordneten.⁴⁹ Am Ende Januar 1930 neu gebildeten Rechtsregierung – an der erstmalig die Nationalsozialisten direkt beteiligt waren – hatte die DDP schon allein infolge ihrer Bedeutungslosigkeit für die parlamentarische Mehrheitsfindung keinen Anteil mehr. Überdies lehn-

46 Wahlzeitung der Deutschen demokratischen Partei. In: JV, 2.12.1929; +Kreuz und quer-. In: JV, 7.12.1929.

47 Der Wahlkampf in Thüringen auf dem Höhepunkt. In: JV, 5.12.1929.

48 Alle Mann auf Deck! In: JV, 7.12.1929.

49 Graupner: Parlament (wie Anm. 32), S. 244–247.

te sie die Mitarbeit aufgrund der prominenten Beteiligung des nationalsozialistischen Verfassungsgegners und verurteilten Hochverrätters Wilhelm Frick ab. Zugleich ließ die Partei aber eine Tür offen, versprach sie doch eine konstruktive und nicht kategorische Opposition.⁵⁰

Der Versuch, dem Wähler- und Mitgliederschwund auf Reichsebene zu begegnen, führte zu einem zunehmenden Rechtskurs der DDP, der durch die Weltwirtschaftskrise beschleunigt wurde. Im Juli 1930 schloss sich die ehemalige „Partei der Mitte und des Ausgleichs“ mit dem Jungdeutschen Orden, der Volksnationalen Reichsvereinigung und anderen Splittergruppen zur Deutschen Staatspartei (DStP) zusammen. Von der früheren politischen Programmatik blieb in dieser Konstellation nahezu nichts übrig. Da der linke Parteiflügel weder das Bündnis noch die Richtung mittragen konnte, spalteten sich die „Radikaldemokraten“ folgerichtig ab. Manche – so etwa die verdiente Reichstagsabgeordnete Gertrud Bäumer – erblickten Chancen in der „Sammlung zur Tat“, zumal die Partei auch eine dringend notwendige Verjüngung erfuhr. Nicht verborgen blieben allerdings die Probleme dieses Versuchs, vollkommen verschiedene politische und wirtschaftliche Vorstellungen zu vereinen.⁵¹

Die Skepsis im republikanischen Lager artikuliert sich mitunter selbst zu festlicher Stunde. In Weimar war der Verfassungstag 1930 in innovativer Weise mit einem Verfassungsbekenntnis aus der Zivilgesellschaft verknüpft worden, das sicherlich auch bei sonst eher gleichgültigen Personen Aufmerksamkeit erheischte: Nicht weniger als 169 Kraftwagen und Motorräder des Deutschen Autoklubs trafen nach einer Sternfahrt aus ganz Deutschland in der Stadt der Reichsverfassung ein, am frühen Nachmittag folgte eine Rundfahrt. Dass die Veranstaltung im Nationaltheater Platz gefunden hatte, war umso bemerkenswerter, weil Volksbildungsminister Frick gewiss kein Freund der Verfassung war – möglicherweise war dies auch ein erfreulicher Nebeneffekt seines Sommerurlaubs, wie die liberale Presse spottete. In der Festrede des ehemaligen Regierungschefs Frölich klang freilich eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der Deutschen Staatspartei an, auch wenn deren anwesende Mitglieder kräftig in den gemeinsamen Gesang der dritten Strophe des Deutschlandliedes einstimmten.⁵²

50 Demokraten und Regierungswahl in Thüringen. In: JV, 24.1.1930; Regierungswahl in Thüringen. In: ebd.

51 Sammlung zur Tat. In: JV, 2.8.1930.

52 Verfassungsfeier der deutschen Autosportler in Weimar. Zielfahrt des Deutschen Autoklubs nach der Verfassungsstadt. In: JV, 11.8.1930.

Letztlich waren alle Mühen vergebens: Weder auf Reichs- noch auf Landesebene stellte sich der erhoffte Erholungseffekt ein. In der Landtagswahl am 31. Juli 1932, der letzten demokratischen Abstimmung in Thüringen vor Zerstörung der Weimarer Republik, kam die DStP im Verein mit der Deutschen Zentrumspartei auf gerade noch 1,9 Prozent. Damit hatte sie in nicht einmal anderthalb Jahrzehnten mehr als neunzig Prozent ihrer Wählerschaft an andere Parteien oder das Lager der Nichtwähler verloren.⁵³ Die neue Thüringer Regierung bezeichnete die liberale Presse ebenso treffend wie ohnmächtig als nationalsozialistisch mit einem „Konzessionsschulzen“ in Gestalt eines Politikers des ThLB.⁵⁴ Einfluss auf das politische Geschehen konnte die DStP zu diesem Zeitpunkt schon lange nicht mehr nehmen. Die wohl dunkelste Stunde des deutschen Liberalismus sollte jedoch noch folgen. Trotz ernster Bedenken wegen des Fehlens von Sicherungen für die verfassungsmäßigen Grundrechte und Grundlagen bürgerlicher Rechtsordnung stimmten die Reichstagsabgeordneten der DStP letztlich dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 zu,⁵⁵ anstatt sich wie die noch nicht verhafteten Sozialdemokraten oder die bereits samt und sonders verfolgten (und damit ihres Stimmrechts beraubten) Kommunisten zu verweigern. Die Konsequenzen der NS-Machtübernahme zeichneten sich zu diesem Zeitpunkt bereits unübersehbar ab. Im Anzeigenteil derselben Ausgabe des Jenaer Volksblattes, welche die Zustimmung der DStP publizierte, fand sich auch ein Foto des neu gegründeten Konzentrationslagers (KZ) Dachau. An anderer Stelle wurde in einem kleinen Artikel die Einrichtung des KZ Heuberg in Baden erwähnt.⁵⁶ Drei Monate später folgte die erzwungene Selbstauflösung, womit das letzte Kapitel der Partei endete.⁵⁷

4. *Arnold Paulssen: Liberaler, Demokrat, Staatsmann*

Die Geschichte der Thüringer DDP ist von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende, von ihren Höhe- bis zu den Tiefpunkten eng mit der politischen

53 Graupner: Parlament (wie Anm. 32), S. 247 f.; Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 53. In der Wahl zur Nationalversammlung erhielt die DDP am 19.1.1919 mehr als 178.000, DStP und Zentrum in der Landtagswahl vom 31.7.1932 17.442 Stimmen.

54 Die Wahl der neuen Thüringer Regierung. In: JV, 26.8.1932.

55 Staatspartei zum Ermächtigungsgesetz. In: JV, 24.3.1933.

56 Das erste bayerische Konzentrationslager. In: ebd.; Konzentrationslager Heuberg. In: ebd.

57 Die Auflösung der Deutschen Staatspartei. In: JV, 29.6.1933.

Biografie Arnold Paulssens verbunden – sowie auch umgekehrt.⁵⁸ Die Vita ist paradigmatisch und bietet einen aufschlussreichen Blick in das Wirken eines linksliberalen Staatsdieners, der im Kaiserreich sozialisiert, maßgeblich in der Weimarer Republik gewirkt hat und im „Dritten Reich“ in das gesellschaftliche Abseits gedrängt wurde.

Arnold (Rudolf Otto) Paulssen kam am 25. November 1864 als Sohn eines kaufmännischen Beamten im thüringisch-preußischen Sömmerda zur Welt. Ab 1883 studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten in Freiburg im Breisgau, Halle an der Saale, Berlin und Jena. 1891 wurde Paulssen an der Ernestinischen Gesamtuniversität Jena zum Doctor iuris promoviert. Nach dem Studium schlug er eine juristische Laufbahn ein. 1894 wurde Paulssen Landrichter in Weimar. Nur ein Jahr später berief das Großherzoglich Sächsishe Staatsministerium den talentierten Beamten zum Finanzrat. Anschließend machte er rasch Karriere in Diensten des Großherzogs Carl Alexander. Ab 1899 fungierte Paulssen für nahezu zehn Jahre als stellvertretender Bevollmächtigter für Sachsen-Weimar-Eisenach im Bundesrat des Deutschen Reiches. Hier war er der verlängerte Arm des Staatsministers Karl Rothe, durch dessen Filter die Weisungen des Großherzogs nach Berlin gelangten. Umgekehrt gelangten über Paulssen Berichte aus der Metropole nach Thüringen, die Rothe wiederum an den Landesherrn weitergab.

Im Bundesrat, der im „Staate Bismarcks“ vor allem als „Schutzwall monarchischer Macht“ gegen parlamentarische Ansprüche des Reichstages fungierte, galt der Weimarer Beamte als ausgesprochen fleißig. Während die meisten der 27 Landesregierungen wenig Neigung zeigten, feste Vertretungen in das Gremium zu entsenden, war Paulssen eine immerfort präsente Größe.⁵⁹ Neben dem Großherzogtum vertrat er ständig – als jüngster unter den Abgesandten – sechs weitere thüringische Länder. Zeitweise nutzten auch andere mittel- und westdeutsche Staaten den „ernestinischen Juristen“ zur Stimmabgabe, darunter etwa das Großherzogtum Hessen. In der Spitze hatte Paulssen im Bundesrat nicht weniger als 15 Stimmen abzugeben, ohne dass daraus – im Verhältnis zur preußischen „Bank“ – ein tatsächlicher Einfluss abzuleiten wäre. Wenngleich Paulssens Gestaltungsspielraum zur Entscheidungsfindung auch innerhalb des Bundesrats begrenzt blieb,

58 Siehe zu Paulssen auch Marc Bartuschka/Frank Boblenz/Christian Faludi/Bernhard Post: Arnold Paulssen. Lebensskizze eines Staatsmanns in drei politischen Systemen. In: Faludi (Hrsg.): Arnold Paulssen (wie Anm. 28), S. 13–30; Wahl/Marek/Lamers/Borchard: Thüringer Regierungschefs (wie Anm. 28), S. 19–23.

59 So Oliver Haardt: Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Kaiserreichs. Darmstadt 2020, S. 355.

bildete er in seiner Funktion doch einen der wichtigsten Knotenpunkte im föderalen System des Kaiserreichs, an dem die Ergebnisse langer Prozessketten aus etlichen Landesregierungen zusammenliefen. Nicht zuletzt war Paulssen vor allem aber ein wichtiger Beschaffer von Informationen, die dem Landesherrn ohne einen geschickt agierenden Verbindungsmann in Berlin nicht zugänglich waren. Entsprechend tragfähig war das Netzwerk des Beamten, welches darüber hinaus in den Ausschussarbeiten nützlich sein konnte. Paulssen profilierte sich hier vor allem als Experte im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik, sprich: auf den für die Kleinstaaten besonders wichtigen Gebieten.⁶⁰

Nach dem Tod des Staatsministers Hans-Lutze von Wurmb kehrte Paulssen 1908 nach Weimar zurück und machte hier den nächsten Karriereschritt: Bis 1912 leitete er das Departement (Ministerium) des Innern und Äußern. In dieser Funktion setzte er zahlreiche liberale Neuerungen durch – so etwa 1909 das direkte Wahlrecht für zwei Drittel der Sitze des Landtags. Dies hatte den Verlust der konservativen Landtagsmehrheit zugunsten der Liberalen zur Folge, standen doch künftig 15 Konservativen elf Nationalliberale und sechs Linksliberale gegenüber (das Zentrum stellte einen, die SPD vier Abgeordnete). Fernerhin reformierte er das Justizwesen und setzte 1910 für fünf der Thüringer Kleinstaaten die Errichtung eines Gemeinsamen Oberverwaltungsgerichts in Jena durch. Für seine Verdienste um den Bau der Jenaer Kliniken verlieh ihm die Medizinische Fakultät der Ernestinischen Gesamtuniversität Jena 1912 die Ehrendoktorwürde. Noch im selben Jahr kehrte Paulssen „auf seinen Wunsch wegen innerer Schwierigkeiten auf seinen Posten“ nach Berlin zurück.⁶¹ Zuvor war er zunehmend in Konflikt mit dem Weimarer Großherzog Wilhelm Ernst geraten, dessen Wünschen die „außerordentliche liberale Haltung [Paulssens] nicht immer entsprach.“⁶² Anders als in der vorhergehenden Abgeordnetenperiode kam seiner Position in Berlin eine deutlich höhere Bedeutung zu, da Paulssen während des Weltkrieges unter anderem in wichtigen Ausschüssen über die kriegswirtschaftliche und allgemeine Versorgung verhandelte.⁶³ Persönlich war er zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches ein glühender Patriot gewesen, der den vermeintlich nahen Sieg des Kaiserreichs deutlich vor-

60 Vgl. ebd., S. 343–357, insb. S. 343 f.

61 Dr. Arnold Paulssen. In: JV, 27.11.1924.

62 Paulssen an Reichold, 2.11.1904. In: LATH – HStA Weimar, Nachlass Arnold Paulssen Nr. 8, Bl. 12. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten widmete er Wilhelm Ernst einen warmherzigen Nachruf: Von einem Demokraten. In: Eisenacher Tageblatt, 28.4.1923.

63 Vgl. etwa das Gedicht von Ferdinand Gumprecht: Zum Abschied für unsern Departementschef, 28.12.1912. In: LATH – HStA Weimar, Familiennachlass Paulssen (Depositum), n.f.

auszusehen meinte und die sich anbahnende Katastrophe lange Zeit zu ignorieren wusste. Im eigenen Verwaltungsbereich kritisierte er diverse Maßnahmen mitunter aber deutlich, so etwa die Kriegsanleihen oder den uneingeschränkten U-Boot-Einsatz.⁶⁴

Gut vier Jahre nach Kriegsbeginn, im Oktober 1918 – am Vorabend der Revolution – reiste Arnold Paulssen auf diplomatischer Mission durch die Thüringer Kleinstaaten von Residenz zu Residenz, um die Haltung der Landesherren zu einer möglichen Abdankung von Kaiser Wilhelm II. auszuloten. Der Verzicht auf die Krone war Monate zuvor durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson zur Bedingung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen gemacht worden. Da die militärische Niederlage nunmehr deutlich geworden war, schien eine Zeitenwende greifbar nah. Am 9. November 1918 erlangten die Aufständischen in Berlin die Oberhand. Am 25. November 1918 dankte Fürst Günther in Schwarzburg-Sondershausen als letzter deutscher Monarch ab.⁶⁵ Kurz zuvor war Paulssen von Berlin nach Weimar gereist, wo er sich mit dem Vorsitzenden des örtlichen Arbeiterrates August Baudert traf. Der Sozialdemokrat hatte wenige Tage zuvor die Revolution in Weimar angeführt und den Großherzog zur Abdankung gebracht. Ihm war es in hohem Maße zu verdanken, dass der Systemumbruch in der Hauptstadt des Großherzogtums ohne Blutvergießen vonstattenging. Im weiteren Verlauf bildeten Baudert und Paulssen ein harmonisierendes Bündnis, das den Umbruch von der Monarchie über die Räteherrschaft zur parlamentarischen Demokratie konstruktiv gestaltete.⁶⁶

Der Bundesrat, dem Paulssen weiter angehörte, erhielt am 14. November 1918 die Ermächtigung, die ihm gesetzlich zustehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben. Somit war die Ländervertretung das einzige politische Organ des Kaiserreichs, das – wenngleich mit deutlich eingeschränkten Befugnissen – zunächst weiterhin bestehen blieb. Arnold Paulssen wurde als Bevollmächtigter der Thüringer Staaten 1919 Abgeordneter der Nationalversammlung; im gleichen Jahr trat er der DDP bei. Bei

64 Cornelia Rau-Kühne: Hans Constantin Paulssen, Sozialpartnerschaft aus dem Geiste der Kriegskameradschaft. In: Paul Erker/Toni Pierenkemper (Hrsg.): Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten. München 1998, S. 109–192, hier S. 114 f.

65 Vgl. Bernhard Post: Die Novemberrevolution. In: Ders./Werner Dietrich (Hrsg.): Herrscher in der Zeitenwende. Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar-Eisenach 1876–1923. Jena 2006, S. 499–519.

66 Vgl. etwa Christian Faludi: 1919 in Weimar. Die Stadt und die Republik. Weimar/Wiesbaden 2019; ders.: 1920 in Weimar. Das Ringen um Normalität. Weimar 2021. Vgl. aus autobiographischer Sicht August Baudert: Sachsen-Weimars Ende. Historische Tatsachen aus sturmbelegter Zeit. Weimar 1923.

den Wahlen zum Landtag des demokratischen Freistaats Sachsen-Weimar-Eisenach im März 1919 verfehlte die MSPD die absolute Mehrheit. Nach zähen Verhandlungen koalitierten die Sozialdemokraten schließlich mit der DDP. Geleitet wurde die am 20. Mai 1919 gebildete Regierung von August Baudert (MSPD) und Arnold Paulssen (DDP) in Form einer Doppelspitze, und trotz des schlechteren Wahlergebnisses übernahm Letzterer als Staatsminister den Vorsitz. Gleichzeitig wurde Paulssen Leiter der Ressorts Kultus, Justiz und Finanzen. Ferner erhielt er 1919/20 den Vorsitz im Staatsrat von Thüringen – einer Art Übergangsregierung zum Zusammenschluss des Landes, dessen treibende Kraft der Politiker werden sollte. Die Thüringer Landesgründung 1920 – wenn auch nur in „kleiner Lösung“, also ohne die preußisch-thüringischen Gebiete einschließlich Paulssens Geburtsstadt – war ein beispielloser Prozess deutscher Demokratiegeschichte. Arnold Paulssens Kompetenzen auf dem politischen Parkett und im verwaltungstechnischen Bereich sowie seine allseits anerkannte Integrität wurden zu entscheidenden Faktoren bei den schwierigen Verhandlungen zwischen den Einzelstaaten. Nach der Landesgründung am 1. Mai 1920 führte Paulssen den jungen Freistaat als Vorsitzender der provisorischen Regierung mit Sitz in der Hauptstadt Weimar.⁶⁷

Im Zuge des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 erwies sich Arnold Paulssen als aktiver Verteidiger der Weimarer Demokratie. Zusammen mit August Baudert widersetzte er sich dem staatsfeindlichen Umsturz und führte nach der Entlassung aus dem Arrest die Regierungsgeschäfte von seiner Wohnung in der Kaiserin-Augusta-Straße entschlossen fort. Der politische Widerstand der Politiker war ein wesentlicher Faktor für das Scheitern der Putschisten. Überdies wurde Paulssen von Reichspräsident Friedrich Ebert zum Reichskommissar des thüringischen Gebietes ernannt und damit zuständig für die zivile Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung. Sein Wirken trug erheblich zur Entspannung der Lage während und nach der Niederschlagung des Staatsstrechs bei, konnte allerdings gewalttätige Exzesse wie die Ermordung von 15 inhaftierten Arbeitern durch Zeitfreiwillige der Marburger Universität nahe Mechterstädt nicht verhindern.⁶⁸

67 Vgl. hierzu etwa Stutz: Sachsen-Weimar-Eisenach (wie Anm. 12), S. 29–43; Christian Faludi (Hrsg.): Verfassung des Landes Thüringen 1920/21. Weimar 2020.

68 Vgl. Faludi: Wehrhafte Demokratie (wie Anm. 22), S. 283–309; Christian Faludi: Sitz der Mächtigen – Bastion der Ohnmacht. Das Weimarer Residenzschloss in den Jahren 1919/20. In: Gert-Dieter Ulferts (Hrsg.): Nach der Monarchie. Das Residenzschloss in Weimar 1918–2018. Funktion und Nutzung im Wandel. Weimar/Wiesbaden 2022, S. 52–61. Zu den Morden

In Folge der Landtagswahl vom 20. Juni 1920 und der Bildung einer Minderheitsregierung aus MSPD und DDP wurde Paulssen trotz erheblicher Stimmverluste seiner Partei vom November 1920 bis Oktober 1921 Minister für Volksbildung und Justiz sowie Vorsitzender im Staatsministerium des Ersten Landtages von Thüringen.⁶⁹ De facto war er damit der erste Ministerpräsident des Landes, wenngleich dieser Titel vor 1933 nicht offiziell verwendet wurde. Derweil litt Paulssens Thüringer Landesregierung unter den gegenläufigen Zielen der Koalitionspartner und scheiterte schließlich an der Ablehnung des Grundsteuergesetzes. Neuwahlen am 11. September 1921 führten zur Bildung einer Linksregierung, an der die DDP nicht mehr beteiligt war. Arnold Paulssen zog sich aber auch aufgrund der „Schwierigkeiten, die ihm die Rechtsparteien im Landtag gemacht hatten“,⁷⁰ zurück und widmete sich fortan kulturellen Aufgaben. 1924 war er kurzzeitig als Staatsrat im Gespräch, gehörte aber letztlich der rechtsbürgerlichen Regierung Leutheuser – auf Wunsch der völkischen Parteien – nicht an.⁷¹ Nach den Wahlen zum vierten Thüringer Landtag vom 30. Januar 1927 geriet die DDP – obwohl sie nur noch zwei Abgeordnete stellte – zum „Zünglein an der Waage“ für eine tragfähige Koalition, und Paulssen gelangte als „Beamtenminister“ zurück auf die Regierungsbank.⁷² Im April 1927 übernahm der altgediente Politiker das Ministerium für Inneres und Wirtschaft sowie den stellvertretenden Vorsitz des Staatsministeriums der bürgerlichen Minderheitsregierung unter Vorsitz des Rechtsliberalen Richard Leutheuser (DVP). Nach dessen Rücktritt übernahm Paulssen im November 1928 erneut die Verantwortung für die Geschicke seines Landes und wurde Vorsitzender des Staatsministeriums sowie Wirtschafts- und Volksbildungsminister. Ab Mai 1929 war der 64jährige zusätzlich Finanzminister. Wegen der Schwäche der regierenden Parteien blieb sein Spielraum in der zweiten Amtszeit jedoch begrenzt. Paulssen behielt die Funktionen als Vorsitzender des Staatsministeriums bei, auch nach den Neuwahlen zum fünften Thüringer Landtag im Dezember 1929 bis zum Amtsantritt Erwin Baums (ThLB) am 23. Januar 1930.⁷³ Infolgedessen

in Mechterstädt siehe ausführlich Dietrich Heither/Adelheid Schulze: Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland. Berlin 2015.

69 Zum Aufbau des Staatsministeriums nach dem Umbruch vgl. zeitgenössisch auch Friedrich Meß: Meine Erinnerungen an Ministerialdirektor Dr. Ernst Wuttig. Weimar 1935 (Ms.).

70 Personalien der neuen Regierungsmitglieder. In: JV, 29.4.1927.

71 Zur Regierungsbildung in Thüringen. In: JV, 20.2.1924; Josef Schwarz: Die linkssozialistische Regierung Frölich in Thüringen 1923. Hoffnung und Scheitern. Schkeuditz 2000, S. 159.

72 Zitat: Personalien der neuen Regierungsmitglieder. In: JV, 29.4.1927.

73 Vgl. Faludi: Lebensskizzen (wie Anm. 13), S. 373 f.; Christian Faludi: Architekten der Demokratie. Die Gründungsväter des Freistaats Thüringen 1920. Weimar 2020, S. 39–41.

wechselte Arnold Paulssen als ehemaliger Landesbeamter zunächst in den Wartestand. Unter Bezugnahme auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, mit dessen Hilfe die Nationalsozialisten Menschen jüdischer Herkunft und politisch unerwünschte Personen aus dem Staatsdienst entfernten, wurde er noch im selben Jahr in den Ruhestand versetzt. Zudem kürzten die neuen Machthaber im „Dritten Reich“ die Pension des zuckerkranken und an den Spätfolgen eines Schlaganfalls leidenden Ruheständlers deutlich.⁷⁴

Neben seinen politischen Ämtern war Arnold Paulssen unter anderem Vorstandsmitglied der Deutschen Schillerstiftung und stellvertretendes Ausschussmitglied der Wartburgstiftung. Insgesamt 47 Jahre gehörte er dem Weimarer Ausschuss der Gothaer Lebensversicherungsbank an; 1916 wählten ihn die Mitglieder zum Vorsitzenden im Aufsichtsrat. Ferner war er ab 1923 Stiftungsvorsitzender des Nietzsche-Archivs. Infolge schwerer Erschöpfungssymptome aufgrund jahrelanger Überarbeitung legte er das Amt 1931 nieder, blieb aber im Vorstand der Gesellschaft der Freunde des Nietzsche-Archivs. Ob die Anbiederung von Elisabeth Förster-Nietzsche an die Nationalsozialisten und interne (politische) Machtspiele bei dieser Entscheidung eine Rolle spielten, ist nicht mit letzter Gewissheit zu belegen.⁷⁵ Fakt ist: Der antisemitischen NS-Ideologie, wie sie auch Teile des Mitgliederkreises um das Nietzsche-Archiv propagierten, stand Arnold Paulssen fern – nicht zuletzt auch deshalb, da sein zweiter Sohn Ottokar mit einer Jüdin verheiratet war. Im Zuge der Machtübernahme emigrierten beide nach Indien.

Paulssen zog sich indes nach dem Tod seiner Frau 1931 vollständig ins Privatleben zurück. Im „Dritten Reich“ blieb der linksliberale Politiker unauffällig und geriet dennoch mehrfach ins Fadenkreuz des NS-Regimes. Am Rande der Hauptversammlung des Vereins für Thüringische Geschichte 1934, dessen Vorstandsbeirat Paulssen war, wetterte Erich Buchmann über den einstigen DDP-Politiker, dass dieser par excellence „als Repräsentant der Kreise erscheint, gegen welche die nationalsozialistische Revolution durchgeführt worden ist“. Insofern vertrat nicht nur der Regierungsrat beim Reichsstatthalter in Thüringen die Auffassung, „daß er [d.h. Paulssen]

74 Personalakte Paulssen. In: LATH – HStA Weimar, Thüringisches Staatsministerium – Präsidialabteilung Nr. 343/1.

75 Zum Kontext vgl. Djavid Salehi: Freunde und Herausgeber – zur Geschichte des Nietzsche-Archivs. In: Andreas Schirmer/Rüdiger Schmidt (Hrsg.): Widersprüche. Zur frühen Nietzsche-Rezeption. Weimar 2000, S. 187–220, insb. S. 192 f. Zum Gesundheitszustand vgl. etwa Paulssen an Basewitz v. 20.10.1930. In: LATH – HStA Weimar, Nachlass Arnold Paulssen Nr. 5, Bl. 37–39.

aufgrund seiner politischen Vergangenheit aus den Positionen des öffentlichen Lebens zu verschwinden hat“.⁷⁶

Letztlich blieben die Attacken jedoch ohne gravierende Konsequenzen, was nicht zuletzt auch daran gelegen haben dürfte, dass einzelne Familienmitglieder Paulssens im Zuge der Aufrüstung des „Dritten Reichs“ Karriere machten. Neben seinem Sohn Hans Constantin, der als Industrieller im Fertigungssektor kriegswichtiger Aluminiumprodukte 1939 zum Wehrwirtschaftsführer ernannt wurde, erlangte vor allem sein Enkel Ottokar Bekanntheit, nachdem er als U-Boot-Kommandant 1941 im Mittelmeer einen britischen Kreuzer versenkt hatte. Der propagandistisch ausgeschlachtete „Sieg“ ließ auch den Großvater stolz jubeln.⁷⁷ Die Schrecken des „Dritten Reiches“ sah Arnold Paulssen dabei nicht (mehr). Er starb – „nach längerem Leiden“ – am 19. März 1942 in Weimar. Bis zuletzt blieb er in den Augen vieler Zeitgenossen „allzeit schlicht und doch groß, edel und vornehm, pflichtbewußt, treu“.⁷⁸

Schon während des Kaiserreichs hatte er zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen erhalten.⁷⁹ Die Verdienste Arnold Paulssens als Streiter für ein demokratisches Staatswesen, als Thüringens ersten Regierungschef, der zugleich ein wichtiger Gründungsvater des Landes war, würdigte hingegen bis in die jüngere Vergangenheit lediglich ein weitgehend in Vergessenheit geratenes Ehrengrab auf dem Historischen Friedhof in Weimar. Die Inschrift auf dem Stein, mit der man sich an ihn erinnern sollte, gab der darunter Bestattete ein Jahr vor seinem Tod vom Krankenbett aus selbst in Auftrag. Sie lautet: „Sein Verdienst war die Vereinheitlichung Thüringens. Er war der erste Vorsitzende des Thüringischen Staatsministeriums.“⁸⁰ Seit dem Juni 2023 trägt die Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund in Berlin den Namen des verdienten Linksliberalen und heißt nunmehr Arnold Paulssen-Haus.⁸¹

76 Buchmann an Mentz v. 17.5.1934. In: Institut für Zeitgeschichte (IfZ), ED 362, Bd. 16, Teil 1, n. f.

77 Rauh-Kühne: Hans Constantin Paulssen (wie Anm. 64), S. 122 f.

78 Staatsminister a.D. Dr. Paulssen 70 Jahre. In: Thüringische Landeszeitung (TLZ), 26.11.1934; Staatsminister a.D. Dr. Paulssen. In: ebd., 20.3.1942.

79 Vgl. hierzu auch Dieter Marek: Paulssen, Arnold. In: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), S. 130 f.; ders.: Biographien der Regierungsmitglieder (Minister und Staatsräte). In: Post/Wahl (Hrsg.): Thüringen-Handbuch (wie Anm. 32), S. 552–645, hier S. 616 f.

80 Paulssen v. 27.3.1941. In: IfZ, ED 362, Bd. 16, Teil 1, n. f.

81 Das „Paulssen-Projekt“ geht auf eine Initiative von Christian Faludi zurück, nachdem dieser im Sommer 2022 den Familiennachlass gesichert hat und im Dezember 2022 eine Tafel am Wohnhaus von Arnold Paulssen in Weimar enthüllt worden ist. Darauf folgend gab der Minister und Chef der Thüringer Staatskanzlei, Benjamin-Immanuel Hoff, den Impuls zur Grundsatzentscheidung für die Namensweihe in Berlin.

5. Zwiespältiges Fazit

Die Geschichte der DDP in Thüringen war eine Saga von harter Arbeit, großen Verdiensten, aber auch von politischen Fehlern, und eine Geschichte des letztendlichen, wenn auch nicht zwangsläufigen Scheiterns. Viele Faktoren lagen jenseits des Einflusses der Partei. Das Fehlen der Zentrums- partei und die Stärke der radikalen Linken im Land – erst in Gestalt der USPD, dann der KPD – trug dazu bei, dass wesentliche Teile des Bürgertums sich den Rechtsparteien zuwandten. Dies musste jeden Versuch, eine Regierung der Mitte zu formen, drastisch erschweren. Der Kapp-Lütt- witz-Putsch vertiefte die politischen Gräben zusätzlich. Die notwendigen Transformationsprozesse der ehemaligen Kleinstaaten zu einem neuen Gemeinwesen sorgten für weitere Konflikte. Dies wie auch die generell schwierige wirtschaftliche und politische Lage in der gesamten Republik trugen dazu bei, dass die Erfolgsbilanz aller thüringischen Regierungen oft überschaubar erscheinen musste.

Doch die DDP hatte zweifellos auch eine Mitverantwortung an ihrem zunehmenden Bedeutungsverlust. Es gelang ihr nur ungenügend, die Wäh- lerschaft zu motivieren – nicht umsonst wurden mitunter Gleichgültigkeit und Tatenlosigkeit der eigenen Anhänger beklagt. Und schon lange vor dem *Sündenfall* im März 1933 hatten sich Linksliberale gelegentlich, ver- mutlich zum Teil auch wider besseres Wissen, vor den Karren der Rechts- parteien spannen lassen. Die beiden vom Demokraten Arnold Paulssen geführten Landesregierungen konnten in ihrer kurzen Wirkungszeit ledig- lich begrenzte Ergebnisse vorweisen, was freilich auch an den fragilen Mehrheitsverhältnissen im Parlament lag. Die Rolle der DDP in den Krisenjahren 1919/20 als wichtiger Entscheidungsträger in zahlreichen Übergangsparlamenten der thüringischen Kleinstaaten wie als mittragende Staatspartei im Thüringer Landtag 1920/21 kann schwerlich überschätzt werden. Die mutige Haltung von DDP-Politikern wie Arnold Paulssen und William Oberländer während der Putschtage des März 1920 verdient höchsten Respekt. Unbestreitbar bleibt auch das hohe Verdienst von Links- liberalen wie Paulssen und Rosenthal als Architekten von Landesgründung und Verfassung. Die Überwindung der mitteldeutschen Kleinstaaterei war eine Leistung mit Langzeitwirkung bis in die Gegenwart – die selbstver- ständlich ihren sozialdemokratischen Partnern und Rivalen gleichermaßen anzurechnen ist. Zugleich blieb jedoch die Haltung nicht weniger Partei- mitglieder der DDP gegenüber dem mitunter als „Experiment“ empfunden- en Thüringen-Projekt ein Stück weit distanziert. Es ist offensichtlich, dass

das „kleine“ Thüringen des Jahres 1920 einfach nicht das Land war, das sie sich ausgemalt hatten – weshalb ein Aufgehen in Preußen nicht nur vor, sondern auch nach 1920 eine ernstgemeinte Option blieb. In den Mühen des politischen Tagesgeschäftes taten die Linksliberalen ihr Möglichstes für das junge Land, konnten es aber nach der Gründung nie mehr in vergleichbarer Art und Weise mitgestalten.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Marc Bartuschka, Jg. 1979, Dr. phil., Wissenschaftlicher Referent in der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratiegeschichte in Weimar

Carola Dietze, Jg. 1973, Prof. Dr. phil., Professorin für Neuere Geschichte am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Christian Faludi, Jg. 1978, Dr. phil., Projektleiter in der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratiegeschichte in Weimar

Rüdiger Graf, Jg. 1975, Prof. Dr. phil., Abteilungsleiter am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin

Ewald Grothe, Jg. 1961, Prof. Dr. phil., Leiter des Archivs des Liberalismus, Gummersbach, apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Gangolf Hübinger, Jg. 1950, Prof. Dr. phil., Professor em. für Vergleichende Kulturgeschichte der Neuzeit und Senior Fellow am Center B/Orders in Motion an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Christoph Jahr, Jg. 1963, Priv.-Doz. Dr. phil., Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin

Theo Jung, Jg. 1981, Prof. Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wolf-Erich-Kellner-Preisträger 2022

Heike Knortz, Jg. 1962, Prof. Dr. phil., apl. Professorin für Wirtschaftsge-
schichte an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe

Jörn Leonhard, Jg. 1967, Prof. Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte Westeuropas am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Wolf-Erich-Kellner-Preisträger 1999

Wolfgang Michalka, Jg. 1943, Prof. Dr. phil., ehem. Leiter der „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“, Rastatt

Andrea Rehling, Jg. 1976, Dr. phil., Wissenschaftliche Geschäftsführerin des Jakob-Fugger-Zentrums. Forschungskolleg für transnationale Studien an der Universität Augsburg

Christiane Scheidemann, Jg. 1965, Dr. phil, M.A., freiberufliche Historikerin, Berlin, Altstipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Martin Sabrow, Jg. 1954, Prof. Dr. phil., Professor em. für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin

Joachim Scholtyseck, Jg. 1958, Prof. Dr. phil., Professor für die Geschichte der Neuzeit an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Ulrich Sieg, Jg. 1960, Prof. Dr. phil., apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Philipps-Universität Marburg